HX
256
S6
1909

01295

Zentralbibliothek der Grazer Arbeiterschaft
Mariengasse Nr. 16.

Zur Beachtung!

Dieses Buch ist **fremdes Eigentum,** es zu beschmutzen und zu beschädigen ist daher **gewissenlos!**

Das Weiterverleihen der Bücher ist **streng untersagt.**

Jedes innerhalb der festgesetzten **Lesefrist von 3 Wochen** nicht zurückgestellte Buch wird **eingemahnt.** Jede Mahnung kostet 10 Heller.

Nach der zweiten erfolglosen Mahnung wird das Buch **abgeholt,** wofür eine **Gebühr von 40 Heller** zu entrichten ist.

Die Bibliotheksverwaltung.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich

Abgehalten in Reichenberg
vom 19. bis 24. September 1909

Zentralbibliothek

Wien 1909

Verlag der Wr. Volksbuchhandlung Ig. Brand & Co.
VI. Gumpendorferstraße Nr. 18.

Tagesordnung:

1. Konstituierung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Berichte:
   a) der Parteivertretung. Berichterstatter: F. Skaret und Dr. W. Ellenbogen;
   b) der Kontrolle;
   c) über die Parlamentstätigkeit. Berichterstatter: K. Seitz;
   d) über die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Landtagen. Berichterstatter: H. Resel;
   e) über die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung. Berichterstatter: L. Winarsky.
3. Parteiorganisation. Berichterstatter: F. Skaret. Korreferent: J. Seliger.
4. Parteipresse. Berichterstatter: F. Austerlitz und G. Emmerling.
5. Wahl der Parteivertretung.
6. Aeußere Politik und Rüstungen. Berichterstatter: Dr. V. Adler.
7. Indirekte Steuern und die Lebensmittelteuerung. Berichterstatter: Dr. K. Renner.
8. Sozialversicherung. Berichterstatter: M. Elderisch und Adelheid Popp.
9. Eventuelles.

HX
256
S6
1909

Einberufer des Parteitages:

Dr. Viktor Adler, Heinrich Beer, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Karl Höger, Engelbert Pernerstorfer, Adelheid Popp, Jakob Reumann, Anton Schrammel, Franz Schuhmeier, Karl Seitz, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik, aus Wien; Dr. L. Czech (Brünn), W. Eich (Villach), M. Elderisch (Brünn), R. Preußler (Salzburg), H. Resel (Graz), A. Schäfer (Reichenberg), J. Seliger (Teplitz), J. Spielmann (Linz).

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Engelbert Pernerstorfer (Wien), Anton Schäfer (Reichenberg), Josef Tomschik (Wien).

Schriftführer:

Karl Schiller (Reichenberg), Albert Sever (Wien), Julius Spielmann (Linz), Gabriele Proft (Wien).

Mandatsprüfungskommission:

Abram (Innsbruck), Dietl (Aussig), Ertl (Dornbirn), Freundlich (Mährisch-Schönberg), Gruber (Linz), Lukas (Klagenfurt), Muchitsch (Graz), Siegl (Wien), Tuppy (Jägerndorf) und Witternigg (Salzburg).

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. *Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats

vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Nationalitätenprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs.

(Beschlossen am Brünner Gesamtparteitag 1899.)

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Organisationsstatut der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*).

Parteimitgliedschaft.

§ 1. Als Parteimitglied wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ihres Wohnortes ist.

§ 2. Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms schuldig gemacht hat, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ehrlose Handlung begangen hat.

§ 3. Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Reiche geltende Parteimitgliedskarte.

§ 4. Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, seiner Berufsorganisation anzugehören, so wie die Mitglieder der Berufsorganisationen verpflichtet sind, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein.

Parteiorganisation.

§ 5. Als Grundlage der Parteiorganisation ist für jede Bezirksorganisation der politische Verein anzustreben. Für Parteiangehörige, welche aus wichtigen Gründen nicht Mitglieder des politischen Vereines sein können, ist die Zugehörigkeit und Beitragsleistung zur Parteiorganisation überall nach gleichen Grundsätzen zu regeln.

Wo und insolange die Umwandlung in die Vereinsorganisation nicht vollzogen ist, gilt an Stelle dieser die bisherige Form der Organisation als Grundlage.

§ 6. Die Parteiorganisation gliedert sich in Lokal-, Bezirks-, eventuell auch Kreis- und in Landesorganisationen.

Die Frauenorganisation bildet einen Bestandteil der gesamten Parteiorganisation (§§ 20 bis 23 des Statuts).

a) Lokalorganisation.

§ 7. Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteimitglieder.

Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

b) Bezirksorganisation.

§ 8. Die Lokalorganisationen werden zu Bezirksorganisationen zusammengefaßt.

Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Territorium umfassen, das entweder durch den Reichsratswahlbezirk oder ein territorial besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet gebildet wird.

*) Die unterstrichenen Stellen des Statuts sind die am Reichenberger Parteitag geänderten.

Die Bestimmung der Gebietsgrenzen der Bezirksorganisationen obliegt den Landes-, eventuell Kreiskonferenzen.

In Wien bildet jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation.

c) Landesorganisation.

§ 9. Alle Bezirksorganisationen eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt. Diese Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Ihr Wortlaut ist der Reichsparteivertretung mitzuteilen.

d) Kreisorganisation.

§ 10. Wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb der Landesorganisation einzelne Bezirksorganisationen zu Kreisorganisationen vereinigt werden. Ihre Abgrenzung bestimmt die Landeskonferenz.

Parteibeitrag.

§ 11. Zur Deckung der Ausgaben der Parteiorganisation wird ein Parteibeitrag gemeinsam für alle Parteiinstanzen eingehoben.

§ 12. Die Festsetzung der Höhe des Parteibeitrages und dessen Aufteilung auf die Reichs- (§ 15), Landes-, Kreis-, Bezirks- und Lokalorganisationen erfolgt durch die Beschlüsse des Parteitages sowie der Landes-, eventuell Kreis- und der Bezirkskonferenzen.

§ 13. Der monatliche Mindestbeitrag darf für jedes Mitglied nicht weniger als 20 H. betragen.

§ 14. Den Parteibeitrag für weibliche Parteimitglieder setzt die Frauenreichskonferenz fest.

§ 15. Der an die Reichsparteivertretung abzuliefernde Teil des Parteibeitrages (§ 12) beträgt 3 H. für den Monat und das Mitglied.*)

Von den Beiträgen der weiblichen Mitglieder sind 2 H. für den Monat und das Mitglied von der Reichsparteivertretung dem Frauenreichskomitee zuzuweisen.

§ 16. Die Leistung der Parteibeiträge ist auf der Parteimitgliedskarte (§ 3) mittelst einheitlicher Marke zu quittieren. Die Mitgliedskarten und Marken werden von der Reichsparteivertretung an die Landesorganisationen und von diesen an die ihnen unterstehenden Organisationen abgegeben.

§ 17. Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke von der Reichsparteivertretung gegen Erlag des Reichsparteibeitrages (§ 15) an die Landesorganisation, von dieser gegen Erlag des Reichs- und Landesbeitrages an die Kreisorganisation, von dieser gegen Erlag des Reichs-, Landes- und Kreisbeitrages an die Bezirksorganisation, endlich von dieser gegen Erlag des Reichs-, Landes-, Kreis- und Bezirksbeitrages an die Lokalorganisation abgegeben wird.

Vertrauenspersonen.

§ 18. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen den Lokalvertrauensmann. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß und die Landesparteivertretung.

*) Zu diesem Punkt hat der Reichenberger Parteitag folgenden Beschluß gefaßt: Für die beruflich organisierten Genossen bleibt der Beschluß des Linzer Parteitages — betreffend den Parteibeitrag von 2 H. für das Mitglied und den Monat — solange aufrecht, als sie nicht ihre Mitgliedschaft bei der politischen Organisation mittelst der Parteimitgliedskarte ausweisen können.

Die Anzahl der Mitglieder des Bezirks- sowie des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch die Konferenz der betreffenden Organisation bestimmt. Jede Neuwahl eines Vertrauensmannes sowie seine Adresse sind der Reichsparteivertretung sofort mitzuteilen.

Berichte.

§ 19. Der Bezirksvertrauensmann ist verpflichtet, alljährlich an die Reichsparteivertretung über die Tätigkeit der Bezirksorganisation Bericht zu erstatten. Der Bericht hat den Zeitraum vom 1. Juli bis Ende Juni zu umfassen und soll enthalten: die Zahl der Parteimitglieder, die Zahl der Lokalorganisationen, den Bericht über den Ausbau der Organisation (insbesondere ob er auf Grund eines politischen Vereines erfolgte), über die Häuser- und Straßenorganisation, über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, über etwaige politische oder Gemeindewahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

In derselben Weise haben alljährlich die Kreisvertrauensmänner und die Landesparteivertretungen über ihre Tätigkeit zu berichten.

Frauenorganisation.

§ 20. Die Mitgliedschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Frauenreichskonferenzen gegründeten Frauenorganisation begründet auch die Zugehörigkeit zur Partei.

Das Organisationsstatut der politischen Frauenorganisation ist den im Parteistatut festgesetzten Bestimmungen anzupassen. Jede Aenderung des Statuts kann nur im Einvernehmen mit der Reichsparteivertretung durch Beschluß der Frauenreichskonferenz vorgenommen werden.

§ 21. Der Frauenorganisation kommt ein selbständiges Vertretungsrecht in den leitenden Körperschaften und auf den Konferenzen der Parteiorganisationen zu.

§ 22. In allen Orten, wo es möglich ist, sind von den weiblichen Parteimitgliedern im Einvernehmen mit der Lokalorganisation weibliche Vertrauenspersonen zu wählen, denen die Organisierung des weiblichen Proletariats obliegt. Die Adressen dieser Vertrauenspersonen sind dem Parteisekretariate und dem Frauenreichskomitee mitzuteilen.

§ 23. Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die mindestens in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, nach den von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen gewählt.

Jugendorganisation.

§ 24. Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall, wo es die Verhältnisse zulassen, soll unter Mitwirkung der Reichsorganisation der jugendlichen Arbeiter an die Gründung von Jugendorganisationen geschritten werden.

Parteitag.

§ 25. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der in den Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen organisierten Parteimitglieder. Jede dieser Körperschaft hat das Recht, zwei Delegierte zu entsenden. Bezirks- oder Kreisorganisationen, wo eine Frauenorganisation besteht, haben jedoch das Recht, außer den männlichen Delegierten

auch ein weibliches Parteimitglied auf den Parteitag zu senden. Die Wahl der Delegierten wird in den Parteiversammlungen oder Konferenzen, beziehungsweise Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen.

2. Die Mitglieder der Parteivertretung und der Parteikontrolle.

3. Die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten.

4. Zwei Delegierte des Frauenreichskomitee.

5. Je ein Delegierter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und Genossinnen, der Redaktionen der Partei- und Fachblätter sowie der von sozialdemokratischen Reichskonferenzen eingesetzten Körperschaften.

6. Die von der Reichsparteivertretung berufenen Referenten.

§ 26. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 27. Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich findet mindestens in jedem zweiten Jahre statt und wird von der Reichsparteivertretung einberufen.

Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Reichsparteivertretung oder auf Verlangen von mindestens fünfundzwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen statt.

§ 28. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt, so hat die Reichsparteivertretung mit der Parteikontrolle die Bestimmung vorzunehmen.

§ 29. Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor seinem Zusammentritt durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Der Parteibericht muß spätestens 14 Tage vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

Anträge der Parteimitglieder zum Parteitag sind vor dem Parteitag an die Reichsparteivertretung einzusenden und vor dem Stattfinden des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen. Dasselbe gilt auch für die Anträge der Reichsparteivertretung.

§ 30. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die politische und geschäftliche Tätigkeit der Reichsparteivertretung, der Parteikontrolle und die parlamentarische Tätigkeit der Reichsratsabgeordneten.

2. Bestimmung des Ortes, an dem die Reichsparteivertretung ihren Sitz hat.

3. Die Wahl der Reichsparteivertretung und der Parteikontrolle.

4. Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.

5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

Reichsparteivertretung und Kontrolle.

§ 31. Der Parteitag wählt die aus 20 Personen bestehende Reichsparteivertretung. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der engere Ausschuß seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein.

Die Wahl der Reichsparteivertretung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgang nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat

die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach der Wahl hat die Reichsparteivertretung ihre Konstituierung vorzunehmen und das Ergebnis im Zentralorgan der Partei bekanntzugeben.

§ 32. Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Reichsparteivertretung der deutschen Sozialdemokratie jederzeit teilnehmen.

Die Mitglieder der Kontrolle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und an allen Sitzungen stimmberechtigt teilzunehmen.

Der Chefredakteur und der Administrator des Zentralorgans haben das Recht, an den Sitzungen der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen.

§ 33. Die Reichsparteivertretung besorgt die Parteigeschäfte und verfügt über die Parteigelder. Sie kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Jedem Parteitag hat die Reichsparteivertretung über ihre Tätigkeit und über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitag beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge zu berichten.

§ 34. Die Reichsparteivertretung tritt in der Regel vierteljährlich einmal zusammen und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

§ 35. Ueber Beschwerden von Parteimitgliedern oder Organisationen gegen die Reichsparteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen. Die Adresse des Obmannes der Parteikontrolle ist im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Reichskonferenz.

§ 36. Die Reichsparteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen die Vertreter der Kreis- und Landesorganisationen zu einer Reichskonferenz einzuberufen.

Zentralorgan der Partei.

§ 37. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung". Sie untersteht der Parteivertretung. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Reichsparteivertretung sind in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

Parteipresse.

§ 38. Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn streng darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden, und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur mit Zustimmung der Kreis- und Landesorganisationen erfolgen. In jenen Ländern, die keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landes- die Reichsparteivertretung.

Kandidaturen.

§ 39. Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesparteivertretung, wo diese fehlt, von der Kreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Ver-

trauensmänner der Wahlbezirke vorzunehmen, und zwar nach Erstattung der Vorschläge durch die Vertrauensmänner der Wahlbezirke.

Die endgültige Entscheidung über die Reichsratskandidaturen vor allgemeinen Neuwahlen erfolgt für die Reichsratswahlen durch eine Reichskonferenz.

Ausschluß aus der Partei.

§ 40. Ueber den Ausschluß aus der Partei im Sinne des § 2 entscheidet ein von der Reichsparteivertretung zu berufendes siebengliederiges Schiedsgericht. Drei der Beisitzer werden von der Organisation ernannt, die den Ausschluß beantragt, drei von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt die Reichsparteivertretung; derselbe hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

Der Antrag auf Ausschluß eines Parteimitgliedes aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Genossen gestellt werden.

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Parteiorganisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Partei gelten und dem davon Betroffenen steht das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen. Der Ausschluß aus der Partei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Unterläßt es das Parteimitglied, dessen Ausschluß verlangt worden ist, innerhalb vier Wochen, vom Tage der Verständigung an, Schiedsrichter zu ernennen, oder verzichtet es ausdrücklich auf die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, so gilt es ohneweiteres als ausgeschlossen.

Wiederaufnahme in die Partei.

§ 41. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Ausschuß jener Organisation zu richten, von der seinerzeit das Ausschlußverfahren anhängig gemacht worden war.

Die Entscheidung hierüber fällt nach Anhörung der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, sowie der Organisation des letzten Wohnortes des Antragstellers über Antrag der Reichsparteivertretung der Parteitag.

Abänderung der Organisation.

§ 42. Aenderungen der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation müssen vier Wochen vor Abhaltung des Parteitages der Reichsparteivertretung mitgeteilt werden. Die Parteivertretung hat die Pflicht, diese Anträge mindestens 14 Tage vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Eine Abweichung von dieser Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der auf einem Parteitag anwesenden Delegierten sich dafür entscheiden.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich an den Parteitag 1909.

Am letzten Parteitag hatten wir über eine Zeit gewaltiger Kraftentfaltung des österreichischen Proletariats zu berichten. Der große Kampf um das Reichsratswahlrecht war zum siegreichen Ende geführt, die erste Wahlschlacht geschlagen worden.

Nach den Errungenschaften dieses Jahres schien es, als ob ein neuer, freierer Geist in das alte Oesterreich seinen Einzug halten würde. Vom ersten Volksparlament glaubten wir erwarten zu dürfen, daß es dem Staate neue Impulse geben, die Völker zu friedlicher Reformarbeit vereinigen werde.

Wir mußten indes bald erkennen, daß das Parlament diese seine Aufgabe nicht zu lösen vermag, solange es durch die Landtage, die noch im alten volksfeindlichen Geiste verharren, auf Schritt und Tritt in seiner Arbeit gestört wird. Es ergab sich so die Notwendigkeit, vor allem mit einem entschlossenen Kampfe um die Befreiung der Landtage zu beginnen, damit dem jungen Reichsparlament des Volkes Raum für sein Reformwerk werde. Dem Kampfe um das gleiche, allgemeine Reichsratswahlrecht mußte der um ein ebenso demokratisches Landtagswahlrecht folgen.

Im Sommer des Jahres 1907 war in Niederösterreich der Kampf um das Landtagswahlrecht bereits im vollen Gange. Die Bewegung war so populär, daß es die im Landtage herrschenden Christlichsozialen nicht wagten, ihr offen entgegenzutreten. In der bei ihnen gewohnten Demagogenweise versuchten sie, aus der eben populären Strömung für sich Kapital zu schlagen, indem sie sich den Anschein gaben, als ob es ihnen ebenfalls um die Durchsetzung eines demokratischen Landtagswahlrechtes zu tun wäre.

In den Stürmen der großen Reichsratswahlkämpfe, am 20. Oktober 1905, hatten Lueger, Weiskirchner und Genossen im niederösterreichischen Landtag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der den Landesausschuß aufforderte, in der nächsten Session eine Landtagswahlordnung auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Rechtes dem Landtage vorzulegen. Mit diesem Dringlichkeitsantrag hatte sich also die christlichsoziale Landtagsmajorität in ganz eindeutiger Weise für das gleiche Wahlrecht in den Landtag verpflichtet.

Wie erfüllte sie aber diese Verpflichtung? Sie ließ sich von Geßmann einen Wahlreformentwurf zusammenbrauen, der den Stempel des Unernstes, der komödienhaften Mache an der Stirne trug. Die „Reform", die Geßmann im September 1907 dem Landtage vorlegte, sollte den Christlichsozialen die Pose einer demokratischen Volkspartei ermöglichen, während es doch von vornherein feststand, daß der saloppe, oberflächlich zusammengeschmierte Entwurf nie und nimmer Gesetz zu werden vermöge. Geßmanns Reformplan bestand in nichts anderem denn einer schleuderhaften Abschrift der bestehenden Landtagswahlordnung, in die die Bestimmung des gleichen Wahlrechtes ganz zusammenhanglos hineingezwängt worden war.

Die Regierung Beck erhob als Anwalt der Großgrundbesitzer und Handelskammerräte gegen das gleiche Wahlrecht Einwände. Das war kaum anders zu erwarten gewesen. Die Christlichsozialen hätten nun erweisen müssen, daß sie das gleiche Recht wirklich wollen und zeigen, daß sie im Verein mit den anderen demokratischen Parteien für das gleiche Landtagswahlrecht zu kämpfen bereit seien.

Sie aber, die es sonst so wohl verstehen, ihren Willen durchzusetzen, schwenkten ohne eine Spur von Widerstand gehorsam ein. Ehe man sich's versah, hatte Herr Geßmann seine demokratische „Ueberzeugung" wieder abgelegt. Er stellte im Landtage den Antrag, den Landesausschuß zu beauftragen, eine Vorlage einzubringen, die die „tunlichste Erweiterung" des Wahlrechtes enthalte. Mit allen Stimmen gegen die unseres Genossen Seitz wurde dieser Antrag angenommen. An die Stelle des gleichen Rechtes war die „tunlichste Erweiterung" getreten, an die Stelle der Verwirklichung des demokratischen Ideals der Wunsch nach engherziger Begrenzung.

Am Vorabende der Beratung des Geßmannschen Entwurfes im Landtage hatten die Wiener Arbeiter in zwei Massenversammlungen die Christlichsozialen davor gewarnt, mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht ihr heuchlerisches Spiel zu treiben. Sie riefen ihnen zu: „Die Arbeiterschaft weiß, daß die Regierung Beck ihren Widerstand gegen die Einführung des gleichen Stimmrechtes nicht aufrecht zu erhalten vermag, wenn die ganze Bevölkerung, wenn alle Parteien des Landes es ernsthaft, einmütig und entschlossen fordern. Wir verlangen daher, daß die herrschende Partei ihre Macht im Reichsrat und im Landtag dazu benütze, die Regierung zu zwingen, sich dem Willen der gesamten Bevölkerung zu unterwerfen. Wir erklären, daß wir jede Partei, die sich dieser Verpflichtung entzieht, als eine Feindin des gleichen Rechtes, als eine Verräterin an dem Prinzip der bürgerlichen Rechtsgleichheit betrachten und behandeln werden."

Die Christlichsozialen trugen aber lieber die Verachtung aller anständig Denkenden, als daß sie sich bereit zeigten, ein gleiches Wahlrecht einzuführen, das möglicherweise ihrer Macht im Lande hätte Abbruch tun können. Am 20. September 1907 legte Geßmann dem Landtage seinen neuen Entwurf vor, der den Verrat vollendete.

Das war ein Entwurf voll auserlesener Tücken. Das schmachvolle Kuriensystem blieb aufrecht. Weder das Privileg des Großgrundbesitzes noch das der Handelskammern wurde angetastet. Außerhalb Wiens blieb sogar die Zensuskurie — und die noch mit Verschlechterungen — weiter bestehen.

Um in Wien wahlberechtigt zu sein, sollte man folgende Bedingungen erfüllen müssen:

entweder 8 Kr. Grund- oder Gebäude- oder Erwerbsteuer,
oder 24 Kr. Personaleinkommensteuer zahlen,
oder drei Jahre seßhaft **und** zuständig sein,
oder drei Jahre seßhaft sein **und** mindestens Kr. 7·20 Personaleinkommensteuer zahlen.

Eine raffiniert ungerechte Wahlkreisgeometrie mit dem System der Listenwahl war außerdem bestimmt, dafür Sorge zu tragen, daß der Arbeiterschaft ihr Recht vorenthalten blieb.

Dieser Entwurf bedeutete nicht einmal die „tunlichste Erweiterung" des Wahlrechtes, auf die sich die Christlichsozialen schon zurückgezogen hatten, sondern in einigen Punkten sogar eine Einschränkung des bereits bestehenden Wahlrechtes. Es verloren nämlich alle Personen das Landtagswahlrecht, die wohl 10 bis 20 Kr. Personaleinkommensteuer zahlten, aber noch nicht drei Jahre seßhaft waren.

Während es indes in Wien immerhin nur ein Wahlrecht geben sollte, waren für das Land Niederösterreich zwei vorgesehen. Die Zensuskurie, durch den Wahlrechtsraub an den Personaleinkommensteuerzahlern verschlechtert, blieb aufrecht. Neben ihr, der 41 Mandate zugeschanzt wurden, war eine allgemeine Kurie mit 10 Mandaten vorgesehen. Für diese allgemeine Kurie sollte

das Wahlrecht dem für Wien gleichen. Also ebenfalls dreijährige Seßhaftigkeit und noch Zuständigkeit oder Steuerleistung!

Das Bekanntwerden dieses Entwurfes erregte in der Arbeiterschaft einen Sturm der Entrüstung. Am 22. September 1907 hielt die Landesparteivertretung der Sozialdemokratie Niederösterreichs eine Konferenz ab, deren Hauptverhandlungsgegenstand die Landtagswahlreform bildete. Die eingehende Debatte zeitigte folgenden Beschluß:

„Jede Wahlreform für den Landtag, die nicht als Minimum das heutige Reichsratswahlrecht gewährt, muß als eine Verkürzung des Rechtes der arbeitenden Massen angesehen werden. Daß die Vorlage des ersten Wahlreformentwurfes, der wenigstens das gleiche Recht zur Grundlage hatte, nicht ernst zu nehmen war, ist jetzt zur Gewißheit geworden, da das abgekartete Spiel zu Ende geführt werden soll. Der neue Entwurf, den mit unwürdiger Eile durchzupeitschen die Christlichsozialen sich anschicken, läßt die Kurien bestehen, verwirklicht weder das gleiche noch auch nur das allgemeine Wahlrecht, beraubt vielmehr durch Einführung der Bedingung der Gemeindemitgliedschaft einen sehr namhaften Teil der bisherigen Gemeindewähler ihres heutigen Rechtes und ist in dieser Beziehung engherziger als selbst die Bestimmungen für die allgemeine Kurie in anderen Kronländern. Zudem wird das Wahlrecht der Arbeiter in der vorgeschlagenen allgemeinen Kurie außerhalb Wiens durch eine ungeheuerliche Wahlkreiseinteilung geradezu illusorisch gemacht und ihnen, soweit sie Personaleinkommensteuer zahlen, in der alten Kurie ein wohlerworbenes Recht geraubt. Das Projekt Geßmanns ist also für die Arbeiterschaft gänzlich unannehmbar. Die Sozialdemokratie sowie ihre parlamentarische Vertretung haben somit die Pflicht, der Landtagsmajorität und insbesondere der Regierung diese Tatsache mit aller Energie zum Bewußtsein zu bringen."

Die Konferenz beschloß, sofort in Wien und in allen größeren Orten Niederösterreichs Volksversammlungen einzuberufen, um die Wählerschaft über den geplanten Streich der christlichsozialen Partei aufzuklären und zum energischen Protest aufzufordern.

Einige imposante Massenversammlungen in Wien und der Provinz eröffneten den Reigen. Die Christlichsozialen, durch den entschlossenen Angriff stutzig gemacht, entschlossen sich nun, doch lieber in einigen Punkten nachzugeben, als den Kampf mit der erbitterten Arbeiterschaft zu wagen.

Für Wien fiel die Gemeindemitgliedschaft als Wahlrechtsbedingung. Damit war für die Hauptstadt das allgemeine und gleiche Wahlrecht gegeben, wenn es auch in seiner Wirksamkeit durch Wahlgeometrie und Listensystem noch gründlich zugunsten der herrschenden Partei beschnitten wurde. In den anderen Teilen blieb indes der Entwurf mit allen seinen Ungerechtigkeiten aufrecht. Am 26. September 1907 nahm ihn der Landtag an.

Nicht minder bewegt, wenn auch nicht allerorts in gleichem Maße erfolgreich, waren die Wahlrechtskämpfe, die in den anderen österreichischen Kronländern geführt wurden.

In Böhmen riefen anfangs September 1907 die deutsche und die tschechische Landesexekutive die Arbeiter zum Wahlrechtskampf auf. Die Landtagswahlen standen vor der Türe, sie sollten im Zeichen des Kampfes um ein demokratisches Landtagswahlrecht stehen.

Für die Entwicklung Böhmens ist eine zeitgemäße Wahlreform womöglich von noch größerer Bedeutung als für die anderen österreichischen Länder. Im nationalen Hader, der Böhmen zerwühlt, mußte die Forderung der Sozialdemokratie nach Durchführung der nationalen Autonomie zum lebendigsten, unmittelbarsten Wunsche des Proletariats werden. Die nationale Autonomie ist aber unmöglich, solange die Landtage und Gemeindevertretungen von den Großgrundbesitzern und privilegierten kapitalistischen Cliquen beherrscht werden.

Als der Kampf begann, erklärte die Landesparteivertretung Deutschböhmens in einer Resolution vom 30. Jänner 1908, daß die Beseitigung aller

Wahlrechtsprivilegien als die beste Maßregel zur Vorbereitung der völligen nationalen Autonomie von der Arbeiterschaft gefordert werde.

Bei den Landtagswahlen, die Ende Februar 1908 stattfanden, gelang es weder den deutschen noch den tschechischen Genossen, einen ihrer Kandidaten durchzubringen, obwohl sie in einigen Bezirken sehr erhebliche Stimmenzahlen auf sich vereinigten. Dieses Resultat war bei dem bestehenden Wahlunrecht kaum anders zu erwarten gewesen; es wirkte aber doch aufreizend, denn es führte die Wahlrechtsschmach recht sinnfällig vor Augen.

An dem Sonntag, der der Eröffnung des Landtages vorausging, fanden in Böhmen vierzig Wahlrechtsversammlungen der sozialdemokratischen Partei statt. In Prag tagte ein gewaltiges Meeting, an dem tschechische und deutsche Redner die Notwendigkeit der Wahlreform darlegten. Dem Meeting schloß sich ein Manifestationsumzug an, an dem mehr als 15.000 Personen teilnahmen.

Der Wucht dieser Volksbewegung konnte sich weder die Regierung noch der Kurienlandtag entziehen. Eine Wahlreform schien unausweichlich. Da brach aber, kaum daß der Landtag einige Tage beisammen war, aus nichtigen Gründen die Obstruktion der Deutschbürgerlichen aus, die die Tätigkeit des Landtages gewaltsam lahmlegte.

Die Arbeiterschaft protestierte in einer Reihe von Versammlungen empört gegen die Frivolität dieser Obstruktion, die geeignet war, der Wahlreform den Weg zu verlegen.

Die Regierung brachte am 9. Oktober 1908 im böhmischen Landtag einen Wahlreformentwurf ein. Die Vorlage bot auch nicht im entferntesten das, was die Arbeiter mit Recht forderten. Mit einer Kurie von 43 Mandaten sollten die bisher nicht Wahlberechtigten abgespeist werden. Ein solch kümmerliches Flickwerk war begreiflicherweise nicht darnach angetan, in den Kreisen der Arbeiterschaft Sympathien zu erwecken. Aber immerhin ein Entwurf war nun doch vorgelegt, der die Möglichkeit einer ernsthaften Beratung über die Wahlreform bot.

Aber gerade eine solche Beratung war nicht nach dem Geschmack der deutschbürgerlichen Parteien. Sie ließen sich auch durch die der Erledigung harrenden Volksnotwendigkeiten nicht in ihrem demagogischen Treiben beirren. Rücksichtslos ging die Obstruktion weiter. Am 15. Oktober kam es in offener Sitzung zu wüsten Raufszenen. Damit war der Landtag gesprengt. Die Regierung sprach die Vertagung aus.

Die leidenschaftliche Empörung, die sich der Arbeiterschaft beider Nationen in Böhmen bemächtigte, äußerte sich in einer intensiven Versammlungskampagne, die nun einsetzte, und in Straßenkundgebungen, deren Schauplatz einige der bedeutendsten Industriestädte Böhmens waren.

Der Exzeß des deutschen Chauvinismus in der Landstube hatte inzwischen sein betrübliches Gegenspiel in den Straßenkrawallen der tschechischen Chauvinisten gefunden. Die schmutzigsten Leidenschaften waren aufgewühlt. In wilden Ausschreitungen überschlug sich der von den tschechischen Nationalsozialen sorgsam gezüchtete nationale Haß. Die Deutschbürgerlichen blieben in den Städten, in denen sie es vermochten, Krawalle zu arrangieren, den Tschechen die Antwort nicht schuldig. Und so war unversehens wieder der atavistische Zustand nationalen Straßenkampfes über Böhmen hereingebrochen.

Schließlich endigte die Hochflut der Krawalle unter den brutalen Unterdrückungsmaßregeln der Regierung, die über Prag das Standrecht verhängte.

Im Toben des Chauvinismus mußte die Frage der Wahlreform naturgemäß wieder in den Hintergrund treten. So dankt das Proletariat denjenigen, die stets vorgeben, die Interessen der Nation zu verfechten, die Verschleppung der Wahlreform, die dem Volke einige Rechte hätte geben müssen.

Ebensowenig wie in Böhmen gelang es bis nun in Schlesien, eine moderne Wahlreform durchzusetzen, obwohl das schlesische Proletariat es an kraftvollen Anstrengungen in diesem Kampfe nicht fehlen ließ.

Schon im Jahre 1905 hatte die schlesische Arbeiterschaft für ein demokratisches Landtags- und Gemeindewahlrecht demonstriert. Im Herbst des Jahres 1907 fand neuerlich eine Manifestation in größerem Stile statt.

Zu einer wohlgegliederten Kette energischer Aktionen verdichtete sich die Wahlrechtsbewegung im Frühjahre des Jahres 1908. Ende April fanden im ganzen Lande Versammlungen statt. Eine intensive Kleinarbeit versuchte die Massen mit Verständnis für den Wahlrechtskampf zu erfüllen. Als dann im Herbst der Landtag zusammentrat, sah er sich einer imponierenden Volksbewegung gegenüber, die stürmisch nach dem gleichen Rechte verlangte. Diesem Drucke gab der Landtag nach; er wählte aus seiner Mitte einen Ausschuß, der eine Wahlrechtsvorlage ausarbeiten sollte.

Gegen den guten Willen dieses Ausschusses hegte indes die Arbeiterschaft ein berechtigtes Mißtrauen. Sie setzte deshalb, um seine Arbeiten zu beschleunigen und um auch auf die Gestaltung der Wahlreform Einfluß zu nehmen, den Kampf fort.

Vom 10. bis 12. Oktober tagte in Freiwaldau ein Landesparteitag der deutschen Sozialdemokraten Schlesiens, der beschloß, die nationalen Parteiexekutiven des Landes zu einer großen, gemeinsamen Kundgebung aufzufordern.

Bevor es aber noch zur Ausführung dieses Beschlusses gekommen war, hatte der Wahlreformausschuß dem Landtage einen Entwurf vorgelegt. Nach diesem sollte die Zahl der Abgeordneten von 31 auf 55 erhöht werden. Von den 24 Mandaten, um die man den Landtag vermehren wollte, sollten aber der geplanten allgemeinen Kurie nur acht zugewiesen werden, während sich die bisher Privilegierten sechzehn neue Mandate zuschanzten. Und außerdem sollten die acht Mandate der allgemeinen Kurie *nicht* den bisher Nichtwahlberechtigten allein überlassen bleiben, sondern es sollten in dieser Kurie auch die privilegierten Wähler, für die schon vorher 47 Mandate reserviert wurden, mitwählen.

Obwohl wir in Oesterreich mit den Landtagswahlrechten wahrlich nicht verwöhnt sind, mußte dieses Schandwerk einer „Reform" dann doch geradezu Verblüffung erregen. In dem rötesten Lande Oesterreichs mutete man der Arbeiterschaft ein Wahlrecht zu, das ihr im besten Falle ermöglichte, *ein einziges Mandat* zu erobern, während 54 Mandate die Domäne der Besitzenden bleiben sollten.

Eine fieberhafte Tätigkeit unserer schlesischen Parteigenossen begann. Ein außerordentlicher Landesparteitag wurde einberufen. Er fand am 15. November 1908 in Troppau statt und leitete in entschlossener Weise die Gegenaktion gegen das Machwerk der Bürgerlichen ein. Der entschiedenste Kampf wurde denen angekündigt, die es gewagt hatten, die Arbeiterschaft herauszufordern. „Jede Gelegenheit," heißt es in der vom Landesparteitag angenommenen Resolution, „mit diesen Elementen abzurechnen, sie zur Verantwortung zu ziehen, werden die Vertrauensmänner und Parteigenossen benützen, um die angetane Schmach zu sühnen." Der Parteitag erklärte, in diesem Kampfe vor keinem Opfer zurückzuschrecken.

Im Anschluß an den Landesparteitag fand in Kathrein bei Troppau eine große Protestversammlung gegen das beschlossene Wahlgesetz statt. Nach der Versammlung formierte sich die Masse zu einem Demonstrationszug. Die Polizei benahm sich, wie gewöhnlich bei solchen Anlässen, provozierend brutal, was zu einigen heftigen Zusammenstößen führte.

Am folgenden Tage begab sich eine Deputation der sozialdemokratischen Organisationen Schlesiens nach Wien, um dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern auf die schweren Mängel der schlesischen Wahlreform aufmerksam zu machen. Auf die ernsten Vorstellungen der Deputation versprachen die Minister, die vorgebrachten Bedenken in Erwägung zu ziehen und die Entwürfe dahin zu prüfen, ob sie ihren Zweck, den bisher vom Wahlrecht Ausgeschlossenen eine Vertretung zu sichern, auch wirklich erfüllen. Die Regierung hat es denn auch nicht gewagt, dieses schändliche Machwerk

zur Sanktion vorzulegen; man kann es wohl jetzt schon als abgetan bezeichnen.

In Mähren war bereits im Jahre 1906 eine Wahlreform durchgeführt worden. Diese Reform, der sogenannte deutsch-tschechische Ausgleich, war alles eher denn zufriedenstellend. Sie gab 30.000 Wählern der allgemeinen Kurie das Recht, einen Abgeordneten zu wählen, während 4 Mitgliedern der Pfaffenkurie oder 7 Großgrundbesitzern oder 16 Handelskammerräten das gleiche Recht zugebilligt wurde.

Unsere mährischen Genossen nahmen deshalb im Herbst 1907 den Kampf um das allgemeine, gleiche Landtagswahlrecht von neuem auf. Im ganzen Lande fanden imposante Demonstrationsversammlungen statt. Diese Aktion führte am 20. September 1907 zu einer Wahlreformdebatte im mährischen Landtag. Wie nicht anders zu erwarten war, fand sich eine reaktionäre Majorität, die dem Volke das gleiche Recht vorenthielt. Die Hauptstütze dieser Majorität bildeten die Deutschbürgerlichen, die ihre Wahlreformfeindschaft mit der heuchlerischen Ausrede, die „nationalen Interessen des deutschen Volkes" zu schützen, bemäntelten.

Erfolgreicher als in den Sudetenländern war der Wahlrechtskampf im allgemeinen in den österreichischen Alpenländern. In Steiermark hatte am 3. September 1907 eine außerordentliche Sitzung der sozialdemokratischen Landesparteivertretung stattgefunden, die beschloß, einen intensiven Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes zu eröffnen. Damit begann, nach einer kurzen Pause, aufs neue eine ungemein rührige Kampagne. Nach einem Jahre war sie zu einem Erfolge gelangt, der eine vorläufige Einstellung des Kampfes ermöglichte. Am 14. Oktober 1908 legte der politische Ausschuß dem Landtag einen auf Grund von Verhandlungen unter den Landtagsparteien zustande gekommenen Wahlreformentwurf vor.

Dieser Entwurf vermehrte die Landtagsmandate von 71 auf 87. Von den 16 neuen Mandaten wurden der bisherigen allgemeinen Kurie zwei zugewiesen, so daß sie nunmehr zehn Mandate umfaßt. Die allgemeine Kurie wurde zu einer Arbeiterkurie umgestaltet, indem man den Wählern der anderen Kurien das Wahlrecht in ihr entzog. Das Wahlrecht in der sogenannten Arbeiterkurie besitzt jeder männliche österreichische Staatsbürger, der das 24. Lebensjahr erreicht hat, ein Jahr am Orte seßhaft ist und in keiner der anderen Kurien ein Wahlrecht besitzt. Die sogenannte Arbeiterkurie ist aber keine reine Arbeiterkurie, denn es wählen in ihr auch die kleinen Geschäftsleute und Kleinbauern, die unter 10 Kr. Steuer zahlen, mit. Aus den Kurien der Privilegierten wurden diese kleinen Steuerzahler von den bürgerlichen Parteien ausgeschlossen, damit sie offenbar in der Arbeiterkurie den bürgerlichen Parteien den Gewinn einiger Mandate ermöglichen.

Der Landtag nahm diesen Entwurf im Oktober 1908 unverändert an.

Eine eigenartige Wahlreform wurde in Oberösterreich durchgeführt. Das neue Wahlgesetz, das im Herbst des Jahres 1908 zustande kam, ist eine auserlesene Sammlung von Uebervorteilungen der Arbeiterwähler, verhüllt unter hochmodernem Aufputz. Auch in Oberösterreich wurde eine ausgiebige Vermehrung der Landtagsmandate vorgenommen. Statt aus 50 Mitgliedern wie bisher besteht nun der Landtag aus 69 Mitgliedern. Von den 19 neuen Mandaten erhielt die neugeschaffene allgemeine Kurie 14. Von diesen 14 Mandaten entfallen 10 auf die Landgemeinden und 4 auf die Städte.

Das Wahlrecht in der allgemeinen Wählerklasse ist an die Bedingung der zweijährigen Seßhaftigkeit geknüpft. Die Wähler der privilegierten Kurie wählen in der allgemeinen Kurie mit. Während es in den Kurien der Privilegierten sowie in den Landgemeinden der allgemeinen Wählerklasse beim Majorzsystem blieb, wurde für die Städte das Proportionalwahlsystem eingeführt. Alle Städte des Landes wurden in einem Wahlbezirk vereinigt, dieser hat nach dem Prinzip der Verhältniswahl vier Abgeordnete zu wählen.

Zu den vielen Wahlsystemen, die Oesterreich bereits besitzt, ist so nun auch die Proportionalwahl, der Schutz der Minoritäten, gekommen. Freilich, die oberösterreichischen Klerikalen haben sehr wohl darauf geachtet, welche Minoritäten des Schutzes teilhaftig werden. Für die Landgemeinden, in denen es sozialdemokratische und bürgerlich freisinnige Minoritäten zu schützen gäbe, hat man das Proportionalwahlsystem nicht eingeführt, wohl aber für die Städte, in denen die Klerikalen in der Minorität sind.....

Sehr lebhaft war der Wahlrechtskampf in Salzburg. Am 12. Juli 1908 fanden im Lande sieben Volksversammlungen statt, die einen Wahlrechtskampf großen Stils einleiteten. Am Ende des Jahres sollte die sechsjährige Legislaturperiode des Landtages ablaufen; es mußte deshalb die Zeit wohl ausgenützt werden, sollte noch vorher eine Wahlreform durchgesetzt sein. Den Höhepunkt erreichte die Versammlungstätigkeit mit einer imposanten Demonstration in der Landeshauptstadt am 13. September 1908.

Die Wahlreform, die schließlich zustande kam, war ein schmähliches Kompromiß der herrschenden Parteien, geboren aus der Furcht vor der Sozialdemokratie. Die Reform schuf eine vierte Wählerklasse mit sechs Abgeordneten. Zwei dieser Abgeordneten werden in den Städten von einer reinen Arbeiterkurie gewählt, während die vier anderen Abgeordneten auf die Landgemeinden entfallen. In der allgemeinen Wählerklasse der Landgemeinden wählen auch die privilegierten Wähler mit. Die einjährige Seßhaftigkeit ist in der vierten Wählerklasse Wahlrechtsbedingung.

In Tirol war es bis nun unseren Genossen trotz fleißiger Arbeit nicht möglich, die Widerstände, die sich einer modernen Wahlreform entgegentürmen, zu überwinden. Im kleinlichen Streite zwischen den Deutschen und Italienern ward jedweder Fortschritt der politischen Gesetzgebung begraben.

Dagegen kam in Vorarlberg eine Wahlreform zustande. An ihr ist bemerkenswert, daß auch die Frauen ein Wahlrecht, wenn auch in ziemlich bescheidenem Umfange, zugebilligt erhielten.

Keine Wahlreform gelangte in der Bukowina zur Durchführung. Ebenso blieb das Wahlrecht für den Kärntner Landtag, das schon vor einigen Jahren reformiert worden war, in der Berichtsperiode unverändert.

Fassen wir die Ereignisse der Wahlrechtskämpfe in den beiden Berichtsjahren zusammen, dann entrollt sich vor uns ein stolzes Bild proletarischer Kraft. In einer Reihe wichtiger Positionen der bürgerlichen Parteien vermochten wir Bresche zu legen, in anderen ist unser Eindringen nur mehr eine Frage kurzer Zeit. Es ist noch immer erst ein Bruchteil von dem zur Verwirklichung gelangt, was wir im Interesse des Proletariats erstreben, aber der bisherige Verlauf des Kampfes gibt uns die Gewähr des endlichen Sieges. In treuer Pflichterfüllung haben die deutschen Arbeiter Oesterreichs den Interessen der Demokratie gedient. Den Kämpfen der Zukunft dürfen wir mit freudiger Zuversicht entgegenblicken.

Neben den Kämpfen um das gleiche politische Recht in den Landtagen nahm vor allem der Protest gegen die fortgesetzte Lebensmittelteuerung unsere Kräfte in Anspruch. Die kraftvolle parlamentarische Aktion* unserer Reichsratsfraktion im Herbst 1907 wurde unterstützt durch die Veranstaltung zahlreicher Versammlungen im ganzen Reiche und der regen Verbreitung aufklärender Flugblätter. Als dann die volksfeindlichen Parteien im Parlament die Dringlichkeitsanträge Schrammel-Renner zu Falle gebracht hatten, widerhallte das Land vom leidenschaftlichen Protest des in seinen elementarsten wirtschaftlichen Interessen geschädigten Volkes.

Die Preissteigerung aller wichtigeren Lebensmittel führte der Bevölkerung recht deutlich das Verkehrte der österreichischen Handelspolitik, die nur einseitig den Bedürfnissen der Agrarier angepaßt ist, vor Augen. War deshalb die Unzufriedenheit mit der auswärtigen Politik bereits groß, so steigerte sich

* Der Tätigkeitsbericht unserer parlamentarischen Fraktion ist in zwei Broschüren, „Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause", XVIII. und XIX. Session, erschienen und liegt den Delegierten zum Parteitag vor. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

diese noch, als Oesterreich durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina in kriegerische Händel verwickelt zu werden drohte.

Die österreichische Sozialdemokratie erhob während der Kriegsgefahr laut und vernehmlich ihre Stimme, um gegen die Kriegsgelüste der Ueberpatrioten zu protestieren. Daß die Arbeiterschaft den Krieg nicht will, sondern brüderlich mit ihren Klassengenossen in Serbien sympatisiert, wurde in energischer, unzweideutiger Weise zum Ausdruck gebracht. Daß es schließlich gelang, den Frieden zu erhalten, mag wohl zu einem nicht geringen Teile dem Umstande zuzuschreiben sein, daß die Machthaber erkennen mußten, wie alles eher denn Begeisterung für den Krieg das Volk beider Staaten erfüllte.

Als Nachtragsbukett zur Kriegsgefahr wurde Oesterreichs Völkern ein Steuerplan vom Finanzminister präsentiert, der ihnen schwere indirekte Opfer im Wege einer Bier- und Branntweinsteuer aufzuerlegen drohte. Gegen diese in Vorschlag gebrachte Erhöhung der indirekten Steuern wurde von der Arbeiterschaft nachdrücklichst Protest erhoben. In vielen Versammlungen wurde von Tausenden gegen die Verwirklichung dieses Finanzplanes Verwahrung eingelegt. Wie die Branntweinsteuererhöhung des Kabinetts Beck-Korytowsky wesentlich an dem Widerstande der sozialdemokratischen Fraktion scheiterte, so hat die energische Abwehr der Arbeiterschaft die bürgerlichen Parteien nach ihrem eigenen Geständnis genötigt, die Biersteuer und damit den Finanzplan des Ministeriums Bienerth-Bilinski abzulehnen. Mit Zuversicht können wir in die nächste Phase dieses Kampfes eintreten.

* * *

Reichsratswahlen. Im 7. schlesischen Wahlkreis Jauernigg-Freiwaldau war nach dem Tode des bisherigen bürgerlichen Abgeordneten August Kaiser eine Ersatzwahl nötig geworden. Unsere Partei kandidierte den Genossen Rudolf Müller.

Bei der Wahl im Jahre 1907 war der Deutschfortschrittliche im ersten Wahlgange mit 5423 gegen 3395 Stimmen, die auf den Sozialdemokraten entfielen, gewählt worden. Bei der Ersatzwahl am 8. Juli 1908 erhielt der Kandidat der Deutschbürgerlichen nur 3488 Stimmen. Unser Kandidat erhöhte die Stimmenzahl auf 3464, während die Christlichsozialen 1977 Stimmen aufbrachten. — Am 14. Juli fand die Stichwahl statt, bei der der sozialdemokratische Kandidat mit 4502 gegen 4238 Stimmen gewählt wurde. Dieser Sieg war als Demonstration der Wählerschaft gegen die Agrarier, unter deren Fittichen der Deutschbürgerliche kandidiert hatte, und als Vertrauenskundgebung für die bisherige Tätigkeit der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion bedeutsam.

Durch den Rücktritt des bürgerlichen Abgeordneten Dr. Erler war das Mandat Innsbruck I freigeworden. Bei der Wahl im Jahre 1907 war das Stimmenverhältnis folgendes: deutschvölkisch 2112, sozialdemokratisch 1355, christlichsozial 1200, alldeutsch 286. In der Stichwahl wurde Dr. Erler mit 2917 gegen 1561 Stimmen gewählt. Die Ersatzwahl im November 1908 brachte uns einen glänzenden Erfolg. Unser Kandidat Josef Holzhammer erhielt 1731, der Deutschvölkische 1479, der Christlichsoziale 1214, der Alldeutsche 290 Stimmen. Bei der Stichwahl drang Holzhammer mit 2416 gegen 1966 Stimmen durch. Unserer entschiedenen Gegnerschaft gegen den Klerikalismus verdanken wir diesen schönen Sieg.

Nach dem Tode des Ackerbauministers Peschka war im böhmischen Landgemeindenbezirk Landskron-Grulich eine Ersatzwahl erforderlich.

Unsere Partei kandidierte ebenso wie im Jahre 1907 den Genossen Franz Flemming. Während aber im Jahre 1907 2844 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, sank diese Zahl bei der Ersatzwahl im November 1908 auf 2196. Dieser Stimmenrückgang dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die Arbeiter angesichts der Aussichtslosigkeit den agrarischen Bezirk zu erobern, sich an der Wahl nicht mit dem nötigen Eifer beteiligten, dann aber auch auf den mangelhaften Ausbau unserer Organisation in diesem Wahlkreise.

Landtagswahlen. Am 26. Oktober 1908 fand in Niederösterreich die erste Wahl auf Grund des neuen Wahlrechtes statt. In Wien wurden für die sozialdemokratischen Kandidaten 107.986 Stimmen abgegeben. Gegenüber der Reichsratswahl im Jahre 1907, die eine sozialdemokratische Stimmenzahl von 124.756 ergeben hatte, bedeutete dies einen Stimmenrückgang um rund 17.000. Dieser Verlust ist indes nur ein scheinbarer, denn es hatten durch die dreijährige Seßhaftigkeit viele Tausende Arbeiter das Landtagswahlrecht verloren, während andere durch den ungeheuerlichen Wahlschwindel der Christlichsozialen ihres Rechtes beraubt wurden.

In drei Wiener Bezirken konnten wir eine Majorität erzielen, in Favoriten, Ottakring und Floridsdorf. Die Genossen Dr. Karl Renner, Johann Pölzer, Albert Sever, Karl Volkert und Karl Seitz wurden zu Landtagsabgeordneten gewählt.

Bei einer Stimmenzahl von 107.000 hatten wir fünf Mandate besetzt, die Christlichsozialen, die 168.000 Stimmen erhielten, steckten 43 Mandate ein. Recht anschaulich zeigt diese Gegenüberstellung, wie schamlos die Wahlkreisgeometrie den Bedürfnissen der herrschenden klerikalen Partei in Wien und Niederösterreich angepaßt worden war.

In den zehn Wahlkreisen der allgemeinen Kurie am Lande erhielten unsere Kandidaten insgesamt 27.173 Stimmen. Bei den drückenden Wahlrechtsbeschränkungen in dieser Kurie ist dieses Resultat gewiß ein sehr achtungswertes. Von den zehn Mandaten gelang es auch, eines, das des Bezirkes Bruck a. d. Leitha, zu erobern. Es drang in diesem Bezirke Genosse Dr. Renner mit 10.882 Stimmen gegen den christlichsozialen Kandidaten, der 9793 Stimmen erhielt, durch.

Genosse Dr. Renner, der somit zweimal gewählt worden war, legte das Favoritener Mandat zurück. An seiner Statt wurde am 8. Februar 1909 Genosse August Sigl mit 10.894 gegen 9114 christlichsozialen Stimmen gewählt.

Der im großen Stile betriebene schamlose Wahlschwindel der Christlichsozialen veranlaßte uns, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes anzurufen. Wie nicht anders zu erwarten war, brandmarkte der Gerichtshof das Gebaren des parteiischen Wiener Magistrats und der Statthalterei, die Hunderte Wähler durch ihre rabulistischen Spitzfindigkeiten um das Wahlrecht gebracht hatten. Eine Interpellation des Abgeordneten Seitz führte zu einer moralischen Züchtigung der Wahlrechtsräuber im Parlament.

Am 24. März 1909 begannen mit der Wahl in der allgemeinen Kurie die Landtagswahlen in Kärnten. Unsere Partei erhielt in allen vier Wahlkreisen zusammen 10.509 Stimmen. Gegenüber der letzten Landtagswahl vom Jahre 1902 bedeutete dies einen Stimmengewinn von 4063, das ist um 65 Prozent. Freilich hatte auch die Stimmenzahl der gegnerischen Parteien zugenommen. Es vermochten die Deutschnationalen ihre Stimmenzahl um 28·8 Prozent, die Christlichsozialen um 71·9 Prozent zu erhöhen. Immerhin stellte aber die verhältnismäßig bedeutende Stimmenvermehrung unserer Partei einen nicht unerheblichen Erfolg dar. Im dritten Wahlkreis, Villach, war unser Kandidat Genosse Wilhelm Eich in die Stichwahl gelangt, bei der er gegen den deutschnationalen Kandidaten siegte. Mit ihm zog der erste Sozialdemokrat in den Kärntner Landtag ein.

Ueberraschend gut bestanden im Landtagswahlkampfe die Salzburger Genossen. Bei der Wahl am 3. Mai 1909 wurden 7744 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. Der Wahlbezirk Stadt Salzburg und der Städtebezirk des Landes wurden von uns im ersten Wahlgang erobert. Gewählt wurden die Genossen Josef Prokisch und Robert Preußler. Auch in der allgemeinen Kurie der Landgemeinden und in der Steuerkurie der Städte und Märkte brachten die Kandidaten der Sozialdemokratie verhältnismäßig viele Stimmen auf.

Die Landtagswahl in Oberösterreich ergab im Städtebezirk der allgemeinen Kurie für den sozialdemokratischen Wahlvorschlag 11.896 Stimmen. Von den vier zur Besetzung gelangenden Mandaten entfiel eines auf die

Sozialdemokratie. Gewählt wurde Genosse Josef Hafner, der unter den sozialdemokratischen Kandidaten die meisten Stimmen auf sich vereinigt hatte. In den Landbezirken erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten insgesamt 5431 Stimmen.

In Steiermark fand am 7. Mai 1909 die Landtagswahl statt. In den acht deutschen Wahlbezirken der sogenannten Arbeiterkurie wurden für die Sozialdemokratie 35.478 Stimmen abgegeben. Mit dieser Stimmenzahl steht unsere Partei an der Spitze der am Wahlkampfe beteiligt gewesenen Parteien. Vier Mandate wurden im ersten Wahlgang, ein Mandat in der Stichwahl mit Sozialdemokraten besetzt. Gewählt erscheinen die Genossen: Hans Resel, Josef Jodlbauer, Dr. Michael Schacherl, Julius Hilari und Albert Horvatek.

Sehr beträchtliche Stimmenzahlen konnten auch in der Steuerkurie der Städte und des Landes für die sozialdemokratischen Kandidaten aufgebracht werden. Im Landgemeindenbezirk Aflenz-Bruck-Mariazell gaben unsere Genossen in der Stichwahl den Ausschlag gegen die Christlichsozialen.

In Vorarlberg war am 10. Mai 1909 die Wahl der „gemischten Wählerklasse". Auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfielen 1733 Stimmen. Im Vergleich mit der Reichsratswahl im Jahre 1907 bedeutet diese Stimmenzahl einen kleinen Fortschritt. — Ein Mandat gelang es vorläufig in Vorarlberg noch nicht zu erobern.

Am Ende der Berichtsperiode gab es in Oesterreich 16 deutsche und 15 nichtdeutsche (10 in Triest, 5 in Mähren) sozialdemokratische Landtagsabgeordnete. Die deutsch-sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten entfallen auf:

Niederösterreich	6
Steiermark	5
Salzburg	2
Mähren	1
Oberösterreich	1
Kärnten	1

Sonstige Wahlen. Die Ergebnisse der Gemeindewahlen werden im Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter besprochen.

Bei den Gewerbegerichtswahlen behaupteten wir allerorts unsere feste Position, ebenso bei den Kassenwahlen und den Wahlen in die genossenschaftlichen Gehilfenausschüsse. Wo eben Arbeiter allein über eine Vertretung zu entscheiden haben, fällt ihre Wahl in fast geschlossener Einmütigkeit auf die Kandidaten der Sozialdemokratie.

Am 4. März 1909 wurden in die Bezirksvertretung Graz und Umgebung zwei Sozialdemokraten gewählt. Mit ihnen zogen die ersten Sozialdemokraten in eine österreichische Bezirksvertretung ein.

Parteiorganisation. Die am Parteitage zu erwartende Diskussion über die Form unserer Organisation rechtfertigt es, daß wir uns in diesem Berichte etwas ausführlicher als sonst mit der Parteiorganisation befassen.

Der Wiener Parteitag vom Jahre 1907 hatte versucht, die Parteiorganisation ihres bisherigen losen Gefüges zu entkleiden und ihr eine feste, geschlossene Grundlage zu geben. Die Lokalorganisationen sollten nach wie vor als Zusammenfassung der in einem Orte wohnenden Parteigenossen und -Genossinnen gelten, wo es aber möglich erschien, war die Gründung von sozialdemokratischen Vereinen vorzunehmen und auf deren Grundlage die Bezirksorganisation aufzubauen.

Wollen wir nun feststellen, inwieweit dieser Beschluß zur Durchführung kam, so müssen wir versuchen, uns ein Bild vom Stande der politischen Organisation in Oesterreich zu machen. Freilich kann dieses Bild kein vollständiges sein, denn von vielen unserer Vertrauensmänner war trotz allen Mahnens kein Bericht zu erhalten.

Kronland	Zahl der sozialdemokratischen Lokalorganisationen	Zahl der Mitglieder
Böhmen	570	26679
Bukowina	3	96
Kärnten	66	1649
Mähren	71	4248
Niederösterreich	128	9000
Oberösterreich	67	5192
Salzburg	40	2443
Schlesien	50	3100
Steiermark	52	12672
Tirol	17	1869
Vorarlberg	16	1034
Wien	20	44556*
Zusammen	1100	112538

In Oesterreich sind also etwa 110.000 deutsche Sozialdemokraten politisch organisiert, von denen man noch füglich einen guten Teil der 44.000 organisierten Wiener — deren Parteizugehörigkeit sich nur in der Abnahme der „Volkstribüne" manifestiert — abrechnen muß. Eine geringfügige Zahl Arbeiter ist also politisch organisiert, wenn man bedenkt, daß unsere Gewerkschaften mehr als 300.000 deutsche Mitglieder zählen und unsere Kandidaten bei der Reichsratswahl im Jahre 1907 500.000 Stimmen auf sich vereinigten. Allerdings, die Ziffern der politisch Organisierten sind lange nicht so exakt wie die der Gewerkschaftsmitglieder. Aber selbst wenn es noch um 10.000 oder 20.000 politisch organisierte Genossen mehr in Oesterreich gibt, als unsere Statistik ausweist, es sieht auch dann noch immer schlimm genug um unsere politische Organisation aus.

Einen Trost kann es immerhin gewähren, daß es heute doch schon besser aussieht als früher. Es wurden auch in den beiden letzten Jahren, trotz der Krise, die die Agitation so sehr erschwerte, Fortschritte erzielt. Wir können nicht mit Sicherheit angeben, wieviel politisch Organisierte es im Jahre 1907 gab, aber so weit unsere Berechnungen reichen, waren es inklusive der Wiener „Volkstribüne"-Abonnenten nicht mehr als 90.000 bis 95.000.** Wenn nunmehr alle Kräfte eingesetzt werden, dann wird es hoffentlich gelingen, die politische Organisation in den nächsten Jahren auf die Höhe zu bringen, deren es bedarf, um wahrhaft kampffähig zu sein.

In den beiden letzten Jahren gelang es bereis in mehreren Kronländern, die politische Organisation *innerlich zu festigen*. Die lose Organisationsform, wie sie vordem gang und gäbe war, machte allmählich festen *Vereinen* Platz. Den dahin zielenden Beschlüssen des letzten Parteitages haben insbesondere die Genossen in Schlesien, Oberösterreich und zu einem Teile auch die in Böhmen praktische Geltung verschafft. In diesen Ländern ist die Lokalorganisation gleichbedeutend mit dem sozialdemokratischen Verein. Ein festes Band umschließt die Organisierten, es befähigt die Organisation zu einer weit intensiveren Tätigkeit und energischerer Aktion, als es der lose Zusammenhang der früheren Jahre vermocht hätte.

Die Zahl der *Parteisteuer* zahlenden ist in der Regel ebenso groß als die der lokalorganisierten Genossen. So weit unsere Berichte reichen, haben in der Berichtsperiode in 1155 Orten 114.000 Arbeiter *regelmäßig* ihren Beitrag an die Lokalorganisation entrichtet.

Sehr beträchtliche Erfolge wurden mit dem Ausbau der *Häuser- und Straßenorganisation* erzielt. Von Jahr zu Jahr wurde die Zahl der Parteiorte, die diese Organisation durchführten, größer. Wir können nun wohl schon sagen, daß sie in fast allen bedeutenderen Orten durch-

* Als politisch Organisierte werden in Wien die Abnehmer der „Volkstribüne" betrachtet. Die bestehenden 20 politischen Vereine zählen nur insgesamt 2144 Mitglieder.

** Wir beabsichtigen, der Statistik der politischen Organisation von nun an ein größeres Augenmerk zuzuwenden. Wenn uns die Vertrauensmänner mehr als bisher unterstützen, wird es gelingen, ein einwandfreies, vergleichbares Bild des Standes der politischen Organisation zu geben.

gegriffen hat. Im allgemeinen hat sich die Häuser- und Straßenorganisation dort, wo sie neben guten politischen Vereinen einherging, so trefflich bewährt, daß sich nun auch die Genossen, die ihr zuerst skeptisch gegenüberstanden, um ihre Durchführung bemühen. So wurde uns von einer ganzen Reihe Orte berichtet, daß man eben im Begriffe stehe, diese Organisationsform nunmehr einzuführen.

Die Vorteile treten ja auch klar zutage. Der ständige persönliche Verkehr der Vertrauensmänner mit den in ihrem Rayon wohnenden Arbeitern und Arbeiterinnen schafft eine Fülle von Berührungspunkten, die für die Agitations- und Aufklärungstätigkeit von Vorteil sind.

Die Leistungsfähigkeit der Organisationen ist zu einem guten Teile durch die Höhe der Mitgliedsbeiträge bedingt. In dieser Erkenntnis hatte der Wiener Parteitag vom Jahre 1907 beschlossen, daß in der Regel der Beitrag für die Lokalorganisation nicht weniger als 20 H. im Monate betragen solle. Außer Steiermark, Niederösterreich und der Bukowina sind diesem Beschlusse alle Landesorganisationen nachgekommen. Ja, es gibt nun erfreulicherweise bereits eine erhebliche Anzahl Lokalorganisationen, die einen höheren Monatsbeitrag als 20 H. einheben.

Land	Zahl der Lokalorganisationen mit Monatsbeiträgen von										
	8	10	16	20	22	24	25	26	30	36	50
	Heller										
Böhmen	.	3	.	321	3	36	143	10	51	.	.
Bukowina	6	.	.	1	.	.	.	.	.	.	.
Kärnten	.	.	.	59	.	.	.	.	.	.	.
Mähren	3	.	15	35	.	.	.	.	.	1	.
Niederösterreich	.	1	.	72	.	2	1	.	3	20*	.
Oberösterreich	.	.	.	67	.	.	.	.	.	.	.
Salzburg	.	.	.	40	.	.	.	.	.	.	.
Schlesien	.	.	.	50	.	.	.	.	.	.	.
Steiermark	.	53	.	1	.	.	.	.	.	.	.
Tirol	.	.	.	17	.	.	.	.	.	.	.
Vorarlberg	.	.	.	1	.	.	.	.	5	.	6
Zusammen	9	57	15	644	3	38	144	10	59	21	6

Von den 1026 deutschen Lokalorganisationen, für die wir die Höhe der Mitgliedsbeiträge feststellen konnten, haben 7·9 Prozent einen Beitrag von weniger als 20 H., 64·7 Prozent einen Beitrag von 20 H. und 27·4 Prozent einen Beitrag von mehr als 20 H. eingeführt.

Eine Anzahl Lokalorganisationen gewährt den Mitgliedern der Gewerkschaften eine Ermäßigung in der Beitragsleistung.

Agitation. Unsere kampferprobten Genossen haben auch in den letzten zwei Jahren ihre unermüdliche Agitations- und Organisationsarbeit mit Eifer fortgesetzt. Die Versammlungstätigkeit war überaus rege. Es wurden in 1070 Orten, beziehungsweise Lokalorganisationen 10.463 politische Vereinsversammlungen, 15.740 Vertrauensmännersitzungen und § 2-Versammlungen der politischen Partei und 3577 Volksversammlungen abgehalten. Die Zahl der veranstalteten gewerkschaftlichen Versammlungen konnte nicht im gleichen Umfang festgestellt werden. In mehreren Kronländern begnügten sich die Vertrauensmänner mit der Erhebung der Zahl der politischen Versammlungen. Soweit unsere Berichte reichen, wurden 25.449 gewerkschaftliche und sonstige Versammlungen und 5476 gewerkschaftliche § 2-Versammlungen abgehalten.

Auf die einzelnen Kronländer verteilen sich die abgehaltenen Versammlungen in folgender Weise:

* Wiener Bezirksorganisationen, Beitragsleistung 8 H. wöchentlich.

Land	Zahl der					
	Orte	politischen Vereinsversammlungen	politischen Vertrauensmännersitzungen und § 2-Versammlungen	Volksversammlungen	gewerkschaftlichen und sonstigen Versammlungen	gewerkschaftlichen § 2-Versammlungen
Böhmen	586	3052	8758	1273	9566	693
Bukowina	7	82	77	57	735	37
Kärnten	107	.	108	111	1919	424
Mähren	119	198	1340	295	1042	.
Niederösterreich	20	2884	1689	158	.	.
Oberösterreich	67	362	.	346	2376	.
Salzburg	19	97	384	61	252	30
Schlesien	50	671*	53	59	2050*	58
Steiermark	53	286	971	583	.	.
Tirol	25	91	258	113	1246	484
Vorarlberg	16	140	252	101	1063	.
Wien	1	2600*	1850*	420	5200*	3750*
Zusammen	1070	10463	15740	3577	25449	5476

Der verhältnismäßigen Schwäche der sozialdemokratischen Vereine entspricht es, daß die Zahl der politischen Vereinsversammlungen nicht so bedeutend ist, als wir es wünschten.

Die mündliche Agitation sollte durch die Verbreitung aufklärender Flugblätter ergänzt werden. Leider ist diese Art der Propaganda bei uns noch sehr unentwickelt. Bei wichtigen politischen Ereignissen geben wohl die Reichsparteivertretung und die Landesorganisationen Flugblätter heraus, aber an einer planmäßigen periodischen Flugblattverteilung, wie sie in Deutschland üblich ist, mangelt es in Oesterreich. Freilich stellt uns auch die Gesetzgebung Schwierigkeiten in den Weg, aber sie zu überwinden muß und wird uns gelingen.

Maifeier. Ebenso wie in den früheren Jahren war im Jahre 1908 und 1909 die Maifeier eine gewaltige Demonstration des arbeitenden Volkes in Oesterreich. In fast allen Industrieorten des weiten Reiches ruhte die Arbeit.

Immer deutlicher ist zu merken, daß die Maifeier nicht nur als eine Demonstration für die Rechte der Arbeitenden empfunden wird, sondern daß sie beginnt, sich als ein Volksfest einzuleben. Am Maientag finden Hunderte Versammlungen statt, in denen die Bedeutung des Tages gewürdigt wird, imposante Demonstrationszüge durchziehen die Straßen. An diese ernsten Demonstrationen schließen sich aber vielfach heitere Volksfeste, Abendunterhaltungen und Theatervorstellungen. Maienfeuer flammen von den Höhen und Böllerschüsse krachen. So bleibt der Maientag dem Herzen der Arbeiter teuer als Demonstrations- und als Weltfeiertag.

Politische Verfolgungen. Die österreichischen Bezirkshauptleute können nicht mehr wie einstens gegen die sozialdemokratischen Arbeiter wüten und auch die Praxis der Gerichte ist moderner geworden. Aber vollständig unterbleiben die Verfolgungen auch heute noch nicht und Jahr für Jahr wandern Dutzende, ja Hunderte überzeugter Genossen wegen politischer „Delikte" ins Gefängnis oder werden zu Geldstrafen verdonnert. Am meisten Opfer erfordert der § 23 des Preßgesetzes, dieses Unikums österreichischer Kolportagefreiheit. Dazu kommen die Uebertretungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes, des Koalitionsgesetzes und die Bestrafungen wegen Auflauf, Nichtfolgeleistung u. s. w.

* Für Wien und Westschlesien war nur die Summe der politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen feststellbar. Wie viele Versammlungen auf jede der beiden Arten entfielen, können wir nur schätzungsweise angeben.

In den beiden letzten Jahren wurde uns von 685 Verfolgungen berichtet. Diese endeten mit 485 Verurteilungen und 200 Freisprüchen und Klagezurückziehungen. Die Strafen betrugen insgesamt 1177 Tage Arrest, 910 Tage Kerker und 3522 Kr. Geldstrafe. Ein beträchtlicher Teil dieser Strafen entfällt auf Uebertretungen, die während gewerkschaftlicher Kämpfe erfolgten, doch läßt sich eine sichere Scheidung zwischen diesen Delikten und den rein politischen nicht ziehen.

Das größte Kontingent Strafen stellt Böhmen. In dem Klassenkampfe, der sich in Böhmen immer mehr zuspitzt, nehmen die Behörden — wir wollen nicht untersuchen, ob bewußt oder unbewußt — die Partei der Unternehmer und ihrer politischen und nationalen Freunde.

Versammlungsverbote kamen in der Berichtsperiode 40 vor, 14mal wurden sozialdemokratische Versammlungen behördlich aufgelöst.

Parteipresse. Der Stand der Parteiblätter ist folgender:

	Erscheint
Arbeiter-Zeitung, Wien	täglich
Arbeiterwille, Graz	„
Freiheit, Teplitz	3mal wöchentlich
Volksrecht, Aussig	3 „ „
Volkszeitung, Innsbruck	3 „ „
Wahrheit, Linz	3 „ „
Bielitzer Volksstimme	2 „ „
Freigeist, Reichenberg	2 „ „
Gebirgsbote, Gablonz	2 „ „
Nordböhmischer Volksbote, Bodenbach	2 „ „
Nordböhmische Volksstimme, Warnsdorf	2 „ „
Salzburger Wacht	2 „ „
Schlesische Volkspresse, Jägerndorf	2 „ „
Volksfreund, Brünn	2 „ „
Volkswille, Karlsbad	2 „ „
Gleichheit, Wiener-Neustadt	1 „ „
Landbote, Mährisch-Schönberg	1 „ „
Nordwestböhmische Volkszeitung, Saaz	1 „ „
Trautenauer Echo	1 „ „
Volksbote, Wien	1 „ „
Volkspresse, Czernowitz	1 „ „
Volkstribüne, Wien	1 „ „
Volkswacht, Mährisch-Schönberg	1 „ „
Vorwärts, Brünn	1 „ „
Arbeiterinnen-Zeitung, Wien	14tägig
Czernowitzer Arbeiter-Zeitung	1mal monatlich

Die politische Partei verfügt also über 2 Tagesblätter, 4 Blätter, die dreimal, 9 Blätter, die zweimal wöchentlich erscheinen, 9 Wochenblätter, 1 vierzehntägig erscheinendes und 1 monatlich erscheinendes Blatt. Gegenüber dem Stande am letzten Parteitage blieb die Zahl der Tagesblätter unverändert, die Zahl der dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter stieg um eines, die der zweimal wöchentlich erscheinenden ebenfalls um eines; unverändert blieb die Zahl der Wochenblätter.

Außer den politischen Organen dienen den Interessen des klassenbewußten Proletariats Deutschösterreichs: 48 Gewerkschaftsblätter, eine wissenschaftliche Revue, „Der Kampf", ein Blatt für die proletarische Jugend, „Der jugendliche Arbeiter", eine Zeitschrift zur Bekämpfung des Alkoholismus, der „Abstinent", ein humoristisch-satirisches Blatt, „Neue Glühlichter" und einige Sportblätter.

Wenn wir im letzten Bericht zum Parteitage von einem ziemlichen Aufschwung unseres Zentralorgans, der „Arbeiter-Zeitung", sprechen konnten, so ist dies leider für die Berichtsperiode 1908/09 nicht der Fall und haben sich infolge der Krise die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse im Abonnentenstande ziemlich fühlbar gemacht. Hätte die „Arbeiter-Zeitung"

nicht im Jänner 1908 durch eine überaus tatkräftige Agitation der Wiener Genossen einen ganz beträchtlichen Aufschwung in ihrem Abonnentenstande zu verzeichnen gehabt — es wurden im ersten Quartal 1908 allein über 10.000 neue Abonnenten gewonnen — so würde der Ausfall an Abonnenten durch Streiks, Aussperrungen und Arbeitslosigkeit auch den finanziellen Teil des Standes der „Arbeiter-Zeitung" wesentlich beeinflußt haben. Wenn wir auch von den 10.000 neuen Abonnenten eine beträchtliche Anzahl wieder verloren haben und Erhebungen ergaben, daß die Einstellung des Abonnements hauptsächlich durch Arbeitslosigkeit verursacht wurde, so können wir immerhin auf einen Nettozuwachs gegenüber der letzten Berichtsperiode von 4800 Abonnenten verweisen. Aus den Erträgnissen des Zentralorgans wurden Teilbeträge dem Zentralwahlfonds überwiesen. Die Krise machte sich insbesondere in den Provinzeinnahmen, wo wir einen Rückgang von 16.874 Kr., und in den Inseratteneinnahmen, wo der Rückgang 6167 Kr. beträgt, fühlbar.

Ganz unberührt von der Krise zeigen ein erfreuliches Bild des Fortschrittes die Verhältnisse der „Arbeiterinnen-Zeitung". Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat jetzt eine verkaufte Auflage von 16.000 Exemplaren und ist im Jahre 1909 allein um 2000 Abonnenten gestiegen. Wenn die Steigerung der Auflage wesentlich durch die ganz außerordentliche Agitation zu erklären ist, die die Genossinnen im Reich für das Blatt entfalten, so hat nicht zum geringen Teil auch beigetragen, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" seit 1. Jänner 1909 mit einer monatlichen Beilage „Für die Jugend" erscheint und somit einem dringenden Bedürfnis nach Ausgestaltung nachgekommen ist. Von dem Reinertrag wurden 500 Kr. der Parteivertretung überwiesen.

Das schon lange empfundene Bedürfnis nach einem wissenschaftlichen Partei- und Diskussionsorgan wurde endlich durch die Gründung und das treffliche Gedeihen der nun in den dritten Jahrgang tretenden sozialdemokratischen Monatsschrift „Der Kampf" befriedigt. Nach langen Vorbereitungen und gründlicher Ueberlegung begann am 1. Oktober 1907 die Monatsschrift zu erscheinen. Wie notwendig diese Vermehrung unserer agitatorischen Waffen war, bewies die erfreuliche Tatsache, daß die Zeitschrift von ihrer ersten Nummer ab die Kosten völlig deckte und einen Abonnentenstand von 4284 am Schlusse des ersten Geschäftsjahres erreichte. Der im ersten Geschäftsjahr erzielte Reingewinn von 1121 Kr. wurde vollständig der Parteivertretung überwiesen. Im zweiten Geschäftsjahre litt die Verbreitung des „Kampf" unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, 666 Abonnenten gingen verloren, so daß am Schlusse des zweiten Geschäftsjahres der Abonnentenstand auf 3618 gesunken war. So erfreulich die Verbreitung des „Kampf" ist, so kann sie uns nicht genügen. Zahlreiche Vertrauensmänner, Funktionäre von Organisationen und diese selbst sind noch nicht regelmäßige Leser des „Kampf". Bei der großen Bedeutung dieses wissenschaftlichen Organs für die Schulung der Parteigenossen müssen wir eine Ausdehnung des Abnehmerkreises des „Kampf" insbesondere unter den Vertrauensmännern der Partei auf das dringendste wünschen.

Wir glauben, uns der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß die Genossen mit uns erfreut sind über die Fortschritte der Parteipresse und unentwegt an ihrem weiteren Ausbau mithelfen werden. Tausende von Arbeitern stehen uns noch fern, hindern uns bei allen politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen, stärken durch das Lesen und Kaufen der bürgerlichen Presse die Kampfesmittel der Gegner. Sie zu gewinnen ist unsere Aufgabe und zugleich Parteipflicht.

Volksbuchhandlung. Im Frühjahr 1908 erfolgte die handelsgerichtliche Protokollierung der Genossen Dr. Viktor Adler und Ferdinand Skaret als öffentliche Gesellschafter der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand und Komp. Damit war die Volksbuchhandlung nun auch in der äußeren Form zum Parteiinstitut geworden.

Trotz der rührigsten Tätigkeit der Buchhandlung läßt indes die Verbreitung der Parteiliteratur noch ungemein viel zu wünschen übrig. Mit dem

erfreulichen Wachstum der Organisation sollte naturgemäß das Bestreben, unsere Parteischriften zu verbreiten und zu lesen, gleichen Schritt halten. Das ist bedauerlicherweise nicht der Fall. Notwendig wäre, daß der Fabrikskolportage ein größeres Augenmerk zugewendet wird.

Der Verkauf der Arbeiterkalender hat im vergangenen Jahre einigermaßen nachgelassen. Speziell der Arbeiter-Taschenkalender, der noch im vorhergegangenen Jahre nahezu ausverkauft worden war, hat bedeutend an Absatz eingebüßt. Von den Märzschriften wurden im Jahre 1908 31.300, im Jahre 1909 29.250 Exemplare glatt verkauft, von den Maischriften im Jahre 1908 50.000 Exemplare, im Jahre 1909 40.000 Exemplare. Auch hier zeigen sich die Wirkungen der Krise.

Die Verlagstätigkeit der Volksbuchhandlung erstreckte sich auf die Herausgabe folgender Bücher und Broschüren:

Adler, Dr. Viktor. Für die Nationen! Wider die nationalistischen Hetzer. (20.000 Auflage.) — Ingwer, Dr. J. und Dr. J. Rosner. Volkstümliches Handbuch des Oesterreichischen Rechtes. (5000, 2. Auflage.) — Leichner Ignaz. Wie macht man den Anspruch auf eine Unfallsrente geltend? (10.000 Auflage.) — Protokoll des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. (3000 Auflage.) — Rechte und Pflichten der gewerblichen Hilfsarbeiter nach den Bestimmungen des VII. Hauptstückes (§§ 72 bis 105) der Gewerbeordnung. (10.000 Auflage.) — Renner, Dr. Karl. Das arbeitende Volk und die Steuern. 1. Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen. (2000 Auflage.) Schacherl Michael. Nach Feierabend. (2. Auflage, 20.000.) — Schlesinger Therese: Was wollen die Frauen in der Politik? (10.000 Auflage.) — Sozialdemokratie, Die und der Frieden. (2000 Auflage.) — Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause. XVIII. Session. (5000 Auflage.) — Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhause, XIX. Session. (5000 Auflage.) — Was bringt die Vorlage über die Sozialversicherung den Arbeitern? (10.000 Auflage.)

Zum kommissionsweisen Vertrieb übernahm die Volksbuchhandlung:

Bauer, Dr. Otto. Nationale und soziale Probleme des Deutschtums in Mähren. — Deutsch, Dr. Julius. Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung. (5500 Auflage.) — Deutsch, Dr. Julius. Die Tarifverträge in Oesterreich. Gewerkschaftliche Schriften. 1. Heft. Herausgegeben von der Gewerkschaftskommission. (2000 Auflage.) — Deutsch, Dr. Julius. Der Tarifvertrag in den österreichischen Brauereien und Faßbindereien. Herausgegeben vom Verband der Brauereiarbeiter. (2000 Auflage.) — Frauenwahlrecht und Arbeiterinnenschutz. Verhandlungen der sozialdemokratischen Frauenkonferenz 1908. (3000 Auflage.) — Handbuch für die Landtagswähler Niederösterreichs. Herausgegeben vom Landesausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Niederösterreich. (1500 Auflage.) — Hannsch, Franz. Der Agitator. Ernste und heitere Episoden aus dem Leben unserer Agitatoren. (5000 Auflage.) — Ingwer, Dr. J. Das Koalitionsrecht der Arbeiter. Herausgegeben vom Verband der Metallarbeiter Oesterreichs. (4500 Auflage.) — Kaff, Siegmund. Die Unternehmerverbände in Oesterreich. Herausgegeben vom Verband der Metallarbeiter Oesterreichs. (5000 Auflage.) — Kaff, Siegmund. Aus dem Reiche der britischen Genossenschaften. (3000 Auflage.) — Winter, Dr. Fritz. Lehrlingsschutz. (6000 Auflage.) — Winter, Max. Die Blutsauger des Böhmerwaldes. (2000 Auflage.)

Die Auflage der „Neuen Glühlichter" schwankt zwischen 16.000 und 17.000, eine Zahl, die, wenn man die Auflage des „Wahren Jakob" (200.000) in Berücksichtigung zieht, allzu klein genannt werden muß. Eine lebhafte Agitation der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen muß einsetzen; andererseits aber wird es Aufgabe des Verlages sein, alle Anstrengungen um das Unternehmen technisch und textlich besser auszugestalten.

Der Parteiorganisation konnten von der Buchhandlung in den beiden Berichtsjahren wieder beträchtliche Summen abgeführt werden. Freilich könnten diese Summen noch viel höher sein, wenn — wie es sein sollte — alle Parteigenossen ihren Bücherbedarf nur bei der Volksbuchhandlung decken würden.

Hammerbrotwerke. Am 20. Juni 1909 wurden die Hammerbrotwerke in Schwechat feierlich eröffnet. Das internationale sozialdemokratische Bureau war hierbei durch Genossen Anseele vertreten.

Die Errichtung der Hammerbrotwerke ist in der Parteivertretung im Einvernehmen mit den Vertrauensmännern der gewerkschaftlichen Organisationen beschlossen worden. Infolge der Schwierigkeiten, die die christlichsoziale Partei, die berufene Schützerin der Lebensmittelwucherer, dem Bau der Bäckerei bereitete, war es notwendig, den Betrieb nach Schwechat, an die Grenze des Wiener Stadtgebietes zu verlegen. Die Bäckerei ist imstande, täglich 45.000 Laibe Brot zu erzeugen. Die Roggenmühle mit einer Mahlfähigkeit von täglich 10 Waggons Roggen ist der Vollendung nahe und wird anfangs September den Betrieb eröffnen.

Wir hoffen, dem nächsten Parteitage berichten zu können, daß dieses große Unternehmen sich gedeihlich entwickelt.

Gewerkschaftsbewegung. Der Beginn der wirtschaftlichen Krise machte sich im Jahre 1907 bereits in einigen Gewerben sehr deutlich fühlbar. Unter der Ungunst dieser Verhältnisse konnte sich die Werbekraft der gewerkschaftlichen Organisationen nicht in der gleichen Weise entfalten wie in den vorhergegangenen Jahren. Wohl gelang es im Jahre 1907 noch einen kleinen Fortschritt zu erzielen, aber im darauffolgenden Jahre trat bereits ein Stillstand ein.

Vom Ende des Jahres 1906 bis Ende 1907 erhöhte sich der Gesamtmitgliederstand der österreichischen Gewerkschaften von 448.270 auf 501.094 Personen. Im Jahre 1908 trat ein kleiner Rückgang ein, der bis zum Ende des Jahres die Mitgliederzahl auf 482.279 Personen reduzierte. Im Verhältnis zur Mitgliederzahl im Jahre 1906 war aber trotz der Einbuße im Jahre 1908 am Ende der Berichtsperiode noch ein Mitgliedergewinn zu verzeichnen. Um 34.009 Personen war am Ende 1908 der Mitgliederstand höher als Ende 1906.

Den verhältnismäßig geringen Veränderungen im Mitgliederstande gemäß, blieb auch der Stand der Gewerkschaftspresse in der Berichtsperiode ziemlich konstant. Nach einer Aufstellung der Gewerkschaftskommission gab es am Ende des Jahres 1907 16 monatlich, 22 vierzehntägig, 4 dreimal monatlich, 6 wöchentlich erscheinende deutsche Gewerkschaftsblätter. Die einmalige Gesamtauflage dieser Blätter betrug im Jahre 1907 321.550 Exemplare. Im Jahre 1908 war keine wesentliche Aenderung dieses Standes zu verzeichnen.

Wenn so auch nach außenhin keine durchgreifende Verstärkung der gewerkschaftlichen Machtposition erlangt werden konnte, ist doch insofern ein bedeutsamer Fortschritt zu verzeichnen, als die innere Stärke und Festigung der gewerkschaftlichen Organisationen erheblich zunahm. Das äußert sich vor allem in der erhöhten finanziellen Leistungsfähigkeit der Zentralverbände. Die Gesamteinnahmen hatten im Jahre 1906 Kr. 6,982.374·99 betragen, im Jahre 1908 Kr. 9,329.003·65. Allerdings waren auch die Ausgaben in diesem Zeitraum erheblich gestiegen; sie betrugen 1906 Kr. 5,609.810·01, im Jahre 1908 Kr. 8.354.995·42. Trotz dieser gewaltigen Ausgabensteigerung war aber der Vermögenszuwachs bedeutend. Der Vermögensstand hob sich von Kr. 7,318.906·78 im Jahre 1906 auf Kr. 9,978.370·77 im Jahre 1908. Es betrug also die Erhöhung der Vereinsvermögen in den beiden Berichtsjahren Kr. 2,659.463·99.

Die unabhängig vom Vereinsvermögen verwalteten Widerstandsfonds weisen ebenfalls eine befriedigende Entwicklung auf. Die Einnahmen der Gewerkschaften auf Grund der „freien Organisationen" für die Streikfonds betrugen im Jahre 1907 Kr. 3,283.716·60, im Jahre 1908 Kr. 4,103.394·79. Für Streiks, Aussperrungen und Gemaßregeltenunterstützung standen den gewerkschaftlichen Organisationen Ende 1907 Kr. 2,558.129·15, Ende 1908 Kr. 2,648.871·45 frei zur Verfügung.

Die Not weiter Arbeiterschichten in der Zeit der wirtschaftlichen Krise nahm die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften sehr in Anspruch. Es wurde in den beiden Berichtsjahren ausbezahlt an: Reiseunterstützung Kr. 387.976·20, Arbeitslosenunterstützung Kr. 2,722.203·46, Kranken-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenunterstützung Kr. 2,446.574·84, Notfallsunterstützung Kr. 953.669·85, zusammen Kr. 6,510.424·35.

Die wirtschaftliche Kampfestätigkeit der Gewerkschaften war in den Jahren 1907 und 1908 sehr ausgebreitet. So zahlreich wie im Jahre 1907 waren nach den Angaben des Arbeitsstatistischen Amtes die Streiks in Oesterreich noch niemals gewesen, ebensowenig hatte die Zahl der streikenden Arbeiter (176.789) vordem eine ähnliche Höhe erreicht. Die Kämpfe waren aber nicht nur sehr zahlreich, sondern in vielen Fällen auch ungemein lang und hartnäckig. Durch die Entwicklung der Unternehmerorganisation spitzten sich die Gegensätze zu. Auf beiden Seiten mußten alle Kräfte ins Treffen geführt werden, um den Kampf zu entscheiden.

In der regen Kampfestätigkeit, die die Gewerkschaften entfalteten, bewährte sich wieder die brüderliche Treue, die unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen miteinander verbindet. Wo es galt, einen Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter abzuschlagen, die Oeffentlichkeit über die wirtschaftlichen Kämpfe wahrheitsgemäß zu unterrichten oder die parlamentarische Vertretung in Anspruch zu nehmen, immer wieder dokumentierte sich uns die Notwendigkeit und der Vorteil gemeinsamen Handelns. Wir können so mit voller Zuversicht auf ein weiteres einträchtiges Zusammenwirken der beiden Organisationen bauen, zum Nutzen des österreichischen Proletariats.

Genossenschaftsbewegung. Lange Jahre waren die österreichischen Arbeiter an der Genossenschaftsbewegung achtlos vorbeigegangen. Das hat sich nun in erfreulicher Weise geändert. Ebenso wie die politische und gewerkschaftliche Aktion ist die genossenschaftliche von der klassenbewußten Arbeiterschaft als ein Hebel im Befreiungskampfe erkannt worden. Groß und machtvoll ist heute die Armee der österreichischen Arbeitergenossenschaften.

Der „Zentralverband österreichischer Konsumvereine" zählte im Jahre 1908 483 Genossenschaften, von denen 326 der deutschen, 101 der tschechischen, 29 der polnischen, 17 der italienischen und 10 der slowenischen Geschäftssprache sich bedienen. Von diesen 483 Genossenschaften sind ihrer Art nach 418 Konsumvereine, während der Rest auf Produktivgenossenschaften, Bau- und Gastwirtegenossenschaften entfällt.

Von diesen 418 Konsumvereinen, die dem Verband angehören, berichteten rechtzeitig 383 Vereine mit einer gesamten Mitgliederzahl von 206.620. Die Jahreslosungen dieser Vereine betrugen zusammen Kr. 59,606.408·34. Von dem Reingewinn im Betrage von Kr. 3,188.037·77 wurden den Mitgliedern Kr. 63.267·74 als Zinsen von den eingezahlten Geschäftsanteilen und Kr. 2,627.524·74 als Dividende rückersetzt. Zur Dotierung der Reservefonds verwendeten die Vereine Kr. 241.123·05. Für gemeinnützige und Volksbildungszwecke wurden von den Generalversammlungen Kr. 7766·17 gespendet.

Von den anderen Genossenschaften (nicht Konsumvereinen) berichteten 38 mit einer Mitgliederzahl von 3881. Die Gesamtlosung dieser Vereine betrug im Jahre 1908 Kr. 7,491.670·86, der Reingewinn Kr. 145.660·60.

Von den Produktivgenossenschaften muß wohl bemerkt werden, daß sie sich im allgemeinen noch auf einer sehr unentwickelten Stufe befinden. Die wenigsten von ihnen verfügen über ein entsprechendes Betriebskapital, die meisten mußten fremdes Kapital aufnehmen. Einige Produktivgenossenschaften haben sich indes schon ganz schön emporgearbeitet und man kann hoffen, daß auch diese Art der Genossenschaften mit der Zeit sehr schöne Erfolge zu verzeichnen haben wird.

Vom Zentralverband wurde zur Hebung des Genossenschaftswesens nach Kräften beigetragen. Im letzten Jahre wurden den Verbandsvereinen 250.000 Flugschriften zur Verfügung gestellt. Die Auflage des Verbands-

organs „Der Konsumverein" betrug am Jahresschlusse 3700 und des „Potravní Spolek" 2900 Exemplare. Außerdem wurde im vorigen Jahre beschlossen, ein genossenschaftliches Familienblatt herauszugeben. Dieser Beschluß wurde mit dem 1. Jänner durchgeführt, und nun erscheint dieses Blatt unter dem Titel „Der Pionier" in einer Auflage von 54.000 Exemplaren. Die Blätter werden an die Vereinsmitglieder zumeist unentgeltlich verabfolgt.

Der große Aufschwung der Verbandsvereine ist auch dem Umstand zuzuschreiben, daß voriges Jahr von den Vereinen selbst mehr Agitation betrieben wurde. Sie veranstalteten 334 Agitationsversammlungen und 395 Mitgliederversammlungen.

Bildungswesen. In der letzten Berichtsperiode konnten wir endlich darangehen, die Bildungsarbeit in der Partei systematisch zu fördern. An Versuchen, namentlich in Wien, hat es auch in früheren Jahren nicht gefehlt. Aber ihre Erfolge waren nur gering. Die starke Zunahme an Mitgliedern, welche die Partei nach dem Wahlerfolg zu verzeichnen hatte, machte es dringend notwendig, der sozialistischen Erziehung der Arbeiterklasse größere Aufmerksamkeit zu schenken als bisher. In Wien, wo die Verhältnisse günstiger sind, sollte der Anfang gemacht werden. Das Ergebnis der Beratungen, die von der Parteivertretung mit der niederösterreichischen Landesparteivertretung und der Gewerkschaftskommission gepflogen wurden, war die Schaffung einer eigenen Unterrichtsorganisation, an deren Spitze der Wiener Unterrichtsausschuß steht. Sein Sekretariat hat am 1. November 1908 zu arbeiten begonnen. Die Einrichtung hat sich vortrefflich bewährt. Es gelang schon im ersten Berichtsjahre, verschiedene Uebelstände auszumerzen und die Erziehungsarbeit in intensiver Weise durchzuführen. Vom 1. November 1908 bis 30. Juni 1909 wurden 864 Einzelvorträge für Gewerkschaften, Unterrichts-, politische, Frauen- und Jugendorganisationen vermittelt und 60 Vortragszyklen mit 352 Vorträgen abgehalten. Außerdem fand eine Reihe von Unterrichten statt. Ferner steht den Wiener Parteigenossen die vom Verein „Zukunft" geleitete „Arbeiterschule" mit zweijährigen Kursen zur Verfügung.

Der Wiener Unterrichtsausschuß hat gleich im ersten Jahre seines Bestandes auch in der Provinz einige Wirksamkeit zu entfalten vermocht. 105 seiner Vorträge wurden außerhalb Wiens abgehalten. Daß das Interesse der Genossen für die Bildungsarbeit in allen Ländern wächst, wird am besten durch die Tatsache bewiesen, daß in den letzten zwei Jahren fast jeder Landesparteitag und jede Gewerkschaftskonferenz die Bildungsfrage in irgend einer Form erörtert hat. Ansätze zu fruchtbringender Arbeit sind überall vorhanden. Freilich darf nicht übersehen werden, daß einer systematischen Erziehungsarbeit in der Provinz große Hindernisse entgegenstehen. Es fehlt in dieser Beziehung noch mehr als in jeder anderen an geeigneten Kräften. Wenn sich auch außerhalb Wiens das Vortragswesen in der nächsten Zeit nicht so stark entwickeln kann wie in der Hauptstadt, so kann durch Aneiferung zu planmäßiger Lektüre viel Nutzen gestiftet werden.

Um den Genossen in ganz Oesterreich so an die Hand zu gehen, läßt der Wiener Unterrichtsausschuß nunmehr ein eigenes Organ, „Bildungsarbeit", erscheinen, dessen erste Nummer bereits vorliegt. Sie wird zweifellos den Genossen, namentlich in der Provinz, ein guter Fingerzeig sein. Wenn alle Vertrauensmänner und Organisationen sich zunutze machen, was ihnen hier geboten wird, dann wird wohl bald auch außerhalb Wiens intensivere Erziehungsarbeit geleistet werden als bisher.

Es ist eine schwierige, während der großen Kampfjahre nicht geübte Tätigkeit, die von der Partei entfaltet werden muß. Es darf sich ihr aber niemand entziehen, denn für den Sieg der Arbeiterklasse ist die sozialistische Erziehung ebenso unentbehrlich wie die Organisation selbst.

Die Organisation der jugendlichen Arbeiter. Zur Zeit des letzten Parteitages, am 1. Oktober 1907, zählte der Verband der jugendlichen Arbeiter 59 Ortsgruppen und Zahlstellen. Das Schwergewicht der Organisation lag

zum weitaus größten Teil in Wien und Niederösterreich). Seitdem hat sich die Jugendorganisation ungemein stark entwickelt. Vor allem zeigt Böhmen einen erfreulichen raschen Aufschwung. Am 30. Juni 1909 umfaßte der Verband der jugendlichen Arbeiter 152 Ortsgruppen und Zahlstellen, wovon 95 auf Böhmen entfielen. Die Zeitschrift „Der jugendliche Arbeiter" erhöhte seine Auflage von 4500 im Oktober 1907 auf 7000 im April 1909. Vom Verband wurden außerdem Broschüren über die Staatslehrwerkstätten und den Lehrlingsschutz und zahlreiche aufklärende Flugblätter verbreitet.

Die befriedigende Entwicklung der Jugendorganisation gibt der Partei und den Gewerkschaften die Gewähr, daß frische, aufnahmsfähige Kräfte herangebildet und unseren Organisationen zugeführt werden.

Internationale Beziehungen. Das nationale Problem stellt die österreichische Sozialdemokratie vor schwierigen Aufgaben. Es gilt, jeder einzelnen nationalen Gruppe die volle Autonomie zu wahren und doch die Schlagkraft der Gesamtpartei nicht zu beeinträchtigen. Der Notwendigkeit des gemeinsamen wirtschaftlichen Kampfes, der Umsicht, dem Takte der führenden Genossen und der Begeisterung für die internationale Solidarität in den breiten Massen der Arbeiterschaft aller Nationen verdanken wir es, daß auch in dieser Berichtsperiode alle ernsteren Differenzen vermieden werden konnten. In geschlossener Einigkeit marschiert im national zerklüfteten Oesterreich die internationale Armee der Sozialdemokratie.

Die gleiche Solidarität, die die nationalen Gruppen der Sozialdemokratie in Oesterreich miteinander verbindet, verknüpft uns auch mit den Parteigenossen der ungarischen Reichshälfte und denen des Auslandes. Als in Ungarn der Wahlrechtskampf entbrannt war, beschloß die Gesamtparteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie, den ungarischen Arbeitern in feierlicher Weise die Sympathien der österreichischen Genossen zu bekunden und sie der brüderlichen Unterstützung in ihrem Kampfe zu versichern.

Am 27. September 1908 fand in Wien eine aus allen Teilen des Reiches, eingeschlossen Ungarn und Kroatien, beschickte Reichskonferenz statt. Auf Antrag des Genossen Dr. Adler gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die zur Reichskonferenz versammelten Vertrauensmänner der Sozialdemokratie in Oesterreich begrüßen herzlich und brüderlich die Vertreter der Sozialdemokraten Ungarns und Kroatiens, die der Einladung, dieser Konferenz als Gäste beizuwohnen, gefolgt sind, und erklären sich mit dem klassenbewußten Proletariat unseres Nachbarstaates solidarisch in seinem schweren Kampfe um das gleiche Recht.

Die Reichskonferenz erklärt, daß die Einführung des unverfälschten, allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes in Ungarn nicht nur eine Forderung der politischen, sozialen und nationalen Gerechtigkeit, sondern eine Notwendigkeit ist, die die wichtigsten Lebensinteressen des Staates wie insbesondere der Arbeiterklasse aller Zungen in Oesterreich in gleicher Weise wie in Ungarn berührt. Die Sozialdemokratie in Oesterreich verfolgt darum den Wahlrechtskampf in Ungarn mit ihren heißesten Wünschen für seinen Erfolg und ist entschlossen, unseren ungarländischen Brüdern mit aller ihrer Kraft zur Seite zu stehen.

Die internationale Solidarität, die das Proletariat aller Länder verknüpft, wird für die Arbeiterschaft Oesterreichs und Ungarns zu einer unmittelbaren und tiefgreifenden Interessengemeinschaft, beruhend auf den vielfältigen, wirtschaftlichen und politischen Wechselwirkungen, die zwischen den beiden Staaten bestehen. Der politischen und sozialen Entwicklung Oesterreichs wird durch die Rückständigkeit Ungarns ein verhängnisvolles Hemmnis bereitet. Die feudale Barbarei der in Ungarn herrschenden Oligarchie, die dem Arbeiter sein gutes Recht vorenthält, seine Lebenshaltung dauernd herabdrückt, ist eine dauernde und unmittelbare Erschwerung und Gefährdung der Entwicklung des Proletariats in Oesterreich. Die auf das Wahlunrecht sich stützenden, volksfeindlichen Beherrscher Ungarns sind die offenen und geheimen Bundesgenossen aller Feinde der österreichischen Arbeiterschaft und jedes Schrittes zu ihrer Befreiung.

Die Demokratisierung Ungarns wie Oesterreichs ist überdies eine notwendige Bedingung für die vernünftige Ordnung des Verhältnisses zwischen den beiden

Staaten Oesterreich und Ungarn. Nur von einem demokratisierten Ungarn und einem demokratisierten Oesterreich können die Grundlagen des Friedens geschaffen werden, der beiden Staaten Selbständigkeit und Freiheit verbürgt und zugleich die großen, den Völkern in beiden Staaten gemeinsamen Interessen dauernd sichert.

Das gleiche Recht, das unentbehrlich ist für das Leben des Staates und der Völker, ist eben darum eine ernstliche Bedrohung der Gewaltherrschaft, die in Ungarn gegenwärtig den Namen der Koalitionsregierung trägt, und diese setzt darum alles daran, seine Verwirklichung zu vereiteln. Die jüngsten Erklärungen dieser Regierung lassen voraussehen, daß sie plant, statt des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes, für dessen Durchführung sie sich der Krone verpflichtet hat und dessen Bürgschaft das feierlich vor der Oeffentlichkeit gegebene Wort des Kaisers von Oesterreich und Königs von Ungarn ist, eine neue Form des Wahlunrechtes zu unterschieben und das gleiche Recht durch das korrupte und korrumpierende System des Pluralvotums und der öffentlichen Wahl zu verfälschen. So sollen die Arbeiter um die Erfüllung ihres Rechtes betrogen, die unterdrückten Nationen in ihrem Vertrauen und ihren berechtigten Hoffnungen bitter enttäuscht und der nationale Unfrieden verewigt werden.

Dieser unerhörte Wortbruch der Koalitionsregierung und der freche Versuch, die Krone in dem Schein der Mitschuld an diesem Wortbruch zu bringen, ja die Verantwortung dafür und die unvermeidlichen Folgen, die in dem Bewußtsein der Völker Ungarns zur Wirkung kommen müssen, auf die Krone zu überwälzen, ist eine Provokation, die den schärfsten Widerstand rechtfertigt und notwendig macht. Die Sozialdemokratie Oesterreichs tut darum nur ihre Pflicht, wenn sie alle verantwortlichen Machtfaktoren ernstlich davor warnt, dieses die politische Zukunft nicht nur Ungarns, sondern auch Oesterreichs gefährdende politische Verbrechen geschehen zu lassen; sie ermutigt das klassenbewußte Proletariat Ungarns, das den Wahlrechtskampf mit bewunderungswürdigem Mut geführt hat, unerschrocken und zähe auszuhalten bis ans Ende, und sie erklärt, ihrer Pflicht eingedenk zu sein, es bei diesem Kampfe um das gute Recht brüderlich zu unterstützen."

Das Beisammensein von Vertretern aller Nationen Oesterreichs veranlaßte die Reichskonferenz, auch zur Frage der nationalen Minderheiten Stellung zu nehmen. Kraftvoll kam der Wille zum Ausdruck, alle Nationssplitter, die in fremdes Gebiet verschlagen wurden, vor den Exzessen des bürgerlich-nationalistischen Chauvinismus zu schützen.

Die hierauf bezughabende, von der Konferenz angenommene Resolution lautete:

„Die Reichskonferenz protestiert im Namen der Arbeiterklasse aller Nationen Oesterreichs gegen die chauvinistischen Verfolgungen, die die nationalen Minderheiten in vielen Gemeinden erleiden. Die Hetze gegen die nationalen Minderheiten ist nutz- und zwecklos, sie widerspricht aber auch dem unantastbaren Rechte jedes Staatsbürgers, sich frei zu seiner Nation zu bekennen und ihre Sprache zu gebrauchen. Die Reichskonferenz fordert die Wahrung dieses höchsten nationalen Rechtes ebenso für die Deutschen im slawischen wie für die Slawen im deutschen Gebiet.

Die auf der Reichskonferenz versammelten Vertreter des Proletariats in Oesterreich protestieren aber auch dagegen, daß diese Demonstrationen gegen die nationalen Minderheiten von der Staatsgewalt dazu mißbraucht werden, die Methoden des alten Polizeistaates wieder anzuwenden, die bewaffnete Macht gegen freie Bürger aufzubieten und Materialschaden mit Menschenleben zu sühnen. Die Reichskonferenz protestiert gegen die blutigen Gewalttaten der Gendarmen und des Militärs, mögen nun Deutsche oder Slawen ihre Opfer sein, und sie verlangt strenge Bestrafung aller an diesen Ausschreitungen der Behörden schuldigen Beamten und Militärpersonen.

Die Exzesse chauvinistischer Verblendung eines Teiles der Bevölkerung werden begünstigt und provoziert durch ein Regierungssystem, das den schwierigen nationalen Problemen nur mit den kleinlichen Mittelchen des parlamentarischen Schachers beikommen zu können glaubt und nicht den Mut findet, den Neubau der Verfassung und Verwaltung auf der Grundlage der Freiheit und Selbstbestimmung aller Nationen ernstlich in Angriff zu nehmen. Als nächsten Schritt zur Begründung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes sieht die Reichskonferenz die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für die Landtage und Gemeinden an. Die Reichskonferenz fordert daher die Arbeiter aller Länder und aller Nationen auf, den Kampf um ihre politische Gleichberechtigung im Lande mit aller Kraft fortzuführen,

und sie protestiert gegen das Verhalten der nationalistischen Parteien, die die Sorge um die nationale Macht und Ehre als Vorwand mißbrauchen, die Durchführung der längst notwendigen Reform des Landtagswahlrechtes zu vereiteln oder zu verschleppen."

Der Verkehr mit dem internationalen Bureau in Brüssel ist ein außerordentlich reger und unsere Beziehungen zu den Bruderparteien des Auslandes sind die denkbar besten.

Todesfälle. Der Tod hat aus unseren Reihen wieder eine Schar tapferer Genossen gerissen. Wir können nicht alle mit Namen nennen, deren wir in dankbarer Treue gedenken. Nur einiger, die wir alle gekannt und die an hervorragender Stelle unserer Organisation gestanden, sei besonders gedacht.

Am 20. Jänner 1909 starb in Brünn Genosse Adolf Glaser. Mit ihm verlor die Eisenbahnerbewegung — er war Vertrauensmann des mährischen Sekretariats der Eisenbahnerorganisation — und die mährische Landesorganisation einen tüchtigen und wackeren Mitarbeiter. Seit Jahren war Glaser Mitglied der mährischen Landesparteivertretung gewesen. Drei Jahre hatte er die Funktion eines Brünner Gemeinderates inne. Seine Gemeinderatsreden zeugten von gründlicher Sachkenntnis. Im Jahre 1907 kandidierte er im deutschen Wahlkreis Mährisch-Ostrau für den Reichsrat und unterlag dort nur durch den unerhörten Terrorismus der Grubenmagnaten in der Stichwahl.

Mit dem Tode Karl Kořineks, der am 28. Juni 1908 starb, war ein tüchtiger Gewerkschafter dahingegangen. Als zweiter Sekretär der Reichsgewerkschaftskommission sowie als Begründer und Obmann der Ziegelarbeiter-Union hatte er in aufopfernder Weise seine administrative sowie organisatorische Befähigung in den Dienst der Bewegung gestellt. In der Gesamtparteivertretung bekleidete er die Funktion eines Kassiers. Auch die tschechische Parteiorganisation, der er angehörte, verlor in ihm einen braven Mitarbeiter.

Unsere tschechische Bruderpartei erlitt durch den Tod von Josef Krapka einen schweren Verlust. Als Schriftsteller wie als Agitator war Krapka eine bedeutsame Kraft. Wir schätzten in ihm den begeisterten Anhänger der Internationale, einen verständnisvollen Freund der nichttschechischen Arbeiterbewegung. Bei der Landtagswahl im Jahre 1902 kandidierte Krapka im siebenten Wiener Gemeindebezirk.

Gedenken wir der Toten, dann erfüllt sich unser Herz mit dem Wunsch, es ihnen gleich zu tun in treuer Pflichterfüllung und in hingebungsvoller Begeisterung. Wir wollen mit Eifer tätig sein, um siegreich das Werk zu vollenden, das sie mühevoll begonnen.

Ferdinand Skaret
Parteisekretär.

Bericht des Parteikassiers.

Gebarungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben für die Zeit vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1909.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
	in Kronen			
Saldo vom 1. Juli 1907	19.646·79		19·646·79	
Agitationsfonds	107.143·77	108.614·38	.	1.470·61
Inhaftiertenfonds	301·06	4.594·59	.	4.293·53
Wahlfonds	10.707·72	20.327·25	.	9.619·53
Maizeichen	9.869·21	5.340·55	4.528·66	.
Parteiinstitute	41.578·93	.	41.578·93	.
Volkszünder	165·60	..	165·60	.
Vorschußkonto	90·—	.	90·—	.
	189.503·08	138.876·77	66.009·98	15.383·67
Saldo vom 1. Juli 1909	50.626·31		50.626·31	

Bewegung der Einnahmen und Ausgaben nach Monaten.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Defizit
	in Kronen			
Saldo vom 1. Juli 1907	19.646·79	.	19·646·79	.
Juli 1907	10.546·66	5.171·95	5.374·71	.
August 1907	4.744·13	6.341·05	.	1.596·92
September 1907	10.408·61	7.559·49	2.849·12	.
Oktober 1907	7.266·63	14.095·67	.	6.829·04
November 1907	4.950·12	5.140·31	.	190·19
Dezember 1907	5.144·20	6.469·04	.	1.324·84
Jänner 1908	7.889·72	4.288·36	3.601·36	.
Februar 1908	6.066·21	4.731·50	1.334·71	.
März 1908	6.404·11	5.059·30	1.344·81	.
April 1908	6.383·64	9.262·59	.	2.878·95
Mai 1908	11.645·09	8.862·57	2.782·52	.
Juni 1908	12.967·44	10.308·34	2.659·10	.
Juli 1908	10.160·66	7.330·60	2·830·06	
August 1908	4.685·79	4.699·63	.	13·84
September 1908	6.633.34	8.079·37	.	1.446·03
Oktober 1908	8.928·27	8.671·27	257·—	.
November 1908	6.996·37	6.595·68	400·69	.
Dezember 1908	7.619·78	4.976·99	2.642·79	.
Jänner 1909	22.788·33	12.262·87	10.525·46	.
Februar 1909	5.252·55	6.212·52	.	959·97
März 1909	14.920·—	11.418·38	3.501·62	.
April 1909	5.447·42	4.277·20	1.170·22	.
Mai 1909	9.378·94	9.645·08	.	266·14
Juni 1909	11·267·08	6.055·81	5.211·27	.
	228.141·88	177.515·57	66.132·23	15.505·92
Saldo vom 1. Juli 1909	50.626·31		50.626·31	

Der Parteikassier:
Dr. Wilhelm Ellenbogen.

Revidiert und richtig befunden:
Dr. Ludwig Czech. Wilhelm Eich. Matthias Elderfch. Robert Preußler. Hans Resel. Anton Schäfer. Anton Schrammel. Franz Schuhmeier. Josef Seliger. Julius Spielmann.

Die Reichsparteisteuer und die zehnprozentigen Beiträge an die Parteivertretung. Während der diesmaligen Berichtsperiode wurde die Reichsparteisteuer von 1452 Organisationen in 785 Orten abgeliefert und ergab die Summe von Kr. 88.246·51. Wenn wir einen Vergleich mit dem letzten vergleichbaren Bericht machen, das ist mit dem Bericht über die Zeit vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1906 — das Jahr 1907 als Einzeljahr eignet sich nicht dazu — so konstatieren wir eine Steigerung der Gesamtsumme von Kr. **36.523·78** (**62·87** Prozent) und auch eine ziemlich starke Steigerung der Zahl der abliefernden Orte und Organisationen. Wenn wir aber die Zahlen des Jahres 1907 mit zum Vergleich heranziehen und dazu noch den Vergleich auf die Jahresergebnisse ausdehnen, so ergibt sich sofort ein anderes Bild.

Berichtsperiode	Zahl der abführenden Orte	Zahl der abführenden Organisationen	Gesamtsumme der Eingänge in Kronen
1898—1900	536	[1]	24693·72
1900—1902	539	1096	26816·50
1902—1904	601	1277	35322·94
1904—1906	652	1346	51722·63
1906—1907	696	1401	37599·28
1907—1909	785	1452	88246·41

[1] Nicht ermittelt.

Es liefen ein:

Vom	1.	Juli	1902	bis	30.	Juni	1903	. . . . .	Kr.	14.486·68
„	1.	„	1903	„	30.	„	1904	. . . . .	„	20.836·26
„	1.	„	1904	„	30.	„	1905	. . . . .	„	21.225·31
„	1.	„	1905	„	30.	„	1906	. . . . .	„	30.497·32
„	1.	„	1906	„	30.	„	1907	. . . . .	„	37.599·28
„	1.	„	1907	„	30.	„	1908	. . . . .	„	44.322·03
„	1.	„	1908	„	30.	„	1909	. . . . .	„	43.924·38

Wir sehen also eine regelmäßige Steigerung der Reichsparteisteuer von Jahr zu Jahr bis zum Jahre 1908. Im letzten Jahre aber tritt eine Stockung und sogar ein kleiner Rückgang ein. Darin zeigt sich offenbar die Wirkung der Krise und es ist nur der eifrigen Arbeit zu danken, daß der Rückgang nicht größer geworden ist.

Allerdings kann man nicht alles auf die Krise schieben, sondern es muß auch konstatiert werden, daß eine ganze Reihe von Organisationen ihre Pflicht gegenüber der Gesamtpartei nicht erfüllt. Ja es gibt wichtige Parteiorte, die, wie die auf den Kassenbericht folgenden Tabellen zeigen, beinahe ganz die Zahlung der Reichsparteisteuer sistiert haben und durch keine Mahnung zur Bezahlung zu bringen waren.

Die Tabelle, welche die Reichsparteisteuerleistungen nach Ländern aufgeteilt enthalten hat, entfällt diesmal, weil durch die zentralisierte Ablieferung einzelner Branchen die Möglichkeit einer wirklich entsprechenden Feststellung der Einzelleistungen fehlt.

Dafür haben wir in der Uebersicht diesmal auch die Zahl der in jedem einzelnen Orte abliefernden Organisationen angeführt. Man ersieht aus ihr, mit wie viel Mühe und von wie viel Stellen die oft verhältnismäßig kleinen Beträge aufgebracht werden müssen.

In der Wiener Summe sind die Beiträge von elf Berufsvereinigungen enthalten, die zentralisiert für ihre Mitglieder Kr. 28.223·38 abgeliefert haben. Diese Summe ist natürlich nicht bloß aus Wien, sondern aus ganz Oesterreich aufgebracht. Immerhin entfällt auch ohne diese Branchen auf Wien die Summe von Kr. 30.133·13, und wenn man bedenkt, daß auch von den Beiträgen der elf Zentralorganisationen eine beträchtliche Summe auf Wiener

Mitglieder entfällt, so erscheint Wien noch immer als der Ort, der im Gegensatz zu anderen am meisten seiner Pflicht entspricht.

In der nächsten Berichtsperiode wird sich dank der Zentralisierung der Zahlung bei einzelnen Berufsvereinigungen und bei der deutschböhmischen politischen Organisation die Zahl der ablieferndeu Einzelgruppen und Orte wohl wesentlich verringern.

Zum ersten Male folgt heuer nach der Tabelle über die Reichsparteisteuer der Ausweis über die Ablieferung der zehnprozentigen Beiträge der Bezirksorganisationen, deren Einführung am letzten Parteitag beschlossen wurde. Diese Tabelle gibt auch einen guten Ueberblick über die Zahl der in Oesterreich bestehenden deutschen Bezirksorganisationen. Leider sehen wir auch hier, daß viele Bezirke die Parteitagsbeschlüsse nicht beachtet haben und es zeigt sich oft ein merkwürdiger Parallelismus in der Nichtzahlung der zehn Prozente mit der Nichtzahlung der Reichsparteisteuer. Dank der Leistung Wiens, das allein von den Kr. 13.573·93, die unter den anderthalb Jahren, die diese Abgabe besteht, eingelaufen sind, Kr. 8.273·96 aufgebracht hat, steht unter den Ländern Niederösterreich an erster Stelle.

Immerhin ergaben die Reichsparteisteuer und die zehn Prozent zusammen die Summe von Kr. 101.820·44, eine Einnahme, wie sie in der Höhe aus den Beiträgen der Organisationen allein noch kein Kassenbericht der Partei ausweisen konnte.

Darin drückt sich gewiß auch die gesteigerte Festigkeit der Parteiorganisation und des Parteigefüges aus.

Um Reklamationen zu vermeiden, heben wir ausdrücklich hervor, daß sowohl in die Reichsparteisteuer- wie in die Ausweise über die Ablieferung der zehn Prozent, *nur* Beträge, die *vor* dem 1. Juli 1909 eingegangen sind, Aufnahme gefunden haben.

Dr. W. Ellenbogen
Parteikassier.

Uebersicht

über die während der Berichtszeit abgelieferte **Reichsparteisteuer** nach Orten geordnet.

1. Juli 1907 bis 30. Juni 1909.

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der ablieferenden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
1	Aalfang	4·—	4·—	.	.	.	.	1	8	—
2	Adelsdorf bei Freiwaldau	6·78	4·24	.	.	.	.	1	11	02
3	Admont	.	.	7·82	8·48	11·28	.	1	27	58
4	Aflenz und Seebach	2·28	4·60	16·02	4·48	4·10	.	1	31	48
5	Afritz	.	.	1·—	.	.	.	1	1	—
6	Aibl i. St.	2·40	2·40	2·40	2·40	.	.	1	9	60
7	Aich	7·20	7·20	10·20	8·40	4·—	.	1	37	—
8	Alexanderfeld	18·—	16·80	16·80	16·80	.	.	1	68	40
9	Altehrenberg	2·40	8·—	.	.	.	.	1	10	40
10	Altendorf	4·66	4·68	4·44	3·44	.	.	1	17	22
11	Alt-Langendorf	.	.	4·98	4·72	2·40	.	1	12	10
12	Alt-Nagelberg	8·—	10·—	10·—	7·—	5·—	.	1	40	—
13	Alt-Paulsdorf	3·60	3·60	3·60	3·60	1·80	.	1	15	20
14	Altrohlau	.	30·—	30·—	30·—	15·—	.	1	105	—
15	Altsattel	3·60	.	12·—	6·—	.	.	1	21	60
16	Amstetten	3·48	12·48	12·12	8·64	7·66	.	6	44	38
17	Antoniwald	17·—	17·—	.	.	.		2	34	—
18	Arco	—·38	.	.	.	.	.	1	—	38
19	Arnau a. d. Elbe	3·60	3·60	.	.	.	.	1	7	20
20	Arnsdorf bei Friedland	.	.	1·32	1·36	—·72	.	1	3	40
21	Arnsdorf-Haida	3·60	7·25	14·90	18·50	7·60	.	1	51	85
22	Asch[1]	.	6·—	9·64	51·72	30·—	.	1	97	36
23	Aßling	4·96	3·92	.	.	.	.	1	8	88
24	Attnang	2·56	8·92	.	.	.	.	1	11	48
25	Atzgersdorf	51·46	37·36	43·50	30·80	10·—	.	4	173	12
26	Augenthal	2·40	2·40	2·40	2·40	.	.	1	9	60
27	Auperschin bei Teplitz	—·78	1·66	1·34	2·40	1·02	.	1	7	20
28	Auscha	.	1·50	.	.	.	.	1	1	50
29	Aussee	4·28	19·16	28·50	24·16	17·30	.	2	93	40
30	Außerfelden	1·98	4·62	3·96	5·20	3·04	.	1	18	80
31	Außergefild	.	.	3·67	4·50	2·10	.	1	10	27
32	Aussig	149·38	91·58	123·26	111·44	89·22	.	11	564	88
33	Aussig-Land[2]	87·58	132·60	182·02	154·28	78·88	.	1	635	36
34	Baden	26·66	35·49	17·86	8·98	5·99	.	6	94	98
35	Bärn	2·—	7·78	6·—	6·—	3·—	.	2	24	78
36	Bärnsdorf	—·96	1·04	.	.	.	.	1	2	—
37	Bärringen	.	.	3·64	3·36	.	.	1	7	—
38	Barzdorf a. Rollberg	.	.	1·80	1·80	1·14	.	1	4	74
39	Barzdorf	1·25	1·32	.	.	.	.	1	2	57
40	Bennisch	3·80	10·—	.	.	.	.	1	13	80
41	Bensen	6·—	27·—	22·—	18·—	12·—	.	1	85	—
42	Bergstadt	.	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	1	20	—
43	Berndorf	1·08	1·30	.	.	.	.	1	2	38
44	Berzdorf	.	.	3·60	3·60	.	.	1	7	20
45	Biela bei Bodenbach	.	4·—	3·—	3·—	.	.	1	10	—
46	Bielitz	138·49	150·20	141·62	117·09	55·91	.	6	603	31
47	Bilin	2·40	5·55	2·50	2·46	1·20	.	2	14	11

[1] Ab 1. Juli 1908 für die ganze Bezirksorganisation. — [2] Politische Bezirksorganisation ohne die Stadt. In früheren Berichten bei der Stadt mitgezählt.

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
48	Bischofsfeld bei Knittelfeld	.	6·—	2·30	—·60	.	.	1	8	90
49	Bischofshofen	.	8·82	.	.	.	.	1	8	82
50	Blankersdorf	5·—	5·—	5·28	5·28	.	.	1	20	56
51	Blauenschlag	1·48	4·27	7·68	5·55	2·70	.	1	21	68
52	Bleiburg	—·72	1·38	2·—	1·66	1·34	.	1	7	10
53	Blottendorf bei Böhmisch-Leipa	3·60	3·60	4·80	4·80	.	.	1	16	80
54	Bludenz	6·47	6·38	1·98	16·58	2·62	.	1	34	03
55	Bodenbach	39·82	30·84	24·10	26·50	15·28	.	3	136	54
56	Bodenstadt	6·—	12·—	12·—	12·—	.	.	1	42	—
57	Böckstein	4·80	8·26	.	.	.	.	1	13	06
58	Böhmischdorf in Schlesien	7·22	3·80	.	.	.	.	1	11	02
59	Böhmisch-Kamnitz [3]	.	.	29·98	13·20	6·—	.	1	49	18
60	Böhmisch-Leipa	10·48	25·72	23·84	20·60	8·90	.	4	89	54
61	Borysław	—·20	—·25	.	.	.	.	1	—	45
62	Bozen	44·52	.	.	.	.	.	6	44	52
63	Brand bei Tannwald	1·68	.	.	.	.	.	1	1	68
64	Brandau bei Brüx	.	.	2·70	3·—	1·—	.	1	6	70
65	Branowitz	1·72	2·26	.	.	.	.	1	3	98
66	Braunau i. B. [4]	9·02	13·94	48·32	65·86	37·40	.	2	174	54
67	Braunau am Inn	3·28	.	7·04	7·12	7·62	.	1	25	06
68	Braunsdorf bei Chodau	3·48	10·44	10·20	10·36	6·80	.	1	41	28
69	Braunseifen	1·60	5·20	6·—	1·—	.	.	1	13	80
70	Bregenz	11·87	24·51	26·95	26·67	13·79	.	1	103	79
71	Breitenbach bei Platten	.	.	3·—	3·—	2·—	.	1	8	—
72	Breitenlee bei Wien	.	.	2·46	.	.	.	1	2	46
73	Brixen	.	.	3·20	.	.	.	1	3	20
74	Brody	—·06	.	.	.	.	.	1	—	06
75	Bruch bei Brüx	.	.	—·54	1·48	2·—	.	1	4	02
76	Bruck a. d. Leitha	.	1·98	—·86	—·88	.	.	2	3	72
77	Bruck a. d. Mur	8·96	53·84	59·18	57·02	44·50	.	2	223	50
78	Brückl	.	1·76	—·50	—·96	1·06	.	1	4	28
79	Brünn	59·08	77·34	9·94	3·44	3·44	.	14	153	24
80	Brüsau	5·—	9·74	8·06	6·70	.	.	1	29	50
81	Brüx	4·50	.	.	.	.	.	1	4	50
82	Brunndorf bei Marburg	6·40	9·93	8·73	8·50	.	.	1	33	56
83	Brunnersdorf	7·44	6·24	3·42	.	.	.	2	17	10
84	Buchelsdorf	5·40	1·70	.	.	.	.	1	7	10
85	Budigsdorf	—·62	.	.	.	.	.	1	—	62
86	Budweis	8·44	10·54	8·20	8·—	3·02	.	2	38	20
87	Bürgstein-Johannesdorf	3·—	6·—	6·—	6·—	3·—	.	1	24	—
88	Bürmoos	.	.	6·38	5·10	1·98	.	1	13	46
89	Bullendorf	—·60	5·—	.	.	.	.	1	5	60
90	Chodau	18·—	18·—	18·—	18·—	18·—	.	1	90	—
91	Christiansau	1·80	1·80	.	.	.	.	1	3	60
92	Christofsgrund	3·24	4·38	7·80	9·10	10·30	.	2	34	82
93	Chumo	.	8·52	4·02	3·36	2·04	.	1	17	94
94	Cilli	1·40	7·84	9·40	11·40	9·40	.	2	39	44
95	Czernowitz	14·44	24·70	15·60	7·—	.	.	3	62	54
96	Daubitz	—·60	—·60	.	.	.	.	1	1	20
97	Dellach	.	1·—		.	.	.	1	1	—
98	Dessendorf	15·94	8·36	.	.	.	.	2	24	30
99	Deutsch-Beneschau	—·32	2·10	6·74	6·64	3·80	.	1	19	60
100	Deutschhause	1·26	2·66	4·44	3·84	3·84	.	1	16	04
101	Deutsch-Kralup	1·80	1·80	1·80	1·80	.	.	1	7	20
102	Deutsch-Landsberg	3·62	4·28	2·80	.	.	.	1	10	70

[3] Bezirksorganisation. — [4] Ab 1. Juli 1908 für die ganze Bezirksorganisation.

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
103	Deutsch-Liebau	15·—	15·—	.	.	.	.	1	30	—
104	Deutsch-Reichenau	.	.	.	.	1·02	.	1	1	02
105	Dienten	—·78	1·66	.	—·52	1·30	.	1	4	26
106	Dimlach	.	.	1·78	8·42	7·88	.	1	18	08
107	Dittersbach bei Braunau	2·40	3·—	3·60	4·20	4·20	.	1	17	40
108	Dittersbach bei Friedland	27·60	11·70	14·10	8·24	4·20	.	2	65	84
109	Dittersbächel	7·08	4·92	2·88	2·92	.	.	1	17	80
110	Dönis bei Grottau	3·42	3·82	4·—	6·—	4·—	.	1	21	24
111	Dörfel bei Reichenberg	.	12·—	12·—	12·—	6·—	.	1	42	—
112	Doglasgrün	1·96	2·04	.	.	.	.	1	4	—
113	Dornbirn	14·45	45·90	41·86	44·06	21·63	.	1	167	90
114	Drahowitz bei Karlsbad	4·76	2·02	2·84	2·70	4·—	.	1	16	32
115	Dreihunken	—·96	2·04	4·80	3·70	2·92	.	1	14	42
116	Dunkelthal-Marschendorf	2·—	2·—	.	.	.	.	1	4	—
117	Duppau	.	.	.	4·—	1·—	.	1	5	—
118	Dux	5·88	5·88	.	.	.	.	1	11	76
119	Ebensee	17·14	10·86	22·24	18·68	.	.	3	68	92
120	Ebergassing	4·90	3·50	9·52	7·94	4·16	.	3	30	02
121	Ebersdorf	—·98	—·98	1·—	1·—	.	.	1	3	96
122	Eberstein	—·24	.	1·60	.	.	.	1	1	84
123	Eger	4·08	15·68	10·68	12·—	10·64	.	2	53	08
124	Eggenberg	4·64	30·72	26·90	23·—	10·—	.	1	95	26
125	Eibenberg-Grünberg	3·—	6·—	9·60	9·60	4·80	.	1	33	—
126	Eichicht bei Reichenberg	1·20	1·20	.	.	.	.	1	2	40
127	Eichwald bei Teplitz	5·10	8·90	18·21	14·25	4·51	.	1	50	97
128	Einsiedl bei Reichenberg	1·60	13·52	10·20	10·20	8·30	.	2	43	82
129	Eisenerz	1·98	98·56	67·58	69·42	60·29	.	2	297	83
130	Eisenkappel	.	.	1·—	2·—	.	.	1	3	—
131	Eisenstein	5·94	2·66	—·90	.	.	.	2	9	50
132	Elbogen	.	5·—	.	.	.	.	1	5	—
133	Engelsberg bei Freudenthal	.	6·—	.	.	.	.	1	6	—
134	Engelsberg bei Kratzau	12·—	15·20	12·—	12·—	.	.	2	51	20
135	Engelsdorf bei Friedland	3·48	3·46	2·—	1·14	3·70	.	1	13	78
136	Enzesfeld	.	.	.	—·60	1·20	.	1	1	80
137	Erlach	17·—	20·—	.	.	.	.	1	37	—
138	Falkenau a. d. Eger	.	8·—	.	.	.	.	1	8	—
139	Falkenau-Kittlitz	.	.	6·—	3·—	.	.	1	9	—
140	Feldkirch	5·16	7·28	8·57	6·98	5·75	.	1	33	74
141	Feldkirchen	3·—	6·77	.	.	1·80	.	1	11	57
142	Ferdinandsthal	.	3·60	4·32	4·32	3·60	.	1	15	84
143	Ferlach[5]	34·82	28·92	32·69	29·40	25·86	.	2	151	69
144	Fischamend	.	.	32·82	35·48	6·08	.	3	74	38
145	Fischern	5·76	5·80	8·50	3·—	2·38	.	1	25	44
146	Johnsdorf	13·60	79·—	88·—	65·20	68·—	.	1	313	80
147	Frankstadt bei Mährisch-Schönberg	.	2·40	3·—	3·12	.	.	1	8	52
148	Frantschach	.	.	1·22	—·92	.	.	1	2	14
149	Franzendorf	1·80	3·60	3·04	4·40	2·56	.	1	15	40
150	Franzensfeste	.	.	.	7·—	5·22	.	1	12	22
151	Freistadt in Schlesien[6]	.	.	1·02	.	.	.	1	1	02
152	Freiwaldau	21·36	.	17·28	32·04	5·78	.	3	76	46
153	Freudenthal bei Frankenmarkt	2·40	4·80	4·80	4·80	4·80	.	1	21	60
154	Freudenthal in Schlesien	.	5·—	.	.	.	.	1	5	—
155	Friedland	18·70	24·70	21·—	19·44	.	.	5	83	84

[5] Früher als Oberferlach ausgewiesen. — [6] Zahlt weiter mit Teschen.

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
156	Friedrichshain	.	3·42	8·78	7·20	5·97	.	2	25	37
157	Friesach	2·—	4·—	.	.	.	.	1	6	—
158	Frohnleiten	.	6·24	4·92	6·32	5·48	.	1	22	96
159	Fürstenfeld	5·28	15·92	17·80	20·10	19·70	.	1	78	80
160	Fugau	3·60	3·—	.	.	.	.	1	6	60
161	Fulnek	8·40	10·—	.	.	.	.	1	18	40
162	Furth bei Treglwang	.	.	.	6·—	3·—	.	1	9	—
163	Furth i. W.	2·30	—·98	.	.	.	.	1	3	28
164	Gablonz a. d. Neiße[7]	4·48	25·66	27·50	128·62	168·60	.	4	354	86
165	Gänserndorf	1·64	3·76	.	.	.	.	1	5	40
166	Gebirgsneudorf	.	2·28	5·76	4·28	3·56	.	1	15	88
167	Georgenthal	.	1·44	.	.	.	.	1	1	44
168	Georgswalde	3·—	3·—	.	.	.	.	1	6	—
169	Gersdorf bei Böhmisch-Kamnitz	—·72	—·72	.	.	.	.	1	1	44
170	Gistei-Pintschei	.	3·96	.	.	.	.	1	3	96
171	Glöckelberg	—·44	2·86	2·30	2·74	1·26	.	1	9	60
172	Gloggnitz	14·16	28·76	—·60	—·60	—·24	.	3	44	36
173	Gmünd	12·18	26·63	6·66	4·58	4·94	.	3	54	99
174	Gmunden	2·68	2·96	.	2·24	.	.	3	7	88
175	Gnesau	1·42	.	.	.	.	.	1	1	42
176	Göllitz	.	.	.	.	—·18	.	1	—	18
177	Göpfritz a. d. W.	4·18	2·30	.	.	.	.	1	6	48
178	Görsdorf	4·—	5·—	9·60	9·60	5·—	.	1	33	20
179	Görz	10·95	6·34	.	.	.	.	2	17	29
180	Gösting bei Graz	.	.	38·12	42·80	32·02	.	1	112	94
181	Goisern	—·84	.	3·22	6·22	8·60	.	2	18	88
182	Gollnetschlag	.	.	.	.	—·22	.	1	—	22
183	Gosau	.	.	.	.	6·47	.	1	6	47
184	Gottmannsgrün	.	6·64	4·86	.	.	.	2	11	50
185	Granesau	11·92	18·26	18·—	18·—	12·—	.	1	78	18
186	Grasengrün	.	.	2·20	2·04	—·74	.	1	4	98
187	Graslitz	12·—	12·—	15·90	9·46	11·16	.	2	60	52
188	Grasseth	7·20	3·60	.	.	.	.	1	10	80
189	Graupen bei Teplitz	2·96	2·04	15·—	—·52	.	.	3	20	52
190	Graz	100·78	394·96	461·52	372·36	309·34	.	2	1638	96
191	Grenzdorf	1·08	.	.	.	.	.	1	1	08
192	Griffen	.	.	.	1·—	1·32	.	1	2	32
193	Gröbming	.	1·96	3·44	2·74	—·68	.	1	8	82
194	Großhirndorf	2·10	2·16	2·28	2·28	.	.	1	8	82
195	Großpriesen	2·—	1·20	.	.	.	.	1	3	20
196	Groß-Siegharts—Alt-Dietmanns	7·60	5·80	3·36	3·—	1·26	.	1	21	02
197	Großwasser	.	5·21	.	1·24	.	.	1	6	45
198	Grottau	2·40	10·20	14·08	14·53	5·66	.	3	46	87
199	Grünbach am Schneeberg	5·10	13·26	9·48	9·56	.	.	1	37	40
200	Grünlas	3·—	3·—	.	.	.	.	1	6	—
201	Grünwald bei Gablonz	11·—	6·48	6·—	3·—	.	.	2	26	48
202	Grulich	10·89	11·20	6·30	.	.	.	2	28	39
203	Grußbach	1·74	3·76	.	2·70	8·40	.	2	16	60
204	Güntersdorf b. Königinhof	2·—	3·—	.	.	.	.	1	5	—
205	Güntersdorf bei Markersdorf	3·24	3·24	.	.	.	.	1	6	48
206	Gumpoldskirchen	—·90	1·82	2·48	2·52	.	.	1	7	72
207	Gutenstein i. K.	.	—·78	2·90	—·76	.	.	1	4	44
208	Guttaring	.	1·04	.	.	.	.	1	1	04

[7] Ab 1. Juli 1908 Bezirksorganisation.

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
209	Haan	2·20	4·72	.	.	.	.	1	6	92
210	Habendorf bei Reichenberg	5·40	5·40	.	.	.	.	1	10	80
211	Haid	.	.	.	.	—·50	.	1	—	50
212	Hainburg	11·48	11·52	9·60	7·80	.	.	1	40	40
213	Haindorf	9·60	11·40	13·20	13·20	10·20	.	2	57	60
214	Hainfeld	7·10	7·50	6·86	.	.	.	3	21	46
215	Halbfeit	.	.	—·46	.	.	.	1	—	46
216	Hall in Tirol	3·88	3·50	8·48	7·20	.	.	1	23	06
217	Hallein	6·46	14·68	27·36	21·10	6·80	.	4	76	40
218	Hallstadt	4·—	6·—	6·—	6·—	6·—	.	1	28	—
219	Hals	.	.	.	—·70	2·62	.	1	3	32
220	Hammer	2·40	2·40	2·40	2·40	.	.	1	9	60
221	Hangenstein	1·—	2·28	3·24	3·24	2·70	.	1	12	46
222	Hanichen	5·40	5·40	15·—	17·20	9·90	.	2	52	90
223	Hannsdorf	3·02	7·48	.	.	.	.	1	10	50
224	Hard	.	.	1·70	7·90	5·26	.	1	14	86
225	Harrachsdorf-Neuwelt	2·40	4·80	.	.	.	.	1	7	20
226	Haslau bei Eger	2·80	3·60	3·30	3·70	.	.	1	13	40
227	Hegewald	6·52	2·54	1·70	1·70	.	.	1	12	46
228	Heidenreichstein	.	7·64	3·82	2·30	2·40	.	1	16	16
229	Heilbrunn	.	.	—·74	—·52	—·32	.	1	1	58
230	Heinersdorf a. T.	1·16	1·20	—·60	—·60	.	.	1	3	56
231	Heinrichsdorf	2·40	1·20	1·20	1·20	—·60	.	1	6	60
232	Heinrichsgrün	.	.	7·20	7·68	3·60	.	1	18	48
233	Hermagor	—·42	1·28	1·44	1·46	.	.	1	4	60
234	Hermannsthal	3·60	1·20	1·20	1·20	1·—	.	1	8	20
235	Hermesdorf bei Mährisch-Schönberg	12·—	27·94	27·—	24·—	.	.	2	90	94
236	Hermsdorf bei Friedland	.	2·40	3·42	4·78	2·40	.	1	13	—
237	Hermsdorf bei Gabel	2·—	6·28	3·—	3·—	1·46	.	1	15	74
238	Hertine	.	3·36	2·10	2·22	—·80	.	1	8	48
239	Herzogenburg	3·97	7·92	6·—	5·40	2·40	.	2	25	69
240	Hilbetten	4·80	4·80	5·—	5·—		.	1	19	60
241	Hillemühl	3·48	4·98	.	.	.	.	1	8	46
242	Himberg	3·—	4·76	7·60	3·10	3·45	.	2	21	91
243	Himmelberg	.	4·70	1·14	.	1·—	.	1	6	84
244	Hirschfeld	.	.	2·28	.	.	.	1	2	28
245	Hirtenberg a. d. T.	.	.	.	.	3·72	.	1	3	72
246	Hochgarth	.	.	2·04	2·16	2·52	.	1	6	72
247	Hochofen	1·02	1·20	.	.	.	.	1	2	24
248	Höritz i. B.	—·64	3·83	2·57	1·68	2·14	.	1	10	86
249	Hötzelsdorf	6·80	3·84	2·40	5·92	3·44	.	2	22	40
250	Hof am Leithaberg	3·—	1·—	.	.	.	.	1	4	—
251	Hofgastein	—·14	—·76	.	.	.	.	1	—	90
252	Hohenberg	20·48	41·52	42·—	44·72	25·84	.	2	174	56
253	Hohenelbe	5·60	3·40	.	.	.	.	1	9	—
254	Hohenems	—·25	2·99	2·38	3·94	1·49	.	1	11	05
255	Hohenwald	1·02	2·02	1·—	1·—	—·20	.	1	5	24
256	Hollenstein	.	1·44	.	1·08	.	.	1	2	52
257	Hombok bei Olmütz	.	.	.	1·50	1·20	.	1	2	70
258	Horn	1·08	1·09	—·90	—·96	.	.	1	4	03
259	Hostomitz a. d. Biela	.	.	11·92	11·12	5·52	.	1	28	56
260	Hotzenplotz	—·50	1·18	.	.	.	.	1	1	68
261	Hüttenberg	—·44	2·12	12·14	.	.	.	2	14	70
262	Hundorf	.	2·76	2·16	2·16	1·08	.	1	8	16
263	Hunschgrün	.	.	6·—	.	.	.	1	6	—
264	Hussowitz bei Brünn	3·12	1·20	.	.	.	.	1	4	32
265	Iglau	4·62	15·15	19·70	9·64	7·70	.	4	56	81

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
266	Imligau	4·40	2·40	2·76	2·60	1·30	.	1	11	46
267	Innsbruck	108·26	124·10	116·46	129·12	89·94	.	11	567	88
268	Inzersdorf	17·20	8·43	3·24	2·64	2·20	.	2	33	71
269	Irnsdorf	1·44	1·44	1·80	1·80	.	.	1	6	48
270	Ischl	7·94	7·54	7·50	7·50	.	.	1	30	48
271	Jägerndorf[8]	3·06	54·70	121·14	145·04	138·10	.	9	462	04
272	Jaroslau	—·68	1·10	.	.	.	.	1	1	78
273	Joachimsthal	19·31	47·94	17·71	3·60	.	.	2	88	56
274	Johannesberg bei Gablonz	—·66	1·34	.	.	.	.	1	2	—
275	Johannesthal bei Reichenberg	.	4·80	6·72	6·96	2·56	.	2	21	04
276	Johannesthal i. Schl.	3·—	6·—	6·—	6·—	3·—	.	1	24	—
277	Johnsdorf bei Janowitz	3·—	4·—	3·60	3·60	.	.	1	14	20
278	Judenburg	7·08	14·14	10·33	7·16	11·76	.	2	50	47
279	Jüdendorf bei Teplitz	1·36	2·52	3·34	2·40	1·58	.	1	11	20
280	Jungbuch	6·—	4·—	3·—	3·60	.	.	1	16	60
281	Kaaden	7·20	6·—	6·40	3·—	.	.	1	22	60
282	Kainretschlag	.	.	.	.	—·28	.	1	—	28
283	Kaltenleutgeben	.	.	3·74	3·48	.	.	1	7	22
284	Kamitz bei Bielitz	13·22	5·28	4·50	.	.	.	1	23	—
285	Kapfenberg	16·72	28·60	35·78	30·22	28·22	.	1	139	54
286	Kaplitz	.	.	.	3·—	.	.	1	3	—
287	Karlsbad	14·19	13·28	9·54	4·—	4·—	.	4	45	01
288	Karlsthal i. Schl.	5·—	10·—	.	.	.	.	1	15	—
289	Karolinsfeld	3·—	.	2·—	.	.	.	1	5	—
290	Karolinthal bei Neustadt	3·—	3·—	3·82	2·30	1·50	.	1	13	62
291	Karlswald b. R.	.	4·68	4·—	4·—	2·—	.	1	14	68
292	Katharinaberg	.	.	1·44	2·72	1·50	.	1	5	66
293	Katharinberg bei Reichenberg	15·—	15·—	10·80	10·80	.	.	2	51	60
294	Kaumberg	4·98	6·86	.	.	.	.	1	11	84
295	Ketten	1·72	3·68	3·78	4·02	3·50	.	1	16	70
296	Kienberg-Gaming	.	19·68	22·60	18·34	9·18	.	1	69	80
297	Kindberg	4·33	15·60	8·50	7·10	4·46	.	1	39	99
298	Kirchbichl	.	.	—·80	3·20	2·—	.	1	6	—
299	Kitzbühel	3·80	3·70	3·94	3·36	2·52	.	1	17	32
300	Klagenfurt	59·35	103·89	73·07	93·15	38·59	.	17	368	05
301	Klagenfurt-Land[9]	.	.	.	15·04	8·50	.	1	23	54
302	Klamm am Semmering	3·88	2·78	.	.	.	.	1	6	66
303	Klein-Augezd	17·26	38·98	36·—	36·—	36·—	.	2	164	24
304	Klein-Grün	.	.	4·—	6·—	.	.	1	10	—
305	Klein-Mohrau	1·08	1·08	.	.	.	.	1	2	16
306	Klein-München	21·62	29·57	31·60	30·86	34·54	.	1	148	19
307	Klein-Neusiedl	13·86	13·10	15·50	15·92	16·58	.	1	74	96
308	Klein-Reifling	2·20	4·54	.	.	.	.	1	6	74
309	Klein-St. Paul	.	.	—·94	.	.	.	1	—	94
310	Klein-Wöhlen bei Bensen	4·04	4·06	13·92	.	.	.	1	22	02
311	Klinghart	.	.	1·70	2·50	—·86	.	1	5	06
312	Klostergrab	—·56	5·40	1·54	6·28	5·82	.	3	19	60
313	Klosterneuburg	12·54	14·54	14·40	12·—	8·—	.	5	61	48
314	Knittelfeld	13·20	46·96	61·18	59·56	47·04	.	2	227	94
315	Köflach	22·82	13·24	20·67	18·41	15·44	.	1	90	58
316	Königsberg a. d. Eger	20·68	11·84	22·18	13·62	3·60	.	3	71	92
317	Königsfeld bei Brünn	2·50	2·50	.	.	.	.	1	5	—
318	Königswald	7·40	11·58	5·64	4·73	.	.	1	29	35
319	Kohlhau	10·40	8·40	4·08	7·92	.	.	1	30	80

[8] Ab 1. Jänner 1908 auch Bezirksorganisation. — [9] Bezirksorganisation.

Nr.	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
[illegible]	[illegible]	3·48	3·52	3·—	3·—	3·—	3·—	1	19	—
[illegible]	[illegible]	7·24	7·50	1·32	.	.	.	3	16	06
[illegible]	[illegible]	8·46	5·52	5·36	6·90	5·27	.	3	31	51
[illegible]	[illegible] bei Teplitz	2·40	8·40	16·08	16·12	10·20	.	2	53	20
[illegible]	[illegible]	4·80	9·60	4·80	.	.	.	1	19	20
[illegible]	[illegible]	2·40	3·64	1·26	1·02	.	.	1	8	32
[illegible]	[illegible]	7·68	7·22	.	.	.	.	1	14	90
[illegible]	[illegible] bei Aussig	.	.	.	.	2·36	.	1	2	36
[illegible]	[illegible]	12·62	16·30	37·80	41·60	22·20	.	4	130	52
[illegible]	[illegible]	1·14	2·24	—·60	6·12	1·32	.	2	11	72
[illegible]	[illegible]	—·30	—·40	.	.	.	.	1	—	70
[illegible]	[illegible]	1·08	2·16	.	.	.	.	1	3	24
[illegible]	[illegible]	5·12	8·—	13·18	14·16	10·16	.	1	50	62
[illegible]	[illegible]	2·50	.	.	.	.	.	1	2	50
[illegible]	[illegible]	3·30	3·30	.	.	.	.	1	6	60
[illegible]	[illegible]	2·90	2·86	.	.	.	.	1	5	76
[illegible]	[illegible] bei Zwickau	9·20	2·40	8·64	5·36	.	.	2	25	60
[illegible]	[illegible]	13·02	14·68	6·29	11·53	10·60	.	4	56	12
[illegible]	[illegible]	85·68	91·74	66·92	63·64	54·80	.	2	362	78
[illegible]	[illegible]	1·—	2·54	3·08	4·26	2·12	.	1	13	—
[illegible]	[illegible]	1·38	.	.	.	.	.	1	1	38
[illegible]	[illegible]	2·40	2·40	.	.	.	.	1	4	80
[illegible]	[illegible] bei Brünn	6·40	.	.	.	.	.	1	6	40
[illegible]	[illegible] bei Friedland	3·20	4·62	6·—	4·—	2·—	.	1	19	82
[illegible]	[illegible] bei Reichenberg	.	.	2·—	4·—	2·—	.	1	8	—
[illegible]	[illegible] bei Zwickau	1·80	3·60	4·—	2·60	.	.	1	12	—
[illegible]	[illegible]-Schwaz	1·20	1·20	1·56	1·60	—·84	.	1	6	40
[illegible]	[illegible]	.	2·62	.	.	.	.	1	2	62
[illegible]	[illegible] a. d. Thaya	.	.	3·54	6·72	5·08	.	1	15	34
[illegible]	[illegible] bei Gablonz	.	4·—	.	.	.	.	1	4	—
[illegible]	[illegible]	3·—	.	.	.	.	.	1	3	—
[illegible]	[illegible] bei Gabel	1·32	1·32	2·64	2·66	1·30	.	1	9	24
[illegible]	[illegible]	2·26	2·20	.	.	.	.	1	4	46
[illegible]	[illegible]	.	.	6·—	5·—	.	.	1	11	—
[illegible]	[illegible]	1·54	1·54	.	.	.	.	1	3	08
[illegible]	[illegible]	3·—	3·—	3·—	3·—	1·50	.	1	13	50
[illegible]	[illegible] bei Schüttenhofen	.	.	.	.	2·—	.	1	2	—
[illegible]	[illegible]	2·06	8·50	14·14	3·42	.	.	1	28	12
[illegible]	[illegible]	3·86	9·18	1·20	.	.	.	2	14	24
[illegible]	[illegible]	.	7·74	5·40	5·72	7·14	.	1	26	—
[illegible]	[illegible] i. B.	11·56	5·48	5·—	.	.	.	2	22	04
[illegible]	[illegible]	.	3·—	3·—	.	.	.	1	6	—
[illegible]	[illegible]	.	—·40	.	.	.	.	1	—	40
[illegible]	[illegible] bei Gablonz	1·—	1·—	.	.	.	.	1	2	—
[illegible]	[illegible]	.	1·—	8·38	8·30	3·20	.	1	20	88
[illegible]	[illegible]-Starosoll	·32	2·12	1·71	1·95	—·62	.	1	6	72
[illegible]	[illegible]	3·68	3·88	.	.	.	.	1	7	58
[illegible]	[illegible]	7·58	6·38	8·50	.	.	.	3	22	46
[illegible]	[illegible]	9·20	112·26	102·60	83·26	88·54	.	2	395	86
[illegible]	[illegible]	6·24	5·12	.	2·88	2·16	.	3	16	70
[illegible]	[illegible]	—·76	—·74	.	.	.	.	1	1	50
[illegible]	[illegible]	6·—	6·—	6·—	6·—	3·—	.	1	27	—
[illegible]	[illegible]	.	—·40	.	.	.	.	1	—	40
[illegible]	[illegible] Stadt	4·80	4·80	4·80	4·80	4·80	.	1	24	—
[illegible]	[illegible]	2·40	2·40	.	.	.	.	1	4	80

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
375	Lieboritz	1·20	2·40	.	.	.	.	1	3	60
376	Liebeschitz	1·98	.	.	.	.	.	1	1	98
377	Liebwerda	3·—	1·—	.	.	.	.	1	4	—
378	Lienz	2·26	24·32	6·—	6·—	.	.	3	38	58
379	Liescha-Prävali	2·50	2·40	1·40	—·60	.	.	1	6	90
380	Liesing	43·30	38·32	19·40	11·66	.	.	3	112	68
381	Liezen	—·88	4·66	7·70	4·30	5·—	.	1	22	54
382	Lilienfeld	13·80	10·86	7·30	7·60	2·50	.	3	42	06
383	Linz	94·46	137·04	87·40	71·56	48·50	.	13	438	96
384	Lipnik bei Biala	7·74	14·96	14·16	14·40	.	.	1	51	26
385	Littitz bei Pilsen	2·—	5·84	5·40	4·76	3·16	.	1	21	16
386	Littmitz	.	.	3·88	5·36	3·04	.	1	12	28
387	Loosch bei Dux	5·76	3·94	3·78	3·62	2·10	.	1	19	20
388	Lundenburg	1·16	33·88	1·52	1·80	1·96	.	3	40	32
389	Lusdorf bei Friedland	5·40	5·40	4·20	4·20	.	.	2	19	20
390	Lustenau	1·69	4·93	3·28	2·52	2·47	.	1	14	89
391	Machendorf	19·—	19·—	19·40	19·40	10·50	.	3	87	30
392	Mährisch-Neustadt	7·12	2·88	2·10	.	.	.	1	12	10
393	Mährisch-Ostrau	.	6·—	6·—	6·—	7·—	.	1	25	—
394	Mährisch-Schönberg	20·50	27·98	14·16	14·16	.	.	4	76	80
395	Mährisch-Trübau	10·—	8·—	10·02	1·57	.	.	1	29	59
396	Mährisch-Weißwasser	.	1·52	2·76	1·72	.	.	1	6	—
397	Märzdorf bei Braunau	3·48	2·04	2·16	4·—	.	.	1	11	68
398	Maffersdorf	26·—	26·—	3·—	3·—	.	.	2	58	—
399	Mallnitz	.	.	1·69	1·74	.	.	1	3	43
400	Mannersdorf a. Leithaberg	6·72	2·52	2·52	2·40	.	.	1	14	16
401	Marburg a. d. Drau	9·30	117·—	111·92	118·04	76·34	.	2	432	60
402	Marchegg	1·70	2·36	.	.	.	.	1	4	06
403	Marienbad	.	1·84	.	.	.	.	1	1	84
404	Marienberg	4·80	4·80	.	.	.	.	1	9	60
405	Markersdorf bei Gabel	2·—	6·—	.	.	4·20	.	1	12	20
406	Markersdorf	2·26	5·50	.	.	.	.	1	7	76
407	Marthausen bei Graslitz	5·—	5·—	2·64	2·64	.	.	1	15	28
408	Mautern	—·52	3·44	2·22	2·04	.	.	1	8	22
409	Mauthausen	4·20	8·40	10·34	12·06	12·20	.	1	47	20
410	Mayerbach	5·84	3·48	7·43	2·22	1·16	.	1	20	13
411	Meierhöfen bei Karlsbad	.	.	10·26	9·18	4·50	.	1	23	94
412	Meran	32·28	31·62	24·—	24·—	.	.	2	111	90
413	Meretitz	.	.	3·—	4·80	1·40	.	1	9	20
414	Merkelsgrün	6·90	3·21	.	.	.	.	1	10	11
415	Metnitz	.	1·56	1·16	—·38	.	.	1	3	10
416	Metzling	.	.	.	2·60	2·40	.	1	5	—
417	Mezzolombardo	—·50	1·10	.	.	.	.	1	1	60
418	Mildenau	4·36	4·44	3·60	3·60	.	.	1	16	—
419	Mildeneichen	—·22	—·32	.	.	.	.	1	—	54
420	Mißlitz	1·66	3·20	3·86	2·68	2·—	.	1	13	40
421	Mistek	4·—	11·50	.	.	.	.	1	15	50
422	Mistelbach	7·52	13·80	12·40	11·28	5·60	.	1	50	60
423	Mitterdorf-Wartberg	2·90	10·80	13·80	10·98	14·36	.	1	52	84
424	Mödling	39·61	105·22	120·71	120·77	46·18	.	5	432	49
425	Möllbrücken	1·80	3·30	.	.	.	.	1	5	10
426	Moldau	1·28	3·98	2·12	.	.	.	1	7	38
427	Molln	1·41	4·19	9·24	5·56	.	.	1	20	40
428	Monfalcone	4·60	.	.	.	.	.	1	4	60
429	Moosbrunn	5·36	13·02	14·56	13·60	6·90	.	1	53	44
430	Morchenstern	6·—	6·—	.	.	.	.	1	12	—
431	Morgenthau	.	4·80	5·—	2·—	.	.	1	11	80
432	Mosern	4·—	6·—	4·40	3·60	.	.	1	18	—

Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
		2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
[illegible]	.	3·—	2·—	.	.	.	1	5	—
[illegible]berg	—·78	4·69	.	.	.	.	1	5	47
Mürzzuschlag	31·32	55·82	12·58	27·70	33·30	.	2	160	72
[illegible]rau	—·94	1·54	1·42	1·66	—·88	.	1	6	44
[illegible]tterersdorf	.	.	2·34	3·04	1·30	.	1	6	68
[illegible]alleegrün	.	.	4·32	2·28	1·16	.	1	7	76
[illegible]assengrub	.	.	2·92	.	.	.	1	2	92
[illegible]euelsdorf	1·24	4·56	4·20	3·60	.	.	1	13	60
Neuberg a. d. M.	2·10	14·18	6·—	9·—	.	.	1	31	28
Neudek i. B.	59·18	16·06	90·—	70·—	22·—	.	3	257	24
[illegible]eudonitz	.	.	.	5·—	.	.	1	5	—
Neudorf bei Gablonz	.	1·80	.	.	.	.	1	1	80
Neudorf bei Petschau	.	.	1·68	1·72	.	.	1	3	40
Neudorf bei Sebastiansberg	2·84	.	.	.	.	.	1	2	84
Neu Erbersdorf	.	2·94	.	.	.	.	1	2	94
Neuern	.	.	1·48	4·52	4·—	.	1	10	—
Neukirchen	.	.		1·42	.	.	1	1	42
Neulengbach	1·30	2·76	.	.	.	.	1	4	06
Neumarkt i. St.	1·36	6·40	4·15	—·85	—·60	.	1	13	36
Neunagelberg	9·58	9·60	8·01	7·94	7·04	.	1	42	17
Neundorf	21·—	6·—	6·—	6·—	3·—	.	1	42	—
Neunkirchen	6·35	8·72	.	.	.	.	3	15	07
Neuofen	.	7·20	6·—	4·80	4·80	.	1	22	80
Neupaulsdorf	3·60	.	.	.	.	.	1	3	60
Neuputschirn	2·40	.	.	.	.	.	1	2	40
Neurode	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	.	1	12	—
Neurohlau	.	.	10·56	8·64	4·12	.	1	23	32
Neusattel bei Elbogen	6·90	17·28	17·32	17·40	15·—	.	1	73	90
Neustadt a. d. T.	17·64	17·64	10·76	10·80	.	.	3	56	84
Neutitschein	12·90	34·10	26·14	16·28	9·60	.	5	99	02
Niederberzdorf	2·86	5·48	4·—	1·98	1·02	.	1	15	34
Niedereinsiedel am Schenkberg	5·28	5·40	.	.	.	.	1	10	68
Niedergrund	9·60	.	.	.	.	.	1	9	60
Niederleutensdorf	.	1·88	1·40	1·60	1·—	.	1	5	88
Niederpreichtau	4·—	4·—	4·—	.	.	.	1	12	—
Niedertreuth	.	.	2·40	.	.	.	1	2	40
Niederwohlitz	1·80	1·32	.	.	.	.	1	3	12
Niemes	37·91	29·76	33·86	29·18	10·—	.	3	140	74
Nitles	—·32	2·—	—·84	—·16	.	.	1	3	32
Obergrundtal	4·56	28·64	27·—	21·—	1·50	.	3	82	70
Obergrundtal	.	.	—·66	4·44	1·86	.	1	6	96
Obergerspitz bei Brünn	7·20	2·30	1·05	1·06	.	.	1	11	61
Obergraupen	—·81	1·76	1·44	1·44	.	.	1	5	48
Oberlaumersdorf	1·50	1·50	.	.	.	.	1	3	—
Oberpreichau	1·72	1·92	2·71	4·28	2·94	.	1	16	60
Oberleutensdorf	10·—	7·81	7·16	8·—	2·80	.	4	36	10
Oberlitz	1·06	1·11	8·58	4·04	1·76	.	1	19	85
Obermohr a. d. Iser	3·90	2·—	.	.	.	.	1	5	90
Obermoun	3·06	2·—	.	.	.	.	1	5	06
Ober Rothwasser	7·80	7·80	.	.	.	.	1	15	60
Obersitzing	1·98	1·86	1·80	1·84	.	.	1	7	48
Oberwitz	1·	8·20	8·41	8·—	4·—	.	2	32	64
Oberwirt	.	.	.	.	3·90	.	1	3	90

[illegible] Bezirksorganisation dabei.

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
486	Odrau	12·—	24·—	.	.	.	.	1	36	—
487	Oeblarn	9·—	7·56	3·36	2·82	.	.	1	22	74
488	Olmütz	2·46	6·20	.	.	.	.	1	6	66
489	Osseg	—·56	.	.	.	.	.	1	—	56
490	Ottowitz bei Karlsbad	.	.	6·50	6·50	.	.	1	13	—
491	Pankraz bei Ringelshain	3·96	4·20	2·50	3·—	1·50	.	1	15	16
492	Parchen-Schelten	4·20	8·40	4·20	.	.	.	1	16	80
493	Parschnitz	.	.	2·—	2·—	1·—	.	1	5	—
494	Patergassen	1·22	.	.	.	.	.	1	1	22
495	Paulowitz bei Olmütz	.	1·32	1·92	1·28	—·96	.	1	5	48
496	Pechgrün	4·80	4·80	6·78	7·56	3·78	.	1	27	72
497	Peggau	.	11·32	11·14	6·88	11·60	.	1	40	94
498	Perchtoldsdorf	2·36	3·24	.	.	.	.	1	5	60
499	Perg	—·60	—·36	.	.	.	.	1	—	96
500	Petersdorf bei Gabel	.	.	.	4·60	2·—	.	1	6	60
501	Petersdorf i. Schl.	.	.	—·44	.	.	.	1	—	44
502	Petschau bei Karlsbad	8·40	.	.	6·60	1·80	.	2	16	80
503	Pettau	4·96	—·48	2·—	.	.	.	2	7	44
504	Piberschlag	.	.	.	—·14	—·48	.	1	—	62
505	Piesting	11·22	11·36	3·90	3·90	2·06	.	3	32	44
506	Pilnikau	—·90	—·70	.	.	.	.	1	1	60
507	Pirkenhammer	3·42	8·90	10·80	9·20	.	.	1	32	32
508	Podersam	2·40	4·80	28·80	22·80	8·62	.	1	67	42
509	Pöchlarn	12·39	23·31	32·26	20·64	16·74	.	3	105	34
510	Pöls	1·—	6·50	10·50	6·—	6·—	.	1	30	—
511	Pörtschach a. S.	1·32	—·68	.	.	.	.	1	2	—
512	Pokau bei Aussig	.	.	6·—	.	.	.	1	6	—
513	Pola	1·96	.	.	.	.	.	1	1	96
514	Pomeisl	1·20	2·40	.	.	.	.	1	3	60
515	Poschetzau	7·—	1·—	.	.	.	.	1	8	—
516	Poschitzau bei Elbogen	.	.	3·70	3·70	.	.	1	7	40
517	Postelberg	.	1·40	.	.	.	.	1	1	40
518	Pottendorf	—·80	—·80	4·17	3·03	6·50	.	2	15	30
519	Prachatitz	.	.	.	1·—	1·—	.	1	2	—
520	Prag	9·96	10·92	12·—	12·—	7·50	.	1	52	38
521	Prennet	.	.	2·16	.	.	.	1	2	16
522	Priesen	.	—·76	.	.	.	.	1	—	76
523	Pritschitz	.	.	—·40	.	.	.	1	—	40
524	Probstau	2·—	2·—	.	.	.	.	1	4	—
525	Prödlitz bei Aussig	6·40	20·48	23·04	17·40	9·82	.	1	77	14
526	Proschwitz	22·92	52·88	40·—	2·40	.	.	3	118	20
527	Proßnitz	1·50	3·—	3·—	3·60	3·58	—·50	1	15	18
528	Przemysl	.	1·70	.	.	.	.	1	1	70
529	Puchberg am Schneeberg	1·44	1·66	.	.	.	.	1	3	10
530	Puletschnei bei Gablonz	2·16	2·16	1·08	.	.	.	1	5	40
531	Puntigam bei Graz	10·—	30·—	30·—	30·—	10·—	.	1	110	—
532	Purkersdorf	10·50	13·04	13·17	13·78	9·40	.	2	59	89
533	Puschwitz	1·14	2·28	.	.	.	.	1	3	42
534	Putzmannsdorf	8·36	4·56	1·56	.	.	.	1	14	48
535	Pyhanken	3·60	3·60	3·48	5·52	7·—	.	1	23	20
536	Radautz	18·04	1·88	1·28	1·32	.	.	1	22	52
537	Rainfeld	.	.	2·30	.	.	.	1	2	30
538	Rankweil	2·96	—·72	1·53	1·56	1·46	.	1	8	23
539	Raspenau	.	3·—	3·60	3·60	1·80	.	1	12	—
540	Ratsch	2·76	4·16	4·—	3·60	3·38	.	1	17	90
541	Ratschendorf	3·58	7·91	5·28	5·28	2·69		1	24	74
542	Reichenau bei Gablonz	7·20	.	.	.	.	.	1	7	20
543	Reichenau bei Payerbach	2·72	6·66	8·20	14·38	12·95	.	1	44	91

Nr.	Ort	Restzahlungen	1907 2. Halbjahr	1908 1. Halbjahr	1908 2. Halbjahr	1909 1. Halbjahr	1909 Vorauszahlungen	Zahl der abliefernden Organ.	Summe Kr.	Summe H.
544	[illegible]enberg	100·06	102·90	73·68	72·01	42·78	.	8	391	43
545	[illegible]stadt	3·—	3·—	2·50	2·50	.	.	1	11	—
546	[illegible] bei Gablonz	2·20	2·20	.	.	.	.	1	4	40
547	[illegible]	4·01	5·40	.	.	.	.	2	9	44
548	[illegible]shain bei Gabel	1·80	1·68	1·72	2·—	2·—	.	1	9	20
549	Rodisfort	.	.	6·12	4·72	3·08	.	1	13	92
550	Rochlitz bei Reichenberg	.	.	4·24	4·32	3·60	3·60	1	15	76
551	Röhrsdorf	.	.	2·—	.	.	.	1	2	—
552	Römerstadt	11·40	3·60	3·60	7·50	7·85	.	1	33	95
553	Ronsperg		.	.	1·25	3·75	.	1	5	—
554	Rosenbach	—·71	1·74	.	.	.	.	1	2	48
555	Rosenthal I bei Reichenberg	—·84	3·46	2·04	.	.	.	1	6	34
556	Rosenthal II bei Reichenberg	4·80	4·80	2·40	2·42	1·20	.	1	15	62
557	Rosenthal bei Teplitz	—·86	2·44	—·49	.	.	.	1	3	79
558	Roßbach	6·—	6·—	2·24	.	.	.	1	14	24
559	Rothau	.	.	4·—	4·—	.	.	1	8	—
560	Rothau, Ober-	.	.	4·—	4·—	1·38	.	1	9	38
561	Rottenmann	7·60	21·06	29·38	16·92	9·26	.	1	84	22
562	Rovereto	2·02	—·42	.	.	.	.	1	2	44
563	Ruden	1·32	1·68	.	.	1·—	.	1	4	—
564	Rudolfsthal	.	.	2·48	2·52	.	.	1	5	—
565	Ruckersdorf	6·82	1·44	—·96	1·04	.	.	1	10	26
566	Rumburg	12·—	12·—	46·66	46·67	.	.	2	119	33
567	Ruppersdorf	8·40	10·80	10·80	8·40	3·—	.	2	41	40
568	Saalfelden	.	11·92	.		.	.	1	11	92
569	Saaz	29·60	62·72	61·82	48·02	1·20	1·20	6	204	56
570	Salzburg	105·62	94·74	41·50	17·50	16·20	.	11	275	56
571	Sangerberg	—·50	4·—	.	.	.	.	1	4	50
572	St. Egyd a. N.	6·56	6·60	12·34	14·74	7·40	.	1	47	64
573	St. Georgen bei Mauthausen	—·90	1·20	.	.	.	.	1	2	10
574	St. Georgenthal	2·24	.	.	.	.	.	1	2	24
575	St. Johann im Pongau	—·92	—·80	.	.	.	.	1	1	72
576	St. Lambrecht	—·53	—·48	3·76	3·92	3·50	.	1	12	19
577	St. Lucia am Isonzo	—·62	1·32	.	.	.	.	1	1	92
578	St. Michael	.	6·50	5·—	2·50	.	.	1	14	—
579	St. Peter Freienstein	.	8·—	5·74	1·92	.	.	1	15	66
580	St. Pölten	84·69	81·16	64·37	38·—	16·39	.	8	284	61
581	St. Ruprecht bei Klagenfurt	.	.	—·86	1·18	.	.	1	2	04
582	St. Stefan a. G.	.	.	.	5·78	.	.	1	5	78
583	St. Stefan i. Lavantthale	.	.	5·52	4·32	.	.	1	9	84
584	St. Valentin	1·74	2·50	.	.	.	.	1	7	24
585	St. Veit a. d. Glan	11·18	20·26	4·54	4·54	.	.	2	40	52
586	St. Veit a. d. Triesting	19·45	63·94	40·51	14·65	5·64	.	1	144	19
587	St. Veit bei Mühlbach	5·22	12·30	8·72	12·18	11·76	.	1	50	18
588	[illegible]a	3·—	6·—	4·42	4·44	.	.	1	17	86
589	[illegible]dorf	.	6·—	6·—	6·—	.	.	1	18	—
590	[illegible]stein	3·—	7·36	9·78	2·60	.	.	1	22	74
591	[illegible] bei Böhmisch-Leipa	1·80	1·80	.	.	.	.	1	3	60
592	[illegible]	3·20	5·10	2·40	2·—	.	.	2	13	—
593	[illegible]	—·16	.	.	.	.	.	1	—	16
594	[illegible]	.	.	1·20	.	.	.	1	1	20

[illegible]

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
595	Schimitz bei Brünn	1·48	1·50	.	.	.	.	1	2	98
596	Schlackenwerth	6·—	4·—	.	.	.	.	1	10	—
597	Schlaggenwald-Gfell	10·—	20·88	18·80	14·40	1·20	.	2	65	28
598	Schloppenhof	.	2·44	.	.	.	.	1	2	44
599	Schluckenau [12]	4·70	4·80	39·82	39·85	.	.	2	89	17
600	Schmeil	1·08	1·08	.	.	.	.	1	2	16
601	Schmiedeberg	4·80	2·40	2·76	3·22	1·80	.	1	14	98
602	Schneegattern	2·25	5·41	4·88	4·50	4·48	.	1	21	52
603	Schöbritz	3·—	.	.	.	.	.	1	3	—
604	Schönau bei Schluckenau	4·—	2·—	.	.	.	.	1	6	—
605	Schönau bei Wernstadt	12·60	2·52	2·52	2·52	.	.	1	20	16
606	Schönbach bei Asch	.	.	6·52	.	.	.	1	6	52
607	Schönbach bei Kaaden	.	.	1·78	1·80	.	.	1	3	58
608	Schönbach bei Ringelshain	1·44	1·86	1·20	1·20	—·20	.	1	5	90
609	Schönbach-Stadt	.	.	.	2·14	2·16	.	1	4	30
610	Schönborn bei Reichenberg	1·80	1·80	.	.	.	.	1	3	60
611	Schönborn bei Rumburg	1·80	1·20	.	.	.	.	1	3	—
612	Schönbrunn	4·86	3·06	.	.	.	.	2	7	92
613	Schönlinde	12·50	12·50	.	.	.	.	1	25	—
614	Schönwald bei Friedland	2·60	2·60	2·—	2·—	.	.	1	9	20
615	Schreckenstein	7·50	15·—	.	.	.	.	1	22	50
616	Schrems	7·50	7·50	7·50	7·50	10·—	.	1	40	—
617	Schwaderbach	1·—	3·—	3·—	1·40	.	.	1	8	40
618	Schwanberg	1·—	1·02	1·98	.	.	.	1	4	—
619	Schwaz i. T.	.	5·76	4·50	4·50	1·08	.	2	15	84
620	Schwarzbach	.	.	.	3·32	1·84	.	1	5	16
621	Schwarzebach	3·60	4·80	.	.	.	.	1	8	40
622	Schwarzenau	1·16	1·56	.	.	.	.	1	2	72
623	Schwechat	5·72	1·56	11·93	11·87	17·28	.	1	48	36
624	Schwertberg	4·—	5·94	9·40	.	.	.	1	19	34
625	Sedlnitz	3·84	2·56	.	.	.	.	1	6	40
626	Seeberg bei Eger	1·70	5·40	6·—	6·—	3·—	.	1	22	10
627	Seidenschwanz	1·14	1·14	.	.	.	.	1	2	28
628	Settenz bei Teplitz	1·20	2·04	2·10	1·62	—·66	.	1	7	62
629	Siebenhirten	13·96	26·16	28·06	6·08	4·62	.	3	78	88
630	Silberbach, Hinter-	7·40	1·98	1·92	.	.	.	1	10	40
631	Silberbach, Vorder-	4·80	4·80	4·22	4·32	4·27	.	1	22	41
632	Silz	—·38	—·82	.	.	.	.	1	1	20
633	Sittmesgrün	5·22	5·52	6·—	6·—	3·—	.	1	25	74
634	Soborten	1·32	2·68	2·90	2·40	.	.	1	9	30
635	Sodau	4·—	.	.	.	.	.	1	4	—
636	Sonnberg bei Gratzen	.	.	.	.	—·80	.	1	—	80
637	Sonneberg bei Haida	.	.	2·50	2·50	.	.	1	5	—
638	Sonnenberg	.	1·16	—·34	.	.	.	1	1	50
639	Sorghof	.	.	5·78	5·86	2·80	.	1	14	44
640	Spittal a. d. Drau [13]	19·19	25·66	37·47	52·98	19·22	.	1	154	82
641	Spittelgrund	—·66	1·34	.	.	.	.	1	2	—
642	Staab	2·68	2·70	.	8·50	8·—	.	1	21	88
643	Stainach	1·82	3·72	.	.	.	.	1	5	54
644	Stanislau	.	1·86	.	.	.	.	1	1	86
645	Stattersdorf	.	22·98	26·46	25·62	12·30	.	1	87	36
646	Stauding	6·40	4·90	.	.	.	.	1	11	30
647	Stein bei Oberplan	.	.	.	—·32	—·40	.	1	—	72
648	Steinbach bei Gösting	1·54	1·72	3·24	3·12	1·44	.	1	11	06

[12] Vom 1. Jänner 1908 an auch Bezirksorganisation. — [13] Bezirksorganisation.

Ort	Rückzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
		2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
Strobnitz	4·54	14·94	.	.	.	.	1	19	48
Strobnitz im Trautal	3·28	—·88	.	.	.	.	1	4	16
Strobnitz bei Aich	.	.	3·48	.	.	.	1	3	48
Strunzhonau	10·82	10·28	3·36	.	.	.	1	24	46
Sturberg	25·62	49·35	60·47	55·99	2·—	.	5	193	43
Stern	18·22	27·74	28·26	35·60	31·50	.	6	141	32
Sternermühl	18·28	.	.	.	.	.	1	18	28
Steyeran	67·44	93·62	77·22	62·—	27·17	.	7	327	45
Strzoznitz	1·32	.	1·20	1·20	.	.	1	3	72
Straßburg	.	3·—	.	.	.	.	1	3	—
Strazwalchen	1·10	2·58	.	.	.	.	1	3	98
Strobnitz bei Gratzen	1·34	1·44	.	1·12	—·88	.	1	4	78
Strodnitz	.	.	.	—·60	1·24	.	1	1	84
Struben	—·83	3·50	3·94	3·46	—·84	.	1	12	57
Surzawa	5·—	4·—	3·—	1·—	.	.	1	13	—
Tachau	3·—	4·—	3·46	3·12	1·04	.	1	14	62
Tannwald	3·88	2·40	.	.	.	.	1	6	28
Tarnovol	—·26	—·50	.	.	.	.	1	—	76
Tarnow	—·76	1·50	.	.	.	.	1	2	26
Tarnz	1·66	4·50	.	.	.	.	1	6	16
Taschwitz	7·38	10·02	10·08	7·92	6·84	.	2	42	24
Teichstatt	.	1·20	.	.	.	.	1	1	20
Teplitz	12·12	17·19	10·70	8·45	8·—	8·—	5	64	46
Termitz	31·—	29·52	23·23	9·—	.	.	2	92	75
Teichen	11·56	7·20	22·56	34·74	30·38	.	4	106	44
Teichen a. d. Elbe	4·19	23·92	7·20	7·20	.	.	2	42	51
Thiergarten	.	.	—·68	1·44	.	.	1	2	12
Thomasdorf	3·91	1·64	.	.	.	.	1	5	55
Thomasroith	5·04	6·02	9·72	11·62	5·30	.	1	37	70
Thurnthal	.	.	2·70	.	.	.	1	2	70
Tiefenbach	3·42	2·30	4·20	.	.	.	2	9	92
Tischau	1·06	4·06	4·92	4·12	.	.	1	17	16
Traisen	1·64	11·56	13·69	9·48	5·64	.	4	42	01
Traiskirchen	—·60	2·22	5·34	3·46	2·50	.	2	14	12
Traun	3·—	9·—	6·50	6·86	8·24	.	1	33	60
Trautenau	7·42	11·34	.	.	.	.	2	18	76
Trebitsch	—·16	.	.	.	.	.	1	—	16
Treibach-Althofen	1·32	1·—	11·64	17·90	13·14	.	1	51	—
Trieben	1·36	9·08	7·84	7·18	5·84	.	1	31	30
Trient	5·40	2·46	.	.	.	.	1	7	86
Trier	23·71	23·82	6·68	6·06	12·—	.	3	72	30
Triesdach	.	12·94	17·40	15·56	15·52	.	1	61	42
Triesen	28·62	13·24	35·40	35·40	28·80	.	6	171	46
Trieselgrun	8·40	8·40	7·20	4·80	2·40	.	1	31	20
Trnowy bei Aussig	21·06	35·20	18·18	13·20	3·60	.	3	94	54
Troppau	—·94	9·28	2·92	3·22	1·62	.	1	17	98
Trostthal	.	.	2·16	4·76	.	.	1	6	92
Trotzdorf	.	2·50	2·50	2·50	.	.	1	7	50
Trumau bei Teschen	10·60	15·22	8·—	8·—	.	.	2	41	82
Tschechen	2·60	2·16	.	.	.	.	1	4	76
Tschechisch bei Deutsch-Zottau	.	8·12	9·61	7·26	7·24	.	1	32	26
Tschechowitz	6·—	1·06	1·50	1·50	.	.	1	13	06
Tschechowitz bei Troppau	1·54	7·28	8·—	7·10	8·60	.	1	35	82
Tschechowitz	1·80	1·56	.	.	.	.	1	3	36
Tschechowitz	.	3·06	2·30	—·58	.	.	1	5	94
Tschechowitzberg	8·76	7·61	5·56	2·76	—·16	.	1	25	18
Tschechowitzwein	.	1·70	.	.	.	.	1	1	70

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
			2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
706	Unter-Šiška	.	10·22	.	.	.	.	1	10	22
707	Unzmarkt	11·44	7·10	2·40	2·12	.	.	1	23	06
708	Urfahr	2·40	.	.	.	.	.	1	2	40
709	Veitsau	.	.	.	.	—·62	.	1	—	62
710	Viehofen	.	8·04	8·52	8·52	8·52	.	1	33	60
711	Villach [14]	38·43	110·35	92·64	109·60	36·34	.	16	387	36
712	Vöcklabruck	1·48	.	.	.	.	.	1	1	48
713	Völkermarkt	—·18	—·66	—·62	2·04	2·15	.	1	5	65
714	Voigtsgrün	8·48	8·50	.	.	.	.	1	16	98
715	Voitsberg	16·14	24·84	16·08	23·76	8·34	.	2	89	16
716	Vordernberg	2·76	47·28	35·68	37·62	32·94	.	1	156	28
717	Vorkloster	.	—·74	1·32	1·04	—·70	.	1	3	80
718	Waidhofen a. d. Thaya	—·46	1·46	1·44	.	.	.	1	3	36
719	Waidhofen a. d. Ybbs	22·58	25·74	10·—	20·—	8·—	.	4	86	32
720	Wald-Kalwang	5·—	5·—	8·—	3·—	.	.	1	21	—
721	Wallachisch-Meseritsch	1·90	4·16	.	.	.	.	1	6	06
722	Wallern	2·44	.	.	2·58	2·58	.	1	7	60
723	Wannow bei Aussig	.	.	.	4·32	4·20	.	1	8	52
724	Warnsdorf	78·40	68·14	78·04	73·—	3·—	3·—	6	303	58
725	Warta a. d. Eger	.	.	10·—	6·24	3·76	.	1	20	—
726	Wattens	.	.	3·96	4·78	2·46	.	1	11	20
727	Weipert	4·80	9·60	9·60	9·60	4·18	.	1	37	78
728	Weißbach	3·60	1·20	1·20	1·20	.	.	1	7	20
729	Weißkirch	3·—	6·—	6·—	6·—	6·—	.	1	27	—
730	Weißkirchen bei Kratzau	4·80	9·60	9·60	9·60	9·60	.	1	43	20
731	Weißkirchlitz	2·10	8·02	7·50	10·74	6·76	.	1	35	12
732	Weitenfeld	—·76	.	.	.	.	.	1	—	76
733	Weiz	2·30	2·90	2·74	2·46	1·44	.	1	11	84
734	Welbine bei Teplitz	—·74	3·40	3·24	2·52	1·14	.	1	11	04
735	Wels	12·07	32·45	16·27	18·66	12·40	.	9	91	85
736	Wernersreuth	2·64	3·24	5·34	.	.	.	1	11	22
737	Wernsdorf	.	.	.	4·10	2·82	.	1	6	92
738	Wernstadt	.	6·—	6·—	6·—	6·—	.	1	24	—
739	Wetzwalde	3·26	6·68	8·—	6·—	4·—	.	1	27	94
740	Weyer a. d. Enns	3·74	7·86	5·50	6·10	6·34	.	1	29	54
741	Wien	5836·95	13661·29	14646·33	14057·93	9640·61	513·40	272	58356	51
742	Wiener-Neustadt	13·49	18·74	3·91	2·38	1·20	.	3	39	72
743	Winklern	.	.	1·—	.	.	.	1	1	—
744	Wies	.	25·24	11·96	15·—	12·58	.	1	64	78
745	Wiesa-Oberleutensdorf	.	3·—	.	.	1·40	.	1	4	40
746	Wiese bei Ebersdorf	2·60	2·62	2·—	2·—	2·—	.	1	11	22
747	Wiese bei Jägerndorf	.	1·81	.	.	.	.	1	1	81
748	Wiesen-Rabersdorf	2·—	3·—	2·50	2·50	.	.	1	10	—
749	Wiesenau	.	.	1·76	.	.	.	1	1	76
750	Wiesenberg	8·73	22·97	20·22	20·10	11·20	.	2	83	22
751	Wigstadtl	.	30·—	.	.	.	.	1	30	—
752	Wildon	.	1·46	1·20	.	.	.	1	2	66
753	Wildstein	.	.	.	3·—	.	.	1	3	—
754	Wilhelmsburg	45·40	64·83	46·05	42·82	5·28	.	6	204	38
755	Willomitz	.	1·20	3·12	2·40	3·60	.	1	10	32
756	Wimpassing	.	.	29·56	19·68	12·80	.	1	62	04
757	Winterberg	1·84	6·31	4·44	2·08	.	.	1	14	67
758	Wisnitz	13·—	12·—	16·08	17·08	17·76	.	3	75	92
759	Witkowitz	5·—	4·—	.	.	.	.	1	9	—
760	Wittig	1·80	3·60	3·60	3·60	3·60	.	1	16	20
761	Wiznitz	.	—·72	.	.	.	.	1	—	72

[14] Auch die Bezirksorganisation dabei.

Ort	Restzahlungen	1907	1908		1909		Zahl der abliefernden Organ.	Summe	
		2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Vorauszahlungen		Kr.	H.
[illegible]dorf	1·20	.	.	.	.	.	1	1	20
[illegible]	6·40	13·36	4·20	8·60	11·54	.	3	44	10
[illegible]	7·27	10·38	15·86	11·20	.	.	8	44	71
Wolfsberg bei Schönlinde	3·60	3·60	.	.	.	.	1	7	20
[illegible]berg	.	1·20	.	.	.	.	1	1	20
[illegible]dichtunge	2·98	3·—	.	.	.	.	1	5	98
Wschechlab bei Tur	1·02	1·06	—·80	—·80	—·50	.	1	4	18
[illegible]rbenthal	36·98	30·02	5·40	6·30	.	.	1	76	70
[illegible]rning	.	.	1·80	1·80	1·80	1·80	1	7	20
[illegible]ndtl	2·58	1·90	.	.	.	.	1	4	48
[illegible] bei Elbogen	8·—	8·—	2·10	2·10	1·—	.	2	21	20
[illegible]dlisch, Alt-	1·48	3·—	1·—	.	.	.	1	5	48
[illegible]dler	.	1·50	.	.	.	.	1	1	50
[illegible] am See	1·96	1·50	.	.	.	.	1	3	46
[illegible]tweg	1·66	14·84	18·—	24·—	24·—	.	1	82	50
[illegible]tlitz	3·60	3·—	3·60	1·80	.	.	1	12	—
[illegible]rsdorf	—·88	—·41	.	.	.	.	1	1	29
[illegible]nann	16·07	7·02	.	.	.	.	3	23	09
Zuckmantel bei Teplitz	1·60	9·60	12·—	12·—	6·—	.	1	41	20
Zuflucht	7·62	2·58	2·40	3·—	1·50	.	1	17	10
Zwettnitz	2·40	5·64	.	.	.	.	1	8	04
Zwickau i. B.	14·56	21·47	43·36	20·—	.	.	2	99	39
Zwittau	5·20	25·88	25·28	24·—	20·—	.	2	100	36
Zwitte bei Lindenau	1·60	2·40	3·74	2·40	1·—	.	1	11	14
Deutschböhmische politische Landesorganisationen:[15]									
Kreis Aussig	.	.	.	.	160·—	.	.	.	.
„ Bodenbach	.	.	.	.	80·—	.	.	.	.
„ Karlsbad	.	.	.	.	220·—	.	.	.	.
„ Teplitz	.	.	.	.	152·—	.	.	.	.
„ Trautenau	.	.	.	.	120·—	.	.	.	.
„ Warnsdorf	.	.	.	.	100·—	.	1	832	—

[15] Ablieferung seit 1. März 1909.

Ausweis

über die Ablieferung der **zehnprozentigen Quote** von den Einnahmen der Bezirksorganisationen an die Parteivertretung nach Ländern geordnet.

1. Jänner 1908 bis 30. Juni 1909.

Fortlaufende Nummer	Bezirksorganisation	1908		1909	Bezirkssumme		Kronlandssumme	
		1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Kr.	H.	Kr.	H.
	Böhmen							
1	Asch	.	.	.	.	.	.	.
2	Aussergefild	—·58	1·68	1·07	3	33	.	.
3	Aussig (Stadt)	.	.	.	.	.	.	.
4	Aussig-Karbitz (Land)	.	.	.	.	.	.	.
5	Bensen	32·60	41·60	38·—	112	20	.	.
6	Böhmisch-Kamnitz	16·39	14·67	4·96	36	02	.	.
7	Böhmisch-Leipa[1]	18·63	.	.	18	63	.	.
8	Braunau	13·17	18·45	9·09	40	71	.	.
9	Brüx	.	.	.	.	.	.	.
10	Budweis[2]	54·38	21·56	4·18	80	12	.	.
11	Deutsch-Beneschau	1·80	2·93	5·12	9	85	.	.
12	Dux-Bilin	.	.	.	.	.	.	.
13	Eger	.	.	.	.	.	.	.
14	Elbogen	119·69	134·40	112·26	366	35	.	.
15	Falkenau	10·28	10·39	9·—	29	67	.	.
16	Friedland[3]	.	.	.	.	.	.	.
17	Gabel[3]	.	.	.	.	.	.	.
18	Gablonz a. d. Neiße[4]	9·46	.	.	9	46	.	.
19	Görkau	.	.	.	.	.	.	.
20	Graslitz	17·15	18·23	15·08	50	46	.	.
21	Haida	.	.	.	.	.	.	.
22	Hohenelbe-Arnau[5]	.	.	.	.	.	.	.
23	Kaaden	.	2·92	4·31	7	23	.	
24	Kaplitz	.	.	.	.	.	.	.
25	Karlsbad	102·99	89·50	64·13	256	62	.	.
26	Komotau	.		.	.	.	.	.
27	Kratzau[3]	.	.	.	.	.	.	.
28	Krumau	.	6·06	20·05	26	11	.	.
29	Landskron	.	.	.	.	.	.	.
30	Leitmeritz	.	.	.	.	.	.	.
31	Lobositz	2·—	.	.	2	—	.	.
32	Ludits-Buchau	.	.	.	.	.	.	.
33	Marienbad	7·84	3·88	.	11	72	.	.
34	Neudek	.	.	.	.	.	.	.
35	Neustadt a. d. Tafelfichte[3]	.	.	.	.	.	.	.
36	Niemes[3]	.	.	.	.	.	.	.
37	Oberleutensdorf	.	.	.	.	.	.	.
38	Oberplan	.	.	16·97	16	97	.	.
39	Petschau	4·04	6·08	.	10	12	.	.
40	Platten	.	.	.	.	.	.	.
41	Podersam	.	.	.	.	.	.	.
42	Prachatitz	.	.	.	.	.	.	.
43	Prag	.	.	6·—	6	—	.	.
44	Reichenberg[6]	155·—	.	.	155	—	.	.
45	Rochlitz a. d. Iser	.	.	.	.	.	.	.
46	Rumburg	.	.	.	.	.	.	.

[1] Weiter mit Tetschen. — [2] Bis 31. August 1908 für ganz Südböhmen. — [3] Zahlt mit Reichenberg. — [4] Auch für Hohenelbe. — [5] Zahlt mit Gablonz. — [6] Soll auch für Friedland, Gabel, Krayau, Neustadt, Niemes und Zwickau zahlen.

Nr.	Bezirksorganisation	1908 1. Halbjahr	1908 2. Halbjahr	1909 1. Halbjahr	Bezirkssumme Kr.	H.	Kronlandssumme Kr.	H.
47	[illegible]	10	.		10	—	.	
48	[illegible]	12·90	9·54	.	22	44	.	.
49	[illegible]	.	.	.	.	.	.	.
50	[illegible]	19·78	12·96	.	32	74	.	.
51	[illegible]	.	.	.		.		.
52	[illegible]	.	.	.	.	.		.
53	[illegible]	4·02	3·16	6·38	13	56	.	
54	[illegible]	32·40	32·40	.	64	80	.	
55	[illegible]	72·80	63·08	56·67	192	55	.	
56	[illegible]	.		.		.		
57	[illegible]	13·20	.	.	13	20	.	.
58	[illegible]	.	.	.		.	.	.
59	[illegible]	.	3·92	2·95	6	87	.	.
60	[illegible]			.		.	.	.
61	[illegible]	6·28	10·76	10·80	27	84	.	.
62	[illegible]	5·58	9·34	10·75	25	67	.	.
63	[illegible]	.	.		.	.	.	.
64	[illegible]	—	1·86	3·82	5	68	.	.
65	[illegible]		.	.	.	.	1663	92
	Bukowina							
66	[illegible]	28·60	36·30	12·20	77	10		.
67	[illegible]	.			.	.	.	
68	[illegible]	·96	.		—	96		
69	[illegible]		.	.	.	.		.
70	[illegible]	.	.		.		78	06
	Kärnten							
71	[illegible]	9·42	5·20	3·26	17	88		.
72	[illegible]	3·96	4·45	.	8	41	.	.
73	[illegible]	4·44	14·12	9·20	27	76	.	.
74	[illegible]	1·30	4·88	6·90	13	08	.	
75	[illegible]	10·24	15·30	5·30	30	84	.	
76	[illegible]	17·37	14·89	7·40	39	66		
77	[illegible]	—·80	2·50	.	3	30	140	91
	Mähren							
78	[illegible]	24·07	.	.	24	07		
79	[illegible]							
80	[illegible]	.		.	.			.
81	[illegible]			.	.		.	.
82	[illegible]			.			.	.
83	[illegible]	.		.	.	.		.
84	[illegible]	11·26	9·77	13·07	37	20		.
85	[illegible]			2·40	2	40	.	
86	[illegible]	1·20	.	.	1	20	.	
87	[illegible]		.	.	.		.	.
88	[illegible]	.			.		.	.
89	[illegible]	2·28	1·38		3	66	.	
90	[illegible]	9·60	6·50		16	10	.	
91	[illegible]	.	16·34		16	34		.
92	[illegible]	·40			—	40		.
93	[illegible]	22·02		.	22	02		.

[illegible]

Fortlaufende Nummer	Bezirksorganisation	1908 1. Halbjahr	1908 2. Halbjahr	1909 1. Halbjahr	Bezirkssumme Kr.	Bezirkssumme h.	Kronenzusammen Kr.	Kronenzusammen h.
95	Wiesenberg	.	.	.	.	.		.
96	Znaim	.	.	.	.	.	.	.
97	Zwittau	.	.	.	.		133	21
	Niederösterreich							
	Wien:							
98	II. Bezirk	56·22	.	.	56	22	.	.
99	III. „	200·91	189·70	57·73	448	34	.	.
100	IV. „	18·37	18·97		37	34	.	.
101	V. „	200·35	186·17	154·04	540	56	.	.
102	VI. „	53·25	47·33	39·51	140	09	.	
103	VII. „	29·77	27·99	21·19	78	95	.	
104	VIII. „	10·47	8·88	9·—	28	35	.	.
105	IX. „	14·95	19·20	17·38	51	53		
106	X. „	510·61	462·70	358·33	1331	64		.
107	XI. „	119·40	107·44	98·99	325	83	.	.
108	XII. „	249·55	225·85	170·89	646	29	.	.
109	XIII. „	124·63	82·01		206	64	.	
110	XIV. „	181·89	168·88	143·33	494	10	.	.
111	XV. „	79·24	85·62	64·66	229	52	.	
112	XVI. „	715·40	713·88	453·43	1882	71	.	
113	XVII. „	251·87	222·65	158·39	632	91	.	
114	XVIII. „	50·78		.	50	78	.	.
115	XIX. „	30·—	.	.	30	—		
116	XX. „	139·78	133·50	70·55	343	83	.	
117	XXI. „	266·39	270·14	181·80	718	53		
118	Amstetten	15·26	13·99	10·13	39	38	.	.
119	Baden	.		.	.		.	
120	Gaming	13·15	12·30	.	25	45	.	
121	Gmünd	24·55	22·60	24·10	71	25	.	
122	Horn			.	.		.	.
123	Klosterneuburg	2·50	4·—		6	50		
124	Krems	5·02	1·70	1·32	8	04	.	.
125	Laa a. d. Thaya	.		.	.		.	.
126	Liesing	29·66	27·56	27·50	84	72	.	.
127	Lilienfeld	28·80	23·30	36·—	88	10		
128	Marchegg	7·—	3·18	3·20	13	38	.	
129	Mistelbach	9·24	6·66	3·06	18	96		.
130	Mödling	39·40	41·47	15·—	95	87	.	.
131	Neunkirchen	34·57	5·70		40	27		.
132	Oberhollabrunn		.	.	.	.		
133	Pottenstein	9·63	.		9	63		.
134	Purkersdorf		.	.	.	.		.
135	St. Pölten	37·—		.	37	—		.
136	Schwechat	13·04	10·63	.	23	67		
137	Stockerau	46·71	42·75	21·22	110	68		
138	Waidhofen a. d. Ybbs	14·28	15·42	.	29	70		.
139	Wiener-Neustadt	30·07	30·49	12·50	73	06		
140	Zistersdorf	.	.		.	.	9049	02
	Oberösterreich							
141	Braunau am Inn	9·84	8·44	7·62	25	90		
142	Enns*	.	.	.		.		

* Zahlt mit [illegible]

Nr.	Bezirksorganisation	1908		1909	Bezirkssumme		Kronlandssumme	
		1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Kr.	H.	Kr.	H.
139	Freistadt	.	.	.	.	.	.	.
140	Gmunden	.	.	.	.	.	.	.
141	Gmünd	.	.	.	.	.	.	.
142	Hainburg	.	.	.	.	.	.	.
143	Horn	400·88	400·88	.	801	76	.	.
144	Klosterneuburg	.	.	.	.	.	.	.
145	Krems	.	.	.	.	.	.	.
146	Linz	.	.	.	.	.	.	.
147	Melk	.	.	.	.	.	.	.
148	Mistelbach	.	.	.	.	.	.	.
149	Neunkirchen	.	.	.	.	.	.	.
150	Scheibbs	.	.	.	.	.	.	.
151	Schärding	.	.	.	.	.	.	.
152	Schwanenstadt	.	.	.	.	.	.	.
153	Steyr	.	.	.	.	.	.	.
154	Tulln	.	.	.	.	.	.	.
155	Urfahr	.	.	.	.	.	.	.
156	Waidhofen	.	.	.	.	.	.	.
157	Zell	.	.	.	.	.	.	.
158	Zwettl a. d. Enns	.	.	.	.	.	.	.
159	Windisch-Garsten	.	.	.	.	.	827	66
	Salzburg							
160	Hallein	77·05	39·56	.	116	11	.	.
161	Hallein (Land)	.	.	.	.	.	.	.
162	Salzburg	29·86	5·40	.	35	26	.	.
163	Oberndorf-Mattsee	4·54	3·—	.	7	54	.	.
164	Pinzgau	23·50	2·40	.	25	90	.	.
165	Pongau-Lungau	20·72	6·94	.	27	66	.	.
166	Salzburg (Stadt	24·90	17·32	.	42	22	255	19
	Schlesien							
167	Bielitz	8·18	9·40	.	17	58	.	.
168	Freiwaldau	4·58	7·82	4·79	17	19	.	.
169	Freudenthal	.	.	.	.	.	.	.
170	Jägerndorf	.	.	.	.	.	.	.
171	Odrau	49·54	48·98	26·48	125	—	.	.
172	Teschen	.	.	.	.	.	.	.
173	Troppau	14·19	21·08	12·24	47	51	207	28
	Steiermark							
174	Aussee	.	.	.	.	.	.	.
175	Bruck a. d. Mur	.	.	22·25	22	25	.	.
176	Cilli	3·60	5·70	4·70	14	—	.	.
177	Deutschlandsberg	34·79	33·71	32·14	100	64	.	.
178	Feldbach	8·33	10·05	3·33	21	71	.	.
179	Graz	230·76	186·18	96·41	513	35	.	.
180	Judenburg	14·26	10·33	1·49	26	08	.	.
181	Leibnitz	12·23	11·90	9·19	33	32	.	.
182	Leoben	51·30	41·63	44·27	137	20	.	.
183	Leibnitz a. d. Drau	54·72	59·02	51·—	164	74	.	.
184	Mürzzuschlag	5·42	8·58	4·30	18	30	.	.
185	Radkersburg	.	.	.	.	.	.	.
186	Voitsberg	6·76	8·61	1·84	17	21	.	.
187	Weiz	.	.	.	.	.	.	.
188	Windischgraz	.	.	.	.	.	1068	80

[illegible] ober-österreichischen Bezirke mit Ausnahme von Braunau.

Fortlaufende Nummer	Bezirksorganisation	1908		1909	Bezirkssumme		Kronlandssumme	
		1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	Kr.	H.	Kr.	H.
	Tirol							
189	Bozen	.	.	.	.	.	.	.
190	Hall	.	.	.	.	.	.	.
191	Innsbruck	7·—	.	.	7	—	.	.
192	Kitzbühel	2·—	5·20	—·84	8	04	.	.
193	Kufstein	.	.	.	.	.	.	.
194	Landeck	.	.	5·10	5	10	.	.
195	Lienz	3·50	3·50	12·88	19	88	.	.
196	Meran	.	.	.	.	.	.	.
197	Wörgl	.	7·01	.	7	01	47	03
	Vorarlberg							
198	Bludenz	.	.	.	.	.	.	.
199	Bregenz	32·81	9·94	8·56	51	31	.	.
200	Dornbirn	12·19	10·81	2·63	25	66	.	.
201	Feldkirch	5·80	13·53	5·85	25	18	102	15
	Summe . .	5710·92	4880·58	2972·51	13573	93	13573	93

Bericht des Frauenreichskomitees.

Noch keine Berichtsperiode war so reich an organisatorischen Erfolgen wie die diesmalige. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß die Frauenkonferenz, die im April 1908 stattgefunden hat, der österreichischen Arbeiterinnenbewegung erst eigentliches Leben gegeben hat. Im Bericht an den Parteitag in Wien 1907 verwiesen wir darauf, daß durch die Gründung freier politischer Frauenorganisationen die Organisierung der Arbeiterinnen in größerem Maßstabe versucht werden soll. Bis dorthin gab es kein festes Gebilde einer politischen Frauenorganisation. Es bestand zwar das Frauenreichskomitee, doch ohne die Mitteln, die erst eine Aktion ermöglichen können. Die Frauenkonferenz, die aus dem ganzen Reich beschickt war, selbst Tirol und Vorarlberg waren vertreten, akzeptierte die freien politischen Frauenorganisationen, und es wurde ein Organisationsstatut festgesetzt, nach welchem sie zu arbeiten haben.

Eine eifrige Tätigkeit begann allerorts; die Genossinnen waren mit dem festen Vorsatz heimgekehrt, das Beschlossene in Wirklichkeit umzusetzen. Landes- und Bezirkskonferenzen der Genossinnen sollten eine feste Grundlage für den Ausbau der politischen Frauenorganisation schaffen.

In Niederösterreich wurde über Antrag des Frauenreichskomitees die Frauenorganisation auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt, und es ist eine Tatsache, daß dies anregend und anspornend auch auf andere Landesorganisationen gewirkt hat. So haben sich schon der schlesische und der böhmische Landesparteitag mit der Frauenorganisation in eigenen Punkten beschäftigt, andere Landesparteitage haben zur politischen Organisierung der Frauen Stellung genommen und sie befürwortet. Die schlesische Landespartei veranlaßte im vorigen Jahre, daß neben dem Parteitag eine interne Frauenkonferenz tagte, die die Grundlage für die politische Frauenorganisation bildete. Und im August dieses Jahres wird eine für ganz Schlesien einberufene Frauenkonferenz tagen, zu dem Zwecke, überall eine einheitliche politische Frauenorganisation durchzuführen.

Für Deutschböhmen tagte im November 1908 eine Frauenkonferenz in Bodenbach, die sich des größten Erfolges erfreute und anfeuernd auf die Genossinnen Deutschböhmens wirkte. Dieser Landesfrauenkonferenz folgten Bezirkskonferenzen für Gablonz, Aussig, Bodenbach und eine für den Kreis Reichenberg. Die Einsetzung eines Frauenagitationskomitees für Böhmen hat sich bestens bewährt. Die Leiterin des Komitees hat Sitz und Stimme in der Landesvertretung.

Im Februar dieses Jahres tagte eine Landesfrauenkonferenz für Niederösterreich in Wien. Die Wahl einer Landesvertrauensperson erfolgte und ihr obliegt es, gemeinsam mit dem Frauenreichskomitee die Gründung von Frauenorganisationen zu fördern und für das Gedeihen des Bestehenden zu wirken. Eine Genossin ist Mitglied der Landesvertretung. Auch in Mähren besteht bereits eine Landesvertrauensperson für die Genossinnen, die im Landesausschuß Sitz und Stimme hat, und schon in den nächsten Wochen wird die erste mährische Landesfrauenkonferenz tagen.

Auch in Steiermark wurde der Anfang mit der politischen Frauenorganisation gemacht; ebenso hat Vorarlberg schon politische Frauenorganisationen.

In Tirol besteht ein Frauenbildungsverein, der ebenfalls unter Mitwirkung des Frauenreichskomitees gegründet wurde, besondere Förderung aber durch die Genossen erfährt. Als dieser Frauenbildungsverein gegründet wurde, existierte die freie politische Frauenorganisation noch nicht.

Auch in Oberösterreich konzentriert sich die Frauenorganisation in einem Arbeiterinnenbildungsverein, der schon auf eine fünfzehnjährige Wirksamkeit zurückblickt und bestrebt ist, sich in all seinen Tendenzen der politischen Frauenorganisation anzupassen.

Kärnten hat im laufenden Jahre die erste politische Frauenorganisation gegründet und es ist alle Aussicht, daß andere Gründungen bald folgen werden.

In Salzburg besorgt die Organisation der Heimarbeiterinnen auch die Aufgaben einer politischen Frauenorganisation, was auch für einige Orte Steiermarks und Niederösterreichs zutrifft.

Wenn uns auch nicht alles Erreichte befriedigt, so kann doch wohl mit Genugtuung betont werden, daß überall der Anfang gemacht ist und daß die politische Frauenorganisation sich zu entwickeln begonnen hat.

Großen Nachdruck möchten wir auf die Landes- und Bezirkskonferenzen legen. Wo solche stattgefunden haben, entwickelt sich die Organisation weit rascher und besser, besonder als dort, wo die Genossinnen jeden Ortes auf sich allein angewiesen sind.

Es empfiehlt sich, überall Zentralstellen zu schaffen, damit eine Genossin mit der Funktion betraut ist, überall zu raten und zu helfen. Bei dieser praktischen Tätigkeit ist auch die beste Gelegenheit, daß sich überall Genossinnen entwickeln, die befähigt sind, die agitatorische Arbeit zu leisten. Alle politischen Frauenorganisationen sind mit dem Frauenreichskomitee in Verbindung, sie berichten über ihre Mitgliederzahl und über ihre Tätigkeit und erhalten, wo es möglich und notwendig ist, Rat und Hilfe.

Neben der organisatorischen haben die Genossinnen selbstverständlich auch eine politische Tätigkeit entfaltet. Daß die Frauen in immer steigender Zahl am Platze sind, wenn es gilt, gegen Attentate auf die Rechte der Arbeiterklasse zu protestieren, ist unstreitig. Außerdem haben die Genossinnen selbst in großen öffentlichen Versammlungen Stellung genommen: zur Lebensmittelteuerung, zu den neuen Steuern, zur Einberufung der Reservisten und zu der Entziehung des Wöchnerinnenkrankengeldes durch die Landesausschüsse.

Frauenversammlungen bei Gemeinderats- und Landtagswahlen und Versammlungen zur Forderung politischer Rechte für Frauen wurden wiederholt veranstaltet. Auch wurde versucht, die Arbeiterinnen für die Teilnahme an den Wahlen zu den Krankenkassen zu interessieren. Doch wird es noch vieler Bemühungen bedürfen, bis wenigstens die schon gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen sich für die Wichtigkeit der Krankenkassen und ihre Verwaltung interessieren werden.

In Niederösterreich besteht außer den freien politischen Frauenorganisationen der Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen, der schon eine weit längere Wirksamkeit entfaltet und in vier Wiener Bezirken, dann in Schwechat und Stadlau Ortsgruppen hat.

In vier Bezirken Wiens bestehen freie politische Frauenorganisationen und in den anderen Bezirken erfüllen die Ortsgruppen der Heimarbeiterinnen auch die Aufgaben der politischen Frauenorganisation. In zwei Bezirken sind Ortsgruppen der Heimarbeiterinnen und die freie politische Frauenorganisation nebeneinander.

Der Stand der Frauenorganisation war mit Ende Juni dieses Jahres folgendermaßen:

			Mitgliederanzahl	Davon auch gewerkschaftlich organisiert
Böhmen	39	freie politische Frauenorganisationen	2426	253
Niederösterreich	15	„ „ „	1272	
„	6	Ortsgruppen des Vereines sozialdemokratischer Frauen und Mädchen	1154	385
Schlesien	5	freie politische Frauenorganisationen	355	176
Mähren	4	„ „ „	255	16
Steiermark	3	„ „ „	196	43
Vorarlberg	4	„ „ „	108	11
Kärnten	1	„ „ Frauenorganisation	53	47
Tirol	4	Ortsgruppen des Frauenvereines	349	11
Oberösterreich	7	Ortsgruppen des Arbeiterinnenbildungsvereines	244	3
Zusammen	88		6412	945

Der Zentralverein der Heimarbeiterinnen hat:

	Ortsgruppen und Zahlstellen	Mitgliederstand
Wien	10	593
Niederösterreich	4	251
Böhmen	1	35
Salzburg	5	242
Steiermark	12	399
Zusammen	32	1520

Ein besonderes Wort verdient die Art, mit der die Frauen ihre materiellen Verpflichtungen gegen die Partei erfüllen. Es ist selbstverständlich, daß die Frauen mit ihren niedrigen Löhnen weit weniger leistungsfähig sind als die Genossen.

Besonders schwierig ist aber dann die Beitragsleistung, wenn die Frau gar kein eigenes Einkommen hat, sondern ihre Beiträge auch vom Einkommen des Mannes bestreitet. Es wird hier leicht die Einwendung erhoben, daß diesen Genossen doppelte Verpflichtungen auferlegt werden, wenn aber der sehr wichtige Umstand in Betracht gezogen wird, daß die Frau, die an den Veranstaltungen der Frauenorganisation teilnimmt, zum Klassenbewußtsein erzogen und erst dadurch zur Gesinnungsgenossin des Mannes wird, so kann dieses Opfer leichten Herzens gebracht werden.

Schwierigkeiten ergeben sich aber selbstverständlich. So zahlen von den 88 Frauenorganisationen nur 62 Beiträge an die Reichs- oder an eine Landeszentrale und an Bezirksorganisationen. An das Frauenreichskomitee aber zahlen erst 32 Organisationen den Beitrag von 2 H. per Monat. Daraus erklärt sich auch, warum das Frauenreichskomitee über so wenig Geldmittel verfügt und immer in Angst und Sorge wegen eintretender und unvermeidlicher Agitationskosten ist.

Das Frauenreichskomitee hat nämlich außer den 2 H. von den Frauenorganisationen nur geringe Einnahmen angesichts der großen Aufgaben, die es zu erfüllen hat. Wohl hat die Parteivertretung, einem Ansuchen des Frauenreichskomitees entsprechend, die Subvention von 20 Kr. auf 50 Kr. erhöht, doch genügt das nicht, um die durch die Entwicklung der Organisation wachsenden Anforderungen befriedigen zu können.

Die Parteivertretung hat auch infolge eines Antrages des Frauenreichskomitees eine Genossin angestellt, der es obliegt, die administrativen Geschäfte der Frauenorganisation zu leiten und nicht minder eine reiche agitatorische Tätigkeit zu entfalten.

Einem Beschlusse der Frauenkonferenz nachkommend, ist das Frauenreichskomitee auch darangegangen, eine Frauenkorrespondenz für die Partei- und Gewerkschaftspresse hinauszugeben. Genossin Emmy Freundlich wurde mit der Redigierung der Korrespondenz betraut, die seit 1. Jänner d. J. 14tägig erscheint.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" erscheint seit 1. Jänner d. J. allmonatlich mit einer Kinderbeilage, die dazu dienen soll, die Kinder unserer Parteigenossen und Genossinnen von der vergiftenden Schundliteratur freizumachen.

Mit der Zunahme der Frauen in den Organisationen erfuhr auch die „Arbeiterinnen-Zeitung" eine stete Steigerung, da sie von allen Frauenorganisationen obligatorisch eingeführt ist. Sie wird jetzt in 16.000 Exemplaren verkauft.

Mit dem Kassenbericht wollen wir unsere Ausführungen schließen, indem wir noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß es bald gelingen möge, den Frauen das Recht zu erobern, politischen Vereinen angehören zu können. Nicht mit mehr Eifer, aber mit noch mehr Erfolg hoffen wir dann, für die sozialdemokratische Parteiorganisation tätig sein zu können.

Kassenbericht

Einnahmen **Ausgaben**

für die Zeit vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1909.

	Kronen			Kronen	
Beiträge à 2 H. . . .	820·18		Drucksorten	661·20	
Parteivertretung, Subvention	1010·—		Subventionen an Vertrauenspersonen . .	90·—	
Niederösterreichischer Landesausschuß, Subvention	180·—		Postporto	246·32	
Gewerkschaftskommission, Subvention	180·—		Kanzleierfordernisse .	48·08	
Heimarbeiterinnen, Zentrale	20·—		Broschüren	255·80	
Versammlungskosten .	352·10		Versammlungskosten .	1150·96	
Spende	—·80		Delegationskosten . .	426·80	
Postsparkasse	5·51		Postsparkasse	20·32	
Korrespondenz des Frauenreichskomitees	312·—		Korrespondenz des Frauenreichskomitees	164·50	
Diverses	106·10		Diverses	240·52	
Durchgangsposten . .	1875·20	5192·19	Durchgangsposten . .	1875·20	5179·70
Saldo am 1. Juli 1907		370·20	Saldo am 30. Juni 1909		382·69
Zusammen		5562·39	Zusammen .		5562·39

Für die Kontrolle:

Karl Hansky. Leopoldine Kadletz.

Im nachstehenden lassen wir die Spezialberichte der einzelnen Kreis- und Landesorganisationen folgen:

Böhmen.

Prag (Deutsche Sektion). Die deutsche Bevölkerung Prags gehört zum weitaus größten Teile der Bourgeoisie an. Die wenigen in Prag zerstreuten deutschen Arbeiter werden von unseren Genossen für die Prager Bezirksorganisation zu gewinnen gesucht. Die Prager Organisation umfaßt fünf lokale Gruppen mit insgesamt etwa 125 Mitgliedern. In der Berichtsperiode wurden 18 kleinere politische Versammlungen und 7 Volksversammlungen abgehalten. Eine selbständige politische Aktion zu entfalten, ist unseren Prager Genossen nicht möglich, sie müssen sich der tschechischen Parteiorganisation anschließen. Von der Verwirklichung des Tagblattprojektes erhoffen sich die deutschen Sozialdemokraten in Prag eine Befruchtung ihres Parteilebens.

Kreisorganisation Trautenau-Landskron. Der Agitationskreis umfaßt die Reichsratswahlkreise 95, 127, 128 und 129 und gliedert sich in die Bezirksorganisationen Trautenau, Braunau, Grulich und Landskron. Soweit Berichte der Vertrauensmänner an uns gelangt sind, gibt es in 29 Orten politische Lokalorganisationen mit 1066 Mitgliedern. In den Gewerkschaften sind an diesen Orten etwa 2100 Arbeiter, in Bildungs- und Geselligkeitsvereinen 200 Arbeiter organisiert. Der Parteibeitrag an die Lokalorganisationen wurde regelmäßig von 1038 Genossen entrichtet. Die Höhe des Beitrages in den sozialdemokratischen Vereinen ist an 14 Orten 20 H., in den anderen Orten 25 H. im Monat.

Die Versammlungstätigkeit war in den beiden letzten Jahren ziemlich rege. Es wurden 306 politische Vereinsversammlungen, 368 gewerkschaftliche und sonstige Versammlungen, 145 politische § 2- und Vertrauensmännerzusammenkünfte, 18 gewerkschaftliche § 2-Versammlungen und 59 Volksversammlungen abgehalten. Versammlungsverbote oder -Auflösungen kamen in der Berichtsperiode nicht vor.

Mit der Straßenorganisation ist es im Trautenau-Landskroner Kreis noch schlecht bestellt. In Trautenau ist eine Anzahl Hauskassiere bestellt, denen die organisatorische Tätigkeit obliegt. In Landskron und Braunau ist die Häuserorganisation teilweise durchgeführt, sonst mangelt sie indes fast allerorts.

Der verhältnismäßigen Schwäche der politischen Organisation entspricht es, daß auch die Wahlfonds in den einzelnen Orten nur geringfügige Summen enthalten. Von den Lokalorganisationen, für die ein Bericht vorliegt, weisen nur sieben das Vorhandensein eines Wahlfonds auf.

Das Kreisorgan „Trautenauer Echo" erscheint in einer Auflage von 3200 Exemplaren. Daß trotz der Krise diese Auflage behauptet werden konnte, ist ein Zeichen dafür, daß die Organisation innerlich gefestigt ist. Wir dürfen so die begründete Hoffnung hegen, daß nach der Krise auch nach außenhin größere Erfolge erzielt werden. Von der Gesamtauflage wird ungefähr die Hälfte im Trautenauer Bezirk allein abgesetzt. Konfisziert wurde das Blatt einmal, und zwar wegen des Abdruckes eines Artikels, der in der Teplitzer „Freiheit" anstandslos erschienen war. Preßprozesse mußten fünf geführt werden; vier von ihnen endigten mit der Verurteilung unserer Genossen, in einem Falle kam ein Ausgleich zustande.

Die Maifeier pflegt in diesem Agitationskreis nur zu einem geringen Teile durch Arbeitsruhe gefeiert zu werden. Dagegen werden am Abend des 1. Mai Volksversammlungen abgehalten, die die Bedeutung des Tages würdigen.

Alles in allem macht die politische sowie die gewerkschaftliche Organisation nur sehr langsam Fortschritte. Der Terrorismus der Unternehmer vereinigt sich mit dem der nationalistischen Hetzer, um die Aktion der klassenbewußten Arbeiterschaft niederzuschlagen. Die Löhne der Arbeiter sind niedrig, die Lebenshaltung ist gedrückt, der Indifferentismus noch weit verbreitet. Trotz alledem herrscht ein frischer Kampfesmut in den Reihen unserer Genossen.

Kreisorganisation Gablonz-Hohenelbe. Sie umfaßt die deutschböhmischen Wahlbezirke 77, 96, 104 und 130. Zur Kreisorganisation gehören die Bezirksorganisation Gablonz (22 Lokalorganisationen), Bezirksorganisation Tannwald (13 Lokalorganisationen), Bezirksorganisation Rochlitz (3 Lokalorganisationen), Bezirksorganisation Arnau (3 Lokalorganisationen) und Hohenelbe mit 5 Lokalorganisationen. Am 19. November 1907 fand in Ober-Altstadt eine Kreiskonferenz statt, wo die Bezirksorganisationen Trautenau, Braunau, Grulich und Landskron vom Agitationsbezirk Gablonz losgelöst und in Trautenau eine eigene Kreisorganisation konstituiert wurde. Die Häuser- und Straßenorganisation, welche vor den letzten Reichsratswahlen zum Teil durchgeführt wurde, hat sich sehr gut bewährt. Seit 1. Jänner 1908 werden 20 H. an Parteibeitrag eingehoben. Durch die Erhöhung der Beiträge von 12 auf 20 H. sind keine Mitglieder verloren gegangen. Die Zahl der Partei-

steuer zahlenden Genossen beträgt gegenwärtig 1580. Eine größere Anzahl Arbeiter ist in sozialdemokratischen Bildungs- und Geselligkeitsvereinen organisiert. Infolge der wirtschaftlichen Krise, welche in der hiesigen Glasindustrie im Mai 1907 einsetzte, ist ein Rückgang in der gewerkschaftlichen Organisation zu verzeichnen. Speziell in der Serviettenringindustrie wirkte die Krise geradezu verheerend. Vom Mai 1907 bis Juni 1908 mußte in dieser Branche wegen Arbeitsmangel an 160 Tagen gefeiert werden.

In der Berichtszeit wurden 250 politische Vereins-, 500 gewerkschaftliche, 450 § 2- und zirka 100 Volksversammlungen abgehalten. Außerdem haben die beiden Abgeordneten Genossen Barth und Bösmüller in einer Reihe von Versammlungen im Stadt- und Landbezirk über die parlamentarische Tätigkeit Bericht erstattet. Drei Versammlungen wurden von dem Gablonzer unparteiischen Amtsleiter verboten, weil gegen die nationalen Hetzereien gesprochen werden sollte, eine Versammlung wurde infolge des Krawallierens der Nationalen aufgelöst. Flugblätter verschiedener Art wurden im Agitationsgebiet 60.000 verbreitet.

In der Berichtsperiode hatten wir Wahlen in den Landtag und die Delegiertenwahlen für die Bezirkskrankenkasse Gablonz durchzuführen. Bei der Landtagswahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat im Landgemeindenbezirk 1015 und im Stadtbezirk 220 Stimmen. Trotzdem die Völkischen mit Hochdruck arbeiteten, errangen wir bei den Wahlen in die Bezirkskasse einen glänzenden Erfolg. Während auf die sozialdemokratische Liste 1444 Stimmen entfielen, brachten es die Nationalen nur auf 250 Stimmen.

Die wirtschaftliche Krise brachte es auch mit sich, daß in der Erscheinungsweise des Kreisorgans „Der Gebirgsbote" eine Aenderung eintreten mußte, dieser erscheint seit 1. Jänner 1909 nur mehr zweimal wöchentlich. Das Blatt hat eine Auflage von 2250 Exemplaren am Dienstag und 3250 am Freitag. Konfiskationen kamen in der Berichtsperiode fünf vor, acht Verurteilungen in Preßprozessen brachten Geldstrafen von insgesamt 100 Kr. Seit Jahresfrist erscheint in Gablonz auch „Der Landbote", Organ der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, in einer Auflage von 2000 Exemplaren. Der Verband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter macht recht erfreuliche Fortschritte.

Die Maifeier ist im Gablonz-Tannwalder Bezirk glänzend verlaufen. Mit Ausnahme der Tertilarbeiter feierte beinahe alles. Durchgehends gut besuchte Maiversammlungen fanden statt in Gablonz, Tannwald, Neuwelt und Hohenelbe.

Wegen Uebertretung des § 23 haben wir sieben Verurteilungen zu insgesamt 50 Kr. Geldstrafe zu verzeichnen.

Sozialdemokratische Gemeindevertreter haben wir, soweit Berichte vorliegen, in 12 Ortschaften 44.

Lohnbewegungen haben durchgeführt: die Tertilarbeiter in Rochlitz, Sahlenbach und Unter-Morchenstern mit teilweisem Erfolg, die Waldarbeiter in Josefsthal und Harrachsdorf mit vollem Erfolg, die Einbinderinnen in Neuwelt ebenfalls mit vollem Erfolg.

Im besonderen sei bemerkt, daß die politische Organisation auf dem Wahlverein aufgebaut ist, welche Organisationsform sich ganz gut bewährt. Zur Hebung der politischen Organisation werden wir in der nächsten Zeit einen roten Sonntag veranstalten und hoffen dadurch einen nennenswerten Erfolg zu erzielen.

Kreisorganisation Reichenberg. Die Reichenberger Kreisorganisation umfaßt seit 1. April d. J. die Gerichtsbezirke Reichenberg, Kratzau, Friedland, Deutsch-Gabel, Zwickau und Niemes.

Die Zahl der Lokalorganisationen ist in den letzten zwei Jahren bis auf 105 gestiegen, denen zusammen 4112 Genossen und Genossinnen angehören. Trotz Sommer haben insbesondere die Frauensektionen an Mitgliedern gewonnen, die aber in die angeführte Zahl noch nicht einbezogen sind.

Sozialdemokratische Vereine, wie Gewerkschaften, Turnvereine, Gesangvereine und andere, bestehen im Kreisgebiet über 200 mit rund 13.000 Mitgliedern. Es ist also nicht einmal der dritte Teil der Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine politisch organisiert, ein Zustand, der die Kreisleitung im kommenden Jahre veranlassen wird, außergewöhnliche Anstrengungen zu machen, um ihn zu bessern.

Welch rege Tätigkeit im ganzen Kreise herrschte, davon geben die vielen Versammlungen Zeugnis, die seit 1907 abgehalten worden sind. Es dürften stattgefunden haben: 1800 § 2 Versammlungen und Vertrauensmännersitzungen, 210 Volksversammlungen und gegen 2000 gewerkschaftliche Vereinsversammlungen.

In 18 Gemeinden ist unsere Partei im Gemeindeausschuß vertreten mit insgesamt 178 Vertretern. In 8 Gemeinden haben Parteigenossen Gemeinderatsstellen inne und in 4 Gemeinden sind Parteigenossen Gemeindevor-

steher. In 28 Gemeinden beteiligten sich die Genossen an den Neuwahlen in die Gemeindevertretung, davon 18mal mit vollem Erfolg, dreimal gelang es nur einen Teil der Kandidaten durchzubringen und in sieben Fällen blieben unsere Genossen in der Minderheit.

Im Februar 1908 fanden die Wahlen in den böhmischen Landtag statt, an denen sich die Partei gleichfalls beteiligte, doch ohne große Anstrengungen zu machen. Trotzdem erzielten wir im Reichenberger Landgemeindenbezirk 1015 Stimmen und in dem zumeist agrarischen Wahlbezirk Deutsch-Gabel 470 Stimmen. Auch in den übrigen Bezirken wurden ansehnliche Stimmenzahlen erreicht.

Im Herbst 1908 setzte die Arbeiterschaft von ganz Böhmen mit erneuter Kraft den Kampf um das Landtagswahlrecht fort. Nach zwei Versammlungen in Reichenberg kam es zu Straßendemonstrationen, die beidemal zu Konflikten mit der städtischen Polizei führten und ein gerichtliches Nachspiel zur Folge hatten. Während überall in Deutschböhmen die Behörden die Arbeiter ruhig demonstrieren ließen, setzte sich's die Reichenberger Polizeibehörde in den Kopf, den Arbeitern die Straße zu verweigern. Gegen eine ganze Reihe führender Genossen, die bei den Demonstrationen beteiligt waren, wurde die Anklage wegen Auflauf, ja gegen mehrere sogar wegen öffentlicher Gewalttätigkeit erhoben. Verurteilt wurden neun Genossen zu insgesamt 102 Tagen einfachen und strengen Arrests wegen Vergehen des Auflaufes, Nichtfolgeleistung und Einmengung in eine Amtshandlung. Wegen Uebertretung des § 23 P.-G. hatten sich in den letzten zwei Jahren 44 Genossen vor Gericht zu verantworten, von denen 34 zu insgesamt 200 Kr. Geldstrafe verurteilt wurden. 10 sind freigesprochen worden. Außerdem sind noch einige Verurteilungen wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes erfolgt.

Lohnbewegungen von größerer Bedeutung gab es in den Berichtsjahren keine; zumeist umfaßten sie nur eine kleine Anzahl von Arbeitern. In zwei Betrieben kam es zur Aussperrung wegen eingetretener Lohndifferenzen. Ein größerer Streik der Gummibandweber, der zurzeit noch andauert, ist in Grottau ausgebrochen. Mehrere kleine Konflikte endeten für die Arbeiter mit einem vollen Erfolg.

Wie alle Jahre, so wurde auch heuer der 1. Mai nicht allgemein durch Arbeitsruhe gefeiert. In Reichenberg ruhte die Arbeit im Baugewerbe, in der Holzindustrie, bei einem Teil der kleingewerblichen Arbeiter, in den sozialdemokratischen Betrieben und in drei Textilfabriken der Umgebung.

Im September 1908 führte unsere Partei eine große Aktion für die Presse durch, bei der es gelang, 2000 neue Abnehmer für den „Freigeist" zu gewinnen. Davon ist nur ein kleiner Teil wieder verloren gegangen. Gegenwärtig beträgt die Auflage unseres Parteiblattes an Dienstagen 4800 und an Freitagen 5400. Eine neuerliche Aktion ist für den nächsten Herbst geplant.

Kreisorganisation Warnsdorf. Der IV. Kreis Warnsdorf schließt die Wahlbezirke Warnsdorf, Rumburg, Schluckenau in sich. Die Grundlage der politischen Organisation des Kreises bilden nunmehr ausnahmslos die politischen und Wahlvereine. Die lose Organisation ist gänzlich verschwunden. In jedem der drei zum Kreise gehörigen Wahlbezirke besteht ein Wahlverein, der seine Tätigkeit über den ganzen Bezirk erstreckt. Einheitlich und zentralistisch wie die Organisationsform ist auch die Beitragsleistung.

Der wirtschaftlich-politische Verein „Zukunft" in Warnsdorf zählt 600, der Wahlverein Rumburg 550, der Wahlverein Schluckenau 607 Mitglieder, zusammen 1757. Außerdem besteht in Warnsdorf noch eine lose Organisation der tschechischen Genossen.

Die Straßenorganisation ist teilweise durchgeführt.

Die Beiträge in den politischen Organisationen betragen 20 H. per Mitglied und Monat.

Politische Vereinsversammlungen wurden 154 abgehalten, § 2-Versammlungen und Vertrauensmännersitzungen der politischen Partei fanden 364 statt. Volksversammlungen tagten 75. Eine wurde verboten und eine aufgelöst.

Der 1. Mai wurde hauptsächlich durch Versammlungen, Unterhaltungen und Fackelzüge in den Abendstunden gefeiert. Diese Art der Feier wird aber in jedem, auch dem kleinsten Orte gepflegt. Die Feier durch Arbeitsruhe beschränkt sich infolge der brutalen Maßregeln der Unternehmer leider nur auf einzelne Genossen. In Rumburg belief sich die Zahl der Feiernden auf 300.

Fälle von politischen Verfolgungen sind 19 zu verzeichnen. Davon waren 16 Genossen wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes angeklagt; 11 von ihnen wurden verurteilt. Auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes und § 3 des Koalitionsgesetzes erfolgten zwei Anklagen. In einem Falle ist das Delikt unbekannt. Das Strafausmaß für die Verurteilten beträgt 127 Kr. Geldstrafe und sieben Tage Arrest.

An den Landtagswahlen beteiligten sich nur einzelne Orte, unter anderen Schönlinde, welches für den Parteikandidaten 190 Stimmen aufbrachte. Im Warnsdorfer Bezirk wurden für den sozialdemokratischen Kandidaten 156 Stimmen abgegeben. Aus einigen anderen Orten fehlt die Angabe der Stimmenzahl, doch ist sie unbedeutend. In drei Orten des Rumburger Bezirkes sitzen derzeit 17 und in zwei Orten des Schluckenauer Bezirkes drei Genossen in der Gemeindestube. Zusammen 20. Hiervon sind 19 aus dem III. und ein Genosse aus dem II. Wahlkörper gewählt.

Der Kreis gibt in Warnsdorf unter dem Titel „Nordböhmische Volksstimme" ein politisches Blatt heraus, welches zweimal wöchentlich in einer Auflage von 2500 Exemplaren erscheint. Das Blatt erlitt in der Berichtsperiode eine Konfiskation und mußte zwei Preßprozesse durchführen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen zählen im Kreisgebiet 1300 Mitglieder. Sie erledigten ihre Geschäfte in 737 Vereins- und § 2-Versammlungen.

Lohnbewegungen fanden 17 statt, davon neun mit Streiks, welche in zwei Fällen mit vollem, in sechs Fällen mit teilweisem und in einem Falle ohne Erfolg endeten. In acht Fällen wurden die Lohnbewegungen im Wege der Vereinbarung ohne Streik beigelegt.

Ein über eine Brauerei wegen Maßregelung organisierter Arbeiter verhängter Boykott erwies sich als unwirksam und mußte bedingungslos aufgegeben werden.

Die Jugendorganisationen, deren Entstehen erst in die jüngste Zeit fällt, zählen zirka 300 Mitglieder.

Bemerkenswert ist noch, daß im August 1908 in Warnsdorf ein Gewerkschaftssekretariat errichtet wurde, das seine Tätigkeit über das ganze Kreisgebiet erstreckt.

Kreisorganisation Bodenbach-Tetschen-Böhmisch-Leipa. Auf dem Parteitage der Deutschen Sozialdemokratie in Böhmen am 31. Jänner 1909 wurde beschlossen, den Wahlbezirk 108, Tetschen Land, von dem V. Kreise, Aussig, und den Wahlbezirk 106, Leipa Land, von dem III. Kreise, Reichenberg, loszulösen und diese beiden Wahlbezirke mit Einschluß der in denselben liegenden Städte zu einem selbständigen Kreis zu verschmelzen, welcher dann als V. Kreis, Tetschen-Bodenbach-Böhmisch-Leipa, in die Landesorganisation der deutschen Sozialdemokratie in diesen eingereiht worden ist.

Das bis dahin in Böhmisch-Leipa herausgegebene Parteiorgan „Nordböhmischer Volksbote" wurde am 1. April 1909 an den Sitz des Kreises, Bodenbach, verlegt. Dadurch erhöhte sich die Auflage desselben von 2700 Nummern auf 5800 Nummern am Dienstag und von 3300 Nummern auf 7200 Nummern am Freitag.

Als Aequivalent für den Entgang des „Volksboten" sollte in Böhmisch-Leipa über Beschluß des Landesparteitages ein Parteisekretariat errichtet werden. Eine sofortige Durchführung dieses Beschlusses war deshalb unmöglich, weil die Geldmittel des neuen Kreises gleich Null waren und erst nach längeren Verhandlungen gelang es, eine Einigung zu erzielen, nach welcher das seit dem Jahre 1898 in Bodenbach bestehende Parteisekretariat vorläufig aufgelassen und jenes in Leipa am 1. August 1909 errichtet werden soll.

Im Bezirke Tetschen-Bodenbach sind gegen 5000, in Bensen 1350 Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften. Die stärksten Organisationen sind jene der Eisenbahner, Maurer und Textilarbeiter.

In den anderen Bezirken sind die Gewerkschaftsorganisationen schwächer, nur die Eisenbahner in Leipa und die Glasarbeiter des Tannwalder Verbandes repräsentieren noch eine stattliche Anzahl Mitglieder.

Soweit die ausgesendeten Fragebogen ausgefüllt eingelangt sind, ergab sich aus ihnen, daß in 73 Lokalorganisationen des Kreises 4479 Arbeiter politisch organisiert sind. Die Versammlungstätigkeit erstreckte sich auf die Abhaltung von 249 politischen Vereinsversammlungen, 665 Gewerkschafts- und sonstigen Versammlungen, 1110 politischen § 2-Versammlungen und Vertrauensmännersitzungen, 113 gewerkschaftlichen § 2-Versammlungen und 105 Volksversammlungen.

Die Hauptmacht des V. Kreises ist auf die Bezirke Tetschen und Bensen basiert. In den anderen Bezirken sind die Organisationen noch schwach und infolge der Krise in der Glasindustrie sind in den betreffenden Orten nicht nur die Mitglieder von der politischen Organisation abgefallen, sondern es werden auch von den vorhandenen Mitgliedern die Beiträge unregelmäßig, zum Teil gar nicht gezahlt.

In den Bezirken Tetschen und Bensen wurde im heurigen Frühjahr zur Unterstützung der notleidenden Glasarbeiter eine Subskription veranstaltet, wodurch gegen 2000 Kronen aufgebracht worden sind, welche dem Steinschönauer Glasarbeiterverband übermittelt wurden.

An Beiträgen entrichteten die Mitglieder im 108. Wahlkreise bisher 20 H. jene im 106. Wahlkreise 25 H. monatlich.

Bei der 1. Kreiskonferenz am 7. März 1909 in Bodenbach wurde ein einheitliches Statut beraten und beschlossen, daß vom 1. Juli 1909 ab jedes Mitglied per Monat 25 H. zu zahlen hat.

Von einem zur Verfügung stehenden Wahlfonds läßt sich nach den hierüber eingelaufenen Berichten kaum sprechen.

Politische Verfolgungen kamen in der Berichtsperiode in keinem nennenswerten Ausmaße vor, auch Versammlungsverbote hatten wir nicht zu verzeichnen.

Kreisorganisation Aussig. Der VI. böhmische Agitationskreis umfaßt die Reichsratswahlbezirke 80, 81, 107 und 109. Nach den Berichten unserer Vertrauensmänner zählt die Stadt Aussig 685, der Bezirk Aussig Land 2000, der Bezirk Leitmeritz 448 politisch Organisierte. Die Zahl der Lokalorganisationen ist 62. — Der Aussiger Kreis ist einer der wenigen, in denen zwischen der Zahl der politisch und der der gewerkschaftlich Organisierten kein allzu großes Mißverhältnis besteht. Den 3100 politisch Organisierten stehen 3800 Mitglieder der Gewerkschaften gegenüber.

Der Mitgliedsbeitrag der Mehrzahl der Lokalorganisationen beträgt 20 H., im Bezirke Aussig Land ist aber bereits der Monatsbeitrag von 30 H. nicht selten.

Die Versammlungstätigkeit erstreckte sich auf 185 politische Vereinsversammlungen, 870 gewerkschaftliche und sonstige Versammlungen, 774 politische § 2-Versammlungen, 126 gewerkschaftliche § 2-Versammlungen und 37 Volksversammlungen. Von vorgekommenen Versammlungsverboten oder Auflösungen wurde uns nichts berichtet.

Die Straßenorganisation ist in der Stadt Aussig in 7 von 12 Sektionen, im Bezirk Aussig Land in 24 von 50 Lokalorganisationen durchgeführt. In der Stadt Leitmeritz ist die Straßenorganisation in zwei Sektionen vollendet, in einigen anderen bereits in Angriff genommen.

Das Kreisorgan „Volksrecht" erscheint dreimal wöchentlich. Die Auflage beträgt 2900, 3200 und 5200 Exemplare. Durch die Schaffung des V. böhmischen Agitationskreises verlor das „Volksrecht" seinen Absatz im Bezirke Tetschen-Bodenbach, der diesem Kreise angegliedert wurde. — Viermal wurde das Kreisorgan konfisziert, zwei Preßprozesse mußten durchgeführt werden.

Die Maifeier pflegt im Aussiger Kreis in den bedeutenderen Industrieorten durch Arbeitsruhe gefeiert zu werden. Außerdem finden zahlreiche Versammlungen und auch kleinere Feste, Abendunterhaltungen und dergleichen zur Feier des Tages statt.

Der Bezirk Aussig gehört zu den handels- und industriereichsten Böhmens. Alte, kampferprobte Organisationen der Arbeiter haben in ihm seinen Sitz. Die wirtschaftliche Krise hat in der Berichtsperiode wohl einen größeren Aufschwung der Arbeiterbewegung hintangehalten, aber es ist kein Zweifel, daß nach der Krise wieder im raschen Tempo vorwärtsgeschritten werden wird.

Die Kreisorganisation Teplitz-Saaz besteht aus zehn Bezirksorganisationen, und zwar Teplitz, Dux-Bilin, Brüx, Oberleutensdorf, Görkau, Komotau, Kaaden, Saaz, Podersam und Ludit. Das Kreisgebiet umfaßt derzeit 136 Lokalorganisationen, gegen den Stand im Jahre 1907 um 57 mehr. Sie verteilen sich auf die einzelnen Bezirke wie folgt: Teplitz 32, Dux-Bilin 22, Brüx 5, Oberleutensdorf 13, Görkau 11, Komotau 12, Kaaden 12, Saaz 14, Podersam 8 und Ludit 7. Die Kreisvertretung hat ihren Sitz in Teplitz und besteht aus acht Genossen. Die regelmäßig jedes Vierteljahr abgehaltenen Bezirkskonferenzen wurden sämtliche mit Delegierten der Kreisvertretung beschickt. An 302 Veranstaltungen (Volks-, Partei-, Lokalorganisationsversammlungen, Konferenzen und Sitzungen) hat je ein Delegierter der Kreisvertretung teilgenommen; also durchschnittlich im Monat 16 Beschickungen. Es wurden ferner abgehalten 1 Kreiskonferenz, 4 um die Bezirksvertrauensmänner erweiterte und 16 gewöhnliche Sitzungen der Kreisvertretung.

Die Zahl jener Parteigenossen, die regelmäßig und pünktlich ihre Parteibeiträge leisten, betrug am 30. Juni 1909 4208, gegen den Beginn der Berichtsperiode ein Plus von 1451. Was die Kreisvertretung auf den Gebieten der Agitation und Organisation geleistet hat, kann auch beiläufig durch die Tatsache angedeutet werden, daß dafür in der Berichtsperiode Kr. 3343·98 ausgegeben wurden. Eine mühelose Einnahme erwächst der Kreiskasse aus dem Vertrieb der „Freiheits"-Zündhölzchen, für die seit ihrer Einführung in neun Monaten 332 Kr. eingelaufen sind.

Der Parteibeitrag beträgt im ganzen Gebiete mindestens 25 H. monatlich; einige Bezirke heben noch separat 5 H. Wahlfonds ein. Die 25 H. verteilen sich folgendermaßen: 6 H. Lokal-, 9 H. Bezirks-, 5½ H. Kreis-, 2½ H. Landes- und 2 H. Reichsorganisation.

Die Parteiorganisation ist aufgebaut auf dem System der politischen Vereine; jede Bezirksorganisation bildet einen politischen Verein. Männer unter 24 Jahren und Ausländer sind „Förderer". Die Vorstände der politischen Vereine bilden zugleich die Bezirksvertretung. In jenen Orten, wo die Lokalorganisationen tadellos funktionieren, ist auch das Straßenvertrauensmännersystem im Gange, ebenso werden dort auch die Reichsratswählerlisten in Evidenz geführt.

Die freie politische Frauenorganisation hat besonders in den letzten Monaten einen schönen Aufschwung genommen. Es existieren derzeit in 15 Orten Frauenorganisationen mit zusammen 1000 Mitgliedern. Zwischen der Frauen- und der allgemeinen Parteiorganisation herrscht nach strikter Durchführung der bezüglichen Beschlüsse des letzten Landesparteitages in Prag engste Verbindung und Fühlungnahme. Dasselbe gilt von der Jugendorganisation, die im Kreisgebiete in 16 Orten 550 Mitglieder zählt.

In 14 Gemeinden sind sozialdemokratische Gemeindevertreter. Im allgemeinen beginnen sich die Gemeindewahlkämpfe schwieriger zu gestalten. Die politischen Gegensätze werden schärfer, die besitzenden Klassen machen von ihren Machtmitteln skrupellos Gebrauch, der Vollmachtenschwindel gedeiht, kurz, auf diesem Gebiete wird uns auch die nächste Zukunft keine besseren Resultate bringen. Die Parteiorganisation beteiligte sich auch an Wahlen für die Delegierten der Bezirkskrankenkassen, die derzeit noch in den Händen der Gegner sind, in Postelberg, Görkau und Ludiz; jedoch ohne Erfolg.

Die Maifeier verlief im Jahre 1908 glänzend, noch großartiger im Jahre 1909. Im ganzen Gebiete war fast vollständige Arbeitsruhe. Sämtliche Bergarbeiter feiern alljährlich den 1. Mai. In Teplitz hatte die Ankündigung von Gegenkundgebungen der Deutschnationalen eine ganz besonders starke Beteiligung der Arbeiterschaft am Festzuge (etwa 12.000 Personen) zur Folge. Er verlief würdig ohne jeden Zwischenfall.

Das Kreisorgan, die „Freiheit" in Teplitz, erscheint dreimal wöchentlich und hatte am Beginn der Berichtsperiode durchschnittlich eine Auflage von 3500 Exemplaren. Im März 1908 wurde eine intensive Aktion zur Werbung von Lesern unternommen, die uns 1450 neue Abnehmer brachte. Gegenwärtig beträgt die Auflage durchschnittlich 4300 Exemplare. Durch den schweren Druck der wirtschaftlichen Krise ist ein Teil der durch die Aktion gewonnenen Abnehmer wieder verloren gegangen. Unsere Gegner wüten mit fanatischem Haß gegen unsere Parteipresse, was sich insbesondere in einer Anzahl von Preßprozessen ausdrückt. Es wurden für Strafen, Gerichts- und Vertretungskosten zusammen Kr. 1780·36 bezahlt. Zehn Fälle liegen noch unentschieden bei der Berufungsinstanz. — In Saaz erscheint einmal wöchentlich die „Nordwestböhmische Volkszeitung"; bis Juli 1909 war es Kopfblatt der „Freiheit", ab diesem Zeitpunkt ist es ein solches des „Volkswille" in Karlsbad. Im Kreisgebiete wurden 1500 Kr. für ein gemeinsames Tagblatt in Böhmen aufgebracht, die bar zur Disposition stehen.

Als nach der Schließung des böhmischen Landtages im Oktober 1908 die deutschnationalen Hanswürste als „Rache für Prag" ebenfalls Pöbelexzesse inszenierten, kam es in Teplitz am 18. Oktober nach unserer Demonstration für die Erweiterung des Landtagswahlrechtes zu einem regelrechten Straßenkampf zwischen den Sozialdemokraten und Deutschnationalen. Es gab auf beiden Seiten zahlreiche Verwundete. In den folgenden Tagen fanden dann wiederholt kleine Plänkeleien statt. Auch in anderen Städten kam es zu unbedeutenden Zusammenstößen. — Bei den Landtagswahlen im Jahre 1908 wurden im Kreisgebiete 2000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. — Gelegentlich des Streiks der Brauereiarbeiter im Sommer 1908 wurde ein Bierboykott, leider mit geringem Erfolg, organisiert.

An sonstigen Arbeitervereinen wären zu verzeichnen: Etwa 20 Arbeiter-Turnvereine mit zirka 1200 Mitgliedern, 22 Arbeiter-Gesangvereine mit beiläufig 500 Mitgliedern und 16 Bildungsvereine mit 800 Mitgliedern.

Kreisorganisation Karlsbad-Eger. Der westböhmische Agitationsbezirk, mit dem Sitze in Karlsbad, umfaßt die Bezirkshauptmannschaften Asch, Bischofteinitz, Eger, Falkenau, Graslitz, Joachimsthal, Karlsbad, Marienbad, Plan, Tachau und Tepl mit Teilen aus den angrenzenden politischen Bezirken Kaaden, Komotau, Ludiz und Taus und ist auf die Reichsratswahlbezirke 88, 89, 90, 91, 92, 93, 97, 115, 116, 117, 118, 119, 121, 122 und 123 aufgeteilt.

Das ganze westliche Böhmen wird fast durchwegs von Karlsbad, dem Sitze der Kreisvertretung, agitatorisch bearbeitet. Der rührigen Tätigkeit ist es auch zu verdanken, daß trotz der in den letzten Jahren herrschenden wirtschaftlichen Krise ein Rückgang in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen nicht zu verzeichnen ist. Allerdings konnte trotz der großen Anstrengungen auch ein Fortschritt nicht ge-

macht werden, weil die Unternehmer gerade diese Krise für sich auszunützen verstehen und mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln gearbeitet haben und noch arbeiten, die Arbeiter in die gelben Organisationen zu zwingen.

Von den ausgesandten 300 Fragebogen sind 142 beantwortet worden. Nach diesen bestehen im Agitationsbezirk 124 Lokalorganisationen mit 6367 zahlenden Mitgliedern, wobei bemerkt wird, daß nur die regelmäßig Zahlenden gezählt wurden. Die Parteisteuer ist einheitlich eingeführt, die Organisation ist nach dem Beschlusse des letzten Parteitages in ganz Westböhmen auf politischen Vereinen basiert und die Beitragsleistung auf 20 H. monatlich festgesetzt worden. Von diesem Betrage werden 2 H. an die Parteileitung nach Wien, 2 H. an die Landespartei der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen nach Teplitz, 6 H. an die Kreis-, 6 H. an die Bezirksvertretung abgeführt, so daß der Lokale noch 4 H. von jedem Beitrag verbleiben. Die Kosten der Agitation werden zum Teil von der Kreis-, zum Teil von der Bezirksvertretung bestritten.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist in 59 Orten vollständig durchgeführt und mit den notwendigen Vertrauenspersonen bestellt; in 21 Orten nur zum Teil und in einigen Orten ist die Durchführung im Zuge.

In den gewerkschaftlichen Organisationen wurden nach den eingesandten und ausgefüllten Fragebogen 15.560 männliche und 1377 weibliche, somit zusammen 16.837 Mitglieder gezählt, so daß nach dem Ausweise des letzten Parteitages ein Verlust an Mitgliedern nicht zu verzeichnen wäre. Einen wesentlichen Fortschritt hat die Jugendorganisation gemacht, welche fast in allen Orten des Agitationsbezirkes Einzug hielt.

An Versammlungen wurden in der Berichtsperiode abgehalten:

	1907 bis 1908	1905 bis 1906
Volksversammlungen	397	235
Politische Vereinsversammlungen . . .	830	234
§ 2-Versammlungen und Sitzungen . .	2456	939
Gewerkschaftliche	2286	1128
Der Jugendlichen	260	—
Zusammen . .	6229	2536

Zu diesen Versammlungen wurden zum großen Teil Referenten von der Kreisvertretung gestellt. Verboten wurden 9 und aufgelöst 4 Versammlungen, wobei bemerkt werden muß, daß jene Versammlungen, welche während der Aussperrungen und Arbeitseinstellungen (Streiks) abgehalten wurden, nicht mit inbegriffen sind.

Ein Wahlfonds besteht nur in einigen Orten und da nur ganz minimal, so daß eine Verzeichnung sich nicht lohnt.

Lohnbewegungen kamen in der Berichtsperiode 16 vor, wovon 9 mit vollem, 4 mit teilweisem und 3 ohne jeden Erfolg ausfielen. Streiks wurden 19 gezählt, an welchen 4134 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. 10 Streiks wurden mit vollem, 5 mit teilweisem und 4 ohne jeden Erfolg für die Beteiligten beendet. Aussperrungen kamen 5 vor, an denen 541 Personen beteiligt waren, wovon 2 mit Erfolg für die Arbeiter endeten, während 3 zum Nachteile der Arbeiter verliefen.

Auch an politischen Verfolgungen hatte der Agitationsbezirk viel zu leiden; nicht selten wurde die Wahrnehmung gemacht, daß Anklagen durch die Aufsichtsbehörden und die Gendarmen in der leichtfertigsten Weise gemacht wurden. Es wurden 81 Anklagen erstattet; 23 Angeklagte wurden freigesprochen und 58 verurteilt. Das Strafausmaß beträgt 790 Tage Arrest, darunter 360 Tage Kerker und 245 Kr. Geldstrafe. Wegen des § 23 P.-G. wurden 29 Genossen angeklagt, welche 5 Tage Arrest und 118 Kr. Geldstrafe erhielten. Ferner fand in der Berichtsperiode der große Schwurgerichtsprozeß des Redakteurs des „Volkswille", Genossen Hillebrand, gegen Simon Starck seinen Abschluß. Eine Reihe von Anklagen, die aus dem Bauarbeiterstreik in Karlsbad und dem Instrumentenmacherstreik in Graslitz herrühren, sind noch nicht zu Ende geführt, darunter auch die der Reichsratsabgeordneten Dötsch und Löw.

Als Kreisorgan wird im Agitationsbezirke der „Volkswille" herausgegeben, der in einer Auflage von 8500 Exemplaren wöchentlich zweimal erscheint. In Fischern erscheint noch das Fachblatt des Verbandes der Porzellanarbeiter in einer Stärke von 5000 Exemplaren wöchentlich einmal.

Der Erfolg bei der Landtagswahl war kein allzu großer. Auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfielen 2671 Stimmen, davon fast die Hälfte (1300) auf den Wahlbezirk Karlsbad-Petschau-Elbogen. Auch an den Gemeindewahlen hat sich die Partei, zum Teil mit Erfolg, beteiligt. Sie ist in 61 Orten mit 201 Ausschußmitgliedern vertreten, von denen 170 auf den III., 25 auf den II. und 6 auf den

I. Wahlkörper entfallen. In zwei Orten stehen an der Spitze der Gemeindevertretung Sozialdemokraten als Vorsteher, und zwar in Holleditz und Lissowa, Bezirk Staab. Mehrere Krankenkassen befinden sich in den Händen der Partei, darunter auch die Bezirkskrankenkasse in Joachimsthal, welche erst im Laufe dieses Jahres erobert wurde.

Agitationskreis Südböhmen. Die Kreisorganisation Südböhmen besteht aus den Wahlbezirken 94, Städte, 124, 125 und 126, Land, mit Einschluß der Städte Hartmanitz und Bergreichenstein, gehörig zum Wahlbezirk 93, Städte, Budweis, deutsche Arbeiterschaft.

Von 16 in Aussicht genommenen Orten haben 12 bereits Organisationen, welche die Arbeiten der Bezirksorganisation zu leisten haben.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des ganzen Kreises sind äußerst triste. Die Arbeiterschaft kann sich den Lebensunterhalt zum größten Teil im Böhmerwald nicht verdienen und ist teilweise gezwungen, den Sommer über ihre Heimat zu verlassen, um sich den Unterhalt für den Winter zu verdienen.

Nicht ohne Wirkung bleibt der Arbeitsmangel und die niederen Löhne auf unsere Organisation. Ungemein schwer ist es, die Arbeiter in die gewerkschaftliche Organisation zu bringen, fast ebenso schwer in die politische, weil sich die Leute die Beiträge oft vom Munde absparen müssen.

Von den Gegnern, insbesondere den Christlichsozialen wird eifrigst gearbeitet. Ihrem Zeitungswald stehen wir mit der „Volkstribüne" gegenüber, welche in 1100 Exemplaren, die Einzelabonnenten nicht gerechnet, in Südböhmen durch 39 Paketabnehmer vertrieben wird.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die „Volkstribüne" von unseren Lesern nicht gerne genommen wird, weil sie die Wiener Verhältnisse, die im Blatte behandelt werden, nicht interessieren und die Verhältnisse von Südböhmen keinerlei Berücksichtigung finden.

Nachdem wir schon ein ziemlich brauchbares Organisationsnetz haben und dem Verlangen nach einem Blatt für Südböhmen nicht mehr länger standhalten können, ferner uns die Notwendigkeit dazu treibt, müssen wir ernstlich an die Herausgabe eines Blattes schreiten. Die hierzu notwendigen Vorarbeiten sind bereits abgeschlossen und dürfte das Blatt im Laufe des Monats September erscheinen.

Um vollständig sicher zu gehen, nehmen wir die „Freiheit" als Kopfblatt und machen uns erst dann selbständig, wenn wir einen guten Abnehmerstock und eine größere Auflage erreicht haben. Wir rechnen mit einer Auflage von 2000 Exemplaren.

Unser Agitationskreis ist an Industrie sehr arm. Am stärksten ist die Papierindustrie mit zusammen zirka 2000 Arbeitern. Dann folgt die Glasindustrie mit zusammen zirka 1100 Arbeitern, die Textilindustrie mit zirka 1000 Arbeitern. Die anderen Industriezweige beschäftigen jede nur einige hundert Arbeiter.

Die Holzhacker des Böhmerwaldes, deren es Tausende gibt, sind durchwegs unsere Anhänger, jedoch ein sehr schwer organisierbares Element, weil einerseits die Armut bei ihnen am größten ist, andererseits die Schwarzenberg, Thun und Buquoi es an Terrorismus nicht fehlen lassen, sobald die Holzhacker irgend einen Schritt zu ihrer Befreiung unternehmen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen liegen darnieder; sie haben nur 603 Mitglieder.

Zufolge der mißlichen Verhältnisse und der schlechten finanziellen Lage der Arbeiterschaft will auch das Konsumvereinswesen nicht recht aufblühen.

In ganz Südböhmen sind nur fünf Arbeiter-Konsumvereine.

Unsere politische Organisation ist aufgebaut auf dem Bezirksverein mit einem Monatsbeitrag von 24 H. und der Lokalorganisation. Die Bezirksvereine sind mit Ausnahme von Krumau zurzeit noch nicht gegründet, jedoch in den meisten Orten die Bezirksausschüsse gewählt.

Die Gründungen haben wir bis heute unterlassen, weil wir erst die Bestandsfähigkeit abwarten wollten, um uns vor unnützen Stempelausgaben zu bewahren. Die Gründungen werden der Reihe nach in der nächsten Zeit vorgenommen werden, nachdem wir uns überzeugt haben, daß die Bezirksausschüsse ihren Aufgaben gerecht werden können.

Wenn wir noch vor Jahresfrist keine feste Verbindung mit der Arbeiterschaft des Kreises hatten, so ist es gewiß ein Erfolg, daß es uns gelungen ist, in 35 Orten Lokalorganisationen zu gründen, welche zusammen über 900 Mitglieder haben.

Verfolgungen wegen § 23 des Preßgesetzes fanden acht statt, davon endeten zwei mit Freispruch und sechs mit Geldstrafen von zusammen 75 Kr.

In drei Gemeinden beteiligten sich unsere Genossen an dem Gemeindewahlkampf mit Erfolg. In einer Gemeinde ist ein Sozialdemokrat Vorsteher.

Seit September 1908 haben wir vier Flugblätter in einer jedesmaligen Auflage von 10.000 Exemplaren im ganzen Kreis verbreitet. Ferner die Artikelserie der „Arbeiter-Zeitung" „Die Blutsauger des Böhmerwaldes" in Broschürenform herausgegeben und in 1500 Exemplaren verkauft.

Bukowina.

Die ausgebeutete und zum großen Teil kulturell noch rückständige Masse der Bewohner Bukowinas schien den Christlichsozialen ein geeigneter Boden für einen Verleumdungsfeldzug. Bei der Arbeiterschaft hatten sie indes kein Glück. Der regen Aufklärungstätigkeit unserer Genossen ist es zu danken, daß die neuen Volksbeglücker von den Arbeitern glattweg abgelehnt wurden.

Die politische Organisation unserer Bukowinaer Genossen ist noch sehr unentwickelt. Es gibt nur wenige Lokalorganisationen mit einigen Dutzend Mitgliedern. Soweit Organisationen vorhanden sind, sind es gewerkschaftliche und Bildungsvereine. Die politische Organisation muß erst allmählich ausgebaut werden. 319 Personen leisteten regelmäßig die Parteisteuer.

Die Agitationsarbeit ist eine äußerst rege. In der Berichtsperiode wurden 82 politische, 735 Gewerkschafts- und sonstige Versammlungen, 77 politische § 2-, 37 gewerkschaftliche § 2-Versammlungen und 57 Volksversammlungen abgehalten. Zwei Versammlungen verfielen der behördlichen Auflösung.

Die Maifeier wurde in sechs Orten, die eine größere Arbeiterzahl beherbergen, durch Arbeitsruhe begangen.

Politische Verfolgungen, zumeist wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes, gab es 14: Zwölf endeten mit der Verurteilung unserer Genossen.

Die Landespartei verfügt über folgende Blätter: „Volkspresse" wöchentlich, „Czernowitzer Arbeiterzeitung" monatlich, „Lupta" (rumänisch) monatlich, „Barba" (ruthenisch) vierzehntägig. Außerdem erscheint eine Broschürensammlung unter dem Titel „Das wahre Wort".

Die Czernowitzer Arbeiter schufen sich in der Berichtsperiode ein Arbeiterheim. Bemerkenswert ist auch, daß sie eine umfangreiche Agitation auf Schließung der Schenken von Samstag mittags bis Montag früh einleiteten.

Kärnten.

In Kärnten ist der systematische Aufbau der Parteiorganisation nach Lokal- und Bezirksorganisationen, mit der Landesparteivertretung an der Spitze, strenge und folgerichtig durchgeführt und hat sich bereits vollständig eingelebt. Kärnten ist in sieben Agitationsbezirke eingeteilt, die sich soviel als möglich an die Grenzen der zehn Reichsratswahlkreise anschließen.

Die Lokalorganisationen sind auf der Grundlage des Vertrauensmännersystems aufgebaut und soweit es die ländlichen Verhältnisse zulassen, ist die Häuser- und Straßenorganisation durchgeführt.

Das Parteisteuerwesen ist im ganzen Lande einheitlich und ebenso ist die Buchführung über die Parteigelder in den Lokal- und Bezirksorganisationen, die mit der Buchführung des Landesparteikassiers übereinstimmt, seit Jahren einheitlich geregelt.

Nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts wird die Parteisteuer eingehoben wie folgt:

a) Von den einer Fachorganisation angehörenden Parteigenossen:

1. durch Zuschlag von 2 H. zum Wochenbeitrag für die Fachorganisation, wenn diese Wochenbeiträge einhebt,

2. durch Zuschlag von 10 H. zum Monatsbeitrag für die Fachorganisation, wenn diese Monatsbeiträge einhebt;

b) von den übrigen (nur der politischen Organisation angehörigen) Parteigenossen monatlich im Betrage von 20 H.

Die Parteisteuer wird wie folgt verrechnet:

a) von den eingehobenen Beiträgen der fachlich organisierten Parteigenossen sind abzuführen:

ein Fünftel als Reichsparteisteuer,
zwei „ „ Landesparteisteuer,
zwei „ „ Bezirksparteisteuer;

b) von den eingehobenen Steuermarkenbeträgen sind abzuführen:

2 H. von jeder Marke als Reichsparteisteuer,
8 „ „ „ „ „ Landesparteisteuer,
10 „ „ „ „ „ Bezirksparteisteuer.

Politische Parteivereine gibt es in Kärnten nicht; wenn wir die Organisation auf sie aufbauen sollten, müßten wir einen erheblichen Rückschritt befürchten.

Im Jahre 1908 fanden im Lande 81 Volks-, 94 § 2-Versammlungen und 14 Konferenzen statt. In den Sommerferien 1907 hielten die Genossen Lukas und Riese allein 30 Versammlungen über „die abgelaufene Parlamentssession" ab.

Die Agitation für eine Reform des Landtagswahlrechtes wurde in beiden Jahren durch Versammlungen und durch die Presse betrieben. Die Parteivertretung richtete auch eine Eingabe an den Landtag, die dem juridisch-politischen Ausschuß zugewiesen wurde, und es kam auch zu persönlichen Verhandlungen mit den nationalen Führern im Landtag, die vor einer Reform zurückschreckten, weil sie der festen Meinung waren, daß jede Reform vor allem den Klerikalen Vorteile bringen würde. Und so mußten die Neuwahlen im Frühjahr 1909 auf der Grundlage des alten Wahlgesetzes stattfinden, das die Arbeiterschaft mit vier Mandaten in einer allgemeinen Kurie abspeist.

Die Landtagswahlen brachten uns einen schönen Erfolg: Es gelang uns, Genossen Eich in der Stichwahl am 27. März 1909 durchzubringen.

Die Stärke der Parteien war nach dem Ergebnis der Landtagswahlen im Jahre 1909 folgende:

Wahlbezirk	Zahl der Wahlberechtigten	Abgegebene Stimmen	Deutschnational	Christlichsozial	Sozialdemokratisch	Zersplittert
I.	21.625	12.885	4.890	5.228	2.676	91
II.	18.681	12.326	4.768	4.546	2.946	66
III.	15.911	8.292	3.261	1.825	3.102	104
IV.	17.685	11.746	5.428	4.533	1.785	—
Summe . .	73.902	45.249	18.347	16.132	10.509	261

An Gemeindewahlen beteiligte sich die Partei in Klagenfurt und Sankt Ruprecht bei Klagenfurt, doch ohne Erfolg; in St. Veit a. d. Glan wurde Genosse Machne gewählt, der einzige Arbeitervertreter in einer Kärntner Gemeinde, seitdem das Mandat des Genossen Riese in dem Klagenfurter Gemeinderat abgelaufen ist. Riese hat sich um das Gemeindemandat nicht wieder beworben.

Am 1. Juli 1908 erhöhten die alpenländischen Brauereien den Bierpreis und lösten dadurch einen spontan ausbrechenden Bierboykott aus, dessen Leitung alsbald die Parteivertretung übernahm. Der Boykott wurde insbesondere in den ersten Monaten von der Arbeiterschaft stramm eingehalten und zur eindrucksvollsten Propaganda für die Abstinenzbewegung. Im November 1908 kam es endlich zwischen der „Sektion Kärnten des Schutzverbandes alpenländischer Brauereien" und der Kärntner Landesparteivertretung zu Vereinbarungen, die einen für die Arbeiter günstigen Ausgang des Kampfes bedeuteten.

Die Maifeier wird in den größeren Orten des Landes regelmäßig begangen; während des Baues des Tauerntunnels fand sie auch in Mallnitz statt.

Politische Verfolgungen hat es in der Berichtsperiode nicht gegeben; wohl aber erfolgten einige Verurteilungen wegen Uebertretung des § 23 P.-G.

Als Landesparteiorgan fungiert der „Arbeiterwille", der in Graz erscheint und in Kärnten eine eigene Redaktion für den Kärntner Teil eingerichtet hat. An Wochentagen werden in Kärnten 1100, an Sonntagen 3500 Exemplare des Blattes abgesetzt.

An Landesparteisteuer gingen im Jahre 1907 Kr. 1074·31 von den nur politisch und Kr. 939·99 von den auch gewerkschaftlich Organisierten ein. Im Jahre 1908 stieg das Erträgnis der Landesparteisteuer der politischen Organisationen auf Kr. 1293·46 und das der gewerkschaftlich Organisierten auf Kr. 1331·05. Die Parteisteuer wurde im Jahre 1908 von 69 gewerkschaftlichen und 59 politischen, zusammen von 128 Organisationen in 66 Orten geleistet.

Die gewerkschaftliche Bewegung nahm in den letzten Jahren in Kärnten einen hocherfreulichen Aufschwung. Der Mitgliederstand aller gewerkschaftlichen Organisationen betrug am 31. Dezember 1906 3616, am 31. Dezember 1907 4897 und am 31. Dezember 1908 5618, die in 25 Orten mit 82 Ortsgruppen und Zahlstellen vereinigt sind. Gewerkschaftliche Versammlungen aller Art fanden statt im Jahre 1907 713, im Jahre 1908 1206, zu denen in beiden Jahren 927mal Referenten beigestellt wurden.

Den wichtigsten Anstoß zu ihrem Aufschwung hat die gewerkschaftliche Bewegung durch die am 1. Jänner 1907 erfolgte Gründung des „Landesverbandes der Gewerkschaften Kärntens" mit einem unabhängigen Gewerkschaftssekretär an der Spitze genommen. Die gewerkschaftlichen Arbeiten mehrten sich in einem solchen Maße, daß ab 1. Mai 1909 auch in Villach ein dem Landesverbande unterstelltes Gewerkschafts-

sekretariat errichtet werden mußte. Die jüngste gewerkschaftliche Gründung ist die „Landesorganisation Kärnten der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter", die in den wenigen Monaten seit ihrer Gründung bei 300 Mitglieder in allen Teilen des Landes gesammelt hat.

Mähren.

Bericht der Landesparteivertretung. Auf dem am 6. und 7. Juli 1907 in Mährisch-Ostrau abgehaltenen Landesparteitag wurde ein neues Organisationsstatut beschlossen. Dieses Statut gliedert die politische Organisation Mährens in Lokal-, Bezirks- und Gauorganisationen sowie gelegentlich der Landtags- und Reichsratswahlen in Wahlkreisorganisationen. Für die Orte der Reichsratsstädtewahlkreise wurde die Durchführung der Häuser- und Straßenorganisation empfohlen. Das Statut teilt ferner das Land in sechs Agitationsgaue, und zwar: 1. Brünn. 2. Mährisch-Schönberg. 3. Sternberg. 4. Neutitschein. 5. Lundenburg. 6. Mährisch-Ostrau. Es wird soweit als möglich mit der bisherigen losen Organisationsform aufgeräumt und es wurde zunächst der Aufbau der Gauorganisationen auf Basis politischer Vereine durchgeführt.

Neben der intensiven Organisationstätigkeit wurden in der Berichtszeit größere politische Aktionen durchgeführt. Bereits im Herbst 1907 wurde der Kampf um das Landtagswahlrecht von neuem aufgenommen und im ganzen Lande imposante Demonstrationsversammlungen veranstaltet. Diese Aktion hatte eine Wahlreformdebatte im mährischen Landtag zur Folge. Die Landtagsmajorität war indes nicht zu bewegen, von ihren Privilegien zu lassen.

In imposanten Kundgebungen wurde auch zu der unerträglich gewordenen Lebensmittelteuerung Stellung genommen. Im Sommer 1908 fanden machtvolle Demonstrationsversammlungen im ganzen Lande zugunsten der Alters- und Invaliditätsversicherung statt. Der Gesetzentwurf über die Sozialversicherung gab den Anlaß, in zahlreichen Versammlungen die Arbeiterschaft mit der Gesetzesvorlage vertraut zu machen. Die arbeitende Bevölkerung Mährens brachte ihren Unwillen gegen die seinerzeitige frivole Schließung des Parlaments in einer Reihe von Versammlungen zum Ausdruck. Ebenso wirkungsvoll waren die Demonstrationsversammlungen, in welchen die Arbeiterschaft zu den neuen Steuervorlagen Stellung nahm. Ueberdies wurde die Bevölkerung in einem Flugblatt auf den geplanten Raubzug, den die neuen Steuern bedeuteten, aufmerksam gemacht.

Der Stand unserer Parteipresse ist ein ziemlich günstiger, wenn auch die wirtschaftliche Krise die Entwicklung der Presse einigermaßen gehindert hat. Der Tagblattfonds, der eine Höhe von über 14.000 Kr. erreicht hat, bleibt aufrecht, und wenn sich die Verhältnisse etwas günstiger gestalten, wird man auch in Mähren an die Gründung eines deutschsozialdemokratischen Tagblattes schreiten. Um der Parteipresse auch bei dem indifferenten Teil der Bevölkerung Eingang zu verschaffen, entschloß sich die Landesparteivertretung zur Herausgabe eines 2-Heller-Blattes, des „Vorwärts". Als dessen Kopfblatt erscheint seit einigen Monaten in Mährisch-Schönberg der „Landbote". Die wöchentliche Auflage hat bereits das zehnte Tausend erreicht. Die Auflage ist in stetem Steigen begriffen. Es gibt Orte in Mähren, in welchen jeder Erwachsene dieses Blatt bezieht.

In diesem Zusammenhang sei berichtet, daß die Landespartei eine Buch- und Steindruckerei in Brünn erworben hat.

Die in der Berichtszeit stattgefundenen Gemeindewahlen brachten uns in vielen Orten erfreuliche Erfolge. Die Wahlen in die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt sowie die Gewerbegerichtswahlen haben ebenfalls mit einem Erfolg für unsere Partei abgeschlossen. Es gelang uns ferner zwei Bezirkskrankenkassen zu erobern und gegnerische Versuche, die in sozialdemokratischer Verwaltung befindlichen Kassen zu gewinnen, glänzend abzuwehren.

Die Frauenorganisation hat einen erfreulichen Aufschwung genommen. Allenthalben ist eine recht eifrige und erfolgreiche Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter den Frauen bemerkbar.

Politische Verfolgungen kamen mit Ausnahme der gerichtlichen Abstrafungen wegen Uebertretung nach § 23 P.-G. wenige vor, desgleichen Konfiskationen.

Unsere politischen Gegner leben noch immer in dem Wahn, es werde ihnen gelingen, durch Gründung von schwindelhaften „Arbeiter"vereinen den unaufhaltsamen Aufschwung unserer Partei zu hindern. Den Kampf gegen den Klerikalismus haben die Deutschbürgerlichen nunmehr endgültig aufgegeben und Hand in Hand mit den Christlichsozialen — mitunter in gemeinsamen Versammlungen — versuchen sie, den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen.

Seit 1. August 1907 besteht in Brünn das Landesparteisekretariat, welches sich sehr gut bewährt.

Agitationsgau Brünn. Der I. mährische Agitationsgau umfaßt die in unmittelbarer Nähe Brünns liegenden Gerichtsbezirke, ferner die Gerichtsbezirke Zwittau und Iglau.

Nunmehr ist die grundlegende Form der Organisation für die deutsche sozialdemokratische Partei in Brünn und den dazu gehörigen Vororten der „sozialdemokratische Verein".

Der Vereinsbeitrag ist mit 36 H. monatlich festgesetzt, davon entfallen 8 H. auf den Tagblattfonds des „Volksfreund".

Der Verein besitzt bis nun zirka 400 Mitglieder und 160 „Förderer". Die Mitglieder der Frauenorganisation gehören gleichzeitig dem Verein als Förderer an.

Die im November 1908 vorgenommenen Ersatzwahlen in den Brünner Gemeinderat hatten keine Aenderung unseres Besitzstandes zur Folge. Die zwei ausgelosten deutschen Genossen wurden wiedergewählt, dagegen blieben die Kandidaten der tschechischen Partei in der Minderheit. Die bürgerliche Gemeinderatsmajorität hatte bisher der sozialdemokratischen Fraktion ein Stadtratsmandat eingeräumt. Nach den Ersatzwahlen wurde das von uns innegehabte Stadtratsmandat nach christlichsozialer Art durch einen niederträchtigen Gewaltstreich geraubt. Den deutschbürgerlichen Machthabern war die sozialdemokratische Kontrolle für die Dauer unbequem geworden.

Eine großangelegte Aktion wurde für den „Volksfreund" unternommen. Der „rote Sonntag" brachte 500 neue Abnehmer.

In die Berichtszeit fällt auch das Jubiläum des 40jährigen Bestandes des Arbeiter-Bildungsvereines in Brünn und die Gründung eines Arbeiter-Turnvereines.

Agitationsgau Mährisch-Schönberg. Von 31 Orten dieses Agitationsgaues sind die ausgesandten Fragebogen eingelangt. In diesen Orten befinden sich 27 Lokalorganisationen, beziehungsweise Zahlstellen des sozialdemokratischen Vereines mit insgesamt 1150 Mitgliedern. Die Zahl der Bildungsvereine beträgt 6. Die gewerkschaftlichen Organisationen verfügen über einen Mitgliederstand von 2796 Arbeitern und Arbeiterinnen.

Die Parteisteuer wurde von 1213 Genossen in 29 Orten bezahlt. Die Beitragsleistung pflegt eine ziemlich bescheidene zu sein. Soweit unsere Berichte reichen, werden Mitgliedsbeiträge von 16 bis 20 H. im Monat eingehoben.

Die Agitationstätigkeit war rege. Es wurden 64 politische Vereinsversammlungen, 206 gewerkschaftliche Versammlungen, 337 politische § 2-, 43 gewerkschaftliche § 2 Versammlungen und 58 Volksversammlungen abgehalten. — In 19 Orten wurde die Maifeier durch vollständige Arbeitsruhe gefeiert.

In Mährisch-Schönberg erscheint die „Volkswacht" in einer Auflage von 1300 Exemplaren wöchentlich einmal. Das Blatt wurde in der Berichtsperiode einmal konfisziert; Preßprozesse waren keine durchzuführen. Als Kopfblatt des Brünner „Vorwärts" wird der „Landbote" als populäres Agitationsblatt herausgegeben.

Lohnbewegungen fanden 7 statt, sie endeten mit kleinen Erfolgen.

Die wirtschaftliche Krise beeinträchtigte die Schlagkraft der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Die Unternehmer nützen diese Situation aus, sie versuchen durch Unterstützung der deutschnationalen Schwindelvereine und Maßregelungen unserer Genossen der proletarischen Bewegung Abbruch zu tun. Es wird ihnen nicht gelingen.

Agitationsgau Sternberg. Der III. mährische Agitationsgau umfaßt die Gerichtsbezirke Sternberg, Olmütz und Römerstadt samt den Städten. Ferner die deutschen Wähler einer Reihe tschechischer Orte. Insgesamt umfaßt der Gau 125 Orte.

Organisation. Es bestehen wohl in den meisten Orten des Gaues Lokalorganisationen, doch ist die regelrechte Organisationsarbeit nur in den Bezirken Römerstadt und Olmütz und in den Städten des Gaues vorhanden. Insgesamt sind 54 Lokalorganisationen vorhanden. In den übrigen Orten sind überall Vertrauensmänner aufgestellt, die den Verkehr mit den Genossen aufrecht erhalten.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist nur in den Städten eingeführt. Seit kurzem besteht ein sozialdemokratischer Wahlverein, der in 10 Orten bereits 537 Mitglieder besitzt.

Vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 sind im Gau folgende Versammlungen abgehalten worden: 103 Volksversammlungen, 25 politische Vereinsversammlungen, 213 § 2-Versammlungen, 330 Parteisitzungen. Verboten wurden von diesen Versammlungen 5.

Imposant ist die Maifeier in Sternberg, wo die gesamte Arbeiterschaft feiert, dann in Römerstadt, in Olmütz und in 20 kleineren Orten.

Lohnbewegungen. Ohne Streiks wurden 3 Lohnbewegungen durchgeführt. Hiervon waren 2 mit vollem Erfolg und 1 ohne Erfolg. Mit Streiks fanden in der Berichtsperiode 3 Lohnbewegungen statt, sie gingen alle verloren.

In 13 Gemeinden haben sich die Genossen an den Gemeindewahlen beteiligt. In Sternberg hat die Partei 291 Stimmen auf sich vereinigt, konnte aber den dritten Wahlkörper nicht erobern. Weiter hat sich Proßnitz und Nimlau gleichfalls ohne Erfolg an den Gemeindewahlen beteiligt. Dagegen haben wir in 12 anderen Orten 36 sozialdemokratische Gemeindevertreter.

Wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes wurden 15 Personen verurteilt, und zwar zu 75 Kr. Geldstrafe, wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes und anderer Streikdelikte 11 Personen zu 13 Tagen Arrest und 80 Kr. Geldstrafe.

In Sternberg war es uns möglich, in 2 Gewerbegenossenschaften die Leitung in unsere Hände zu bekommen.

Im Gau befinden sich 6 Jugendorganisationen und Turnvereine.

Weiters haben wir 5 Gesangvereine, 1 Touristenverein und 3 Radfahrvereine.

Im ganzen Agitationsgau bestehen 13 Konsumvereine, davon sind in unserem Verband 7 organisiert.

4 Organisationen haben eigene Arbeiterheime, 3 davon haben eigene Häuser, ein Verein hat ein Haus gemietet.

Im ganzen Gau sind von den deutschsprechenden Arbeitern 4294 Personen in 44 gewerkschaftlichen Vereinen organisiert.

Agitationsgau Neutitschein. Die Organisationsform ist eben in der Umwandlung von der freien politischen Organisation zum sozialdemokratischen Verein begriffen. Eine genaue Zählung der Organisierten konnte nicht gemacht werden; schätzungsweise gibt es im Agitationsgau 1500 politische und gewerkschaftliche Organisierte.

Der Beitrag in den sozialdemokratischen Vereinen beträgt einheitlich 20 H. im Monat. Die Straßenorganisation ist noch sehr unvollkommen. Die Maifeier wurde in mehreren Industrieorten durch vollständige Arbeitsruhe begangen, in anderen begnügten sich die Genossen mit der Abhaltung von Versammlungen.

An den Gemeindewahlen in Neutitschein beteiligten sich unsere Genossen nicht. In einer anderen Gemeinde des Gaues haben zwei Sozialdemokraten Gemeinderatsmandate inne. Bei den Krankenkassenwahlen wurde die sozialdemokratische Verwaltung von den vereinigten Bürgerlichen angegriffen, doch gelang es, diesen Angriff trotz allem Terrorismus der Unternehmer zurückzuschlagen.

Niederösterreich.

Bericht der Landesparteivertretung. Die Revision unserer alten Organisationsbestimmungen und die damit verbundene Neuabgrenzung der Organisationsbezirke, entsprechend den neuen Reichsratswahlbezirken, ferner die Landtagswahlreform und die auf Grund des neuen Landtagswahlgesetzes erfolgten Neuwahlen in den Landtag bilden sozusagen die wichtigsten Vorkommnisse, welche Anlaß zu reichlicher Tätigkeit in der abgelaufenen Berichtsperiode gaben.

Der Landesparteitag hat sich im Herbst 1907 mit der Schaffung neuer Organisationsbestimmungen befaßt. Die Provinz wurde in 23 neue Organisationsbezirke eingeteilt, welche, soweit dieses möglich war, sich an die Landwahlbezirke des neuen Reichsratswahlgesetzes anpassen.

Von den 23 Organisationsbezirken sind 20 aktiv tätig, das heißt sie errichten neue Lokalorganisationen, unterstützen die bestehenden, sorgen dafür, daß die Genossen der politischen Organisation beitreten und auch die benötigten Mittel beisteuern. Diesen 20 Organisationsbezirken unterstehen 128 lokale politische Organisationen. In 68 derselben ist die Einteilung nach Sektionen und Rayons teilweise, in 7 vollständig durchgeführt und in 53 Orten wegen Mangels an Kräften noch nicht in Angriff genommen worden oder erst im Werden begriffen. Zirka 9000 Genossen sind heute in diesen Organisationsbezirken der Provinz politisch organisiert, die regelmäßig Parteibeiträge leisten.

Eingehoben werden monatlich auf diese Art:

30 H.	in	3	Lokalorganisationen
25 „	„	1	Lokalorganisation
24 „	„	2	Lokalorganisationen
20 „	„	72	„
10 und 20 „	„	1	Lokalorganisation

womit also in 79 Orten diese Einrichtung heute besteht.

Die Einnahmen betrugen in den 20 Organisationsbezirken zusammen Kronen 21.156·11, die Ausgaben Kr. 18.192·56.

In 15 Organisationsbezirken wurden nebst dem Agitationsfonds auch noch Wahlfonds eingerichtet, welche eine Summe von Kr. 8923·06 Einnahmen und Kr. 10.664·68 Ausgaben aufzeigen.

In Wien verzeichnen die Berichte 44.556 Genossen, welche eine Wahlkreissteuer von 8 H. die Woche entrichten, die den 20 Bezirksorganisationen, welche in Wien bestehen, die Mittel, deren sie bedürfen, liefern.

Von diesen berichten 16 Bezirksorganisationen, daß sie eine Gesamteinnahme von Kr. 131.680·85 und eine Gesamtausgabe von Kr. 131.525·17 haben. 9 Bezirksorganisationen besitzen auch Wahlfondskassen, welche Kr. 60.256·79 Einnahmen und Kronen 62.965·10 Ausgaben verzeichnen.

Ueber den Stand der Tätigkeit der politischen Organisationen ist folgendes zu berichten: Von den 21 Bezirken Wiens bilden die Bezirke II bis XXI selbständige Bezirksorganisationen, von welchen 13 Bezirke gut, 4 teilweise und 3 sehr gut politisch organisiert, das heißt nach Sektionen und Rayons eingeteilt und mit Vertrauensmännern besetzt sind. In den 20 sozialdemokratischen Wahlvereinen sind 2111 Genossen politisch organisiert und entrichten einen regelmäßigen monatlichen Beitrag in der Höhe von 10 bis 20 H. Die Wiener politischen Vereine veranstalteten 120 Volksversammlungen. Politische Vereins- und gewerkschaftliche Versammlungen fanden zusammen 7875, § 2-Versammlungen 5612 und Frauenversammlungen zirka 93 statt. In der Provinz bestehen 20 politische Vereine, welche 559 Volks-, 2884 politische Vereins-, 1689 § 2- und 99 Frauenversammlungen veranstaltet haben.

Versammlungsverbote sind in drei Fällen zu konstatieren, wovon ein Verbot von der Bezirkshauptmannschaft (Neunkirchen) zurückgenommen wurde. Auflösungen von Versammlungen sind zwei zu verzeichnen, welche dadurch hervorgerufen wurden, daß die Einberufer eine Vereinsversammlung zu spät der Behörde zur Anzeige brachten.

Bezüglich Verbreitung der Parteipresse ist folgendes zu berichten:

a) In Wien.

In Wien wurden nach Berichten unserer Vertrauensmänner 22.300 Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung" konstatiert. Die Zahl der Einzelabonnenten ist nicht mit eingerechnet.

Das Landesorgan, die „Volkstribüne", wird in Wien in 41.875 Exemplaren wöchentlich verbreitet, wovon zirka 40.000 Wahlkreissteuerzahler an dieser imponierenden Zahl partizipieren. Die Einzelabonnenten des Blattes sind nicht mit eingerechnet.

b) In der Provinz.

Das Zentralorgan, die „Arbeiter-Zeitung", setzt täglich 1961 Exemplare in der Provinz ab, wovon 1360 im Abonnement, die übrigen im Einzelverkauf ihre Verbreitung finden. In 11 Organisationsbezirken wurden aber nebstbei 979 Sonntagsblätter vertrieben. Die „Volkstribüne" wird ebenso in allen Provinzbezirken in einer Anzahl von wöchentlich 8691 Exemplaren von den Genossen abgenommen.

Außer dem Zentral- und Landesorgan erscheinen die „Gleichheit" in Wiener-Neustadt in einer Auflage von 5000 Exemplaren und der „Volksbote" im XXI. Bezirk (Floridsdorf) in einer Auflage von 7000 Exemplaren.

Die „Volkstribüne" wurde elfmal, die „Gleichheit" gar nicht, der „Volksbote" einmal konfisziert. Die „Gleichheit" berichtet über einen Preßprozeß, den sie vor dem Schwurgericht zu bestehen hatte und der mit einem Freispruch endete. Der „Volksbote" verzeichnet zwei Prozeßfälle, wovon einer durch einen Ausgleich erledigt wurde, während der zweite noch nicht beendet ist. Die „Volkstribüne" hatte 12 Preßprozesse zu führen, von denen 9 mit der Verurteilung unserer Genossen endigten.

Die Maifeier zeigte in Wien sowohl als auch in der Provinz ihr gewohntes Gepräge. In Wien herrschte vollständige Arbeitsruhe in den Fabriken und Werkstätten und in der Provinz vermehren sich allmählich jene Orte, in welchen der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert wird. Von 111 lokalen Organisationen der Provinz wird darüber berichtet, und zwar: In 36 Orten war die Arbeitsruhe eine vollständige, in 33 eine teilweise, in 12 Orten wurde halbtägig gefeiert. In 33 Orten wurde der 1. Mai entweder gar nicht oder nur abends durch Abhaltung einer Versammlung gefeiert.

An den Lohnbewegungen und Streiks waren die Branchen der Holzarbeiter, Maurer und Bauhilfsarbeiter, Metall-, Sensen- und Waffenarbeiter, Zimmerer, Textilarbeiter, Steinarbeiter sowie die Arbeiter der Brauerei, chemischen und Papierindustrie beteiligt.

Boykotts wurden wegen teurer und schlechter Wohnungen, politischer Gehässigkeit von Geschäftsleuten gegen die Arbeiterschaft am Orte und wegen Fleischverteuerung unternommen. Es verliefen 3 mit vollem, 2 mit ziemlichem, 1 ohne Erfolg.

An politischen Verfolgungen verzeichnen die Vertrauensmänner der Bezirksorganisationen Wiens folgendes: Im Verlauf der letzten zwei Jahre sind 160 Fälle von politischen Verfolgungen wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes, Einsammelns von Wahlkatasterzetteln, Wahlvergehen und Vergehen gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz vorgekommen. Sie endeten in 133 Fällen mit Verurteilungen zu insgesamt 296 Tagen und 6 Stunden Arrests und 1635 Kr. Geldstrafen. In der Provinz kamen 116 politische Verfolgungen vor, welche zu 52 Verurteilungen im Gesamtausmaß von 45 Tagen und 36 Stunden Arrests und 311 Kr. Geldstrafe führten. In 28 Fällen erfolgten Freisprüche. Auch bei diesen Verfolgungen handelte es sich um Uebertretungen der §§ 2 und 19 des Vereins- und § 23 des Preßgesetzes, ferner um Uebertretungen des Koalitionsgesetzes.

In der Berichtsperiode fanden in Wien die Wahlen in den III. Wahlkörper für den Gemeinderat, in einer Reihe Provinzorte die Ergänzungswahlen in den ersten drei Wahlkörpern in die Gemeindevertretungen und im Herbst 1908 die Neuwahlen in den niederösterreichischen Landtag statt.

Bei den Wahlen in den III. Wahlkörper des Wiener Gemeinderates vereinigten wir trotz des hohen Steuerzensus auf unsere Kandidaten, ohne viel Wahlvorbereitungen getroffen zu haben, insgesamt 5936 Stimmen. Für den Anfang gerade genug.

Die Ergänzungswahlen, respektive einige Neuwahlen in die Gemeindevertretungen des flachen Landes haben die Liste jener Gemeinden, in welchen sozialdemokratische Vertreter in die Gemeindevertretungen gewählt wurden, abermals vergrößert. Im Jahre 1907 zählten wir in Niederösterreich 26 größere Gemeinden mit 84 und 27 kleinere Gemeinden mit 57 sozialdemokratischen Vertretern und außerdem 15 Ersatzmänner, die 7 Wiener Gemeinderäte nicht mit eingerechnet. Im Verlauf der Berichtsperiode eroberten unsere Genossen neuerdings in 9 Gemeinden 20 weitere Mandate. Wir hätten demnach in 62 Gemeinden 161 Gemeindevertreter und 15 Ersatzmänner. Dem ist aber nicht so, weil wir andererseits wieder einige Verluste an Mandaten zu verzeichnen haben, die entweder durch das Ableben oder die Abreise eines Genossen (oder durch die Entziehung des Vertrauens gegenüber Gemeindevertretern seitens der Arbeiterschaft am Orte) vakant wurden und die durch die unsinnigen Bestimmungen unseres Gemeindewahlgesetzes, welches für den IV. Wahlkörper während der sechsjährigen Mandatsdauer keine Nach-, beziehungsweise Ergänzungswahlen vorsieht, nicht gut wettgemacht werden können.

Solcherart hat unsere Partei in 8 Gemeinden 15 Mandatsverluste erlitten.

Nichtsdestoweniger ist die Zahl unserer aktiven Gemeindevertreter insgesamt von 141 auf 148 gestiegen.

Die unvermutete Auflösung des Landtages, welche zirka fünf Monate vor Ablauf der Legislaturperiode erfolgte, nötigte die Landesparteivertretung, unverzüglich alle Vorbereitungen für die Neuwahlen zu treffen.

Zur Information aller Vertrauensmänner über die Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes sowie zur Unterstützung der Wahlagitation gab die Landesparteivertretung ein „Handbuch für die Landtagswähler" heraus, welches nach dem Muster unserer württembergischen Genossen verfaßt und ausgestaltet und mit einem Kostenaufwand von 2000 Kr. hergestellt wurde.

Das Resultat dieser Landtagswahlen gipfelte in der Eroberung von sechs Mandaten.

Diese verteilen sich folgendermaßen:

X. Wiener Bezirk (Favoriten) zwei Mandate. Gewählt Dr. Renner mit 11.599, Pölzer mit 11.569 Stimmen.

XVI. Wiener Bezirk (Ottakring) zwei Mandate. Gewählt Sever mit 15.131, Volkert mit 15.087 Stimmen.

XXI. Wiener Bezirk (Floridsdorf) ein Mandat. Gewählt Seitz mit 6544 Stimmen.

Städtebezirk Bruck a. d. Leitha ein Mandat. Gewählt Dr. Renner mit 10.868 Stimmen.

Auf die sozialdemokratischen Kandidaten in den zehn Wahlkreisen des flachen Landes entfielen insgesamt 27.173 Stimmen.

Das Wahlresultat ist in Anbetracht des elenden Wahlrechtes ein nicht ungünstiges zu nennen und wird für die kommenden Landtagswahlen die Kräfte zu verdoppelten Anstrengungen anspornen, vorausgesetzt, daß die Mißgeburt dieses Wahlgesetzes sich noch bis dahin neben dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht des Reichsrates wird behaupten lassen.

Oberösterreich.

Auf Grund der Beschlüsse des letzten Reichsparteitages hat sich die oberösterreichische Landesorganisation auf ihrem Landesparteitag im November 1907 ein neues Organisationsstatut gegeben, welches am 1. Jänner 1908 in Kraft trat.

Die Landesorganisation wird wie früher zentral geleitet und ist in 19 Bezirksorganisationen (früher 12) eingeteilt. In 67 Orten hat die Partei Lokalorganisationen. Die Partei hat bis nun mit 123 Orten Verbindungen.

An der Spitze der Landesorganisation steht der „Sozialdemokratische Verein für Oberösterreich" mit dem Sitze in Linz, welcher am 1. Jänner 1908 seine Tätigkeit begann. Durch die Schaffung des Landesvereines haben die früher bestandenen fünf politischen Vereine ihre Tätigkeit eingestellt. Die Zugehörigkeit zur Partei begründet nur die Mitgliedschaft beim Sozialdemokratischen Verein für Oberösterreich. Der Vereinsbeitrag ist für die Mitglieder und Förderer monatlich mit 20 H. festgesetzt.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist nun in allen größeren Orten durchgeführt. Dazu hat wesentlich die Einhebung des Parteibeitrages von Haus zu Haus beigetragen.

Von jedem eingehobenen Beitrag werden 10 H. an die Landesorganisation, 1 bis 6 H. an die zuständigen Bezirksorganisationen abgeführt und der Rest von 4 bis 6 H. verbleibt den Lokalorganisationen für ihren lokalen Fonds.

In der Berichtsperiode wurden 70.011 Beiträge eingehoben und abgerechnet. Dem Verein traten 8167 Förderer und Mitglieder bei. Der Mitgliederstand betrug Ende Juni 1909 3852 Mitglieder und 1340 Förderer; zusammen 5192. Davon sind 1951 männliche und 241 weibliche Mitglieder.

Die gewerkschaftlichen Organisationen in Oberösterreich hatten Mitglieder:

1905	in 117	Ortsgruppen	5.304
1906	„ 124	„	8.247
1907	„ 137	„	8.571
1908	„ 168	„	10.586

Hierzu kommt noch der Arbeiterinnen-Fortbildungsverein für Oberösterreich, der im Lande rund 350 Mitglieder hat, der Arbeiter-Fortbildungs- und Gewerkschaftsverein, welcher sich in einen Arbeiter- und Dienstbotenverein umgewandelt hat, und schließlich der Verein der jugendlichen Arbeiter. Mit diesen erhöht sich der Stand auf rund 11.000 Mitglieder. Außerdem bestehen noch vier Arbeiterheimvereine.

Soweit die Berichte zuverlässige Daten lieferten, haben 346 Volksversammlungen inklusive der Wählerversammlungen, 362 Vereinsversammlungen und Sitzungen der politischen Organisationen stattgefunden.

Die Zahl der gewerkschaftlichen Versammlungen verteilt sich auf 1830 Vereins- und 546 Branchenversammlungen. Zusammen 2376 Versammlungen. Die Sitzungen sind hier nicht mit inbegriffen.

Als Landesparteiorgan erscheint in Linz die „Wahrheit" seit 1. Jänner 1908 dreimal wöchentlich mit einer Auflage von 4600 bis 4700 Exemplaren. Die Auflage ist im steten Steigen begriffen. Die Zahl der festen Abonnenten hat sich um 400 vermehrt. Die „Wahrheit" wurde sechsmal konfisziert. Gegen das Blatt wurde eine Berichtigungsanklage, welche aber schließlich zurückgezogen wurde, und sechs Preßprozesse angestrengt; zwei davon endeten mit einem Freispruch, drei mit der Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs und einer mit einem kostenlosen Vergleich. Die Preßprozeßkosten beliefen sich auf Kr. 684·40. An Strafen acht Tage Arrest.

Die politischen Verfolgungen erstreckten sich auf neun Fälle, woraus sieben Verurteilungen und zwei Freisprüche erwuchsen. Strafen wurden in zwei Fällen wegen Uebertretung des Vereins- und Versammlungs-, Wahl- und § 23 des Preßgesetzes ausgesprochen. Die Geldstrafen betragen zusammen 48 Kr.

In dem Kampfe um eine Landtagswahlreform und eine entsprechende Vertretung der Arbeiterschaft im Landtage Oberösterreichs wurde von der Partei das größtmögliche geleistet. Während der ganzen Wahlbewegung wurde in zahlreichen Volks- und Wählerversammlungen die Privilegienwirtschaft gegeißelt. Trotzdem hat es die freiheitliche und klerikale Clique zustande gebracht, eine Wahlreform zu fabrizieren, welche die Arbeiterschaft von einer Vertretung beinahe ausschließt.

Trotz der zweijährigen Seßhaftigkeit und der famosen Wahlkreisgeometrie hat die Partei eine stattliche Stimmenzahl aufgebracht. Von den 48.000 Wahlberechtigten

wurden 40.338 gültige Stimmen abgegeben, davon entfielen auf den „sozialdemokratischen Wahlvorschlag" 11.408 Listenstimmen. Die Wahlziffer war demnach 8078. Das gesamte Wahlergebnis war folgendes:

Sozialdemokratischer Wahlvorschlag . . .	11.896	Stimmen
Deutschfreiheitlicher „ . . .	12.372	„
Christlichsozialer „ . . .	17.525	„

Sozialdemokratische Liste:

Josef Hafner	12.235
Martin Radler	12.142
Josef Gruber	11.946
Eduard Euller	11.867

Gewählt wurden: unser Genosse Hafner, ein Deutschfreiheitlicher, zwei Christlichsoziale.

In den Landbezirken erhielten unsere Zählkandidaten bei 6000 Stimmen.

Die am 14. April 1909 stattgefundene Gemeinde-Ergänzungswahl in Linz fand auf Grund der geänderten Gemeindewahlordnung mit Proportionalwahl im dritten und vierten Wahlkörper statt. Nachdem ein Genosse wegen Hindernisse sein Mandat zurückgelegt und vier nebst den letzten Deutschfreiheitlichen ausgeschieden wurden, hatte die Partei fünf Kandidaten für den vierten Wahlkörper aufzustellen.

Es wurden von 13.700 Wahlberechtigten 10.125 Stimmen abgegeben. Das Ergebnis für die Wahlvorschläge der drei Parteien war folgendes:

Sozialdemokraten	Deutschfreiheitliche	Christlichsoziale
4050	3109	2106

Auf Grund dieses Resultats konnten wir nur zwei Mandate erringen, weil wir die Wahlzahl nicht dreimal erreichten. Zwei Mandate erhielten die Deutschfreiheitlichen und ein Mandat die Christlichsozialen. Dafür ist der Partei im dritten Wahlkörper ein Mandat zugefallen.

Bei der Gemeindewahl in Steyr wurde im März 1909 Genosse Dantlgruber im vierten Wahlkörper mit 1000 Stimmen Majorität wiedergewählt. Es sitzen in acht Orten 28 Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen. Eine bedeutende Minorität erzielten unsere Genossen bei den Gemeindewahlen im dritten Wahlkörper in Wels.

Die Maifeier in Oberösterreich und speziell in Linz stand im Zeichen der Landtagswahlbewegung. Die Manifestationen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft schlossen sich würdig den früheren an. In allen organisierten Betrieben war die Arbeitsruhe allgemein.

Schließlich sei noch der Tätigkeit des Landesparteisekretariats gedacht, welches in der Berichtszeit 2532 Einläufe und 2488 Schriftstücke und Sendungen expedierte, in vielen Fällen Auskünfte in Rechts- und Arbeiterfragen erteilte und 74 Gesuche und Eingaben verfaßte. Auch die Verwaltung des neuen politischen Vereines nahm ein Jahr das Sekretariat voll in Anspruch. Außer dem Landesgewerkschaftssekretariat besteht noch ein Arbeitersekretariat in Steyr und eines in Schwertberg, welche im Herbst 1908 mit Hilfe der Verbände geschaffen wurden; die konsumgenossenschaftliche Bewegung macht ebenfalls schöne Fortschritte. In Linz wurde ein Spar- und Konsumverein geschaffen, welcher ein Jahr besteht und 360 Mitglieder hat.

Die Landesparteivertretung hat in 548 Volks- und Vereinsversammlungen Referenten, zu 34 Konferenzen Delegierte entsendet.

Salzburg.

Die Organisation gliedert sich auf Grund des neuen Organisationsstatuts in sieben sozialdemokratische Wahlvereine und neun Bezirksorganisationen.

Von den sieben Wahlvereinen haben sich jedoch erst drei konstituiert, vier Wahlvereine sind in Bildung begriffen. Die Konstituierung der Bezirksorganisationen begann am 1. Jänner 1908 und haben dieselben bis Ende 1908 einen Gesamtmitgliederstand von 2443 erreicht. Die Einnahmen betrugen Kr. 3871·11, die Ausgaben Kr. 2858·42 und der Vermögensstand Kr. 1162·27. Die Zahl der Ortsorganisationen beträgt 40.

Die Landespartei hielt vom 1. Jänner 1908 bis Ende Juni 1909 92 Volksversammlungen, 169 Wählerversammlungen und 23 Parteisitzungen ab und beschickte 49 Berufsversammlungen und 131 Sektionsversammlungen.

Der Wahlrechtskampf. Vom 1. Mai bis Ende September 1908 wurden die Parteivertretung sowie die Bezirksorganisationen besonders durch den Kampf ums Landtagswahlrecht in Anspruch genommen. Es fanden fast ununterbrochen Versamm

lungen statt, bis die Bewegung am 13. Dezember durch eine Massendemonstration in der Stadt Salzburg ihren Höhepunkt erreichte.

Bei der Neuwahl am 3. Mai 1909 wurden in der Arbeiterkurie 7744 Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben. In den Steuerkurien erhielt die Partei 961 Stimmen, was zusammen 8705 Stimmen ergibt gegen 7458 abgegebene sozialdemokratische Stimmen im Mai 1907.

Wir eroberten das Mandat der Stadt Salzburg und das Mandat der Städte und Märkte in der vierten Wählerklasse.

Die Gemeinderatswahlen. Bei den Gemeinderatswahlen der Stadt Salzburg im Frühjahr 1909 konnten sich die herrschenden Parteien nur durch ein offenes Kompromiß mit den Klerikalen vor dem Einzug der Sozialdemokraten in das Stadthaus retten. Unsere Liste errang jedoch trotz dieses Kompromisses eine Stimmenzahl von 629, so daß wir nahe an die vereinigten Gegner herankamen.

In der Provinz Salzburg besitzt unsere Partei in Itzling sämtliche Mandate des dritten Wahlkörpers und in Dienten im Pinzgauer Hochgebirge die Mehrheit mit einem sozialdemokratischen Gemeindevorsteher.

Die Gewerkschaftsorganisation wird seit den Maiwahlen 1907 durch die Scharfmacherorganisation im Verein mit den bürgerlichen Politikern auf das grimmigste verfolgt.

Zur Rettung ihrer Mandate gründete der Freisinn mit den Unternehmern unter nationaler Maske Streikbrecherorganisationen, welche bereits während des Maurerstreiks im Frühjahr 1908 in Aktion traten. Trotzdem die Krise die Verfolgung unserer Berufsorganisation erleichterte und die Mitgliederzahl in einigen Gewerkschaften zum Sinken brachte, stieg die Gesamtzahl der Organisierten von 4800 auf 5600.

Die Frauenorganisation. Ganz besondere Fortschritte macht die Frauenorganisation, die in Stadt Salzburg, Itzling, Marglan, Hallein und Bischofshofen Ortsgruppen, respektive Zahlstellen besitzt.

Presse. Das Landesparteiorgan, die „Salzburger Wacht", ist im Aufblühen begriffen und hat in der Berichtsperiode rund 1000 Abnehmer neugewonnen. Die von der Partei im Herbst 1908 erworbene Buchdruckerei weist einen namhaften Reinertrag aus.

Die Konsumvereinsbewegung hat ihre Stütze in dem 1600 Mitglieder starken Konsumverein „Vorwärts" in Stadt Salzburg, der in Marglan eine neue Filiale errichtet hat.

Die eingelaufenen Detailberichte der Bezirksorganisationen können wegen Raummangel nicht veröffentlicht werden.

Schlesien.

Westschlesien. Seit dem letzten Parteitag waren wir bestrebt, unsere politische Organisation auf Wahlvereine aufzubauen. Die Reorganisation gelang und hat sich bis nun trefflich bewährt.

Inmitten der großen Reorganisationsarbeit kam die durch das Ableben des Abgeordneten Professors Kaiser notwendig gewordene Ersatzwahl für den VII. schlesischen Reichsratswahlkreis Jauernigg Land. Ein Wahlkampf von besonderer Schärfe entbrannte, bei dem die bürgerlichen Parteien alle Minen springen ließen. Besonders die Christlichsozialen, die ein ganzes Heer ihrer Agitatoren in den Wahlkreis entsendeten, waren überaus tätig. Unserer Partei war es möglich, bei der Hauptwahl nicht nur die Stimmenzahl der im Jahre 1907 vollzogenen Wahl zu behaupten, sondern einen Zuwachs von 69 Stimmen zu verzeichnen. Von den 9397 Wählern stimmten 3488 für den Agrarier, 3464 für den Sozialdemokraten und 1977 für den Christlichsozialen. Bei der Stichwahl erhielt unser Kandidat Genosse Rudolf Müller 1502, der Agrarier 4238 Stimmen.

Große Anstrengungen mußten im Kampfe zur Erringung eines demokratischen Landtagswahlrechtes gemacht werden. Den schmachvollen Entwurf des herrschenden Landtagsklüngels gelang es zu Falle zu bringen.

Nun sind die Neuwahlen nach dem alten Wahlrecht ausgeschrieben, noch einmal darf aber nach diesem Wahlrecht nicht mehr gewählt werden.

Die Exekutiven der deutschen, polnischen und tschechischen Parteien haben sich ein gemeinsames Exekutivorgan geschaffen, das bei Angelegenheiten, die alle das Land bewohnenden Nationen betreffen, in Aktion tritt und sich auf das trefflichste bewährt hat.

Nicht unerwähnt darf die Schaffung eines Denkmals für den bei den letzten Hauptwahlen (1907) mitten im Kampfe verstorbenen Genossen Hugo Schmidt bleiben, das unter Mithilfe der ganzen schlesischen deutschen Arbeiterschaft auf dem Jägerndorfer Friedhof errichtet wurde.

In dem westschlesischen Agitationsgebiet sind in den Gewerkschaften gegen (***) Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert, in den politischen Vereinen 2183.

Der Beitrag, der in allen Wahlvereinen eingehoben wird, beträgt monatlich 20 H., wovon die Lokal-, Bezirks-, Land- und Reichsbeiträge bestritten werden.

Politische und gewerkschaftliche Versammlungen, inbegriffen auch die Sitzungen der Vertrauensmänner und Gewerkschaften, wurden 1626 abgehalten.

Versammlungsverbote und Versammlungsauflösungen sind äußerst selten, es sind im ganzen nur fünf Versammlungsauflösungen zu verzeichnen.

In Westschlesien erscheint als Parteiblatt die „Schlesische Volkspresse", die in diesen zwei Berichtsjahren eine besondere Entwicklung zu verzeichnen hat. Seit dem Frühjahr dieses Jahres erscheint unser Organ zweimal wöchentlich mit einer Auflage von 5000 die Samstagnummer und 2000 die Dienstagnummer.

An Konfiskationen hatten wir eine seit dem Bestand des Blattes zu verzeichnen und diese fällt in die Zeit der bosnischen Abenteuer.

Preßprozesse sind mehrere zu verzeichnen; das Troppauer Schwurgericht hat sich bei ihnen als voreingenommen gegen unsere Partei erwiesen.

Der 1. Mai wurde in dieser Berichtsperiode allgemeiner gefeiert als dies in den früheren Jahren der Fall war. Eine Ausnahme machen nur noch die Textilprotzen des Jägerndorfer und Freiwaldauer Gebietes, die mit der Hungerpeitsche die Arbeitsruhe ihrer Lohnsklaven unmöglich machen.

Die Wahlen in die Bezirkskrankenkassen sowie in die einzelnen Gemeindevertretungen haben uns Erfolge gebracht. In 15 Orten, in denen Organisationen bestehen, sind 32 Sozialdemokraten als Gemeinderatsmitglieder gewählt worden. In einer Gemeinde fungiert auch ein Parteigenosse als Gemeindevorsteher. (Buchbergsthal bei Würbenthal.)

Zu erwähnen wäre noch die Anlage von Wanderbibliotheken, die in den einzelnen Bezirksorganisationen dem Lese- und Bildungsbedürfnis unserer Genossen Rechnung tragen sollen.

Ostschlesien. Die deutsche Parteiorganisation Ostschlesiens ist im Sinne des Reichs- und Landesparteitagsbeschlusses auf politischen Wahlvereinen aufgebaut. Es bestehen zwei Wahlvereine, die zusammen 917 politisch organisierte Mitglieder zählen. Der Monatsbeitrag in den Vereinen beträgt 20 H., wovon der Lokalorganisation 5 H. verbleiben, der Rest wird der Bezirksorganisation, respektive Wahlkreisorganisation abgeliefert, die die Landes- und Reichsparteisteuer deckt.

Die deutsche Partei unseres Gebietes besitzt ein eigenes Parteiorgan, die „Volksstimme", die ab 1. Juli 1909 zweimal wöchentlich zu erscheinen begonnen hat. Die Auflage des Blattes beträgt 1800 Exemplare.

Ueber politische Verfolgungen haben wir im Laufe der Berichtsperiode außer drei Klagefällen wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes nichts Besonderes zu verzeichnen, dafür aber versuchten unsere bürgerlichen Gegner, uns mit Preßprozessen vor der Troppauer Geschwornenbank niederzudrücken. Während der verhältnismäßig kurzen Zeit, in der unser Blatt in Jägerndorf gedruckt wurde, hatten wir sechs Preßprozesse, die mit Geldstrafen und mit einer Verurteilung zu sechs Wochen Arrest endeten.

An Wahlerfolgen hatten wir während der Berichtsperiode zu verzeichnen: In Bielitz einen Sieg über die Christlichsozialen bei der Gewerbegerichtswahl, in Alt-Bielitz bei den Gemeindewahlen im dritten Wahlkörper, in Kamitz bei den Gemeindewahlen im dritten Wahlkörper und in Oderberg Stadt wurden desgleichen zwei sozialdemokratische Vertreter gewählt.

Die gewerkschaftliche Organisation zählt 3382 Mitglieder. Außerdem besteht in Bielitz ein Arbeiter-Konsumverein mit je einer Filiale in Teschen, Oderberg und in Freistadt.

An politischen inklusive Volksversammlungen wurden 213 abgehalten, gewerkschaftliche, Vereins-, Branchen- und Werkstättenversammlungen wurden 974 veranstaltet.

Steiermark.

Organisation. Der Landesparteivertretung in Graz unterstehen 14 Bezirksorganisationen. Außer dem Landessekretariat in Graz bestehen zurzeit 7 Sekretariate, und zwar in Bruck a. d. Mur, Fohnsdorf, Knittelfeld, Leoben, Marburg a. d. Drau, Mürzzuschlag und Trifail. (Das letztere für das slowenische Sprachgebiet.)

Die Bezirksorganisationen umfassen wieder 12 Lokalorganisationen. Diese sind durchaus auf der freien Organisation nach Häusern und Straßen aufgebaut. Bei dieser Organisationsform macht sich aber namentlich in den größeren Städten großer Mangel an geeigneten Vertrauensmännern fühlbar. Als Parteibeitrag werden monatlich 10 H. eingehoben. Im Laufe der letzten Monate haben allerdings schon einige Lokalorganisationen die Einhebung eines Beitrages von 20 H. monatlich beschlossen und durchgeführt. Zur Erhaltung der Provinzsekretariate werden in einigen Bezirken auch von

den Gewerkschaftsmitgliedern Extrabeiträge von 2 H. wöchentlich eingehoben. In ganz Steiermark leisten insgesamt 13.000 Parteigenossen regelmäßig den Parteibeitrag.

Vereine. Gewerkschaftliche Vereine (Ortsgruppen der Zentralverbände) bestehen in ganz Steiermark 306 mit 24.500 Mitgliedern, inklusive 1074 organisierte Frauen. Ferner hat der Steiermärkische Volksbildungs- und Rechtshilfeverein im ganzen Lande 70 Ortsgruppen mit 2850 Mitgliedern, die größtenteils der ländlichen Bevölkerung angehören. Der Verband jugendlicher Arbeiter hat zwei Ortsgruppen im Lande. Politische Vereine bestehen nur fünf.

Versammlungen. In der Berichtsperiode wurden in Steiermark insgesamt 3860 gewerkschaftliche und 3138 politische Versammlungen inklusive der Wählerversammlungen abgehalten.

Parteipresse. Das Landesparteiorgan, der „Arbeiterwille", hat in der Berichtsperiode neuerlich einen großen Aufschwung genommen. Am 29. März 1908 erschien das Blatt zum erstenmal mit einer effektiven Auflage von 20.000 Exemplaren. Im Dezember 1908 erreichten wir bisher unsere höchste Auflage von 16.000 Exemplaren an Wochentagen und 23.000 an Sonntagen. Gegen den Schluß der Berichtsperiode ist allerdings die Auflage wegen der Sommersaison wieder etwas gesunken. Im kommenden Herbst und Winter erhoffen wir jedoch eine neuerliche Steigerung der Auflage.

Im Laufe der letzten zwei Jahre wurde das Blatt achtmal konfisziert. Durch Interpellationen im Abgeordnetenhause wurden die konfiszierten Stellen zwar immunisiert und nachträglich den Lesern zur Kenntnis gebracht, aber trotzdem wird die Verfolgungspraxis der Grazer Staatsanwaltschaft geradezu schon unerträglich.

Der verantwortliche Redakteur des „Arbeiterwille" wurde auch wiederholt angeklagt. In einem Schwurgerichtsprozesse wurde er freigesprochen und in einem zweiten zu 600 Kr. Geldstrafe verurteilt. Wegen der freimütigen Besprechung dieses vollständig ungerechten und allgemein unerwarteten Urteils wurde dann wieder das Blatt konfisziert.

Gerichtliche Verfolgungen. In der Berichtsperiode kamen in Steiermark 19 gerichtliche Verurteilungen vor, davon 14 wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes, 12 wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes und 3 wegen Ehrenbeleidigungen von politischen Gegnern. Insgesamt wurden 62 Tage Arrest und 101 Kr. Geldstrafe verhängt. Gelegentlich des Streiks in der Styria-Fahrradfabrik wurden außerdem noch 76 Personen insgesamt zu drei Jahren vier Monaten und 21 Tagen Gefängnis verurteilt.

Wahlen. Bei den Ergänzungswahlen in den Grazer Gemeinderat für den dritten Wahlkörper im Herbst 1907 hatten die Deutschbürgerlichen gar keine Gegenkandidaten aufgestellt. Wir hatten es daher nur mit den klerikalen Zählkandidaten zu tun und brachten unsere Kandidaten mühelos mit Zweidrittelmehrheit durch. Ein großer Teil unserer Parteigenossen glaubte nunmehr nach den wiederholten glatten Siegen, daß die bürgerlichen Parteien diesen Wahlkörper schon endgültig als verloren betrachten. Die Bürgerlichen benützten die Lauheit unserer Genossen zu einem erfolgreichen Vorstoß. Durch die Aufstellung politisch ganz indifferenter Kandidaten gelang es ihnen im Herbst 1908 die Nationalen und Klerikalen gemeinsam gegen uns zur Urne zu bringen. Von unseren sechs Kandidaten wurden nur zwei wiedergewählt, während von den Bürgerlichen vier Kandidaten mit einer Mehrheit von 10 bis 30 Stimmen gewählt wurden.

Landtagswahlen. Am 7. Mai 1909 fanden die Landtagswahlen nach dem neuen Wahlrecht statt. Wir erhielten in ganz Steiermark in dieser Kurie rund 40.000 Stimmen im ersten Wahlgang und eroberten glatt vier Mandate. Genosse Horvatek kam im untersteirischen Städtebezirk mit einem Deutschnationalen in die Stichwahl und wurde trotz aller Anstrengungen der Gegner beim zweiten Wahlgang gewählt. Wir haben also im neuen Landtag fünf Vertreter gegen zwei im alten.

Reichsratsersatzwahlen. Der Abgeordnete des zweiten Grazer Reichsratswahlkreises Exminister Dr. Julius v. Derschatta legte nach seiner Ernennung zum Lloydpräsidenten ebenfalls sein Mandat zurück. Die Ersatzwahl fand am 8. Juni 1909 statt. Die Partei kandidierte in diesem Wahlkreise, der zum sicheren Besitzstand der Deutschnationalen gehört, den Genossen Dr. Michael Schacherl. Bei sehr schwacher Wahlbeteiligung hatte die Wahl folgendes Ergebnis:

Wastian	(deutschnational)	2291	Stimmen,	gegen 1907	um 426	Stimmen	weniger
Neuntenfel	(klerikal)	1328	„	„ 1907	„ 326	„	„
Dr. Schacherl	sozialdemokratisch	1271	„	„ 1907	„ 213	„	„

Die geringe Wahlbeteiligung erklärt sich in diesem Falle einerseits aus den Grazer Parteiverhältnissen, welche den Wahlausgang ohnehin voraussehen ließen, und

andererseits aus der Wahlmüdigkeit der Wähler, die unmittelbar nach den allgemeinen Landtagswahlen neuerdings zur Urne gerufen wurden.

Vertretung in den Gemeinden. Am Schlusse der Berichtsperiode (Ende Juni 1909) sitzen in 24 Gemeinden des Landes Steiermark insgesamt 105 Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen.

Tirol.

Die politische Organisation ist auf vier politische Vereine und 12 freie Organisationen basiert. Der Mitgliederstand ist 1451, wovon 600 auf Innsbruck allein entfallen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt allerorts 20 H. im Monat.

Die Gewerkschaften umfassen etwa 9000 Mitglieder. Auch das Schwergewicht der gewerkschaftlichen Bewegung liegt in Innsbruck. Politisch wie gewerkschaftlich weist noch der Wörgler Bezirk eine stärkere Entwicklung auf.

Das Organ der Tiroler Landespartei, die „Innsbrucker Volkszeitung", erscheint dreimal wöchentlich in einer Auflage von 3800 Exemplaren. In der Berichtsperiode wurde das Blatt dreimal konfisziert. Fünf Preßprozesse mußten geführt werden; sie endigten mit der Zurückziehung der Klage oder einem Vergleich.

Am ersten Mai herrschte in Innsbruck fast völlige Arbeitsruhe, aber auch in anderen Orten mit nennenswerter Industrie feierten die Arbeiter.

Es wurden 46 Lohnkämpfe geführt, an denen 5156 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. Die Arbeitseinstellungen dauerten 620 Tage. Von den Lohnbewegungen endeten 30 mit vollem, 10 mit teilweisem, 3 ohne Erfolg, während 3 noch unerledigt sind.

Wegen Uebertretung des § 23 P.-G. kamen 29 Verfolgungen vor, achtmal erfolgte eine Verurteilung der angeklagten Genossen.

In fünf Gemeinden beteiligten sich unsere Genossen an den Gemeinderatswahlen. Es gibt bis jetzt sieben sozialdemokratische Vertreter in fünf Tiroler Gemeindevertretungen.

Die Arbeit unserer Genossen hat unter dem Terrorismus der Klerikalen zu leiden, die besonders die Saalabtreiberei forcieren. Trotzdem ist ein wenn auch langsamer Fortschritt zu verzeichnen.

Vorarlberg.

Die sozialdemokratische Partei kann auf eine ständige und sichere Entwicklung während der letzten zwei Jahre zurückblicken. Ende des Jahres 1906 zählte unsere Gesamtorganisation 759 Gewerkschaftsmitglieder, politisch organisiert waren kaum die Hälfte. Am 30. Juni 1909 zählte die gewerkschaftliche Organisation 40 Gruppen mit 1324 Mitgliedern. Politisch im sozialdemokratischen Wählerverein (16 Gruppen) sind heute 1034 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert.

Lohnbewegungen haben in der Berichtsperiode 11, Streiks 6, an denen 975 Personen beteiligt waren, stattgefunden. Bis auf den Schneiderstreik in Bregenz haben sämtliche Bewegungen mit Erfolg geendet.

Versammlungen: Es haben stattgefunden: 140 politische Vereinsversammlungen, 152 § 2-Versammlungen, 101 Volksversammlungen, 1063 Gewerkschaftsversammlungen, 38 Frauenversammlungen.

Die Landesparteivertretung erledigte ihre Geschäfte in 47 Sitzungen und vier Bezirkskonferenzen. Für die politische Propaganda wurden 18.500, für gewerkschaftliche 13.000 Flugschriften verbreitet.

Der erste Mai wurde in den vier Städten mit teilweiser Arbeitsruhe gefeiert. An politischen Prozessen und Verfolgungen haben wir 10 zu verzeichnen. An Prozeß- und Strafkosten mußten Kr. 671·57 bezahlt werden.

Landtagswahlen. Vom 10. bis 15. Mai haben die Neuwahlen für den Landtag auf Grund der geänderten Wahlgesetze stattgefunden. Obgleich für uns kaum Aussicht bestand, auch nur ein Mandat zu gewinnen, hat die Partei sowohl in der gemischten Wählerklasse als in der Städte- und Landgemeindenkurie Kandidaten aufgestellt.

Im Jahre 1907 hatten wir bei einjähriger Seßhaftigkeit in den vier Wahlkreisen 1998 Stimmen erhalten, diesmal bei dreijähriger Seßhaftigkeit 2157 Stimmen. Das elende Wahlrecht und die noch elendere Wahlkreiseinteilung brachten es zuwege, daß auf 907 christlichsoziale Wähler ein Abgeordneter, auf 5412 Wähler der Fortschrittlichen ebenfalls ein Abgeordneter entfällt, während 2157 sozialdemokratische Wähler leer ausgingen.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Jeder Delegierte hat das Recht, persönliche Bemerkungen oder tatsächliche Berichtigungen entweder am Schlusse der Sitzung oder der Debatte vorzubringen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Teilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu beteiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort erteilt werden.

Anträge zum Parteitag.

Vor den Verhandlungen gestellte Anträge.

Zur Abänderung der provisorischen Tagesordnung:

1. Antrag der Bezirksorganisation Staab:

Auf die Tagesordnung ist noch zu setzen der Punkt: Die Agitation auf dem flachen Lande.

2. Antrag der Bezirksorganisation Neustadt an der Tafelfichte:

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist der Punkt: Die Stellung zum Nationalismus zu stellen.

3. Antrag der Bezirksorganisation Reichenberg:

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist der Punkt: Die Stellung der Sozialdemokratie zum Nationalismus zu stellen.

4. Antrag der Bezirksorganisation Neustadt an der Tafelfichte:

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist der Punkt: Nationalismus und Sozialdemokratie zu stellen.

Zu Punkt 2, Alinea a, der Tagesordnung: „Bericht der Parteivertretung".

5. Antrag der Bezirksorganisation Teplitz:

Die Parteivertretung wird beauftragt, im Einvernehmen mit den betreffenden Organisationen für die Genossen und Genossinnen in der Provinz Wandervortragskurse zu veranstalten.

Ferner wird die Parteivertretung beauftragt, vorbereitende Schritte zur Errichtung einer Parteischule nach dem Berliner Muster zu unternehmen. Dabei wäre insbesondere darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese Institution in ausgiebigem Maße den Vertrauensmännern außerhalb Wiens zugänglich wäre.

Zu Punkt 2, Alinea c, der Tagesordnung: „Ueber die Parlamentstätigkeit".

6. Anträge der Wiener Genossinnen:

1. Der Parteitag möge beschließen, während der nächsten Session des Parlaments ist von der sozialdemokratischen Fraktion eine energische Aktion zur Beseitigung aller reaktionären Bestimmungen aus dem Vereinsgesetz einzuleiten. Insbesondere soll angestrebt werden, daß der § 30, der Frauen und Minderjährige von der Mitgliedschaft in politischen Vereinen ausschließt, beseitigt wird. Die parlamentarische Aktion ist durch eine wirksame Versammlungsaktion und durch die Presse zu unterstützen.

2. Der Parteitag beauftragt den Klub der deutschen Sozialdemokraten im Reichsrat, darauf zu dringen, daß der von ihm bereits zweimal eingebrachte Antrag auf Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit zur Verhandlung komme.

3. Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen und Gemeindestuben, in diesen Körperschaften ehebaldigst den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für alle Männer und Frauen einzubringen und dort kraftvoll zu vertreten.

4. Der Parteitag beauftragt die Parteiorganisationen aller Kronländer und Gemeinden, in denen eine Wahlrechtsbewegung im Flusse ist oder bevorsteht, die Ausdehnung des Wahlrechtes auch auf die Frauen in den Versammlungen und in der Presse energisch zu fordern.

7. Antrag der Bezirksorganisation Olmütz:

Der Parteitag wolle beschließen, daß unsere Abgeordneten im Reichsrat einen Gesetzentwurf über die Gleichstellung der Waffenübungen der Landwehr mit denen im Heere einbringen mögen.

Begründung: Der Landwehrmann dient ebenso wie der Soldat des k. u. k. Heeres zwei bis drei Jahre; während der des Heeres drei Waffenübungen zu 13 Tagen, also 39 Tage, macht, muß der Landwehrmann drei Waffenübungen zu 28 Tagen, also 84 Tage machen. Es wäre daher notwendig, auch hier Wandel zu schaffen.

8. Antrag der Bezirksorganisation Olmütz:

Der Parteitag wolle die Fraktion der sozialdemokratischen Abgeordneten auffordern, im Parlament einen Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Mineralwasserquellen zu überreichen und auf dessen sofortige Durchführung zu dringen.

Begründung: So wie der Lebensmittelwucher wird auch der Wucher mit Mineralwässer betrieben. Die Mineralwässer sind Naturprodukte, welche nichts kosten als die Flasche und das Füllen. Rechnet man 2 H. Fracht, so kostet die Flasche 12 H., welche dann von den Kapitalisten mit 60 bis 70 H. verkauft wird, wobei sie einen Reinertrag von 600 bis 700 Prozent erzielen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Parteiorganisation".

9. Antrag der Parteivertretung.

Der Parteitag beschließt die Einsetzung einer Kommission, die alle zur Aenderung des Organisationsstatuts der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich eingelangten Anträge zu prüfen und dem Parteitag die entsprechenden Abänderungsanträge zur Beschlußfassung zu unterbreiten hat.

10. Antrag des Genossen Seliger:

Entwurf eines neuen Organisationsstatuts*).

Parteizugehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms schuldig gemacht hat, einer anderen Partei angehört oder für sie tätig ist oder eine ehrlose Handlung begangen hat.

Gliederung der Parteiorganisation.

a) Bezirksorganisation.

§ 2. Die Grundlage der Parteiorganisation bildet der Agitationsbezirk, der in jedem Falle ein territoriales Ganzes bilden muß und entweder den Reichsratswahlbezirk oder ein territorial besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet umfaßt.

*) Die spazionierten Zeilen des Entwurfes sind die geänderten.

Die Bestimmung der Gebietsgrenzen der Agitationsbezirke obliegt den Landeskonferenzen, beziehungsweise den Kreiskonferenzen da, wo die Kreisorganisationen als den Agitationsbezirken nächstübergeordnete Organisationsform bestehen.

§ 3. Für jeden Agitationsbezirk ist ein sozialdemokratischer Verein zu gründen.

b) Lokalorganisationen.

§ 4. Die in einem Orte wohnenden Angehörigen der Partei bilden zusammen die Lokalorganisation. Dieser kann nur angehören, wer politisch organisiert ist, das heißt dem sozialdemokratischen Bezirksverein angehört oder, sofern ihm dies durch das Gesetz verboten ist, im Sinne des zweiten Absatzes des § 7 des Parteistatuts Mitglied der politischen Organisation ist.

Die Lokalorganisationen sind Hilfsstellen der Bezirksorganisation.

Innerhalb der Lokalorganisation ist, wo es zweckmäßig erscheint, die Häuser- und Straßenorganisation durchzuführen.

§ 5. In größeren Städten, die mehrere Wahlbezirke umfassen oder wo die territoriale Ausdehnung oder die Bevölkerungsgröße der Stadt die Zusammenfassung aller Parteiangehörigen in einem lokalen Organisationskörper erschwert, kann die lokale Gliederung der Partei mit Zustimmung der Parteivertretung anders gestaltet werden.

Doch darf hiebei von der für die ganze Partei gültigen grundsätzlichen Regelung der Mitgliedschaft zur Partei nicht abgewichen werden.

c) Landesorganisation.

§ 6. Alle Agitationsbezirke eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt. Diese Statuten dürfen mit den Parteistatuten nicht in Widerspruch stehen. Ihr Wortlaut ist der Reichsparteivertretung mitzuteilen. Wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb der Landesorganisation einzelne Agitationsbezirke zu Kreisorganisationen vereinigt werden. Ihre Abgrenzung bestimmt die Landeskonferenz.

Parteimitgliedschaft.

§ 7. Jeder im Agitationsbezirk wohnende Parteigenosse hat dem sozialdemokratischen Verein anzugehören.

Für jene Parteiangehörigen, die nach dem Gesetze nicht Mitglieder eines politischen Vereines sein können, ist die Zugehörigkeit und Beitragsleistung zur Parteiorganisation nach völlig gleichen Grundsätzen zu regeln.

Diese Regelung, beziehungsweise die Mitgliedschaft beim sozialdemokratischen Bezirksverein begründen die Zugehörigkeit zur Partei.

Vertretungskörperschaften.

§ 8. Die Lokalorganisation wählt aus ihrer Mitte als Hilfsorgane der Bezirksorganisation den Lokalvertrauensmann, den Lokalkassier und den Schriftführer und nach Bedarf eine entsprechende Anzahl von Beisitzern, die zusammen den Lokalausschuß bilden, dem die Durchführung der Beschlüsse der Lokal- und Bezirksorganisation obliegt. Als Vertreter der Lokalorganisation auf den Bezirkskonferenzen fungiert in erster Linie der Lokalvertrauensmann.

§ 9. Jeder Agitationsbezirk wählt durch die Bezirkskonferenz, die nach Maßgabe des Bedürfnisses abzuhalten ist, für die Dauer eines Jahres einen Bezirkvertrauensmann, einen Bezirkskassier, einen Schriftführer und

eine entsprechende Anzahl von Beisitzern, die zusammen die Bezirksvertretung bilden und der insbesondere die Besorgung und Leitung der Parteigeschäfte, der Agitation und der Organisationsarbeit, die Regelung des Bildungswesens und die Ueberwachung der Tätigkeit der Lokalorganisationen zukommt.

§ 10. Die Kreis- und Landesvertretungen werden von der Kreis-, beziehungsweise von der Landeskonferenz gewählt, die auch die Anzahl der Mitglieder dieser Vertretungen bestimmen.

§ 11. Jede Neuwahl eines Vertrauensmannes ist den übergeordneten Organisationsinstanzen unter genauer Angabe der Adresse des Gewählten sofort mitzuteilen.

Berichterstattung.

§ 12. Der Bezirksvertrauensmann ist verpflichtet, alljährlich an die Reichsparteivertretung über die Tätigkeit und über den Stand der Organisation im Agitationsbezirk Bericht zu erstatten. Die Berichterstattung hat vor Ablauf des Kalenderhalbjahres auf Grund von Fragebogen zu erfolgen, die von der Reichsparteivertretung an die Bezirksvertretung rechtzeitig hinauszugeben sind.

§ 13. In derselben Weise haben alljährlich über ihre Tätigkeit die Kreis- und Landesvertrauensmänner Bericht zu erstatten.

Frauenorganisation.

§ 14. Die Mitgliedschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Reichskonferenzen der Genossinnen gegründeten Frauenorganisation begründet gleichfalls die Zugehörigkeit zur Partei. In allen Agitationsbezirken, wo solche Frauenorganisationen bestehen, ist den Genossinnen eine entsprechende Vertretung in der Bezirksorganisation einzuräumen. Den Organisationen obliegt die Pflicht, die Genossinnen in der Agitation für die Frauenorganisation zu unterstützen. Die Adressen der Vertrauenspersonen für die Frauenorganisation sind von den Bezirksvertrauensmännern sowohl dem Parteisekretariat als auch dem Frauenreichskomitee mitzuteilen, das sie mit Rat und Tat zu unterstützen hat.

§ 15. Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, gewählt. Für die Art der Durchführung der Wahlen sind die von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen maßgebend.

§ 16. Die Beitragsleistung der Parteigenossinnen zur Parteiorganisation eines jeden Bezirkes ist im Einvernehmen mit der Frauenorganisation den lokalen Bedürfnissen entsprechend zu regeln.

Jugendorganisation.

§ 17. Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Ueberall, wo es die Verhältnisse zulassen, soll unter Mitwirkung der Reichsorganisation der jugendlichen Arbeiter an die Gründung von Jugendorganisationen geschritten werden. Den Jugendorganisationen ist gleichfalls eine entsprechende Vertretung in der Bezirksorganisation zu gewähren.

Parteibeiträge.

§ 18. Zur Deckung der Ausgaben der Parteiorganisation wird ein Parteibeitrag gemeinsam für alle Parteiinstanzen eingehoben. Zu diesem Zwecke wird von der Reichsparteivertretung eine Quittungsmarke ausgegeben, die von allen Lokal-, beziehungsweise von allen Bezirksorganisationen zur Bestätigung der Beiträge der Parteimitglieder zu verwenden ist.

§ 19. Die Aufteilung des Parteibeitrages unter die verschiedenen Parteiinstanzen erfolgt auf Grund der von den Bezirks-, den Kreis- und den Landeskonferenzen sowie vom Parteitag gefaßten Beschlüsse über die Höhe der Beitragsleistung. Der monatliche Mindestbeitrag darf jedoch für jedes Mitglied nicht weniger als zwanzig Heller betragen.

§ 20. Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke von der Reichsparteivertretung um den Betrag des Reichsparteibeitrages der Landesorganisation, von dieser wiederum um den Betrag des Landesbeitrages an die Kreisorganisation, von dieser um den Kreis-, Landes- und Reichsbeitrag an die Bezirksorganisation und von dieser endlich um denjenigen Betrag, den Bezirks-, Kreis-, Landes- und Reichsparteibeitrag zusammen ergeben, an die Lokalorganisationen abgegeben wird.

§ 21. Als einheitliche Legitimation für die Parteimitglieder wird von der Reichsparteivertretung eine Quittungskarte hinausgegeben, die zum Selbstkostenpreis an die Organisationen abzugeben und auf der den Parteimitgliedern der geleistete Monatsbeitrag mittelst der einheitlichen Quittungsmarke zu bestätigen ist.

Parteitag.

§ 22. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen. Mehr als zwei Delegierte können von keiner dieser Körperschaften geschickt werden. Bezirks- oder Kreisorganisationen, wo eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer den männlichen Delegierten auch eine Genossin auf den Parteitag zu senden. Die Wahl der Delegierten wird in den Parteiversammlungen oder Konferenzen, beziehungsweise Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen.
2. Die Mitglieder der Parteivertretung und der Parteikontrolle.
3. Die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten.
4. Je ein Delegierter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und Genossinnen.
5. Je ein Delegierter der Partei- und Fachblätter.

§ 23. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 24. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich findet regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt und wird von der Reichsparteivertretung einberufen.

Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Reichsparteivertretung oder auf Verlangen von mindestens fünfundzwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen statt.

§ 25. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt, so hat die Reichsparteivertretung mit der Parteikontrolle die Bestimmung vorzunehmen.

§ 26. Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termin der Abhaltung durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Der Parteibericht muß längstens vierzehn Tage vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen zum Parteitag sind vor dem Parteitag an die Reichsparteivertretung einzusenden und vor dem Stattfinden des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen. Dasselbe gilt auch für die Anträge der Reichsparteivertretung.

§ 27. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die politische und geschäftliche Tätigkeit der Reichsparteivertretung, der Parteikontrolle und die parlamentarische Tätigkeit der Reichsratsabgeordneten.

2. Bestimmung des Ortes, an dem die Reichsparteivertretung ihren Sitz hat.
3. Die Wahl der Reichsparteivertretung und der Parteikontrolle.
4. Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

Reichsparteivertretung und Kontrolle.

§ 28. Der Parteitag wählt die aus zwanzig Personen bestehende Reichsparteivertretung. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der engere Ausschuß seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode die Funktion als Kontrollore am Sitze des engeren Ausschusses ausübten, sind in der nächsten Periode als Kontrollore nicht wieder wählbar.

Die Wahl der Reichsparteivertretung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel in einem Wahlgang nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach der Wahl hat die Reichsparteivertretung ihre Konstituierung vorzunehmen und das Ergebnis im Zentralorgan der Partei bekanntzugeben.

§ 29. Die Reichsparteivertretung besorgt die Parteigeschäfte und verfügt über die Parteigelder.

Sie kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Reichsparteivertretung jederzeit teilnehmen.

Die Reichsparteivertretung tritt in der Regel vierteljährlich einmal zusammen und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrolle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Der Chefredakteur und der Administrator des Zentralorgans haben das Recht, an den Sitzungen der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen.

Jedem Parteitag hat die Reichsparteivertretung über ihre Tätigkeit sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitag beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

§ 30. Ueber Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Reichsparteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen. Die Adresse des Obmannes der Parteikontrolle ist im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Reichskonferenz.

§ 31. Die Reichsparteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen die Vertreter der Kreis- und Landesorganisationen zu einer Reichskonferenz einzuberufen.

Zentralorgan der Partei.

§ 32. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung". Sie untersteht der Parteivertretung. Das gleiche gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Reichsparteivertretung sind in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

Parteipresse.

§ 33. Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn streng darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden, und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur mit Zustimmung der Kreis- und Landesorganisationen erfolgen. In jenen Ländern, die keine Landesorganisationen besitzen, tritt an Stelle der Landes- die Reichsparteivertretung.

Kandidaturen.

§ 34. Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesparteivertretung, wo diese fehlt, von der Kreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Vertrauensmänner der Wahlbezirke vorzunehmen, und zwar nach Erstattung der Vorschläge durch die Vertrauensmänner der Wahlbezirke.

Die endgültige Entscheidung über die Reichsratskandidaturen vor allgemeinen Neuwahlen erfolgt für die Reichsratswahlen durch die Reichskonferenz.

Ausschluß aus der Partei.

§ 35. Ueber den Ausschluß aus der Partei im Sinne der §§ 3 und 4 entscheidet ein von der Reichsparteivertretung zu berufendes sechsgliedriges Schiedsgericht. Die Hälfte der Beisitzer wird von der Organisation nominiert, die den Ausschluß beantragt, die andere Hälfte von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt die Reichsparteivertretung; derselbe hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

Der Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Genossen gestellt werden.

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Organisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Partei gelten und dem davon Betroffenen steht das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen. Der Ausschluß aus der Partei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Unterläßt es ein Parteigenosse, dessen Ausschluß verlangt worden ist, vom Tage der Verständigung an innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, oder verzichtet er ausdrücklich auf die Einsetzung des Schiedsgerichtes, so gilt er ohneweiters als ausgeschlossen.

Abänderung der Organisation.

§ 36. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation müssen vier Wochen vor Abhaltung des Parteitages der Reichsparteivertretung mitgeteilt werden. Die Parteivertretung hat die Pflicht, diese Anträge mindestens vierzehn Tage vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Eine Abweichung von dieser Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der auf einem Parteitag anwesenden Vertreter sich dafür entscheiden.

11. Abänderungsanträge des Genossen Riese (Klagenfurt): zum „Entwurf eines neuen Organisationsstatuts".

§ 3 ist zu streichen.

§ 4. Im ersten Absatz ist die Stelle, die mit den Worten: „Das heißt" beginnt, bis zum Schluß „Organisation ist", zu streichen.

Der zweite Absatz bleibt.

Der dritte Absatz hat zu lauten: Innerhalb der Lokalorganisation ist die Häuser- und Straßenorganisation, **soweit es erforderlich ist**, durchzuführen.

§ 5. Im zweiten Absatz ist zu streichen: „Auf der Grundlage des sozialdemokratischen Vereines".

§ 6. Die Stelle: „Diese Statuten dürfen mit den Parteistatuten nicht in Widerspruch stehen. Ihr Wortlaut ist der Reichsparteivertretung mitzuteilen" ist zu streichen. Dafür ist an dem vorgeschlagenen § 6 folgender Abschnitt anzuhängen: „Die Statuten der Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen dürfen mit dem Statut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen. Die Statuten der Landesorganisationen sind der Reichsparteivertretung mitzuteilen.

§ 7. Der vorgeschlagene Wortlaut ist zu streichen und durch folgenden zu ersetzen: „Mitglied der Parteiorganisation ist, wer einer Straßenorganisation angehört oder seine Parteibeiträge in der Form eines Zuschlages zu den fachlichen Organisationen leistet."

§ 10 ist durch folgenden Zusatz zu ergänzen: „Als Vertreter der Bezirks-, beziehungsweise Kreisorganisationen auf den Kreis-, beziehungsweise Landeskonferenzen fungiert in erster Linie der Bezirks-, beziehungsweise der Kreisvertrauensmann."

Das vorletzte Wort dieses Paragraphen: „Vertretungen" ist durch das Wort: „Vertretungskörperschaften" zu ergänzen.

§ 11. Die letzte Zeile: „Welche sie mit Rat und Tat zu unterstützen haben", ist als selbstverständliche Bestimmung zu streichen.

§ 16. Die Stelle: „Zur Parteiorganisation eines jeden Bezirkes" ist zu ersetzen durch: „Zu den Lokal-, Bezirks- und Kreisorganisationen". Die Stelle: „Den lokalen Bedürfnissen entsprechend" ist zu streichen.

§ 18 hat zu lauten:

Zur Deckung der Ausgaben der Parteiorganisationen wird ein Parteibeitrag gemeinsam für alle Parteiinstanzen eingehoben. Die Einhebung erfolgt: a) von den einer Fachorganisation angehörenden Parteigenossen durch einen Zuschlag zum Wochen-, beziehungsweise Monatsbeitrag für die Fachorganisation; b) von den übrigen Parteiangehörigen durch die Straßenorganisation.

Zur Einhebung der Beiträge durch die Straßenorganisation wird von der Reichsparteivertretung eine Quittungsmarke ausgegeben, die von allen Lokal-, beziehungsweise Bezirksorganisationen zur Bestätigung der Beiträge der Parteimitglieder zu verwenden ist.

Die §§ 19 und 20 haben ihre Stelle zu tauschen, so daß der § 20 des Entwurfes als § 19 rangiert. Im § 20, erste Zeile, soll es heißen: „Die Einhebung des Parteibeitrages durch die Straßenorganisation geschieht in der Weise ꝛc." Im übrigen soll der Wortlaut der beiden Paragraphe unverändert bleiben, nur erhält der § 19 einen Zusatz.

§ 21 hat zu lauten:

Als einheitliche Legitimation für die Parteimitglieder wird von der Reichsparteivertretung eine Quittungskarte zum Selbstkostenpreis hinausgegeben, auf welcher die Leistung der Parteibeiträge: a) der Straßenorganisationsmitglieder mittelst der einheitlichen Quittungsmarke; b) den fachlich organisierten Parteimitgliedern durch Vormerkungen der Kassiere in vorgedruckten Rubriken zu bestätigen ist.

12. Abänderungsanträge des Genossen Skaret:

Der § 3 des Entwurfes des neuen Organisationsstatuts ist nach dem Worte „gründen" wie folgt abzuändern:

„Dem jeder im Bezirk wohnende Parteigenosse anzugehören hat."

Zwischen die §§ 10 und 11 des Entwurfes ist ein neuer Paragraph folgenden Wortlautes einzuschieben:

„§ 11. Organisationen, denen weibliche Mitglieder angehören, müssen ihnen eine Vertretung in den Ausschüssen gewähren. Die weiblichen Ausschußmitglieder haben im Einvernehmen mit dem Gesamtausschuß vornehmlich die Frauenagitation zu betreiben."

Der hierauf bezughabende Satz im § 14 „Frauenorganisation" hat somit zu entfallen.

Im § 22 sind die Alineas 4 und 5 wie folgt abzuändern:

„4. Die in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und Genossinnen, die Redaktionen der Partei- und Fachblätter sowie die von sozialdemokratischen Reichskonferenzen eingesetzten Korporationen durch je einen Delegierten.

5. Die von der Reichsparteivertretung berufenen Referenten."

Vor § 35 ist ein neuer Paragraph mit folgendem Wortlaut zu setzen:

„Mitglieder, die mit ihren Beiträgen zur politischen Parteiorganisation länger als drei Monate im Rückstand sind, gelten, wenn sie nicht wegen Krankheit oder Arbeitslosigkeit vom Ausschuß ausdrücklich gestundet werden, als aus der Partei ausgetreten."

Das zweite Alinea des § 35 des Entwurfes ist nach den Worten: „von einer Parteiorganisation" wie folgt zu ergänzen:

„(Lokal-, Bezirks-, Kreis- oder Landesorganisation)."

Zwischen die §§ 35 und 36 ist ein neues Kapitel einzuschieben:

„Wiederaufnahme.

Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Ausschuß jener Organisation zu richten, von der seinerzeit das Ausschlußverfahren anhängig gemacht worden ist.

Die Entscheidung hierüber fällt, nach Anhörung der Organisation, die den Ausschluß beantragte, sowie der Organisation des letzten Wohnortes des Antragstellers, die Reichsparteivertretung."

13. Antrag der Bezirksorganisation Wien VII:

Dem § 1, Absatz 1, des Entwurfes ist der § 2 des bestehenden Statuts anzufügen, welcher lautet:

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer bestehenden Berufsorganisation anzugehören. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Berufsorganisationen hingegen werden verpflichtet, der politischen Organisation der Partei anzugehören.

14. Antrag der südböhmischen Kreisorganisation:

Die Wander- und Saisonarbeiter sind in den Orten ihres ständigen Wohnsitzes der Lokalorganisation anzugliedern. Die Lokalorganisationen solcher Orte, deren Mitglieder sich ganz oder zum Teil aus Wanderarbeitern zusammensetzen und in der Fremde in größeren Gruppen beisammenwohnen oder arbeiten, haben ihre Tätigkeit in den Orten des jeweiligen Aufenthaltes fortzusetzen. Die Mitglieder solcher Lokalorganisationen werden von den Bezirksvereinen ihres ständigen Wohnsitzes in Evidenz gehalten.

15. Antrag der Bezirksorganisation Teplitz:

Die Kommission hat aus dem engeren Parteiausschuß und aus 15 Delegierten zu bestehen, von denen aus Wien drei, Böhmen und Steiermark je zwei und aus den übrigen Kronländern je einer gewählt werden.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Parteipresse".

16. Antrag der Bezirksorganisatiion Wörgl:

1. Es ist eine allwöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage mit interessanten und belehrenden Aufsätzen in Wissenschaft, Kunst und Belletristik unter der Redaktion von Parteigenossen und für sämtliche Parteiprovinzblätter zum Selbstkostenpreis herauszugeben.

2. Die Partei- und Arbeitersekretariate erhalten das Zentralorgan, die „Arbeiter-Zeitung", gratis zugesendet.

17. Antrag der Bezirksorganisation Kratzau-Grottau:

Es soll ein Organ (Monatszeitung) geschaffen werden, das die Interessen der sozialdemokratischen Gemeindevertreter über die Kommunalpolitik bespricht und mindestens monatlich einmal erscheint.

18. Antrag der Bezirksorganisation Lienz (Tirol):

Wie die Erfahrung lehrt, ist die „Arbeiterinnen-Zeitung" in ihrer heutigen Gestaltung in die Kreise des industriellen Proletariats, aber ganz unmöglich in denen der Hausfrauen einzuführen. Die Folge davon ist, daß sehr viele Frauen zu einem von bürgerlicher Seite herausgegebenen Blatte greifen. Um diesen Uebelstand zu beseitigen, wolle der Parteitag folgenden Antrag beschließen:

Um ein besseres Mittel der Agitation für die Frauenbewegung zu erhalten, ist es notwendig, daß für die Frauen ein Blatt gegründet wird, das nicht ganz auf dem industriell proletarischen Standpunkt steht. Ein Blatt, das für Frauen einerseits ein Ratgeber für Küche und Haus sein soll, und andererseits einen aufklärenden Stoff über unsere Bestrebungen enthält.

19. Antrag der Kreisorganisation Teplitz-Saaz:

Die Reichsparteivertretung wird beauftragt, unverzüglich die Herausgabe einer sozialdemokratischen Reichsratskorrespondenz für die Parteipresse im Sinne der im Jahre 1907 in Wien anläßlich des Parteitages abgehaltenen Besprechung der Redakteure zu veranlassen.

20. Antrag der Bezirksorganisation Wien XVIII:

Die „Arbeiter-Zeitung" nimmt in letzter Zeit zu den politischen und gewerkschaftlichen Vorfällen nicht in jener Form Stellung, wie wir es von unserem Zentralorgan immer gewohnt waren. Wir beantragen daher, der Parteitag wolle beschließen, die Parteivertretung sei zu beauftragen, der Redaktion nahezulegen, sich mehr der Schreibweise eines sozialistischen Kampforganes zu bedienen sowie auch den Gewerkschaftskämpfen mehr Beachtung zu schenken.

21. Antrag der Bezirksorganisation Olmütz:

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten des Reichsrates wird aufgefordert, sofort nach Zusammentritt des Parlaments die nötigen Schritte einzuleiten,

daß die Preßgesetzreform durchgeführt werde, respektive daß der veraltete § 23 des Preßgesetzes von der Bildfläche verschwinde.

Begründung: Im Olmützer Bezirk ist es im Verlauf eines Jahres in einer Unzahl von Fällen zu Verurteilungen auf Grund des § 23 des Preßgesetzes gekommen und es wurden im Verhältnis hohe Strafen wegen dieser Uebertretung verfügt. Da diese Gesetzesbestimmung — wie das Preßgesetz überhaupt — einen vorsintflutlichen Charakter hat und dem heutigen Zeitgeist widerstreitet, ist dessen Aufhebung sowie eine Reform der ganzen preßgesetzlichen Bestimmungen äußerst notwendig.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: „Indirekte Steuern und die Lebensmittelteuerung".

22. Antrag der Bezirksorganisationen Aussig und Aussig-Land:

Die bisherigen Bestrebungen, den systematischen Lebensmittelwucher der Agrarier einzudämmen, sind trotz der sehr anerkennenswerten Kämpfe gegen diesen durch die sozialdemokratische Fraktion im Parlament noch nicht von jenem Erfolg gekrönt, wie ihn das arbeitende Volk ersehnt und braucht. Hauptschuldig, diesen unerträglichen Zustand verlängert und verschärft zu haben, sind die bürgerlichen Parteien, vor allem die Agrarier und die Christlichsozialen. Die Abstimmung am 28. November 1907 hat ergeben, daß der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments die Anträge der Sozialdemokraten, die allein geeignet waren, in der Teuerung sofortige Abhilfe zu schaffen, nicht dringlich waren. Die christlichsozialen und die agrarischen Abgeordneten haben sich durch die Ablehnung dieser Anträge als Schutzgarde des Lebensmittelwuchers erwiesen. Ein sofort wirkendes Programm zum Schutze und zur Förderung der Landwirtschaft, zur Ausschließung des wucherischen Zwischenhandels, Aufhebung der Fleischsteuer auf dem offenen Lande und der Linienverzehrungssteuer in den Städten, die Herabsetzung der Bier-, Branntwein-, Petroleumsteuer, vor allem der Zuckersteuer, enthielt der Antrag Renner und Genossen. Der Antrag Schrammel hatte wohl die einfache, aber nicht die Zweidrittelmehrheit. Es geschah also gegen den Lebensmittelwucher infolge des Volksverrates der bürgerlichen Parteien nichts. Der Kampf gegen den agrarischen Lebensmittelwucher wurde dessenungeachtet von der sozialdemokratischen Fraktion unermüdlich fortgesetzt. Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten brachte in der letzten Session durch Genossen Seitz neuerdings den Antrag ein, die Getreidezölle bis zum 31. Juli 1910 herabzusetzen. Aber auch dieser Antrag, dessen Annahme für das arbeitende Volk billiges Brot bedeutet hätte, wurde abgelehnt. Gegen billiges Brot, gegen billiges Fleisch für die Arbeiter, aber für billiges Futter für das Vieh, das war die Parole der bürgerlichen Volks- und Arbeiterfeinde bei der Abstimmung über den Antrag am 23. Juni 1909. Schon die Abstimmung am 28. November 1907, wo der Antrag Schrammel die Mehrheit erlangte, hat bewiesen, daß es möglich ist, den Uebermut der Agrarier zu brechen. Die gesamte arbeitende Bevölkerung hat nun die Pflicht, den Kampf gegen die agrarische Lebensmittelwucherpolitik neben dem Kampfe unserer Genossen im Parlament außerhalb desselben energischer wie bisher aufzunehmen und rücksichtslos durchzuführen. Die arbeitende Bevölkerung ist gezwungen, wenn die Volksvertretung nichts gegen den steigenden Lebensmittelwucher mit seiner steigenden Wohnungsnot und Volksverelendung zu tun gewillt ist, zur Selbsthilfe zu greifen. Wir fordern vom Parlament im Verein mit der Regierung eine großzügige, dem Volke Brot, Arbeit und Bildung sichernde Wirtschaftspolitik und stellen daher den Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die Parteileitung hat alles zu veranlassen, damit sobald als tunlich in der ihr am geeignetsten erscheinenden Zeit, jedenfalls aber an einem Tage im ganzen Reiche, also zu gleicher Zeit und Stunde, konform den Wahlrechtskämpfen im Jahre 1905 am 28. November, von der Arbeiterschaft aller Nationen nicht nur durch Ausdruck des einheitlichen Willens gegen die heutige Agrarpolitik protestiert und demonstriert, sondern mit allen zweckdienlichen Mitteln von einem gewissen Zeitpunkt an neben den gleichen Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion im Parlament gegen den unerhörten Lebensmittelwucher ein neuerlicher energischer Kampf eingeleitet wird. Die Aktion ist durch die Parteipresse aller Nationen und Flugschriften in allen Sprachen entsprechend vorzubereiten und durchzuführen.

23. Antrag der Bezirksorganisation Olmütz:

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten des Reichsrates wird aufgefordert, sofort nach Zusammentritt des Parlaments Schritte dahingehend zu unternehmen, daß der ungeheuren Verteuerung der Lebensmittel ein Ende bereitet werde.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: „Sozialversicherung".

24. Antrag der Bezirksorganisation Wörgl:

Der Parteitag beauftragt den Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause, bei Beratung des Sozialversicherungsgesetzentwurfes für eine Erweiterung des § 39, Absatz 3, im Sinne einer Schwangerschaftsunterstützung einzutreten, wonach jede Schwangere für die zwei letzten Wochen vor ihrer Entbindung eine aus Staatsmitteln in derselben Höhe wie für Wöchnerinnen festgesetzte Unterstützung erhält.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: „Eventuelles".

25. Antrag der Bezirksorganisation Olmütz:

Der Parteitag wolle die Herausgabe einer Reichswahlfondsmarke, deren Erträgnis an den Reichswahlfonds abzuführen wäre, beschließen und mit der Durchführung die Reichsparteivertretung betrauen.

26. Antrag der Bezirksorganisation Wörgl:

Der Parteitag beauftragt den Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhause, eine den modernen Rechtsanschauungen entsprechende Gesetzvorlage über das Dienstverhältnis einzubringen. In dieser Gesetzvorlage sollen alle aus dem Dienstvertrag entspringenden Streitigkeiten der Judikatur der politischen Behörden entzogen und den ordentlichen Gerichten zugewiesen werden.

27. Antrag der Bezirksorganisation Lienz (Tirol):

Wie bekannt, soll sich die Regierung mit der Einführung des Impfzwanges in Oesterreich befassen und einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Parlament unterbreiten. In dieser Angelegenheit wünscht die obige Organisation, daß der Sozialdemokratische Verband nicht für ein solches Gesetz stimmen soll, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens würde ein solches Gesetz eine bedeutende Einschränkung der persönlichen Freiheit des Elternrechtes bedeuten, zweitens sind die Ansichten und Urteile über die Wirkung des Impfens mindestens sehr geteilte. Ein großer Teil der Bevölkerung und selbst viele hervorragende ärztliche Autoritäten haben den Kampf gegen den Impfzwang heute schon aufgenommen.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Zu Punkt 2, Alinea a, der Tagesordnung: „Bericht der Parteivertretung".

28. Antrag Skaret:

Zur Untersuchung der Angelegenheit Altschul in Karlsbad wird eine fünfgliedrige Kommission eingesetzt, die dem Parteitag über die Berufung, die Altschul gegen seinen Ausschluß aus der Partei eingebracht hat, Bericht erstatten soll.

Zu Punkt 2, Alinea c, der Tagesordnung: „Ueber die Parlamentstätigkeit".

29. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die Fraktion wird beauftragt, im Abgeordnetenhause energisch darauf zu dringen, daß die Bestimmung des Vereinsgesetzes (Verbot, daß politische Vereine ein Verbandsverhältnis eingehen) aufgehoben werde.

30. Antrag Ritschmann:

Der Parteitag spricht dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten in Anerkennung seiner Verdienste um die energische Wahrnehmung der Interessen des Proletariats hiermit Dank und das vollste Vertrauen aus.

31. Antrag Trübenecker:

Der Parteitag erkennt an, daß der Deutsche sozialdemokratische Klub unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen, in fester Geschlossenheit mit den nichtdeutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, seine Pflichten gegen das arbeitende Volk und das Volkshaus zur Gänze erfüllt hat. Der Parteitag dankt dem Klub für die ernste, hingebungsvolle Arbeit und spricht ihm namens der deutschen klassenbewußten Arbeiterschaft volles Vertrauen aus.

32. Antrag Hillebrand-Čermak:

Dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird vom Parteitag für seine schwierige und erfolgreiche Tätigkeit der Dank und das vollste Vertrauen ausgesprochen.

33. Antrag Schiegl:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die Fraktion wird beauftragt, im Abgeordnetenhause energisch darauf zu dringen, daß die überfällige Reform, das Preßgesetz, endlich durchgeführt wird. Zur Unterstützung der parlamentarischen Aktion sind in ganz Oesterreich Versammlungen abzuhalten.

34. Antrag der Bezirksorganisation Salzburg:

Die Fraktion wird aufgefordert, der Wohnungssorge Aufmerksamkeit zu schenken und insbesondere darauf hinzuarbeiten, daß die Regierung für ihre in den Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten billige und gesunde Wohnungen schafft. In allen größeren Verkehrszentren sind die Eisenbahner durch Errichtung von Personalhäusern vor der privaten Wohnungsmisere zu schützen.

35. Antrag Ritschmann:

Die Parteivertretung wird beauftragt, zu veranlassen, daß bei jeder wichtigen namentlichen Abstimmung im Parlament über wichtige, die Interessen des arbeitenden Volkes betreffende Anträge die Namen der für und gegen stimmenden Abgeordneten in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht werden, wie es schon bei der Abstimmung über die Anträge Renner und Schrammel nach der Teuerungsdebatte geschehen ist.

36. Resolution Adler:

Uebereinstimmend mit dem Beschlusse des Parteitages der tschechischen Sozialdemokraten von Prag hält der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei von Oesterreich die Ausgestaltung des vom Brünner Gesamtparteitag im Jahre 1899 beschlossenen Nationalitätenprogramms für notwendig und fordert die Parteivertretung auf, Verhandlungen mit den Parteivertretungen der nichtdeutschen sozialdemokratischen Parteien über den Ausbau des gemeinsamen Nationalitätenprogramms einzuleiten und das Ergebnis dieser Verhandlungen vorzulegen.

Zu Punkt 2. Alinea d, der Tagesordnung: „Die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Landtagen".

37. Antrag Schäfer:

Der Parteitag erblickt in der Fortdauer des Privilegienwahlrechtes für die Landtage eines der schwersten Hindernisse der politischen Entwicklung Oesterreichs und des Fortschrittes des österreichischen Proletariats.

Das Privilegienwahlrecht liefert nicht nur die Arbeiterklasse aller Länder der Fremdherrschaft der besitzenden Klasse aus, es verfälscht und vergiftet auch die Beziehungen der Völker zueinander, es macht die Landtage zur Brutstätte des wahnwitzigen Chauvinismus. Von den Privilegienlandtagen gehen die schlimmsten Gefahren für die Arbeitsfähigkeit des Reichsparlaments aus, sie sind das schwerste Hindernis der Fortbildung unserer Verfassung, die an Stelle des verrotteten Kronländerföderalismus die Autonomie der Nationen begründen muß. Die Demokratie nicht nur in der Verfassung, sondern auch in der Verwaltung, nicht nur im Reiche, sondern auch in den Ländern, Kreisen, Bezirken und Gemeinden wird erst die Bedingungen schaffen für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wie für den internationalen Frieden.

Der Parteitag erneuert daher die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für die Landtage und fordert die Parteivertretung, den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in den Landtagen auf, alle zweckdienlichen Mittel anzuwenden, damit die Demokratisierung der Landesverfassung erkämpft werde, wie die Demokratisierung der Reichsverfassung erkämpft worden ist.

38. Antrag der Landesorganisation Salzburg:

Die Parteivertretung wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Landesorganisationen die allgemeinen Gesichtspunkte für das sozialdemokratische Landtagsprogramm aufzustellen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Parteiorganisation".

39. Antrag Skaret:

Zur Vorberatung der eingelangten Anträge über die Parteiorganisation wird eine Kommission eingesetzt, die das vorliegende Anträgematerial zu sichten und dem Parteitage Bericht zu erstatten hat.

40. Antrag Eugen de Witte und D. Leibl:

Die großen Massen landwirtschaftlicher Arbeiter sowohl, als auch die Kleinbauern (Häusler) wären für die sozialdemokratische Bewegung zu gewinnen, wenn mit einer entsprechenden Agitationsarbeit in den ländlichen Bezirken eingesetzt würde.

Wir stellen deshalb den Antrag:

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, die Frage der Organisation des landwirtschaftlichen Proletariates zu studieren und sich zu diesem Zwecke mit den bereits bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen, zum Beispiel mit dem Zentralverbande der Häusler und Kleinbauern in Kosolup und dem Verbande der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in Gablonz, ins Einvernehmen zu setzen.

Dem nächsten Parteitage, dessen Tagesordnung diese Angelegenheit beizusetzen ist, sind bereits positive Vorschläge darüber zu erstatten, in welcher Weise eine großzügige Agitations- und Organisationsarbeit am Lande zu betreiben ist.

41. Antrag Schatzmayer-Witternigg:

Der Reichsparteibeitrag ist von 2 auf 3 Heller zu erhöhen. Dagegen sind die 10 Prozent Umlagen der Bezirksorganisationen an die Reichsparteivertretung aufzulassen.

42. Antrag der weiblichen Delegierten: Frauenorganisation.

Die Frauenorganisation ist ein Glied der Gesamtorganisation.

Die Mitgliederschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Reichskonferenz der Genossinnen gegründeten Frauenorganisation begründet auch die Zugehörigkeit zur Partei.

Das Organisationsstatut der politischen Frauenorganisation ist dem im Parteistatut festgesetzten Bestimmungen anzumessen. Jede Aenderung des Statuts kann nur im Einvernehmen mit der Reichspartei- und den Landesvertretungen auf einer Frauenreichskonferenz vorgenommen werden.

In allen Vorständen der Parteiorganisation haben die Frauenorganisationen, respektive deren Vertrauenspersonen gleiches Vertretungsrecht. Die Adressen der Vertrauenspersonen für die Frauenorganisationen sind von den Bezirksvertrauensmännern sowohl dem Parteisekretariat als auch dem Frauenreichskomitee mitzuteilen, das sie mit Rat und Tat zu unterstützen hat.

Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die jedesmal im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, gewählt. Die Beitragsleistung der Parteigenossinnen zur Parteiorganisation eines jeden Bezirkes ist im Einvernehmen mit der Frauenorganisation den lokalen Bedürfnissen entsprechend zu regeln.

43. Antrag der weiblichen Delegierten:

Die weiblichen Delegierten des Parteitages beantragen, bei der Bestimmung über die Höhe der Parteibeiträge für die Frauenorganisation darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Beiträge an das Land nicht höher sind, als für das Reich, da die Frauenorganisation auch Beiträge an das Frauenreichskomitee zu leisten hat.

44. Antrag Skaret:

Das neue Organisationsstatut tritt mit Rücksicht auf seine Bestimmungen über die einheitlichen Legitimationskarten sowie Quittungsmarken, als auch wegen des Beitrages von 3 Heller per Monat und Mitglied mit 1. Jänner 1910 in Kraft

45. Antrag Resel:

Die Parteivertretung wird ermächtigt, die sich allenfalls notwendig erweisenden stilistischen Aenderungen, die dem Sinne des beschlossenen Statuts nicht entgegen sind, vor der Drucklegung des Organisationsstatuts vorzunehmen.

46. Antrag Schrammel:

§ 1. Antrag Seliger bleibt unverändert.
§ 2 soll lauten:

Gliederung der Parteiorganisation:

a) Lokalorganisation.

§ 2. Die Grundlage zur Parteiorganisation bildet die Lokalorganisation, welche aus den in einem Orte wohnenden Parteigenossen zusammengesetzt ist. Diesen kann nur angehören, wer den Bestimmungen des § 1 der Parteiorganisation entspricht und seine Beiträge an die Partei regelmäßig entrichtet.

Innerhalb der Lokalorganisation ist, wo es zweckmäßig erscheint, die Häuser- und Straßenorganisation durchzuführen.

In größeren Städten, die mehrere Wahlbezirke umfassen oder wo die territoriale Ausdehnung oder die Bevölkerungsgröße der Stadt die Zusammenfassung aller Parteiangehörigen in einem lokalen Organisationskörper erschweren, kann die lokale Gliederung der Partei mit Zustimmung der Parteivertretung anders gestaltet werden.

Doch darf hierbei von der für die ganze Partei gültigen grundsätzlichen Regelung der Mitgliedschaft zur Partei nicht abgewichen werden.

b) Bezirksorganisation.

§ 3. Die Bezirksorganisation besteht aus den Lokalorganisationen eines Wahlbezirkes oder aus dem Wahlbezirke selbst, wenn dieser nur aus einem Orte besteht. Die Bezirksorganisation kann aber auch ein territorial besser geeignetes Organisationsgebiet zum Zwecke der Agitation umfassen, doch muß dieses auf jeden Fall ein territoriales Ganzes sein.

§ 4. Die Bestimmungen der Gebietsgrenzen des Organisationsgebietes obliegt den Landeskonferenzen, beziehungsweise den Kreiskonferenzen da, wo die Kreisorganisationen als den Agitationsbezirken nächstübergeordnete Organisationsform bestehen.

§ 5. Um die Agitation für die Partei systematisch durchführen zu können, ist für jeden Wahl- oder Agitationsbezirk ein sozialdemokratischer Wahlverein zu gründen, dessen Aufgabe es ist, Mitglieder für die sozialdemokratische Partei zu gewinnen.

c) Kreisorganisation.

§ 6. Dort, wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb eines Landes die einzelnen Wahlbezirke zu einer Kreisorganisation vereinigt werden, deren Abgrenzung von der Landesorganisation bestimmt wird.

d) Landesorganisation.

§ 7. Die Wahlkreisbezirke sowie die Kreisorganisationen unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem von der Landeskonferenz angenommenen und von der Reichsparteivertretung zugestimmten Organisationsstatut obliegt.

e) Parteimitgliedschaft.

§ 8. Jeder im Wahl- oder Agitationsbezirk wohnende Parteigenosse hat entweder dem Wahlverein des Bezirkes oder der Lokalorganisation anzugehören und sich über seine Zugehörigkeit zur Partei mit einer von der Reichsparteivertretung ausgegebenen Legitimationskarte, die ihm bei seinem Eintritt in die Parteiorganisation eingehändigt wird, in bestimmten Fällen auszuweisen.

Die übrigen Bestimmungen im Organisationsentwurf, Antrag Seliger, bleiben bis auf den Punkt „Parteibeiträge", wo es im ersten Absatz, vierte Zeile, heißen soll: „von der Reichsparteivertretung eine Legitimationskarte und eine einheitliche Quittungsmarke" ꝛc.

47. Antrag Dietl:

Das neue Parteistatut soll durch die Parteivertretung der Provinzpresse als Beilage, eventuell gegen Vergütung, beigestellt werden.

48. Antrag Aussig:

Der Punkt 4 des § 22 des neuen Organisationsentwurfes soll geändert werden und hat zu lauten: „Je ein Delegierter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Parteiangehörigen."

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Parteipresse".

49. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX:

Der Parteitag beschließe:

Die Parteivertretung wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Administration der „Arbeiter-Zeitung" einen Ausweg zu finden, daß das Abonnement der „Arbeiter-Zeitung" billiger werde. Der Preis im Einzelverschleiß soll aufrecht bleiben.

Weiters wird beantragt:

Zur Durchführung dieses Antrages soll ein Komitee gewählt werden, welches aus je einem Vertreter der Wiener Bezirksorganisationen bestehen soll. Dieses Komitee soll untersuchen, worin das Hindernis der Verbilligerung des Abonnements besteht. Die Genossen, welche diesem Komitee angehören, sollen keine Parteiangestellten sein.

50. Antrag der schlesischen Delegierten:

Der Parteitag beschließt, die zweimal wöchentlich in Bielitz für Ostschlesien erscheinende Zeitschrift „Volksstimme" als Parteiorgan anzuerkennen.

51. Antrag Pazelt und Genossen:

Die Parteivertretung wird aufgefordert, bei Neuerscheinungen in der Parteiliteratur, namentlich bei Agitationsbroschüren den Bezirksorganisationen soviel Exemplare zu einem möglichst billigen Preise abzugeben, daß jede Lokalorganisation des Bezirkes mit mindestens zwei Exemplaren bedacht werden kann.

Für die Bezahlung hat die Bezirksorganisation zu haften, welcher auch die Aufgabe zufällt, dafür zu sorgen, daß in jedem Orte die Kolportage planmäßig betrieben wird.

52. Antrag Gröbner-Grassinger:

Die Parteivertretung wird aufgefordert, bei besonderen, zur Agitation geeigneten Anlässen den Landes-, beziehungsweise Bezirksorganisationen Broschüren Fraktionsberichte ꝛc. zur unentgeltlichen Verbreitung zur Verfügung zu stellen.

Desgleichen soll die Parteibuchhandlung den davon Gebrauch machenden Bezirksorganisationen Broschüren zur Gratisverteilung um den Selbstkostenpreis, abgeben.

53. Antrag: Winarsky-Danneberg:

Der Parteitag beschließt, die Zeitschrift „Bildungsarbeit" als Parteiorgan anzuerkennen.

54. Antrag der mährischen Delegierten:

Der Parteitag beschließt:

Das in Brünn einmal wöchentlich erscheinende Organisationsblatt „Vorwärts" und dessen Kopfblatt „Der Landbote" werden als Parteiorgan anerkannt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: „Aeußere Politik und Rüstungen".

55. Resolution Adler:

Die von der Annektion ausgehende ausgreifende Politik Aehrenthals hat den Völkern Oesterreichs keinen Vorteil gebracht, wohl aber sie schwer geschädigt durch die Gefährdung des Friedens, die Zerrüttung unserer Volkswirtschaft, die großen Opfer der Mobilisierung und die Bedrohung mit einer ungeheuerlichen, dauernden Steigerung unserer Ausgaben für Heer und Flotte.

Diese Politik erscheint doppelt widersinnig, weil sie einhergeht mit einer Handelspolitik, die vom Uebermut der ungarischen wie der österreichischen Agrarier diktiert wird, die wirtschaftliche Entwicklung hemmt, über die breiten Massen der Bevölkerung Aushungerung verhängt und dem Hasse der Balkanvölker gegen Oesterreich stete Nahrung gibt.

Die äußere Politik Oesterreichs muß vor allem eine Politik des Friedens sein und seine Machtstellung sowie seine Zukunft hat zur notwendigsten Voraussetzung den inneren Frieden, die ungehemmte Entwicklung und die Wohlfahrt der Völker Oesterreichs selbst, die nur gegründet werden kann auf die nationale Autonomie, geschützt durch demokratische Einrichtungen nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Ungarn und in den neu annektierten Ländern.

Der Parteitag protestiert gegen die Politik der Abenteuer, die unternommen wurde, ohne das Parlament zu fragen; er protestiert dagegen, daß den Völkern schwere Opfer auferlegt, daß Hunderte von Millionen ausgegeben wurden, ohne die verfassungsmäßige Genehmigung der Volksvertretung einzuholen; er protestiert dagegen, daß die Entscheidung über die wichtigsten Lebensfragen der Völker den Delegationen überlassen wird, die ein klägliches Scheinparlament sind, das völlig absurd und dessen Existenzberechtigung hinfällig geworden ist, seitdem es in Oesterreich eine wirkliche Volksvertretung gibt.

Der Parteitag erwartet von den sozialdemokratischen Abgeordneten, daß sie der Methode, das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen, energisch entgegentreten, daß sie rücksichtslos Rechenschaft verlangen werden für die ohne Genehmigung des Parlaments verschwendeten Millionen und daß sie sich mit aller Kraft den wahnsinnig ausschweifenden Plänen des Militarismus und Marinismus widersetzen werden, die den durch die Lebensmittelteuerung und die Arbeitslosigkeit schwer betroffenen Völkern ungeheuerlich vermehrte Lasten auferlegen wollen.

Der Parteitag macht die bürgerlichen Parteien im vorhinein verantwortlich für ihre Haltung gegenüber den militärischen Forderungen und warnt sie davor, sich auch diesmal, wie von jeher, dem Machtgebot zu fügen, gleichgültig, ob dieser Volksverrat begangen wird durch offene Zustimmung oder dadurch, daß durch eine frivole Obstruktion das Parlament gelähmt und der feige Versuch unternommen wird, die Verantwortung abzuwälzen, um so dem Urteile der Völker zu entgehen.

Der Parteitag fordert schließlich die Arbeiterschaft im ganzen Reiche auf, ihren Protest gegen die Hunger- und Beutepolitik des Militarismus und Agrarismus durch deutliche Kundgebungen zum Ausdruck zu bringen.

56. Antrag Hueber:

Der Parteitag protestiert energisch gegen die brutale Behandlung der österreichischen Arbeiter im Deutschen Reiche, insbesondere in Preußen und in Sachsen, die dort nicht nur zu ihrem Schaden, sondern auch zum Schaden der reichsdeutschen Arbeiterklasse ihres Koalitionsrechtes beraubt und auf Wunsch der preußischen Junker und Scharfmacher dem Legitimationssystem der preußischen Feldarbeiterzentrale unterworfen werden, das im schroffen Widerspruch zu dem Handelsvertrag und dem Bündnisverhältnis der beiden Reiche steht. Der Parteitag erkennt die Bemühungen der reichsdeutschen Bruderpartei und der reichsdeutschen Gewerkschaftsorganisation, den österreichischen Arbeitern auf deutschem Boden ihr Recht zu sichern, dankbar an, er fordert aber auch die Vertreter der Sozialdemokratie in der Delegation und im Reichsrat auf, die gemeinsame Regierung mit allem Nachdruck dazu zu verhalten, daß sie von den verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches die Einhaltung des Handelsvertrages und die Sicherung der Rechte der österreichischen Staatsbürger im Reiche verlange.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung: „Indirekte Steuern und die Lebensmittelteuerung".

57. Resolution Renner:

Die bisherigen Bestrebungen, den systematischen Lebensmittelwucher der Agrarier einzudämmen, sind trotz der sehr anerkennenswerten Kämpfe gegen diesen durch die sozialdemokratische Fraktion im Parlament noch nicht von jenem Erfolg gekrönt, wie ihn das arbeitende Volk ersehnt und braucht. Hauptschuldig, diesen unerträglichen Zustand verlängert und verschärft zu haben, sind die bürgerlichen Parteien, vor allem die Agrarier und die Christlichsozialen. Die Abstimmung am 28. November 1907 hat ergeben, daß der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments die einzigen

Anträge der Sozialdemokraten, die allein geeignet waren, in der Teuerung sofortige Abhilfe zu schaffen, nicht dringlich waren. Die christlichsozialen und die agrarischen Abgeordneten haben sich durch die Ablehnung dieser Anträge als Schutzgarde des Lebensmittelwuchers erwiesen. Ein sofort wirkendes Programm zum Schutze und zur Förderung der Landwirtschaft, zur Ausschließung des wucherischen Zwischenhandels, Aufhebung der Fleischsteuer auf dem offenen Lande und der Linienverzehrungssteuer in den Städten, die Herabsetzung der Bier-, Branntwein-, Petroleumsteuer, vor allem der Zuckersteuer, enthielt der Antrag Renner und Genossen. Der Antrag Schrammel hatte wohl die einfache, aber nicht die Zweidrittelmehrheit. Es geschah also gegen den Lebensmittelwucher infolge des Volksverrates der bürgerlichen Parteien nichts. Der Kampf gegen den agrarischen Lebensmittelwucher wurde dessenungeachtet von der sozialdemokratischen Fraktion unermüdlich fortgesetzt. Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten brachte in der letzten Session durch Genossen Seitz neuerdings den Antrag ein, die Getreidezölle bis zum 31. Juli 1910 herabzusetzen. Aber auch dieser Antrag, dessen Annahme für das arbeitende Volk billiges Brot bedeutet hätte, wurde abgelehnt. Gegen billiges Brot, gegen billiges Fleisch für die Arbeiter, aber für billiges Futter für das Vieh, das war die Parole der bürgerlichen Volks- und Arbeiterfeinde bei der Abstimmung über den Antrag am 23. Juni 1909. Schon die Abstimmung am 28. November 1907, wo der Antrag Schrammel die Mehrheit erlangte, hat bewiesen, daß es möglich ist, den Uebermut der Agrarier zu brechen. Die gesamte arbeitende Bevölkerung hat nun die Pflicht, den Kampf gegen die agrarische Lebensmittelwucherpolitik neben dem Kampfe unserer Genossen im Parlament auch außerhalb desselben energischer wie bisher aufzunehmen und rücksichtslos durchzuführen. Die arbeitende Bevölkerung ist gezwungen, wenn die Volksvertretung nichts gegen den steigenden Lebensmittelwucher mit seiner steigenden Wohnungsnot und Volksverelendung zu tun gewillt ist, zur Selbsthilfe zu greifen. Wir fordern vom Parlament im Verein mit der Regierung eine großzügige, dem Volke Brot, Arbeit und Bildung sichernde Wirtschaftspolitik und stellen daher den Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die Parteileitung hat alles zu veranlassen, damit sobald als tunlich in der ihr am geeignetsten erscheinenden Zeit von der Arbeiterschaft aller Nationen nicht nur durch Ausdruck des einheitlichen Willens gegen die heutige Agrarpolitik protestiert und demonstriert, sondern mit allen zweckdienlichen Mitteln von einem gewissen Zeitpunkt an neben den gleichen Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion im Parlament gegen den unerhörten Lebensmittelwucher ein neuerlicher energischer Kampf eingeleitet wird. Die Aktion ist durch die Parteipresse aller Nationen und Flugschriften in allen Sprachen entsprechend vorzubereiten und durchzuführen.

58. Antrag Pölzer-Sigl:

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden aufgefordert, Verteuerungen von Milch und Molkereiprodukten dadurch entgegenzutreten, daß sie in den Gemeindevertretungen fordern, diese sollen entweder die Versorgung der Bewohner mit diesen wichtigen Lebensmitteln in eigener Regie durchführen oder in geeigneter Weise auf die Preisbildung dieser Produkte Einfluß nehmen.

59. Antrag der Bezirksorganisation Mürzzuschlag:

Mit Rücksicht auf die immer schwieriger und teurer werdenden Lebensverhältnisse, die eine geradezu unheimlich schnell fortschreitende geistige und physische Degeneration der arbeitenden Bevölkerung zur Folge haben müssen, sowie in weiterer Erwägung, daß die Agrarschutzzollpolitik, wie sie zurzeit in Oesterreich gehandhabt wird, geradezu eine Gefahr für die zukünftige Entwicklung unserer Industrie, respektive für die Erwerbsmöglichkeit des arbeitenden Volkes bildet, beschließt der Parteitag:

Die Reichsparteivertretung wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Fraktion des Reichstages und den Landesorganisationen eine einheitliche Aktion für das ganze Reich zu organisieren, respektive einen Tag zu bestimmen, an welchem im ganzen Reiche Protestversammlungen stattzufinden haben, deren Beschlüsse in schärfster Form die zeitweise Aufhebung der Getreidezölle beinhalten. Des weiteren beschließt der Parteitag, die Fraktion wird beauftragt, mit allem Nachdruck den endlichen Abschluß der Handelsverträge zu betreiben.

60. Antrag Schloßnikel:

Die Parteileitung wird aufgefordert, eine Flugschrift herauszugeben, in welcher die Bevölkerung in populärer Weise über die Ursachen der Teuerung aufgeklärt wird, und Mittel und Wege anzugeben, wie man dieser Teuerung am wirksamsten entgegenarbeiten könne.

Die Herausgabe dieser Flugschrift ist um so notwendiger, als unter der arbeitenden Masse der Bevölkerung der Glaube herrscht, die Teuerung könne im parlamentarischen Wege durch einen energischen Vorstoß der Sozialdemokraten aus der Welt geschafft werden.

61. Antrag Kohl:

Der Parteitag beschließt:

Im Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung sind die Konsumgenossenschaften ein unentgeltliches Mittel. Um den vielen Genossen, die in den Genossenschaften tätig sind, ihre Arbeit zu erleichtern und sie ständig zu informieren, sollen in der „Arbeiter-Zeitung" die Marktpreise der wichtigsten Lebensmittel mindestens zweimal wöchentlich veröffentlicht werden.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: „Sozialversicherung".

62. Resolution Eldersch:

Der Parteitag betrachtet die Einbringung des Gesetzentwurfes über die Sozialversicherung als einen Erfolg der langjährigen Aktion der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich. In der Phase des Kampfes der Arbeiterschaft um die Versorgung invalider Arbeiter ist der Sozialdemokratie Oesterreichs eine führende Rolle zugefallen und ihr allein ist es zu danken, daß endlich der erste Schritt zur parlamentarischen Behandlung dieses Reformwerkes getan wurde. Freilich ist es der erste Schritt, denn die Gegner der Arbeiterklasse lassen es an Versuchen nicht fehlen, durch offene Gegnerschaft und geheime Winkelzüge das Zustandekommen der Reform der Arbeiterversicherung zu verschleppen und das Reformwerk für die Arbeiterschaft zu entwerten.

Schon der Inhalt des Gesetzentwurfes enttäuschte weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung. Der Umfang der Versicherungspflicht ist noch immer zu eng begrenzt und wird durch die zahlreichen Ausnahmen noch weiter eingeschränkt. Die Reform der Krankenversicherung wird zur Sanierung der Unfallversicherungsanstalten und der Spitalsfonds benützt. Die Wöchnerinnenfürsorge ist unzulänglich, die Krankheitsverhütung nicht mehr als ein schwächlicher Ansatz. Die geplante Reform der Unfallversicherung schließt eine schwere Schädigung der Arbeiterschaft ein; die Unfallrenten sollen gekürzt, die kleinen Renten ganz eingestellt, kurz, die Defizitwirtschaft der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten soll auf Kosten der Versicherten beseitigt werden. Besonders hart würden durch diese Reform die Eisenbahner getroffen werden, gegen die ein förmlicher Raubzug geplant ist. Die neu zu schaffende Invaliditätsversicherung soll nur äußerst dürftige Renten gewähren, eine Witwen- und Waisenversorgung fehlt überhaupt. Die Bergarbeiter wurden von der bankrotten Bruderladenwirtschaft nicht befreit.

Die Bestimmungen über die Organisation der Sozialversicherung sind durchaus verfehlt, bewährte Einrichtungen sollen zerstört, neue, unzweckmäßige und dabei kostspielige organisatorische Gebilde sollen geschaffen werden. Den größten Widerstand hat in Arbeiterkreisen das Bestreben der Regierung gefunden, die Verwaltung der gesamten Sozialversicherung dem Einflusse der Versicherten zu entziehen und den wirtschaftlichen Gegnern der Arbeiter, den Unternehmern im Verein mit verständnislosen Bureaukraten, zu überantworten. Den von der Regierung geplanten Raub des Selbstverwaltungsrechtes der Versicherten in den Instituten der Arbeiterversicherung wird das österreichische Proletariat mit allem Nachdruck zurückweisen und erworbene Rechte zu verteidigen wissen. Zur Befriedigung politischer Machtgelüste darf die Arbeiterversicherung nicht mißbraucht werden. Auch die von der Regierung geplante Altersversicherung der Selbständigen, deren Zustandekommen die Arbeiterschaft lebhaft wünscht und die von der sozialdemokratischen Partei seit Jahren bei jeder Gelegenheit gefordert wird, ist ungemein unzureichend, ihre finanzielle und organisatorische Verbindung mit der Arbeiterversicherung muß auf beide Zweige der Sozialversicherung einen ruinösen Einfluß üben. Zudem schaffen die ungeklärten Fragen der Selbständigenversicherung den Gegnern der Arbeiter willkommene Gelegenheit, die Reform der Arbeiterversicherung zu verschleppen.

Obwohl also der Gesetzentwurf der Regierung in den wesentlichsten Punkten den berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiterschaft nicht entsprochen hat, wurde dessen Einbringung von der Arbeiterschaft trotzdem als ein Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustande der Arbeiterversicherung angesehen. Vor allem deshalb, weil die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die Arbeiter der Hausindustrie der Versicherung teilhaftig werden sollen und weil durch die Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung für die Arbeiterkrüppel und die Arbeitergreise eine wenn auch kümmerliche Vorsorge getroffen werden soll. Zudem konnte man die

Erwartung hegen, das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes werde das Reformwerk schleunigst in Beratung ziehen und unter Beseitigung seiner schwerstwiegenden Mängel der Erledigung zuführen.

Diese Hoffnung der Arbeiterschaft haben die bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses schwer enttäuscht. Befangen im nationalen Hader, der ihnen Lebensinhalt geworden ist, haben die maßgebenden bürgerlichen Parteien, geleitet von gewissenlosen Führern, die die Befriedigung persönlichen Ehrgeizes und parteipolitischer Sonderinteressen höher stellen als alle Volksnotwendigkeiten, die Beratung der Sozialversicherung systematisch verschleppt. Die nationale Obstruktion ungeduldiger Ministeranwärter hat bereits zweimal in diesem Jahre der Regierung zur Schließung des Parlaments willkommenen Anlaß geboten und damit das ohnehin dürftige Ergebnis der bisherigen parlamentarischen Beratung der Sozialversicherung zunichte gemacht.

Am 3. November 1908 wurde der Gesetzentwurf betreffend die Sozialversicherung im Abgeordnetenhause eingebracht und heute, also nach einem Jahre, befindet sich diese Angelegenheit in demselben Stadium wie vor Einbringung der Regierungsvorlage.

Dabei wird in jeder Kundgebung der Regierung mit der Sozialversicherung als einer ernsten, gesetzgeberischen Aktion geprunkt, ja sogar zur Begründung neuer Steuerprojekte wird die Sozialversicherung durch den Hinweis auf ihr Erfordernis an staatlicher Beitragsleistung mißbraucht.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs warnt die Regierung und das Abgeordnetenhaus, dieses frivole Spiel fortzusetzen und der wichtigsten und dringendsten proletarischen Forderung auch weiterhin die Befriedigung zu versagen. Die weitere Verschleppung der Reform — in einer Zeit stetiger Steigerung der Lebensmittelpreise, unnotwendiger Verschwendung für Rüstungszwecke und drohender Erhöhungen der Steuerlasten — würde bei der österreichischen Arbeiterschaft eine Erbitterung hervorrufen, die sich zu einem wahrhaften Volksgericht über die Regierung und die wortbrüchigen bürgerlichen Abgeordneten verdichten müßte, die in der Wahlbewegung das feierliche Versprechen gegeben haben, für die Schaffung einer Invaliditäts- und Altersversicherung mit allem Nachdruck einzutreten.

Der Parteitag schließt sich der sachlichen Kritik, die der Gesetzentwurf der Regierung auf dem IV. österreichischen Krankenkassentag in Wien durch die berufenen fachmännischen Vertreter der Krankenkassen erfahren hat, vollinhaltlich an und fordert die Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes des Abgeordnetenhauses auf, die auf dem Kassentag von Vertretern aller Parteirichtungen nahezu einhellig beschlossenen Abänderungsvorschläge bei den parlamentarischen Beratungen der Sozialversicherung mit aller Entschiedenheit zu vertreten.

63. Resolution Popp:

In Kenntnis der Tatsache, daß die immer erschreckendere Häufung von Frauenkrankheiten auf Ueberanstrengung und Unterernährung im Zustande der Schwangerschaft und auf zu frühzeitige Aufnahme der Arbeit nach der Niederkunft zurückzuführen ist und in weiterer Kenntnis, daß die furchtbare Säuglingssterblichkeit mit den genannten Ursachen im innigsten Zusammenhang steht, beauftragt der sozialdemokratische Parteitag in Reichenberg die sozialdemokratische Fraktion im Reichsrat, bei der Beratung des Gesetzes zur Sozialversicherung zu beantragen, daß ein obligatorisches Arbeitsverbot für Schwangere von mindestens zwei Wochen vor der voraussichtlichen Niederkunft gesetzlich festgesetzt werde. Für Wöchnerinnen ist das Arbeitsverbot auf mindestens sechs Wochen auszudehnen. Für die ganze Dauer dieser Schutzfrist ist das anderthalbfache Krankengeld zu gewähren. Das VI. Hauptstück der Gewerbeordnung ist dementsprechend abzuändern.

Die vorgesehene Karenzfrist zum Bezug der Wöchnerinnenunterstützung ist unter allen Umständen zu beseitigen; da jede Karenzfrist eine schwere Schädigung der Frauen im hilfebedürftigsten Zustande bedeuten würde, die Frauen, deren Arbeitsverhältnis stark fluktuierend ist, der Wöchnerinnenunterstützung beraubt würden, weil gewissenlose, nicht von Arbeitern verwaltete Krankenkassen eine Handhabe hätten, Arbeiterinnen mit ihrem Anspruch auf Wöchnerinnenunterstützung unter dem Vorwande der nicht erreichten Karenzfrist abzuweisen, ist diese entschieden zu bekämpfen. Wir fordern ferner die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Angehörigen der Versicherten, da nur dadurch ein wirklicher Mutterschutz durchgeführt werden kann. Weiters die Gewährung unentgeltlicher Geburtshilfe durch von Krankenkassen und Kommunen angestellte Hebammen und Aerzte und, um schweren Frauenleiden vorzubeugen, die Pflicht der obligatorischen ärztlichen Kontrolle während der ersten neun Tage des Wochenbettes.

Weiters die Einführung von ärztlichen Mutterberatungsstellen, wo die Frauen über die Nützlichkeit der Stillung aufzuklären sind und wo sie im Falle absoluter

Stillungsunmöglichkeit über die für ihre Kinder dementsprechende Nahrung aufgeklärt werden.

Gesetzlich ist vorzusorgen, daß in den Betrieben, wo Frauen beschäftigt sind, hygienisch einwandfreie Räume vorhanden sein müssen, wo die stillenden Mütter ihre Kinder in bestimmten Pausen nähren können.

Durch die Kommune ist anzustreben, daß arbeitenden Müttern zu einem minimalen Preis und erwerbslosen Müttern vollständig unentgeltlich sterilisierte Kindermilch verabfolgt werde.

Eine weitere Notwendigkeit ist die Errichtung von Entbindungs-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen und sollen Staat, Land und Gemeinde die Mittel dazu in ihr Budget stellen.

64. Antrag Emmy Freundlich:

Das vollständige Referat der Genossin Popp ist als „Lichtstrahlen"-Broschüre herauszugeben.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: „Eventuelles".

65. Antrag Skaret:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich empfiehlt den Organisationen, den internationalen Kongreß in Kopenhagen 1910 so zahlreich als möglich zu beschicken.

66. Antrag Maconn:

In Ansehung des Umstandes, daß der Parteitag durch Annahme des Antrages de Witte-Leibl die Notwendigkeit einer planmäßigen Agitation unter den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern für die Partei anerkannt hat, stellen die Gefertigten den Antrag:

Die Vertrauensmänner der Partei werden verpflichtet, keine Gelegenheit verstreichen zu lassen, diese Arbeiter den zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen.

67. Antrag der Bezirksorganisation Mürzzuschlag:

Wie schon zu wiederholtenmalen in früheren Jahren findet der Parteitag auch heuer in einem Teile des Reiches statt, wohin Delegierte zu entsenden nur die wichtigsten Bezirksorganisationen mit Rücksicht auf die weite Entfernung und die damit verbundenen großen Kosten in der Lage sind. Besonders schwer ist die Delegierung unter solchen Umständen für die Bezirks- und Lokalorganisationen der Alpenländer, weshalb die Lokal- und Bezirksorganisation Mürzzuschlag beantragt:

Der Parteitag wolle beschließen:

Um möglichst allen Bezirksorganisationen die Entsendung von Delegierten zum Parteitag zu ermöglichen, finden die Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie deutscher Zunge in Hinkunft in Wien statt.

68. Resolution Zörer:

Die am Parteitag in Reichenberg versammelten Delegierten erkennen die Verdienste der organisierten sozialdemokratischen Arbeitersänger an und verpflichten sich, dahin zu wirken, daß deren Vereine sowohl in moralischer als auch in finanzieller Hinsicht die tatkräftigste Unterstützung seitens der sozialdemokratischen Organisationen erfahren.

In Anbetracht der tristen Lage, in der sich eine große Anzahl der dem Reichsverband angeschlossenen Arbeiter-Gesangvereine gegenwärtig befindet, spricht der Parteitag den dringenden Wunsch aus, daß den in Notlage befindlichen Gesangvereinen seitens der Bezirksorganisationen finanzielle Hilfe zuteil werde, respektive die Parteivertretung dem Reichsverbande der Arbeiter-Gesangvereine Oesterreichs einen entsprechenden Betrag zur Unterstützung der Vereine zuweist.

69. Antrag Neumann:

Der Parteitag erklärt, daß die Ausweisung des Genossen Burianek als „Streikführer" ein Akt bureaukratischer Willkür, ein brutaler Klassenexzeß ist, der den gesetzlichen Bestimmungen hohnspricht. Er beauftragt die Parteivertretung, alle Schritte einzuleiten, die geeignet sind, diesen Klassenexzeß zu beheben.

70. Antrag Witternig:

Der nächste Parteitag findet in Innsbruck statt.

Eröffnungsversammlung. 19. September.

Namens der nordböhmischen Organisation ergreift das Wort zur Begrüßungsrede

Abgeordneter **Schäfer**: Geehrter Parteitag! Im Namen der organisierten Arbeiterschaft Nordböhmens und in ihrem Auftrag heiße ich die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs auf Reichenberger Boden herzlich willkommen. Ich kann Sie versichern, daß Sie den Genossen Nordböhmens eine aufrichtige Freude dadurch bereiten, daß Sie heuer den Parteitag hier abhalten und daß Sie zur Abhaltung des Parteitages Reichenberg gewählt haben; ein Gebiet, wo die Arbeiterbewegung Oesterreichs schon frühzeitig eingesetzt und wo sie trotz aller Verfolgungen der Gegner siegreich von Erfolg zu Erfolg geschritten ist. Sie sind jetzt in einem Lande, wo das Proletariat alle Segnungen des Kapitalismus auskosten mußte und noch jetzt auszukosten hat, wo die Arbeiterschaft in ihrem Streben nach menschenwürdiger Existenz den härtesten Widerstand fand und wo kein Mittel unversucht geblieben ist, die Arbeiterbewegung, die Entwicklung der Organisation, niederzuhalten. Ich möchte kurz daran erinnern, daß gerade in Nordböhmen die brutalsten Verfolgungen zu verzeichnen waren, als sich das Proletariat zu regen begann, daß unzählige Genossen, die weiter nichts taten, als ihre Klassengenossen aufzuklären, deren Verbrechen in nichts anderem bestand als in dem, was wir heute alle Tage tun, darob von den Schergen des Kapitalismus verfolgt, Ausnahmsgerichten überstellt und mit schweren Strafen belegt wurden. Alle diese Verfolgungen konnten aber nicht den Aufstieg der sozialdemokratischen Organisation hindern; trotz aller dieser Verfolgungen hat das Proletariat Nordböhmens bewiesen, daß es geschlossen dem Banner der Sozialdemokratie folgt. Der 1. Mai 1890 zeigte deutlich, daß die brutalen Unterdrückungsversuche nichts gefruchtet haben, daß die Arbeiterschaft um so fester zur Sozialdemokratie steht.

Allerdings hatten wir in der Zeit der härtesten Verfolgungen keine Organisation im heutigen Sinne. Die Arbeiterschaft mußte sich begnügen, in Bildungsvereinen den Sozialismus zu propagieren, die Arbeiter zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Nachdem sich einmal in Nordböhmen diese Form der Organisation eingelebt hatte, war es begreiflich, daß die Organisation hier schwerer in neue Formen gebracht werden konnte, und es ist die Entwicklung des einen Teiles der proletarischen Organisation, der Gewerkschaften, in Nordböhmen nicht so rasch vor sich gegangen. Aber die Unternehmer haben es durch die brutale Unterdrückung, durch die Abweisung jeder Verbesserung der Arbeitsverhältnisse dahin gebracht, daß heute auch das Proletariat unserer Gegend in Massen der Gewerkschaft angehört. Die Arbeiterschaft, die im politischen Kampf immer im Vordertreffen stand, ist später als in anderen Gebieten zur Fachorganisation gekommen; aber heute ist sowohl die politische als auch die gewerkschaftliche Organisation Nordböhmens kampffähig, schlagfertig und gerüstet genug, jeden Kampf anzunehmen, der ihr angeboten wird.

In einer Gegend, wo die Bewegung so lange zurückreicht und wo die Eigenart der Verhältnisse auch auf die Entwicklung und die Formen der Organisation eingewirkt hat, bleibt manche Schwäche, mancher Mangel im Gefüge der Organisation länger bestehen als dort, wo die Bewegung später eingesetzt hat. Aber das, glaube ich, ist durchaus kein Grund, in die Schlagfertigkeit der nordböhmischen Organisation Zweifel zu setzen, und ist kein Beweis, daß nicht auch die letzten Mängel beseitigt werden können, die unserer Organisation anhaften.

Mit Genugtuung können wir nun bereits sagen, daß der Parteitag heuer auf einem Boden abgehalten wird, wo die Arbeiterschaft fast bis zum letzten Mann im Lager der Sozialdemokratie steht. (Bravo!) Ich will das von dieser Stelle aus sprechen, um den Genossen, die aus ganz Oesterreich hieher gekommen sind, um fruchtbare Arbeit zu leisten für die Partei, zu sagen, daß bis auf geringe Ausnahmen die Arbeiterschaft in den nordböhmischen Industriebezirken sozialdemokratisch denkt und fühlt, und daß, so wie alle gewalttätigen Versuche mißlungen sind, das Proletariat wankend zu machen in seiner Ueberzeugung, auch alle Versuche anderer Art abprallen werden an der festen Gesinnung der nordböhmischen Arbeiterschaft. (Bravo! Bravo!) Es fehlt nicht an solchen Versuchen, aber so wie wir den Verfolgungen zum Trotze vorwärts geschritten sind von Erfolg zu Erfolg, so wie wir immer kampfbereit und kampferprobt gewesen sind, so können wir den Delegierten, die jetzt über die wichtigsten Aufgaben der Partei beraten werden, die Versicherung geben, daß sie auch in Zukunft auf die Tüchtigkeit des nordböhmischen Proletariats werden rechnen können. (Bravo!)

Gerade in der letzten Zeit, wo gegen die Sozialdemokratie hier und anderwärts mit allen erdenklichen Mitteln angekämpft wird, ist eine Erscheinung zu Tage getreten, die alle freuen muß: das Aufleben und das Erstarken sowohl der Frauen- als auch der Jugendorganisation. Wir können jetzt schon sagen, daß die Mittel, die man angewendet hat, die arbeitende Jugend loszureißen von unserer Gedankenwelt, in uns die Erkenntnis gestärkt haben, daß wir die Jugend frühzeitig einführen müssen in die proletarischen Organisationen und daß wir schon auf erfreuliche Erfolge zurückblicken können. (Bravo!)

Und nun verspreche ich Ihnen, die Sie hieher geeilt sind, um für unsere Partei schwere Arbeit zu leisten, daß die Genossen in und um Reichenberg alles tun werden, Ihnen den Aufenthalt angenehm zu machen. Ich verspreche Ihnen aber auch, daß, wie immer die Kämpfe sein mögen, die uns noch erwarten, die nordböhmische Arbeiterschaft jederzeit bestrebt sein wird, eine Kerntruppe des kämpfenden Proletariats Oesterreichs zu sein. Damit begrüße ich Sie im Namen der nordböhmischen Organisation. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Adler (stürmisch akklamiert): Parteigenossen und Genossinnen! Im Namen der Parteivertretung erlaube ich mir zunächst, die Delegierten zu begrüßen und unsere Wirte, die nordböhmischen und die Arbeiter Reichenbergs im besonderen. Wir sind hier zu einem Parteitag versammelt, dem ernste, schwierige Arbeiten auferlegt werden. Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich wie die gesamte Sozialdemokratie bei uns hat es niemals leicht gehabt; aber wir wissen, daß mit unseren Fortschritten die Probleme der Partei wachsen, die Aufgaben für die Gesamtheit und für die einzelnen schwieriger werden. Dieser Parteitag ist bestimmt, nicht nur die Politik der Partei zu überprüfen und ihr für die Zukunft eine Richtung zu geben; er ist bestimmt, den inneren Ausbau der Partei zu fördern und die Mittel unseres Fortschreitens zu kräftigen. Hier in Reichenberg wurde ein Fundament der Sozialdemokratie Oesterreichs gelegt. So alt die Sozialdemokratie in Oesterreich ist, so alt ist die Bewegung in Reichenberg. Vierzig Jahre sind die Arbeiter Nordböhmens und insbesondere Reichenbergs das in

alter Zeit mehr noch als heute einer der wichtigsten Brennpunkte der Bewegung war, im Kampfe; vierzig Jahre, also nicht eine, sondern drei proletarische Generationen, und wir freuen uns alle, daß, so viele auch von den ersten Begründern der Partei gestorben sind, wir doch noch manchen Kämpen hier im Saale sehen, an dem wir die ganze Geschichte unserer Bewegung ablesen können. (Lebhafter Beifall.) Nicht leicht haben es die hier in Nordböhmen gehabt. Allerdings, es ist ein klassischer Boden. Die kapitalistische Entwicklung war nirgends in Oesterreich so kraß wie in diesem Textilarbeitergebiet, nirgends hat sie sich so klassisch und so reinlich abgespielt. Die ganze Leidensgeschichte der Ueberführung des selbständigen Tuchmachers in den frondenden Hausindustriellen und Lohnsklaven des auswärtigen Departements der Fabrik und wieder seine Zusammenziehung und seine Hineinzerrung in den Fabriksaal und seine Anspannung an die große mechanische Maschine. Diese ganze gewaltige Entwicklung des Kapitalismus hat hier einen deutlichen, präzisen Ausdruck gefunden und an dieser Entwicklung spiegelt sich auch die Entwicklung unserer Partei, mit dieser Entwicklung ist die Sozialdemokratie gewachsen, mit ihr hat sie alle Irrtümer und alle Fortschritte durchgemacht, und diese wirtschaftliche Entwicklung ist der Boden für die Entwicklung unserer Partei.

Nun, Parteigenossen, die alten Reichenberger, die hier sind, die braucht man nicht daran zu erinnern, wie es vor vierzig Jahren war, welches Maß an Mut, welches Maß an Begeisterung dazu gehört hat, hier die rote Fahne zu entrollen, in einer Zeit, da die Arbeiter in Böhmen ausgesetzt waren jeder Bedrückung, wo die kleinen Gruppen von Sozialdemokraten, die damals jede ein selbständiges Heerlager waren, allein, auf sich gestellt, den Kampf führen mußten, da eine Gliederung der Gesamtpartei unter der machtvollen Vertretung der Partei im ganzen Reiche nicht bestand. Wie damals von den Genossen der Gedanke der Befreiung der Arbeiterklasse, der Erweckung des Proletariats, der Gedanke der Freiheit getragen wurde von Berg zu Tal, in Not, in persönlicher bitterer Not und in Armut, wo jede der damals wirkenden Personen die größten persönlichen Opfer bringen und seiner Familie auferlegen mußte, um zu „wühlen", wie man damals sagte, das heißt zu erwecken, um den Funken in die Herzen der Proletarier zu tragen, das ist eine Geschichte, die sich auch in anderen Ländern abgespielt hat; aber hier war das Charakteristische, daß solche Massen des ernstesten und bedrücktesten Proletariats vielleicht an keinem anderen Punkte Oesterreichs zusammen waren und zugleich mit der Konzentration des Proletariats ein ungeheurer Druck herrschte, wie er anderswo lange nicht war. Doch langsam ist es trotzdem gegangen. Als dann die großen Wirren der Partei kamen, hat Reichenberg und Nordböhmen seinen reichlichen Teil daran gehabt; aber als das Wiedererwachen der Partei kam, da hat Nordböhmen und Reichenberg mit unter den ersten die Neugründung der Partei mit Begeisterung und Energie durchgeführt.

Schon vor vierzig Jahren sind die Reichenberger Genossen auf die Straße gegangen. Ich erinnere mich an eine große Demonstration, die damals auf dem Marktplatz stattfand und die angeknüpft hat an die Anwesenheit von Andreas Scheu. Zwanzig Jahre später mußten wir wieder bei finsterer Nacht am Fuße des Jeschken zusammenkommen, jeder einzelne verfolgt von Polizisten und Gendarmen, jeder einzelne in Gefahr, wegen Geheimbündelei geklagt zu werden und wir mußten zusammenkommen, um die Neugründung der Partei vor Hainfeld vorzubereiten und zu vollziehen. Noch im Jahre 1890 geschah es, daß man hier in Reichenberg eine Sammlung für die deutschen Wahlen polizeilich beanstandet hat, daß man unseren Schiller Karl — ich weiß nicht, ob man ihn eingesperrt hat; aber daß man ihm das Geld weggenommen und ihn angeklagt hat, nicht nur wegen des Geldes, das er gehabt hat, sondern auch wegen des Geldes, das er weggeschickt hat und von dem man behauptete,

daß er es unterschlagen habe. Das sind Dinge, die wir uns heute einfach gar nicht mehr vorstellen können; wenn wir aber zurückblicken, so soll das ein Anlaß sein, uns in der Ueberzeugung zu stärken, daß wir wirklich vorwärtsschreiten — heute, wo ganz Nordböhmen rot ist. (Stürmischer Beifall.)

Sie haben eine ruhmreiche Geschichte hinter sich, eine Geschichte der zähesten, schwierigsten Arbeit, Sie haben aber auch eine ruhmvolle Gegenwart, und Sie können mit Stolz sagen, daß Sie die Träger sind alles dessen, was in Nordböhmen tüchtig ist, was eine Zukunft hat. (Beifall.) Wir sind aber nicht nur Sozialdemokraten, sondern wir sind, wie unsere Dokumente ausweisen, auch Oesterreicher (Heiterkeit), und der Oesterreicher an sich bedarf in dieser Zeit wohl eines Trostes. Ich muß gestehen, ich begreife nicht, wie ein Oesterreicher leben kann, wenn er dabei nicht den ungeheuren Vorzug hat, Sozialdemokrat zu sein. (Heiterkeit und Beifall.) Ich begreife nicht, wie ein Oesterreicher nicht verzweifelt an der Gegenwart und an der Zukunft, wenn er nicht in sich den Trost hat, daß es in Oesterreich ein Element gibt, das gesund ist im Kern und in jedem Blutstropfen, ein Element, das nicht umzubringen ist, weil es sich nicht umbringen läßt, die Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.) Sie möchten uns ja zu Tode regieren, zersetzen, anätzen, verhetzen; aber sie können nichts, als unseren Weg erschweren und versumpfen, so daß wir immer den Sumpf erst trocken legen müssen. Sie können nichts, als uns Hindernisse in den Weg legen, so daß wir Arbeit verschwenden müssen, um diese Hindernisse zu beseitigen, und daß wir schwerer vorwärts kommen. Das können sie und das tun sie redlich. Aber es wäre falsch von mir, wenn ich vielleicht aus nationalem Chauvinismus es so darstellte, als ob das nur die Deutschen täten. Nein, sondern die bürgerlichen Parteien aller Nationen, die ruinieren um die Wette dieses Oesterreich und sich selbst in einem selbstmörderischen Treiben.

Unberührt bleibt bloß die Arbeiterschaft davon, doch ist es nicht gleichgültig für uns. Denn es geht um die wichtigsten Interessen des Proletariats, es greift an unsere wirtschaftlichen Interessen, es schränkt unsere kulturelle Entwicklung ein. Wir kommen nur mit schwerer Mühe vorwärts. Aber in einer Zeit, wo alles unsicher geworden ist in Oesterreich, wo alle Nationen, wo alle Parteien wieder einmal zu einem Wahnsinnsexzeß gelangt sind, der die nächste politische Zukunft vollkommen in Frage stellt, in einer Zeit, wo man nicht weiß, wann und ob der Reichsrat zusammentritt, wo niemand die Courage hat, die Delegationen einzuberufen, in einer Zeit, wo Land, Staat und Reich in vollster Zersetzung sind, alles in Frage ist, alles problematisch geworden ist, weil alle Parteien selber nur in einem einig sind, daß sie kein gemeinsames mögliches Programm haben, wo jede nationale Partei alles zugrunde gehen läßt, wenn nur ihr Wille durchgesetzt wird, wo jede Partei alles auf alles setzt — nicht etwa mit Ernst, nicht etwa des Willens, das Leben dafür einzusetzen, sondern wo das nur auf dem Markte geschieht, wo das eine Lizitation der Demagogie ist, wo man eine Demagogie durch die andere aufheben will, während die eine die andere nur steigert und schädlicher macht; in einer Zeit, wo wir bar sind aller Staatsmänner — Sie verzeihen, daß ich in diesem Zusammenhang den Baron Bienerth erwähne, da es Leute gibt, die ihn für einen Staatsmann halten —, in einer solchen Zeit müßte man verzweifeln an der Zukunft der Völker in diesem Lande, wenn man nicht wüßte, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft der feste Punkt ist, der feste Boden und die erste und die letzte Zuflucht überall im Lande, im Staate und einmal im Reiche. (Lebhafter Beifall.) Die Entwicklung unserer politischen Organisation ist nicht immer in gleichem Maße aufsteigend gewesen, sondern selbstverständlich beeinflußt durch die wirtschaftlichen und politischen Krisen von vielen Rückschlägen unterbrochen. Aber wir können zurückgeworfen werden, wir können schwere reaktionäre Krisen erleben und ich wäre der letzte, der

unsere Gegner und unsere Regierenden so taxiert, als ob es einen Wahnsinn gäbe, der bei ihnen nicht möglich wäre. (Heiterkeit.) Doch ein Eindämmen unserer Bewegung ist ganz unmöglich, wir haben nichts mehr zu fürchten, wir sind stark genug, um jedem reaktionären Versuch zu widerstehen. Wir sind stark genug für uns und hoffentlich werden wir stark genug sein für die Völker Oesterreichs überhaupt. (Lebhafter Beifall.)

Die Schwierigkeiten, die uns augenblicklich wieder umgeben, werden ja gewiß Gegenstand der Diskussion auch auf dem Parteitag sein. Es ist nicht meine Sache, heute eine aktuelle politische Rede zu halten, aber das eine muß ich doch vorweg nehmen: Die Sozialdemokratie hat in den letzten zwei Jahren, seitdem wir das allgemeine Wahlrecht erobert haben, gezeigt, daß sie den schwierigsten politischen Aufgaben im Parlament gewachsen ist wie keine andere Partei. Ich sage das, um zu begründen, daß wir in der positiven Arbeit, auf die unsere Gegner uns immer verwiesen haben, gegenüber dem Umsturzprogramm, das wir an die Spitze stellen, daß wir in dieser positiven Arbeit von keiner Partei auch nur annähernd erreicht werden. Gewiß, auch in dieser Beziehung ist die Aufgabe der Partei eine schwierige. Die schönen alten Zeiten, wo man nur für die großen Prinzipien der Partei agitieren konnte, wo es sich nur um große, einfache, grundlegende Gedanken handelte, sind vorbei. Wir müssen jetzt sehr viel Detailarbeit leisten, wir müssen sehr viele kleine Probleme lösen, und gewiß hat manchem von uns fast ein Gefühl der Sehnsucht nach jenen alten Zeiten erfaßt. Aber es ist unvermeidlich. Man muß die Dinge lernen und auch der Proletarier in der Werkstatt muß es lernen, diese Einzelfragen der praktischen Politik mit Verständnis zu verfolgen. Das ist allerdings hier in Nordböhmen in hervorragendem Grade der Fall, und ich glaube, ich werde auf volles Verständnis stoßen, wenn ich sage, daß die Fragen unserer Parteipolitik hier in Nordböhmen — ihr seid ja hier mehr oder weniger Philosophen, und so weit ihr das nicht seid, seid ihr doch Dichter (Heiterkeit) —, so unangenehm und real und materiell sie sind, doch verstanden werden als solche, die das Wesen des Kampfes ausmachen. Der größte Kampf löst sich im Einzelgefecht auf, und das ist das Resultat unserer Arbeit, daß wir endlich ins tiefe Wasser hineingekommen sind . . . Da fällt mir ein Wort des alten Philosophen Demokritos ein, das ich unlängst gelesen habe: „Das tiefe Wasser ist zu vielen Dingen nützlich, das tiefe Wasser ist auch in manchen Dingen schädlich, denn man kann darin ertrinken. Da hat man denn ein Mittel erfunden, um dieser Gefahr zu begegnen, nämlich schwimmen zu lernen."

Dieses Mittel muß nun auch diese neue aufwachsende Klasse lernen, die sich die Grundlinien ihrer Politik langsam geschaffen hat, in dem tiefen Wasser, in das sie nun hineingeraten ist, zu schwimmen, nicht zu ertrinken, in diesen Problemen, nicht wie so viele bürgerliche Parteien, zu versinken, nicht ihr eigenes Programm im Stiche zu lassen, nicht zu träumen und nicht zu verspießern, sondern praktische Arbeit zu tun, das heißt wirksame Arbeit zu tun. Diese Fortschritte jeden Tag und jede Minute, und nicht nur die Fortschritte, sondern auch die Methode des Fortschritts zu lernen, diesem schwierigen Problem, das können wir sagen, haben die Sozialdemokraten in Oesterreich, und die deutsche nicht zuletzt, ihre beste Kraft und nicht ohne Erfolg gewidmet. Wir haben die Genugtuung, daß den Vertrauensmännern des Proletariats die Tausende und Zehntausende, in deren Namen und für deren Interesse wir wirken, mit Vertrauen und mit Verständnis folgen. Wir haben den großen Erfolg, daß wir in einer so kurzen Zeit eine solche Aenderung unserer ganzen taktischen Anwendung des Programms durchmachen mußten und sie mit einigem Glück durchgemacht haben, was uns die Sicherheit gibt, daß wir von der Zukunft nichts zu fürchten haben. (Beifall.)

Wir stehen in einem Moment, wo die Regierung wieder einmal nicht weiß, wie sie mit dem Parlament fertig werden soll. Eine solche Regierung

hat nach allen Grundsätzen des Konstitutionalismus zu gehen; wer nicht regieren kann, der muß den Bankerott erklären und abtreten. Aber Bienerth darf nicht abtreten. Man will ihn nicht abtreten lassen. Da gibt es nur eines, da soll man an die Wählerschaft appellieren (stürmischer Beifall), ob sie geneigt ist, diese Wirtschaft im Parlament und in der Regierung weiterhin zu dulden und zu sanktionieren.

Die bürgerlichen Parteien tun, als würden sie in Oesterreich sehr viel bedeuten und mehr wie sonst bedeuten. Sie machen viel Lärm. Das ist aber alles. Sie versuchen zu zerstören, sie versuchen zu hindern, aber sie verstehen nicht, etwas zu schaffen. Ihr ganzer Triumph ist, daß sie den böhmischen Landtag oder den Reichsrat lahmlegen können, und sie wetteifern, wer das besser kann, wer mehr Waffen hat des politischen Selbstmordes, wer besser lahmlegen kann alles, was Fortschritt und Fortschrittsmöglichkeit in diesem Lande ist. Wir sind aber überzeugt, daß die breiten Kreise des Volkes über die Sozialdemokratie hinaus mit diesem Treiben nicht einverstanden sind. (Lebhafter Beifall.) Wir haben die feste Ueberzeugung, daß die breiten Massen, die einer schweren wirtschaftlichen Krise unterworfen sind, die von der ausbeuterischen, wucherischen Politik unserer Agrarier bedroht werden und die bedroht werden von den neuen Forderungen des Militarismus — was sage ich von neuen Forderungen?! Von den gegenwärtig bereits vollzogenen schweren Belastungen durch den Militarismus (stürmischer Beifall) gegen und ohne das Parlament —, daß sie weder einverstanden sind mit dieser Politik der nationalen Hysterie noch mit der Politik der politischen Impotenz, die von unseren Ministern als das alleinseligmachende Mittel der Beruhigung präsentiert wird. Aber wir stehen auf dem Standpunkt: Entweder die Regierung muß erneuert werden oder das Parlament. Wenn die Regierung nicht zurücktreten will, dann Appell an die Wähler! Wir sind bereit! Heraus! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Wenn es den Herren so gut geht und wenn sie gar so üppig sind, so mögen sie es versuchen, mögen sich nicht verstecken hinter den Jungmannschaften. (Heiterkeit und Beifall.) Daß Jungmannschaften die Wacht am Rhein singen können, wissen wir. Wir haben weniger gehenkt, aber wir haben mehr gearbeitet und wir wünschen nichts mehr, als die Früchte dieser Arbeit aufzeigen zu können und sie zu messen mit den Leistungen der anderen.

Die Herren machen sich ja ungeheuer mausig. Da sollten sie doch nicht vergessen, diese deutschen Parteien, daß nach den vereinigten Christlichsozialen und Konservativen, daß nach der Vereinigung aller schwarzen Couleurs gleich die Sozialdemokraten kommen als die weitaus größte deutsche Partei, hinter der lange, lange nichts kommt und schon beinahe überhaupt gar nichts (Heiterkeit), bis endlich zum Schluß die Radikalen, die das Maul am vollsten nehmen. So lange es sich um das Maulaufmachen handelt, so lange können die Herren tun, als ob sie allein auf der Welt wären. Beim Wettgesang tun wir nicht mit. Wenn es aber auf die Arbeit im Parlament ankommt und auf die Probe an die Wählerschaft, dann wird man uns wieder hören, und zwar so gründlich hören, wie man uns schon gehört hat, so daß den Herren der Atem ausgegangen ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen den Parteitag in der Stimmung und Ueberzeugung beginnen, daß wir Rechenschaft ablegen vor dem gesamten Proletariat und daß wir diese Rechenschaft nicht zu scheuen haben. Wir wollen vor unsere Auftraggeber treten und ihnen sagen: Wir deutschen Sozialdemokraten haben im Bunde mit den Genossen der anderen Nationen, die dieselben Kämpfe haben und mindestens so schwere wie wir, das Schwerste geleistet — eine Leistung, an der alle Nationen teilhaben —: auf dem Boden dieses

vom Nationalitätenhader zerrissenen und erschütterten Parlaments den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten herzustellen, der sich als der Fels des Parlaments, die gemeinsame Fahne des Proletariats im Abgeordnetenhause erwiesen hat. Das ist eine Leistung, die unmöglich wäre, wenn nicht uns alle das große Ideal der politischen Solidarität erfüllen würde, das große Ideal einer Zusammengehörigkeit, die unverbrüchlich ist und unzerreißbar. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Gewiß, die nationalen Gegensätze sind da und wir sind die letzten, vor dieser Tatsache den Blick zu verhüllen und uns blind zu stellen. Man kann nicht Dinge aus der Welt deklamieren, die die ganze Geschichte Oesterreichs bestimmen; aber diese Gegensätze sind ebenso viele Aufgaben für die Völker und sie sind nur zu lösen durch die Völker selbst. Wir sind der Ueberzeugung, daß man nur die Möglichkeit bieten muß einer ernsten Verhandlung von Nation zu Nation und daß dann das große gemeinsame Interesse vor allem des Proletariats zu einer nationalen Vereinbarung führen wird.

Wir in Wien sind Zeugen einer Episode, die Sie in Nordböhmen schon lange kennen. Sie haben ja gehört, daß es in den Straßen Wiens sehr aufgeregt war. Lassen Sie sich nicht täuschen. Die Sache hat politisch nicht viel zu bedeuten. Es ist ein Maßstab dafür, daß die Aufregung gewisse mittlere Kreise ergriffen hat. Es ist ein Beweis, wie dumm und bar jeder Verantwortung unsere Deutschnationalen Politik machen, daß sie bewiesen, daß, wenn es in Prag möglich ist, wehrlose Studenten zu prügeln, auch in Wien Leute, die sich deutsche Männer nennen, genau dasselbe und genau so bübisch verüben können. Aber glauben Sie nicht, daß diese Episoden bestimmend sein können für die Zukunft. Wir wissen, daß es nicht leicht ist, in allen Einzelheiten der nationalen Frage zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen; aber wir wissen auch, daß die Voraussetzung dafür der Ernst ist, die Gewissenhaftigkeit, die feste Ueberzeugung, daß eine Nation gegen die andere nichts ausrichten kann. In Oesterreich müssen wir zusammenleben, müssen in Frieden zusammenleben, oder wir gehen aneinander zugrunde. Besiegen läßt sich heute keine Nation. Die deutsche nicht, aber die tschechische und die anderen slawischen ebensowenig. Weil keine die andere besiegen kann, müssen wir uns miteinander vertragen, und wir Sozialdemokraten glauben, daß wir unseren Teil dazu leisten. (Lebhafter Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Die Rechenschaft, die Ihre Vertrauensmänner Ihnen zu geben haben, löst sich auf in eine große Reihe von einzelnen Punkten. Aber sie finden in einem Gesamtposten ihre Summe und sie ist bezeichnet durch unser Parteiprogramm: In unserem Programm heißt es: „Das Proletariat zu organisieren, es physisch und geistig kampffähig zu machen und zu erhalten, es fähig zu machen, den Klassenkampf zu führen, das ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich." An diesem höchsten Maßstabe gemessen, können wir mit ruhigem Gewissen vor sie hintreten und unseren Genossen zurufen:

In den vierzig Jahren der österreichischen Bewegung, in den letzten zwanzig Jahren und insbesondere im letzten Abschnitt, über den Sie zu urteilen haben, hat die Sozialdemokratie zur Wehrhaftmachung, zur Erhebung und zur Erweckung des Proletariats das ihrige getan. Wir können sagen, das Proletariat Oesterreichs ist durch die Sozialdemokratie erweckt worden, gesammelt und organisiert worden, organisiert in Kampfreihen, die unüberwindlich sind.

Das Proletariat ist zum Bewußtsein seiner Aufgabe in so hohem Grade und mit solcher Klarheit gelangt, daß weder Unterdrückung noch Verlockung, weder Brutalität noch

Lüge uns vor unserem Wege abbringen können. (Stürmischer Beifall.)

Wir deutschen Sozialdemokraten sind heute mehr als die bewußten politischen Vertreter der Arbeiterschaft, wir sind diese deutsche Arbeiterschaft selbst, nicht nur ihr Kopf, sondern auch ihr Leib, nicht nur ihr Knochengerüste, sondern auch ihr Blut, und wir können sagen: Geschichtlich steht die Sozialdemokratie in Oesterreich auf solcher Höhe, daß, was auch immer kommen mag, uns nicht zu bangen braucht. Wir haben festen Boden unter den Füßen, wir haben starke Arme zur Arbeit, haben ein gesundes Hirn und haben einen festen Willen, und so können wir unsere Sache bis zu Ende führen. (Lebhafter Beifall.)

Von diesem Bewußtsein getragen, schauen wir mutig in die Zukunft, mit der Siegeszuversicht, die sich nicht gründet auf flüchtige Begeisterung, sondern auf das Bewußtsein der erprobten Kraft, das Bewußtsein, daß immer neue Schichten von Proletariern zu uns stoßen, daß die Frauen bei uns sind, daß die Jugend zu uns kommt, daß unserer Aufgaben immer mehr werden, daß die geistige Begabung der Arbeiterschaft, die geistige Arbeit und das geistige Leben in der Partei eine so große ist, wie auch nicht annähernd in irgend einer bürgerlichen Partei. Wir können die Ueberzeugung haben, daß wir die Lebenshaltung der Arbeiterschaft trotz aller Schwierigkeiten allmählich erhöht haben, daß die Proletarier das Bewußtsein haben, daß sie nicht wehrlos sind, daß sie starke, erprobte Anwälte haben, daß jeder Arbeiter in Oesterreich weiß, daß über jedes Haar auf seinem Kopfe die Sozialdemokratie wacht, wo immer es gilt, im Parlament, in der Gemeinde, im Gericht. Wir haben diese Kraft, wir haben das Bewußtsein dieser Kraft, wir haben das Bewußtsein unserer Pflicht und darum können wir rufen: Vorwärts, wie wir bisher vorwärtsgeschritten sind, vorwärts, vorwärts! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich, es lebe die Gesamtpartei, es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Brausende, langanhaltende Hochrufe. Stürmischer, minutenlang anhaltender Applaus.)

Skaret begrüßt namens der Parteivertretung die erschienenen Delegierten sowie die Vertreter der ausländischen Bruderparteien und die der nichtdeutschen sozialdemokratischen Gruppen in Oesterreich. Als Gäste sind erschienen: von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands der Genosse Ebert und Genossin Zietz aus Berlin, von der ungarländischen Sozialdemokratie Genosse Buchinger aus Budapest, von der bosnisch-herzegowinischen Sozialdemokratie Genosse Rauscher aus Sarajevo, vom jüdischen Arbeiterbund Rußlands Genossin Schönberg, von der tschechoslawischen Sozialdemokratie Oesterreichs die Genossen Nemec, Doktor Tonkup und Bruha aus Prag, von der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs Genosse Daszynski aus Krakau, von der italienischen Sozialdemokratie Oesterreichs Genosse Scabar aus Triest und von der südslawischen Sozialdemokratie Oesterreichs Genosse Kristan aus Laibach.

Indem ich die erschienenen Delegierten sowie Gäste nochmals aufs herzlichste begrüße, erkläre ich den Parteitag für eröffnet. Wir schreiten zur Wahl des Präsidiums. Ich schlage vor, zu Vorsitzenden die Genossen Pernerstorfer, Schäfer und Tomschik, zu Schriftführern die Genossen Schiller, Seyer, Spielmann und Genossin Proft zu wählen. (Einstimmig angenommen.)

Ich ersuche die Gewählten, ihre Plätze einzunehmen.

Genosse **Schäfer** dankt für die Wahl und übernimmt den Vorsitz.

Skaret schlägt vor, die bisherige Geschäftsordnung anzunehmen und die Arbeitszeit von 9 bis 12 Uhr mittags und von 2 bis 6 Uhr abends zu bestimmen. (Angenommen.) Weiters, die provisorische Tagesordnung zu genehmigen und den Antrag der Bezirksorganisation Staab „Die Agitation auf dem flachen Lande" beim Punkte Parteiorganisation

zu verhandeln, die Anträge der Bezirksorganisation Reichenberg, Neustadt an der Tafelfichte und Friedland, den Punkt „Die Sozialdemokratie und der Nationalismus" auf die Tagesordnung zu setzen, abzulehnen, da die Tagesordnung so reichhaltig ist, daß es nicht angehe, sie weiter zu beschweren. Die Agitation auf dem flachen Lande kann beim Punkte „Organisation" besprochen werden und beim parlamentarischen Bericht tauchen ohnedies eine Menge Fragen auf, die mit der Stellung der Partei zum Nationalismus in Beziehung stehen.

Straßer (Reichenberg): Genosse Slaret hat die Annahme der provisorischen Tagesordnung mit der Begründung verlangt, daß die Parteivertretung gewußt hat, warum sie sie aufgestellt hat. Davon sind wir überzeugt, aber auch wir in Reichenberg wußten, was wir wollen, als wir unseren Antrag einbrachten. Der Antrag hat sich in der Phantasie einiger Genossen so geändert, daß er nicht zu erkennen ist. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden (Zwischenruf: Linz), daß wir auf dem Parteitag reichsdeutsche Unsitten einführen wollen und es sich nicht um sachliche Debatten handelt. Ich muß feststellen, daß diese Behauptung ganz unbegründet ist, daß es sich darum handelt . . .

Vorsitzender: Ich muß ersuchen, sich mit dem Antrag zu beschäftigen und nicht mit Linz zu polemisieren.

Straßer: Ich habe die Polemik nicht angefangen, weil ich weiß, daß diese Meinung auch von anderen Delegierten geteilt wird. Ich wollte nur erklären, daß wir keineswegs die Absicht haben, die uns unterschoben wurde, sondern einzig und allein gewisse Beschwerden, die wir haben, auszusprechen. Die Form, in der die Möglichkeit dazu geboten wird, ist uns gleichgültig. Ob die Sache als besonderer Punkt auf die Tagesordnung kommt oder ob wir Gelegenheit haben, sie in einem anderen Punkte zu besprechen, macht uns nichts aus. (Bravo.)

Die provisorische Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Erster Verhandlungstag. 20. September.

Vormittagssitzung.

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Die politische Situation, in der wir den gegenwärtigen Parteitag halten, ist wieder außerordentlich kritisch. Wir stehen in einem Zustand, der nicht erlaubt, auch nur für die nächste Zeit etwas vorauszusagen. Während sich die bürgerlichen Parteien in nutzlosem Streite ergehen, haben wir uns versammelt, nicht nur die Arbeit für die Partei zu fördern, sondern auch in der inneren Politik unsere Ansicht klar und deutlich hervortreten zu lassen. Am heutigen Tage ist es angezeigt, daran zu erinnern, daß gerade vor zehn Jahren in Brünn unsere Partei die Grundlage eines Nationalitätenprogramms beschlossen hat, das damals wohl ziemlich ignoriert wurde, sich aber im Laufe der Jahre die Anerkennung auch vieler Gegner errungen hat. Wir haben schon damals, als es außerordentlich schwierig war, an diese Frage heranzutreten, Grundlinien festgesetzt, die meiner Ueberzeugung nach die Grundzüge der nationalen Politik Oesterreichs sein werden. Im Leben eines einzelnen sind zehn Jahre eine gerauume Zeit, im Leben der Staaten und Völker aber nicht viel. Die Sozialdemokratie kann stolz darauf sein, daß sie schon 1899 die Voraussicht hatte, in der nationalen Frage, die der Angelpunkt der österreichischen Politik ist, den Weg gezeigt zu haben, auf dem es möglich ist, in Oesterreich geordnete staatliche Verhältnisse herbeizuführen. Wir werden auf diesem Parteitag unsere innere Parteipolitik und die Politik Oesterreichs be-

sprechen und wir werden neuerdings den Beweis liefern, daß wir, die Partei des Umsturzes, die einzigen positiv Arbeitenden in Oesterreich sind. Sie wissen, daß das die merkwürdige Folge gehabt hat, daß man uns als Staatspartei, ja sogar als k. k. Sozialdemokraten bezeichnet hat. Dergleichen läßt uns kühl. Wir haben für diesen Staat sehr wenig übrig, aber wir achten seine Realität. Wir müssen in diesem Staate leben und es kann uns nicht gleichgültig sein, wie sich hier das politische Leben abspielt. Wir werden das Unsrige dazu tun, daß die politische Entwicklung in Oesterreich vorwärtsgeht im Sinne einer Politik, die die Ausbreitung der Demokratie in jedem einzelnen Punkte erfordert. Wir sind fest überzeugt, daß man auch in dieser Richtung zu uns wird kommen müssen. Die Sozialdemokratie ist geradezu berufen, in dieser Frage das entscheidende Wort zu sprechen. So lassen Sie uns die Arbeit beginnen mit dem Ernste, den wir immer bewährt haben, in der brüderlichen Liebe und Solidarität zu einander, und in der sicheren Hoffnung und mit dem festen Bewußtsein, gute Arbeit zu leisten. (Beifall.)

Im Namen des Bureaus begrüße ich die Vertreter der Bruderparteien und lade Sie ein, das Wort zu ergreifen.

Ebert (Berlin): Namens des Vorstandes der Sozialdemokratie Deutschlands habe ich Ihnen die brüderlichen Grüße zu übermitteln. Lassen Sie mich vor allem danken für den überaus freundlichen Empfang, den Sie uns bei der prächtigen und eindrucksvollen Veranstaltung des gestrigen Abends und heute wieder entgegengebracht haben.

Ich habe es wohl nicht nötig, des näheren darauf hinzuweisen, wie innig immer die Beziehungen zwischen der Sozialdemokratie Deutschlands und der Oesterreichs und insbesondere die zur deutschösterreichischen Partei gewesen sind. Die Geschichte des kämpfenden Proletariats beider Länder spricht darüber eine beredte Sprache. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat immer in Erfüllung ihrer internationalen Verpflichtungen, in der Uebung der Solidarität gegen das kämpfende Proletariat aller Länder ihren Stolz erblickt, sie hat auch immer großen Wert darauf gelegt, die innigen freundschaftlichen Beziehungen zur österreichischen Bruderpartei möglichst herzlich zu gestalten. Die Kämpfe, die Sie auf so ungemein schwierigem Kampffeld führen mußten, haben bei der Arbeiterklasse Deutschlands immer das größte Interesse gefunden, und Ihre glänzenden Siege in den letzten Jahren haben bei uns echte und wahre Begeisterung hervorgerufen, so daß ich sagen kann, daß wir der Auffassung sind, daß Ihre Kämpfe die unsrigen und Ihre Siege die unsrigen sind.

Ihre Vertretung auf dem Leipziger Parteitag hat zum Ausdruck gebracht, daß Sie an der Behandlung der Jugendbewegung und der Maifeier ganz besonders interessiert seien. Ich glaube sagen zu dürfen, daß der Verlauf der Beratungen über diese Punkte Ihre Erwartungen wohl erfüllt hat. (Sehr richtig!) Die Partei und die Gewerkschaften in Deutschland werden alle Kraft daransetzen, um das Bestreben der herrschenden Klassen, die proletarische Jugend in den Dienst ihrer Interessen zu stellen, zu Schanden zu machen. Wir werden nicht nur bestrebt sein, die wirtschaftlichen Interessen unserer Jugend zu fördern, sondern sie auch zu bilden und zu erziehen im Sinne unserer großen Weltanschauung. Auch die Verhandlungen über die Maifeier werden, glaube ich, Ihre Zustimmung finden. Es ist uns gelungen, gemeinsam mit den Gewerkschaften die Regelung der Unterstützung der Ausgesperrten herbeizuführen. Seien Sie überzeugt, daß alles geschehen wird, um die Demonstration am ersten Mai möglichst würdig zu gestalten.

Unser Parteitag hat sich weiter mit der Frage der parlamentarischen Taktik, mit der Ausplünderung des Volkes durch neue Steuern, mit der Reform der Arbeiterversicherung beschäftigt, dann eine Aenderung der Organisation der Partei vorgenommen und so die Geschlossenheit, Wucht und

Schlagkraft der Partei wesentlich erhöht. Die Wahlen der letzten Zeit haben Ihnen gezeigt, daß die deutsche Partei rüstig auf dem Vormarsch ist, und in den demnächst stattfindenden Landtagswahlen werden dafür neue Beweise geliefert werden. Der Reichstag, der unter einer unglaublich demagogisch-nationalen Verhetzung zustande gekommen ist, hat die von den Bürgerlichen in ihn gesetzten Erwartungen völlig enttäuscht. An die Stelle des angeblichen „nationalen Aufschwunges" ist eine große Empörung des deutschen Volkes getreten, der Reichstag hat mitten in der wirtschaftlichen Krise, die schwer auf der deutschen Arbeiterschaft lastet, einen noch nie dagewesenen Steuerraub vorgenommen, die Herrschenden und Besitzenden haben sich nicht nur gegen eine Belastung, die sie getroffen hätte, gewehrt; sie haben es auch verstanden, eine Uebervorteilung der Arbeiterklasse zu eigener weiterer Bereicherung herbeizuführen: die Junker durch die Schnapsprämien und die kartellierten Industrien, indem sie die Preise weit mehr steigern werden, als die neuen indirekten Steuern betragen. Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie ist es, vor dem Volke die nationalen und politischen Zusammenhänge darzulegen und so den großen Kampf gründlich vorzubereiten, den wir bei den nächsten Wahlen führen werden. Seien Sie versichert, daß die deutsche Arbeiterklasse mit allen ihren Feinden wirkungsvolle und gründliche Abrechnung halten wird.

Ihre reichhaltige Tagesordnung enthält eine große Zahl Punkte, die auch für uns von Interesse sind. Wir freuen uns daher, in Ihrer Mitte weilen zu können, und wünschen Ihnen den allerbesten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Genossin **Zietz** (Berlin): Namens der deutschen Genossinnen habe ich Ihnen die herzlichsten Grüße zu überbringen. Die deutschen Genossinnen verfolgen mit lebhaftem Interesse und mit wärmster Sympathie die Kämpfe des österreichischen Proletariats und sie bringen ihr lebhaftes Interesse namentlich entgegen der Teilnahme der Frauen an allen seinen Lebensäußerungen. Ich meine auch, daß Sie, wenn Sie auf einen glänzenden Erfolg im Wahlrechtskampfe und auf einen ebenso glänzenden im Wahlkampfe zurückblicken, das nicht in letzter Linie der starken Teilnahme der Genossinnen zu danken haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir deutschen Genossinnen haben mit außerordentlicher Bewunderung und mit lebhafter Freude diesen Kampf verfolgt, und haben mit Freuden wahrgenommen, daß unsere österreichischen Genossinnen das in weiten Kreisen gegen die Anteilnahme der Frauen im politischen Leben bestehende Vorurteil besiegt haben. Sie haben dadurch den politischen Befähigungsnachweis in der glänzendsten Weise erbracht. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wissen auch, daß Sie in Agitation und Organisation in den letzten Jahren Außerordentliches geleistet haben, und ich glaube, sagen zu können, daß Sie damit das beste Mittel erwählt haben, nicht nur unsere Scharen zu vermehren, sondern auch die reaktionären Bestimmungen zu beseitigen, die den Vereinigungsbestrebungen der Frauen entgegenstehen.

Sie wissen, wir haben in Deutschland seit dem vorigen Jahre ein Gesetz, das allerdings weit entfernt ist, auch ein nur liberales Gesetz zu sein, aber immerhin den Frauen das Recht gibt, sich an politischen Vereinen, an politischen Versammlungen zu beteiligen. Daß das Verbot gefallen ist, ist nicht nur dem jahrzehntelang dagegen geführten Kampfe der deutschen Sozialdemokratinnen zu verdanken, sondern auch dem Umstand, daß wir trotz dem reaktionären Gesetz die Frauen in die Organisation gereiht haben und so die herrschende Regierung und die herrschenden Kreise zwangen, vor der Frauenbewegung zu kapitulieren, da sie einsehen mußten, daß alle reaktionären Bestimmungen nicht zu dem Ziele führen können, die proletarischen Frauen den politischen Kämpfen fernzuhalten. So wie wir den Erfolg hatten, hoffe ich auch, daß es Ihrer Tätigkeit gelingen wird, die Gesetzes-

bestimmungen zu beseitigen, die die Organisierung der proletarischen Masse heute noch hemmen, wenn auch nicht hindern.

In den großen Kämpfen, die wir in den letzten Monaten zu führen hatten und in den nächsten Monaten führen werden, werden auch die proletarischen Frauen ein großes Kontingent der Kämpfer stellen. Diese Tatsache wurzelt in der Erkenntnis, daß es der Zusammenfassung aller Kräfte bedarf, um unserem Ziele näher zu kommen. Bei Ihnen wie bei uns haben die Genossen in zunehmendem Maße erkannt, daß es nötig ist, die proletarischen Frauen heranzuholen und zusammenzufassen, und wir können erwarten, daß sie immer mehr und mehr in der ersten Reihe stehen werden. Wir haben uns in Leipzig mit dem neuen Parteistatut beschäftigt, das entsprechend dem neuen Gesetz einer Aenderung bedurfte, und es ist festgesetzt worden, daß es die Pflicht der Genossen an allen Orten ist, mindestens eine Frau in den Vorstand zu wählen. Dadurch ist die Gleichberechtigung der Frau, die eine unserer ersten Grundsätze ist, nicht nur theoretisch anerkannt, sondern auch praktisch hergestellt worden. Und ich verspreche mir dafür für die proletarische Arbeit und für die Gewinnung weiterer Schichten sehr viel.

Wenn im letzten Jahre die Zahl der organisierten Frauen in Deutschland von 28.000 auf 62.000 gestiegen ist, so freuen wir uns nicht nur darüber, wir sind auch überzeugt, daß sie sich auch im nächsten Jahre mehr als verdoppeln wird. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir hinausgehen, knüpfen wir nicht nur an an die politischen Tagesereignisse, sondern versuchen auch immer, die Frauen zu durchdringen mit unserer alles überragenden Weltanschauung, sie zu gewinnen durch den großen Einfluß, den wir dank dieser Weltanschauung haben. Ich hoffe, daß so wie unser Parteitag beigetragen hat, die Partei vorwärts zu bringen, auch Ihre Beschlüsse dazu führen werden, die Kampfesfähigkeit nicht nur der österreichischen Partei, sondern auch der Frauen zu stärken. (Brausender Beifall.)

Genossin **Schönberg** (Warschau): Es ist das erstemal, daß der jüdische Arbeiterbund auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie vertreten ist. Deshalb dürfen Sie aber nicht glauben, daß wir Ihren Kämpfen und Siegen gleichgültig gegenüber gestanden sind. Ihre Stellung ist stets von großer Bedeutung für uns gewesen. Erstens aus dem Gefühl der proletarischen Solidarität heraus und zweitens, weil die Verhältnisse Oesterreichs und die Rußlands eine gewisse Aehnlichkeit aufweisen. Beide sind Staaten mit gemischter nationaler Bevölkerung. Rußland beherbergt nicht weniger als hundertelf Nationen. Wenn auch die nationale Frage bei uns nicht direkt in den Vordergrund getreten ist wie bei Ihnen — bei uns steht die Erringung der elementarsten politischen Rechte auf der Tagesordnung, wir haben den absolutistischen Staat zu stürzen und den konstitutionellen an seine Stelle zu setzen — so sind wir doch der Meinung, daß die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie vorbildlich wirken muß für Rußland, wie sie auch teilweise schon gewirkt hat. Das nationale Problem ist eines der schwierigsten für die österreichische Sozialdemokratie. Aber wir vertrauen auf Ihre Schlagkraft und Ihr Zielbewußtsein, daß Sie diesmal wieder einen erheblichen Fortschritt machen. Wir wünschen Ihnen den besten Erfolg auf dem Wege zu Ihrem Ziele. (Lebhafter Beifall.)

Buchinger (Budapest): Ich überbringe namens der Parteivertretung der ungarländischen Sozialdemokratie die herzlichsten Grüße und habe Ihnen den Dank für das auszusprechen, was Sie in unserem großen Kampfe um das Wahlrecht bisher schon geleistet haben, wobei ich in erster Linie die im September vorigen Jahres in Wien abgehaltene Reichskonferenz meine, auf der das Proletariat Oesterreichs geschlossen eingetreten ist für seine ungarländischen Brüder. Es ist aber eine traurige Tatsache, daß wir das Wahlrecht bis heute noch nicht haben. Es würde zu weit führen, alle Gründe dafür aufzuzählen, daß wir noch immer

in beständiger Angst leben müssen, daß unser elementarstes Recht auf dem Schachermarkt der österreichisch-ungarischen Reichspolitik verschachert und verkauft werde. Einiges muß ich aber dennoch anführen. Der Geschäftsführer der ungarischen Koalition, der Geschäftsführer der ungarischen Oligarchie und des Großagrariertums, Graf Andrassy, der die Pflicht hatte und hat, die Wahlreform auszuarbeiten, hat dem Parlament eine Wahlreform vorgelegt, die, wenn sie Gesetz würde, an den heutigen Zuständen, an der Struktur und den Machtverhältnissen des Parlaments nicht das geringste ändern würde. Wenn die Bauern, die nicht lesen und schreiben können, es gibt derer leider so viele in Ungarn, nur eine Zehntelstimme und wenn dann demgegenüber die Reichen drei Stimmen haben, dann hat sich nichts geändert: die Kleinbauern, die Kleinbürger und die anderen Mittelschichten sind außerstande, im Staate etwas zu bedeuten. Und das Proletariat soll auch weiterhin vollends stumm bleiben. Heute ist die Situation so, daß die Vorlage Andrassy nicht Gesetz werden kann, nicht nur weil das Proletariat dagegen ist, sondern auch diejenigen, auf die es in hohem Maße ankommt, die Vertreter der Kleinbürger, der Kleinbauern und der anderen mittleren Schichten, die heute der größten Partei des Parlaments, der Unabhängigkeitspartei angehören. Lange hat Andrassy die Vorsanktion zu dieser Wahlreform nicht erhalten, denn man wußte, daß sie alle die politischen Krisen und Wirren nur verewigen würde. Erlangt hat er sie in dem Moment, da man die imperialistischen Gelüste bekam und deshalb mit den ungarischen Oligarchen einen Ausgleich suchen mußte, um für den Moment aus der Zwickmühle zu kommen. Heute ist es so, daß die Vertreter der niedrigeren Schichten, die ich angeführt habe, es nicht zugeben können, daß man ein Wahlgesetz schafft, unter dem sie keinen entscheidenden Einfluß, das heißt die heutige Mehrheit hätten. Als dieser Zwiespalt in der größten parlamentarischen Partei aufkam, suchte man eine Lösung, gegen die das Proletariat Oesterreichs auch wieder ein Wort zu sprechen haben wird. (Zustimmung.) Andrassy bettelt, um seine Wahlreform auszuführen, um Konzessionen in Wien. Er will Konzessionen in der Militärfrage und brauchte andere Konzessionen, die Wekerle in der Aufnahme der Barzahlungen gefunden haben will. Das brauchten sie, um die sogenannte Fusion durchzuführen, die den Zweck haben soll, die Justh, Hollo und Batthyany, die nicht für ihre Hinrichtung stimmen wollen, aus der Unabhängigkeitspartei hinauswerfen zu können. Justh und Hollo fordern nicht die selbständige Bank, weil sie gegenwärtig ein unaufschiebbares Interesse des Landes wäre, sie fordern sie, weil sie ein populäres Schlagwort gegen Andrassy ist und sie diesen hinausdrängen und die Herrschaft auf eigene Rechnung weiterführen wollen. Das ist der Grund des Streites zwischen den Großagrariern und den Leuten, die mit dem Schlagwort „Bank" operieren und mit ihm den Kossuth zwingen wollen, sich auf ihre Seite zu stellen.

Wer irgend welche Konzessionen von Wien erhalten wird, wird den Betrug ausführen, in erster Linie an den Bauern und Kleinbürgern und in zweiter Linie und in größerem Maße an dem ungarischen Proletariat, und wird eine Wahlreform schaffen wollen, die die größte Schande aller zivilisierten Länder Europas wäre.

Ich möchte heute an das Wort Adlers erinnern, der im vorigen Jahre auf der Reichskonferenz gemeint hat: Einmal in der Geschichte der österreichisch-ungarischen Völker kommt es vor, daß sie ihre Hoffnung auf die Krone setzen; man möge trachten, daß sich die Völker dieses eine Mal nicht täuschen. Nun, unserer Sache kann es gleichgültig sein, ob wir uns auch das eine Mal täuschen oder nicht, ob den ungarländischen Magnaten durch die Gewährung von Konzessionen die Handhabe geboten wird, ihren Willen wieder durchzusetzen. Genossen, Sie wissen, wenn die „Staatsmänner" Ungarns um Konzessionen betteln, sind es nicht solche zum Vorteil des

Landes, sondern solche, die sie zur Durchführung des denkbar größten Betruges an dem ungarischen Proletariat benützen wollen. (Sehr richtig.) Wir ungarischen Sozialdemokraten hoffen, so wie Sie hoffen. So wie Sie in der Vergangenheit alles mögliche getan haben im Kampfe um das Wahlrecht, werden wir es auch in Zukunft tun. Der Kampf wird noch lange dauern, wir werden unseren Mann stellen auch in unserem Interesse, so wie Sie es getan haben. Und so wünschen wir Ihren Beratungen besten Erfolg. (Brausender Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Soukup** (Prag): Wir Delegierten der tschechischen Sozialdemokratie freuen uns, daß wir das Mandat erfüllen können, Sie im Namen der tschechischen Sozialdemokratie zu begrüßen. Wir kommen von unserem Parteitag. Ich kann Ihnen die freudige Mitteilung machen, daß die tschechische Partei unter den schwierigsten Verhältnissen in den letzten zwei Jahren in der Zahl der Organisationen und in der Zahl der Organisierten stark gewachsen ist und neuerlich den Beweis geliefert hat, daß sie die stärkste politische Organisation im tschechischen Volke ist. (Bravo!) Guten Gewissens sind auch die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten des ersten österreichischen Volkshauses vor das Forum unserer Partei und vor das Forum unserer viermalhunderttausend Wähler getreten. Der ganze Parteitag hat nach langer Debatte unserem tschechischen Klub sein vollstes Vertrauen votiert sowie die parlamentarische Taktik des gesamten Verbandes sanktioniert. (Bravo!) Das tschechische Proletariat hat auf diesem Parteitag gesprochen. Es ist weit davon entfernt, das Parlament zu überschätzen; es ist aber auch nicht geneigt, es zu unterschätzen. Das tschechische Proletariat urteilt real und erblickt in dem Parlament ein gewaltiges Instrument seines Emanzipationskampfes. Es will positive Arbeit; es ist auch bereit, dem nationalen Wahnsinn, der Minierarbeit der reaktionären Konterrevolution entgegenzutreten und alles aufzubieten, um die Demokratie in dem Staate zu kräftigen und zu festigen.

Wir haben auf unserem Parteitag die Stellung der Sozialdemokratie zur nationalen Frage diskutiert. Wir waren uns vollständig bewußt nicht nur der Größe des Problems, sondern auch unserer Verantwortung der Gesamtpartei in Oesterreich gegenüber. Wir haben gefühlt, daß wir nichts anderes können, als daß wir bis zu den tiefsten Wurzeln dieser Frage greifen, um an ihre Lösung mutig heranzutreten, daß wir uns selbst klar sein müssen darüber, was wir selbst wollen als Sozialdemokraten, ohne Rücksicht auf rechts oder links. Je früher wir das tun, desto besser für das Proletariat, für den Klassenkampf und desto besser für unsere Zukunft. Wir haben getan, was augenblicklich nötig war, wir haben bloß eine Generaldebatte absolviert. Das weitere liegt ebenso in unserer Hand wie in Ihrer und in der Hand der Gesamtpartei in Oesterreich.

Die tschechische Sozialdemokratie hat in den schwersten Zeiten die rote Fahne der internationalen Sozialdemokratie in Ehren hoch gehalten. Wo wir im Kampfe um tschechische Schulen stehen, tun wir es aus Gründen der kulturellen und sozialen Notwendigkeit und im Dienste des Emanzipationskampfes des Proletariats. Wir wollen einfach, daß die Kinder unserer Arbeiter nicht in Schulen, deren Sprache sie nicht verstehen, geistig verkümmern. Wir wollen die Fabrikation der Streikbrecher verhindern und die Erziehung von Kampfgenossen fördern in dem Bewußtsein, daß in der kulturellen Ebenbürtigkeit die beste Garantie der politischen Solidarität liegt.

Wir haben schwere Kämpfe durchzufechten, die politische Aufklärung in die breitesten Schichten zu tragen und in den Augen der Wähler zwei Obstruktionen niederzuringen. Morgen tritt der böhmische Landtag zusammen. Wir wissen, daß vor ihm außer der Landtagswahlreform auch die Gemeindewahlreform nicht nur für Prag, sondern auch für Reichenberg steht; daß es von ihm abhängt, ob die Arbeiter von Prag und Reichenberg in das Rathaus einziehen sollen, und wir wissen, daß von

ihm auch die Arbeitsfähigkeit des demokratischen Parlaments sowie der weitere Fortschritt der Demokratie im ganzen Staate abhängig ist. Wir werden auch in dieser Frage unsere Pflicht voll tun und kämpfen für die Wahlreform für den böhmischen Landtag sowie für die in den Gemeinden.

Wir sind aus Prag, der Geburtsstätte der tschechischen Sozialdemokratie, nach Reichenberg gekommen, einer Geburtsstätte der deutschen Sozialdemokratie. Wir wissen, daß wir in Böhmen auf einem Vulkan stehen, daß hier über die Geschicke Oesterreichs entschieden wird. Hier stehen ebenso die deutsche wie die tschechische Sozialdemokratie vor den allerschwierigsten Aufgaben. Es sind unter uns Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht, es werden solche auch in Zukunft auftauchen. Aber die Sozialdemokratie lebt und Kampf ist der Schöpfer des Lebens. Wir haben immer eines nicht vergessen: Vierzig Jahre kämpft das deutsche Proletariat in Böhmen, mit dem tschechischen Proletariat Arm in Arm, Brust an Brust in den schwersten Bedrängnissen um ein und dasselbe gemeinsame Ziel. Wir sind fest aneinandergekettet, wir haben dieselben Persekutionen durchgekostet, wir haben dieselben Märtyrer wie Sie. Ich erinnere Sie an den Genossen Paces, der vor kurzem in Amerika gestorben ist, der zwanzig Jahre in Reichenberg gewirkt hat und wegen eines Flugblattes zu sechzehn Jahren Kerker verurteilt wurde und dann fast als Leichnam dem Kerker entstiegen ist. Wir haben auch dieselben Kämpfe um das allgemeine gleiche Wahlrecht geführt und noch zu führen und haben dieselbe positive Arbeit geleistet. Wir haben dieselbe Geschichte und dieselben Schicksale, dieselbe Arbeit und dieselbe Freude an der Entwicklung der Partei. Wir haben dieselben Volksverräter und wir sind zu denselben Trägern der neuen nationalen Kultur und des neuen nationalen Lebens in Oesterreich geworden und wir haben den gemeinsamen Kampf um die neue Verfassung durchzumachen.

Wie gestern Genosse Dr. Adler gerufen hat: „Wir sind bereit!", so können auch wir tschechischen Sozialdemokraten rufen: „Wir sind auch bereit, es komme was wolle!" (Lebhafter Beifall.) Wir können ruhig sagen, daß die Hunderttausende der kräftigen, in Stürmen Erprobten des tschechischen Proletariats gerüstet sind, es mag kommen was wolle, in Böhmen wie im übrigen Oesterreich. Das können wir sagen, das Beste, was das tschechische Volk an Kraft und Energie und an Bildung hat, steht heute vereinigt mit dem Besten, was das deutsche Volk hervorgebracht hat.

Wir können rufen: „Fest und unzertrennlich sind die Bande unserer internationalen Solidarität!" So wie wir Ihre Delegierten Seliger und Beer auf unserem Parteitag begrüßt haben, begrüßen wir hier den deutschen Parteitag, und wir senden mit der ganzen tschechischen Sozialdemokratie unsere Grüße dem ganzen deutschen Proletariat. In der Zeit des nationalen Erdbebens in Böhmen, auf den Trümmern des Privilegienlandtages rufen wir: „Einig ist das Proletariat Böhmens, einig das Proletariat ganz Oesterreichs unter dem Banner der internationalen Sozialdemokratie!" Vereinigen wir uns mit euch in dem Rufe unseres Vorkämpfers Viktor Adler: „Im Namen des Proletariats vorwärts! Vorwärts im Kampfe! Mit uns das Volk, mit uns die Zukunft, mit uns der Sieg!" (Brausender, sich immer wieder erneuernder Beifall.)

Kristan (Laibach): Wenn von vielen Rednern hier betont wurde, daß die proletarische Organisation unter schwierigen Verhältnissen kämpfen muß, so gilt das selbstverständlich auch von dem südslawischen Proletariat, ja vielleicht von diesem in noch höherem Maße als von den großen Bruderparteien, denn es ist ja bekannt, daß Stürme in kleinen Seen häufig viel wilder sind als auf dem weiten Ozean. Und wir haben an solchen Stürmen in der letzten Zeit wahrlich nicht wenige gehabt. Den Genossen ist ja nicht un-

bekannt, daß der Süden im vergangenen Jahre der Schauplatz wilder nationalistischer Exzesse war, welche Menschenleben forderten, welche das Straßenpflaster rot färbten und dazu beitrugen, daß der Chauvinismus wieder zu neuem Wüten aufgepeitscht wurde. Trotzdem ist die sozialdemokratische Partei in unseren Gegenden vorwärtsgeschritten, gerade so wie die Bruderparteien in ganz Oesterreich und in der ganzen Welt. Wenige Monate nach den blutigen Septemberereignissen hatten wir Landtagswahlen in Krain und wir hatten beiläufig um dieselbe Zeit Nachwahlen in einigen anderen von Südslawen bewohnten Provinzen und überall zeigte sich, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokratie seit den letzten Reichsratswahlen ganz bedeutend zugenommen hat. (Beifall.) Nicht nur auf dem flachen Lande, sondern gerade in Laibach selbst, gerade an dem Orte, welcher in ein Irrenhaus verwandelt schien, haben wir vom Jahre 1907 bis zum vergangenen Jahre an 100 Prozent Stimmen gewonnen.

Es ist ein Fluch dieses zusammengewürfelten Oesterreich, daß bei uns bei jeder größeren Zusammenkunft von der nationalen Frage gesprochen werden muß. (Sehr richtig!) Wenn in jedem Lande die Sozialdemokratie außer dem großen gemeinsamen Ziele der Aufrüttelung und der Erlösung des Proletariats noch besondere Aufgaben hat, so haben wir hier in Oesterreich, die Sozialdemokraten aller Nationen, auch unsere spezielle Aufgabe, und ich glaube, es ist eine Aufgabe, welche der österreichischen Sozialdemokratie aller Zungen eine ganz besondere Stellung, eine ganz besondere Bedeutung in der Internationale der Welt zuweist. Ich glaube, dieses Oesterreich haben wir als ein Miniaturbild Europas anzusehen, und wir haben in diesem bisher weltverfluchten Staate zu zeigen, wie Völker und wie Menschen verschiedener Zungen miteinander leben müssen, wie sie sich einrichten müssen, um miteinander leben zu können. Die nationale Frage ist da: das leugnen wir nicht, aber es ist nicht wahr — und das ist die Anschauung der südslawischen Sozialdemokratie, und ich glaube, die Anschauung aller Sozialdemokraten dieses Staates —, es ist nicht wahr, daß die nationale Frage die einzige, die oberste Frage dieses Staates ist. Es ist eine bewußte oder unbewußte Unwahrheit, es ist ein Betrug, wenn man jede Straße, jede Eisenbahn, jedes Amt, jedes Wächterhäuschen als eine nationale Sache hinstellt. Wir Südslawen befinden uns ja in einer ganz besonderen Situation. Wir haben außer der allgemeinen österreichischen nationalen Frage noch unsere eigene. Die wird Sie nicht viel interessieren. Hören Sie aber, denn wir haben wenigstens einen besonderen Grund, Sie dafür zu interessieren. (Heiterkeit.) Wir befinden uns in der komischen Situation, eine Nation zu sein, die bisher selbst noch nicht genau weiß, woraus sie besteht. Seit etwa hundert Jahren gibt es bei uns eine südslawische Frage. Sie hatte schon alle möglichen Namen: einmal hieß sie die illyrische Frage, dann die großkroatische, die großserbische u. s. w. Aber wie überall, so haben auch bei uns die bürgerlichen Klassen gezeigt, daß sie absolut keinen Sinn haben für Fragen, die das Volk berühren. Alle unsere nationalen Parteien jagen einer Utopie nach: ein großsüdslawisches Reich wollen sie, womöglich mit einem sehr großen Zaren an der Spitze. Aber darin unterscheiden uns wir Sozialdemokraten von ihnen, daß wir ein viel lebhafteres Bestreben haben, eine Einigung dieser nationalen Teile herbeizuführen, daß wir das einzige Interesse daran haben, eine Gruppe zu schaffen, die imstande ist, ein eigenes Kulturleben im Bunde aller Kulturvölker zu führen. Uns gehen diese Fragen sehr nahe; gerade unsere Zerstückelung in eine ganze Menge von Teilen, gerade unser bis zum Aeußersten getriebener Separatismus hemmt auch unsere proletarische Agitation, unsere sozialdemokratische Tätigkeit. Da haben sie eine Nation geschaffen, die sie die slowenische nennen und die anderthalb Millionen Menschen zählt, zum großen Teile ackerbautreibende Bevölkerung

und zu einem sehr bedeutenden Teile Analphabeten. Was es da heißt, unter dem Volke Wissen zu verbreiten, wie schwer es da ist, nur ein bißchen Literatur zu schaffen, davon werden sich die Genossen, welche Blätter, Broschüren und Bücher in Auflagen von Hunderttausenden herstellen, kaum einen Begriff machen können. Wenn wir hier ein dreimal wöchentlich erscheinendes, gern gelesenes und überall anerkanntes Blatt haben, wenn sie hier eine Reihe von Gewerkschaftsblättern besitzen, wenn unsere Druckgenossenschaft ein Häuflein von Broschüren unter dem Volke verbreiten konnte, wenn in dem armen verlassenen Dalmatien ein allerdings sehr bescheidenes, aber immerhin ein Blättchen gegründet werden konnte und sich halten kann, so bedeutet das im großen Gefüge des Ganzen sehr wenig, wenn man es nur vom Standpunkt des Ganzen betrachtet; aber es bedeutet sehr viel, wenn man erkennt, daß die Internationale nur eine Internationale ist, wenn kein Glied darin fehlt. Wir haben uns bisher redlich bemüht, das Glied, das wir darstellen, in die Internationale einzufügen. Wir wissen, daß die südslawischen Völker ihre Einreihung in die Kulturwelt, ihre geistige Befreiung und ihre materielle Befreiung nur erreichen können mit Hilfe unserer internationalen Bruderparteien, und aus diesem ganz egoistischen Grunde rufe ich Ihrem Parteitag ein herzliches Zivio! zu. (Stürmischer Beifall.)

Abgeordneter **Scabar** (Triest) begrüßt den Kongreß in italienischer Sprache. Seine Rede wird von Ellenbogen ins Deutsche übersetzt. Scabar führt aus:

Die italienische Sozialdemokratie Oesterreichs ist mit unlösbaren Fesseln an die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs geknüpft. Die italienischen Sozialdemokraten unseres Staates erinnern sich immer mit Dankbarkeit daran, daß, als sie eine kleine Partei waren, die deutschen Sozialdemokraten geradezu die Erwecker der italienischen Arbeiter gewesen sind, und als die Partei heranwuchs, als sie den Verfolgungen der bürgerlichen Parteien und Behörden ausgesetzt war, da waren es wiederum die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie im Parlament, die mit leidenschaftlichen Worten und mit größter Energie die Rechte der italienischen Sozialdemokraten vertraten bei Behörden, in öffentlichen Versammlungen, in der Presse, die für die italienischen Genossen kämpften und es endlich dahin brachten, daß auch den italienischen Sozialdemokraten in Oesterreich ihr Recht geworden ist.

Scabar nennt insbesondere die Genossen Adler, Pernerstorfer und Ellenbogen, denen das italienische Proletariat hierfür Dank schulde, und fährt dann fort: So hoffen wir, daß auch aus den Beratungen dieses Kongresses die italienische Sozialdemokratie neue Kenntnisse, neue Anregungen für die weitere Entwicklung ihres Kampfes schöpfen werde. Wir hoffen aber auch, daß die Genossen hier sich nicht durch Ereignisse im Schoße der italienischen Sozialdemokratie, die in der letzten Zeit von sich reden machten, etwa zu dem Glauben verleiten lassen, daß eine bemerkenswerte Veränderung in diesem Teile der österreichischen Sozialdemokratie vor sich gegangen wäre. Es wurde von einer Spaltung der italienischen Sozialdemokratie gesprochen. Aber diese sogenannte Spaltung besteht bloß darin, daß etwa dreißig bis vierzig Leute sich losgetrennt haben. Es handelt sich lediglich um die Bestrebungen von einigen wenigen, in ihrem Ehrgeiz und ihrer Streberei gekränkten Leuten, welche die Rolle zu spielen nicht in der Lage waren, die sie gern gespielt hätten. Das italienische Proletariat im Küstenlande hat durch die Abstoßung dieser Leute nur gezeigt, daß es sich durch derlei persönliche Aspirationen gewissenloser und ihrer Verantwortung nicht bewußter Leute nicht irreführen läßt. (Lebhafter Beifall.) Ich begrüße ferner mit größter Freude die Stärke der Frauenbewegung und der Jugendorganisation in der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs und erkläre, daß auch die italienischen Genossen auf diesem Pfade folgen. Auch in der italienischen Sozialdemokratie zeigen sich bereits sehr

bemerkenswerte Ansätze einer solchen Entwicklung. Im Namen des Internationalismus unserer Gesamtpartei in Oesterreich, den auch wir Italiener jederzeit hochgehalten und für den wir ein leidenschaftliches Bekenntnis abgelegt haben, im Namen dieses uns alle umfassenden Internationalismus begrüße ich Sie und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg! (Lebhafter Beifall.)

Manischer (bosnischer Delegierter): Im Namen der jungen sozialdemokratischen Partei von Bosnien und Herzegowina begrüße ich Sie auf das herzlichste. Die Genossen werden ja schon wissen, daß wir vor vier Jahren an die Gründung von Gewerkschaften geschritten sind, und es wird Sie gewiß interessieren, wie es unter dem absolutistischen Regime dazu gekommen ist. Im Jahre 1904 arbeitete eine Anzahl Wiener Bauarbeiter in Sarajevo, welche einen höheren Lohn bezogen und eine kürzere Arbeitszeit hatten als unsere Arbeiter. Dadurch haben sich unsere Arbeiter veranlaßt gesehen, darüber nachzudenken, wieso es komme, daß die Arbeiter aus Wien besser daran seien als sie. Das war der erste Anlaß, weswegen wir im Jahre 1905 an die Gründung von Gewerkschaften schreiten konnten. Den Genossen wird sicher das Jahr 1906 in Erinnerung sein, in dem wir uns durch die Durchführung von Massenstreiks das Recht auf Organisation erkämpfen mußten. Die Annexion Bosniens hat uns zu Bürgern dieses Reiches gemacht, zu euren Mitbürgern. Seien Sie überzeugt, daß Sie an uns nun auch Mitkämpfer und Brüder haben werden. (Lebhafter Beifall.) Uns geht es wohl im Anfang der Parteibewegung schwer. Wir sollen eine Verfassung bekommen; aber die Verfassung wird eine Verfassung sein, wie sie in keinem Lande existiert, eine Verfassung, die auf der Grundlage von Kurien aufgebaut sein und die außerdem in konfessionelle Unterkurien eingeteilt werden soll.

Wir haben selbstverständlich mit einer regen Agitation für die Partei eingesetzt, aber bis jetzt sind wir die einzige Partei in Bosnien, die für die freiheitliche und demokratische Gestaltung des Landes kämpft. Wie es damit ausschauen wird, wissen wir nicht. Bisher konnten sich die Regierungen Oesterreichs und Ungarns über uns nicht einig werden. Man weiß noch nicht, wem wir gehören werden (Heiterkeit), ob wir im Himmel oder auf der Erde sind. Da ist es schwer, zu kämpfen. Es wird uns gesagt, daß wir kein Recht auf politische Tätigkeit haben. So haben wir kürzlich einen Parteikongreß abgehalten, auf dem ein Statut genehmigt wurde. Aber unsere Behörden sagen, das Statut müsse erst der Regierung zur Genehmigung unterbreitet werden (Lebhafte Heiterkeit und Hört! Hört!-Rufe), früher dürften wir für die Partei nicht arbeiten. Das ist auch der Grund, weshalb man uns in der letzten Zeit alle Versammlungen in der Provinz verboten hat. Nun, wir wissen, welche Kämpfe auch Sie in den Anfängen Ihrer Bewegung durchmachen mußten, und wir wissen, daß wir von solchen nicht verschont bleiben können. Wir verdanken unsere Organisationen der starken Arbeiterbewegung Oesterreichs, und ich habe den Auftrag, auf Ihrem Kongreß dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten unseren besten Dank für die Hilfe auszusprechen, die er uns geleistet hat. Ganz besonders habe ich auch unseren Dank den sozialdemokratischen Delegationsmitgliedern abzustatten, die für uns ihre besten Kräfte eingesetzt haben. Ich hoffe, daß wir auch weiterhin auf Ihre Unterstützung rechnen können und daß wir mit Ihrer Unterstützung endlich eine freie demokratische Verfassung bekommen werden. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende teilt mit, daß Begrüßungsschreiben und Telegramme eingelaufen sind: von der Parteivertretung der ukrainischen Sozialdemokratie in Oesterreich, vom Landesausschuß der deutschen und der ungarischen Sozialdemokratie der Schweiz und vom Internationalen Bureau in Brüssel.

Vorsitzender Pernerstorfer: Parteigenossen! Wir haben auch in diesem Jahre Verluste innerhalb unserer Partei zu beklagen. (Die Delegierten er-

heben sich von den Sitzen.) Vor allem muß ich des Genossen Glaser gedenken, der sich im Kronland Mähren betätigt hat und, wie Sie wissen, bei den letzten Reichsratswahlen als Kandidat in Mährisch-Ostrau aufgetreten ist, und wenig hat gefehlt, daß er uns dieses Mandat auch heimgebracht hätte. Er hat in verhältnismäßig jungen Jahren aus dem Leben gehen müssen, nach opfervoller Tätigkeit im Dienste der Partei! Wir haben aber auch des Heimganges zweier Genossen zu gedenken, die zwar der deutschen Organisation nicht angehörten, aber mit ihr doch enge verwachsen waren aus alten Zeiten her: der Genossen Korschinek und Krapka. Wir Wiener haben sie ja gekannt in ihrer besten Zeit als brave und unermüdlich tätige Parteigenossen, mit echter Proletariertreue für die proletarische Sache. Wir gedenken aber nicht nur dieser Toten, sondern auch aller der Namenlosen, die in diesem Jahre von uns dahingegangen sind. Wir bewahren ihr Andenken und werden es in unserem Herzen weiter bewahren für immer.

Kundgebung für die schwedischen Arbeiter.

Abgeordneter Elderisch: Es ist Ihnen gewiß allen ein Bedürfnis, bei Beginn unserer Beratung den kämpfenden Brüdern in Schweden unsere brüderlichen Grüße zu entsenden und sie unserer wärmsten Sympathie zu versichern. Wir sind alle mit großem Interesse allen Stadien dieses proletarischen Riesenkampfes gefolgt, und ich kann mich begnügen mit der Feststellung, daß die proletarische Treue und der heldenmütige Widerstand der schwedischen Arbeiter unseren Stolz und unsere Bewunderung erregt haben und daß wir alle einig sind in dem heißen Wunsche, es möge den schwedischen Arbeitern ein voller Erfolg in ihrem Kampfe beschieden sein, im Interesse der schwedischen Arbeiter und im Interesse der proletarischen Internationale. (Stürmischer Beifall.)

Wer wie ich das Glück hatte, einige Tage unter den schwedischen Kämpfern zu verleben, der hat von dem schwedischen Kampffeld unauslöschliche Eindrücke heimgebracht. Die musterhafte Disziplin, die stolze Ruhe, die die schwedischen Arbeiter in diesem Kampfe bewiesen haben, sind es besonders, die uns allen imponieren. Wer gesehen hat, wie sie allen Versuchungen des Hungers heldenmütig Widerstand leisteten, der muß von Bewunderung erfüllt werden. Nun ist der Kampf eingeschränkt auf jene Unternehmungen, deren Inhaber dem schwedischen Arbeitgeberverband angehören, jenem Verband, der den Kampf provoziert hat. Noch immer sind es hundertvierzigtausend Arbeiter, die im Ausstand verharren, und es ist selbstverständlich, daß den schwedischen Streikenden materielle Hilfe dringend not tut. Der Kampf währt schon sieben Wochen und es ist nur begreiflich, wenn die Arbeiter wirtschaftlich erschöpft sind. Es erwächst also allen organisierten Arbeitern der übrigen Nationen die unabwendbare Pflicht, alles zu tun, um die materielle Widerstandsfähigkeit des schwedischen Proletariats ausgiebig zu stärken. Wir leben in einem armen Lande, in einem Lande der niedrigen Löhne, wir glauben aber und haben das feste Vertrauen zur Opferwilligkeit unserer Arbeiterschaft, die gewiß was sie tun kann, voll und gern und freudig tun wird. (Lebhafter Beifall.) Ich bin Ihrer Zustimmung gewiß, wenn ich die Annahme folgender Resolution beantrage:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs entbietet dem kämpfenden Proletariat in Schweden brüderliche Grüße und spricht den schwedischen Arbeitern wegen ihrer beispiellosen Opferwilligkeit und heldenmütigen Haltung im Kampfe um die Zukunft der schwedischen Arbeiterklasse seine lebhafte Bewunderung aus. Die österreichische Arbeiterschaft ist einig in dem heißen Wunsche, es möge den schwedischen Brüdern in ihrem schweren Kampfe gegen brutale Unternehmer

und gegen eine hinterlistige Regierung ein nachhaltiger Erfolg beschieden sein. Der Parteitag fordert die österreichischen Arbeiter auf, durch eifrige Fortsetzung von Sammlungen tatkräftig dafür zu sorgen, daß den streikenden Arbeitern in Schweden auch aus unserem Reiche ausgiebige materielle Unterstützung gesichert werde.

Die Resolution wird unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Vorsitzender Pernerstorfer: Der Parteitag ermächtigt das Präsidium, diese Sympathiekundgebung den schwedischen Genossen mitzuteilen. (Beifall.)

Für das spanische Proletariat.

Abgeordneter Winarsky: Wir waren in den letzten Monaten die Zeugen eines Verzweiflungsausbruches eines geknechteten Volkes. In Spanien, dem Lande, das uns ein Musterbeispiel dafür gibt, wohin klerikale Gewaltherrschaft ein hochbegabtes und intelligentes Volk bringen kann, wo durch klerikale Gewaltpolitik die wirtschaftliche und politische Entwicklung gehemmt worden ist, hat sich in allen Teilen des Landes, besonders aber in Barcelona, das Volk erhoben gegen einen übermütigen Kolonialkrieg, welcher hervorgerufen war einzig und allein im Interesse einiger weniger Kapitalisten und zum Ruhme des Militarismus, gegen den Kolonialfeldzug in Marokko, der dem Volke, das ohnehin ausgesaugt ist bis auf das Mark, die allerschwersten Opfer auferlegt hat. Diese Erhebung war ein Ausbruch der Verzweiflung des Volkes, eine Erhebung ohne Organisation, zum großen Teil ohne direkte bestimmte Führer, einzig ein Protest der Volksmassen gegen die nimmerrastende Ausbeutung, gegen die Verdummung, der das Volk systematisch ausgesetzt ist, gegen die Opferung der Söhne des Volkes in diesem Kolonialkrieg, der für die Interessen der kapitalistischen Unternehmungen geführt wird, dem sich aber die Söhne der Kapitalisten infolge des Loskaufsystems zu entziehen wußten. Das Volk war zuerst siegreich und wie immer war es milde in seinen Siegen. Alle gegenteiligen Berichte sind erlogen. Als aber dann die Volksmassen durch die Kanonen niedergezwungen wurden, da hat die Reaktion ein kaltes Rachewerk begonnen und mit Schaudern haben wir vernehmen müssen von Massenfüsilierungen und von Folterqualen, und wenn auch die offiziösen Dementis dies abzuleugnen versucht haben, so ist aus dem Dunkel der Zitadelle von Montjuich doch so viel in die Oeffentlichkeit gedrungen, daß Grauen die ganze Kulturwelt erfaßt hat. Der Parteitag erfüllt daher nur seine Pflicht, wenn er auch den spanischen Kämpfern seine Sympathie ausdrückt. (Stürmischer Beifall.) Er hat aber auch die Pflicht, die schuftigen Gewalttaten des klerikalen Regimes in Spanien vor der ganzen Welt zu denunzieren und die Regierungen aufmerksam zu machen auf die Verbrechen, die dort begangen wurden, und diese Regierungen, die Protest eingelegt haben, als in Marokko, in dem Lande, in dem Spanien die Religion und Zivilisation verbreiten will, der Sultan an seinen Gefangenen blutige Grausamkeiten verübt hat, aufzufordern, daß sie auch dem mit so vielen Monarchen Europas als „lieber Schwager" verbundenen König von Spanien diese Proteste gegen die Gewalttaten seiner Regierung zur Kenntnis bringen. Ich ersuche Sie daher, folgender Resolution Ihre einmütige Zustimmung zu geben:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Oesterreich spricht den heldenmütigen Kämpfern der Volkserhebung in Spanien und insbesondere in Barcelona gegen den von der klerikalen Gewaltherrschaft unternommenen Kolonialkrieg seine Bewunderung und seine wärmsten Sympathien aus.

Der Parteitag protestiert zugleich auf das entschiedenste im Namen der Menschlichkeit und der Kultur gegen die verbrecherischen, an die Greuel der

Inquisition des Mittelalters erinnernden Verfolgungen und Grausamkeiten, mit denen die spanische Konterrevolution gegen die unterlegenen Volkskämpfer vorgeht.

Er belastet die spanische Regierung mit der vollen Verantwortung für diese Taten und erklärt es für die Pflicht der Regierungen aller zivilisierten Staaten, gegen die Mordtaten und Folterqualen, die im Namen des Königs von Spanien verübt werden, ebenso durch ihre Vertreter einzuschreiten, wie sie gegen die Grausamkeiten des Sultans von Marokko gegen seine gefangenen Feinde protestiert haben.

Auch diese Resolution wird unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen.

Gegen den Zarismus.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Wir können nicht unsere Arbeit in Angriff nehmen, ohne daß wir den Zusammenhang unserer Arbeit feststellen mit dem großen Fortschritt, mit dem großen Vormarsch des ganzen Proletariats, und wir können nichts tun, ohne vor allem jener Proletarier zu gedenken, jener Sozialdemokraten, die gegenwärtig auf dem schwersten Posten der ganzen Internationale kämpfen, ohne zu gedenken des heldenmütig kämpfenden revolutionären Proletariats in Rußland. (Lebhafter Beifall.) Die russische Revolution hat tatsächlich einen Wendepunkt für Europa, für die Welt bedeutet, einen Wendepunkt, der in seinen Folgen nicht weniger wichtig sein wird, als es die französische Revolution des vorigen Jahrhunderts war. Jetzt wütet aber die Konterrevolution; jetzt wütet eine Reaktion der Grausamkeit, vor deren Brutalität wir, die wir doch auch etwas erlebt haben, erschaudern müssen. Wir wissen alle, daß der Galgen auf der Tagesordnung ist, daß die einzige Methode, nach welcher Rußland regiert wird, der Mord ist, und Sie wissen alle, wie die Korruption der Lockspitzelei aufgezeigt hat, daß das Regime des Zaren vor keiner Infamie zurückschreckt. Verantwortlich dafür ist vor allem der Zar. So lange es ein persönliches Regime und einen Absolutismus in der schärfsten Form in Rußland gibt, so lange ist der Zar die verantwortliche Person, für alle Verbrechen, die dort begangen werden. (Stürmischer Beifall.)

Nun, Parteigenossen, wir wollen nicht zurückhalten mit unserem Urteil darüber. Wenn die Geschäftsfreunde und Berufskollegen es nicht unter ihrer Würde finden, mit ihm in Berührung zu treten, wir sprechen es aus und sprechen nicht nur im Namen der Sozialdemokraten, wir sprechen im Namen aller ehrlichen, aller guten Menschen Europas, aller, die ein Herz haben für die Menschheit, wenn wir sagen: „Weg von unserem Boden, wenn er sich nahen sollte!“ (Stürmischer, andauernder Beifall.) Die Revolution in Rußland ist zurückgedrängt, aber sie ist nicht tot; die Revolution in Rußland geht weiter und es wird eine Auferstehungsfeier kommen, die von neuem einen Wendepunkt, von neuem einen Vorstoß der Menschheit bedeuten wird. Unsere Genossen aller Zungen in Rußland führen einen schweren Kampf, und wenn wir hier sprechen von einem Kampfe bis zum Tode, so hat das fürwahr in Rußland noch eine ganz andere Bedeutung als bei uns. So grüßen wir denn die Kämpfer, so grüßen wir unsere Brüder aller Zungen in Rußland. Und ich schlage folgende Resolution zur Annahme vor:

Der russische Zarismus setzt sein grauenvolles Werk der Völkerverwüstung fort; seine Justiz ist der Galgen, seine Politik die Lockspitzelei. Der Parteitag spricht seinen Abscheu aus und brandmarkt dieses System von Blut und Infamien, dessen Duldung und Fortdauer die Schmach und Schande Europas ist. Der Parteitag erklärt, daß der persönlich verantwortliche Vertreter jener verbrecherischen Gewaltherrschaft von der Arbeiterschaft als Verbrecher an der Menschheit angesehen und

daß jede Annäherung als eine entehrende Beschimpfung empfunden wird. Der Parteitag entbietet den heldenmütig kämpfenden Proletariern aller Zungen in Rußland seinen brüderlichen Gruß und sehnt mit ihnen ihren endlichen Sieg im Kampfe um die Befreiung herbei.

Die Verlesung der Resolution wird bei jedem Satze von stürmischen Beifallskundgebungen des Kongresses unterbrochen.

Vorsitzender Pernerstorfer: Ihr stürmischer Beifall veranlaßt mich, diese Resolution als einstimmig vom Parteitag angenommen zu erklären. (Neuerlicher stürmischer Beifall.)

Kommission für das Organisationsstatut.

Skaret: Ich halte mich verpflichtet, namens der Parteivertretung mitzuteilen, daß in Bezug auf die Bestellung des Referenten zum Punkte „Parteiorganisation" eine Aenderung vorgenommen worden ist, und zwar ist der Sachverhalt folgender: Da in der Parteivertretung in letzter Stunde eine Einigung in der Frage der obligatorischen Durchführung der politischen Vereinsorganisation nicht erzielt worden ist, die Parteivertretung somit einen einheitlichen Vorschlag auf Aenderung des Organisationsstatuts nicht machen konnte, ich mich jedoch mit Genossen Seliger bezüglich der Vereinsorganisation in voller Uebereinstimmung mit seinem Entwurf befinde, so wurde von dem Referate für die Parteivertretung Abstand genommen und Genosse Seliger als Referent für seinen Entwurf bestellt.

Da wir nun aber mit der Zeit rechnen müssen und vor allem um eine überflüssige Debatte speziell in der Frage der obligatorischen Einführung der politischen Vereine zu vermeiden, beantrage ich die Einsetzung einer vorbereitenden Kommission, deren Aufgabe es sein wird, die vorliegenden Anträge zu sichten und wenn möglich, einheitliche Grundsätze für die Organisation auszuarbeiten. Ich schlage vor, diese Kommission folgendermaßen zusammenzusetzen:

Für die Parteivertretung: Dr. Adler, Skaret und Reumann.
„ Wien: Richter und Pölzer.
„ Niederösterreich: Hackenberg.
„ Böhmen: Hillebrand und Czermak.
„ Mähren: Elderfch.
„ Schlesien: Tuppy.
„ Oberösterreich: Kollinger.
„ Steiermark: Resel.
„ Salzburg: Breitenfelder.
„ Tirol: Abram.
„ Kärnten: Riese.
„ die Bukowina: Grigorovici.
„ Vorarlberg: Ertl.

Czermak: Ich möchte doch zu bedenken geben, ob es nicht besser wäre, zunächst auf dem Parteitage eine Generaldebatte über die ganze Frage abzuführen. Bei Punkt 3 würde dann lediglich das Resultat der Kommissionsberatung zur Verhandlung stehen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß in dieser Generaldebatte manche nützliche und neue Anregung gemacht würde, die der Kommission bei ihren Beratungen dienlich sein könnte.

Dr. Adler: Wir sind alle der Ansicht, daß eine gründliche Debatte über die Frage der Organisation, die die praktisch wichtigste der uns vorliegenden ist, hier auf dem Parteitage stattfinden soll und ich bitte die Genossen, jede Befürchtung, als ob da in irgend einer Weise gedrosselt werden soll, ganz von sich zu weisen. Aber es schien uns notwendig, daß, bevor man in diese Debatte eintritt, gewissermaßen eine Ergänzung eintrete für die nicht genug

intensive und ausgebreitete Diskussion in der Presse. Es sind Anregungen aufgetaucht, die aber nicht formuliert wurden, es ist eine Fülle von Befürchtungen erhoben worden, welche Gefahren vorgespiegelt haben, die nicht bestehen. Wir wollen nicht, daß die Kommission Ihnen ein fertiges Projekt vorlege, wir wollen aber, daß sie die Debatte vorbereite, denn wir wollen nicht, daß eine wilde Debatte entstehe, sondern es soll eine geordnete Debatte sein. Wir wollen, daß nicht offene Türen eingerannt werden, sondern daß dem Parteitage für seine Debatte ein geordnetes Material vorliege. Nur zu diesem Zwecke haben wir diese Vorbereitungskommission einsetzen wollen.

Schiegl: Ich muß mich auch gegen den Vorschlag, wie ihn Genosse Adler meint, aussprechen. Ich möchte nicht, daß die Bedenken der Gewerkschaften hier nicht vorgebracht werden könnten.

Seliger: Ich habe schon in der Parteivertretung opponiert und ich hoffe, man wird es mir nicht übel auslegen, wenn ich mich wieder dagegen wende. Genosse Adler meinte, man solle bloß verhindern, daß die Debatte ins uferlose laufe. Die Kommission soll dem Parteitage nicht ein bestimmtes Projekt vorlegen. Nun bitte ich aber mir zu sagen, was die Kommission also tun soll. Sie wird natürlich ein Kompromiß suchen, und wenn sie ein solches vorlegt, wird die psychologische Wirkung sein, daß die Genossen sich sagen: die Sache ist fertig und es ist kein weiterer Anlaß zu einer Diskussion. Ich halte aber diese Diskussion für ebenso wichtig wie das Statut selbst und ich vermesse mich auszusprechen, daß ein neues Parteistatut ohne gründliche Diskussion nicht mehr wert ist als das alte Statut. Denn nur durch die Diskussion vor der breitesten Oeffentlichkeit wird es möglich werden, daß die Genossen sich den Geist des neuen Statuts zu eigen machen.

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Ich möchte bitten, die Sache doch nicht gar so leidenschaftlich zu behandeln. Es handelt sich doch nur um eine formelle Frage.

Hueber: Gestatten Sie, daß auch wir als Vertreter der Gewerkschaften unsere Meinung aussprechen. Vor allem muß ich das erstemal auf einem Parteitage das Bedauern ausdrücken, daß bei dem Vorschlage zur Kommissionswahl die Gewerkschaften vollständig umgangen wurden, was um so merkwürdiger ist, als die Gewerkschaften heute noch zu einem großen Teile Träger der Parteiorganisation sind. Wir schließen uns vollständig dem an, was Genosse Seliger hier ausgeführt hat. Das Parteistatut ist der Lebensnerv der Partei und wir haben schon in Wien bedauert, daß diese Vorschläge nicht gründlich diskutiert wurden. So wünschen wir wenigstens, daß hier nicht geschwiegen werde. Es ist noch Zeit genug, eine Kommission einzusetzen, bis durch die Diskussion die Sache geklärt ist.

Dr. Adler: Es ist selbstverständlich der Parteivertretung nichts ferner gelegen, als die Gewerkschaften zu umgehen. Wir haben einen Antrag auf grundsätzliche Aenderung der Organisation vor uns und es wurden vielfach Befürchtungen rege, als ob die heutige Organisation von heute auf morgen umgestürzt werden sollte. Deshalb wollten wir, bevor die Diskussion hier beginnt, diese falschen Voraussetzungen in einer Aussprache in einer kleinen Kommission beseitigen. Erst dann sollte die Diskussion hier beginnen. Genosse Hueber weiß sehr wohl, die Verbindung der gewerkschaftlichen mit der politischen Bewegung, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren, das ist der einzige Punkt, der unberührt bleiben wird. Wenn es die Gewerkschaften wünschen, werden wir selbstverständlich sehr zufrieden sein, im vorbereitenden Komitee auch zwei Gewerkschafter zu sehen. Nehmen Sie unseren Antrag an. Es wird dann nach Abführung der Debatte eine definitive Kommission notwendig sein. Jetzt aber soll nur eine vorbereitende Kommission bestellt werden. Der Parteitag hat ja nicht viel Zeit zu verlieren. Wir werden frühestens übermorgen zur Frage der Organisation kommen und dann wird es wohl zu spät sein, erst eine Kommission

damit zu betrauen, eine Klärung herbeizuführen. Ein Kompromiß kann aus der vorbereitenden Kommission nicht herauskommen, sondern nur eine Gegenüberstellung der wirklichen Meinungen der Genossen, die sich in der Presse nur sehr undeutlich ausgesprochen haben.

Hillebrand: Ich glaube, daß eine Kommission, die lediglich bestimmt ist, die Meinungen zu sichten, nicht viel Zweck hat. Wer garantiert uns denn, daß in der Debatte nicht vollständig neue Gesichtspunkte auftauchen? Die Arbeit der Kommission kann daher nur vorbereitend sein und die eigentliche Kommission wird erst nach der Debatte gewählt werden. Bisher sind lange nicht alle Parteigenossen, die etwas zu sagen haben, zu Worte gekommen. Deshalb meine ich, daß wir das Pferd beim Schwanze aufzäumen, wenn wir schon jetzt eine Kommission wählen, bevor wir noch eine Generaldebatte abgeführt haben. Gewiß wird diese Diskussion viel Zeit in Anspruch nehmen, aber es scheint mir zweifellos, daß kein Wort da zu viel gesprochen sein wird.

Genossin **Jansky**: Ich habe an dem Vorschlage zu bemängeln, daß für die Kommission keine Frau vorgeschlagen ist, obzwar wir doch an der Aenderung des Organisationsstatuts sehr interessiert sind.

Abgeordneter **Schuhmeier**: Es ist wohl Pflicht der Parteivertretung, den Rahmen für diese Diskussion festzusetzen. Deshalb haben wir getrachtet, eine Einteilung zu treffen, damit wir eine überflüssige Debatte ersparen. Gestern haben ich und Reumann dieselben Bedenken vorgebracht wie heute Czermak. Aber unsere Bedenken sind zerstreut worden. Wenn jetzt eine Debatte kommt, so wird sich alles auf die Dinge stürzen, die längst aufgegeben sind, und es werden wirklich, wie Dr. Adler sagte, offene Türen eingerannt. Weil wir das aber nicht wollen, wünschen wir eine vorbereitende Kommission, die alles, was nicht zu halten ist, beseitigt, so daß nur die strittigen Punkte zur Diskussion gestellt werden. Es ist ganz überflüssig, zwei Debatten abzuführen. Was die Nichtbeachtung der Gewerkschaften betrifft, so wird Genosse Hueber doch nicht böse Absicht annehmen. Ich bitte also um die Annahme des Antrages Skaret.

Schiegl: Ich habe bloß zu erklären, daß wir Gewerkschafter, weil wir eine offene Aussprache über die neue Organisation wünschen, nicht für den Antrag Skaret stimmen können. Im übrigen meine ich, daß wir Gewerkschafter Ihnen vielleicht behilflich sein können, den richtigen Weg zu finden.

Skaret: Ich muß Ihnen doch zu bedenken geben, daß Sie auch mit unserer beschränkten Zeit rechnen müssen. Wir werden heute nachmittags unmöglich mit den Berichten fertig werden können und werden morgen vollauf mit dem parlamentarischen Berichte zu tun haben. Wir kommen also im äußersten Falle Mittwoch zur Parteiorganisation. Da dann nachmittags der Ausflug auf den Jeschken stattfindet, der nicht leicht mehr verschoben werden kann, so wird dann Donnerstag die Debatte geschlossen werden müssen. Ich möchte gleich dem Genossen Adler erklären, daß wir die Redefreiheit nicht unterbinden wollen, daß wir aber wohl verhindern wollen, daß sich die ganze Diskussion auf einen Punkt konzentriere, der möglicherweise schon in der vorbereitenden Kommission als unhaltbar abgetan werden könnte. Ich nehme also die beiden Zusatzanträge, daß auch Vertreter der Gewerkschaften und der Frauen in die Kommission gewählt werden, an, und ich glaube, nicht erst versichern zu müssen, daß dieses Uebersehen nur der Hast der ersten Beratung zuzuschreiben ist.

Czermak: Ich bitte um getrennte Abstimmung, und zwar zuerst über die prinzipielle Frage, ob eine vorbereitende Kommission eingesetzt werden soll.

Bei der Abstimmung wird zuerst die Bestellung einer vorbereitenden Kommission beschlossen. Die vom Antragsteller vorgeschlagenen Genossen und die Vertreter der Gewerkschaften und der Frauen werden einstimmig gewählt.

Es besteht demnach die Kommission aus den Genossen Dr. Adler, Skaret, Reumann, Richter, Pölzer, Hackenberg, Hillebrand, Czermak, Elderisch, Tuppy, Kollinger, Resel, Breitenfelder, Abram, Riese, Grigorovici, Ertl, Hueber, Domes, Schiegl und der Genossin Anna Boschek.

Nachmittagssitzung.

Den Vorsitz führt Pernerstorfer.

Bericht der Parteivertretung.

Abgeordneter Skaret: Zu dem Ihnen gedruckt vorliegenden Bericht über die Parteitätigkeit und die Parteiinstitutionen habe ich einige Erläuterungen zu geben.

Vor allem möchte ich aber den Vorwurf entkräften, der in einigen Parteiblättern erhoben wurde und der dahingeht, daß wir den Bericht zu spät herausgegeben haben. Er wird zum Teil damit motiviert, daß man den Bericht nicht genügend verarbeiten, diskutieren und beleuchten könne, und es wurde sogar gesagt, es sei zu wenig Zeit, um sich aus ihm Informationen zu holen. Nun, rechtzeitig herausgekommen ist er, er ist nämlich innerhalb der durch das Parteistatut vorgeschriebenen Frist erschienen. Ich stehe aber nicht an, zu erklären, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn wir den Bericht früher hätten veröffentlichen können. Um das aber früher als zu dem durch das Parteistatut vorgeschriebenen Termin von vierzehn Tagen vor Stattfinden des Parteitages tun zu können, ist es nötig, daß das Parteisekretariat das Material rechtzeitig besitzt. Bei einer ganzen Anzahl von Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen haben wir den Bericht fünf- bis sechsmal urgieren müssen und haben ihn dann wohl, aber sehr spät bekommen. Es ist also schwer von uns zu verlangen, den Gesamtbericht viele Wochen vor dem Parteitag erscheinen zu lassen.

Und nun zum Bericht selbst. Der Bericht lehrt, daß wir uns in den letzten zwei Jahren, was Fortschritt und Erfolge der Bewegung betrifft, nicht zu beklagen haben. Diese Periode hat der Partei sogar sehr erhebliche Fortschritte gebracht. Ich verweise auf die beiden Ersatzwahlen in den Reichsrat. An Stelle des verstorbenen deutschnational-agrarischen Abgeordneten Kaiser, und an Stelle des Deutschvölklichen Erler sind in den Wahlkreisen Freiwaldau-Land und Innsbruck I in den Stichwahlen Sozialdemokraten gewählt worden und unsere Stimmenzahl hat überall bedeutend zugenommen. Nur im Landgemeindenbezirk Landskron-Grulich, wo eine Nachwahl für den verstorbenen Minister Peschka stattfand, hatten wir keinen Fortschritt zu verzeichnen. Es ist das nicht so sehr die Schuld der Parteigenossen und der Parteiorganisation, es liegt vielmehr daran, daß dieser Wahlkreis stark agrarisch ist.

In allen Kronländern waren die letzten zwei Jahre ausgefüllt von reger Tätigkeit für die Aenderung der Landtagswahlordnung. Diese Bewegung blieb nicht ohne Erfolg für unsere Partei, von einem Abschluß kann man noch nicht reden. Ich erinnere Sie, daß man in Niederösterreich ursprünglich daran war, eine überaus miserable Reform zu machen, und daß es nur das tätige Eingreifen der Wiener und der niederösterreichischen Genossen bewirkt hat, daß die christlichsoziale Partei im letzten Moment die Reform um einiges verbesserte. In Wien haben wir, was die Form des Wählens betrifft, das allgemeine Wahlrecht eingeschränkt durch die dreijährige Seßhaftigkeit und die nicht im Gesetze normierten, aber in der Praxis sehr fühlbaren Eigentümlichkeiten der Wiener Wahlen. Für die Provinz besteht allerdings eines der merkwürdigsten und

denkbar rückständigsten Wahlsysteme. In Steiermark haben die Genossen durch ihren Kampf den Erfolg davongetragen, daß das Wahlrecht in der vierten Kurie nur mehr für die nichtprivilegierten Wähler gilt und so die Zahl der unserer Partei erreichbaren Mandate erheblich vermehrt wurde. Auch in Oberösterreich, in Salzburg und in Vorarlberg wurden Wahlreformen geschaffen, die, abgesehen von dem letztgenannten Lande, die Landtage der Sozialdemokratie erschlossen. Wir haben in den österreichischen Landtagen fast alle Formen von Wahlsystemen, die sich denken lassen: allgemeines Wahlrecht, Kurienwahlrecht, Proporz, Doppelwahlrecht und zum Vorarlberger Landtag haben zum Unterschied aller neueren Reformen auch Frauen, wenn auch nicht viele, das Wahlrecht. Wir haben den Stein ins Rollen gebracht und wenn früher immer behauptet wurde, man könne von den privilegierten Kurien, wie sie bestanden, nicht ablassen, so ist jetzt damit dargetan, daß auch andere Formen möglich sind.

Hand in Hand mit den Bestrebungen zur Aenderung der Landtagswahlordnung gingen die Bemühungen um den Ausbau unserer Parteiorganisation. Seit dem Parteitag vom Jahre 1907 hat sich auch in organisatorischer Beziehung manches sehr vorteilhaft verändert. Auf dem letzten Parteitag wurde die Frage der Geschlossenheit der politischen Parteiorganisation in den Vordergrund gestellt. Wir können feststellen, daß in den beiden letzten Jahren in einzelnen Ländern die Genossen sehr bemüht waren, an Stelle der nebulosen, nicht recht greifbaren und nicht recht zusammenfaßbaren Organisation eine geschlossene politische Organisation zu setzen. Ich verweise in dieser Richtung auf Schlesien und Oberösterreich. Nicht unbefriedigende Ansätze, wenn sie auch sehr jung sind, bestehen in Böhmen und Mähren, wo nunmehr an Stelle der sogenannten freien politischen Organisation die geschlossene politische Vereinsorganisation tritt. Wenn auch die Form der politischen Organisation in den einzelnen Ländern noch nicht in dem Maße ausgebaut ist, wie wir es wünschen würden, so haben wir doch schon bei dem heutigen Stande der Vollkommenheit der Organisation einen Beweis dafür, daß man mit der geschlossenen politischen Vereinsorganisation zu arbeiten imstande ist. Dadurch werden die Argumente, die damit gestützt sind, daß diese Form außerordentliche Gefahren und Unannehmlichkeiten mit sich bringe, so gut wie vollständig widerlegt.

Wir haben uns heuer zum erstenmal der Aufgabe unterzogen, die Zahl der politisch organisierten Genossen statistisch festzustellen. Wir sind zu dem gewiß nicht unerfreulichen Resultat gekommen, daß — soweit wir aus den beantworteten Fragebogen konkretes Material erlangen konnten — es in Oesterreich derzeit 112.000 bis 113.000 politisch organisierte Sozialdemokraten gibt, das sind Genossen, die einen Beitrag an eine politische Organisation entrichten. Diejenigen, die sich sonst zur Sozialdemokratie bekennen, entweder weil sie gewerkschaftlich organisiert sind oder weil sie die Anschauungen der Partei teilen, sind in dieser Zahl natürlich nicht inbegriffen. Sie umfaßt nur die Parteisteuer zahlenden Mitglieder der Partei.

So erfreulich dieses Resultat im Vergleich zu den Verhältnissen von früher ist, so kann es durchaus nicht zufriedenstellen, wenn wir bedenken, daß in den Gewerkschaften 300.000 deutsche Mitglieder stehen, und daß wir bei den Wahlen noch bedeutend mehr deutsche Stimmen auf uns vereinigt haben. An diesem Maßstab gemessen, ist die Zahl der Parteisteuerleistenden sehr gering, und viel größer als die Zahl der bis heute politisch Organisierten ist die Zahl derer, die politisch organisiert sein könnten und sollen. Ich hoffe, daß uns der nächste Punkt der Tagesordnung zu einer Einigung führen und es uns in Zukunft möglich machen wird, die politische der gewerkschaftlichen Organisation vollständig ebenbürtig an die Seite zu stellen, sowohl was ihre Mitgliederzahl als auch ihre Leistungsfähigkeit betrifft.

Einen ungleich größeren Fortschritt als im allgemeinen haben wir in der Frauenorganisation zu verzeichnen. Es ist in Betracht zu ziehen, daß die Schwierigkeiten, die Frauen für eine politische Organisationstätigkeit zu gewinnen, ungleich größer sind, als dies bei den Männern der Fall ist. Dessenungeachtet ist zu konstatieren, daß die Frauen durch Gründung politischer Organisationen erhebliche und sehr anerkennenswerte Fortschritte gemacht haben. Freilich krankt es auch hier an manchem. Die Frauen haben an sehr vielen Orten bei den Bezirks- und Kreisausschüssen nicht die richtige Unterstützung bekommen, die die Frauenbewegung noch mehr gefördert hätte. Aber ich hoffe, daß sich auch nach dieser Richtung die Sache bald wesentlich bessern wird. Wie Sie aus dem Bericht ersehen, haben wir eigentlich zwei Formen der Frauenorganisation: die freie politische Organisation und die Heimarbeiterinnenorganisation, die sich durch ihre Ortsgruppen über einen großen Teil Oesterreichs erstrecken. Es ist erfreulich, daß diese beiden Organisationen immer bestrebt waren, sich in der Förderung der Organisierung der Frauen gegenseitig zu unterstützen, einander nicht im Wege zu stehen und nicht Schwierigkeiten zu bereiten, wo es gilt, die Frauen der politischen Bewegung zuzuführen.

Die Jugendorganisation hat in den letzten zwei Jahren gleich den übrigen Formen der Parteiorganisation sehr erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Dem letzten Parteitag berichtete die Organisation der jugendlichen Arbeiter, daß sie 59 Ortsgruppen und Zahlstellen habe. Deren Zahl ist nun auf 152 gestiegen und die Mitgliederzahl hat sich von 4500 auf 7000 erhöht; also auch hier ein wesentlicher Fortschritt. Die Schwierigkeiten der Organisierung der Jugendlichen sind noch größer als diejenigen, die die Organisierung der Frauen bereitet, und ich weiß aus Erfahrung, daß man nicht in jedem Orte ohne große Gefahren eine Organisation der Jugendlichen schaffen kann. Aber Sie werden mir das eine zugeben, daß in der Förderung der Jugendorganisation und der Erziehungsarbeit unsere politischen Organisationen mehr tun könnten, als bisher getan wurde. Ich bin versucht zu sagen: Wenn sich unsere Genossen doch nur ein Beispiel an den Bürgerlichen nehmen wollten, die so eifrig beflissen sind, die Jugendlichen in ihre Bewegung zu ziehen, von dem Gedanken ausgehend: Wem die Jugend gehört, dem gehört auch die Zukunft! Auch wir müssen uns an diesen Satz halten und ich bitte Sie deshalb, mehr Sorgfalt und Arbeit als bisher auf den Ausbau der Jugendorganisation zu wenden, der Erziehung der proletarischen Jugend bedeutend mehr Aufmerksamkeit und Mühe zu widmen.

Das Kapitel Bildungswesen hat die deutschen Parteitage schon wiederholt beschäftigt und wir hätten heuer gern eine eingehendere Besprechung gesehen. Daß wir diesen Punkt diesmal nicht auf die Tagesordnung gesetzt haben, hat seinen Grund darin, daß wir den Punkt „Organisation" für so wichtig halten, daß wir fürchten mußten, daß nicht genug Zeit für eine gründliche Erörterung des Bildungswesens bleibt. Ich glaube, der nächste Parteitag wird dazu die Möglichkeit bieten. Die Wichtigkeit der Sache haben wir schon lange erkannt und es wurde deshalb von der Parteivertretung gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission und dem niederösterreichischen Landesausschuß ein Bildungsausschuß eingesetzt, der — soweit wir das Bildungswesen von einer Zentralstelle aus leiten können — befruchtend über das ganze Reich hinaus wirken soll. Dieser Ausschuß hat im letzten Jahre außerordentlich viel geleistet und die in ihn gesetzten Erwartungen fast übertroffen. Nun hat aber der Bildungsausschuß erkannt, daß mit Arbeiterschulen und Vortragszyklen allein das Ziel nicht erreicht werden kann. Den vielen bildungsbeflissenen Genossen draußen in der Provinz sei mit diesen Veranstaltungen, an denen sie nicht teilnehmen können, nicht geholfen. Der Bildungsausschuß ist deshalb zu dem Schlusse gekommen, daß es notwendig sei, ein Korrespondenzblatt herauszugeben, welches die Bildung — wenn ich so sagen darf — im schriftlichen Wege dort-

tun vermitteln soll, wo von Wien aus mangels an Kräften und Mitteln keine andere Förderung der Bildungsbestrebungen möglich ist. Darum wurde das Blatt „Bildungsarbeit" gegründet. Ich will den Darlegungen des Bildungsausschusses über die Aufgaben des Blattes nicht vorgreifen, aber doch andeuten, daß es dessen Zweck ist, den Genossen nicht bloß Vortragsthemen bekanntzugeben, sondern daß er ihnen behilflich sein soll, den Vortragsstoff zweckmäßig durchzuarbeiten. Nun ist merkwürdigerweise eine Reihe sehr kritischer Stimmen aus den Kreisen sowohl der politisch wie der gewerkschaftlich Organisierten laut geworden und es hat geheißen: Wozu brauchen wir das Blatt, wenn es uns nichts sagen kann als: „In diesem oder jenem Buche finden wir auf Seite soundsoviel das und das?" Aber wie soll man denn etwas anderes bewerkstelligen? Soll man denn den Genossen vollständig durchgearbeitete Vorträge liefern, die bei völliger Außerachtlassung der Individualität eingetrichtert werden? Wir meinen, es sei zweckmäßig, die Anhaltspunkte zu geben, die Sie in der „Bildungsarbeit" finden, zu sagen, das Material für die Behandlung des Themas findest du dort und dort. Ich glaube, es kann eine bessere Art der geistigen Unterstützung gar nicht geben, als daß man angeleitet wird, selbständig zu denken, anstatt sich auf das Auswendiglernen zu verlassen. So glauben wir, daß die neue Zeitung ein wichtiges Mittel sein wird, besonders für die Orte, wo wir von Wien aus nicht Bildungsveranstaltungen treffen können. Wir sind darum mit den Genossen, die verlangt haben, daß in Bildung und Erziehung mehr als bisher geschehen soll, einig, wenn wir sagen: Eine gute Organisation muß Hand in Hand gehen mit guter Erziehungsarbeit. Wenn wir auch diesmal nicht Zeit zur gründlichen Behandlung der Frage haben, so wird sie gewiß auf dem nächsten Parteitag möglich sein.

In der Agitation ist wieder ein für uns unangenehmes Moment in Erscheinung getreten: die Beschwerde, daß nicht überallhin Abgeordnete kommen und daß es nicht eine ganz bestimmte Auslese von Abgeordneten ist, die hinauskommen. Wir bekommen deshalb alles andere denn höfliche Briefe. (Heiterkeit.) Aber vergegenwärtigen Sie sich nur, wie die Verhältnisse sind. Die Berufung darauf, daß wir jetzt über fünfzig deutsche Abgeordnete haben, stützt nicht diese Beschwerde. Fragen Sie doch diese Abgeordneten, ob man sie aus ihren Wahlkreisen herauslassen will. Nur ein ganz kleiner Teil von ihnen steht uns zur Verfügung, eben der, der nicht von seinem Wahlkreis ganz in Anspruch genommen wird. Vergessen Sie aber nicht, daß man von den Abgeordneten der Landbezirke verlangt, daß sie in alle hundertvierzig oder hundertfünfzig Ortschaften des Bezirkes kommen sollen. Es ist also nicht leicht, den Wünschen zu entsprechen, und glauben Sie, daß das Sekretariat tut, was es nach der Zahl der ihm erreichbaren Kräfte zu tun vermag.

Ich möchte nun einiges über die Anstellung der Vertrauensmänner sagen. Es wird uns vorgeworfen, daß wir die Sache nicht mit genug Interesse behandeln und den Organisationen nicht in dem Maße entgegenkommen, wie es im Interesse so mancher Bezirksorganisation gelegen wäre. Gewiß! Aber bedenken Sie, die Mittel, die die Parteivertretung heute hat, sind außerordentlich gering. Ein Blick in den Rechnungsabschluß lehrt Sie, daß die Einnahmen des Agitationsfonds 107.000 Kr. betrugen, aber die Ausgaben des Fonds noch um 1400 Kr. höher waren. Wenn uns die Parteigenossen die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, können Sie überzeugt sein, daß wir überall, wo wir die geeignete Kraft finden, ohne Zeitverlust und ohne langes Korrespondieren die Anstellungen vornehmen werden, weil wir wissen, wie vorteilhaft es ist, wenn eine unabhängige, systematisch wirkende Kraft am Orte ist. Heute legen uns aber unsere bescheidenen Mittel unerwünschte Beschränkungen auf, und ich bitte Sie, mit diesen Verhältnissen zu rechnen.

Ich komme auf ein auf unseren Parteitagen vollständig neues Ka-

pitel: die neue Gründung der Partei, die Hammerbrotwerke. Da von vielen Seiten darüber Klage geführt wurde, daß die Genossen zu sehr im unklaren sind, in welchem Verhältnis die Partei zu dem Werke stehe, will ich das in einem kurzen Abriß auseinandersetzen. Es sind etwa drei Jahre, als in Wien der Plan entstand, eine Brotbäckerei in großem Stile zu schaffen, die verhindern sollte, daß wir in Wien ein Brotkartell der großen Schwarzbäckereien bekommen. Diese Bäckerei, die von Genossen hätte gegründet werden sollen, war gedacht im Rahmen einer Produktivgenossenschaft, eines kleinen Kreises für die Sache interessierter Leute. Wir haben nun erklärt: Wenn eine solche Unternehmung geschaffen wird, soll sie nicht von einzelnen ausgehen, sondern von der Parteiorganisation für die Parteiorganisation. Demgemäß sind die Werke entstanden und am 20. Juni 1909 war die feierliche Eröffnung. Die Christlichsozialen haben es uns unmöglich gemacht, die Fabrik innerhalb der Grenzen Wiens zu errichten, und wir mußten über die Grenzen hinaus. Die Bäckerei ist eingerichtet auf eine tägliche Produktion von 70.000 Kilogramm Brot und an sie schließt sich die Roggenmühle, die zehn Waggons Roggen täglich vermahlen kann. Das Werk ist eine Gründung der Parteiorganisation und sein Nutzen kommt der Gesamtorganisation zugute. Der Betrieb ist nicht nur in hygienischer Beziehung ein Muster, er ist es auch in sozialpolitischer Richtung. Für alle Bäcker und Müller, die dort beschäftigt sind, ist der achtstündige Arbeitstag eingeführt. So haben wir das Problem gelöst, das nach den Behauptungen der Bürgerlichen unlösbar sein soll.

Ich will nun die auf dem letzten Parteitag der Parteivertretung zugewiesenen Anträge besprechen, von denen behauptet wird, daß sie durch die Zuweisung ein Begräbnis erster Klasse erfahren. (Heiterkeit.) Ich werde darum, daß das unrichtig ist. Wir begraben nichts, sondern untersuchen und nehmen das Gute auf und führen es durch. Ich erinnere an den Antrag, der verlangt, daß nach jeder Session Broschüren herausgegeben werden mit der Darlegung der Tätigkeit der Fraktion. Dem Antrag ist, wie Sie wissen, durch die gedruckten Berichte Rechnung getragen worden, die nach Schluß der zwei Sessionen, die bisher waren, erschienen sind. Es ist uns weiter ein Antrag zugewiesen worden, der verlangt, daß das Parteiprogramm und das Statut in Druck herausgegeben und den Organisationen um den Selbstkostenpreis zugänglich gemacht werden sollen. Wir haben mehr getan als der Antrag verlangt, wir haben diese Abdrucke den Organisationen unentgeltlich verabfolgt und auf ihr Verlangen unentgeltlich nachgeliefert. Es ist uns ein Antrag zugewiesen worden, der die Vorbereitungen für die Herausgabe der Geschichte der Parteibewegung fordert. Er ist in der Art befolgt worden, daß wir alles Material, das auf die Parteigeschichte Bezug hat, seit zwei Jahren emsig sammeln. Die Mitteilungen, die Genosse Renmann über die Geschichte der Partei in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht hat, sind Ihnen bekannt, und wir tun alles, um die Vorbedingungen für das Werk zu schaffen. Ich wünsche nur, daß Sie, wenn Sie es lückenlos wollen, uns mehr als bisher unterstützen. Ich zweifle nicht, daß einzelne Genossen noch im Besitz von Parteizeitungen und Fachblättern aus den Siebzigerjahren sein werden, die wertvolles Material enthalten. Wir wollen das Material nicht geschenkt, aber helfen Sie uns, es zusammenzutragen. Es ist uns ein Antrag zugewiesen worden, der Aufklärung der Bauern darüber verlangt, daß die Teuerung nicht eine Folge der Streiks und der höheren Löhne sei. Die Broschüren, die sich mit den Dringlichkeitsanträgen Renner und Schrammel befassen, enthalten übergenug zur Aufklärung über diese Tatsachen.

Den Antrag, Sektionen zur Förderung des Genossenschaftswesens zu bilden, haben wir nicht befolgt, weil in den vereinigenden

Verbänden der Konsumorganisationen eine solche Einrichtung schon besteht. Wenn Sie Anregungen in dieser Richtung geben wollen, bitte ich Sie, sich an diese Zentralstellen zu wenden.

Der Bericht zeigt, daß unsere Beziehungen zu den Bruderparteien Oesterreichs sowohl als des Auslandes die denkbar besten und innigsten gewesen sind, was auch daraus hervorgeht, daß wir auf Kongressen wiederholt vertreten waren. Es ist deshalb völlig falsch, wenn man immer von neuem die Behauptung hört, daß nicht alles so wäre, wie es früher gewesen sei, als ob irgendwie Trübungen eingetreten wären. Das Band, das uns zusammenhält, ist ja ein so natürliches, weil uns das Interesse des Proletariats zwingt, gemeinsam zu arbeiten und geschlossen vorzugehen.

Zu dem Bericht über die politischen Verfolgungen will ich ergänzend bemerken, daß ein Teil von ihnen gewerkschaftlichen Kämpfen entsprungen ist und also nicht ganz dem entspricht, was man gemeiniglich unter politischen Verfolgungen versteht. Aber auch diese Opfer hat der Klassenkampf erfordert und ein erheblicher Rest bleibt immerhin, der politische Verfolgungen im engsten Sinne betrifft.

Ich bitte Sie nun, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Seien Sie versichert, daß, wenn in den letzten zwei Jahren auch nicht immer alles nach Wunsch der Genossen der einzelnen Orte gegangen ist, nicht die Parteivertretung und das Parteisekretariat in vollem Umfange dafür verantwortlich sind. Halten Sie sich gegenwärtig, daß sehr viel Schuld an unseren betrieblichen Organisationsverhältnissen lag. Wir sind in unseren Leistungen eingeengt durch den Mangel an Mitteln und darum bitten wir Sie: Helfen Sie uns auf diesem Parteitage, die Organisation so auszubauen, damit die Organisation überall erstarkt und mit ihr die Zentralstelle, so daß wir uns gegenseitig unterstützen können. (Lebhafter Beifall.)

Bericht des Parteikassiers.

Abgeordneter **Ellenbogen**: Wir haben auf dem letzten Parteitag vorausgesehen, daß diese Tätigkeitsperiode der Partei eine Reihe größerer Aufgaben stellen werde, insbesondere in finanzieller Beziehung. Die Wahlen haben uns gezeigt, daß wir auch an vielen Orten, von denen wir es gar nicht für möglich gehalten hätten, eine ganze Reihe von Fremden der Partei, vielfach von wirklichen Parteigenossen haben. Die Parteivertretung hat daher in den beiden letzten Jahren den Kreis ihrer finanziellen Leistungen wesentlich erweitert. Ich will nur erwähnen, daß, während wir beim letzten Parteitag ungefähr zehn Sekretäre in der Provinz subventioniert haben, wir gegenwärtig siebenundzwanzig solche Sekretariate unterstützen. Nun muß ich allerdings gleich erwähnen, daß, falls die Genossen aus Böhmen mit Beschwerden kommen sollten, daß zu wenig Sekretariate subventioniert werden, ich das immerhin begreifen würde. Jedoch muß ich gleich betonen, daß angesichts unserer gegenwärtigen Mittel ein weiterer Ausbau dieser Subventionierungen nur sehr schwer möglich ist. Um Ihnen einigermaßen einen Ueberblick über die Ausgaben des Sekretariats zu geben, will ich erwähnen, daß wir unter anderem für Subventionen von Sekretariaten in diesen zwei Jahren 36.299 Kr. ausgegeben haben, an Gehalten 26.021 Kr., für Unterstützungen in verschiedenen Kronländern 2851 Kr., für Pensionen 1082 Kr., für Prozeß- und Inhaftiertenkosten 1313 Kr., für Delegationen 6253 Kr., für Agitation 4699 Kr., an das Internationale Bureau 1757 Kr., an die Gesamtexekutive 2090 Kr., für das Archiv 4693 Kr., für die Sekretariatskanzlei 6273 Kr. Wenn wir nun die Ausgaben, die für die einzelnen Länder gemacht wurden, verzeichnen, so ergibt sich folgends: Für Agitation, Prozeßkosten, Subventionen, Unterstützungen, Pensionen und Delegationen wurden ausgegeben: für Niederösterreich 2877 Kr., Oberöster-

reich 312 Kr., Salzburg 1988 Kr., Tirol 1931 Kr., Vorarlberg 1304 Kr., Steiermark 1365 Kr., Krain 640 Kr., Böhmen 14.762 Kr., Mähren 2176 Kr., Schlesien 2001 Kr., Bukowina 2385 Kr. Wir haben außerdem für die Frauenorganisation 1850 Kr., für die Jugendlichen 800 Kr., für die Bildungsorganisation 1400 Kr. ausgegeben, so auch für die verschiedenen ausländischen Bruderparteien größere Summen, darunter 2000 Kr. für die Ungarn und 8500 Kr. rund für das übrige Ausland, insbesondere mehrere Tausende Kronen für die russischen Genossen, und zwar vornehmlich für die Wahlen in die russische Duma. Ich hoffe, daß die Parteigenossen mit diesen Ausgaben einverstanden sein werden. Diese Summen sind nur die Beträge, die wir für Subventionen und verwandte Zwecke ausgegeben haben; es sind darin die Beträge, die wir für Wahlzwecke ausgegeben haben, nicht enthalten. In dieser Beziehung entfallen von den Gesamtausgaben von 20.327 Kr. auf: Niederösterreich 4749 Kr., Oberösterreich 500 Kr., Steiermark 500 Kr., Tirol 2167 Kr., Böhmen 4190 Kr., Mähren 47 Kr., Schlesien 4898 Kr., Zentrale 957 Kr., polnische Genossen 1317 Kr., ruthenische Genossen 1000 Kr. An Sekretariaten haben wir subventioniert: in Oberösterreich 1, Salzburg 1, Tirol 3, Vorarlberg 1, Böhmen 10, Mähren 2, Schlesien 3, Bukowina 1; ferner die Sekretariate des Frauenreichskomitees, der Jugendlichen und des Bildungsausschusses, ein polnisches Sekretariat in Teschen und das der deutschösterreichischen Genossen in der Schweiz.

Wenn Sie in dem gedruckten Bericht die Ziffern der Einnahmen addieren, so ergibt das eine Einnahme von 118.000 Kr., der Ausgaben von 133.000 Kr. gegenüberstehen, also ein ganz außerordentliches Defizit. Wir hätten dieses Defizit nicht decken können, wenn wir lediglich auf die Parteisteuer angewiesen wären. Glücklicherweise haben aber unsere Parteiinstitute sich in den letzten Jahren so außerordentlich entwickelt, daß, wie Sie ebenfalls aus dem Bericht ersehen, sie ungefähr 45.000 Kronen an das Parteisekretariat ablieferten. Dadurch also allein sind wir in die Lage versetzt worden, diese Ausgaben leisten zu können. Ich bitte aber, aus dieser Tatsache die Lehre zu ziehen, daß es wirklich notwendig ist, die Frage der Beitragsleistung an die Parteiinstitute ernstere Erwägung zu ziehen, und deshalb bitte ich Sie, den Appell des Genossen Skaret sich zu Herzen zu nehmen, das heißt, bei der Beratung des Organisationsstatut dafür zu sorgen, daß der Zentrale genügende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wenn das geschieht, werden wir in der Lage sein, ich will nicht sagen, allen ausschweifenden Wünschen — es gibt auch solche — nachzukommen, aber doch alle berechtigten Wünsche der Genossen zu erfüllen. (Beifall.)

Bericht der Kontrolle.

Dr. Czech: Der Bericht der Kontrolle ist, wie in früheren Jahren, kurz; das ist immer ein gutes Zeichen. Die Parteikontrolle hat sich in der abgelaufenen Berichtsperiode zum erstenmale als Beschwerdeinstanz betätigt. Sie wissen, wie die diesbezüglichen Bestimmungen auf dem letzten Parteitag aufgenommen wurden. Beschwerdeführer war der gewesene Parteiangestellte Emil Ragan. Dieser wurde im Jahre 1906 als Redakteur des „Böhmerwaldboten" und gleichzeitig als Vertrauensmann für Südböhmen bestellt. Das geschah mit Zustimmung des Parteisekretariats. Die Herrlichkeit dauerte aber nicht lange. Ragan zerschlug sich mit der dortigen Organisation. Das Blatt wurde nach etwa neun Monaten eingestellt. Ragan wurde nun Beamter der Krankenkasse in Budweis. Auch dort hielt es sich aber nicht lange und Ragan übersiedelte nach Wien. In einer Beschwerde an die Parteikontrolle führte nun Ragan aus, daß er sich nach mehrfacher Richtung beschwert erachte. Vor allem sei ihm nicht die zugesicherte Rückendeckung in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann zuteil geworden, er sei nicht ausgiebig genug materiell unterstützt worden und dann meint er, sei

bei seiner Wahlbewerbung nicht mit rechten Dingen zugegangen. Die Parteikontrolle hat die Sache geprüft, hat eine Reihe von Zeugen einvernommen, hat eingehende Erhebungen eingeleitet und schließlich in der Sache selbst unter Verziehung Ragans und des Parteisekretariats verhandelt. Es wurde zunächst festgestellt, daß das Verhalten des Parteisekretariats wie der südböhmischen Organisationen zur Wahlbewerbung Ragans durchaus in Ordnung war und daß es mehr als befremdlich war, daß Ragan überhaupt den Mut aufbrachte, sich um ein Mandat im Wahlkreise zu bewerben. Was die erhoffte Rückendeckung betrifft, so wurde festgestellt, daß Ragan seine Situation selbst verschuldet hat und daß seine Situation nur deshalb unhaltbar wurde, weil er es nicht verstand, mit den dortigen Genossen Frieden zu halten, sondern Differenzen immer geradezu heraufbeschworen hat. Was schließlich die ausgebliebene materielle Unterstützung anbelangt, so wurde festgestellt, daß die Parteivertretung weit mehr getan hat als ihr zukam und daß Ragan auch von zwei Gewerkschaften Unterstützungen erhielt. Genosse Skaret hat dann noch ein übriges getan, indem er für die Unterbringung Ragans in einem Konsumverein in Wien gesorgt hat. Die Beschwerde war also nach allen Richtungen unbegründet und mußte zurückgewiesen werden. Daß übrigens Ragan kein Unrecht geschehen ist, geht schon daraus hervor, daß er heute, wie verlautet, im christlichsozialen Fahrwasser schwimmen soll. Er hat an die Parteivertretung einen Absagebrief geschickt und seinen Austritt aus der Partei in aller Form angemeldet. Das ist die einzige Beschwerde, die gegen das Sekretariat eingelaufen ist, und dieser Umstand beweist, daß zwischen den Organisationen und den Parteigenossen einerseits und dem Sekretariat und der Parteivertretung andererseits das beste Einvernehmen besteht. Und nun zum geschäftlichen Teil unseres Berichtes.

Der Parteivertretung unterstehen außer der Parteikasse auch noch die „Arbeiter-Zeitung", die „Arbeiterinnen-Zeitung", „Der Kampf", die „Vorwärts"-Druckerei und die Volksbuchhandlung. Alle diese Unternehmungen stehen im Zeichen des Aufschwunges. Ebenso auch die Parteikasse. Aber Ellenbogen ist nicht zufrieden und Skaret ist nicht zufrieden. Das sollte uns nicht sehr beunruhigen. Denn schließlich ist eine Finanzexzellenz nie zu befriedigen. (Heiterkeit.) Aber die Parteikontrolle hat sich selbst die Ueberzeugung verschafft, daß tatsächlich die Einnahmen der Partei in keinem Verhältnis stehen zur Stärke der Organisation und zu den Aufgaben, die die Partei hat. Deshalb schließt sich die Parteikontrolle den Wünschen des Sekretärs und des Parteikassiers an, daß die Parteigenossen bei Verhandlung des Organisationsstatuts für eine ausgiebigere Stärkung der Partei mit finanziellen Mitteln Sorge tragen sollen. Im übrigen habe ich Ihnen zu berichten, daß wir bei unseren Revisionen alles in vollster Ordnung gefunden haben, und wir haben uns überzeugt, daß die Parteigeschäfte glatt und in Ordnung abgewickelt werden, und können Ihnen nur beantragen, unter belobender Anerkennung der Tätigkeit unserer Parteifunktionäre der Parteivertretung die Entlastung zu erteilen. (Beifall.)

Die Debatte.

Dr. Bauer: Die parlamentarische Tätigkeit spielt in unserer gesamten politischen Tätigkeit eine solche Rolle, daß wir selbstverständlich über unsere Politik und auch über das Verhältnis zu den nationalen Problemen, dessen Erörterung von einigen Organisationen gewünscht wurde, nicht bei diesem Punkte, sondern erst beim parlamentarischen Bericht sprechen werden. Aber ich glaube, daß wir schon an dieser Stelle uns nicht mit der Besprechung der administrativen und organisatorischen Probleme, über die uns berichtet

wurde, begnügen können, sondern auch eine, wie mir scheint, sehr wichtige politische Frage zur Diskussion stellen müssen, nämlich die Frage unserer außerparlamentarischen politischen Tätigkeit: die Frage unserer politischen Aktion in den Massen selbst. Ich glaube, daß sehr viele Genossen bei aller Anerkennung für die außerordentlich große und fruchtbare Arbeitsleistung unserer Gesamtorganisation und ihrer Zentralstelle insbesondere doch das Gefühl haben, daß in einer ganzen Reihe von Fällen unterblieben ist, was nicht hätte unterbleiben sollen. Ich glaube, daß ich dieses Gefühl selbst aus dem Bericht der Parteivertretung herauslesen kann. Dieser beanstandet selbst, daß die dringend notwendigen Flugblattverteilungen, die bei der all zu geringen Verbreitung unserer Parteipresse das einzige Mittel sind, zur Gesamtbevölkerung zu sprechen, viel zu selten sind — was vielleicht ein zu milder Ausdruck ist — und er beanstandet ferner, daß wir zu wenig politische Versammlungen haben. Man könnte das auch leicht statistisch erweisen. Für Wien zum Beispiel ist für zwei Jahre die Zahl von 420 Volksversammlungen angegeben. Aber wenn man bedenkt, daß darin ein großer Teil der Versammlungen während der Landtagswahlen steckt und daß diese Wahlversammlungen an sich einen etwas anderen Charakter tragen müssen, wenn sie auch vielleicht manchmal noch in einem größeren Maße diesen anderen Charakter tragen, als es notwendig wäre, wird man der Klage der Parteivertretung zustimmen müssen. Ich schätze die kleinen Versammlungen, die Organisationssitzungen, die Sektionsversammlungen, die vielfach an die Stelle der großen Versammlung getreten sind, sehr hoch ein. Aber man darf nicht übersehen, daß die Volksversammlungen daneben ihre eigene Psychologie und ihre eigenen Funktionen haben und daß sie auf die Oeffentlichkeit, auf die Machthaber und auf die politischen Parteien einen ganz anderen Eindruck ausüben und vor allem auch auf die Masse der noch indifferenten Arbeiterschaft, ja selbst auf die Masse der Versammlungsteilnehmer; das ist eine bekannte Tatsache der Massenpsychologie. Daß sich die parlamentarische Tätigkeit bei uns so in den Vordergrund gedrängt hat, hat seine historischen Gründe. Wir haben das Wahlrecht in schwerem Kampfe erobert und das Parlament in schweren Kämpfen verteidigt, so daß selbstverständlich die Aufmerksamkeit der Genossen in dem Maße auf das Parlament gelenkt wurde, daß daneben andere Formen der Parteibetätigung weniger Aufmerksamkeit gefunden haben als früher. Aber eine solche Entwicklung enthält gerade in Oesterreich die allergrößte Gefahr. Vor allem deshalb, weil wir gerade der außerparlamentarischen Aktion nicht entbehren können als einer Ergänzung der parlamentarischen Aktion, ja als das Mittel, den steten Kontakt zwischen unserem Verband und den Massen herzustellen und aufrecht zu erhalten. Wir wissen sehr gut, daß ein großer Teil der proletarischen Bevölkerung überschätzt, was das Parlament, was der Verband für ihn leisten kann oder was der Verband leisten könnte durch eine geänderte Taktik, die übrigens nicht möglich ist, weil wir uns nicht mitverantwortlich machen können für den Ruin des Parlaments. Ich glaube, daß alle diese Mißverständnisse sehr wirksam bekämpft werden könnten gerade durch aufklärende Flugblätter. Ich glaube aber noch mehr, daß wir, wie wir es immer in Oesterreich verstanden haben, es auch jetzt trotz des Parlaments verstehen müßten, insbesondere da uns der Boden des Parlaments ohne unsere Schuld immer wieder weggezogen wird: die Aktion in den Massen zur politisch wirkenden Tat zu machen, nicht nur zu einem Mittel der Aufklärung.

Gestatten Sie, daß ich das an wenigen Beispielen zeige. Ich erinnere an die Annexion Bosniens und an den darauffolgenden serbischen Konflikt. Ich weiß sehr genau, wie groß die Schwierigkeiten waren und wie sehr man sich hüten mußte, etwa in Serbien phantastische Hoffnungen zu

erwecken, die erst recht eine Gefahr für den Frieden gewesen wären, und ich weiß, daß man nicht ohne gewisse Instruktionen die Genossen in den Versammlungen hätte reden lassen können. Deshalb war es aber nicht notwendig, so gut wie keine Versammlung zu halten und keine Broschüre und kein Flugblatt herauszugeben, und wenn wir damals alles das getan hätten, würden wir gerade jetzt, wo die Rechnung für das Abenteuer kommt und damit auch die Ernüchterung kommen wird, die Früchte dieser Aktion ausgiebiger genießen können. Ich erinnere an die Lebensmittelteuerung, an die Suspension der Getreidezölle, an die Handelsverträge. Wir haben damals Versammlungen abgehalten, meiner Ansicht nach zu wenige und viel zu wenig zu einer einheitlichen Aktion gestaltet, und ich glaube, daß damals eine solche Aktion sogar parlamentarisch von großer Bedeutung gewesen wäre, weil es vielleicht gelungen wäre, die Obstruktionisten zur Vernunft zu bringen, wenn die Stimme der hungernden Bevölkerung zu ihnen gedrungen wäre. Ich erinnere an die nationalistischen Demonstrationen in Wien, wo eine Gruppe von jungen Leuten sich auf der Straße, auf unserer Straße breit gemacht hat und wo die Partei sehr spät und mit einer einzigen Versammlung die ernste Meinung der Wiener Arbeiterschaft darüber ausgedrückt hat.

Gegenüber diesen Tatsachen glaube ich mich zu dem Urteil berechtigt, daß unsere Organisationen da vielleicht ein bißchen zu viel auf das Parlament geschaut und ein bißchen zu wenig Politik außerhalb des Parlaments getrieben haben, was wir ja immer gerade in Oesterreich so gut verstanden haben. Es wäre selbstverständlich verfehlt, die Verantwortung dafür auf die Zentrale zu schieben, denn das wäre gerade Sache der lokalen und der Landesorganisationen gewesen, und wenn wir zu wenig Aktionen hatten, so liegt vielfach die Schuld an den Genossen im Reiche, die zu wenig Initiative gehabt haben. Wenn diese aber fehlt, ist es eben die Aufgabe der Parteivertretung, die Initiative selbst zu ergreifen, den Genossen zu sagen, welche Aktion sie für zeitgemäß hält; eine Aktion, die irgendwo begonnen wird, zu einer einheitlichen Aktion zu gestalten; mit Flugblättern Anregungen zu geben. Wenn ich das hier gesagt habe, so tue ich das aus einem ganz bestimmten Grunde.

Ich glaube, daß wir überhaupt in ganz Europa einer Zeit entgegengehen, die von der vergangenen verschieden sein wird; daß wir gerade in diesem aufgewühlten Oesterreich, wo gar nichts mehr feststeht und das ganze politische Wesen in krassem Widerspruch steht zu den realen Machtverhältnissen, die sich schließlich doch immer durchsetzen, daß wir gerade in Oesterreich einer Zeit der Umwälzungen entgegengehen, und in einer solchen Zeit glaube ich, daß wir bei selbstverständlicher Schätzung der Notwendigkeit, Nützlichkeit und Unentbehrlichkeit der parlamentarischen Arbeit doch nicht vergessen dürfen unsere alte ebenso selbstverständliche revolutionäre Lehre, daß in solchen Zeiten das letzte und das entscheidende Wort immer nur gesprochen werden kann von den Massen selbst. (Lebhafter Beifall.) Ich glaube, daß wir die Erwartung aussprechen dürfen, daß die Parteivertretung, die wir auf diesem Parteitag wählen werden, die Aktion der Partei außerhalb des Parlaments so leiten wird, daß die deutsche Arbeiterschaft in Oesterreich in diesem Sinne erzogen wird. (Neuerlicher Beifall.)

Vorsitzender **Pernerstorfer**: Ich muß, ehe ich dem nächsten Redner das Wort erteile, an die Bestimmungen der Geschäftsordnung über die Redezeit erinnern. Ich will die Genossen aufmerksam machen, daß eine Ueberschreitung von mir nicht zugelassen werden kann. Um die Genossen aber nicht plötzlich zu unterbrechen, will ich mitteilen, daß, wenn ich mit der kleinen Glocke läute, das Ende naht. (Heiterkeit.)

Cermak (Teplitz): Der Bericht der Parteivertretung läßt sich wohl scharf in zwei Teile gliedern: in den politischen und den organisatorischen Teil. Es ist nicht meine Absicht, über den politischen Teil zu sprechen. Ich begnüge mich, der Anschauung vieler Genossen Ausdruck zu geben, daß wir nur wünschen und hoffen, daß wir in alle Zukunft in unserer Parteivertretung eine so gute und tüchtige politische Führung haben, wie wir sie bisher hatten. Dagegen glaube ich, daß auf organisatorischem Gebiet leider manche Unterlassung zu konstatieren ist. Genosse Skaret hat die Beschwerde, der Parteibericht sei zu spät erschienen, damit zu entkräften geglaubt, daß er die Schuld auf die verspätete Einlangung der Berichte schob. Aber ich glaube, es hätten eben die Fragebogen in einem früheren Zeitpunkt an die Organisationen hinausgegeben werden müssen und man hätte, was ja auch wir oft machen müssen, rechtzeitig und recht oft Urgenzen hinausschicken müssen. Der Mangel des späten Erscheinens äußert sich vor allem nicht nur darin, daß die Presse den Bericht nicht besprechen kann, daß ihn kaum die Delegierten mehr als flüchtig lesen konnten, sondern der schwerste Mangel besteht darin, daß wir auf den Parteikonferenzen, wo über den Parteitag gesprochen wird, eigentlich den Parteigenossen nichts zu sagen haben. Man wählt den Delegierten, aber es fehlt jede Grundlage zur Besprechung des Parteitages. Und so werden die Konferenzen inhaltslos, fad und langweilig. Wir könnten sie lebhaft gestalten, wenn der Parteibericht schon vorläge. Hier muß ich, wenn es eigentlich auch erst zu einem späteren Punkte der Tagesordnung gehört, darauf verweisen, daß die Parteivertretung auch auf dem Gebiet der Parteiorganisation manches unterlassen hat.

Wir sollen die Parteiorganisation jetzt ändern, aber wir sind uns nicht nur nicht einig, sondern es bestehen die divergierendsten Anschauungen in dieser Frage. Das wäre nicht der Fall gewesen, wenn die Parteivertretung im Laufe der Jahre irgend etwas getan hätte, um die Meinungen irgendwie zu klären. Statt dessen sehen wir aber, daß die Parteivertretung in der Frage der Organisation nicht einmal selbst einen Antrag stellt. Wenn wir aus dem Kronländerföderalismus herauskommen wollen, werden Beschlüsse nicht genügen, sondern es wird doch vielmehr darauf ankommen, wie die Beschlüsse durchgeführt werden. Und da, meine ich, hätte schon in der Vergangenheit vorgearbeitet werden können.

Nun möchte ich noch einige Worte über das Kapitel Bildungswesen sprechen. Ich nehme gern zur Kenntnis, daß geplant ist, die Wiener Bildungsbestrebungen auf das ganze Reich auszudehnen. Aber ich möchte doch fragen, ob nicht hier schon manches versäumt wurde. Ich rufe alle zu Zeugen auf, die Sie unter der schweren wirtschaftlichen Krise in den Organisationen die schwierige Arbeit zu leisten haben, wie wir immer wieder die Erfahrungen machen konnten, daß Genossen, die wir sonst für ganz tüchtig gehalten haben, diesen neuen Erscheinungen ganz verständnislos gegenüberstehen. Ich möchte bei der Gelegenheit für den Antrag der Bezirksorganisation Teplitz eintreten und ich hoffe, daß er auch Annahme finden wird. Er will nichts anderes als die Einführung von *Wanderkursen* in der Provinz, also eine Nachbildung dessen, was die Wiener Genossen schon heute haben, und vielleicht wird auch die Ausbildung des Wiener Unterrichtsausschusses zu einem Reichsbildungsausschuß diese Tendenz fördern. Der zweite Teil des Antrages geht dahin, daß die *Arbeiterschule* auch den *Genossen der Provinz* zugänglich sei. Ich weiß sehr wohl, daß da finanzielle Schwierigkeiten bestehen, aber ich glaube, daß wir diese Schwierigkeiten, die ich ja nicht unterschätze, zu überwinden trachten müssen. Einfach deshalb, weil die Ausbildung und die Schulung der Vertrauensmänner das wichtigste Kapitel unserer Parteitätigkeit sind. Ich verweise darauf, daß schon der Parteitag des Jahres 1907 sich der Bedeutung dessen bewußt war, daß nun nach den großen Kämpfen das Hauptaugenmerk auf die Schulung und die Ausbildung der Vertrauensmänner zu legen sei. Aber es ist faktisch

nur dort etwas geschehen, wo ein paar Genossen selbst die Initiative ergriffen haben.

Kann noch einige Worte über das uns zugeschickte Berichtsformular. Der Parteitagsbericht ist im Vergleich zum tschechischen Bericht nicht nur was die Größe sondern auch was die technische Ausgestaltung und die Uebersichtlichkeit betrifft, sehr zurück, wenn er auch schon bedeutend inhaltsreicher und vollkommener ist als der vorige. Aber an seinen Mängeln ist meiner Ansicht nach vor allem der Fragebogen schuld, der ausgegeben wurde. Was die Vorwürfe des Genossen Bauer betrifft, so meine ich, daß auch da die Schuld zu einem Teile an den Mängeln der Organisationen liegt und daß nur nützliche Arbeit nur leisten werden, wenn nächst dem neuen Statut auch für entsprechende Durchführung durch das Sekretariat gesorgt wird. (Beifall.)

Danneberg (Wien): Ich will mich vornehmlich mit der Frage der sozialistischen Erziehung der Genossen beschäftigen. Genosse Bauer hat es lebhaft beklagt, daß die politische Aktion bei uns in Oesterreich heute eine so geringe ist, daß vor allem die Initiative, die aus den Reihen der Genossen selbst kommt, fehlt. Ich glaube, daß das zum Teil, allerdings nur zum Teil zusammenhängt mit der Frage der sozialistischen Erziehung. Es ist zu wenig sozialistische Erkenntnis in den Massen der Arbeiterschaft und zum guten Teil selbst in den Reihen der Vertrauensmänner verbreitet, als daß gerade jetzt in den Verhältnissen, in denen wir leben, bei der Schwierigkeit der politischen Situation das rechte Wort und die rechte Tat überall am rechten Platze gefunden werden könnte. Aus dem Bericht ist allerdings zu ersehen, daß hier eine Besserung bereits eingetreten ist und daß wir namentlich in Wien einen Anfang gemacht haben, der einen guten Erfolg verspricht. Und wir wissen, daß die Genossen der Provinz das lebhafte Bedürfnis haben, daß unsere Wiener Bildungseinrichtungen auf das ganze deutsche Proletariat in Oesterreich ausgedehnt werden. Dieses Verlangen ist gewiß sehr gerechtfertigt und ich glaube, daß wir sagen können, daß, allerdings ohne Zutun der Parteivertretung und des Wiener Unterrichtsausschusses, die Genossen in der Provinz selbst einiges geleistet haben. Von Wien aus ist allerdings verflucht wenig dafür getan worden. Aber das hängt mit der Klage zusammen, die wir von unserem Kassier gehört haben. Denn hier wie bei aller übrigen Parteiarbeit gilt die Frage: Wer soll die Dinge machen und wer soll sie zahlen? Was kann von Wien aus für die Bildungsarbeit geleistet werden? Da meine ich, daß das, was den Genossen vielfach als das Wichtige erscheint, daß von Wien aus Vortragende hinausgeschickt werden, nicht das Wesentliche sein kann, daß es aber für die Provinz vielfach ganz andere Bildungsmöglichkeiten gibt, die sogar intensiver wirken können als etwa ein Zyklus von sechs Vorträgen im Jahre. Aus diesem Grunde ist eben das neue Blatt geschaffen worden, damit auch die Genossen in den Kronländern überall Anregungen empfangen, wie sie solche Vorträge selbst halten könnten. Anregungen auch für das Bibliothekwesen, dessen Ausbau ich nur ebenso dringend halte wie das Vortragswesen selbst. Wichtig ist auch eine Sache, für die das Muster aus Deutschland nachahmenswert ist, daß wir für Bildungszwecke eine eigene Organisation schaffen, und zwar nicht nur für Wien, sondern, wenn auch in geringerem Ausmaß, für die Provinz, daß nämlich Bildungsausschüsse aus Vertretern der Partei und der Gewerkschaftsorganisationen geschaffen werden, die wenigstens einen Genossen haben, der sich vorwiegend damit befaßt. Was der Antrag Teplitz vorschlägt, wäre allerdings die Krönung der ganzen Sache. Wenn wir uns aber genau überlegen, was die Wanderkurse in der Provinz und die Arbeiterschule für Schüler aus der Provinz kosten würden, so müssen wir zur Erkenntnis kommen, daß das vorderhand gänzlich unmöglich ist. Zunächst die Arbeiterschule, in die Genossen aus der Provinz geschickt werden sollen. Eine solche Schule gibt es seit drei Jahren in Berlin. Es sind fünfund-

zwanzig bis dreißig Schüler darin, und ein Kurs dauert ein halbes Jahr. Aber das verursacht dem deutschen Parteivorstand an laufenden Ausgaben 40.000 Mk. im Jahre, denn die Schüler müssen natürlich von der Partei erhalten werden. Sie bekommen 150 Mk. monatlich und dazu kommen noch die Ausgaben der Landesorganisationen, die für den Unterhalt der Familienangehörigen der Schüler separat aufzukommen haben. Außerdem gibt es in Deutschland, wie Sie wissen, den Reichsbildungsausschuß mit einem Budget von 15.000 Mk., wobei wir bemerken müssen, daß die Wanderkurse — 57 in der letzten Periode — jetzt zum Teil vom Parteivorstand übernommen werden sollen. Das Bildungsbudget des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie beträgt 55.000 Mk. im Jahre, also noch etwas mehr als die Einnahmen unserer Parteivertretung aus der gesamten Parteisteuer. Freilich hinkt der Vergleich ein wenig; es handelt sich um andere Dimensionen in Deutschland als bei uns, aber immerhin ist auch die reduzierte Ziffer groß genug, um zu erkennen, daß eine momentane Lösung der Frage nicht möglich ist. Dennoch wäre es gut, wenn die Parteivertretung sich mit dem Antrag beschäftigen und die Frage der Bildungsarbeit in der Provinz eingehend erörtern würde.

Bernstein (Gablonz): Im Bericht der Parteivertretung wie in den Einzelberichten wird selbstverständlich überall auch der Haltung der Behörden und der Gerichte gedacht. Zu diesem Thema muß ich hier einen Fall vorbringen, der darauf hinzudeuten scheint, daß sich ein neuer Kurs ankündigt, der uns zu einer strafferen Organisation zwingen muß. Es handelt sich um einen krassen Fall, der durch die Presse noch nicht bekanntgegeben wurde, einen Fall von Eingreifen der Behörden in die wirtschaftlichen Kämpfe zugunsten der Unternehmer. Sie werden vor einigen Wochen in der „Arbeiter-Zeitung" gelesen haben, daß bei einem Textilarbeiterstreik in Morchenstern bei Gablonz der Vertrauensmann der Streikenden, ohne daß er irgend ein Delikt begangen hätte, von der Bezirkshauptmannschaft auf administrativem Wege ausgewiesen und mit Zwangspaß in seine Heimatsgemeinde geschafft wurde. Dieser Fall ist durch eine Intervention unserer Genossen der Regierung bekannt. Der Arbeiter hat die Berufung an die böhmische Statthalterei ergriffen und vorgestern hat er die Erledigung bekommen, daß die zwangsweise Abschiebung aus den Gründen der ersten Instanz bestätigt werde. Und die Gründe der ersten Instanz lauteten, daß er sich als Streikführer gefährlicher Umtriebe schuldig gemacht hat. (Stürmische Hört!-Rufe.) So entscheidet die Statthalterei, die die oberste Behörde in dem industriellsten Lande Oesterreichs ist. Dem Falle kommt also eine mehr als lokale Bedeutung zu und ich möchte die Aufmerksamkeit der Genossen darauf lenken.

Nun noch zur Frage des zu späten Erscheinens des Parteiberichtes. Wenn darüber geklagt wurde, so zeigt das, daß in den Kreisen der Parteigenossen sich mehr als früher der Wunsch regt, über die Entwicklung der Gesamtpartei mehr zu erfahren. Ich glaube aber, daß man diesem Wunsche der Parteigenossen auch in der Weise entgegenkommen könnte, daß man den Bericht, der jetzt in der Provinzpresse nur gekürzt erscheinen kann, dieser beilegen würde. Selbstverständlich müßte das nicht umsonst geschehen. Den Provinzblättern würde damit auch der ohnehin so beschränkte Raum geschont werden.

Tobola (Wien): Meiner Ansicht nach wäre es am besten gewesen, diese Debatte gemeinsam mit der über den Parlamentsbericht zu führen. Denn es ist schwer möglich, über die Tätigkeit der Parteivertretung zu sprechen, ohne sich zugleich auch mit der Tätigkeit unserer Abgeordneten zu befassen. Ich kann Ihnen sagen, daß ich mit der Tätigkeit unserer Genossen im Parlament durchaus zufrieden bin, weil die Genossen dort tatsächlich ihren Mann gestellt haben; aber darüber ist jetzt nicht zu sprechen. Wenn ich aber über die Parteivertretung sprechen soll, so muß ich zunächst eine Beschwerde der

jugendlichen Arbeiter vorbringen, daß ihnen Vorträge über den Antimilitarismus verweigert wurden. Nun meine ich, daß man über diese Frage in verschiedener Weise sprechen kann und daß vielfach die Strömung, die aus Frankreich herübergekommen ist, unter den Jugendlichen eine gewisse Begeisterung hervorgerufen hat. Aber gerade deshalb ist es notwendig, daß in den Organisationen darüber gesprochen werde und daß man nichts verabsäume, um die jugendlichen Genossen über diese Frage aufzuklären. Es wäre überhaupt zweckmäßig, wenn in den Organisationen regelmäßige Zusammenkünfte veranstaltet würden, in denen über verschiedene Angelegenheiten, die gerade aktuell sind, diskutiert werden könnte, wie es in früherer Zeit war. So wäre es möglich, daß die Genossen zu einer einheitlichen Stellung in den wichtigsten Fragen gelangen. Jeder geht sozusagen seinen eigenen Weg und daher kommt es, daß es an der allgemeinen, gleichmäßigen sozialistischen Bildung mangelt. Ich habe übrigens bemerkt, daß selbst die leitenden Genossen nicht immer den richtigen Eifer für die politische Organisation haben. Manchen hervorragenden Genossen — gerade der Bezirk Neubau genießt das Glück, daß in ihm mehrere Abgeordnete und Würdenträger der Partei wohnen — sehen wir fast nie in dem politischen Verein. . . . Auch mit den nationalen Verhältnissen ist es eine eigene Sache. Ich habe nach dem Reichsgewerkschaftskongreß einer Bäckerkonferenz in Prag beigewohnt, wo Genosse Nemec bei der Einleitung in einer Weise gesprochen hat, daß die tschechischen Genossen gegen die deutschen geradezu in Aufregung gebracht wurden. Er hat dort erklärt, sie seien in Wien gelegentlich des Kongresses beschimpft, förmlich mißhandelt worden. (Rufe: Das gehört doch nicht zur Sache! Das ist nicht der Weg, um die Nationen zusammenzuführen!)

Vorsitzender **Pernerstorfer:** Gegenüber einigen Ausführungen des letzten Redners muß ich doch erklären, daß hier nicht der Ort ist, um Beschwerden gegen Bruderparteien vorzubringen (Sehr richtig!), weil wir dazu den gemeinsamen Parteitag haben. Ich werde selbstverständlich infolgedessen im Laufe der Debatte dem Genossen Nemec das Wort zu einer Entgegnung geben.

Hillebrand (Karlsbad): Genosse Ellenbogen hat, wie wir das schon gewohnt sind, über die geringen Finanzen geklagt, über die die Partei verfügt, und er hat ganz recht. Die Partei hat ein Interesse daran, dem Parteikassier so viel Mittel als nur möglich zu beschaffen. Der Fehler liegt meiner Ansicht nach darin, daß die Lokalorganisationen trotz aller Mahnungen der Parteivertretung sehr oft nicht dazu zu bringen sind, ihre Verpflichtung zur Leistung der zwei Heller an die Parteivertretung zu erfüllen. Da nützt kein Appell und keine schriftliche Mahnung, der Krebsschaden steckt hier schon in der Art der Einhebung der Parteisteuer. Dadurch, daß man es den einzelnen Lokalkassieren überläßt, selbst den Beitrag an die Parteivertretung abzuführen, kommt es dahin, daß es viele Lokalorganisationen, die selbst immer über den Mangel an den notwendigsten Mitteln klagen, unterlassen, der Parteivertretung Geld zu schicken, weil sie selbst keines haben. Wir in der Landesorganisation von Deutschböhmen machen das so, daß die Landesparteivertretung bei Verkauf der Marken im Preise gleich ihre Steuer einlebt, so daß wir zu unserem Gelde kommen. Auf diese Weise haben wir im abgelaufenen Jahre einen verhältnismäßig mehr als fünfmal so hohen Betrag hereinbekommen als die Parteivertretung, obzwar die Leistung die gleiche sein soll. Ich hoffe, daß auch dieses Uebel bei der Beratung des Organisationsstatuts beseitigt wird. Wir haben ja schon früher beschlossen, daß die Bezirksorganisationen zehn Prozent ihrer Einnahmen an die Parteivertretung abzuführen haben, und ich war nun ganz überrascht, als ich erfuhr, daß in meinem Kreise von fünfzehn Organisationen fünf ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Aber dem hätte abgeholfen werden können, wenn die Kreisleitung aufmerksam gemacht worden wäre, so daß sie die Möglichkeit gehabt hätte, die Bezirksorganisation oft anzutreiben. Gerade bei uns in

Böhmen ist durch das Markensystem die Kontrolle leicht und der Reichskassier kann sich bei uns einfach erkundigen, wie viel Marken der Kreiskassier an den Bezirkskassier abgegeben hat.

Nun noch einige Worte über den Fragebogen. Genosse Skaret hat auf die große Bedeutung der Jugendorganisation verwiesen, aber im Fragebogen ist nicht eine Frage darüber zu finden. Es ist auch keine ordentliche Frage über den Stand der Frauenorganisation darin enthalten. Eine Frage geht dahin, wie viele Personen regelmäßig für die Berichtsperiode Beiträge leisten. Aber die Berichtsperiode umfaßt zwei Jahre. Ist der Stand zu Beginn oder zum Schluß der Periode gemeint oder vielleicht der Durchschnitt? Diese Fragebogen werden eben schon seit Jahren ausgeschickt, ohne daß einmal eine Aenderung vorgenommen worden wäre. Dadurch entsteht ein Wirrwarr und der Bericht wird ganz unzuverlässig. Im ganzen können wir sagen, daß unsere Organisationen vorwärts gekommen sind, daß sie aber viel weiter sein könnten, wenn der nötige Antrieb vorhanden wäre. Ich begreife sehr wohl, daß das Parteisekretariat, das mit vielen Arbeiten überlastet ist, nicht auch noch die Peitsche schwingen kann. Aber es wäre doch nützlich, wenn von der Zentrale manchmal Anregungen hinausgegeben, Erkundigungen eingezogen würden über die Tätigkeit der Organisation und über die Pläne für die nächste Zeit. An diesen Impulsen fehlt es in der Tat, und wenn wir da eine Reform schaffen, werden wir auf dem nächsten Parteitag ganz gewiß über noch bessere Resultate berichten können. (Beifall.)

Abgeordneter **Neumann**: Ich glaube vor allem, daß die Mitteilung, die uns Genosse Bernstein gemacht hat, nicht ohne Widerhall bleiben kann. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Sozialdemokratische Verband sofort, als er von diesem ganz außergewöhnlichen Fall von Klassenjustiz erfuhr, beim Minister des Innern energisch interveniert hat, damit diese Ausweisung rückgängig gemacht werde; der Minister hat zugesagt, den Fall eingehend zu prüfen und sofort das Notwendige zur Behebung des Unrechtes zu veranlassen. Nun haben wir bis heute keine Antwort von ihm erhalten, wie die Sache erledigt wurde, und ich bin aufs höchste überrascht, daß die Sache eine solche Erledigung gefunden hat. In dieser Angelegenheit ist nicht nur das Heimatsrecht, sondern auch das Koalitionsrecht und das Recht der Freizügigkeit in unerhört gröblicher Weise verletzt worden. Deshalb stelle ich folgenden Antrag:

Der Parteitag erklärt, daß die Ausweisung des Genossen Burianek als „Streikführer" ein Akt bureaukratischer Willkür, ein brutaler Klassenexzeß ist, der den gesetzlichen Bestimmungen hohnspricht. Er beauftragt die Parteivertretung, alle Schritte einzuleiten, die geeignet sind, diesen Klassenexzeß zu beheben.

Das muß der Parteitag aussprechen, denn es geht nicht an, daß wir das ruhig hinnehmen (Stürmischer Beifall), gerade bei der Entwicklung, die die Verhältnisse in der letzten Zeit genommen haben. Die Unternehmer verlangen immer brutalere Maßnahmen gegen die Arbeiter, sie verlangen, daß die Gesetze mißachtet werden, und deshalb müssen wir streng darauf achten, daß derartigen Amtsmißbräuchen zugunsten der Unternehmer in entschiedenster Weise entgegengetreten werde.

Nun noch einige Worte über die Ausführungen des Genossen Bauer. Genosse Bauer hat gemeint, daß gerade durch große politische Versammlungen die Oeffentlichkeit am meisten beeinflußt wird; auch ich bin der Meinung, daß große Volksversammlungen geeignet sind, Einfluß zu üben. Aber weil das Mittel der großen Volksversammlung ein solches ist, das für die Partei ausgenützt werden muß, dürfen diese Volksversammlungen nicht in solcher Zahl einberufen werden, daß sie ihre Wirkung verlieren. Wir dürfen die Massen der Arbeiter nicht allzuviel mit solchen großen Versamm-

lungen überlassen. Die Probe auf das Exempel haben wir schon wiederholt gemacht, und gerade weil Genosse Bauer die Lebensmittelteuerung anführt, muß ich ihm darauf verweisen, daß wir damit traurige Erfahrungen gemacht haben. Die Arbeiterschaft ist übermüdet und wir müssen darum mit solchen Versammlungen etwas sparsamer vorgehen. Wir können uns ja nicht begnügen, bloß öffentliche Kundgebungen zu veranstalten; das Hauptgewicht müssen wir doch immer darauf legen, daß die Organisation im Innern ausgebaut wird, und das verlangt von der Arbeiterschaft geradezu kolossale Opfer. Diese Werkstättenversammlungen, diese Vertrauensmännerversammlungen, die gewerkschaftlichen Versammlungen, die kleinen Bezirksversammlungen absorbieren da schon die ganze Kraft des Arbeiters, und er ist häufig gar nicht in der Lage, dem Rufe zu großen Agitationsversammlungen Folge zu leisten. Darauf muß die Parteivertretung ihr Augenmerk richten, wenn sie daran geht, große Demonstrationsversammlungen abzuhalten, und sie muß sich fragen, ob es möglich ist, dies durchzuführen. Es wurde gesagt, es sei zu wenig Initiative bei der Parteivertretung. Aber die Schuld liegt weniger an der Parteivertretung als an den Genossen im Reiche selbst. Wenn die Provinzgenossen das Vorurteil aufgeben werden, daß nur bestimmte Personen in ihren Versammlungen sprechen müssen, wenn sie es der Parteivertretung überlassen werden, welche Referenten hinausgeschickt werden, dann wird es auch für die Provinz besser werden. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Renner:** Ich möchte auf die Anregung des Genossen Bauer zurückkommen. Es ist klar, daß die parlamentarische Tätigkeit die ganze Tätigkeit der Partei überschattet; aber damit sind zwei Gefahren verbunden: Erstens werden wir, wie zu fürchten ist, das Parlament längere Perioden hindurch nicht haben, und zweitens ist die Parlamentspolitik bei den komplizierten österreichischen Verhältnissen so kompliziert, daß es fast nicht mehr möglich ist, den Genossen auch immer die parlamentarische Aktion völlig klar zu machen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir es in größerem Maße möglich machen, unsere Politik den Arbeitern bis hinaus in die indifferentesten Schichten wenigstens in großen Zügen darzulegen. Und deshalb ist die außerparlamentarische Aktion eine so wichtige Sache. Was nun die Presse betrifft, so müssen wir gestehen, daß unsere Presse leider nur die Oberschicht der Arbeiterschaft erreicht, und ich habe wiederholt gefunden, daß Genossen, die ich als langjährige Parteiangehörige kannte, über die verschiedensten Dinge ein ganz schiefes Bild hatten, weil auch an sie unsere Presse nicht herangekommen ist. Und das zwingt uns dazu, darüber nachzudenken, ob uns nicht überhaupt ein Glied in unserer Parteipresse fehlt. Ich will nicht von der Ausgestaltung der periodischen Presse reden, aber ich muß sagen, daß die Flugblattverteilung sehr im argen liegt. Was uns not tut, ist, daß nach jeder parlamentarischen Aktion ein Flugblatt hinauskomme, das auch die Indifferenten erreicht. In den letzten Jahren hatten wir aber nur ein- oder zweimal solche Flugblätter und die Expedition von der Zentrale bis hinunter hat so lange gedauert, daß die lokale Organisation sich zum Schluß mit einem ganz unaktuellen Flugblatt hätte die Wände tapezieren können.

Die großen Versammlungen andererseits machen wirklich nicht mehr den Eindruck, den sie früher gemacht haben. Durch Jahrzehnte waren unsere großen Versammlungen solche, die unmittelbar zur Aktion aufgerufen haben. Von der Versammlung hat man immer Sturm erwartet. Eine bloß aufklärende, orientierende Versammlung war damals nicht möglich. Da unsere Genossen an die alte Versammlungspsychologie gewöhnt sind, fangen sie an, sich bei Versammlungen zu langweilen. Wir müssen also die Genossen zu der neuen Art der Versammlungen erst erziehen, damit sie sich gewöhnen, an solchen Versammlungen, die sich damit begnügen, den Genossen neues Wissen beizubringen, auch Geschmack zu finden. Sicher ist, daß

eine gute Organisation imstande ist, auch die indifferentesten Arbeiter zu erreichen; leider müssen wir diese Organisation, wie sie notwendig wäre, noch vielfach entbehren. Dazu kommt noch ein Moment, auf das ich aufmerksam machen möchte. Als die Partei ganz jung war und wir lauter neu zuströmende Genossen hatten, wurde der Sozialismus von der jetzt lebenden Generation von Sozialdemokraten persönlich erarbeitet. Aber der junge Genosse, der jetzt in die Partei kommt, sieht in unserer Presse ein ganz fertiges, traditionelles Gedankensystem vor sich, und die Probleme, die heute erörtert werden, sind nicht mehr die Grundfragen des Sozialismus, sondern lauter Detailfragen. Der junge Genosse kann nicht bei der Leidenschaft, kann auch nicht bei seinem Verstand gepackt werden, und er erscheint wie ein Laie, der einer Geheimlehre gegenübersteht. Die Genossen können den Sozialismus nicht als Ganzes erfassen, und wir müssen daran denken, daß wir eine Generation vor uns haben, der gegenüber wir wieder von vorn anfangen müssen. Und das, was wir zunächst in kleinen Broschüren erfahren haben, das müssen wir jetzt den Neueintretenden neu schreiben. Die Partei ist ein komplizierter Apparat geworden, wir haben einen bewundernswürdigen Parteibau, der nahezu so kompliziert ist wie das österreichische Behördensystem, das ein Jurist in einem Semester lernen muß. Aber bei uns soll sich der junge Genosse von selbst zurechtfinden. Das ist ein Hindernis seiner Betätigung und so gehen die jungen Leute an der Organisation und an der Agitationsversammlung vorüber. Ich glaube, wir müssen bei der praktischen Tätigkeit von dem Gedanken geleitet sein, daß wir immer auf unsere großen allgemeinen Prinzipien zurückgehen, und wieder mit dem A-B-C des Sozialismus anfangen. Deshalb meine ich, daß wir bei dem Ausbau unserer Partei nach oben auch den Nachbau von unten herauf nicht vergessen dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Adler**: Der Parteitag ist dazu da, daß er der Parteibewegung vorhalte, was sie nicht getan hat. Und es ist begreiflich, daß die negative Seite hier in den Vordergrund tritt. Ich gehöre, obwohl ich Mitglied der Parteivertretung bin, durchaus nicht zu denen, die etwa zufrieden wären mit der Leistung der Partei. Aber ich kann die Schuld doch nicht in persönlichen Unterlassungen finden. Die Aufgaben der Partei sind so groß, daß wir wirklich mit den besten Kräften nur sehr langsam dem nachkommen können, was wir als das Notwendige empfinden. Nun lassen Sie mich denn doch, nicht um zu entschuldigen, nicht um zu mildern, sondern um zu erklären, einige Worte sagen. Zur Parteitätigkeit gehören vor allem zwei Dinge: Menschen und Geld. Vor allem Menschen. Vergessen Sie nicht, was die Partei im weitesten Umfang — Gewerkschaften, wirtschaftliche Organisationen, die Presse eingeschlossen — in dieser für uns, die wir darin leben, langen, aber für die Entwicklung doch relativ kurzen Zeit an Menschen verbraucht und was sie noch gebraucht. Vergessen Sie nicht, daß jeder unserer Fortschritte und Erfolge Menschen in Anspruch nimmt. Ich erwähne nur eine einzige Tatsache: Wir haben heute 52 deutsche Abgeordnete. Natürlich hat man die besten Leute ins Parlament geschickt. Jetzt sitzen sie zum großen Teil in Wien, wir können sie nicht entbehren; bei der Eigenart unserer parlamentarischen Arbeit, wo wir fortwährend auf Ueberfälle oder auf neue Situationen gefaßt sein müssen, müssen sie parat stehen, und wenn einer bei zwei Sitzungen nicht da ist, da fragen Sie unseren Obereinpeitscher, was er sagt; denn wenn die Peitsche sonstwo fehlt, bei der Fraktion fehlt sie nicht. (Heiterkeit.) Also damit ist uns ja schon eine ganze Anzahl erstklassiger Kräfte wenigstens zum Teil von der Arbeit in der Organisation weggenommen worden. Und ebenso geht es auch auf anderen Gebieten. So geht es vor allem auch, wie ich betonen möchte, mit dem Parteisekretariat selbst. Wir sind uns vollständig bewußt: die heutige Organisation des Sekretariats genügt den Anforderungen nicht mehr, und die Parteisekretäre und diejenigen, die verantwortlich für sie sind, wissen das am besten und klagen

am allermeisten darüber. Hier muß eine gründliche und, wenn es nötig ist, auch etwas kostspieligere Reform einsetzen.

Nun die Initiative! Soweit die Politik in Betracht kommt, hat es mit der Initiative in der Politik des Tages in Oesterreich seine große Schwierigkeit. Vergessen Sie nicht, daß bei uns kaleidoskopartig das Bild von Tag zu Tag wechselt, daß wir die größten Schwierigkeiten haben, wo wir in Wien beisammen sitzen, auch nur im Parlament immer rechtzeitig zu marschieren und mitunter auch rechtzeitig nicht zu marschieren (Heiterkeit) und daß es die größte Schwierigkeit bereitet, diesem fortwährenden Wechsel zu folgen.

Was Genosse Bauer gesagt hat, ist vielleicht berechtigt, und ich möchte nur nicht, daß der Gedanke auftaucht, man könne jeden augenblicklichen Wechsel der Politik widerspiegeln in großen Kundgebungen. Die Methode, die wir befolgten, solange wir klein waren, ist heute nicht mehr anwendbar. Man sagt: Mehr Initiative vom Zentrum! Sehr schön. Ich antworte: Mehr Initiative von den Bezirken und mehr Initiative von euch draußen!

In dem großen Kampfe, den wir hatten, war es natürlich nötig, daß gewissermaßen die ganze Armee kommandiert wurde, die Evolutionen gemacht hat mit der ganzen Macht, und — warum soll man nicht einmal die Bescheidenheit beiseite setzen? — wir haben das wunderbar gemacht. Aber das war, ich möchte sagen, in heroischen Zeiten, wo es sich um große Dinge handelte. Das geht heute nicht; es wird gehen, wenn wir solche Zeiten wieder haben. Was wir heute brauchen, ist, daß sich in den Bezirken selbständiges politisches Leben entwickle mit einiger Initiative. Wenn Sie sagen, daß mehr gepeitscht werden soll von Wien aus — einen solchen Wunsch habe ich noch nicht auf einem Parteitag gehört (Heiterkeit) — dann: verzeihen Sie, nicht allein uns die Peitsche — wir sind dazu da, daß wir etwas aushalten — auch euch selbst! (Lebhafte Heiterkeit.)

Die politische Zentralisation (Austerlitz: Der Ideen! — Heiterkeit) hat eine große Gefahr. Sie artet schließlich aus in Bureaukratismus. Man kann und soll und darf unsere Genossen nicht so erziehen, daß sie sich überhaupt nur rühren, wenn kommandiert wird, wenn von Wien der Brief kommt. Das war am Platze, als die Sache sehr heikel war und wir nur in der Gesamtheit aufmarschieren konnten. Heute sollen die Leute draußen selbst arbeiten. Für den Mangel an Leuten, den wir sehr verspüren, gibt es nur eine Hilfe: das ist arbeiten. Schafft die Arbeit, schafft die Funktionen, dann werden sich die Funktionäre überall finden! Für jede Aufgabe, die gestellt wird, wachsen die Leute, sie wachsen in ihrem Amte, in ihrer Arbeit heran. Ihr dürft sie aber nicht so gewöhnen, daß sie meinen, es müsse alles angeschafft werden. Hier liegt ein großer Mangel, der sich aus unserer Geschichte erklärt, aber mit der Zeit und hoffentlich glücklich behoben werden wird.

In dieses Kapitel gehören auch die Flugblätter. Es wird geklagt, daß es ihrer zu wenig gibt, und wie oft schimpfe ich selbst darüber. (David: Wenn man eines von Ihnen will! — Heiterkeit.) Aber mit der alten Methode geht es auch hier nicht mehr. Früher haben wir in Wien ein Flugblatt in sieben Sprachen drucken lassen und es dann an einem bestimmten Tage in ganz Oesterreich verteilt. Das können wir heute nicht mehr. Jetzt würde es passieren, daß die Geschichte veraltet ist, bevor das Flugblatt hinauskäme. Die Genossen müssen sich gewöhnen, mit eigenen Mitteln, aus eigener Kraft Flugblätter zu schreiben, zu drucken und zu verbreiten. (Bretschneider: Wir in Niederösterreich haben niemals gespart!) Genosse Bretschneider wird mit mir einig sein, was immer auch in Niederösterreich geschehen ist, es ist auch hier noch genug zu tun. Für lokale Ereignisse gibt es bei uns die Flugblattaktik gar nicht und sie ist oft gerade da wichtiger als alle Versammlungen.

Zum Bildungswesen möchte ich kurz sagen: Zu den schönsten Erlebnissen, die wir in der letzten Zeit hatten, gehört das schnelle, tüchtige und wirklich prachtvolle Wirken unseres Bildungsausschusses. Es ist wirklich wunderbar, wie ein paar Genossen mit einem Aufwand von Arbeit und Selbstlosigkeit, der nicht genug gerühmt werden kann, so viel geleistet haben, mit einer Unterstützung, die fast Null war. Wir wollten sie ja unterstützen, konnten es aber nicht. Wir wissen, daß wir nicht das machen können, was die große Partei im Reiche draußen macht. Bei uns ist alles zersplittert nach den sprachlichen Gebieten und wir Deutschen sind eben in Oesterreich viel weniger als die draußen. Ich will dem Genossen Tauneberg, der das größte Verdienst an dem Stande unseres Bildungswesens hat, versichern, daß sein Pessimismus in dieser Beziehung nicht gerechtfertigt sein wird. Wir werden aber hoffentlich auf diesem Parteitag dazu kommen, der Zentrale unseres Bildungswesens größere Mittel zuzuführen, und aus Gründen, die ich nicht anführe . . . (Der Vorsitzende läutet; lebhafte Heiterkeit.) Also ich darf es gar nicht sagen. (Heiterkeit.) Aber das will ich noch sagen, daß dieses Bildungswesen für den Kern, für die Entwicklung der Partei und für die Quellen der Partei in alle Zukunft hinein so wichtig ist, daß wir die größten Opfer bringen werden. Ich hoffe, daß wir eine Parteischule bekommen werden, die natürlich kleiner sein wird als die in Berlin, weil wir ja auch weniger sind, aber die die Kräfte schaffen wird, die wir brauchen. Die kleine Arbeiterschule, die wir haben, ohne Stipendien und sonstige Behelfe, hat uns schon ganz tüchtige Kerle gebracht, und wir haben ein Vergnügen, wenn wir sehen, was aus ihnen geworden ist. Hoffen wir, daß wir die Kraft haben werden, auf diesem Wege fortzuschreiten.

Genossin **Proft** (Wien): Dem Bericht der Parteivertretung angeschlossen ist der Bericht des Frauenreichskomitees. Die Delegierten werden sich die Mühe genommen haben, ihn durchzusehen, und ich will nur einige Ergänzungen vorbringen. In erster Linie möchte ich konstatieren, daß die Mitgliederzahl ganz bestimmt viel größer ist als vorher. Die Ziffer könnte aber noch ungleich höher sein. Tatsächlich ist sie es auch, nur sind bedauerlicherweise sowie bei den Organisationen der Männer auch von Frauenorganisationen nicht alle Fragebogen zurückgekommen. Nun ist von der Zeit der letzten Konferenz bis jetzt nicht alles geschehen, was wir gern gesehen hätten. Aber Sie finden, daß die Beiträge der Frauenorganisation an das Reichskomitee fast die niedrigste Post darstellen. Unsere „großen" Einnahmen sind die Subventionen. Nun wäre eigentlich mit diesen Mitteln auch sehr wenig zu machen gewesen. Aber wir müssen immerhin sagen, daß die Genossen der verschiedenen Länder, dort wo Konferenzen abgehalten worden sind, Gelegenheit genommen haben, uns in anerkennenswerter Weise zu unterstützen, nicht nur mit Rat und Tat, sondern auch materiell. Ich möchte auch ein sehr bedauerliches Versäumnis gutmachen. Im gedruckten Bericht ist die Kreiskonferenz in Teplitz nicht angeführt. Sie war die erste solche Konferenz und wir haben den Genossen in Teplitz die Anregung zu danken, daß wir die folgenden veranstaltet haben. Wenn wir im Kassenbericht noch eine kleine Mehreinnahme zu verzeichnen haben, so ist das darauf zurückzuführen, daß wir durch die Herausgabe der Korrespondenz des Frauenreichskomitees, die entsprechend einem Beschluß der letzten Frauenkonferenz erscheint, eine Mehreinnahme gehabt haben, die noch größer ist, als sie im Bericht erscheint, da wir einen großen Vorrat an Materialien angekauft haben. Wir haben allerdings keinen Heller Honorar zu bezahlen, was wir der Opferfreudigkeit der Genossin Freundlich, die die Korrespondenz redigiert, zu verdanken haben. Die Korrespondenz ist abonniert von 16 politischen Blättern und 15 Fachblättern und einem konsumgenossenschaftlichen Blatte, dem Organ des Verbandes der Konsumvereine. So war es möglich, daß wir einen großen Teil unserer Einnahmen für die Agitation ausgeben konnten. Wir glauben, es wird in der nächsten Zeit möglich sein, durch die

Verbindungen, die durch die Landesvertrauenspersonen hergestellt sind, noch größere Erfolge zu erzielen.

Einige Genossen dürften vielleicht vermißt haben, daß wir heuer nicht im Anschluß an den Parteitag die Frauenkonferenz einberufen haben, so wie es nach dem Beschluß der Konferenz von 1907 der Fall sein sollte. Wir haben beschlossen, davon Abstand zu nehmen, erstens, weil es nicht möglich gewesen wäre, sie in Reichenberg abzuhalten, da die Teilnehmerzahl wegen der hohen Kosten, die diese Beschickung erfordern würde, zu gering wäre, und zweitens, weil wir uns gesagt haben, es möge all das, was jetzt im Entstehen ist, erst zustande kommen. Es ist gut, wenn die Organisationen, die unsere Konferenz beschicken sollen, um zu lernen, was noch nötig ist, damit sich die Frauen nützlich machen in der Tätigkeit unserer Partei, auf eine größere Tätigkeit der gesamten Frauenorganisation zurückblicken als es heute möglich wäre. So glaube ich, daß der Bericht an den nächsten Parteitag viel besser ausfallen wird als der gegenwärtige.

Der Ausweis über die Zahl der organisierten Frauen könnte noch eine viel höhere Ziffer aufweisen, wenn die Frauen mitgezählt wären, die den Lokalorganisationen der Männer als Förderer und Gäste angehören. In vielen Orten, wo es noch keine selbständigen Frauenorganisationen gibt, sind die Frauen in dieser Weise organisiert. Ihre Zahl erfahren wir aber nicht. Es wäre gut, wenn die Genossen vor dem künftigen Parteitag eine entsprechende Rubrik in die Fragebogen aufnähmen und dann berichtet werden könnte, wie viele Frauen der allgemeinen Organisation angehören. So habe ich jetzt gehört, daß in Sternberg dreihundert Frauen in der Organisation stehen, die wir statistisch nicht erfassen konnten, und an anderen Orten ist es ebenso.

Ich will meinen Bericht schließen mit dem Wunsche, daß das Komitee das nächstemal einen noch besseren Bericht wird erstatten können. Mögen uns die Genossen auch fernerhin unterstützen mit Rat und Tat! (Lebhafter Beifall.)

Pretsch (Mährisch-Ostrau): Aus den Berichten der Genossen Skaret und Ellenbogen haben wir entnommen, daß sich die Verhältnisse der Organisation gebessert haben. Ich glaube, wir kämen zu einem interessanten Ergebnis, wenn eine Tabelle angelegt würde, aus der zu erkennen ist, in welchen Territorien die Organisation am stärksten entwickelt ist. Ich glaube, wir kämen zu überraschenden Resultaten. Wir würden sehen, daß einzelne Punkte ganz rot sind, daß aber auf großen Flächen, die mitunter auch so sein könnten, die Organisation schwach ist oder gar nicht besteht. Wo liegt der Fehler? Wir haben bei den letzten Wahlen gesehen, daß die Bevölkerung auf dem Lande ebenfalls zu gewinnen ist. Manchmal erzielten wir überraschende Ergebnisse. Ich glaube, es gibt ein Mittel, das bessern könnte. Skaret hat allerdings gleich vorgebaut, indem er darlegte, warum nicht mehr Vertrauensmänner angestellt sind. Ich gebe zu, daß die Mittel beschränkt sind. Die Kassenbestände sind aber zum Teil auch deshalb so schwach, weil einzelne Organisationen ihre Beiträge nicht abgeliefert haben. Aber wenn wir Genossen hätten, welche die Angelegenheiten eines bestimmten Gebietes leiten, würden sie auch darauf dringen, daß jede Organisation ihre Pflicht erfüllt, und dadurch würde schon eine Besserung eintreten. Wir müssen auch damit rechnen, daß dann durch die Tätigkeit dieser Genossen die Organisation ausgebaut würde und demzufolge die Mittel anschwellen würden. Da diese Vertrauensmänner auch den Geist des Sozialismus überallhin verbreiteten, wäre die Verbreitung unserer Parteipresse viel größer, was wieder Ueberschüsse zur Folge hätte, die zur Anstellung von Vertrauensmännern verwendet werden könnten. Ich muß es besonders beklagen, daß Mähren stark vernachlässigt wird. Hier sind nur zwei Vertrauensmänner subventioniert, in Schlesien aber drei, obwohl Mähren viel mehr deutsche Bewohner hat als Schlesien deutsche und slawische zusammen.

Das zeigt, wie sehr Mähren vernachlässigt wird. Das rächt sich an der ganzen Partei. Speziell Nordmähren muß in dieser Beziehung leiden und besonders der Ostrauer Kreis. Sie werden wissen, daß in ganz Oesterreich nirgends das Kapital so konzentriert ist wie bei uns und daß der Kampf gegen die Arbeiterorganisation nirgends mit größerer Brutalität geführt wird als eben hier. In unserem Kreise wäre es möglich, die Partei sehr zu stärken, es fehlen nur die Kräfte. Wir haben nicht einen einzigen unabhängigen deutschen Genossen, der die Sache führen könnte. Ein von den Unternehmern abhängiger Genosse kann dort niemals die Organisation leiten. Deshalb ist es doppelt nötig, daß die Parteivertretung ihren Blick auf unseren Kreis richtet. Die ganze deutschnationale Bewegung hat ihr Zentrum in Witkowitz — nicht wie man vielfach meint, in Hohenstadt — und darum ist es nötig, daß auch unsere deutsche Organisation eine Stütze in Witkowitz habe. Mit energischer Arbeit könnten auch hier große Erfolge erzielt werden. Ich möchte an die Parteivertretung den Appell richten, unserem Bezirk Hilfe angedeihen zu lassen.

Zörer (Wien): Auch ich will ein Kapitel Kultur- und Bildungswesen berühren, über das noch nicht gesprochen wurde. Im Namen des Verbandes der Arbeiter-Gesangvereine habe ich Wünsche vorzubringen. Wir haben ein Binde- und Verständigungsmittel, die „Arbeiter-Sängerzeitung", die auch dazu dient, die Schikanen, denen wir ausgesetzt sind, zu geißeln und Abhilfe zu erwirken. Nicht nur Behörden stehen uns feindselig gegenüber, auch die bürgerlichen Parteien verfolgen uns naturgemäß mit ihrer Feindschaft. Unsere Zeitung genügt uns nicht mehr, wir können sie aber nicht ausgestalten, so notwendig das wäre, damit wir sie als Agitationsmittel hinaustragen können. Die Genossen, die sich dem Freiheitsgesang widmen, bringen große Opfer. Man muß sich wundern, daß beispielsweise in Westböhmen die Genossen bei ihren Hungerlöhnen die Kraft aufbringen können, sich dieser idealen Tätigkeit hinzugeben. Aber durch die Beschränktheit der Mittel der einzelnen Gesangvereine hat der Verband riesige Außenstände. Sie betragen mehr als 8000 Kr. Wir müssen Stundungen gewähren, denn die Vereine schreiben, daß sie nicht zahlen können und daß sie austreten müssen, falls ihnen nicht Stundung gewährt wird. Heute wollen wir an die Parteivertretung und an Sie alle einen Hilferuf ergehen lassen. Die deutsche Arbeitersängerschaft rekrutiert sich aus allen Kronländern, wir sind heute nahezu 8000 Sänger und Sängerinnen vereinigt. Der Gau Wien, der Niederösterreich umfaßt und der in seiner Glanzzeit die schönen Bundesfeste veranstaltet hat, hatte damals riesige Reingewinne. Wir haben diese Gewinne nicht für unsere Zwecke verwendet, sondern dorthin abgeführt, wohin wir glaubten, daß sie gehören. Wir haben sie mit der „Arbeiter-Zeitung" und später mit der „Volkstribüne" geteilt. Vielleicht kann man uns deshalb heute den Vorwurf machen, daß wir nicht gut gewirtschaftet haben. Heute haben wir aber eine unendliche Schuldenlast und der Gau Wien, der für die Partei so viel geopfert hat, ist mehr als 3000 Kr. schuldig. Das ist zum Teile die Folge davon, daß unser heuriges Gaufest durch die Ungunst der Witterung stark gelitten hat, aber auch davon, daß wir leider bei den Genossen großer Interesselosigkeit begegnen. Das Interesse an den Veranstaltungen der Sänger hat in ganz Oesterreich abgenommen. Ich weiß wohl, daß der Parteitag nicht berechtigt ist, uns eine Subvention zuzusprechen, aber ich bin überzeugt, daß Sie uns zumindest in irgend einer Form beispringen und das Ihnen Möglichste tun werden, um den Arbeitersängern dazu zu helfen, daß sie sich auch ferner dem Freiheitsgesang widmen können. Es ist nicht angenehm, Chormeister in einem Arbeiter-Gesangverein zu sein, denn das bringt für die Chormeister, die meistens Lehrer sind, große Gefahren mit sich. Es ist nicht angenehm, zu hören: „Heraus aus dem Verein oder wir werfen dich aus der Schule hinaus!" Einer Lehrerin in Bischofshofen, der einzigen Chormeisterin in Oesterreich, wurde gedroht, daß sie ihre Stelle

verliere, wenn sie nicht aufhöre, Chormeisterin zu sein. Sie ist es aber noch heute. (Bravo!) Unser Verein war ihr lieber als die Stelle. (Bravo! Bravo!) Die Sänger haben immer mitgeholfen, überall haben sie durch den Freiheitsgesang Begeisterung erweckt und deshalb lassen sie jetzt, wo es not tut, vor den Genossen ganz Oesterreichs ihren Klagerufe ertönen. Auf unserem letzten Verbandstag haben uns die Genossen Höger und Pirkebner namens der Parteivertretung und der Landesparteivertretung die Anerkennung ausgesprochen. Wir mußten erwidern: „Die Worte sind uns angenehm, aber uns wären die Taten lieber!" (Heiterkeit.) Wenn wir nicht so tief in Schulden steckten, würden wir nicht um Hilfe rufen. Auf so viel Dank und Interesse dürfen wir aber doch hoffen, daß Sie uns nicht zurückstoßen werden. Ich beantrage folgende Resolution:

Die am Parteitag in Reichenberg versammelten Delegierten erkennen die Verdienste der organisierten sozialdemokratischen Arbeitersänger an und verpflichten sich, dahin zu wirken, daß deren Vereine sowohl in moralischer als auch in finanzieller Hinsicht die tatkräftigste Unterstützung seitens der sozialdemokratischen Organisationen erfahren.

In Anbetracht der tristen Lage, in der sich eine große Anzahl der dem Reichsverband angeschlossenen Arbeiter-Gesangvereine gegenwärtig befindet, spricht der Parteitag den dringenden Wunsch aus, daß den in Notlage befindlichen Gesangvereinen seitens der Bezirksorganisationen finanzielle Hilfe zuteil werde, respektive die Parteivertretung dem Reichsverbande der Arbeiter-Gesangvereine Oesterreichs einen entsprechenden Betrag zur Unterstützung der Vereine zuweist.

Abgeordneter **Nemec** (als Gast): Entschuldigen Sie, daß ich Sie mit einer Angelegenheit belästige, die eigentlich gar nicht daher gehört und ohne jeden äußeren und inneren Zusammenhang mit den Verhandlungen vorgebracht wurde. Genosse Tobola hat hier so gesprochen, als ob ich in irgend einer Weise gegen die deutschen Genossen gehetzt hätte und also hier ohne Recht die Internationalität verträte. Diesen Sinn hatten seine Ausführungen. Wie ist aber die Sache? Sie erinnern sich an den Streit, den wir im Jahre 1905 hatten und der zum Teile auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß ausgetragen wurde. Auf einem Bäckertag in Prag im Jahre 1906 habe ich die Vorgänge auf dem Gewerkschaftskongreß kritisiert. Seither war der deutsche Parteitag des Jahres 1907, auf dem ich wie auf dem heutigen anwesend war. Wenn es nötig war, meine Beschwerden, vorgebracht auf einem Gewerkschaftskongresse, auf einem politischen Parteitag zu korrigieren, hätte es Genosse Tobola schon vor zwei Jahren tun sollen. Ich will nur einiges noch bemerken. Mir liegt es ganz fern, mich vor Ihnen schön zu machen. Von mir ist bekannt, daß ich als Tscheche die Interessen der tschechischen Sozialdemokratie vertrete, wie auch bekannt ist, daß ich nie weiter gegangen bin, als die Internationalität, die internationale Solidarität gebietet. Es sind hier Genossen, die Zeugen davon sind, daß ich bei den Wahlen im Jahre 1907 den deutschen Genossen in mehreren Wahlkreisen geholfen habe. Wo man mich verlangt hat, bin ich hingegangen, wenn ich nur halbwegs dazu Zeit hatte. Ich erinnere weiters an meine Ausführungen auf dem tschechischen Parteitag in Pilsen vor zwei Jahren und an die auf dem letzten Parteitag in Prag, wo ich, wenn ich der nationale Chauvinist wäre, als den mich Tobola hinstellen will, keinen Grund gehabt hätte, die Anwürfe gegen deutsche Genossen auf einem tschechischen Parteitage auf das richtige Maß zurückzuführen. Damit ist die Sache erledigt. (Sehr richtig!) Ich wollte das nur klarlegen, weil Tobola so geheimnisvoll angedeutet hat, ich hätte etwas getan, was ich nicht auf einem Parteitage der deutschen Genossen verantworten könnte. (Beifall.)

Patzelt (Freiwaldau): Ich glaube, es ist nicht mehr viel zu sagen. Der Bericht ist genügend besprochen worden. Aber auf eine Lücke möchte ich verweisen. Man sagt, in Bezug auf die Kolportage sei eine Aenderung eingetreten, indem sich die Parteivertretung durch Uebernahme der Volksbuchhandlung das erste Recht vorbehält. Ich glaube, es könnte hier Vorteil-

haftes geschaffen werden. Es ist Usus, daß beim Neuerscheinen von Zeitungen u. s. w. jedem Kolporteur mehrere Exemplare geschickt werden, damit er sie kennen lernt. Die heutige Debatte hat gezeigt, daß viele Genossen nicht nur der Weiterbildung bedürftig sind, sondern auch nach Aufklärung lechzen, die die Partei ihnen zu bieten die Möglichkeit hätte. Ich glaube, man könnte den Vertrauensmännern soweit Konzessionen machen, daß beim Neuerscheinen von Broschüren eine bestimmte Anzahl an die Organisation abgegeben wird, mit der Verpflichtung, an jedem Orte eine bestimmte Anzahl abzusetzen. Damit könnte sehr viel zur Aufklärung getan und eine gute Kolportage in allen Orten vorbereitet werden.

Abgeordneter **Seliger**: Adler hat im Anschluß an die Aufforderung, es solle von der Parteivertretung mehr Initiative entwickelt werden, erklärt, eigentlich hätte die Parteivertretung den Spieß umzukehren. Soweit ich die Debatte verfolgen konnte, habe ich aus ihr entnommen, daß das Verlangen nach mehr Initiative der Parteivertretung hauptsächlich gegolten hat der Tätigkeit innerhalb der Partei, der Tätigkeit in den Parteiorganisationen. Ich habe verstanden, daß man von der Parteivertretung mehr Initiative verlangt für die Bezirke, Kreise, Länder in Bezug auf die Einrichtungen, den Ausbau und die innere Tätigkeit, also die Kleinarbeit der Organisation. Ich glaube, das Verlangen, das hier geäußert wurde, ist durchaus nicht unberechtigt, auch dann nicht, wenn es in die Form der Kritik gekleidet ist.

Ich will nicht sagen, daß die Parteisekretäre ihre Pflicht verletzt haben; aber der Kritik war der Gedanke zugrunde gelegt, daß nicht der nötige Zusammenhang zwischen den kleinen Körpern und der Zentrale vorhanden ist. Diesen Mangel mag die Parteivertretung nicht gefühlt haben. Soweit ich die Dinge zu übersehen vermag, leisten die Bezirke, was möglich ist. Aber soweit man aus den Ausführungen Adlers den Vorwurf entnehmen konnte, sie arbeiten nicht mit der nötigen Initiative, um der Masse der Bevölkerung in ihren Gebieten Kenntnis von der Tätigkeit der Fraktion und der Partei im allgemeinen zu vermitteln: dieses Kapitel bedarf eingehender Erörterung. Wenn Dr. Adler an die Flugblattverteilung angeknüpft hat, so muß ich sagen, daß diese Aufgabe den Bezirken die allergrößten Schwierigkeiten bereitet. Wir haben es vor allen Dingen nötig, der Masse der Bevölkerung Einblick in unsere Tätigkeit zu vermitteln. Das sind unsere Bezirke mit dem Mittel der Flugblattverteilung nicht imstande, schon deshalb nicht, weil diese Art der Agitation solche Kosten machen würde, daß sie einen erheblichen Teil unserer heutigen Mittel auffangen würde. Sie müssen sich nur versenken in die ganze Fülle und den Umfang der Arbeit, die eine Bezirksorganisation in der Provinz zu verrichten hat. Aber es ist klar, daß die *Agitation ohne Flugblätter und Broschüren*, besonders was die Verbreitung unserer Prinzipien betrifft, *nicht mehr möglich ist*. Die Dinge sind anders geworden. Wir haben nicht nur mit Aktionen zu rechnen, bei denen der Gedanke an sie allein so anfeuernd wirkt, daß er die Massen auf die Beine bringt. Die Aktionen der Zukunft werden andere sein und ihr Erfolg wird nicht gegründet werden auf Leidenschaft und Gefühle, sondern auf tiefe sozialdemokratische Erkenntnis, die wir hineintragen müssen in die Masse der Arbeiter, hineintragen müssen in die Hütten, wo die Arbeiter hierzulande wohnen. Das ist das große Agitationsproblem, das aber nur zu lösen ist, wenn wir es verstehen, die Agitation in der Art zu betreiben, wie es draußen in Deutschland geschehen ist und der Partei die größten Erfolge gebracht hat. Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis ist unsere große Aufgabe, die wir nicht erfüllen können in großen Versammlungen, sondern durch Werbung von Haus zu Haus, von Stube zu Stube. Ich halte es für die heiligste Aufgabe der Parteivertretung, daß sie in Zukunft dieser Aufgabe der Partei die allergrößte Aufmerksamkeit zuwende.

Abgeordneter **Grigorovici**: Die deutschen Arbeiter der Bukowina, besonders die von Czernowitz, haben mich beauftragt, vorzubringen, daß sie

nicht imstande sind, für ihr Bildungswesen das zu tun, was andere Organisationen vermögen. Während Sie darüber beraten, wie man politische Kampfesorganisationen einrichtet, sind wir in der Bukowina erst soweit, daß wir Bildungsvereine einrichten müssen für die deutschen Arbeiter sowie für die Arbeiter der anderen Nationen, wie es überall am Anfang der sozialistischen Bewegung der Fall war. Wir haben versucht, Bibliotheken zu schaffen, aber wir kommen nicht weiter. Die deutschen Arbeiter von Czernowitz wohnen in den Vorstädten und wir brauchten mehrere Bibliotheken. Es ist aber nicht die nötige Anzahl da, daß sie selbst die nötigen Mittel aufbringen können. Wir bitten Sie daher, uns, wenn auch nicht mit Geld, so mit Büchern zu unterstützen, damit wir mehrere Bibliotheken einrichten können. Wir haben mächtige Gegner, die sich auf die deutschen und besonders auf die katholischen Arbeiter geworfen haben. Es gibt bei uns deutschnationale Jungmannschaften und katholische Jünglingsvereine, die mit ihrer Literatur vergiftend wirken. Dieser können wir nichts entgegenstellen, weil wir kein Geld haben; die Gegner haben aber unermeßlich viel. Ich glaube, unser Verlangen wird die Arbeiter des Westens nur erfreuen können. Für die rumänischen Arbeiter haben wir Bibliotheken eingerichtet. Wir konnten auch das aus eigener Kraft nicht tun. Wie uns aber die Arbeiter aus Rumänien unterstützt haben, ist es auch Pflicht der deutschen Arbeiter Oesterreichs, uns beizuspringen. Vergessen Sie nicht, daß wir nahe daran sind, eine Landtagswahlreform zu bekommen, die nationale Kataster vorsieht und jeder Nation in Czernowitz ein Mandat gewährt, während wir bei den Reichsratswahlen den befriedigenden Zustand haben, daß alle Proletarier zusammen wählen. Ich glaube darum, daß es nötig ist, besonders die deutschen Arbeiter zu unterstützen. So wie sich heute unsere ganze Schwäche darin zeigt, daß die deutschen Arbeiter nicht in der Lage sind, einen Delegierten hierher zu schicken, werden die Parteigenossen begreifen, daß unsere Bitte berechtigt ist. Wenn von der Schwäche des Parteisekretariats gesprochen wurde, so glaube ich, liegt sie darin, daß es nicht genug Kontakt mit der Provinz hat. Ich würde empfehlen, daß man Konferenzen abhält, an denen die Parteisekretäre teilzunehmen und Aufklärungen zu geben haben. Auf dem Parteitag kann man technische Fertigkeiten nicht erlangen.

Abgeordneter **Skaret** (Schlußwort): Ich will nur auf weniges zurückkommen. Genosse Bauer hat gefunden, daß die Parteivertretung oder das Sekretariat nicht immer getan hat, was man erwarten könnte. In erster Linie hat er uns zum Vorwurf gemacht, daß die Parteivertretung während der antitschechischen Hetze nicht rechtzeitig eingegriffen, nicht das Nötige an Gegenversammlungen getan hat. Nun mußte man ja erst abwarten, wie lange dieses Spiel dauern wird. Weil ein gewisser Dr. Schlesinger in Schwechat gefunden hat, daß die abermalige Abhaltung des Erntefestes eines kleinen Unterstützungsvereines mit vierzig Mitgliedern ein „Vorstoß" sei, ging es doch nicht an, die ganze Parteimaschinerie in Bewegung zu setzen. Nichtsdestoweniger hat mit Rücksicht darauf, daß man so tat, als ob die Schwechater Arbeiterschaft der Träger der Hetze wäre, dort eine große Versammlung stattgefunden, die diese Behauptung zurückgewiesen hat. Wenn jemand Abbruch von der Hetze zu befürchten hat, so sind es die Christlichsozialen, die sehr genietscht haben, als sie sahen, daß ihnen die Deutschnationalen die Wähler streitig machen wollen.

Wenn wir früher vor politischen Fragen gestanden sind, haben wir unsere Kreis- und Landesorganisationen gefragt, ob sie es zweckmäßig finden würden, daß sie an einem bestimmten Tage etwas unternehmen. Damals wurde uns, vielleicht nicht mit Unrecht, der Vorwurf gemacht, wie wir es uns herausnehmen können, die Organisationen zu bemuttern, als ob sie nicht selbst wüßten, ob etwas und was zu geschehen habe. Ich leugne aber nicht, daß, wenn wir diese Initiative nicht ergriffen haben, die Aktion

draußen in der Regel unterblieben ist. (Heiterkeit.) Wir haben es also wiederholt getan, haben es aber nur dann unterlassen, wenn es sich um Lokalfragen oder um Aktionen gehandelt hat, die auf ein Land beschränkt sind. Im übrigen können wir nicht verkennen: so nützlich und zweckmäßig die Versammlungen zur Aufklärung der Genossen sind, so hat die Agitation durch die Zeitungen die mündliche vielfach ersetzt, und wenn auch mit Recht betont wurde, daß die Blätter nicht alle erreichen, so gilt das auch für die Versammlungen, in die nicht alle kommen.

Was die Ausführungen Bernsteins anlangt, so nehmen wir seinen Vorschlag zur Kenntnis und werden uns gewiß bemühen, aus dem Bericht eine Beilage für die Provinz herzustellen. Die Frage ist, ob der Bericht zu diesem Zwecke früh genug erscheinen kann. Das hängt aber nicht von uns ab, sondern von den Genossen, die uns das Material zu bringen haben.

Es liegt der Antrag Teplitz vor, der verlangt, daß die Parteivertretung in der Provinz Wanderkurse abhalten und nach Berliner Muster eine Parteischule einrichten soll. Ich beantrage, ihn der Parteivertretung zu überweisen. Seien Sie überzeugt, daß wir im Verein mit dem Bildungsausschuß tun werden, was möglich ist. Die Resolution Zörer, die die moralische und die materielle Unterstützung der Arbeiter-Gesangvereine verlangt, bitte ich, anzunehmen und ebenso den Antrag Neumann.

Die Abstimmung über die eingebrachten Anträge ergibt folgendes Resultat:

Der Antrag der Kontrolle, der Parteivertretung das Absolutorium zu erteilen, wird einstimmig angenommen; die Anträge Neumann (Ausweisung des Genossen Burianek) und Zörer (Unterstützung des Arbeitergesanges) werden einstimmig angenommen; der Antrag Teplitz wegen vermehrter Pflege des Bildungswesens wird der Parteivertretung zugewiesen.

Abgeordneter **Muchitsch** erstattet als Obmann der Mandatsprüfungskommission folgendes Referat: Insgesamt sind 204 Delegierte anwesend. Von den politischen Organisationen, der Presse und den Verbänden sind 162 Genossen und Genossinnen delegiert. Außerdem sind zehn Mitglieder der Parteivertretung und zehn Mitglieder der Parteikontrolle, ferner 19 Reichsratsabgeordnete, die kein Mandat haben, dann zwei Vertreter der „Arbeiter-Zeitung" und ein Vertreter der Buchhandlung erschienen. Von den Parteitagsteilnehmern sind 48 Reichsratsabgeordnete. Entschuldigt sind die Genossen Holzhammer, Barth wegen Krankheit, Anjobsky und Pongratz wegen dringend notwendiger Beteiligung an den Grazer Gemeinderatssitzungen. Von den Landtagsabgeordneten sind anwesend: sechs aus Niederösterreich, einer aus Steiermark, einer aus Mähren, einer aus Salzburg. Entschuldigt, weil durch die Tagung der Landtage verhindert, sind die Genossen Eich (Kärnten), Hafner (Oberösterreich), Profsch (Salzburg) und Dr. Schacherl (Steiermark). Es sind vierzehn weibliche Delegierte anwesend und vier Delegierte haben je zwei Mandate.

Skaret: Ich beantrage, wie üblich, eine Kommission zu wählen, die dem Parteitag die Vorschläge zur Wahl der Parteivertretung zu erstatten hat. In der Wahlkommission soll Wien und jedes Kronland durch je einen Delegierten vertreten sein. Ich bitte die Kronlandsdelegationen über den von ihnen zu entsendenden Vertreter schlüssig zu werden und ihn mir bekanntzugeben.

Die Wahl einer Kommission wird genehmigt.

Zweiter Verhandlungstag. — 21. September.

Vormittagssitzung.

Den Vorsitz führt Tomschik.

Skaret: Für die gestern vom Parteitag beschlossene Wahl einer Kommission zur Erstattung von Vorschlägen für die Wahl der Parteivertretung wurden mir von den Kronlandsdelegationen folgende Genossen nominiert: Für Wien: Bretschneider; Niederösterreich: Ofenböck; Kärnten: Schatzmayr; Mähren: Schloßnikel; Oberösterreich: Triebrunner; Salzburg: Witternigg; Steiermark: Muchitsch; Tirol: Abram; Vorarlberg: Ertl; Schlesien: Scheibl; Böhmen: Goth.

Ich bitte Sie, die Wahl dieser Genossen nunmehr zu bestätigen.

Der Antrag wird angenommen.

Abgeordneter **Skaret**: Wir haben uns auf diesem Parteitage auch mit der Berufung eines durch das Schiedsgericht ausgeschlossenen ehemaligen Genossen zu befassen. Es handelt sich um Herrn Altschul in Karlsbad. Die bekannten Vorgänge bei der Lotterie des Pensionats und dann die Jubiläumsausstellung mit dem schwarzgelben Firlefanz hat die Bezirksorganisation von Karlsbad veranlaßt, an die Parteivertretung den Antrag auf Ausschließung der fünf Hauptschuldigen Kilian, Tanzer, Altschul, Pfützner und Sandner zu stellen. Es hat infolgedessen ein Schiedsgericht getagt, in welches die Parteivertretung Genossen Seitz als Obmann entsendet hat und an dem für die Ausgeschlossenen die Genossen Brann, Elderfch und Skaret, für die Bezirksorganisation Beer, Nader und Rieger teilnahmen. Das Schiedsgericht hat das Material sorgfältig geprüft und auch die Ausgeschlossenen einvernommen. Es hat dann am 5. Dezember den Schiedsspruch gefällt, daß Kilian, Tanzer und Altschul auszuschließen seien, daß aber bei Pfützner und Sandner von einer Ausschließung abzusehen sei, da sie bloß die Verführten waren und daß sie bloß keine Vertrauensfunktionen erhalten sollen. Gegen diesen Ausschluß hat Altschul am 26. März die Berufung angemeldet, über die der Parteitag nun verhandeln soll. Ich schlage Ihnen vor, eine fünfgliedrige Kommission zu wählen, die das Material zu prüfen und dem Parteitag Bericht zu erstatten hat. Selbstverständlich wird die Kommission auch den Obmann des Schiedsgerichtes zur Auskunfterteilung heranziehen müssen.

In die Kommission werden gewählt: Pölzer, Dr. Bauer, Spielmann, Seliger und Tuppy.

Vorsitzender **Tomschik**: Ich begrüße den heute in unserer Mitte eingetroffenen Vertreter der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs, Genossen Taszynski (Lebhafter Beifall), und erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Taszynski**: Geehrter Parteitag! Werte Genossen! Als Vertreter der polnischen Sozialdemokratie Oesterreichs habe ich die angenehme Pflicht, Ihnen die herzlichsten und aufrichtigsten Grüße der polnischen Sozialdemokratie zu überbringen. Die Grüße kommen aus dem innersten Herzen, weil wir seit einem Vierteljahrhundert im Kampfe um die Freiheit, die Oeffentlichkeit der Arbeiterbewegung, die Solidarität, die Internationalität des Proletariats in Oesterreich im praktischen Leben erprobt und sie schätzen gelernt haben. Diese Solidarität war einst der einzige Schimmer der Hoffnung für uns in Galizien. Vor etwa zwanzig Jahren wurde in Galizien aus jeder Vereinsgründung, aus jeder Nummer der sozialdemokratischen Zeitschrift ein Kampfobjekt und in diesem Kampfe konnten wir uns im Lande oft keinen Rat schaffen. Wir mußten uns an die Stärkeren wenden, an diejenigen, die sich schon die Ellbogenfreiheit erkämpft hatten, deren Stimme nicht unterdrückt werden konnte, an die Wiener Genossen. Wie oft haben wir uns an Adler und Pernerstorfer gewendet, daß sie das und

jenes für uns tun! Wie oft hat Pernerstorfer unsere Klagen im Parlament vorgebracht, bis wir gegen unsere Machthaber im Lande eine große Macht gewonnen haben, bis wir in Wien ein Echo gefunden hatten, bis wir endlich bei uns das bißchen Freiheit für die Arbeiterschaft erkämpft haben.

Nun ist die Zeit des großen gemeinsamen Kampfes gekommen. Die Fahne des Kampfes um die Wahlreform wurde auch bei uns in Stadt und Land gehißt. Diejenigen, die sich für die Sache interessiert haben, das ist das ganze Proletariat Oesterreichs, werden uns das Zeugnis geben, daß wir in diesem heißen Kampfe nicht auf dem letzten Platze standen. Als es eine Zeit gab, wo die Entscheidung in den Händen einer Handvoll Schlachzizen lag und es für das ganze Proletariat Oesterreichs von größtem Interesse war, daß diese Bande eingeschüchtert werde, haben die polnischen und die ruthenischen Genossen Galiziens ihre Pflicht getan. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun können auch wir ein bißchen schwimmen. Jetzt haben wir zahlreiche Vereine, zwei Tagblätter, politische Vereine, Konsumvereine, alles das, was die moderne proletarische Bewegung braucht, was nötig ist, um die Arbeiter kampffähig zu machen, aber wir sind noch immer auf euch angewiesen. Darum ist in unserem Munde und in eurem Munde die Internationalität keine Sonntagsphrase. Wir haben gelernt, Tag für Tag, in täglichem Ringen in diesem österreichischen Sumpfe auf diese Internationalität zu bauen und aus dieser Vereinigung der Kräfte neue Kräfte zu schöpfen. Unsere Internationale, unser kleiner österreichischer Mikrokosmus soll ein Beispiel sein für die ganze Internationale. Hier haben wir die praktische Frage zu lösen, wie es möglich ist, daß acht Nationen verschiedener Sprache, ja verschiedener Rasse das Werk des Völkerfriedens, des Sozialismus tätig ins Leben setzen. Hier wird die Internationalität wahrhaftig nicht zur Phrase, sondern zur Bedingung, zum Grundstein unserer ganzen Zukunft. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich bin ein Pole. Ich erinnere mich, daß ich vor zehn oder zwölf Jahren im Namen der österreichischen Sozialdemokratie gesprochen habe und man mich gefragt hat, was ich sei. Ich habe geantwortet: „Ich bin Sozialdemokrat." Man hat mir zugerufen: „Sie sind ein Pole!" — „Ja, Pole und Sozialdemokrat!" Da war Gelächter. Die Leute konnten nicht verstehen, wie ein Sozialdemokrat zugleich warmfühlender Pole sein kann, bis ihnen im letzten Jahrzehnt die Augen aufgegangen sind, daß die Sozialdemokratie nicht nur die Nation nicht ausschließt, sondern die Nation bedeutet, daß sie das Wertvollste der Nation, die Arbeiterschaft, verteidigt und ihre Zukunft stärkt, so daß es keine Phrase sein wird, wenn man in nicht allzu ferner Zukunft sagen wird: In unserem Lager ist die Nation. (Lebhafte Zustimmung.)

Als Pole habe ich einmal vor achtzehn Jahren auf einem Wiener Parteitag erklärt: Wir polnischen Sozialisten können uns nicht so leicht der österreichischen Organisation anschließen, weil wir auch draußen unsere Brüder haben, weil sie auf unsere Hilfe angewiesen sind und weil wir den Traum der Freiheit nicht austräumen wollen, weil wir wissen, daß Sozialismus und Völkerknechtung unvereinbar sind, weil wir den freien Kampfplatz schon jetzt brauchen, auf dem jedes Proletariat mit seiner Bourgeoisie mit eigenen Kräften fertig werden muß. Das alles wissen wir und das hat uns bewogen, zu sagen, daß wir auch anderwärts Pflichten haben. Gerade Sie haben uns verstanden und niemals bestand bei den deutschen Genossen ein Mißtrauen gegen uns. Man hat uns manchmal zu den sogenannten exotischen Völkerschaften gerechnet, man hat uns beurteilt, als ob wir etwas Exotisches in der österreichischen Parteifamilie darstellen würden. (Heiterkeit.) Aber das waren nur Kleinigkeiten. Wo es galt, den proletarischen Kampf zu kämpfen, haben Sie uns ausgezeichnet verstanden. Wo es galt, uns als Volk, als Nation freier zu machen, haben Sie das auch verstanden, und das war am schwierigsten zu verstehen. Im eigenen Volke alle Strömungen zu begreifen, ist leichter, als dem anderen Volke die hilfreiche Hand

zu reichen. Man kommt da allzu leicht in die Lage, zu einem Volksfeind gestempelt zu werden. Aber ihr seid zu stark, zu klug und zu vernünftig, als daß ihr euch vor der Lüge beugtet, daß die Solidarität mit anderen die Feindschaft gegen das eigene Volk bedeuten würde. Mit großem Takt, mit großer Delikatesse habt ihr unsere Stellung verstanden.

Obwohl wir fast nirgends aneinandergrenzen, ist das Gefühl der Solidarität hoch entwickelt, die Sympathie für euch schlägt lebendig in unseren Herzen. Wir wünschen euch aus vollster Ueberzeugung, da es auch unsere eigene Sache ist, für die ihr kämpft, Kraft und reiche Entwicklung. Wir verfolgen eure Beratungen mit großem Interesse und wünschen, daß sich die Macht, die euch in diesem Staate schon zukommt und gebührt, vermehre. Wir wünschen euch, daß ihr den Weg zur Zukunft mutig weiterschreitet, und deshalb rufen wir: Hoch die deutsche Sozialdemokratie! Hoch der deutsche Parteitag!

Es wird nun in die Tagesordnung eingegangen.

Bericht über die Parlamentstätigkeit.

Abgeordneter **Seitz**: Der deutsche Klub des Abgeordnetenverbandes, in dessen Auftrag ich referiere, hat jedesmal nach Abschluß der Session einen ausführlichen gedruckten Bericht über *seine* Tätigkeit erstattet, den die Genossen gewiß gründlich studiert haben und auf den ich einfach verweisen könnte. Wenn ich trotzdem ein Geleitwort beifüge, so fürchten Sie nicht, von mir eine langwierige Aufzählung aller unserer parlamentarischen Aktionen oder eine langweilige Schilderung aller Details der ganzen Parlamentstätigkeit zu bekommen. Ich werde mich vielmehr damit begnügen, die Bedingungen darzustellen, unter denen wir arbeiten, die Grundsätze unserer Arbeit und die Tatsachen, die diese Arbeit jetzt und in der nächsten Zeit bestimmen, auseinanderzusetzen. Nach dem glänzenden Wahlsieg des Jahres 1907, den unsere Gegner in solcher Ausdehnung nicht befürchtet und den wir — das können wir ja offen sagen — auch nicht in dieser Größe erhofft hatten, gab es viele Unzufriedene, viele Neugierige und viele Aengstliche. Die Unzufriedenen und die Mißmutigen, das waren unsere alten Feinde, die auch die Feinde der Wahlreform gewesen waren und die nun ihre schlimmsten Prophezeiungen verwirklicht sahen. Unter den Wohlwollenden und auch in unsern Reihen gab es viele, die neugierig waren, wie sich eine Partei, die bisher doch nur in ganz kleiner Zahl im Parlament vertreten war und dort eigentlich nur einzelne Demonstrationen hatte veranstalten können, sich nun als eine große und also auf das innere Parlamentsgetriebe Einfluß übende Partei dort verhalten wird, und es gab in unseren Reihen manche Aengstliche, die fürchteten, daß wir vielleicht nicht alle die Schwierigkeiten überwinden werden, die uns dort erstehen würden. Aber eine alte Erfahrung, auf die wir stolz sind, sagte uns schon damals, daß die Sozialdemokratie noch jede Schwierigkeit überwunden hat. Eine Partei, deren Programm so fundiert ist, eine Partei, die sich unausgesetzt durchbildet und immer einen tüchtigen Nachwuchs erzieht, eine Partei, deren Gefüge fest ist und deren Vertrauensmänner durch Jahrzehnte gezwungen waren, außerhalb des Parlaments Politik zu treiben und zu jeder auftauchenden Frage schlagfertig und sofort Stellung zu nehmen, eine solche Partei konnte auch auf dem Parkett des Parlaments selbstverständlich nicht straucheln. Das war unsere Zuversicht und in dieser Gewißheit gingen wir an die Arbeit. Wir taten das, was wir immer tun, wenn wir in eine neue Fabrik in einer Ortschaft eingedrungen sind. Wir faßten das zusammen, was da war und organisierten uns. Da wir Vertreter mehrerer Nationen umfaßten und da wir verpflichtet sind, die Interessen der Arbeiterklasse aller Völker dieses Reiches zu vertreten, organisierten wir uns selbstverständlich international. Und da wir programmatisch jeder Nation in ihren rein volklichen

Fragen ihr Selbstbestimmungsrecht zuerkennen, bildeten wir innerhalb dieses internationalen Verbandes nationale Klubs zur Erledigung der Sonderinteressen der einzelnen Nationen. Diese Organisation war für uns ganz selbstverständlich, denn sie entsprach der Organisation der Partei. Aber für die österreichische Politik und für diesen Staat war sie eine Aufsehen erregende, geradezu mustergültige Tat. Wir haben hier den Beweis erbracht, daß es verschiedenen Völkern möglich ist, zusammenzuwirken und nationale Schwierigkeiten zu überwinden, wenn man nur ein ernstes wirtschaftliches und politisches Programm hat und wenn jeder einzelne durchdrungen ist von dem Gefühl der schweren Verantwortung, die auf ihm lastet. Das Arbeitsfeld war für uns rasch abgesteckt. Das Arbeitsziel war gegeben. Wir hatten als sozialdemokratische Fraktion, also als die schärfste Oppositionspartei, zunächst Kritik zu üben, nicht nur an dem Staate in seiner gegenwärtigen Erscheinungsform, sondern auch an den Grundlagen dieses Staates und an der Gesellschaftsordnung, auf der er aufgebaut ist. Wir hatten ferner aufzuzeigen, wie der Staat die Entwicklung der Arbeiterklasse hemmt, wie diese Wirtschaftsordnung, da ihr Fortbestand zu dem ökonomischen Fortschritten immer mehr und mehr in Widerspruch gerät, die Entwicklung der Arbeiterklasse und der Gesamtheit hindert. Wir hatten aber nicht nur dieses programmatisch starre Nein dem Staate und der Gesellschaft entgegenzustellen, sondern wir haben selbstverständlich auch der Gesetzgebung und der Verwaltung die Wege zu weisen, die einzuschlagen sind, um einen vernünftigen Fortschritt zu erzielen. Und wir haben vor allem immer auf der Wacht zu sein, um die Anschläge zurückzuweisen, die von den Feinden der Arbeiterklasse ausgeheckt werden, und insbesondere unsere politischen Rechte und unser Koalitionsrecht zu verteidigen. Diese Arbeit ist in einem konsolidierten Staate, in einem Staate, dessen Parlament eine selbstverständliche Einrichtung ist, nicht leicht und sie erfordert die ganze Umsicht, den ganzen Fleiß und die ganze Zähigkeit der Parteigenossen. Aber diese Arbeit ist zehnmal schwerer in einem Staate wie Oesterreich, der, wenn er überhaupt entwicklungsfähig und existenzfähig ist, doch von Grund aus umgestaltet werden muß und in dem die Arbeitsfähigkeit des Parlaments ständig in Frage steht, wo wir also unausgesetzt den Bestand und das regelmäßige Funktionieren des Parlaments erst sichern müssen. Bei uns kann von einer Parlamentsmajorität und von einer Majoritätsregierung nie die Rede sein.

Unsere Aufgabe ist also, einesteils den parlamentarischen Kampf zu führen gegen unsere Klassengegner, anderenteils aber das Kampffeld zu verteidigen, auf dem wir unsere Schlachten zu liefern haben. Und dieses Parlament ist bei uns zu verteidigen nicht nur gegen die alten Feinde jedes politischen Fortschrittes, nicht nur gegen die Feinde des Wahlrechtes, wie sie sich in der Hofkamarilla und im Herrenhause zusammenfinden, sondern der Kampf ist vor allem zu führen gegen eine weitaus größere Gefahr, nämlich gegen die Unfähigkeit unserer bürgerlichen Klassen, die Macht im Staate endlich anzutreten, dieses Parlament, das wir ihnen geschaffen haben, endlich in Besitz zu nehmen und, ihrer historischen Aufgabe entsprechend, die Herrschaft der bürgerlichen Klassen aufzurichten.

Es ist selbstverständlich, daß die Erfüllung unserer Pflicht, den Bestand des Parlaments zu erhalten, uns bei einsichtslosen Leuten manchmal in ein schiefes Licht bringt, daß man das, was wir für das Parlament tun, für unsere Schöpfung tun, oft so auffaßt, als wäre es für die Regierung getan; daß wir also bei diesen einsichtslosen Leuten oft in den Geruch einer verfehlten Opportunitätspolitik kommen. Das hat sich wiederholt gezeigt bei unseren Abstimmungen über die Dringlichkeit der Verhandlung des Budgets, des Ausgleichs u. s. w. In Wirklichkeit ist es aber für jeden, der unsere Arbeit einer eingehenden Beachtung und Kritik unterzieht, ganz klar, daß wir eine streng prinzipielle Politik machen, daß unsere Politik

immer nur von den Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Entwicklung bestimmt wird.

Wir haben, glaube ich, in jeder parlamentarischen Situation unsere Pflicht erfüllt. Unsere erste Aufgabe war, im Parlament die Stellung zu erringen, die uns nach unserer Zahl und nach unserer politischen Bedeutung zukommt. Wir haben daher auf die uns gebührenden Stellen in den einzelnen Ausschüssen Anspruch erhoben, wir haben in den Präsidien der Ausschüsse unsere Vertreter, wir haben auch unseren Vertreter in der Staatsschuldenkontrollkommission (Heiterkeit) und im Eisenbahnrat, und wir haben es nach längerem Kampfe durchgesetzt, daß wir die unserer Bedeutung nach uns zukommende Stellung im Präsidium des Hauses selbst errungen haben. Wir haben also unsere Posten bezogen und die Arbeit begonnen.

Der erste und wichtigste Gegenstand unserer Sorge im Parlament mußte sein die materielle Stellung, die Lebenslage des Proletariats. Wir mußten unausgesetzt die Frage aufwerfen: Was leistet die Arbeiterklasse für diese Gesellschaft und welchen Anteil hat sie an dem Produkte ihrer Arbeit?

Da die Lage der Arbeiter nicht allein abhängig ist von dem Lohne und von der Arbeitszeit einerseits und nicht allein abhängig von den Preisen der Bedarfsartikel andererseits, sondern von der Relation des Lohnes zu den Lebensmittelpreisen, so mußten wir erstens die gewerkschaftliche Organisation, die den Arbeitern den ausreichenden Lohn zu erkämpfen hat, mußten wir das Koalitionsrecht der Arbeiter sichern, so weit das parlamentarisch möglich ist, und zugleich unseren Einfluß als Partei für eine Erhöhung der Löhne bei den Angestellten des Staates in die Wagschale werfen; zweitens aber mußten wir unsere Hauptsorge darin sehen, dem Arbeiter billige Lebensmittel zu sichern. In diesem Rahmen unserer Tätigkeit bewegten sich alle Aktionen in der Lebensmittelfrage, so die Aktionen für die Einführung von billigem Fleisch, für die Herabsetzung der Zölle, für die Schaffung von Verkaufstarifen, unser Kampf gegen die indirekten Steuern, unsere Handelspolitik, wobei unser Ziel einesteils sein mußte, ein gutes Absatzgebiet für unsere Industrie zu sichern und damit der Arbeiterklasse Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, anderenteils die Einfuhr billiger Lebensmittel. Wir waren dabei natürlich in einem unausgesetzten Kampfe gegen die Agrarier in Oesterreich, und insbesondere auch gegen die magyarische Clique in Ungarn. Wir waren aber, und das muß hier festgestellt werden, leider auch genötigt, den Kampf gegen unsere Regierung zu führen, die berufsmäßig verpflichtet wäre, unserer Industrie das Absatzgebiet zu sichern und ausreichende Lebensmittel für die Arbeiterklasse, die aber in diesem Falle aus Feigheit gegen unsere Agrarier und aus politischen Rücksichten gegenüber den Ungarn zurückgewichen ist und unsere Aktion zur Förderung einer vernünftigen Handelspolitik geradezu vereitelt hat. In den Rahmen dieser Aktion fällt auch unsere ganze Steuerpolitik. Sie erinnern sich, wie schwer unser Kampf für die Herabsetzung der Zuckersteuer war und wie schimpflich die bürgerlichen Parteien, die Deutschnationalen wie die Christlichsozialen, Verrat geübt haben, wie sie sich gebärdet haben, als würden sie für die Herabsetzung der Zuckersteuer eintreten, wie sie dann aber im letzten Moment ausgekniffen sind. In diesen Rahmen fällt auch unsere Politik gegenüber der Branntwein- und Biersteuererhöhung. Das Biersteuerprojekt ist von der Regierung, wie wir erfahren haben, endgültig zurückgezogen. Das mag vielleicht als eine weise Tat der Regierung erscheinen. In Wirklichkeit ist es nichts anderes als eine Folge des energischen und zielbewußten Auftretens der Arbeitervertreter im Parlament und des energischen Eingreifens unserer politischen Organisationen außerhalb des Parlaments. Wie wir mit dieser Aktion gegen die Erhöhung der indirekten Steuern einsetzten, da war sofort den bürgerlichen Parteien klar, daß sie unserer Kritik absolut nicht standhalten könnten und insbesondere bei Neu-

wahlen einen schweren Stand hätten. Wir haben das aus den Aeußerungen der Führer der bürgerlichen Parteien genau ersehen. Sie erinnern sich an die Aeußerung Geßmanns, der sich damals ungefähr dahin äußerte: „Wir sind gegen die Auflösung des Parlaments, denn die käme den Sozialdemokraten gerade recht, jetzt, wo wir uns durch die Steuervorlagen blamiert haben und wo die ganzen Volksmassen gegen die indirekten Steuern aufgehetzt sind." Sie haben also bald erkannt, daß sie sich, auch wenn das Parlament nicht aufgelöst wird, vor unserer Kritik und vor unserem Ansturm nicht schützen können, und sie mußten die Vorlage zurückziehen. Denn keine Partei, auch wenn sie noch so gerne bereit wäre, den Verrat zu üben, könnte diese wahnsinnige Erhöhung der Biersteuer bewilligen, ohne von den durch unsere Agitation aufgeklärten Wählermassen weggefegt zu werden. In diesen Rahmen gehören auch unsere Aktionen für das Brot der Industrie: für billige Eisenpreise, für billige Kohlenpreise und für eine Verbesserung des Verkehres, also für die Verstaatlichung der Eisenbahnen.

Eine zweite Gruppe, die in diesen Komplex von wirtschaftlichen Fragen fällt, ist die Gruppe unserer sozialpolitischen Arbeiten. Wie wird ein sozialpolitischer Fortschritt erzielt? Die Zeiten der wohlwollenden bürgerlichen Sozialpolitiker sind endgültig vorbei. Diese Gattung Menschen ist ausgestorben. Ein sozialpolitischer Fortschritt kann nur erzielt werden durch die gewerkschaftliche Organisation, die in unausgesetztem Kampfe Erfolge zu erzielen hat, und durch die politische Organisation, deren Aufgabe es ist, die Möglichkeit dieser gewerkschaftlichen Kämpfe zu sichern und ihre Erfolge legislatorisch festzulegen. An der Spitze aller unserer sozialpolitischen Arbeiten stehen daher nicht die verschiedenen Detailfragen, steht nicht einmal das so wichtige und so hochbedeutsame Werk der Alters- und Invaliditätsversicherung, sondern an der Spitze unserer sozialpolitischen Tätigkeit steht vor allem die Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft (Großer Beifall), des Koalitionsrechtes, das auf das schwerste bedroht ist und gegen das die Unternehmer und ihre Knechte einen unausgesetzten stillen Kampf führen, bei dem sie sich nicht scheuen, selbst die obersten Gerichte zu beeinflussen, einen Kampf also, in dem wir ganz allein stehen gegen das gesamte Bürgertum und gegen seine ganze Organisation von Beamten, von den obersten Richtern des Reiches angefangen bis hinunter zum kleinsten Stadtpolizisten in irgend einem Neste. Dagegen zu kämpfen, ist unsere erste sozialpolitische Aufgabe im Parlament. Daran schließt sich dann unsere Arbeit in Bezug auf die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Arbeit zur Vermehrung der Gewerbeinspektoren, zur Bestellung von Arbeitern als Assistenten, unsere Gesetzentwürfe für den Achtstundentag in den kontinuierlichen Betrieben, unsere Tätigkeit zum Schutze einzelner Branchen. Ich erinnere da an das Bäckerschutzgesetz, an unsere Tätigkeit beim Handlungsgehilfengesetz, am Gesetz zum Schutze der Handelshilfsarbeiter, an unseren Entwurf bezüglich der Sonntagsruhe der Mühlenarbeiter, an die Aktionen für die Eisenbahner, an unsere Aktionen gegen die Nachtarbeit der Frauen und insbesondere an unsere Bemühungen zur Abschaffung des weißen Phosphors und der Bleiverwendung. Wenn bei unseren Aktionen zur Verbilligung der Lebensmittel unsere Hauptgegner die Agrarier waren, so waren in diesen sozialpolitischen Fragen selbstverständlich unsere Hauptgegner die Industriellen und vor allen anderen auch die Zünftler, die mit unerhörten Kniffen und Tücken immer wieder unsere parlamentarische Arbeit hemmten und denen wir Stunde um Stunde, in jedem einzelnen Ausschuß, in jedem Subkomitee wie im Plenum des Hauses Stück um Stück abringen mußten, was wir erreicht haben. Der Kampf war also schwer, doch haben wir da, wie die Genossen wissen, auch einige Erfolge errungen.

Einen anderen Gegenstand unserer Sorge und unserer parlamentarischen Arbeit bildete die Sicherung der Stellung des Arbeiters als

Staatsbürger, die Sorge um die Entwicklung der politischen Gesetzgebung. Hierher fallen vor allem unsere Aktionen zur Verbesserung des bestehenden Wahlrechtes. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt betreffend die Aenderung der Reichsratswahlordnung in Bezug auf das Alterserfordernis, und vor allem in der Richtung, daß auch den Frauen das Wahlrecht gegeben werde. Wir haben in dieser Hinsicht auch für die Verbesserung unseres rückständigen Vereinsgesetzes gearbeitet, das die Frauen noch heute von den politischen Vereinen ausschließt. Hierher fallen unsere Aktionen für die Verbesserung des Preßgesetzes, für die Beseitigung der dümmsten Schande, die unserem Staate noch aufgehalst ist, des § 23 des Preßgesetzes, unsere Aktionen für die Sicherung einer guten Schule und eines von der Kirche unabhängigen Unterrichtes. Hierher fällt bis zu einem gewissen Grade unsere Mitarbeit an der Reform des Strafgesetzes, an der Reform der Geschwornengerichte, an der Beseitigung des Polizeistrafrechtes.

Eine dritte Gruppe von Fragen betrifft die Lage der Arbeiter als Opfer des Militarismus, unseren Kampf also gegen das ganze System des Militarismus und gegen die Exzesse des Militarismus. Wir haben keinen Anlaß vorübergehen lassen, ohne laut zu bekunden, daß wir Gegner dieses Systems sind, keinen Anlaß, ohne den Militarismus zu bekämpfen. Wir haben uns aber selbstverständlich nicht damit begnügt, sondern wir haben uns auch in einem ganz konkreten Falle als Partei des Friedens erwiesen, der Menschenleben wichtiger sind als die sogenannte „Mehrung des Vaterlandes", wir haben uns pflichtgemäß auf das energischeste gegen die Annexion Bosniens gestellt, insbesondere mit Rücksicht auf die große Gefahr, die dadurch für den Frieden hätte entstehen können. Wir sind entschlossen und geschlossen aufgestanden als Gegner dieses neuen österreichischen Imperialismus und wir haben in einer großen Kundgebung knapp vor den Ferien protestiert nicht nur gegen die Annexion und gegen die Gefährdung des Völkerfriedens, die von den Leitern unserer auswärtigen Politik heraufbeschworen wurde, sondern wir haben auch unsere internationale Solidarität bekundet und dabei eine würdige Antwort gegeben auf die Kundgebung des mutigen Genossen Kazlerowitsch im serbischen Parlament. Wir waren niemals müde, den Kampf gegen den Militarismus zu führen, und wir haben in dieser Zeit, wo der Frieden schwer bedroht war, durch unsere Haltung viel dazu beigetragen, um die ärgste Gefahr von uns abzuwenden.

Aber ich fürchte, daß ich zu viel in Details verfalle. Wenn Sie an die Prüfung unserer Arbeit herantreten und fragen, was wir an positiven Erfolgen erreicht haben, so muß ich Ihnen allerdings die einfache Wahrheit entgegenhalten: Wir sind nicht die Mehrheit des Parlaments. Aber wir haben doch einiges erreicht, was zu erreichen möglich war. Ihre Pflicht ist es, zu beurteilen, ob wir gearbeitet haben, wie es unsere Pflicht ist, ob wir jene Mittel und Wege eingeschlagen haben, die den Intentionen und dem Programm der Partei entsprechen. An dem, was wir nicht erreichten, kann man ermessen, wie gering noch unser politischer Einfluß ist und was wir alles noch zu leisten haben, um unsere politische Macht außerhalb des Parlaments und damit unsere politische Macht im Parlament zu stärken.

Niemand von uns war doch so töricht, sich darüber zu täuschen, daß uns mit dem allgemeinen Wahlrecht nicht die Früchte sofort in den Schoß fallen würden. Wir konnten uns auch darüber nicht täuschen, daß, je größer unsere Erfolge außerhalb des Parlaments und bei den Wahlen werden, desto größer auch die Schwierigkeiten werden, die sich uns im Parlament entgegenstellen. Das haben wir ja gleich beim Zusammentritt des Parlaments gesehen. Was war die erste Parole der bürgerlichen Parteien, an deren Spitze die Christlichsozialen standen? Die Sozialdemokratie muß eingekreist, die

Sozialdemokratie muß gänzlich isoliert werden! Damals haben die Parteien wirklich „mit dem Opfer ihres Intellekts" und mit allerlei Kniffen und Kunststücken den Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt. Damals war es ihre größte Freude, wenn sie den Sozialdemokraten irgend eine kleine parlamentarische Niederlage beibringen konnten. Aber diese Einkreisungspolitik hat sich nur sehr kurze Zeit gehalten, sie ist an ihrer inneren Unmöglichkeit zugrunde gegangen. So wie dieser Staat innerlich zerklüftet ist, so wie diese Parteien einander befehden und ihre kleinliche Mandatspolitik außerhalb des Parlaments treiben, mußte es dazu kommen, daß sie auch im Parlament innerlich zerfielen, und es kam bald wieder eine Zeit, wo sie an uns appellierten, wir mögen ihnen doch helfen, helfen gegen die Zerklüftung der Parteien, gegen die Zerklüftung des Parlaments, wir mögen den Bestand des Parlaments retten. Ich sage ganz aufrichtig, nichts wäre uns lieber und nichts wäre für einen politischen Fortschritt förderlicher, als wenn die bürgerlichen Parteien die Einkreisungspolitik aufrecht erhalten könnten, wenn sie den entschlossensten Kampf gegen uns führen wollten. Wir wünschen, daß sich die bürgerlichen Parteien zusammenschließen, daß sie uns einkreisen, daß sie sich in die Macht setzen, und wir empfinden es als ein Hemmnis der Entwicklung, daß das Bürgertum zu feig ist und nicht die innerliche Kraft hat, selbst die Herrschaft im Staate anzutreten, daß den bürgerlichen Parteien immer ein Vormund eingesetzt werden muß, ein Vormund in der Gestalt eines Bureaukraten, und wäre es auch ein solcher wie Herr von Bienerth.

Aber leider ist diese Zeit noch lange nicht gekommen. Kaum ein Jahr lang konnte die Koalition der bürgerlichen Parteien bestehen. Selbst das außerordentliche Geschick des Ministerpräsidenten Beck war nicht imstande, diese Koalition zu halten, und im Herbst des Jahres 1908 brach sie zusammen. Nicht nur die Intrigen der Hofkamarilla, der Herrenhäusler und der Christlichsozialen haben das Ministerium Beck zur Strecke gebracht, sondern vor allem die Unfähigkeit der Führer der bürgerlichen Parteien, der zwei großen Nationen, der Deutschen und der Tschechen, ihre Unfähigkeit, einen leidlichen Frieden zu halten. So wurden wir denn mit der ärgsten Landplage bedroht, die jemals über dieses Oesterreich gekommen ist: mit Freiherrn v. Bienerth. Ich will Herrn Bienerth nicht unrecht tun. Vielleicht hat er ganz besondere, außerordentliche Fähigkeiten. Ich bin zu wenig Bureaukrat, ich kenne zu wenig den inneren Verwaltungsbetrieb, um sagen zu können, daß er nicht vielleicht ein außerordentlicher, tüchtiger Beamter wäre, ob ein Bezirksfeldwebel oder ein tüchtiger Konzeptsbeamter ist einerlei (Heiterkeit), vielleicht auch sonst ein brauchbarer Bureaukrat; vielleicht könnte er auf irgend einem Gebiet Nützliches und Tüchtiges leisten, vielleicht ist er ein ganz fleißiger Beamter (Austerlitz: Aber Sie übertreiben doch!); aber sicher ist, daß er zu dem Amte, zu dem er berufen ist, die notwendigen Fähigkeiten nicht mitgebracht und daß er auch bis heute die notwendigen Fähigkeiten nicht erworben hat. Das alte Sprichwort, daß Gott, wem er ein Amt gibt, auch den Verstand dazu gibt, dieses alte Sprichwort hat sich leider bei Bienerth nicht bewährt.

Was ist die Aufgabe eines österreichischen Ministerpräsidenten? Seine Aufgabe ist, zwischen den nationalen Parteien zu vermitteln, seine Aufgabe ist, die nationalen Gegensätze auszugleichen. Es ist natürlich ganz ausgeschlossen, daß eine Nation allein Oesterreich beherrscht. Jeder solche Versuch hat noch jederzeit zu dem schärfsten Abwehrmittel geführt, zum Mittel der Obstruktion. Es kann nicht bestritten werden, daß das letzte Mittel gegen nationale Unterdrückung wirklich die Obstruktion ist. Die nationale Frage ist leider die Streitfrage, die jederzeit das Parlament aus dem Gleichgewicht zu bringen vermag. Da muß ein Mann da sein, der die Fähigkeit hat, unausgesetzt zu vermitteln, der weiß, was jede Nation im gegebenen Moment unbedingt braucht, welche Belastungsproben sie ertragen kann und

welche nicht; ein Mann, der weiß, was im Moment geschehen muß. Das muß natürlich ein Mann sein von ungeheurer Nervenkraft, der täglich und stündlich, wenn es sein muß die Nacht hindurch, die Kraft hat, zu vermitteln, zu versöhnen, auszugleichen, um auf diese Weise eine Resultierende unter den auseinanderstrebenden Kräften zu finden. Zu dieser Arbeit ist Herr v. Bienerth absolut ungeeignet und er war offenbar sehr überrascht, als er eines Tages von den Herrenhäuslern hörte, daß das, was er tut, besser gesagt: Was er nicht tut, eigentlich nicht die Folge seiner Unzulänglichkeit ist, sondern ein politisches System. Bienerth hatte sich entdeckt! Damals ist ihm auf einmal der Kamm geschwollen, weil er gesehen hat, daß den Parlamentsfeinden diese Politik gerade recht ist. Jetzt wurde es wirklich zum System, nicht zu verhandeln. Das Parlament sollte sich an seinem eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. In weiterer Folge baute er dieses System aus bis zu dem Grundsatz: Wenn das Parlament nicht funktioniert, dann wird einfach die Session geschlossen; dann warten wir wieder einige Zeit, dann fangen wir wieder von vorn an und dann schließen wir wieder. (Heiterkeit.) Und wenn man Herrn v. Bienerth heute vor die simple Frage stellt: „Was hast du denn in diesem Jahre getan?" — so müßte er einfach bekennen, daß er nicht das Allernotwendigste geleistet hat. Aber so steht die Frage nicht, wie sie Herr Bienerth gern stellen möchte, daß, wenn das Parlament mit der Obstruktion nicht fertig wird, es gehen muß, sondern die Frage steht in jedem vernünftigen Staate so: Bist du, Ministerpräsident, Reichskanzler, imstande, das Parlament und den Staat zu führen, dann magst du bleiben, und bist du es nicht imstande, dann magst du dich zum Teufel scheren. Wenn aber Bienerth aus den vorhandenen Tatsachen den Schluß nicht ziehen will, zu demissionieren, dann gibt es nur einen anderen Schluß: Auflösung des Parlaments. (Lebhafter Beifall.) Das wäre seine konstitutionelle Pflicht und er hätte nicht Rücksicht zu nehmen auf die schlotternden Knie der Deutschnationalen oder Christlichsozialen. Wir finden auch, daß eine Regierung nach altem konstitutionellen Gebrauch verpflichtet ist, in so wichtigen Perioden wie die jetzige an die Wähler zu appellieren. Wir wollen die Auflösung des Parlaments; wir wollen, daß das Volk gefragt werde, wie es sich zu den Fragen der Steuerreform verhält, daß es gefragt werde, ob es wünscht, daß Hunderte von Millionen für die Heeresreform und für neue Kriegsschiffe ausgegeben werden, ob es wünscht, daß die Ausgaben des Staates durch direkte oder durch indirekte Steuern hereingebracht werden. Wenn wir jetzt die Annexionsperiode hinter uns haben, wenn wir neue Kriegsschiffe bauen, so sind das so wichtige Fragen, daß sie allein es notwendig machen würden, an das Volk zu appellieren. Herr Bülow hatte seine Hottentottenwahlen, möge es Herr Bienerth mit bosnischen Wahlen versuchen. (Stürmischer Beifall.)

Und noch ein anderer Grund liegt hier vor: Die österreichische Regierung steht mit der ungarischen wegen der Aufwendungen für die Armee in Verhandlung und die Dynastie hat die größten Schwierigkeiten, die betvarische Clique im ungarischen Parlament zu bestimmen, daß sie diese Aufwendungen bewillige. Man hört von aller Art Zugeständnissen, die man ihnen machen müßte, Zugeständnisse auf militärischem Gebiete oder Zugeständnisse in Bezug auf die Aufnahme der Barzahlungen. Wir sind absolut dagegen, daß man diesem Klüngel im ungarischen Abgeordnetenhause dafür irgend welche Zugeständnisse macht, und was die Aufnahme der Barzahlungen insbesondere anlangt, so muß festgestellt werden, daß wir uns auf das allerentschiedenste dagegen verwahren, daß irgend ein österreichisches Interesse preisgegeben werde, um den Frieden zwischen der Dynastie und dieser

Clique im ungarischen Parlament zu erkaufen. (Stürmischer Beifall.) Wir sind nicht bereit, solche Opfer zu bringen, wir sind nicht bereit, die ungarischen Beutepolitiker zu unterstützen und vielleicht noch mit dem, was uns aus dem Fleische herausgeschnitten wird; wir sind insbesondere deshalb nicht geneigt, solche Zugeständnisse zu machen, weil wir wissen, daß sie nur geeignet sind, den schimpflichen Verrat jener Clique an den Interessen der breiten Masse der Völker Ungarns zu fördern, nur geeignet sind, den schimpflichen Bruch des Vertrages in Bezug auf die Wahlreform zu fördern, und wir sind zu dieser Haltung in erster Linie deshalb verpflichtet, weil wir es als Gebot der brüderlichen Solidarität gegen die ungarischen Arbeiter empfinden. (Stürmischer, allgemeiner Beifall.) Wir sind gegen solche Zugeständnisse und man sollte nach den Erklärungen der bürgerlichen Parteien erwarten, daß sie, wenn sie ernst genommen werden wollen, gleichfalls gegen jedes Zugeständnis sein müßten. Unsere bürgerlichen Parteien haben sich ja immer über derartige Konzessionen aufgeregt. Wenn Neuwahlen sein sollten, so werden wir sie vor den Wählern zur Rechenschaft ziehen.

Wir wollen Neuwahlen, wir wollen eine Wahlbewegung, in der wir die bürgerlichen Parteien zur Verantwortung ziehen können; wir wollen, daß durch die Wahlen entschieden werde, wie man sich zu allen diesen wichtigen Fragen zu stellen habe. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.) Wir sind uns der Pflicht bewußt, Rechenschaft zu legen denen, die uns ins Parlament gesendet haben. Wir üben jederzeit diese Pflicht aus und haben sie auch hier erfüllt, um so lieber würden wir das tun in allgemeinen Wahlen. Wir sind der Ansicht, daß das Parlament nicht ausgeliefert werden kann einzelnen Persönlichkeiten und ihrer persönlichen Stimmung, sondern daß das Parlament konstant abhängig sein muß von dem Willen der Völker und daß daher die Abgeordneten unausgesetzt in Verbindung mit dem Volke zu stehen haben. Deshalb sind wir gegen die langen Legislaturperioden, deshalb sind wir dafür, daß sie hie und da unterbrochen werden durch Auflösungen, besonders wenn diese so notwendig ist wie jetzt. (Lebhafte Zustimmung.)

Damit bin ich am Schluß meines Berichtes. Wir glauben, Ihnen das Urteil über unsere parlamentarische Tätigkeit ruhig überlassen zu können. Wir hoffen, unseren Wählern gegenüber zu bestehen, wenn sie darüber zu urteilen haben, was wir getan haben. Wir glauben aber auch, daß unser Bericht bestehen wird vor dem zunächst kompetenten Forum: den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft, vor diesem Parteitag. Wir bitten Sie, unsere Tätigkeit rücksichtslos zu kritisieren, aber auch anzuerkennen, was anerkannt werden soll. (Stürmischer Beifall.)

Bericht über die Tätigkeit in den Landtagen.

Abgeordneter Resel: Ueber unsere Tätigkeit in den Landtagen liegt ein gedruckter Bericht nicht vor und ich muß deshalb ein vollständiges Referat erstatten, wobei ich auch einige allgemeine Gesichtspunkte hervorheben muß, weil wir ein Programm für die Landtagstätigkeit auch nicht annähernd haben.

Genosse Seitz hat in dem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit auf unseren Kampf gegen die Agrarier hinweisen müssen. Diese behaupten, sie hätten die Mehrheit im Parlament. Ich bezweifle das. Ihre dominierende Stellung ruht nur auf der Feigheit der bürgerlichen Städte- und Industrievertreter. In den Landtagen liegt die Sache anders. Sie sind fast alle beinahe ausschließlich agrarische Gebilde. Hier haben, so wie früher auch im Reichsrat, die Großgrundbesitzer, die die Oberagrarier sind, die

Entscheidung. Deshalb ist es gerade jetzt, wo wir zum Kampfe gegen die Agrarier auf allen Linien gezwungen sind, von großer Wichtigkeit, daß wir eine Vertretung in den Landtagen haben.

Adler hat in seiner Begrüßungsrede darauf verwiesen, daß wir im Reichsrat positive Arbeit leisten wollen. Solche ist in den Landtagen infolge der Schwäche unserer Vertretung wohl nicht möglich. Wir haben derzeit sechzehn deutsche Landtagsabgeordnete und fünf tschechische in Mähren. Noch geringer ist die Zahl, die für den Bericht in Betracht kommt, da die meisten Abgeordneten erst in der allerletzten Zeit gewählt wurden, also noch keine Tätigkeit entfalten konnten. Wo eine Wahlreform gemacht wurde, haben wir eine Vertretung, außer in Vorarlberg. Die sogenannte schlesische Wahlreform ist, wohl infolge unseres Einspruchs, nicht sanktioniert worden. In Tirol ist eine Wahlreform nicht zustande gekommen und die für Böhmen wurde durch die Obstruktion vereitelt. Die Wahlreformen in den Landtagen haben eine besondere Geschichte. Der erste Anstoß zu ihnen wurde gegeben durch die fünfte Kurie für den Reichsrat. Es wäre interessant, zu erfahren, von welchen Gesichtspunkten sich die Regierung Koerber hat leiten lassen, als sie sich mit der Landtagswahlreform beschäftigte. Ich habe die Vermutung, daß sich Koerber eine Vorstellung, wie die Reform beschaffen sein soll, überhaupt nicht gemacht hat. Der steirische Landtag war einer der ersten, in dem es zu einer Reform gekommen ist oder, besser gesagt, wo von einer geredet wurde. Da wurde so ungefähr, nicht mit der Partei, mit einzelnen Genossen Fühlung genommen darüber, was die Arbeiter wünschen, ob eine Arbeiterkurie oder eine gemischte Kurie. Man stellte uns nur die Wahl zwischen zwei Uebeln. Ein Teil der Genossen hat, damit die ganze Bevölkerung an einem Tage zur Urne geht, der allgemeinen Kurie den Vorzug gegeben. Diese Anschauung hat sich mit der Zeit geändert, weil man zu der Ansicht gekommen ist: wenn die anderen die Privilegien haben, brauchen wir uns in unserer Kurie nicht noch die wenigen Mandate nehmen zu lassen. (Sehr richtig!) Es kam zu einer Wahlreform mit einer allgemeinen Kurie.

Der Kampf wurde in allen Ländern aufgenommen und besonders 1905 und 1906 lebhaft geführt. Die Genossen in Böhmen haben ja 1905 den Kampf sehr kräftig geführt; er ist dann allerdings zurückgetreten gegenüber dem Kampfe um das Reichsratswahlrecht. Nachdem wir dieses errungen hatten, wurde der Kampf erneuert und hat zu einer Anzahl Reformen geführt. Wenn die Regierung Koerber schon kein Prinzip in der Sache hatte: die folgenden hatten noch weniger eines. Nur darüber waren sie sich klar: das gleiche Wahlrecht darf nicht kommen. Schon während der Verhandlungen über die Reichsratswahlreform hat man die Besitzer der Privilegien damit getröstet, daß man eine gleiche Reform für die Landtage nicht machen werde, denn die Landtage haben hauptsächlich Verwaltungs- und nicht legislative Aufgaben, so daß für sie das gleiche Wahlrecht nicht passe. In den Reformen zeigt sich eine völlige Systemlosigkeit; aber darin liegt auch ein System: den Arbeitern wohl ein Wahlrecht, aber keine Vertretung zu geben.

Ich will nun kurz darlegen, welcher Art unsere Vertretung ist. Man muß die Gesamtzahl der Abgeordneten in Betracht ziehen, um die Stärke unserer Vertretung kennen zu lernen.

Niederösterreich hat 127 Abgeordnete. Für Wien mit 48 Mandaten besteht das sogenannte gleiche Wahlrecht. 10 Abgeordnete des flachen Landes werden in einer sogenannten allgemeinen Kurie gewählt, in der die Vorbedingung des Wahlrechtes nicht weniger ist als dreijährige Seßhaftigkeit, dann Zuständigkeit oder Steuerzahlung. Die übrigen 69 Abgeordneten sind rein privilegierte. Wie das sogenannte gleiche Wahlrecht aussieht, das ebenfalls an eine dreijährige Seßhaftigkeit geknüpft ist, erkennen Sie daran, daß in Ottakring auf 170.000 Menschen zwei Abgeordnete, auf der Wieden auf 50.000 vier Abgeordnete entfallen.

Die erste steirische Wahlreform hat eine Vermehrung der Abgeordneten von 63 auf 71 durch die allgemeine Kurie gebracht. Die zweite Landtagswahlreform vermehrte die Mandate auf 87. Von den 16 neuen Mandaten bekam die Arbeiterkurie aber bloß zwei. Allerdings wurde das Wahlrecht verbessert, indem die Privilegierten in der fünften Kurie nicht mehr mitwählen. Von den zehn Mandaten der Nichtprivilegierten sind sechs ländliche und vier städtische, wodurch man unsere Wahlchancen verschlechtert hat. Wir haben die vier städtischen und ein ländliches erobert.

Der Salzburger Landtag hat jetzt 39 Abgeordnete. Die neue Kurie hat vier ländliche und zwei städtische Mandate. In den ländlichen Wahlbezirken wählen alle, in den städtischen nur die neuen Wähler und diese zwei Mandate haben wir auch erobert.

In Mähren hat man im Jahre 1906 die Mandate von 100 auf 151 vermehrt und eine allgemeine Kurie mit 20 Mandaten geschaffen, die ebenfalls nach Nationen geteilt ist. Die fünfte Kurie hat sechs deutsche und vierzehn tschechische Mandate. Den deutschen Genossen ist es leider bloß gelungen, eines zu erobern, die tschechischen errangen von den 14 Mandaten fünf. Diese schwache Vertretung der deutschen Genossen ist aber nicht etwa auf Geringfügigkeit ihrer Stimmenanzahl zurückzuführen. Sie haben in der fünften Kurie 36.748 Stimmen bekommen und haben trotzdem nur ein Mandat, während die Bürgerlichen mit 64.956 Stimmen nicht weniger als 65 deutsche Mandate haben. (Hört! Hört!)

In Oberösterreich wurde im Jahre 1908 eine allgemeine Kurie mit 14 Mandaten geschaffen. Davon sind vier städtische, für die das Proportionalwahlrecht eingeführt ist. Ein Mandat fiel unseren Genossen zu.

In Kärnten gehören von 43 Mandaten vier der allgemeinen Kurie. Bei der ersten Wahl haben wir es zu keinem Siege gebracht, die zweite Wahl brachte uns ein Mandat. Es wird in Kärnten schon längere Zeit über eine neue Wahlreform geredet, es ist aber noch zu keiner gekommen.

Wieder eine ganz andere Art von Wahlreform wurde in Vorarlberg gemacht.

In der Bukowina steht eine Wahlreform in Verhandlung, die wieder auf ganz anderen Grundsätzen beruht.

Die Landtage hätten für wichtige Interessen der Arbeiter zu sorgen. Bei ihnen liegen weitreichende Entscheidungen in Schulfragen, dann das Armenwesen. Wir haben die Beobachtung machen können, daß sie in den Aufwendungen für Schule, Armenwesen und Spitäler mehr als knauserig und bestrebt waren, die Steuergelder so gut als möglich unter die dort herrschenden Schichten aufzuteilen. Es wird ferner in den Landtagen, die die Dienstbotenordnungen zu beschließen haben, über das Schicksal der landwirtschaftlichen Arbeiter entschieden. Was bisher in dieser Beziehung Gesetz ist, spottet jeder Menschlichkeit. Die Agrarier wollen auch nicht bloß die Dienstboten knebeln, sie stellen immer mehr Anträge gegen die industrielle Arbeiterschaft. Es genügt ihnen nicht, daß sie im Reichsrat die Wucherpolitik bis zum Exzeß treiben, sie benützen auch die Landtage, um für die Aushungerungspolitik Stimmung zu machen.

Nun wissen wir auch, daß die Länder kein Geld haben, so daß sie auch die sehr wenig Geld erfordernden Anträge ablehnen. Sie haben in der Tat ein Jahresdefizit von sechzig Millionen, was sie aber nicht hindert, für die Zwecke der Herrschenden auszugeben, was sie für gut befinden. Erheben wir Einwendungen, erklärt man: „Wer zahlt, schafft an!" Das ist aber nicht wahr. Alle Länder zusammen haben Einnahmen an direkten Steuern — die Hauszinssteuer abgerechnet — 84,932.000 Kronen, an indirekten Steuern einschließlich der Hauszinssteuer 100,677.000 Kronen. Vergleicht man Einnahmen und Ausgaben, ergibt sich, daß nicht bloß die arbeitende Bevölkerung im allgemeinen, sondern die städtische und gewerbliche am meisten belastet ist und am wenigsten bekommt. Die Steuern dieser Schichten betragen

130,297.000 Kronen, die agrarischen Steuern aber nur 43,459.000 Kronen. Aber von den Ausgaben entfällt auf die Landbevölkerung fast die Hälfte. Die Ausgaben für die Landeskultur werden hauptsächlich wegen der Agrarier gemacht, von den Aufwendungen für Schule und Armenwesen entfällt wenigstens die Hälfte auf die Landbewohner.

Die Städte und die Orte mit Großindustrie sorgen ja in großem Umfange selbst für ihr Schulwesen. Auch die Ausgaben für das Armenwesen entfallen zum großen Teil auf die Landbevölkerung, weil ja die städtische Bevölkerung zum großen Teil gegen Krankheit und Unfall versichert ist und deshalb viel weniger braucht. Außerdem zahlen die Kassen die Verpflegskosten an die Spitäler, die ja zum großen Teil den Ländern gehören, während die Landbevölkerung aus öffentlichen Mitteln verpflegt werden muß. Wir sehen also, daß zwei Drittel der Einnahmen von der städtischen gewerblichen Bevölkerung kommen, daß aber mehr als die Hälfte der Ausgaben der Landbevölkerung zugute kommen, daß also die Behauptung, daß die Ausgaben der Hauptsache nach für uns gemacht werden, nicht wahr ist. Auch der Bauer schickt sein Kind in die Schule, auch seine Angehörigen gehen ins Spital und ins Siechenhaus.

Besonders in Niederösterreich tritt der Unterschied in der Behandlung von Stadt und Land durch den Landtag kraß hervor. Die Haupteinnahmen leistet die Wiener Bevölkerung, die sehr wenig zurückbekommt. Es ist daher begreiflich, daß diejenigen, die nicht wollen, daß das städtische Geld den Agrariern überliefert werde, dafür eintreten, daß Wien reichsunmittelbar werde. Die Christlichsozialen wollen davon nichts wissen, denn sie wollen das Geld Wiens den Agrariern überliefern, damit sie diese als Wähler haben.

Ueber unser bisheriges Wirken in den Landtagen will ich kurz sagen: Ueberall, wo wir die nötige Zahl Unterschriften liefern können, haben wir es als erste Pflicht erachtet, Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes zu stellen. Ebenso haben wir Anträge wegen des Gemeindewahlrechtes gestellt, das vom Landtag bestimmt wird. In Steiermark ist es gelungen, die mündliche Abstimmung bei den Gemeindewahlen zu beseitigen. Das hat bei einzelnen Wahlen schon sehr wohltätig gewirkt und die Resultate sind ganz anders ausgefallen als früher bei der öffentlichen Wahl.

Was die Schule betrifft, möchte ich besonders auf die Tätigkeit des Jahre hindurch einzigen Vertreters im niederösterreichischen Landtag verweisen. Im allgemeinen geht es in den Landtagen gemütlich zu, es sei denn, wenn dort nationale Fragen im Vordergrund stehen. Es herrschen dort noch parlamentarische Sitten im guten und nicht im österreichischen Sinne, nur im niederösterreichischen ist es anders. Hier hat es die herrschende Partei in erster Linie auf die Schule abgesehen, wobei sie bei ihren Attacken auf das Reichsvolksschulgesetz keine Rücksicht kennt. Dr. Lueger macht so ziemlich was er will. Als das Schulaufsichtsgesetz in Behandlung stand, ist es unserer Partei gelungen, doch noch die Bestimmung auszumerzen, die im Landesschulrat den Christlichsozialen auch formell die Mehrheit verschafft hätte.

Die Christlichsozialen haben sich durch das Gehaltsgesetz die Lehrer vollständig unter ihre Botmäßigkeit gebracht und durch das Schulaufsichtsgesetz die Geistlichen in den Ortsschulrat eingeführt. Durch die Zusammensetzung des Landesschulrates, der die Entscheidung über Beschwerden hat, wollten sie sich die ganze Macht formell und unbeschränkt zuwenden. Das zu verhindern ist unter schweren Kämpfen gelungen. Welche schwere Stellung hier unser Vertreter Genosse Seitz hatte, geht daraus hervor, daß man ihm schon eine Garde an die Seite geben mußte, weil die Christlichsozialen gegen ihn mit Brachialgewalt vorgehen wollten. (Hört! Hört!) Wir sind überall eingetreten für Verbesserung des Schulaufsichtsgesetzes und Erhöhung der Lehrergehalte. In Steiermark haben wir den Kampf gegen die Schulbefreiungen auf dem Lande geführt.

Wir haben wohl die achtjährige Schulpflicht, sie wird aber auf dem Lande durch die Schulbefreiungen illusorisch. Ueber die Schulaufsicht möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Zusammensetzung der Schulbehörde für die Freiheit der Schule sehr ungünstig ist, und daß zu Ortsschulaufsehern oft Leute gemacht werden, die keinen Dunst von der Schule haben, aber in der Lage sind, eine Maßregelung des Lehrers herbeizuführen.

Die Landtage haben weiter über das gewerbliche Unterrichtswesen zu entscheiden. In Steiermark und in Mähren wurden Anträge gestellt, daß der Unterricht in den Gewerbeschulen nicht Sonntag und nicht am Abend stattfinde; in Niederösterreich hat die Mehrheit in dieser Beziehung ursprünglich einen halbwegs vernünftigen Antrag angenommen, die Reform auf Betreiben der Ausbeuter aber fast vollständig wieder aufgehoben. Auch in Bezug auf Kindergärten, Schulen für verwahrloste und geistig zurückgebliebene Kinder, Haushaltungsschulen haben wir manches unternommen, wenn auch nicht mit Erfolg.

Wir haben überall Verbesserung der Armenversorgung gefordert, die insbesondere in den Alpenländern, wo das Einlegesystem besteht, barbarisch ist. Wenn jemand seiner Gemeinde als Armer zukommt, erhält er nicht irgend einen Unterhaltsbeitrag oder eine Verpflegung im Armenhaus, sondern wird angewiesen, von einem Bauer zum andern zu gehen, um Kost und Obdach zu erlangen. Das gibt eine „Versorgung", die jedermann das Herz im Leibe beben macht. Die Liegestätten dieser alten und siechen Menschen sind oft in Scheunen und Ställen, die Verköstigung besteht häufig in Abfällen. Es wird aber dafür von ihnen noch eine wesentliche Arbeitsleistung für den Bauern verlangt, bei dem sie in Einlege sind. Wir in Steiermark haben einen Kampf gegen diese Art der „Armenpflege" aufgenommen.

Wir haben für Verbesserungen der Irrenanstalten, der Landesspitäler, der Waisenhäuser gekämpft. Die Genossen in Mähren sind für Errichtung von Tuberkuloseheilanstalten eingetreten. In Steiermark haben wir eine: wir haben einen höheren Beitrag für sie gefordert. Der Kampf um das Krankengeld für die Wöchnerinnen wurde in Steiermark und in Mähren geführt, der steirische Landesausschuß hat dem Verlangen entsprochen. Wir haben auch Vorschläge für eine gründliche Regelung des Aerztewesens auf dem Lande gemacht. Sowohl das Sanitätswesen im allgemeinen, wie das Aerztewesen liegen auf dem Lande sehr im argen. Es ist dort so schwer, einen Arzt an das Lager eines Kranken zu bringen, so daß viele Menschen zugrunde gehen, weil sie keine ärztliche Hilfe bekommen. Wir sind dafür eingetreten, daß die Aerzte mit festem Gehalt angestellt werden, daß entlegenen Gegenden größere Subventionen zu diesem Zwecke gegeben werden, und daß die Pensionsberechtigung festgestellt werde. Ich war Referent in dieser Sache und es ist gelungen, einen ziemlich bedeutenden Erfolg zu erreichen. Dazu gehört, abgesehen von der Verbesserung der materiellen Lage, eine ziemliche Unabhängigkeit von den Ortsgrößen, so daß der Bürgermeister dem Arzte nicht Vorschriften über sanitäre Maßnahmen machen kann.

Als wesentliche Aufgabe haben wir in Steiermark wie in Mähren betrachtet, die Aenderung der Dienstbotenordnungen zu beantragen. Diese enthalten die Bestimmung, daß sich der Dienstbote auf ein Jahr kontraktlich zu verdingen hat und daß er das Verhältnis nur lösen kann, wenn sich Gefahr für Gesundheit und Leben ergibt, und alle Dienstbotenordnungen gestatten durchwegs die „häusliche Züchtigung". Wenn der „Herr" den Dienstboten prügelt und dieser den Vertrag lösen will, ist der erste Richter darüber der Bürgermeister, der auch seine Dienstboten prügelt und der nun darüber zu entscheiden hat, ob der „Herr" sein Züchtigungsrecht überschritten hat und ob der Dienstbote weiter bleiben muß. Ich möchte dabei noch auf eine Bestimmung der steirischen Dienstbotenordnung aufmerksam machen, die furchtbar empörend ist. In dieser heißt es, daß einem „ent

laufenen" Dienstboten bei Strafe niemand Unterstand geben darf; in Steiermark darf das nicht einmal der leibliche Vater tun. (Hört! Hört! — Ruf: Dem Raubmörder darf sogar der Vater Unterstand geben!) Im steirischen Landtag, wo es sonst so gemütlich zugeht, ist, als wir nachwiesen, wie es den Dienstboten geht, eine förmliche Revolution ausgebrochen. Nicht bloß die Agrarier, auch Städteabgeordnete wurden zu Rebellen, weil wir die Dienstbotenordnung geändert wissen wollten.

Wie übermütig die Agrarier in den Landtagen sind, zeigt sich darin, daß sie in Niederösterreich und in Steiermark, trotzdem das die Landtage gar nicht können, Abschiebung der Arbeitslosen aus den Städten auf das Land und zwangsweise Anhaltung zur Arbeit gefordert haben. Man will auch die Verpflegsstationen mit allen Mitteln dazu gestalten, daß sie billige Landarbeiter verschaffen. Als in Steiermark der Antrag gestellt wurde, die Verpflegsdauer in den Verpflegsstationen auf ein Minimum zu beschränken, um so die Arbeiter zu zwingen, bei den Bauern billig zu arbeiten, hat sich etwas Unerhörtes ereignet. Ein Bauer hat den Antrag gestellt, ich bin dem Antrag entgegengetreten, und es war ein städtischer Vertreter, ein Vertreter der deutschnationalen Handwerker, der erklärt hat, daß die Arbeitslosen, die in die Verpflegsstationen kommen, nichts als Vagabunden seien. Wir haben darauf verwiesen, daß seitdem die gewerkschaftlichen Organisationen gewachsen sind, sich die Ausgaben für Verpflegsstationen vermindert haben und daß der organisierte Arbeiter, der seine Unterstützung bekommt, nicht leicht in die Verpflegsstation geht. Weiter haben wir darauf verwiesen, daß die große Frequenz in den Verpflegsstationen nicht im Sommer ist, wo es Arbeit auf dem Felde gibt, sondern im Winter, wo in der Stadt die Geschäfte schlecht gehen und auch der Bauer keine Arbeit hat. Als wir uns dagegen verwahrten, daß die armen Arbeitslosen beschimpft werden, ist der ganze Landtag in Aufruhr geraten und die Mehrheit ist gar ausgezogen.

Unser Antrag, die Krankenkassenversicherung auf die Landarbeiter auszudehnen, was der Landtag nach dem Gesetz kann, fand im steirischen Landtag nicht einmal die zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung nötige Unterstützung. Das steirische Land hat auch weit ausgedehnte Forste. Als wir nun den Antrag stellten, die Lage der forstwirtschaftlichen Arbeiter des Landes zu verbessern, wurde ihm zum Teil entsprochen, die agrarischen Vertreter haben aber gesagt, das Land möge die Arbeit im Offertwege vergeben und die eigenen Arbeiter entlassen, denn es gehe nicht an, daß das Land bessere Löhne zahlt, weil sonst auch die übrigen Arbeiter besseren Lohn verlangen werden.

Bei den Verhandlungen über die Landeskultur sind wir eingetreten für Verbesserung der Verkehrswege, für Straßen- und Bahnbauten und dafür, daß den kleinen Landwirten die Mittel gegeben werden, um ihre Betriebsweise auf eine höhere Stufe zu bringen, den Boden zu verbessern. Weiter sind wir dafür eingetreten, daß das Jagdgesetz zum Nutzen der kleinen Landwirte verbessert werde, daß die Servitutsrechte der Bauern an dem Staats-, Großgrund- und Stiftsbesitz gesichert werden, aber mit aller Entschiedenheit haben wir gegen die agrarische Wucherpolitik gekämpft. Bei uns hat man beantragt, die Vieheinfuhr zu verbieten, ja man hat sogar von der Regierung das Verbot der Einfuhr von Kunstfett verlangt. Dabei ist es zu einem Zusammenstoß zwischen uns und den Agrariern gekommen.

Wir hatten auch überall in den Landtagen den Kampf gegen die Erhöhung der indirekten Steuern zu führen; entschieden haben wir uns gegen die Erhöhung der Biersteuern gewendet. Man hat uns überall gesagt: Es sei kein Geld da, die Umlagen seien hoch, das Land habe Schulden. Nun sind die Landtage ungemein stolz auf ihre Autonomie — man lese nur die Enquete über die Sanierung der Landesfinanzen! Was die Steuern betrifft, sind sie aber an das staatliche Steuerwesen gebunden

und eine Reihe von Steuereinnahmen sind ihnen verschlossen, weil sie der Staat schon vorweggenommen hat. Ein Teil der Schuld liegt an der Wirtschaft in den Landtagen. Es gibt da keine Kontrolle, während die staatliche Gebarung vom Obersten Rechnungshof und der Staatsschuldenkontrollkommission geprüft wird. Was es mit der Prüfung des Rechnungsabschlusses und der Feststellung des Budgets durch den Landtag für Bewandtnis hat, wissen Sie. Einem Teil der Abgeordneten ist es ganz unmöglich, die Sachen zu prüfen, infolge der verwirrenden Fondswirtschaft, in der man sich nicht leicht zurecht findet. Wir haben alles Interesse daran, daß diese Wirtschaft, die eine Verschleierung der Finanzen möglich macht, beseitigt werde.

Nun müssen wir allerdings darauf sehen, daß die Landtage Geld haben. Wenn sie keines haben, sparen sie beim Schulwesen und beim Armenwesen, den zwei wichtigsten Dingen für die arbeitende Bevölkerung. Wir können aber nicht dafür sein, daß ihr Besteuerungsrecht ausgedehnt werde, weil wir von den Landtagen als privilegierten Körperschaften keine Steuerpolitik zugunsten der arbeitenden Bevölkerung zu erwarten haben. Wenn die Länder aus Staatsmitteln dotiert werden, muß diese Dotierung zu bestimmten Zwecken erfolgen, so daß es den Landtagen unmöglich wird, das Geld für die herrschende Klasse zu verbrauchen.

Wir haben in ein paar Landtagen, in denen wir vertreten sind, auch nationalen Streit, besonders in Mähren, wo auch in Bezug auf den Schulbesuch eine Art nationaler Kataster eingeführt wurde. Sogar im niederösterreichischen Landtag geht man daran, einen nationalen Kampf zu führen, obwohl dort der nationale Gegner fehlt. Man will durch das Gesetz festgestellt haben, daß die deutsche Sprache ausschließlich die Unterrichtssprache zu sein hat, und beruft sich dabei auf die Autonomie, während die Deutschnationalen im böhmischen Landtag von einer solchen Autonomie nichts wissen wollen.

Wir sind nicht sehr erfreut von den Gebilden, die die Landtage darstellen, aber solange sie bestehen, müssen wir trachten, dort möglichst wirksam für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einzutreten, und unsere Aufgabe muß es sein, daß der Kampf nicht ruhe, bis das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt ist. Alles lehrt uns immer von neuem, daß wir den Kampf führen müssen für die einzig wirkliche und echte Landtagswahlreform, damit auch in diesen Körperschaften die Interessen des Proletariats geschützt werden. (Lebhafter Beifall.)

Bericht über die Tätigkeit in den Gemeinden.

Abgeordneter **Winarsky**: Weil heuer dem Parteitag zum erstenmal ein Bericht über unsere Tätigkeit in den Gemeindevertretungen erstattet wird, darf nicht die Meinung entstehen, daß die Genossen auf dieses Gebiet wenig Wert legen. Es ist unsere Pflicht, auf allen Gebieten das Interesse der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen. Von der Gemeindeverwaltung werden die Interessen des einzelnen Arbeiters oft noch viel mehr berührt als von der Staats- oder Landesverwaltung. Schule, Wohnung, öffentliche Hygiene, Lebensmittelversorgung werden durch sie beeinflußt oder sollen durch sie beeinflußt werden. Es ist darum nötig, daß die Partei mit aller Kraft dafür sorge, den Einfluß der Arbeiter in der Gemeinde zu erhöhen. Das wird gehindert durch das heutige plutokratische Wahlrecht.

Die Wahlkurien verbürgen überall die Herrschaft einer geringen Zahl von Besitzenden über die Nichtbesitzenden und Arbeitenden. Dort, wo ein vierter Wahlkörper, der die Erfindung der Wiener Lueger ist, eingeführt wurde, ist an dieser Herrschaft sehr wenig geändert worden. Ich muß auch darauf verweisen, daß in den kleinen Gemeinden eine Einrichtung besteht, die sehr fortschrittlich erscheint. Es existiert eben dort ein Frauenwahlrecht.

Aber wie es heute aussieht, dient es nur dazu, die öffentliche Meinung zu verfälschen. Die Frauen können nämlich nicht selbst wählen, sondern müssen männlichen Wählern ihre Vollmacht geben. Daß das für die Bürgerlichen ein ausgezeichnetes Mittel zum Wahlschwindel ist, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Trotzdem ist die Zahl unserer Gemeindevertreter in den letzten Jahren sehr angewachsen. Wir haben davon im deutschen Gebiet in 379 Gemeinden zwölfhundertfünfundsiebzig und haben siebzehn Gemeindevorsteher (Bravo!), wobei aber die Berichte, aus denen wir diese Zahl berechneten, nicht alle Daten enthalten. Ueber die Details der Tätigkeit kann ich nicht sprechen, Sie finden sie im gedruckten Bericht.

Ein Mangel ist besonders fühlbar: unsere Gemeindevertreter sind in vieler Hinsicht isoliert. Wir brauchen für die gedeihliche Arbeit in den Gemeinden ein festes Fundament, ein Gemeindeprogramm. Sie wissen, daß auf dem Grazer Parteitag ein Versuch dazu gemacht wurde, er ist aber nicht gelungen und seither ist kein neuer unternommen worden. Es ist nötig, auch in dieser Beziehung einen weiteren Schritt zu tun. Ich meine zwar, daß es nicht möglich sein wird, ein Programm für alle Gemeinden zu schaffen. Es wird nötig sein, Unterabteilungen zu kreieren: für große, mittlere und kleine Gemeinden. Die Arbeit ist schwer, aber geschehen wird sie müssen. Auf diesem Parteitag können wir diese Arbeit nicht leisten, aber es wird nötig sein, daß die in den Gemeindevertretungen tätigen Genossen dieser Sache ihre vollste Aufmerksamkeit zuwenden.

Es liegt der Antrag vor, ein eigenes Organ für Gemeindepolitik zu schaffen. Ich bin dafür, daß dieser Antrag, wenn die Mittel sichergestellt sind, durchgeführt wird. Der Parteitag wird den Antrag nicht ohneweiters annehmen können, aber ich glaube, daß die Parteivertretung im Verein mit den Gemeindevertretern beauftragt werden soll, dafür zu sorgen, daß das Bindemittel geschaffen wird, das uns heute fehlt. In der Erkenntnis, daß diese Isoliertheit in vieler Hinsicht eine Schädigung und Beeinträchtigung unserer Arbeit herbeiführt, hat der letzte Parteitag die Einberufung einer Reichskonferenz unserer Gemeindevertreter beschlossen. Die Wiener Gemeinderäte sind mit der Durchführung betraut worden, und Samstag wird diese Konferenz hier in Reichenberg stattfinden. Bezirkskonferenzen und auch Landeskonferenzen sind schon öfter abgehalten worden. Ich glaube, daß diese Konferenz geeignet sein wird, unsere Aktionsfähigkeit in den Gemeinden zu erhöhen und das herbeiführen wird, was wir in allem wollen und brauchen: die Zusammenfassung aller Kräfte. Es wird gewiß manche nützliche Anregung gegeben werden.

Zeigt uns der Bericht jetzt schon einen wachsenden Einfluß in den Gemeinden, so können wir die Hoffnung aussprechen, daß die Reichskonferenz und ihre Resultate unsere Tätigkeit überall fördern werden, damit sich die Gemeinden immer mehr auswachsen zu einer Keimzelle des künftigen Lebens in der sozialistischen Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender ist **Tomschik**.

Debatte über den parlamentarischen Bericht.

Peterfilka (Wien): Wenn wir auch ohne weiteres zugeben, daß unsere Abgeordneten im Parlament eine äußerst schwierige Situation haben, und wenn wir auch anerkennen, daß die Fraktion im Parlament eine ganze Reihe nützlicher und wichtiger Anträge eingebracht hat, so unter anderem die Anträge bezüglich der Lebensmittelteuerung, so sind wir doch der Anschauung, daß die Fraktion doch nicht genug getan hat, um den von ihr eingeleiteten Aktionen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Wir meinen, daß sich der Einfluß, den unsere Fraktion besitzt, noch viel mehr erhöhen ließe, wenn die

Fraktion nicht gar so sehr immer darauf Rücksicht nähme, daß wir es waren, die dieses Volkshaus geschaffen haben. Man sagt uns, daß Ministerpräsident Bienerth unfähig und unbrauchbar sei. Aber unsere Abgeordneten sind, noch ehe es ein allgemeines Wahlrecht gegeben hat, schon Ministerpräsidenten gegenübergestanden, die keine besonderen Fähigkeiten hatten, und wenn unsere Fraktion damals auch klein war, hat sie es doch ausgezeichnet verstanden, solche Herren entsprechend zu behandeln und dafür zu sorgen, daß diese unfähige Regierung ersetzt werde durch eine andere. Aber unsere Fraktion, die fast neunzig Mann stark ist, hat es sich ruhig gefallen lassen, daß Baron Bienerth zweimal die Session geschlossen hat, hat es über sich ergehen lassen, daß in Wien immune Abgeordnete trotz Legitimation von der Polizei verhaftet wurden. Wir haben ein eminentes Interesse an dem Volkshause. Aber wir können nicht unsere Blicke ausschließlich darauf lenken, daß diesem Volkshause nichts geschehe. So wichtig wie das Volkshaus muß für uns auch die Stimmung in den Massen der Arbeiterschaft sein. Es dürfte nicht nur in Währing Genossen geben, die meinen, daß die Fraktion eine, wie man in Deutschland sagt, revisionistische (Chorufe), wie wir es nennen, opportunistische Haltung einnehme. Welche Freude hat die Fraktion gehabt, als es gelang, das Budget zu erledigen. Es ist ja notwendig, in einem geordneten Staate, daß das Budget gemacht werde, aber über die Erledigung einer bloßen Staatsnotwendigkeit sich gar so sehr zu freuen, war doch wahrlich kein Anlaß.

Ich habe vorhin über den Vorstoß unserer Fraktion gegen den Lebensmittelwucher gesprochen. Aber wo sind die Anträge Renner und Schrammel hingekommen? In einen Ausschuß. Aber dort gibt es doch auch Sozialdemokraten. Und warum hat man nicht getrachtet, diese Anträge aus dem Ausschuß herauszuholen und sie auf die Tagesordnung zu bringen? Ich begreife, daß die Genossen im Parlament das allein nicht imstande sind; aber wir haben doch immer verstanden, die Massen aufzurütteln, auf die Straße zu steigen. Jetzt sollen wir das nicht mehr machen, weil wir eine große Partei im Parlament sind. Wenn dieses Parlament neuerlich zusammentritt, dann wird es die oberste Aufgabe unserer Genossen sein, gerade in Bezug auf die Lebensmittelteuerung eine Aktion zu unternehmen. Wie lange soll die Arbeiterschaft noch auf die Alters- und Invalidenversicherung warten? Daß da nur die Sozialdemokraten etwas tun können, ist doch klar. Auf die Bürgerlichen können und wollen wir uns nicht verlassen. Bezüglich der Konsumsteuern stehen wir auf dem Standpunkt, daß, wenn die Regierung im Parlament Erhöhungen der bestehenden oder Einführung neuer verlangen sollte, die Fraktion unbedingt alles dagegen aufzubieten und wenn es nicht anders ginge, mit der Obstruktion einzusetzen hat. Ich bin von meinem Bezirk beauftragt worden, hier zu erklären, daß wir mit der Taktik der Fraktion nicht einverstanden sind. Wir bitten die Fraktion, immer darauf zu achten, daß, wenn wir auch eine starke Partei im Parlament sind, wir doch vor allem eine revolutionäre Partei sind. Wenn wir nicht darauf dringen, daß das revolutionäre Element in unserer Partei erhalten bleibt, muß die Bewegung versumpfen, wird es auch bei uns dazu kommen wie in Deutschland, daß man versucht, unsere Bewegung in Bahnen zu lenken, in denen wir sie absolut nicht haben wollen.

Straßer (Reichenberg): Gestatten Sie, daß ich eine oppositionelle Rede in einer etwas ungewöhnlichen Weise beginne, nämlich mit einer regierungsfreundlichen Erklärung. Die Reichenberger Arbeiterschaft ist mit der Taktik der Fraktion im allgemeinen einverstanden. Wir wissen die Schwierigkeiten, mit denen die Fraktion zu ringen hat, zu würdigen und unsere Arbeiter haben auch das volle Verständnis für die Methoden, mit welchen die Fraktion dieser Schwierigkeiten Herr zu werden versucht. Unsere Nationalen machen zwar die verzweifeltsten und wütigsten Versuche.

die Arbeiter zu verwirren und sie gegen die Fraktion aufzuhetzen. Aber alle diese Versuche sind an den Arbeitern abgeprallt wie Schrotkörner an einer Panzerplatte. Wir haben insbesondere, um auf einen Einwand des ersten Redners zurückzukommen, in der Frage der Budgeterledigung den Standpunkt der Fraktion eingenommen und ebenso im wesentlichen auch in allen anderen Fragen. Aber das schließt nicht aus, daß wir im speziellen uns einmal eine Ausnahme gestatten. Einen solchen speziellen Fall will ich herausgreifen, ich meine den Gang des sozialdemokratischen Vizepräsidenten zum Kaiser.

Es ist Ihnen ja bekannt, daß dieser Schritt in die Hofburg von einer großen Anzahl von Parteigenossen nicht verstanden worden ist. (Beifall.) So auch bei uns in Nordböhmen. Wir haben absolut nicht begriffen, warum der sozialdemokratische Vizepräsident an dem Empfang in der Hofburg teilgenommen hat. Genosse Pernerstorfer hat in einer Versammlung, ich glaube in Wiener-Neustadt, zur Erklärung dieses Aktes gesagt: „Wenn ich mit dem Kaiser rede, so schadet das ja weiter nichts. Ich bleibe deswegen ein guter Republikaner und der Kaiser ein Monarchist." Das ist gewiß richtig, aber darauf kommt es nicht an. Es kommt nicht darauf an, ob Genosse Pernerstorfer mit dem Kaiser redet, dagegen an sich hätte niemand etwas einzuwenden gehabt. Wenn zum Beispiel der Kaiser den Genossen Pernerstorfer aufgesucht hätte (Heiterkeit. — Schuhmeier: Langegasse Nr. 15! — Heiterkeit) und wenn Pernerstorfer den Kaiser mit der ganzen bezaubernden Liebenswürdigkeit empfangen hätte, deren er fähig ist, wenn er nicht gerade zufällig mit mir redet (Heiterkeit), so hätten wir in Nordböhmen gegen diesen Schritt absolut nichts einzuwenden gehabt, denn wir sind sehr eingenommen für gute Manieren, wenn auch Genosse Spielmann reichsdeutsche Unarten an uns entdeckt haben will. Aber die Sache war gerade umgekehrt. Der Kaiser hat nicht die Präsidenten aufgesucht, sondern er hat sie kommen lassen, wie ein Grandseigneur seine Untergebenen kommen läßt. (Widerspruch.) Das ist das Entscheidende. Gewiß, es war in der Form sehr verschleiert. Die Präsidenten sind nicht zur Audienz befohlen, sondern höflich eingeladen und empfangen worden. Aber das ändert nichts daran, daß der Empfang nicht den Charakter eines Verkehrs zwischen Gleichen und Gleichberechtigten gehabt hat, sondern zwischen Uebergeordneten und Untergeordneten. Und die Genossen in Nordböhmen haben nicht begriffen, warum sich der sozialdemokratische Vizepräsident in diese Situation begeben hat. Ich erkläre ausdrücklich, wir haben aus dieser Sache seinerzeit keine Affäre gemacht, und es fällt uns nicht ein, heute eine Affäre daraus machen zu wollen. Aber wir wollen aussprechen, daß die nordböhmische Arbeiterschaft diesen Standpunkt nicht begriffen hat, und ich glaube, daß das immerhin ein Umstand ist, den die Fraktion in Berücksichtigung zu ziehen hat, auch wenn sie über den Charakter des Hofganges anders denkt. Denn das eine steht fest, daß die Partei immer eine Politik machen muß, die von den Massen verstanden wird.

Und nun komme ich auf unsere Beschwerden in der Frage Nationalismus und Internationalismus. Nach der guten alten sozialdemokratischen Auffassung bestehen zwischen den Interessen der Proletarier verschiedener Nationen keine Interessengegensätze und darum können und müssen die Arbeiter ihren Befreiungskampf international führen. Diese Auffassung gilt ja auch heute noch und sie ist noch von niemandem bestritten worden. Aber wir sehen, wie neben dieser Auffassung eine andere auftaucht, die mit ihr in Widerspruch steht, ohne sich direkt in Widerspruch mit ihr zu setzen, nämlich die Auffassung, daß zwischen den verschiedenen Nationen Gegensätze bestehen. Es ist das zum Beispiel neulich in einem Artikel der „Arbeiter-Zeitung" sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Da heißt es, daß ein unleugbarer Gegensatz zwischen den beiden Nationen auftaucht. Ich bin der Meinung, daß man von einem Interessengegensatz

zwischen Nationen nicht sprechen kann, solange die Nationen zerrissen sind in gegensätzlich interessierte Klassen. Man kann nur sprechen von Gegensätzen zwischen gewissen Schichten einer Nation und gewissen Schichten einer anderen Nation, aber nicht von Gegensätzen zwischen den ganzen Nationen, die also auch das Proletariat ergreifen müßten. Für uns kommt nur in Betracht, wie es sich da mit dem Proletariat verhält, und da müssen wir konstatieren, daß zwischen den Proletariaten verschiedener Nationen auch in nationaler Beziehung keinerlei Gegensätze bestehen können. Zwischen den Bourgeoisien verschiedener Nationen können sich nationale Gegensätze entwickeln, zwischen den Arbeitern aber nicht, weil die Arbeiter einer Nation gar kein Interesse daran haben, den nationalen Interessen der Arbeiter einer anderen Nation entgegenzuhandeln, weil hier eine Interessensolidarität auch in der sogenannten Sprachenfrage besteht. In der Aemterfrage und in der Schulfrage zum Beispiel kann kein Interessengegensatz bestehen, weil wir uns nicht um die Stellen bei den Aemtern herumraufen, sondern bloß ein Interesse daran haben, daß die Arbeiter in ihrer Sprache bei den Behörden ihr Recht finden . . .(dem Redner wird eine Verlängerung seiner Redezeit bewilligt) . . . weil die deutschen Arbeiter kein Interesse daran haben, wenn sie für sich deutsche Aemter verlangen, den Tschechen ihre Aemter zu versagen und die Möglichkeit, sich in tschechischer Sprache mit den Aemtern zu verständigen. So ist es auch mit der Schulfrage: die deutschen Arbeiter haben kein Interesse daran, daß die tschechischen Arbeiter ihre Kinder nicht in die tschechische Schule schicken. Es besteht also auch hier kein Interessengegensatz, und man sollte annehmen, daß infolgedessen die Fraktion in jeder Frage eine einheitliche Abstimmung zuwege bringen könnte. Es ist aber, und zwar in relativ ganz untergeordneten Fragen, doch vorgekommen, daß die Fraktion geteilt gestimmt hat, und zwar in der Frage der deutschen Kunstakademie . . . (Elderisch: Sollen wir dagegen stimmen?) . . . nein; ich bin dafür, daß dafür gestimmt werde (Rufe: Wenn aber die Tschechen nicht dafür stimmen wollen!) . . . und dann in der Frage der Bahnaufschriften. Ich glaube, daß also hier in die Partei tatsächlich eine Auffassung eingetreten ist, die von unserer alten klassischen Auffassung abweicht.

Wir bekommen in der letzten Zeit sehr oft zu hören, auch aus den Reihen der Fraktion, daß wir deutschen Sozialdemokraten gute Deutsche sind. Ich will mich nicht gegen das wenden, was die Genossen mit diesem Ausdruck sagen wollen. Damit bin ich ganz einverstanden; aber ich meine, daß es mit diesem Wort schlecht ausgedrückt ist. Genosse Bauer hat schon seinerzeit in seinem Buche dargelegt, daß der Ausdruck zu Mißverständnissen Anlaß gibt. Vor allem wäre dagegen einzuwenden, daß er dem Schlagwörterschatz unserer Gegner entnommen ist. Das Wort hat den deutschnationalen Stempel, und wenn wir uns nun derselben Terminologie bedienen wie unsere Gegner, so ist es sehr leicht möglich, daß sich hier Mißverständnisse entwickeln. Unsere Aufgabe muß es doch sein, in unserer Terminologie möglichst kurz und klar den Gegensatz zwischen uns und den Gegnern auszudrücken, nicht aber durch Uebernahme der Terminologie der Gegner die Gegensätze zu verwischen. Was soll das heißen, wir sind gute Deutsche? Das heißt: wir deutschen Sozialdemokraten arbeiten mit aller Kraft an der Entwicklung des deutschen Proletariats und der deutschen Nation überhaupt. Ganz richtig. Aber die deutschen Sozialdemokraten arbeiten doch nicht nur an der deutschen Kultur und nicht nur im Interesse des deutschen Proletariats, sondern auch im Interesse der Proletarier der anderen Nationen, und wenn daher ein Genosse sagt: ich bin ein guter Deutscher, so könnte er ebensogut sagen: ich bin ein guter Tscheche! Und Nemec könnte ebensogut erklären, er sei ein guter Deutscher. Denn Genosse Pernerstorfer arbeitet ebenso für die tschechische Arbeiterschaft und Genosse Nemec ebenso für die deutsche Arbeiterschaft.

Nun noch eines: Es ist in der letzten Zeit einiges vorgekommen, was auf die nordböhmische Arbeiterschaft einen sehr merkwürdigen Eindruck gemacht hat. Die Genossen Pernerstorfer und Glöckel haben dem Deutschen Schulverein zu seiner Hauptversammlung ein Begrüßungstelegramm geschickt und in einer Anzahl von Gemeinden haben unsere Genossen Gemeinderäte für die Bewilligung von Rosegger-Spenden gestimmt. Man wird nun sagen: Dagegen ist an und für sich nichts einzuwenden, der Schulverein baut Schulen und das ist gewiß eine anerkennenswerte Tätigkeit. Aber so steht ja die Sache nicht. Es handelt sich dem Deutschen Schulverein nicht bloß um die Erbauung von Schulen, er kümmert sich zum Beispiel gar nicht um das Schulwesen in Tirol (Rufe: O ja!) oder nur sehr wenig. Es handelt sich ihm ausschließlich um nationalistische Zwecke und in der letzten Zeit hat der Schulverein den Charakter eines nationalen Kampfvereines angenommen. (Rufe: Leider wahr!) Ich erinnere daran, daß vor ganz kurzer Zeit ein Aufruf des Deutschen Schulvereines veröffentlicht wurde, worin die Deutschen aufgefordert werden, im Kampfe gegen die tschechischen Minoritätsschulen es so zu machen, wie die Deutschen in Mariaschein es gemacht haben, allerdings, wie er mit Bedauern konstatiert, zu spät, das heißt, daß sie die Tschechen boykottieren, ihnen die Wohnungen kündigen u. s. w. Nun liegt es mir selbstverständlich ganz fern, die Genossen damit irgendwie in Verbindung zu bringen. Aber der Deutsche Schulverein ist ja nicht über Nacht chauvinistisch geworden, sondern diese Entwicklung hat sich allmählich vollzogen und schon früher waren merkliche Spuren davon zu erkennen. Ich mache die Genossen darauf aufmerksam, daß nicht nur alle diese Sachen von der nordböhmischen Arbeiterschaft nicht verstanden werden, sondern daß uns auch im Kampfe gegen die Nationalen dadurch ganz bedeutende Schwierigkeiten erwachsen. Die Nationalen halten uns immer die Genossen Pernerstorfer und Glöckel als Muster vor und erklären, daß wir Halunken sind, weil wir es nicht ebenso machen. Sie werden einsehen, daß das nicht geeignet ist, unsere Stellung zu verbessern, und wir möchten deshalb an die Genossen, wenn sie auch vom Nationalismus nicht genau dieselbe Auffassung haben wie wir, die Bitte richten, derartige Dinge zu unterlassen, die ja auch von ihrem Standpunkt keineswegs notwendig sind.

Rudolf **Beer** (Wien): Nachdem die Geschäftsordnung schon gebrochen ist, möchte ich auch um einige Minuten Verlängerung der Redezeit bitten.

Tomschik: Bei Genossen Straßer hat es sich darum gehandelt, daß er vorliegende Anträge begründe. Deshalb wurde ihm die Redezeit verlängert. Ich muß Sie bitten, sich auf zehn Minuten zu beschränken, denn wenn wir heute mit diesem Punkt der Tagesordnung nicht fertig werden, bleibt nicht genug Zeit für die anderen wichtigen Punkte.

Rudolf **Beer**: Im allgemeinen findet die Tätigkeit der Fraktion die Anerkennung der Delegierten und der meisten Genossen. Ich finde aber, daß einige Punkte einer Kritik bedürfen. Da möchte ich in erster Linie auf einen Antrag verweisen, den die Fraktion anläßlich der Maidemonstration gestellt hat und der die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit nur in den kontinuierlichen Betrieben betrifft. (Dr. Bauer: In allen!) Sie wissen es vielleicht besser! (Lebhafte Heiterkeit. Bauer: Das war ein anderer!) Ich möchte nun wissen, ob er eingebracht wurde nach der programmatischen oder nach der taktischen Methode. Ich glaube, das Programm gilt als Richtschnur der parlamentarischen Tätigkeit und da heißt es achtstündiger Arbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen. Ich glaube, daß es Pflicht der Genossen ist, darauf zu sehen, daß dementsprechend die Anträge gestellt werden. Wenn er aber auf Grund der taktischen Methode gestellt wird, finde ich ihn ungeschickt, weil die Verkürzung der heute zwölfstündigen Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben auf acht Stunden schwerer zu erreichen ist als die Verkürzung einer Arbeitszeit, die heute schon geringer ist. Ich glaube

darum, daß es untaktisch war, den Antrag zu stellen. Wenn nächstens wieder einer gestellt wird, möchte ich, daß es heiße: für alle Fabriksbetriebe. (Bauer: Aber für alle Arbeiter. Er ist schon eingebracht, es ist der Antrag Hanusch.)

Anläßlich der Hochschulaffäre sind die Erwartungen der Genossen nicht ganz erfüllt worden. Es hat sich nicht um eine Glaubenssache gehandelt, sondern der Kampf wurde von den Klerikalen entfacht und hat sich gegen den freien Gedanken gerichtet, um den Männern, die es wagen, an den Hochschulen solche zu haben, ein kaudinisches Joch aufzuerlegen. Es war in erster Linie ein Kampf gegen die freie Lehre im Volke, also in letzter Linie gegen die Volksschule. Da wurde es unangenehm empfunden, daß die Genossen den Kampf gegen das Dogma und den Mystizismus dem Tschechisch-bürgerlichen Dr. Masaryk überlassen haben, der ihn allerdings vorzüglich geführt hat. Aber ich bin der Meinung, daß es für uns wichtiger gewesen wäre, wenn unsere Genossen diesen Kampf geführt hätten.

Es hat mich sehr peinlich berührt, als ich von der Haltung des Genossen Seitz im landwirtschaftlichen Ausschuß oder im Budgetausschuß gelesen habe (Schuhmeier: Das sollten Sie doch genau wissen!), es war im landwirtschaftlichen Ausschuß, wie ich mich jetzt erinnere, beim Meliorationsgesetz, wo es sich darum gehandelt hat, die Liebesgabe, die schon 6.1 Millionen betrug, zu erhöhen. Früher hatten die Agrarier dafür nur eine Million bekommen; mit dem Wachsen der agrarischen Herrschaft wurde die Summe von Jahr zu Jahr erhöht. Genosse Seitz hat gespürt, daß die Sache einen Haken hat, und hat darum den Zusatzantrag gestellt, daß für die Erhöhung des Grundwertes, die durch die Melioration eintritt, die Agrarier besteuert werden. Es wäre das eine Wertzuwachssteuer. Trotzig und protzig, wie unsere Agrarier sind, stellten sie nun den Antrag auf Erhöhung auf acht Millionen. Ich weiß nun nicht, ob auch unsere Genossen dem Antrag zugestimmt haben (Schuhmeier: Da muß man nachschauen!), das stand aber nicht in der „Arbeiter-Zeitung". Es heißt nur, der Antrag wurde angenommen. Genosse Schuhmeier, Sie können es mir ja sagen, ob Sie dafür gestimmt haben oder nicht. (Bauer: Sind Sie denn gegen die Wildbachverbauung?) Prinzipiell bin ich nicht dagegen, aber Sie dürfen nicht vergessen, daß wir im Kampfe gegen die Agrarier stehen, die für die hungernde Bevölkerung Wiens, als die Fleischpreise unerhört hoch waren, die Einfuhr fremden Fleisches nicht gestattet haben. Wenn Krieg, so Krieg! Schlecht oder recht, mein Geschlecht! Aber dem Feinde gegenüber gilt Kriegsrecht! So war es auch beim Tierseuchengesetz. Wir müssen nun verlangen, daß dieser parlamentarisch organisierten Räuberbande Konzessionen nicht gemacht werden. Von unserer Fraktion müssen wir etwas mehr Energie verlangen. (Neumann: Was ist denn geschehen?) Sie protestieren gegen die Verlängerung der Redezeit und lassen mich nicht ausreden. Geschehen ist ja viel. Haben wir denn schon ein Reichssanitätsgesetz für das Reich? (Rufe: Aber wir haben es verlangt!) Wenn dem Arbeiter bei einer Scharlachepidemie das letzte Leintuch mit Karbol ruiniert oder gar verbrannt wird, wird ihm nichts ersetzt. Dem Agrarier wird aber nicht nur das verendete Schwein ersetzt, sondern auch der Kalk wird ihm bezahlt, mit dem der Stall frisch angestrichen wird.

Ich meine weiter, daß eine kämpfende Partei, die die Erfahrungen des tatsächlichen Lebens festzuhalten und den Fortschritt zu fördern verpflichtet ist, die so wichtige juristische Gesetzgebung nicht vernachlässigen darf. Sie wissen, daß das bürgerliche Gesetzbuch, das Strafgesetz, die Strafprozeßordnung, das Gefängniswesen längst fällig sind, reformiert zu werden. Die positive Arbeit hätte es erfordert, daß unsere Fraktion auch hier die Initiative ergriffen hätte. Der Bericht enthält aber sehr wenig über diese Tätigkeit. Mit unserem Parteijuristen scheint es schlecht bestellt zu sein (Heiterkeit), es ist Herr Dr. Ofner,

der in dieser Beziehung erwähnt werden muß. (Die Redezeit ist abgelaufen, der Redner verläßt die Tribüne.)

Abgeordneter Dr. Adler: Wenn die österreichische Fraktion über ihre Tätigkeit berichtet und diese einer Kritik unterzogen wird, muß es sich die Fraktion gefallen lassen, und es kann nicht anders sein, daß bei den Genossen im Verständnis für die Haltung der Fraktion und im Verständnis der einzelnen Phasen unserer Fraktion Schwierigkeiten Platz greifen. Sie muß es sich selbstverständlich auch gefallen lassen, daß in schwierigen Fragen, in denen eine Entscheidung so oder anders möglich war, die Genossen anderer Ansicht sind als die Fraktion. Was aber die Fraktion erwarten könnte, ist, daß die Genossen überall ein Verständnis haben für die Schwierigkeiten überhaupt. (So ist es!) Ich muß gestehen, ich habe nicht erwartet, Aeußerungen zu hören, die vielleicht bei Ausländern begreiflich wären, die eben von Oesterreich auch nicht den blassesten Dunst haben. Ich will das ganz kurz erledigen, weil ich wenig Zeit und viel zu sagen habe. Was wir von den Genossen Petersilka und Rudolf Beer gehört haben, das deutet auf einen Mangel an Einsicht in die Grundbedingungen unseres politischen Lebens, daß es mir schwer fällt, darauf zu antworten. Gewiß, es ist Stimmung und eine gute Stimmung: Revolutionär! Vorwärts! Gewiß. Wenn man aber kommt und sagt, wir hätten die Altersversicherung fördern und durchsetzen sollen, und zugleich sagt, wir hätten Obstruktion machen sollen, wir sollen also den Boden, wo das möglich ist, zerstören, dem Parlament die Gurgel abschneiden und trotzdem hier etwas durchsetzen, und man nicht weiß, daß die Hälfte unserer Tätigkeit darauf gerichtet sein muß, als einzige ernste Partei, die die Volksinteressen rücksichtslos und ohne Demagogie wahrnehmen muß, gegen die frivole Obstruktion, gegen das Lizitieren der Demagogie, die ins Blitzblaue geht, immer wieder die Möglichkeit der ferneren Arbeit sicherzustellen — wenn man dann so etwas hört, muß man sagen: Ueberlegen Sie sich doch die Sache zu Hause, folgen Sie mit mehr Aufmerksamkeit den Dingen, und wenn Sie dann sagen, Sie haben nicht verstanden, so hoffen wir, daß Sie auf dem nächsten Parteitag sagen werden, daß Sie schon verstanden haben. Auf diesen Teil lasse ich mich also nur wenig ein. Ich möchte nur gegenüber Genossen Rudolf Beer, der gesagt hat, daß unser Antrag mit dem Programm nicht übereinstimme, bemerken, er möge die Tatsachen erst zur Kenntnis nehmen und er würde dann wissen, daß unsere Anträge über Arbeiterschutz nicht nur unserem Programm entsprechen, sondern — was auch so wichtig ist — auch der praktischen Möglichkeit, sie durchzusetzen (Lebhafte Zustimmung), und daß wir uns gehütet haben, einen Schritt zu unternehmen, der folgenreich sein könnte, ohne uns mit den berufenen Parteigenossen auch außerhalb der Fraktion, den Gewerkschaften also, ins Einvernehmen zu setzen. Wer die Aktion am ersten Mai angreift, weiß nicht, wovon die Rede ist.

Die eigentlich schwierige Frage ist die nationale. Aus dem Bericht des Genossen Seitz, der die allgemeine Lage geschildert hat, haben Sie schon die Schwierigkeiten ersehen. Aber die Empfindungen wiederzugeben, die das Parlament beherrschen, auf dessen Boden die Völker um ihre Existenz ringen, oft in sinnloser Form, die wir verurteilen bis auf das äußerste, ist hier nicht nötig, um einen Begriff davon zu haben, wie die nationalen Dinge das politische Leben beherrschen: das muß man nicht erst sagen, das wissen Sie selbst.

Genosse Straßer hat gesprochen vom alten internationalen Prinzip. Genossen! Es ist der Stolz der sozialdemokratischen Abgeordneten ohne Unterschied der Nation, daß wir es durchgesetzt haben mit schwerer Mühe, in harter Arbeit miteinander, in diesem Parlament eine einheitliche Fraktion aufrecht zu erhalten, die arbeitsfähig war und die die Hoffnung ist nicht nur des Parlaments, sondern ganz Oester-

reichs. Sie draußen können ja meinen, man könnte das und jenes besser machen. Genosse Straßer hat uns erzählt, man habe zweimal nicht einheitlich gestimmt! Parteigenossen! Die internationale Geschlossenheit des österreichischen Proletariats hat zur Grundbedingung die nationale Selbständigkeit; das ist schon in unseren Grundlinien enthalten. Wenn Straßer uns Vorwürfe macht und meint, man hätte sich auch über diese kleinen Details, die wirklich nicht die wichtigsten sind, einigen können, dann sollte er fragen, wie schwer es war, die Einigkeit durchzusetzen in den großen Dingen, was eine ganz andere Leistung war. Wir Deutschen sind doch in der Praxis auch nicht über alles einig und haben über manches eine verschiedene Meinung. Diese kleinen Divergenzen spielen gar keine Rolle. Wenn Straßer aber sagt, wir sollen in der Haltung anders sein und nicht Ausdrücke gebrauchen, wie: „Wir sind gute Deutsche!", denn das führe zur Verwirrung, und er wolle Klarheit und sage deshalb, man solle nicht das Wort „gute Deutsche" gebrauchen, weil das auch die anderen Nationen sagen könnten und auch Genosse Nemec nicht sagen könne, er sei ein guter Tscheche, weil er auch für die deutschen Proletarier arbeite, und weil alle Leute das sagen, dann muß ich erwidern: Wenn wir die Nomenklaturen und die Terminologie der Bürgerlichen nicht anwenden sollen, müssen wir uns eine andere Sprache anschaffen (Heiterkeit), wo wir sagen, daß wir Deutsche allerdings sind, aber nicht „gute" Deutsche (Heiterkeit); ganz im Ernste gesprochen: wir sind bessere Deutsche als sie. (Sehr richtig!) Genosse Straßer, so schaffen Sie keine Klarheit. Niemand hat mehr Respekt vor den alten Traditionen der Partei als ich; aber wir in Oesterreich haben die verdammte Pflicht, das Schwere zu leisten, zu unseren Traditionen auch Neues zu schaffen. Von den Aufgaben, die wir hier haben, wissen unsere alten Traditionen nichts, und wir kommen mit Grundlinien, mit großen allgemeinen Richtsätzen hier absolut nicht aus, weil Dinge und Tatsachen da sind, die in der Zeit, aus der Genosse Straßer seine Grundsätze bezieht, überhaupt nicht vorhanden waren. (Der Vorsitzende läutet, weil die Redezeit abgelaufen ist.) Ich stelle nicht an das Präsidium, sondern an den Parteitag die Bitte, mir weitere zehn Minuten zu gewähren. (Der Antrag wird angenommen.) Straßer sagte zu uns: Ja, so geben wir unseren Gegnern Waffen in die Hand, wenn wir sagen, wir sind gute Deutsche. Er hat in Ausführungen in seinem Blatte auseinandergesetzt, was er hier versucht hat kurz zu sagen: Es gibt im Proletariat keine nationalen Gegensätze, es gibt nur Klassengegensätze. Ja, hat Genosse Straßer nicht schon etwas davon gehört, daß es in der Welt viele Dinge gibt, wo sich Gegensätze kreuzen, daß es also nach der einen Richtung Gegensätze gibt innerhalb derselben Nation, um bei der Sache selbst zu bleiben, aber auch Gegensätze zwischen dem Ganzen jeder Nation? Das sind die sich kreuzenden Gegensätze. Wenn die Dinge so einfach lägen, wie Straßer sie sich vorstellt, dann wäre es leicht, die Solidarität, die den Klassenkampf allein zum Erfolg führen kann, nicht in einem Atom trüben zu lassen. Daß das aber schwer ist, sehen Sie an der ganzen Entwicklung, nicht zuletzt an der Entwicklung in unserer eigenen Organisation. Gewiß haben wir nicht dieselben Interessengegensätze wie die Bürgerlichen, unsere sind gewiß anders; aber wir haben vor allem ein Interesse, das große und gemeinsame Interesse am Frieden, das uns aber trotzdem oft in Gegensätze bringt, wenn wir den Frieden aufrecht erhalten wollen. Manches, was vielleicht theoretisch oder vom Standpunkt der abstrakten Gerechtigkeit einwandfrei wäre, ist eine Schwierigkeit, weil es den Boden gefährdet, auf dem allein unsere Arbeit gedeihen kann. Vor allem müssen wir hinstreben mit aller Kraft, daß der nationale Ausgleich in Oesterreich möglich werde. Das tun wir aber nicht, indem wir die Schwierigkeiten des nationalen Kampfes leugnen und die Augen schließen, indem wir sagen, für das Proletariat existiere das nicht, sondern indem wir das Problem erfassen, klarmachen, indem wir mit den tschechischen Genossen, die hier in erster Reihe

in Betracht kommen, gemeinsam mit möglichster Klarheit alle Verhältnisse erfassen und in eine gemeinsame Linie zu leiten versuchen.

Da ist mir erwünscht und gewiß Ihnen allen, daß die tschechischen Genossen auf ihrem letzten Parteitag beschlossen haben, mit den anderen Exekutiven in Verhandlungen zu treten, um das Nationalitätenprogramm abzuändern, in der richtigen Erkenntnis, daß unser im Jahre 1899 beschlossenes Programm nicht einer grundsätzlichen Abänderung, sondern der Weiterführung und Vertiefung bedarf und dementsprechend abgeändert werden soll. Das Brünner Programm war ein ganz kolossaler Fortschritt, da es die nationale Autonomie als die allein mögliche Grundlage für den Frieden in Oesterreich feststellte, einen Grundsatz aufstellte, dessen sich die Bürgerlichen bemächtigt haben, allerdings um ihn zu verfälschen nach allen Richtungen. Ich kann berichten, daß die Fraktion, die achtundachtzig Mann hat, ein ständiger Parteitag, möchte ich sagen, von Oesterreich ist, und daß in ihrem Schoß viel geschehen ist, um diese Weiterführung des Brünner Nationalitätenprogramms zu ermöglichen. Daß es nicht leicht sein wird, wissen die tschechischen Genossen mindestens so gut wie wir. Ja, wenn wir allein auf der Welt wären, könnten wir uns sehr bald einigen (Lebhafte Zustimmung); aber wir haben jeder unseren besonderen Krieg. Und wenn wir schlagen, wissen wir nicht genau, wohin wir treffen, und wenn wir Ruhe halten, wissen wir oft nicht, wem wir nützen.

Wir haben es sehr schwer und die österreichischen Arbeiter, so schwer die Leistung ist, die damit von ihnen verlangt wird, müssen sich gewöhnen, die Einzelheiten der Schwierigkeiten dieses Kampfes zu begreifen. Parteigenossen! An der Abwehr der nationalistischen Dinge haben es die deutschen Genossen nicht fehlen lassen. Woche für Woche haben wir mit den Nationalisten ein Scharmützel, wir haben mindestens mit ihnen so viel zu tun wie die tschechischen Genossen mit ihrem Klofac. Selbstverständlich war die Notwendigkeit gegeben, klar aufzuzeigen, daß wir gute Deutsche sind, um dieses angebliche Schlagwort zu benützen. Ja, wir hatten gerade darum die Notwendigkeit dazu, weil wir die Ausschreitungen, diese Vergiftung des nationalen Kampfes, auf das äußerste bekämpfen. Es kann diese positive Seite gar nicht stark genug betont werden, und es wird Ihnen in Nordböhmen gar nicht schaden, wenn Sie den Gegnern sagen: Ihr seid Deutsche? Wir sind vielleicht nicht „gute Deutsche", aber wir sind bessere als ihr. (Lebhafter Beifall.)

Noch ein Detail. Genosse Straßer hat natürlich vom „Hofgang" gesprochen, vom sogenannten Hofgang in die Burg. Ich persönlich habe es für zweifelhaft gefunden, ob es nützlich ist, dieser einfachen Pflicht der Höflichkeit zu entsprechen; nicht darum, weil ich es für zweifelhaft gehalten habe, ob man höflich sein soll; — ich finde es für ganz selbstverständlich, denn wenn ich mit jemandem in amtliche Beziehungen trete, werde ich mich einer höflichen Einladung nicht verschließen, was selbstverständlich ist — und ich halte es für sehr bedenklich, solche kleine Etikettefragen übermäßig aufzubauschen und zu überschätzen. Sie werden am einfachsten erledigt, wenn wir tun, was wir sonst tun müssen, wenn uns ein Gegner einlädt, er ist in einem Amte; warum nicht? Ich habe es aber darum für bedenklich gehalten, weil ich gewußt habe, wir haben nicht nur einige Leute wie Straßer und andere, weil ich wußte, wie die Dinge heute liegen und es — mit Recht oder Unrecht — dem Empfinden und der Tradition der Genossen widerspricht und Schwierigkeiten macht ... (Hueber: Nicht die Tradition, es gibt auch andere wichtige Dinge, die uns nicht veranlassen können, etwas nicht Notwendiges zu machen.) Die Sache hat auch ihre zweite Seite. Politisch wäre es eine große Erschwerung gewesen, das anders zu machen. Das ist sicher. Und ich sage schon, wir sollen uns gewöhnen, einer jeden Sache ihr Gewicht zu geben (Austerlitz: Und zu belassen), es nicht zu erhöhen, nicht aufzu-

bauischen und unerhebliche formelle Dinge nur so zu behandeln, wie sie sind. Es hat eine Meinungsverschiedenheit gegeben, die Fraktion hat sich aber dafür entschlossen, und sie hat ihre guten Gründe gehabt, wenn diese auch nicht von allen Genossen geteilt werden. Mögen Sie denken, wie Sie wollen: Es gibt nicht nur eine opportunistische Opportunität, es gibt auch eine prinzipielle Opportunität. Es ist viel leichter, so prinzipiell zu sein und auf der geraden Linie zu reiten, als es ist, der Notwendigkeit Rechnung zu tragen. Es wäre das auch hier das weit Bequemere gewesen, so viel können Sie sicher sein, das sage ich gegen Straßer, der die Sache falsch gedeutet hat: vergeben hat sich etwas weder der Vizepräsident noch die Fraktion. Der Weg von der alten Habsburger Tradition bis zum Empfang des sozialistischen Vizepräsidenten ist auch ein Stück Weg, der gegangen werden mußte. (Lebhafte Zustimmung.) Von einer Verkleinerung unserer Würde kann nicht die Rede sein, ohne daß wir energisch dagegen protestieren. Es hat sich nicht darum gehandelt, daß sich jemand seine Untergebenen kommen läßt, wie Straßer die Sache in recht trivialer Weise geschildert hat, sondern daß ein Funktionär mit einem anderen Funktionär in amtliche Berührung getreten ist. Man muß das nicht wünschen, aber man darf nicht sagen, das sei eine Herabwürdigung oder Kränkung der Partei.

Nun, das Wichtigste: Das ist, daß wir in der schwierigen nationalen Frage wirklich einen Schritt weiter machen; ebenso wie die tschechischen Genossen ihre Parteivertretung beauftragt haben, mit uns und den anderen nationalen Exekutiven in Verbindung zu treten, sind wir der Ansicht, daß unser Parteitag darauf zu sagen hat: Ja. Wir wissen es, es gibt Schwierigkeiten, aber wir begrüßen den Beschluß und schließen ihm uns vollständig an. Ich bitte, folgende Resolution anzunehmen:

Uebereinstimmend mit dem Beschluß des Parteitages der tschechischen Sozialdemokraten von Prag hält der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei von Oesterreich die Ausgestaltung des vom Brünner Gesamtparteitag im Jahre 1899 beschlossenen Nationalitätenprogramms für notwendig und fordert die Parteivertretung auf, Verhandlungen mit den Parteivertretungen der nichtdeutschen sozialdemokratischen Parteien über den Ausbau des gemeinsamen Nationalitätenprogramms einzuleiten und das Ergebnis dieser Verhandlungen vorzulegen.

Die Fraktion und mich hat es gewundert, daß auch nicht beanstandet wurde, daß die Fraktion so wenig Obstruktion gemacht, daß sie sogar zweimal, wenn nicht öfter, die Obstruktion niedergetreten und das Parlament vor Obstruktion gerettet hat. Wir sind entschlossen, uns diesen kümmerlichen Boden wieder zu erobern und festzuhalten, mit den Zähnen, wenn es sein muß, gegen die demagogischen Phrasen der Nationalisten und gegen die Frivolität der Obstruktionisten aller Nationen. (Stürmischer Beifall.)

Schleifer (Wien): Es ist gewiß schwer, nach der Rede Adlers zu sprechen und Kritik zu üben. Trotzdem bin ich verpflichtet, zu erklären, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft — und es ist bedauerlich, daß eine Anzahl von Genossen, mit denen ich am Parteitag privat gesprochen, die Berechtigung unserer Kritik zugegeben, diese jedoch öffentlich bestreiten — unzufrieden ist mit dem Ergebnis der parlamentarischen Tätigkeit, das ein Mißerfolg der Fraktion ist. (Adler: Wir sind auch unzufrieden!) Ich habe noch anzuführen, daß etwas unterlassen wurde, was nicht hätte unterlassen bleiben sollen. Im Februar wurde, nachdem das Budgetprovisorium bewilligt war — was nur möglich war, weil die Fraktion die Verhandlung ermöglicht hat —, das Parlament geschlossen und im Juli hat sich das wiederholt, ohne daß es der Fraktion gelungen wäre, auch nur ein einziges Gesetz, das im Interesse der Arbeiterschaft gelegen wäre, durchzubringen. Ich glaube, daß die Fraktion darauf

achten solle, daß sie den Vertrauensmännern in den Organisationen die Agitationsarbeit nicht erschwert.

Eine große Zahl von Genossen ist überdrüssig über den Mißerfolg, und wenn Genosse Adler gesagt hat, daß die Taktik im Einvernehmen mit den Gewerkschaften festgestellt wurde, muß ich darauf verweisen, daß gerade die Genossen in den Gewerkschaften sich von allen Arbeiten der politischen Organisation „abschmalzen". Sie sagen, es sei keinerlei Erfolg der Sozialdemokraten zu verzeichnen, und gerade im Parlament des allgemeinen Wahlrechtes sei es nicht möglich, zu verhindern, daß die Lebensmittelteuerung immer mehr um sich greife; es werde der Arbeiterschutz nicht ausgebaut, die Alters- und Invalidenversicherung und andere sozialpolitische Forderungen nicht durchgesetzt. Ich glaube, daß die Fraktion nach der Haltung der Regierung und der bürgerlichen Parteien hätte voraussehen können, daß es nach der Budgetbewilligung zur Schließung kommen werde. Die Fraktion hätte, um die Agitation draußen zu fördern, etwas unternehmen müssen, was die Arbeiterschaft mehr aufgeklärt hätte. (Rießner: Was?) Das kann ich nicht sagen, das müssen Sie besser wissen. (Lebhafte Heiterkeit.) Was den „Hofgang" anlangt, will ich mich damit nicht beschäftigen. Aber eines ist unterlassen worden: die Arbeiterschaft ist von der „Arbeiter-Zeitung" nicht genügend aufgeklärt worden, warum der „Hofgang" gemacht wurde. Es war nur eine ganz kurze Notiz in der „Arbeiter-Zeitung", aus der man nicht ersehen hat, was der Zweck war. Es ist gestanden, daß der Vizepräsident sehr liebenswürdig empfangen wurde, und damit war alles erledigt. Die Parteivertretung und die Fraktion hätten voraussehen können, daß wegen dieser Sache Unzufriedenheit entstehen werde, und man hätte aufklären und die Sache nicht mit einigen Zeilen abtun sollen. Wir können es uns nicht verhehlen, daß die Sache sehr viel besprochen und sehr stark kritisiert worden ist, und es ist gesagt worden: Ob taktisch klug oder nicht, einen praktischen Erfolg hat es nicht und es ist zweifelhaft, ob wir auf Höflichkeitsbesuche so viel Wert legen sollen. Anders wäre es gewesen, wenn ein praktischer Erfolg zu verzeichnen wäre. Wir geben alle zu, daß die Lage der Fraktion im Parlament ungemein schwierig ist, man darf aber nicht außer acht lassen, daß die Agitation draußen im Volke erleichtert werden soll. Wenn schon die Fraktion nicht positive Erfolge erringen kann, so muß sie uns Mittel in die Hand geben, die Agitation intensiver zu betreiben.

Abgeordneter **Pernerstorfer**: Die Genossen Peterssilka und Beer haben ja schon von Adler eine ausreichende und erschöpfende Antwort bekommen. Ich möchte nur eine Bemerkung machen. Wir Sozialdemokraten verwerfen nicht schlechthin die Obstruktion, aber wir halten sie für das letzte Mittel, das wir anwenden würden, wenn es sich um wirkliche Lebensfragen des Proletariats handelt. Es ist öfter gesagt worden, wenn eine Regierung das Koalitionsrecht der Arbeiter vernichten wollte, das wäre etwa ein Gegenstand, bei dem wir wirklich in einen Verzweiflungskampf eintreten würden, bei dem jedes Mittel recht wäre. Aber leichthin von der Obstruktion zu sprechen, das sollte man gerade in Oesterreich aufgeben. Wir sind genug von der Obstruktion verwüstet worden, nicht nur im Parlament, sondern auch in der Parteitätigkeit, und wir sollten mit diesem Begriff nicht allzusehr spielen.

Nun erlauben Sie mir, auf die Ausführungen des Genossen Straßer überzugehen. Ich hoffe, daß es mir möglich sein wird, in zehn Minuten fertig zu werden, in aller Liebenswürdigkeit, die ich meines Wissens ihm gegenüber nie habe vermissen lassen. Es ist ja geradezu ein großer Fehler meines politischen Charakters, daß ich ein so gutmütiger Mensch bin. (Heiterkeit.) Was den „Hofgang" betrifft, muß ich es ablehnen, dafür hergenommen zu werden. Ich bin nichts als ein Beauftragter des Verbandes, und wenn Sie Kritik üben wollen, so nicht an mir, sondern

an der Fraktion! Sie dürfen auch nicht glauben, daß die Fraktion, als sie gehört hat, daß ich eingeladen bin, gejubelt und mich beglückwünscht hätte. Wenn man aber die Sache näher betrachtet, muß man sagen, auch das Bedürfnis, mich zu sehen, wird mäßig gewesen sein. Daß der Kaiser einen Sozialdemokraten einlädt, ist nach den Traditionen des Hauses Habsburg keine gewöhnliche Sache, und daß ich empfangen wurde, gibt ihr noch eine besondere Farbe. (Lebhafte Zustimmung.) Ich will von alten Dingen nicht reden, aber es sind erst ein paar Jahre, daß ich eine Rede gehalten habe, die mir von strengen Marxisten verübelt wurde, weil sie mit den Gesetzen der materialistischen Geschichtsauffassung nicht übereinstimme, die mir aber von Patrioten noch mehr verübelt wurde. Diese entschieden antidynastische Rede habe ich am 18. November 1904, vor fünf Jahren, gehalten. Es ist also die Einladung ergangen und es ist Folge geleistet worden. Da möchte ich noch eine Bemerkung machen, die man nicht übersehen darf und die auch vielleicht bei dem Beschluß mitgewirkt hat. Nach der Geschäftsordnung hat der Präsident des Hauses die natürliche Pflicht, mit der Krone in Verkehr zu treten. Das steht im Gesetz. Aber die Krone hat nicht die Pflicht, die Vizepräsidenten einzuladen. Wenn nun der Träger der Krone außer dem Präsidenten die Vizepräsidenten einlädt und empfängt, ist das eine Art von Respektbezeugung gegenüber den Repräsentanten des Volkshauses. Sie tut also damit ein übriges und das war ein Moment, wo die Höflichkeit in Frage gekommen und mitbestimmend gewirkt hat. Die Sache ist ja vorüber. Es ist gesagt worden, das Wichtigste ist, daß wir mit den Arbeitern gut sind, und wenn sie solche Besuche nicht gern sehen, werden wir zu Hause bleiben. Ich glaube, die Sache ist mit dem heutigen Parteitag erledigt.

Genosse Straßer hat bemängelt, daß ich dem Deutschen Schulverein zu Pfingsten zu seiner Hauptversammlung ein Telegramm geschickt habe. Nun steht die Sache nicht so, als ob ich es geschickt hätte, weil es mir darum so zu tun gewesen wäre. Ich habe es nur geschickt, weil ich eine persönliche Einladung bekommen habe wie alle Abgeordneten, die Mitglieder sind. So dürfte es sich auch mit dem Telegramm des Genossen Glöckel verhalten. Weil ich diese persönliche Einladung bekommen habe, habe ich geantwortet, wie man auf persönliche Einladungen antwortet. Ueber den Zweck und die ursprüngliche Tätigkeit des Deutschen Schulvereines bin ich wohl berechtigt, authentische Aufklärungen zu geben, weil ich nicht nur Mitglied des Ausschusses von Anfang an durch lange Jahre war, sondern auch Referent für ein bestimmtes Gebiet seiner Tätigkeit. Genosse Straßer irrt sehr, wenn er meint, der Schulverein habe für Tirol nichts getan. Gerade von dort ist die Anregung zur Gründung dieses Hilfsvereines gekommen. Sie kam aus Proveis am Nonsberg, wo einige wenige deutsche Gemeinden mitten im italienischen Gebiet sind. Sie werden zugeben, daß gegen einen Verein, der keinen anderen Zweck hat, als eine Minorität dort, wo sie besteht, zu schützen, nichts einzuwenden ist. Unter meinem Referat sind auch solche Minoritätsschulen gebaut worden. Erst vor einem oder anderthalb Jahren habe ich Veranlassung genommen, den Deutschen Schulverein auf etwas aufmerksam zu machen. In der Nähe von Ebenfurt in Niederösterreich, aber jenseits der Grenze, schon in Ungarn, ist Neufeld, ein Dorf von tausend Einwohnern, das aber nur eine magyarische Schule hat. Ein nordböhmischer Fabrikant hat hier eine Jutespinnerei gebaut, weil ihm eben die ungarische Regierung Subventionen und Steuerfreiheit gewährt hat. Natürlich waren am Orte keine Arbeiter, da man aus den deutschen Bauern nicht sofort Textilarbeiter machen kann. So hat die Fabrik deutsche Arbeiter aus Mähren gerufen. Sie hatten nun für ihre Kinder keine deutsche Schule und auf meine Anregung ist es geschehen, daß ihnen ermöglicht wurde, die Schule in Ebenfurt zu besuchen.

Sie irren, wenn Sie glauben, daß ich nationalistische Tendenzen billige oder billigen kann. Wenn der Deutsche Schulverein in der letzten Zeit

solche Tendenzen gehabt hat, so vergeht er sich gegen alle seine Traditionen. (Adler: Gegen seinen Zweck!) Die früheren Obmänner Weitlof und Straus hätten niemals solche Taktlosigkeiten verübt, das kann nur Gustav Groß tun, der nichts in der Welt sieht als nationalen Chauvinismus. Ich habe vor zwei oder drei Monaten einen Brief eines nordböhmischen Arbeiters bekommen, der mir schreibt, jetzt sei im Orte wieder eine Versammlung des Vereines und man habe sich ihm gegenüber darauf berufen, daß ich Mitglied sei. Ich habe dem Genossen geschrieben — den Wortlaut weiß ich natürlich nicht, aber der Genosse wird ja den Brief haben — in folgendem Sinne: „Lieber Genosse! Es besteht gewiß kein prinzipielles Verbot der Angehörigkeit zum Deutschen Schulverein. Aber ich vermute, daß Ihre Mittel nicht so reichlich sind, einen Gulden diesem Zwecke zu opfern, und wenn Sie als deutscher Arbeiter Ihre Pflicht in der sozialdemokratischen Organisation erfüllen, erfüllen Sie damit Ihre hauptsächlichste und erste nationale Pflicht, die Ihnen obliegt." Das habe ich geschrieben, lange bevor ich von den Bedenken Straßers gewußt habe. Man hausiert auch hier mit einem Briefe, den ich an die Ortsgruppe des Deutschen Schulvereines in Wiener-Neustadt geschrieben habe. Lesen Sie diesen Brief, er wird ja kolportiert. Aus ihm ist deutlich zu ersehen, wie ich die Aufgabe des Vereines auffasse und wie ich ihm gegenüber stehe.

Selbstverständlich ist es, wie es Adler schon getan hat im Parlament, daß wir deutschen Sozialdemokraten uns wirklich für gute Deutsche halten, gerade so wie die Genossen Daszynski und Nemec niemand bewegen könnte, von sich zu behaupten, sie seien keine guten Tschechen oder Polen. Sie wissen, wie ich zu Ihnen gekommen bin aus dem deutschnationalen Lager herüber, weil ich deutsches Nationalbewußtsein nie anders aufgefaßt habe wie als Pflichterfüllung gegen die gesamte Nation, gegen die Masse der Besitzlosen, deren Vorkämpfer das deutsche Proletariat ist. Nur indem ich ein deutscher Sozialdemokrat bin, bin ich ein guter Deutscher, denn die Vorkämpfer des Proletariats waren und sind auch die Vorkämpfer des deutschen Proletariats. Ich liebe mein Volk und habe es immer geliebt, und diese Liebe bekunde ich durch meine Zugehörigkeit zur Partei. (Lebhafter Beifall.)

Therese **Schlesinger**: Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es nur, um zu den Anträgen der Frauenorganisation einige Erläuterungen zu fügen. Wir haben vor allem den Antrag gestellt, daß auf eine Verbesserung des Vereinsgesetzes hingearbeitet werde in dem Sinne, daß den Frauen die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen ermöglicht werde. Unsere Fraktion hat bereits einmal einen solchen Antrag gestellt. Wenn wir nun die Sache urgieren, so haben wir dazu gerade jetzt einen besonderen Anlaß in der Aenderung des Organisationsstatuts. Denn wir wünschen nichts sehnlicher, als daß es endlich überflüssig werde, daß die Frauenorganisation eine Sonderstellung einnimmt. Ich bin mir dessen bewußt, daß das Vereinsgesetz noch ganz andere große Mängel hat und daß es eigentlich notwendig wäre, dieses ganze Vereinsgesetz endlich zu beseitigen. Aber wir glauben, daß es verhältnismäßig leicht sein würde, gerade diesen § 30 zu eliminieren, erstens, weil er gar nicht verwachsen ist mit dem übrigen Gesetz, zweitens, weil dasselbe auch bürgerliche Parteien anstreben, und drittens, weil seit einiger Zeit auch im Deutschen Reiche die Frauen das Recht bekommen haben, politischen Vereinen anzugehören, ohne daß das Deutsche Reich zugrunde gegangen wäre. Allerdings, es ist immerhin eine Schwierigkeit, heute unsere Fraktion zu ersuchen, das oder jenes durchzusetzen, wo wir wissen, daß die allerwichtigsten Dinge nicht zur Verhandlung kommen können, weil wir zu normalen Zuständen im Parlament nicht gelangen können. Aber wir hoffen doch, daß, bevor wir zum nächsten Parteitag zusammenkommen, sich die Verhältnisse gebessert haben werden.

Ich komme nun zum zweiten Antrag der Frauenorganisation. Gewiß

haben unsere Parteigenossen uns schon den guten Willen gezeigt, den Forderungen der Frauen auch in dieser Beziehung Rechnung zu tragen, und sie haben im Parlament den Antrag eingebracht, daß das Wahlrecht auch auf die Frauen ausgedehnt werde. Wir bitten aber, daß man es nicht dabei bewenden lasse, sondern, wenn sich die Gelegenheit bietet, man sich dafür einsetze, daß dieser Antrag auch zur Verhandlung kommt. Nun muß ich auch über das Wahlrecht zu den Landtagen sprechen. Es ist nicht bloß eine prinzipielle Forderung, wenn wir verlangen, daß, wenn für das Landtagswahlrecht gekämpft wird, auch mit der größten Energie die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen gefordert werde. Das ist schon deshalb notwendig, weil, wenn wir uns nicht beeilen, diese Forderung ernstlich zu erheben, die Gefahr besteht, daß uns die bürgerlichen Parteien zuvorkommen und diese Forderung in einer Weise erfüllen, wie es uns gar nicht passen kann. Wir haben Reste des Frauenwahlrechtes in Oesterreich und wir haben Anfänge des Frauenwahlrechtes. Beide sind gleich schlecht. Was wir heute an Frauenwahlrecht besitzen, das entspringt der Absicht, das allgemeine Wahlrecht der Männer zu beeinträchtigen. Aber wir stehen nicht auf dem Standpunkt der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die sagen: Wenn es nur überhaupt ein Frauenwahlrecht ist, gleichgültig, was für eines! Wir wollen kein Frauenwahlrecht, das das Wahlrecht der arbeitenden Klasse zu beeinträchtigen imstande ist. Aber wenn von bürgerlicher Seite ein beschränktes Frauenwahlrecht verlangt wird, dann ist es doch immer eine mißliche Sache für die Sozialdemokraten, sich dagegen auszusprechen. Denn immer ist es doch ein Kreis von bisher Entrechteten, denen nun ein Recht gegeben werden soll, und es ist für Sozialdemokraten schwer, zu sagen, wir wollen, daß diese Entrechteten auch weiterhin entrechtet bleiben. (Der Rednerin wird eine Verlängerung der Redezeit bewilligt.) Es genügt auch nicht, diesem beschränkten Frauenwahlrecht die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes entgegenzustellen. Das kann leicht als leere Demonstration aufgefaßt werden. Was geschehen muß, ist, daß von der Sozialdemokratie die Initiative ergriffen wird, daß, wo von Wahlreform die Rede ist, sie sagt: Wir verlangen, wie wir es immer verlangt haben, das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter, und wir werden keiner Einschränkung zustimmen, sei es nun auf die steuerzahlenden Männer oder auf die steuerzahlenden Frauen. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß wir die Ueberzeugung haben, daß die Sozialdemokratie nicht nur in Worten, sondern wirklich bereit ist, auch mit der Tat für das wirkliche allgemeine Wahlrecht einzutreten, und diese Ueberzeugung vor allem in die Reihen unserer eigenen Parteigenossen und Parteigenossinnen hinaustragen, sie aber auch hinaustragen in die Reihen unserer Gegner. Wir müssen es den bürgerlichen Demagogen unmöglich machen, zu sagen, daß sie den Frauen das Wahlrecht bringen, das zwar im Programm der Sozialdemokratie steht, für das aber die Sozialdemokratie nicht mit ihrer ganzen Energie, nicht mit ihrer ganzen Agitation eintritt. Es fällt mir nicht ein, zu sagen, daß bisher etwas unterlassen worden wäre, aber die Situation erfordert einen energischen Kampf. Wenn Sie sich davon überzeugen wollen, so schauen Sie ein wenig nach Vorarlberg. Dort ist in aller Stille für den Landtag eine Wahlreform geschaffen worden, die ein solches Schandgebilde von Frauenwahlrecht enthält. Man hat dort in eine angebliche Arbeiterkurie die kleinen Steuerzahler mit hineingepreßt und mit ihnen auch die steuerzahlenden Frauen, so daß in dieser angeblichen Arbeiterkurie die Arbeiter eigentlich gar nicht viel zu reden haben. Wenn wir da ruhig zusehen und nicht energisch den Kampf für das Frauenwahlrecht aufnehmen, wird den Christlichsozialen sicherlich der Appetit wachsen und sie werden in allen Landtagen und Gemeindestuben darangehen, das allgemeine Wahlrecht der Männer durch ein beschränktes Wahlrecht der Frauen zu verfälschen. Deshalb bitte ich Sie, in der Provo-

Landa nicht einen Augenblick zu vergessen, daß das Frauenwahlrecht für Land und Gemeinde nicht nur eine prinzipielle Forderung ist, sondern daß es eine praktische Frage ist, die wir unmittelbar, die wir unbedingt zu lösen haben. (Lebhafter Beifall.)

Heder (Rumburg): Wir wissen, wie große Hoffnungen wir auf das Parlament gesetzt haben, ohne daß wir uns Illusionen darüber gemacht hätten, daß der Parlamentarismus nicht das Allheilmittel sei. Wir haben aber gesehen, daß sich diese Hoffnungen aus verschiedenen Gründen nicht erfüllt haben, vielleicht auch nicht erfüllen konnten. Die Gegner kolportieren mit Bewußtsein und Absicht in den indifferenten Kreisen, daß die Sozialdemokraten im Parlament nichts geschaffen haben. Wir wissen ja, daß die Masse der Arbeiter ihnen darauf nicht hineinfällt. Trotzdem haben wir, da wir wissen, welchen überschwenglichen Hoffnungen sich weite Kreise hingegeben haben, die Pflicht, wenn wir auch hier auf dem Parteitag uns offen über alles aussprechen, doch keinen Zweifel darüber zu lassen, daß das, *was erreicht wurde, den gegnerischen Parteien mit Gewalt entrissen werden mußte*, und daß, wenn nicht mehr geschaffen werden konnte, nicht die Sozialdemokraten, sondern die Gegner schuld daran sind. Wenn wir uns aber auch keinen Illusionen hingeben, so haben wir doch gehofft, daß nun ein freierer Zug in die Verwaltung kommen werde. Aber das gerade Gegenteil davon ist eingetreten. Man hat von *Flugblattverteilungen* gesprochen. Aber heute ist es so weit gekommen, daß wir nicht einmal mehr imstande sind, ein Flugblatt zu verbreiten und daß die Behörden gegen die Verbrecher, die den § 23 des Preßgesetzes mißachten, nicht nur mit Geldstrafen, sondern mit Arrest vorgehen. Es wurde gesagt, wenn ein *Attentat gegen das Koalitionsrecht* unternommen würde, so wäre dies für uns ein *Grund zur Obstruktion*. Man wird sich kaum trauen, das von Gesetzes wegen zu machen, aber wie der Fall Burianek zeigt, sind wir in der Praxis nicht mehr weit entfernt davon. Ich kann im Namen meines Bezirkes erklären, daß wir *vollständig einverstanden sind mit der Haltung der Fraktion*. Aber wenn jeden Augenblick irgend eine andere bürgerliche Partei mit der Obstruktion einsetzt und die Proletarier immer die Leidtragenden sind, so glauben wir, daß dann doch endlich einmal die sozialdemokratische Fraktion oder vielleicht noch besser die Sozialdemokraten außerhalb des Parlaments (Beifall) sagen müssen: Jetzt muß der Schwindel endlich ein Ende haben! Ich weiß, es wäre eine selbstmörderische Politik, wenn unsere Fraktion auch so vorgegangen wäre wie die anderen. Aber wir bringen den Eindruck nicht los, daß die Sache auch für uns endlich einmal ein Ende haben muß. (Lebhafter Beifall.)

Schiegl (Wien): Die Kritik, die manche Genossen an der Fraktion geübt haben, zeigt, daß die betreffenden Genossen doch zu wenig in die Verhältnisse eingeweiht sind und sich zum mindesten über die *Schwierigkeiten im Parlament* nicht klar zu werden vermochten. Früher, wo wir nur wenige Genossen im Parlament hatten, war es ja einfacher. Da hatten sich unsere Abgeordneten keine Beschränkungen aufzuerlegen, sie konnten in die Massen hinausgehen und das Kurienparlament anklagen, in heftigster Agitation die Volksleidenschaften aufpeitschen, um durch die Straße Einfluß auf das Parlament zu gewinnen. Wir wissen, daß unsere Genossen im Parlament einer geschlossenen Koalition gegenüberstehen, und wir wissen, daß sie sich jetzt nicht mehr damit begnügen können, bloß Kritik zu üben, sondern daß sie darangehen müssen, die Forderungen unseres Programms durchzusetzen. Wenn wir alles das objektiv betrachten, so kann ich nur erklären, daß unsere Genossen in der Abwehr der Angriffe der bürgerlichen Parteien, in der Brandmarkung der bürgerlichen Demagogie das *Beste geleistet* haben. (Beifall.) Es soll kein Vorwurf sein, wenn ich nun darauf verweise, daß mit aller Kraft darangegangen werden muß, eine

unserer wichtigsten Forderungen, nämlich die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung, durchzusetzen und daß wir darauf dringen müssen, daß endlich einmal die längst fällige Reform des Preßgesetzes in Angriff genommen werde. Da wünschen wir, daß nicht nur unsere Genossen im Parlament in Aktion treten, sondern daß wir in ganz Oesterreich Massenversammlungen abhalten, wo wir dieses primitivste Recht reklamieren. Es genügt nicht, den § 23 des Preßgesetzes zu beseitigen. Wir verlangen eine vollständige Reform des Preßgesetzes, vor allem auch die Beseitigung des objektiven Verfahrens. Unsere Genossen wissen, daß in der letzten Zeit die Frechheit der Zensoren ihren Höhepunkt erreicht hat und daß man sich in die schlimmsten Zeiten der Vergangenheit zurückversetzt wähnt. Heute hängt alles von der Laune der Regierungen ab. Einmal bekommen die Beamten die Weisung, die Presse nicht zu behindern, zu anderen Zeiten wieder werden wir konfisziert, während die anderen Parteien schreiben dürfen, was sie wollen. Speziell als Buchdrucker hatte ich das Bedürfnis, Ihnen das zu sagen. Unsere Organisation hat schon vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, in ganz Oesterreich öffentliche Versammlungen einzuberufen, um die Preßreform zu reklamieren. Da wir aber jetzt den Parteitag haben, meinen wir, daß es vielleicht am besten wäre, wenn wir diese Aktion direkt von der Partei aus machen würden. Ich stelle deshalb folgenden Antrag:

Die sozialdemokratische Fraktion wird beauftragt, im Abgeordnetenhause energisch darauf zu dringen, daß die überfällige Reform des Preßgesetzes endlich durchgeführt werde. Zur Unterstützung der parlamentarischen Aktion sind in ganz Oesterreich Versammlungen abzuhalten.

Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen, der die Folge haben wird, daß wieder Leidenschaft und Feuer in unsere Reihen kommt, wenn es gilt, zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Dr. **Bauer** (Wien): Ich glaube, daß wir auch auf diesem Parteitag, wenn wir strittige Fragen diskutieren wollen, zunächst davon ausgehen müssen, die Tatsachen nicht beschönigen zu wollen, und deshalb meine ich, im Unterschied zu anderen Genossen, daß die Unzufriedenheit mit der Haltung der Fraktion, die Meinung, daß etwa durch ein radikaleres Vorgehen mehr zu erreichen gewesen wäre, nicht etwa zurückzuführen ist, wie das hier angedeutet wurde, auf die Unzulänglichkeit und auf das mangelnde Verständnis einzelner Genossen, die hier gesprochen haben, sondern daß diese Unzufriedenheit wirklich verbreitet ist, ich weiß nicht ob überall, aber mindestens unter einem großen Teile unserer Parteigenossen. Ich persönlich habe die Ueberzeugung, daß diese Unzufriedenheit zum allergrößten Teile unberechtigt ist, weil in diesem gebrechlichen Gebäude, das fortwährend zusammenzustürzen droht, eine andere Politik als die, welche die Fraktion macht, ganz unmöglich ist und es die größte Unklugheit wäre, sie zu machen. Aber daß die Genossen draußen sich das nicht so vorstellen können, hat doch seinen historischen Grund. Daß man in Oesterreich nicht mehr weiß, was Opposition ist, sondern nur noch an Obstruktion denkt, daß man meint, der höchste Ruhm sei der des Herostratos, der das Heiligtum des Volkes verbrannt hat, das ist die Folge einer langen politischen Geschichte, und wenn das hier zum Ausdruck gekommen ist, haben sich die Genossen nur ein Verdienst erworben, weil die Fraktion immer wieder daran erinnert werden muß, wie sich die Dinge in den Massen spiegeln. Aber ich glaube auch, daß es immerhin Einzelfälle gibt, die ich ja selbst nicht allzu hoch einschätze, wo die Unzufriedenheit berechtigt ist. Es geht nicht an, so zu tun, als ob es nur ein paar Leute wären, die sich über den Hofgang aufhalten. Darüber haben sich nicht nur ein paar Zeitungsschreiber aufgehalten, sondern unsere größten gewerkschaftlichen und politischen Organisationen waren damit unzufrieden.

Aehnlich steht es mit dem nationalen Problem. Mit hunderttausend Zungen redet die ganze bürgerliche Welt auf uns ein, um uns zu verlocken, daß wir abgehen von dem uns heiligen Grundsatz der internationalen Solidarität. Und wenn nun einige Genossen es sich zur besonderen Aufgabe machen, sich dem mit aller Kraft innerhalb der Partei entgegenzustellen und den Genossen, von denen sie befürchten, daß vielleicht einer darunter ist, der sich verführen lassen und nachgiebig werden könnte, das Rückgrat zu stärken, so erwerben sie sich damit nur ein Verdienst, das wir anerkennen müssen, und man kann nicht von Unzulänglichkeit und Unverständnis bei ihnen reden. Man hat von gegnerischer Seite versucht, gerade den Genossen Renner und mich in einen Gegensatz zu den Reichenberger Genossen zu bringen. Ich möchte feststellen, daß dieser Gegensatz, wenn auch selbstverständlich kleine Differenzen bestehen mögen, im großen nicht besteht und daß, wenn wir den Herren den verdienten Fußtritt noch nicht gegeben haben, das nur darauf zurückzuführen ist, daß derartige Anbiederungen unter dem Niveau unserer Beachtung stehen.

Was uns von Straßer unterscheidet, ist nur ein Unterschied der Methode. Wir beide wollen den Nationalismus widerlegen. Wenn ich ihn widerlegen will, so erinnere ich mich an die Regel eines der größten Widerleger aller Zeiten, eines der geistigen Ahnen der Sozialdemokratie, des Philosophen Hegel, der sagt: „Die wahrhafte Widerlegung muß in die Kraft des Gegners eingehen und sich in den Umkreis seiner Stärke stellen. Ihn dort bekämpfen, wo er nicht ist, fördert die Sache nicht.“ Das soll auch unsere Methode sein: den Gegner gerade dort anzugreifen, wo er stark ist, nicht wo er schwach ist. Es ist leicht, den Arbeitern den Nationalismus zu widerlegen, wo er offenbar nur bürgerliche Interessen vertritt, beim Streit um Beamtenstellen u. s. w. Aber wenn wir ihn ernst nehmen, herausschälen, was wirklich das Interesse der ganzen Nation ist und also auch das Interesse der Arbeiterschaft, und zeigen können: „Auch da, wo wir von deinen spezifischen Interessen und deinen spezifischen Uebertreibungen und Lumpereien absehen und das nehmen, was daran berechtigt ist, selbst dann haben wir mehr Recht als du! Dann erst recht weisen wir den Weg der Nation und nicht du!“ — dann haben wir den Gegner widerlegt. Deshalb sagen wir nicht, es gibt keine Interessengegensätze zwischen den Nationen, solange es wirtschaftliche Ausbeutung gibt, sondern wir sagen umgekehrt, es wird Gegensätze zwischen den Nationen geben, solange es Ausbeutung und Unterdrückung gibt. Wir sollen Interessengegensätze nicht leugnen, sondern wir sollen sagen, daß wir den Weg wissen, wie man aus den Interessengegensätzen zu einer Gesellschaftsverfassung und Staatsordnung kommt, wo die Interessen harmonisch sind, daß wir den Weg gehen wollen und die Nation ihn führen wollen.

Soweit unterscheide ich mich vom Genossen Straßer in der Methode. Aber deswegen halte ich seine Tätigkeit in der Sache trotzdem für außerordentlich fruchtbar, denn darin bin ich wieder mit ihm einig: Wir alle sind Menschen und jeder ist das Produkt seiner Umgebung. Und darum leugne ich nicht, daß es vorkommt, daß auf einzelne Genossen diese Welt des nationalistischen Wahnwitzes, in der wir leben, einen gewissen Einfluß ausübt, der manchmal nicht ganz ungefährlich ist. Ich bin der Meinung, daß einzelne Parteigenossen ganz unrecht haben, wenn sie für die klügste Politik gegenüber dem Nationalismus die der Zurückhaltung oder der Aengstlichkeit halten. Das, glaube ich, ist die schlechteste Politik für eine revolutionäre Massenpartei, wie wir es sind. Die mutige, die energische Politik ist auch gegenüber dem Nationalismus die einzig mögliche, und ich habe keine Angst, daß sie etwa Tollkühnheit werden könnte, denn ich glaube, daß sich sehr bald herausstellen wird, daß wir recht haben. Die Massen sind unzufrieden mit der Tätigkeit des Parlaments. Ein ganz kleines Spiegelbild davon ist die kleine Unzufriedenheit mit der Fraktion, die sich da und

dort zeigt. Das bedeutet wenig gegenüber der großen Sache, daß die Massen sich schließlich doch sagen werden: „Wer hat uns um die Wirkungen der Demokratie gebracht? Was ist schuld, daß wir nicht bekommen, was wir brauchen, um leben, essen, wohnen zu können? Was ist daran schuld?" Und ich weiß nicht, ob die Massen nicht sehr bald einmal fragen werden: „Wer ist schuld daran, daß sich der alte Absolutismus wieder regt, daß er die Macht wieder stützen will auf seine Bajonette, daß er den Völkern wieder aufzwingen will die Ordnung, da sie sie selbst nicht geschaffen haben?" Wenn die großen Fragen der wirtschaftlichen Interessen und der politischen Freiheit wieder dem Nationalismus gegenüberstehen, dann werden die Massen schon sehen, daß wir recht gehabt haben, wenn wir gezeigt haben, wohin die chauvinistische Selbstzerfleischung führt, daß wir aber auch recht gehabt haben, wenn wir im Parlament die vorsichtige und, wenn man will, ängstliche Politik gemacht haben, die manchen Genossen zu wenig radikal ist. Wir werden recht behalten; ob heute, morgen oder übermorgen, das wissen wir nicht. Auch wir Marxisten können ja den Zeitpunkt nicht prophezeien. Deswegen brauchen wir nicht ängstlich zu sein gegenüber dem Nationalismus, sondern müssen ihm energisch an den Leib gehen im Parlament und vor allem außerhalb des Parlaments. Unsere beste Politik ist die Politik des Mutes auch gegenüber diesem Gegner. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Genossin **Popp**: Mit der Sozialpolitik geht es wirklich nur sehr langsam vorwärts. Genosse Seitz hat das Verbot der Nachtarbeit der Frauen erwähnt; aber das beschränkt sich nur auf Betriebe, wo mehr als zehn Personen beschäftigt sind. In allen anderen Betrieben ist die Nachtarbeit der Frauen uneingeschränkt gestattet. Unsere Abgeordneten haben daher den Kampf für das Verbot der Frauennachtarbeit zu führen, denn gerade im Kleingewerbe wird auf diesem Gebiete an der Gesundheit der Arbeiterinnen schwer gesündigt. So ist es auch mit weiblichen Gewerbeinspektoren. In der letzten Zeit haben wir zwar vernommen, daß das Handelsministerium sich endlich entschlossen hat, unserer langjährigen Forderung nach Ernennung weiblicher Fabriksinspektoren entgegenzukommen. Vier Assistentinnen sind ernannt worden, so daß wir jetzt für mehr als eine Million arbeitender Frauen und Mädchen fünf Assistentinnen haben, deren Tätigkeitsgebiet allerdings hauptsächlich auf die Konfektionsindustrie beschränkt ist, womit wieder ausgesprochen ist, daß die anderen Industrien auch ferner der Aufsicht der weiblichen Inspektionsbeamten nicht unterliegen. Auch hier bedarf es also der ganzen Anstrengung unserer Fraktion, damit die Gewerbeinspektion endlich so ausgebaut werde, wie es im Interesse eines wirklichen Arbeiterschutzes notwendig ist.

Die Genossin Schlesinger hat über das Vereinsrecht gesprochen. Ich will noch darauf verweisen, daß Oesterreich jetzt der einzige europäische Staat ist, wo die Frauen nicht das Recht haben, politischen Vereinen anzugehören. Ich glaube, wenn unsere Fraktion sich mit Kraft dafür einsetzt, wird es vielleicht doch möglich sein, die Beseitigung des § 30 durchzusetzen, nicht nur weil wir es wollen, sondern weil auch die anderen Parteien den bürgerlichen Frauen gegenüber die Verpflichtung übernommen haben, dafür einzutreten. Wir sagen in unserem Antrag, daß nicht nur die Fraktion sich dafür einsetzen solle, sondern daß auch die Parteiorganisationen und die Parteipresse eine nachhaltige Agitation dafür entfalten sollen. Und das mit Recht. Als unsere Fraktion im Parlament diesen Antrag stellte, ist in der ganzen Parteipresse fast gar kein Wort darüber gesprochen worden. Aber als Abgeordneter Ofner eine Deputation bürgerlicher Frauen empfing und eine Petition für Beseitigung des Wortes „Frauensperson" aus dem Vereinsgesetz überreichte, hat die ganze Parteipresse darüber ausführlich geschrieben. Wenn eine Aktion, die unsere Abgeordneten unternehmen, in der Parteipresse so verschwindet, welche Wirkung macht das dann auf die

Masse der Arbeiterinnen? Wenn aber unsere Aktion in der Partei den nötigen Nachhall findet, dann wird sie auch leichter Erfolg haben können. Auch über das Frauenwahlrecht in Vorarlberg möchte ich noch einige Worte sprechen. Vor allem, um zu konstatieren, daß ein Frauenwahlrecht wie das in Vorarlberg einfach eine Infamie ist. Es ist ja weit ärger noch, als die Genossin Schlesinger Ihnen schon erzählt hat. Die Frauen, die das Wahlrecht haben sollen, müssen nicht nur Steuern zahlen, sondern sie dürfen auch nicht verheiratet sein oder müssen Witwen sein. (Hört! Hört!)

Genosse Peterssilka hat davon gesprochen, daß zu wenig in den Massen getan wird. Ich meine aber, daß unsere Genossen nicht immer auf die Initiative der Fraktion oder der Parteivertretung warten sollen, sondern daß sie in allen Fragen, die die Massen bewegen, selbst Versammlungen einberufen sollen. Eine solche Agitation, die nicht von oben ausgeht, wird sicherlich auch ihre Wirkung nach oben haben. Da allerdings muß man sagen, daß in den letzten Jahren viel unterlassen wurde und daß es in manchen Fragen nur die Frauen gewesen sind, die gesprochen haben. Daß aber sonst durch Monate ein großes Schweigen in der Partei gewesen ist, wo zu reden Pflicht gewesen wäre. (Lebhafter Beifall.)

Cermak (Teplitz): Die heutige Debatte hat besonders bei den ersten Rednern gezeigt, daß leider bei vielen Genossen noch ein großes Manko an politischem Verständnis besteht (Widerspruch) und daß manche Genossen nicht das Bedürfnis fühlen wie wir anderen, sich zu bemühen, die Politik der Fraktion im Parlament zu verstehen. Anders ist es nicht zu erklären, wie die Genossen zu ihren Schlüssen kommen können. Es kann gewiß vorkommen, daß einmal eine Abstimmung oder eine politische Handlung unserer Fraktion erfolgt, die wir nicht sofort begreifen, die wir aber dann, wenn wir in unseren Organisationen darüber diskutieren, doch verstehen lernen. Die Debatte hat mir gezeigt, daß gerade durch die ungeheuer schwierige Art, in der in Österreich Politik gemacht werden muß, uns große Aufgaben in Bezug auf die politische Schulung und Erziehung erwachsen. Wenn ich also sagen kann, daß wir uns im großen und ganzen bemüht haben, die Politik der Fraktion zu verstehen, und daß wir sie auch in jeder Hinsicht gutheißen, auch in den nationalen Angelegenheiten, so möchte ich auch weiter aussprechen, daß es für uns sehr nützlich war, daß Genosse Pernerstorfer heute so klar seine Stellung zum Schulverein dargelegt hat. Das Telegramm des Genossen Pernerstorfer an den Schulverein wäre unter anderen Verhältnissen nicht von Belang; aber der Deutsche Schulverein hat sich heute direkt als Parteiorganisation der Deutschnationalen etabliert. Der Deutsche Schulverein hat noch ein anderes Agitationsmittel unter unseren Genossen als das Telegramm des Genossen Pernerstorfer, nämlich, daß die tschechischen Genossen noch in einem viel innigeren Verhältnis zum tschechischen Schulverein stehen. Da können sich die Nationalen in der Kleinagitation unseren Genossen gegenüber leicht darauf berufen, daß sie sich ein Beispiel an den tschechischen Genossen nehmen sollten.

Was die Vorstellung des sozialdemokratischen Vizepräsidenten beim Kaiser betrifft, so kann man in dieser Frage verschiedener Meinung sein, und ich muß erklären, daß ein großer Teil der Parteigenossen auch bei uns das nicht gebilligt hat. Zum Schluß noch eins. Wir, die wir in gemischtsprachigen Gebieten arbeiten, die wir unter ungeheuren Schwierigkeiten jedes Stück Parteiboden uns erhalten und erkämpfen müssen, gewinnen auch leichter ein Verständnis für die Schwierigkeiten, mit denen die Fraktion zu kämpfen hat. Wenn wir aber wollen, daß die Massen der Bevölkerung vollständig über die Politik der Fraktion aufgeklärt werden, gibt es nur ein Mittel: daß viel mehr und intensiver für die politische Bildung der Massen gearbeitet werden muß. (Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Renner**: Es wundert mich, daß nicht irgend einer hier aufgestanden ist und gesagt hat: Was ist denn nun eigentlich mit dem Volkshaus? Es ist nicht zu leugnen, wir haben wenig positive Erfolge errungen. Wie viel wir abgewehrt haben, ist eine ganz andere Frage. Daß wir den vereinigten Haß der bürgerlichen Parteien aller Nationen zurückgeworfen haben, daß wir die Einkreisung des Proletariats vernichtet haben, das ist schon etwas. Aber positiv unzufrieden zu sein, haben die Massen schon Ursache. Diese Unzufriedenheit geht nicht zurück auf unseren Mißerfolg. Wir haben es zu tun mit den Verbrechen der anderen. Die Arbeiterschaft hat ihre Haut zu Markte getragen, um jedermann sein Wahlrecht zu geben, daß er für sich und seine Kinder sozial vorsorgen, die politische Freiheit erringen kann. Jeder konnte wählen und hat gewählt. Was haben die bürgerlichen Parteien aus diesem Votum der Massen gemacht? Viele haben wohl schlecht gewählt. Und hinter den bürgerlichen Parteien stehen noch immer Wählermassen, die Hoffnungen auf Bürgerliche setzen. Wir müssen den bürgerlichen Parteien zurufen: „Ihr habt die ganze Hoffnung Oesterreichs zertrümmert!" (Lebhafte Zustimmung.) Den bürgerlichen Parteien ist es sehr gut gegangen. Sonst überall muß das Bürgertum darum kämpfen, daß es Einfluß im Staate hat. In Oesterreich ist ihm aber eines schönen Tages durch die Kraft des Proletariats die Macht in den Schoß gefallen und das Ministerium Beck hat ihm die Herrschaft angetragen. Wer soll in Oesterreich regieren? Niemand konnte sich einreden, daß durch das allgemeine Wahlrecht das Proletariat die Herrschaft übernimmt und ein sozialistisches Staatswesen aufrichtet. Entweder müssen die bürgerlichen Parteien regieren oder es regiert die Bureaukratie, das ist der Absolutismus. Die Bürgerlichen hätten eine schöne Zukunft für sich erringen können, wir haben ihnen gewünscht: „Glück auf den Weg! Wir haben nichts gegen euch! Wenn ihr regiert und etwas anstellt, wird das Gericht des Volkes euch bändigen und einschränken!"

So haben wir nach allen Kräften das Regime des Bürgertums gefördert. Aber nach kurzer Zeit hat es der nationale Chauvinismus aus der Macht gesetzt und wo früher Bürger und Bauern gesessen sind, sitzt heute der Bureaukrat. Wo die Möglichkeit gewesen wäre, ein bürgerliches Regime aufzurichten, regiert heute Bienerth, und er regiert nach den Weisungen Aehrenthals und unter dem Einfluß Thuns, der Feudalen und des Episkopats. Das ist das Ende des bürgerlichen Kampfes.

Die Bureaukratie selbst ist national zerklüftet und geistig so verarmt, daß eben ein Bienerth als ihr Chef erscheinen kann. Da weder Bureaukratie noch Bourgeoisie Kraft und Verstand zur Leitung der Geschäfte haben, endigen wir mit der Anarchie in Reich, Staat und Land. Nicht wir sind daran schuld.

In dieser Lage müssen wir an die Wähler herantreten und fragen: „Was sagt ihr dazu?" Es gibt gar keinen Richter als die Erfahrung: Das Bürgertum hat den Staat aufgelöst, wir haben keinen Reichsrat, keine Regierung, keinen Landtag! Immer verwickelter wird das Verhältnis zu Ungarn! Alles ist vergiftet. Man weiß überhaupt nicht, wie das Werk geflickt werden kann. Wir könnten mit Spott darauf hinweisen, daß das Bürgertum nicht imstande ist, zu regieren. Aber wir leiden darunter, wie der leidet, der fürchten muß, daß jeden Tag das Dach über seinem Haupte zusammenbricht, und also fordern wir, daß das wählende Volk selbst Wandel schaffe.

Der bürgerliche Radikalismus hat also nichts dazu beigetragen, daß für das Volk etwas geleistet wird. Er hat nicht soziale Errungenschaften gebracht, sondern die ganze öffentliche Ordnung aufgelöst. Da finde ich es begreiflich, daß man fragt: Sollen auch wir in den nationalen Streit uns verwickeln? Mir ist die eine Stimme, die wir gehört haben, zu wenig im Interesse des Internationalismus. Mir wäre es lieber, wenn eine

Reihe Genossen auf der Wacht stünde in allen Nationen und die alten Traditionen behüten wollte. Wir müssen betonen, daß die Massen des Volkes aller Nationen durch die tiefe Solidarität der Unterdrückung und Ausbeutung verbunden sind und daß — wenn die anderen das Höchste im Kriege sehen — der Friede auch ein wertvolles Gut ist. Wir brauchen uns nicht zu schämen, die Dinge nicht mitzumachen und können sagen: Weil wir den Wahnsinn nicht mitmachen, haben wir für die Massen, die in diesem Staate wohnen, den höchsten Wert. Die Bevölkerung wird schon begreifen, daß die Internationalität und die Friedensliebe, das Streben nach Versöhnung wertvolle Güter sind.

Was die Kritik des Genossen Straßer betrifft, freut mich jedes Wort des Genossen Bauer. Wir helfen uns nicht, wenn wir sagen: „Nation geht uns nichts an." Ist nicht jeder von Ihnen fortwährend dadurch provoziert, daß er sieht, wie auf Straßen unreife Jungen im Namen der Nation auftreten? Ist es nicht ein unerträgliches Gefühl, daß Leute, die sich aus der Staatskrippe mästen, auf die Straße gehen und tun, als ob ihnen nichts auf dem Herzen läge als das nationale Gefühl und das nationale Recht? Wir müssen ihnen die Maske wegnehmen, den Schwindel bloßlegen und sagen: „Der wertvollste Bestandteil der deutschen Nation ist der deutsche Arbeiter, und hier in Böhmen besonders." (Sehr richtig!) Wer hat die Städte hier blühend und groß gemacht? Wem verdanken wir hier diese Reichtümer? (Lebhafte Zustimmung.)

Und dieser Landtag, der von den Bedürfnissen des Volkes nicht das geringste weiß, soll Frieden schließen oder nicht schließen? Es ist unerträglich, zuzusehen, wie der Name Nation, das nationale Gefühl der Massen mißbraucht wird. Darum müssen wir erklären: „Dieses nationale Gefühl ist bei uns stärker als bei euch, wir lieben unsere Heimat, unsere Nation, wir lieben das, was sie an Kultur errungen hat, das euch zuteil geworden ist, das wir aber leider nicht haben, aber haben wollen, während ihr es habt und nicht zu nützen versteht. Wir können euch darum die Führung nicht überlassen." Was macht ihr aus der Nation? Sie geben vor, die Nation zu retten, aber sie lassen die Greise in Elend sterben und sie liefern die Kinder den Klerikalen aus und sie verbünden sich mit ihnen, und das alles im Namen der deutschen Nation.

Im Landtag sind die wichtigsten Interessen wahrzunehmen und sie sagen: „Kein Wahlrecht, bevor die nationalen Bedürfnisse befriedigt sind!" Nein, sie werden sie nicht befriedigen können, es fehlt ihnen der Verstand und Wille dazu. Im Landtag sind es die Leute von der Qualität der Wolf und Prade, die im Namen der Nation sprechen. Erst müssen die Massen im Landtag vertreten sein, bevor die Möglichkeit des nationalen Friedens gegeben ist.

Darum müssen wir auch an dieser Stelle fordern, daß der böhmische Landtag nicht allein aktionsfähig werde — nicht bloß durch den Aktnar oder durch eine Landesausschußstelle; ich möchte nur wissen, welcher deutsche Mann schon nach den paar tausend Kronen hungert (Heiterkeit) — nicht diese kleinen Fragen entscheiden. Wir müssen rufen: Für den Landtag wichtig ist die Frage unserer Greise, unserer Armen, unserer Kranken und vor allem unserer Kinder! Und so wollen wir, daß der jetzige Landtag das eine vollziehe, das Landhaus zu eröffnen für die Masse der beiden Nationen. Wir sind deshalb nicht etwa bloß dem Scheine nach national. Nein! Jeder von uns will, daß das deutsche Kind eine deutsche Schule habe, auch wenn der Vater in eine andersprachige Gegend versprengt ist; wir wünschen, daß jeder Deutsche teilhabe an allen Gütern der Nation, und wir vertreten unsere nationalen Interessen, die Kulturinteressen des deutschen Proletariats, genau mit solcher Leidenschaft und Nachhaltigkeit wie das tschechische Prole-

tariat seine nationalen Interessen. Aber wenn wir mit den tschechischen Genossen uns zusammensetzen, ausgehend jeder von seinen nationalen Sonderinteressen — und es gibt solche — so treten wir zusammen, um einander entgegenzukommen und die Möglichkeit zu schaffen, daß beide miteinander leben. Wenn wir national sind, sind wir es immer im Hinblick darauf, daß über dem nationalen Sonderinteresse das gemeinsame kulturelle Interesse der Menschheit steht. (Beifall.)

Die anderen sind national in dem Sinne, daß kein anderer existieren soll, daß jeder absolut herrscht und den anderen nicht kennt, und so machen sie die törichte Politik, daß sie das große Ganze zerstören, um in kleinen nationalen Sonderwünschen recht zu behalten. So haben sie es durch diese Uebertreibungen dahin gebracht, daß Oesterreich in der schwersten Krise steht. Wir haben die Altersversicherung nicht, jeder Fortschritt des Arbeiterschutzes ist unmöglich, weil ein Aktuar dazwischen steht. Aber wir müssen uns an das Wort Lassalles erinnern: „Das Wahlrecht heilt die Wunden, die es geschlagen hat." Wir müssen Sie fragen, ob alle anderen Interessen so lange verschwinden sollen, bis es Prade und Kramarsch gut finden, sich zu versöhnen. Bei mir besteht nicht der geringste Zweifel: Wenn alle, die wir hier sind, und alle, die wir draußen sind, klipp und klar den Massen die Frage vorzulegen verstehen: Wollt ihr, daß wegen der ungelösten nationalen Heilprobleme die Demokratie, das Wahlrecht, das Volkshaus, die Möglichkeit der Existenz des Staates, die politische und wirtschaftliche Gesetzgebung aufhören, oder wollt ihr die Lösung in friedlichem Einverständnis? — wenn wir diese Frage vorlegen, werden uns die Massen recht geben, mögen die anderen das Maul noch so weit aufmachen. (Laute Zustimmung.)

Ich hoffe nicht viel auf dieses erstgewählte Parlament des gleichen Stimmrechtes und glaube nicht an seine Aenderung. Ich sage: Fluch der Hoffnung, Fluch dem Glauben! Und Fluch vor allem der Geduld! Wir haben die Sache satt und wollen das Volk richten lassen, ob es den Krakeel oder die friedliche nationale Arbeit will. (Brausender Beifall.)

Nitschmann (Neutitschein): Genosse Seitz hat gesagt, daß die Bürgerlichen bestrebt waren, die Sozialdemokratie einzukreisen. Nun scheinen sie zu verspüren, daß ihnen die Sozialdemokratie mehr als ein Frühstück ist. (Heiterkeit.) Dieselben Leute, die früher nicht genug auf das Koalitionsrecht schimpfen konnten, die sagten, daß mit der „Streikerei" aufgeräumt werden soll; dieselben, die in den Abstimmungen über die wichtigsten Volksforderungen gegen das Volk gestimmt haben, die für die Maßregelungen deutscher Beamten durch die Christlichsozialen gestimmt haben, getrauen sich heute zu sagen, sie machen Arbeiterpolitik. Die Furcht vor dem Sozialdemokraten läßt sie derartiges reden. Nun ist es nötig, das Volk darüber aufzuklären, wie die Dinge stehen. Die breiten Massen sind über die hohe Politik, die wir vielleicht begreifen, nicht immer so informiert, wie es nötig ist. Es ist nötig, daß über die Tätigkeit unserer Abgeordneten und auch über die der anderen das Volk unterrichtet wird. Darum sollen die Agitatoren die Möglichkeit haben, das alles den Wählern bekanntzugeben. Darum soll die Fraktion bei jeder wichtigen Abstimmung die namentliche Abstimmung verlangen und es soll diese Abstimmung dem Volke bekanntgegeben werden. Das wäre eine unschätzbare Beihilfe in der Agitation, wenn man auf jeden hinweisen könnte, der das Interesse der Arbeiter gröblich verletzt hat. Deshalb bitte ich Sie, folgenden Antrag anzunehmen:

Die Parteivertretung wird beauftragt, zu veranlassen, daß bei jeder wichtigen namentlichen Abstimmung im Parlament über wichtige, die Interessen des arbeitenden Volkes betreffende Anträge die Namen der für und gegen stimmenden Abgeordneten in der „Arbeiter Zeitung" veröffent

licht werden, wie es schon bei der Abstimmung über die Anträge Renner und Schrammel nach der Teuerungsdebatte geschehen ist.

Es ist hier an der Tätigkeit der Fraktion Kritik geübt worden. Ich glaube, sie schadet nichts und ist unseren Abgeordneten selbst erwünscht. Gerade die Kritik zeigt den Weg, den sie zu gehen haben. Was von mir im Bericht vermißt wird, ist eine deutliche Stellungnahme zur Lebensmittelteuerung. Ich muß aber sagen, daß uns die Tätigkeit unserer Fraktion im großen und ganzen voll befriedigt hat. Wer die Politik genau verfolgt, hat manchmal schon mit Sehnsucht auf die nächste Nummer der „Arbeiter-Zeitung" gewartet, wenn es sich um kitzliche Fragen gehandelt hat, um ihre Stellung und Taktik kennen zu lernen. Es hat uns dann mit Befriedigung und Stolz erfüllt, wenn wir lesen konnten, daß die Fraktion die Beschlüsse gefaßt hat, die wir schon vorher für richtig gehalten haben. Es ist schwer, die richtige Taktik zu befolgen, wenn man in Betracht zieht, welche Klippen umschifft werden müssen, damit das Werkel nicht auseinandergeht. Wer das beurteilt, sieht, wie klug und umsichtig unsere Fraktion gewesen ist. Dafür verdient sie die vollste Anerkennung, wenn wir auch die Kritik nicht schweigen lassen wollen, und darum stelle ich folgenden Antrag:

Der Parteitag spricht dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten in Anerkennung seiner Verdienste um die energische Wahrnehmung der Interessen des Proletariats hiermit Dank und das vollste Vertrauen aus.

Ofenböck (Wiener-Neustadt): Straßer hat die Haltung der Sozialdemokraten im Wiener-Neustädter Gemeinderat deshalb getadelt, weil wir für den Antrag auf Subventionierung der Rosegger-Stiftung gestimmt haben. Gründe besonderer Leidenschaft gegen die Deutschnationalen kamen für uns nicht in Betracht, denn unsere Hauptgegner sind die Christlichsozialen, die allerdings die Konkurrenz der Deutschnationalen fürchten und jüngst das nationale Mäntelchen umgehängt haben und chauvinistische Politik machen, die wir auf das entschiedenste bekämpfen. Wir haben für den Antrag gestimmt, nachdem wir ausdrücklich erklärt hatten — es war unmittelbar nach der Rede Seligers über die Minoritätsschulen —, wir stimmen für den Antrag, weil wir dafür sind, daß den deutschen Arbeitern überall die Möglichkeit geboten werde, ihre Kinder in deutschen Schulen erziehen zu lassen, und daß dieses Recht auch den anderen Nationen zusteht. Die Deutschnationalen waren damals ganz verblüfft über unsere Haltung. Die Schreier, die am meisten mit der chauvinistischen Phrase arbeiten, hatten sich schon zum Worte gemeldet, um uns wegen unserer „Nationslosigkeit" zu „brandmarken". Sie konnten unseren Argumenten nichts entgegensetzen und mußten schweigen. Wenn wir für den Antrag stimmten, so haben wir nicht den Gegnern eine Waffe in die Hand gedrückt, sondern sie ihnen entwunden. Die Keule, die gegen uns geschwungen wurde, ging auf sie nieder. Wie Daszynski von sich gesagt hat: „Ich bin ein guter Pole und Sozialdemokrat", so sind wir gute Deutsche und Sozialdemokraten.

Abgeordneter **Schäfer**: Ich möchte diese Debatte nicht vorübergehen lassen, ohne den für die gesamte Arbeiterschaft Böhmens besonders wichtigen Kampf für das Landtagswahlrecht mit einigen Worten zu bereichern. Im böhmischen Landtag kommt die Arbeiterklasse gar nicht zum Worte, sie ist davon ausgeschlossen. Aber auch in den anderen Ländern, die eine Erweiterung des Wahlrechtes bekommen haben, muß der Landtagswahlrechtskampf fortgesetzt werden, bis das gleiche Wahlrecht errungen ist. Am notwendigsten ist eine demokratische Wahlreform jedoch in Böhmen. Wer führt für die deutsche Bevölkerung das große Wort? Zumeist Politiker, hinter denen nicht die Mehrheit der Bevölkerung ihres Bezirkes steht. Es führen das Wort Parteien, die bei den letzten Reichsratswahlen, mit

schwerer Mühe in der Stichwahl ihre Mandate gewonnen haben. Wenn man bedenkt, daß wir Sozialdemokraten in Deutschböhmen sechzehn Reichsratsabgeordnete haben, dann tritt die Ungerechtigkeit, die in der Ausschließung des Proletariats vom Landtagswahlrecht liegt, deutlich zutage. Wenn die deutschbürgerlichen Parteien so sehr gegen die Ausübung des Wahlrechtes sind, sogar gegen die Arbeiterkurie, die die Regierung vorschlägt, so deshalb, weil sie fürchten, daß damit auch die Wahlreform für die Gemeinde in die Nähe gerückt würde. Diese ist überall nötig, am meisten im deutschböhmischen Gebiet. In den Gemeinden, die ihre Größe und Macht dem Fleiße der Arbeiter verdanken, führt eine Clique das Regiment, die es bei einer vernünftigen Verteilung des Einflusses nicht mehr tun könnte. Ich schlage deshalb eine Resolution vor, die sich gegen das berüchtigte Wahlunrecht richtet, und ich bitte Sie, vor allem den Kampf der deutschen und der tschechischen Genossen Böhmens auf das kräftigste zu unterstützen. Meine Resolution lautet:

Der Parteitag erblickt in der Fortdauer des Privilegienwahlrechtes für die Landtage eines der schwersten Hindernisse der politischen Entwicklung Oesterreichs und des Fortschrittes des österreichischen Proletariats.

Das Privilegienwahlrecht liefert nicht nur die Arbeiterklasse aller Länder der Fremdherrschaft der besitzenden Klasse aus, es verfälscht und vergiftet auch die Beziehungen der Völker zu einander, es macht die Landtage zur Brutstätte des wahnwitzigen Chauvinismus. Von den Privilegienlandtagen gehen die schlimmsten Gefahren für die Arbeitsfähigkeit des Reichsparlaments aus, sie sind das schwerste Hindernis der Fortbildung unserer Verfassung, die an Stelle des verrotteten Kronländerföderalismus die Autonomie der Nationen begründen muß. Die Demokratie nicht nur in der Verfassung, sondern auch in der Verwaltung, nicht nur im Reiche, sondern auch in den Ländern, Kreisen, Bezirken und Gemeinden wird erst die Bedingungen schaffen für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wie für den internationalen Frieden.

Der Parteitag erneuert daher die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für die Landtage und fordert die Parteivertretung, den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in den Landtagen auf, alle zweckdienlichen Mittel anzuwenden, damit die Demokratisierung der Landesverfassung erkämpft werde, wie die Demokratisierung der Reichsverfassung erkämpft worden ist.

Abgeordneter Dr. **Ellenbogen**: Einzelne Redner haben von einer Mißstimmung gesprochen, die gegenüber der Fraktion herrschen soll. Ich bestätige aus eigener Wahrnehmung die Tatsache, daß eine Mißstimmung über die Tätigkeit des Parlaments vorhanden ist. Wenn einer der Vorredner behauptet hat, daß diese Genossen von der ganzen politischen Bewegung nichts mehr wissen wollen, so stark sei diese Mißstimmung, und wenn die Ursache dieser Mißstimmung der Fraktion in die Schuhe geschoben wird, so liegt darin ein bedenklicher Mangel der Pflichterfüllung der Vertrauensmänner. Ihre Aufgabe wäre es, diesen Genossen die nötige Aufklärung zu geben. Diese Mißstimmung ist nun vor allem begreiflich aus einem massenpsychologischen Grunde. Wir haben jahrzehntelang außerordentlich bewundernswerte Kämpfe für das allgemeine Wahlrecht geführt; diese Kämpfe wurden immer gesteigert und die ganze Aufmerksamkeit der Parteigenossen war konzentriert auf die Eroberung des Wahlrechtes. So ist es begreiflich, daß diese so vom Kampf in Anspruch genommenen Massen das Parlament überschätzt haben und meinten, es sei ein Allheilmittel, trotzdem wir immer, auch in den heißesten Zeiten, diesen Glauben zu zerstreuen suchten.

Nun ist das Parlament durch Obstruktion lahmgelegt und Peterstilka hat uns noch den Rat gegeben, daß wir in diesem Parlament Obstruktion machen sollen. (Peterstilka: In einem bestimmten Falle!) Gegenwärtig gibt es aber diesen Fall nicht und mit dieser Obstruktion

wäre nichts anderes getan, als Wasser auf die Mühle der Gegner des Volkes geleitet. Sie können sich den Vorschlag aufheben für die Zeit, wo der bestimmte Fall — wenn Sie es dann noch für nötig halten — eintreten wird.

Suchen wir nun nach den Gründen, die die Obstruktion wieder ermöglicht haben. Lediglich als Trägheitserscheinung, als Fortsetzung früherer Krankheiten: damit können wir sie nicht voll erklären. Vergessen Sie nicht, daß wir eine mächtige Gegnerschaft niedergerungen haben; diese früheren Mächtigen haben die Wut und den Zorn über ihre Niederlage nicht vergessen, und es wäre Selbsttäuschung, anzunehmen, sie hätten den Haß aufgegeben. Wenn sie auch nicht offen aufzutreten wagen, so lassen sie doch nicht von der Hoffnung ab, daß ihre geheimen Wühlereien Erfolg haben könnten, wenn ich auch glaube, daß sie zu Schanden werden müssen. Es ist kein Zweifel: es gibt Leute, die lieber heute als morgen das Volkshaus so diskreditiert sehen wollen, daß auch das Volk seine Beseitigung lieber sähe als seinen Bestand. Diesen Leuten würde man durch die Obstruktion helfen. Dann die Leute, die die Obstruktion selbst machen! Was glauben Sie, sind Wolf und Klofac wirklich so entzückt vom Hause des allgemeinen Wahlrechtes? Gerade hat Genosse Schäfer erzählt, mit welchen Künsteleien und Mühen sie hineingekommen sind, wie sie ihre ganze Vergangenheit verleugnen mußten, wie sie mit den Leuten, die sie früher beschimpft hatten, am Tage der Wahl paktieren mußten, um sich das arme Mandaterl zu retten. Merken Sie nicht, daß, wenn die deutschböhmischen Landtagsabgeordneten um keinen Preis die Obstruktion aufgeben wollen, es nicht nationale Beweggründe und dergleichen sind, sondern lediglich die berechtigte Furcht der Herren, daß sie bei einer Wahlreform sehr zerzaust würden? Wenn die Herren Obstruktion machen, so ist es ein unter der Hülle der nationalen Ueberschwenglichkeit verborgener Haß gegen das Volkshaus, der sie bewegt. (Lebhafte Zustimmung.)

Es ist merkwürdig, daß in Böhmen, das früher im Sommer immer die wüstesten Krawalle gesehen hat, heuer nichts geschieht und man die Exzesse künstlich auf anderen Boden versetzt hat und von tschechischen Vorstößen spricht aus den lächerlichsten Anlässen. Diese aus dem Boden gestampfte nationale Hetze ist diktiert vom Hasse gegen das Parlament des Volkes, wo 87 Sozialdemokraten waren und jede Wahl neue gebracht hat. Man muß also vorsichtig sein mit Ratschlägen über die Obstruktion und immer bedenken, mit welchen Schwierigkeiten zu rechnen ist, wenn wir unsere Taktik zu bestimmen haben. Zur Bekräftigung dessen, was ich sagte, erinnere ich Sie noch an das Telegramm, mit dem ein deutscher Volksrat die deutschböhmischen Landtagsabgeordneten aufgefordert hat, unter keinen Umständen die Obstruktion aufzugeben, möge auch der Reichsrat unmöglich werden, möge auch, so unverschämt sind die Kerle, eine § 14-Administration eintreten. (Hört! Hört!) Es ist also klar, wen man unterstützt, wenn man Obstruktion treibt. Wir sind die einzigen, die das Parlament retten müssen gegen die Anschläge der Volksfeinde. Darum bin ich auch nicht mit Renner darin einverstanden, daß er erklärt, er habe jede Hoffnung auf das Haus aufgegeben. Dazu haben wir gar kein Recht. Im Gegenteil, wir haben die Pflicht, in entschiedenster Weise das Volkshaus zu verteidigen, und nur damit werden wir den Interessen der breiten Massen der Arbeiter dienen. (Lebhafter Beifall.)

Austerlitz: Ich bin vor allem genötigt, eine Beschwerde vorzubringen. Der Bericht der Fraktion ist in Form von zwei Broschüren erstattet worden, die im Buchhandel erschienen sind. Ich habe natürlich nichts gegen diese Form, ich finde vielmehr, daß die Berichte ganz musterhaft angelegt sind. Ich bedaure nur, daß der Bericht nicht veröffentlicht wurde, und halte dies für falsch, da die Fraktion nicht allein dem Parteitag berichtet, sondern der ganzen Parteiöffentlichkeit zu berichten hat; es wäre also

nötig, daß auch dieser Bericht im Wortlaut allen Parteizeitungen beigelegt werde. Die Fraktion darf sich nun darüber nicht beklagen, wenn sie die bitteren Folgen dieser ungenügenden Berichterstattung vor sich sieht. Wäre die Partei über die Tätigkeit der Fraktion rechtzeitig und zusammenfassend unterrichtet worden, so wäre wohl eine Reihe von Mißverständnissen unterblieben, die die heutige Debatte verwirren.

Meines Erachtens läßt sich die Mißstimmung, oder wenn das Wort zu schroff klingt, die gewisse Verdrossenheit über die Fraktion auf einen natürlichen und einfachen Urgrund zurückführen: auf die große Enttäuschung über das mit so viel Hoffnung begrüßte und mit so viel Inbrunst ersehnte Parlament. Sie dürfen bei der Würdigung dieses psychologischen Grundes nicht übersehen, unter welchen Umständen das Parlament ins Leben getreten ist. Es ist nicht organisch entstanden, nicht historisch erwachsen aus unserem Verfassungsleben, sondern dankt sein Dasein vornehmlich einer in seiner Größe nie erlebten, vielleicht nie mehr wiederkommenden Kraftanstrengung des Proletariats. Deshalb mußten die Hoffnungen auf das Haus bis zur Siedehitze gesteigert werden: und um der Wahlreform den Weg zu ebnen, mußte man die Bedeutung und Wirkung und alle heilenden Elemente, die das Parlament mit sich bringen würde, in einer Weise schildern, die mancher eine Uebertreibung genannt hat und nennen wird. Dazu tritt nun der Charakter des österreichischen Proletariats, dessen Spuren wir auch bei manchen Rednern dieser Debatte erkennen konnten; in jedem österreichischen Proletarier lebt gleichzeitig ein praktischer Opportunist und ein leidenschaftlicher Revolutionär. Diesen Dualismus der Empfindungen erblicken wir heute besonders faßlich. Neben dem leidenschaftlichen Schrei nach politischer Arbeit, einem Streben nach unmittelbaren Erfolgen — einem Bestreben, wie es in solcher Lebhaftigkeit vielleicht in keinem Lande anzutreffen ist, denn der Arbeiter in Deutschland zum Beispiel fragt wenig nach „Erfolgen" der Fraktion, sondern begreift, daß die Größe der Fraktion vor allem der Ausdruck der Macht des Proletariats selbst ist, worin sein politisches Wollen sich erschöpft —, neben dieser wahren Sehnsucht nach praktischen Erfolgen steht gleichzeitig der alte revolutionäre Gedanke, der die Abkehr vom Parlament fordert und positive Arbeit beinahe abweist. Und sie leben beide unvermittelt nebeneinander; positive Erfolge werden geheischt und die Wirksamkeit der Fraktion nach ihnen gewertet, aber auch Obstruktion wird gefordert und über das Nachlassen der revolutionären Kraft geklagt! Nun ist richtig, daß die Fraktion verpflichtet scheint, beiden Gedanken Rechnung zu tragen, denn beide haben ihre, wenngleich bedingte Richtigkeit, aber wir müssen da wieder begreifen, daß die verlangte Leistung recht kompliziert ist — von ihrer Komplizität ist unsere Debatte nur eine Reflexerscheinung —, die nur bei eindringender und sachverständiger Beurteilung begriffen werden kann. Aber wir begreifen, daß diese Kritik eine Stimmung wiedergibt: daß die „Unzufriedenheit" mit der Fraktion in Wahrheit nur den Ingrimm über das uns alle enttäuschende Parlament wiedergibt, dem man freilich in seiner Totalität nicht an den Leib kann, während die Fraktion das Objekt dieses Ingrimms unschwer sein kann. (Heiterkeit.)

Nun wissen wir alle, warum es mit dem Parlament so gekommen, daß die Ungelöstheit der nationalen Frage das Parlament zerrüttet und aus dem Reformparlament, das wir erwartet haben und gewärtigen konnten, ein Haus gemacht hat, das von Krise zu Krise taumelt. In diesem wüsten, im Irrgarten der Obstruktion und der Demagogie treibenden Körper hat die Fraktion schon einen großen Teil ihrer Aufgabe geleistet, wenn sie ihn vor dem völligen Verfall bewahrt. Nun ist es wahr, daß nicht nur die allgemeinen Erwartungen getrogen haben, sondern daß sich auch die besondere Erwartung nicht erfüllt hat, die wir von dem demokratischen Parlament in Bezug auf die nationale Frage hegen konnten. Was man erwartet und so

eit vorausgesagt hat, war dieses: daß die demokratische Idee der Allgemeinheit und Gleichheit des politischen Rechtes den Antrieb zur nationalen Versöhnlichkeit, zum nationalen Frieden *stärken* werde. Es wäre deshalb eine recht oberflächliche Kritik, wenn wir uns mit der Konstatierung der zweifellos vorhandenen, sehr empfindlichen Unzulänglichkeit der bürgerlichen Parteien und ihrer Träger bescheiden würden und es nicht versuchen wollten, dafür, daß diese Wirkung der politischen Demokratie ausblieb, die Erklärung zu finden. Die politische Demokratie wirkt hier nach zwei Seiten: einesteils muß sie den nationalen Krieg, indem sie ihn auf der ganzen gesellschaftlichen Stufenleiter entfesselt, nur noch heftiger machen. Wir können diese Tatsache an unserer Partei selbst überprüfen. Als wir noch kein Wahlrecht hatten, in der praktischen Politik, die natürlich die Politik des bürgerlichen Staates ist, noch nicht steckten, konnten wir den nationalen Dingen kühl, fast gleichgültig gegenüberstehen, konnten meinen, daß nur das politische Vorrecht und Unrecht diesen Streit am Leben erhalte und immer schroffer gestalte. Indem aber das allgemeine Wahlrecht die ganze Volkskraft in die Politik zieht, alle Glieder und Klassen sich einverleibt, muß es das ganze Volk zum Träger der nationalen Gegensätze machen, und dadurch steigert sich der nationale Streit in Tiefe und Breite, wird noch schroffer und leidenschaftlicher. Aber die Demokratie *macht auch die Gegenkräfte lebendig*, die Kräfte, die den Chauvinismus, die nationale Machtpolitik überwinden und die Antriebe zum nationalen Friedensschluß verstärken. Deshalb meine ich, daß wir höchst unvernünftig handeln würden, wenn wir in den Fehler der österreichischen Machthaber verfallen und in dem Pessimismus der Ungeduld über das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes, weil es in zwei Jahren nicht geleistet, was dem Absolutismus in Jahrzehnten nicht gelungen, den Stab brechen wollten. Denn wenn die politische Demokratie wirkungslos bleiben, wenn ihre erste Erscheinung, das Parlament des gleichen Rechtes, rettungslos verloren wäre, dann geben wir den staatlichen Zusammenhalt auf und stellen uns gleichsam gegenüber dem Nichts. Wenn das demokratische Parlament nicht fähig wäre, den nationalen Streit auf seinen unausweichlichen und in den Dingen liegenden Umfang zu reduzieren, dann wäre keine Rettung diesem Lande und Oesterreich wäre ein Ding der Unmöglichkeit, und der einzige Beschluß, den unser Parteitag fassen könnte, wäre der, eine Massenauswanderung aus diesem Staate zu organisieren. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Aber das war ja immer das Verhängnis Oesterreichs: man hat hier nie Zeit und steckt immer in Zwangslagen. Offensichtlich hat man sich die Sache so vorgestellt, daß das allgemeine Wahlrecht eine Medizin sei, die man dem Kranken eingibt, worauf prompt die Heilung erfolgt. Natürlich ist man überrascht, daß sich die Wirkung des Wahlrechtes nicht so pünktlich eingestellt hat, wie man es erhofft hat. Aber so unreif können *wir* nicht urteilen. Wir verlieren die Zuversicht in unsere Ideen nicht so rasch und glauben daran, daß das Parlament, das nun zum Repräsentanten der ganzen Nation geworden, doch auch die aufbauenden Kräfte entwickeln wird, die in allen Nationen ruhen, daß sich diese ebenso bewähren werden, wie bisher die Kraft zur Zerstörung sich bewährt. Ich bin wahrlich kein Optimist; aber ich warne doch, sich einem Pessimismus hinzugeben, der nicht allein dem Hause, der nicht bloß dem Bürgertum, der auch unserer politischen Arbeit den Todesstoß geben würde. (Sehr richtig!)

Die Wahrheit ist, daß wir den Begriff der *Internationalität* übernommen haben von Verhältnissen, die den unseren nur äußerlich ähnlich sind. Die Internationalität ist doch kein ethischer Vorsatz, wir sind nicht international aus irgend welchen ethischen oder ästhetischen Rücksichten, sondern die Internationalität ist eine *Erkenntnis*: die von der Identität der Klassenlage, des Klassenkampfes, der Klassenziele des Proletariats. Die Internationalität ist die Erkenntnis, daß die Lage, der Kampf, das

Ziel des deutschen Arbeiters nicht anders sind als des englischen Arbeiters, und übertragen auf das Verhältnis von Staaten bedeutet die Internationalität, wie wir sie auffassen, daß Deutschland und England in Frieden leben und Freundschaft halten sollen und daß das Proletariat auf der Wacht für diesen Frieden ist. Die Internationalität erwächst also aus den Bedingungen und ist die natürliche Fortsetzung der Verhältnisse der kapitalistischen Ordnung. Was aber die Internationalität in Oesterreich bedeutet, ist etwas ganz anderes: Es ist das Problem des Neben- und Miteinanderlebens verschiedener Nationen in einem Staate. Nun müssen wir festhalten: Wir Sozialdemokraten in Oesterreich haben ein nationales Programm für die Regelung und Lösung der nationalen Frage, das der nationalen Autonomie, die jeder Nation ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit verbürgt und allen die ungehemmte kulturelle Entwicklung eröffnen will. Der Jammer ist eben, daß wir in der Zeit vor der nationalen Autonomie, also in der Zeit der bürgerlichen nationalen Politik leben, welche Politik zur Gänze von Machtinteressen beherrscht wird und überall auf Herrschaft und Unterdrückung ausgeht. Diese Politik ist es, die immerzu neue Blasen aufwirft, ohne Unterlaß neue Konflikte gebiert und die Empfindung für nationale Friedfertigkeit und Verträglichkeit so völlig ausgelöscht hat, daß der nationale Haß heute das eigentliche Verhältnis der Nationen untereinander ist. Die Folge davon ist, daß sich die sozialdemokratische Partei ohne Unterlaß mit Fragen beschäftigen muß und sie beantworten soll, die zu einem großen Teil nur Fragen des herrschsüchtigen nationalistischen Bürgertums sind, und die nicht aufgeworfen werden, um eine Lösung zu erfahren, sondern aufgeworfen werden lediglich aus Motiven der nationalen Demagogie, die ihren Mann, trotz allgemeinem Wahlrecht, innerhalb der gesamten Bourgeoisie noch immer am reichlichsten nährt. Dafür kann jede Kleinigkeit als Beweis dienen. Straßer hat es bedauerlich gefunden, daß in der „Frage" der Stationsaufschriften auf einer Bahnlinie die Fraktion nicht einheitlich gestimmt habe. Das wäre doch schließlich noch auszuhalten. Aber wie liegt die Sache in Wahrheit? Ich mache mich anheischig, selbst diese bedeutsame Frage aus unserem Brünner Programm restlos zu beantworten, nur eben die ganze Frage. Das heißt, wir können ein „Programm" für die Lösung der Frage aller Stationsaufschriften in Oesterreich oder in Böhmen haben; aber wenn uns die nationale Demagogie zwingt, just über eine Aufschrift Auskunft zu geben, dann ist es freilich nicht unbegreiflich, daß sich ein Widerspruch in den Auffassungen herausstellt, der sich in eine identische Abstimmung nicht bannen läßt. Die Frage der Internationalität in Oesterreich ist eben nicht bloß die Frage nach der Identität des proletarischen Klasseninteresses, sondern ist auch die Frage des erzwungenen und gezwungenen Miteinanderlebens in dem uns wesensfremden kapitalistischen Staate; nicht bloß die Frage unserer gesellschaftlichen Auffassung, sondern eine Frage des kapitalistischen Staates und seiner Ordnung. Wohl läßt sie sich beantworten; aber weder mit sentimentalen noch mit pathetischen Reden kann die Internationalität verwirklicht werden, sie kann nur erarbeitet werden. Und da ist vor allem und für jeden Selbstzucht nötig: daß kein Sozialdemokrat über nationale Dinge spricht, ohne sich der großen Verantwortlichkeit bewußt zu sein, die ihm diese Sache auferlegt. Ganz zweifellos und nur selbstverständlich ist es, daß wir den Nationalismus in die Partei nicht eindringen lassen dürfen, daß wir ihn mit aller Energie bekämpfen und seinem Ausbeutungsprinzip das Prinzip der nationalen Autonomie, unser Prinzip und Programm mit allem Nachdruck entgegenstellen müssen. Aus diesem Geiste, dem Geiste unserer nationalen Politik, haben wir die nationalistischen Ausschreitungen zu beurteilen, zu bekämpfen, zu überwinden. Aber diese Selbstzucht, dieser Geist muß in dem gesamten Proletariat lebendig sein, denn ich wünsche nicht, daß diese Auffassung eine deutsche Einseitigkeit

bleibt (Lebhafte Zustimmung), sondern wünsche lebhaft, daß sich alle sozialdemokratischen Parteien stets der großen Bedeutung, die jede nationale Frage, die sie die ihrige nennen, für die verbündete Bruderpartei besitzt, bewußt bleiben und auch dessen bewußt werden, daß die sogenannten nationalen Eroberungen — und welche Konterbande führt die nationale Flagge! — nichts bedeuten gegenüber den verwüstenden Wirkungen des nationalen Kampfes und die kleinste Versöhnung mehr wert ist als die größte „Eroberung"! (Lebhafte Zustimmung.)

Wir brauchen also in Beziehung auf die nationale Frage nicht verzweifelt zu sein. Wenn das internationale Proletariat in Oesterreich, verkörpert in der gemeinsamen Fraktion im Parlament, in einer Zeit des stärksten nationalen Hasses, wo Abscheu und Gehässigkeit gegeneinander das Verhältnis ist, in dem die Nationen in diesem Staate miteinander leben, die Leistung vollbringt, beisammen zu bleiben, so hat es schon eine geschichtliche Leistung vollbracht. Wenn auch Differenzen bestehen, kleine oder größere, so bedeutet das nichts, wenn sich jeder bewußt bleibt, daß wir zusammengehören und Brüder im Leben und Tod sind. Und so einfach und schlicht dieser Gedanke ist, so unerschütterlich ist er in seiner Kraft, und so geeignet und ausreichend, alle Schwierigkeiten zu überwinden und die Fahne des internationalen Sozialismus auch in diesem Staate siegreich zum Ziele zu tragen. (Stürmischer Beifall.)

Hillebrand (Karlsbad): Ich habe mit anderen Genossen beantragt, gegenüber der Kritik, die hier vorgebracht wurde, dem Verband das Vertrauen zu votieren. Darüber besteht in der Masse kein Zweifel, daß die Fraktion unter den schwierigsten Verhältnissen ganz Außerordentliches geleistet hat, und wenn sie auch wenig positive Erfolge erringen konnte, so hat sie viel Schlechtes verhindert.

Diese rückhaltlose Anerkennung schließt natürlich nicht aus, daß man in einem oder dem anderen Punkte abweichender Meinung sein kann. Deshalb halte ich es für nötig, über den Besuch des Vizepräsidenten in der Hofburg zu sprechen. Pernerstorfer hat recht, wenn er sagt, die Verantwortung trage die Fraktion. Darum wende ich mich an die Fraktion. Gewiß waren viele außerordentlich überrascht. Die „Arbeiter-Zeitung" hat schon knapp nach der Präsidentenwahl in nicht mißzuverstehender Weise ausgesprochen, wie sie die Sache auffaßt, daß die Wahl selbstverständlich nicht an Bedingungen geknüpft war und von außerhalb des Parlaments liegenden Verpflichtungen frei ist. Die Wahl wurde von uns mit außerordentlicher Freude aufgenommen als Ausdruck der Stärke, der außerordentlich gewachsenen Macht der Fraktion und wir alle hatten die Empfindung, daß außer den Pflichten, die dem Vizepräsidenten unmittelbar zukommen, keine vorhanden sind. Nun ist die Sache anders gekommen. Es wurde gesagt, es handle sich um einen amtlichen Besuch, den der Vertreter des Volkshauses unternehme. Ich kann diese Auffassung nicht teilen, weil ich meine, der Besuch wäre nur dann amtlich, wenn er wegen einer gesetzgeberischen Aktion oder wegen einer ähnlichen, die Tätigkeit des Parlaments betreffenden Sache geschieht. Das war nicht der Fall. Es ist eine schöne Sache, höflich zu sein; aber ich habe den Eindruck, daß die österreichische Arbeiterklasse auch nicht immer höflich behandelt wurde. (Zustimmung.) Daß diese Bedenken nicht nur bei einzelnen Genossen bestanden, geht daraus hervor, daß auch in der Fraktion eine ziemlich starke Gegnerschaft vorhanden war. Ich glaube, daß es nötig ist, das auszusprechen, und ich halte mich dazu verpflichtet, weil ich auf dem letzten Parteitag gesagt habe, die Fraktion hatte vollständig recht, als sie an der Thronrede teilgenommen hat. Das ist wirklich ein parlamentarischer Akt. Unsere Gesetzgebung sieht die Eröffnung durch die Verkündigung einer kaiserlichen Botschaft vor, wie es im Gesetz heißt, und die Genossen konnten diesen parlamentarischen Akt vollziehen. Diesmal liegt die Sache nicht so. Daß meine Auffassung auch anderwärts ge-

teilt wird, geht aus der Haltung Costas hervor, der als Vizepräsident der italienischen Kammer einen ähnlichen Besuch abgelehnt hatte. Wir dürfen und müssen verlangen, daß die Fraktion in ihren Handlungen außer ihren taktischen Erwägungen, die hier die hauptsächlichste Ursache gewesen sein mögen, auch auf die Ideologie, Geschichte und Tradition der Partei Rücksicht nehme.

Aber das ist nur ein einziger Punkt, der unser Gesamturteil über die Fraktion nicht abzuschwächen vermag, und deshalb halte ich es für selbstverständlich, daß der Antrag, den Genosse Cermak und ich eingebracht haben, dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten für seine schwierige und erfolgreiche Tätigkeit den Dank und das Vertrauen auszusprechen, einstimmig angenommen wird.

Josefsberg (Leoben) beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen.

Abgeordneter **Seitz** (Schlußwort): Ich werde mich auf das Nötigste beschränken, denn die Zeit drängt. Die meisten Einwendungen sind übrigens ohnehin schon widerlegt worden; nur einige Details sind übrig geblieben. Genosse Rudolf Beer hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir zu wenig rasch waren in der Abwehr klerikaler Angriffe auf die Hochschulen. Ich glaube, wenn man uns einen Vorwurf nicht machen kann, so den, daß wir im Kampfe gegen den Klerikalismus wenig tun. Für manche unserer Genossen wäre es vielleicht sogar nützlicher, sich mehr dem wirtschaftlichen Kampf, den Gewerkschaften, zu widmen und diesen über den Kampf gegen den Klerikalismus nicht zu vernachlässigen. Masaryk war als Professor in erster Linie zur Antragstellung berufen. Ueberdies hatten wir den Antrag schon vorher im Budgetausschuß gestellt.

Meliorationen und Tierseuchengesetz! Der Redner hat gefragt, ob wir dafür gestimmt haben. Ich antworte: Ja. Ich habe schon erwähnt, daß unser Interesse an billigen Lebensmitteln die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion erheischt. Wir müssen dem Landwirt möglich machen, aus dem Boden herauszubringen, was möglich ist. Also müssen wir für Meliorationen stimmen, geradeso wie für das Tierseuchengesetz, das die Viehzucht schützt und fördert und dadurch Vieh und Fleisch verbilligt. Wenn gesagt wurde, daß wir kein Menschenseuchengesetz haben, so verweise ich auf die Anträge, die wir deshalb gestellt haben. Wenn Beer sagte, wir hätten wegen der Feindschaft der Agrarier dagegen stimmen sollen, müssen wir erklären, daß wir uns nicht davon leiten lassen können, ob eine gute Sache auch dem Gegner nützt, sondern daß wir streng sachlich zu prüfen und uns nur von der Rücksicht auf die Interessen des Proletariats zu leiten lassen haben.

Die Vizepräsidentenfrage ist genügend erörtert worden. Sie ist nicht eine prinzipielle, sondern eine Formfrage, in der Gefühle und Empfindungen zu berücksichtigen sind und künftig werden berücksichtigt werden.

In Bezug auf die Lebensmittelteuerung hat uns Genosse Schleifer den Vorwurf gemacht, daß wir nichts erreicht haben. Das ist richtig und das schmerzt niemanden mehr als uns. Nun hängen die Preise zunächst vom Weltmarktpreis ab, auf den kein Parlament einen Einfluß hat, dann aber auch von den Zöllen. Es wird aber doch niemand behaupten, daß wir nicht alles gegen den Zollwucher aufgeboten haben. Ich erinnere mich der Zeit, da ich noch allein im Zollausschuß stand, und ich glaube, meine Pflicht dort getan zu haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich erinnere Sie an den Kampf, den wir deshalb geführt haben beim Ausgleich, bei den Handelsverträgen, beim Ermächtigungsgesetz, das wir verteidigten gegen alle bürgerlichen Abgeordneten und gegen die Regierung, die sich das Recht nehmen ließ, Verträge abzuschließen. (Rufe: Weisskirchner!) Wir mußten gegen die industriellen Vertreter energisch auftreten (Rufe: Dr. Licht!) und konnten mit Recht darauf verweisen, daß wir die einzige Partei sind,

die die Interessen der Industrie vertritt und damit natürlich die der Arbeiterklasse. Gegen die Lebensmittelkartelle und den wucherischen Zwischenhandel haben wir alles aufgeboten, was möglich war, allerdings könnten auch die Genossen selbst durch die Förderung unserer Konsumvereine in dieser Hinsicht vieles leisten.

Was die Beschwerden über die Handhabung des Preß- und des Versammlungsgesetzes betrifft, bitte ich die Genossen, dem Fraktionsvorstand von jeder solchen Verfügung sofort Kenntnis zu geben und die Sache ausführlich zu schildern, und wir werden das vorkehren, was angemessen und möglich ist. Sie brauchen sich nicht zu scheuen. Wir werden mit so viel höchst unnützen Zuschriften überhäuft, daß es uns eine wahre Erholung ist, wenn man uns etwas Wichtiges mitteilt. (Heiterkeit.) Sie können versichert sein, daß wir gegen diese Ausschreitungen einzelner Organe, wenn nötig auch der Regierung, energisch auftreten werden. Es macht sich in der letzten Zeit das Bestreben geltend — nicht das Wohlwollen, das hat es nie gegeben —, der Vernunft und der Gesetzlichkeit den Weg zu verlegen. Was unter Koerber erreicht wurde, war die vernünftige Anwendung der Gesetze und die Vermeidung ihres Mißbrauchs, war die Abkehr von der unsinnigen alten Idee, mit Gewaltmaßregeln unserer Bewegung entgegenzutreten. Die Vernunft tritt aber in der letzten Zeit allmählich zurück und es wird unsere Aufgabe sein, sie dem Ministerium Bienerth wieder zu predigen.

Anträge betreffend die Arbeitszeit! Wir haben selbstverständlich prinzipiell den Achtstundentag für alle Arbeiter beantragt, das ist der Antrag Hannich. Mit Rücksicht darauf, daß die Unternehmer den Einwand machen, daß man nicht plötzlich von einer in den verschiedenen Branchen und Betrieben verschieden langen Arbeitszeit zum Achtstundentag übergehen könne, haben wir Uebergangsstadien beantragt: zehn und dann neun Stunden und in sechs Jahren acht Stunden. Der andere Antrag betrifft etwas ganz Anderes. Wir haben nämlich überdies einen Gesetzentwurf beantragt, durch den die Arbeitszeit in jenen Betrieben geregelt wird, bei denen ihrer Natur nach von Uebergang keine Rede sein kann und die schon durch ihr Wesen für den Achtstundentag prädestiniert sind: die sogenannten kontinuierlichen Betriebe. (Rufe: Natürlich, doch nur zwei oder drei Schichten!) Es gab also keine besondere „taktische Methode", sondern es wurde nur das getan, was vernünftig ist.

Ein Genosse hat auch verlangt, wir sollen zu dem Mittel der Obstruktion greifen. Nun, Genossen, was unsere bürgerlichen Parteien am liebsten hätten, wäre, daß wir ihnen durch die Obstruktion die Verantwortung abnehmen für das, was in Verwaltung und Gesetzgebung geschieht oder nicht geschieht! (Sehr richtig!) Unsere bürgerlichen Gegner sind nicht so wie die anderswo, daß sie den Mut hätten, sich zum Staate zu bekennen und zum Beispiel offen zu erklären: „Wir brauchen Militär! Wir brauchen neue Steuern!" Sie sind von der Demagogie derart angefressen, daß sie geradezu fürchten, sich zum Staate zu bekennen und die Verantwortung für ihn zu übernehmen. Sie möchten am liebsten die Beamten ernennen, die Herrschaft gegen die Arbeiter ausüben, aber die Verantwortung für das Unangenehme, das mit dem Regieren verknüpft ist, auf andere überwälzen. Deshalb ist das Streben jedes Bürgerlichen: Die unpopulären Sachen soll der § 14 tun! (So ist es!) Demgegenüber haben das Proletariat und die Partei das Interesse, daß die Verantwortlichkeiten im Parlament und im Staat festgestellt werden, daß jeder einzelne Abgeordnete seine Abstimmung zu rechtfertigen habe, verantwortlich gemacht werden könne für das, was geschieht. Wenn sie neue Steuern für nötig halten, mögen sie dafür stimmen und es vor dem Volke verantworten. Die Obstruktion anfangen, hieße ihnen die Verantwortung

abnehmen, wäre die größte Torheit. Sie würde uns des wichtigsten politischen Bildungsmittels berauben, die Aufklärung erschweren. Wir wollen doch zeigen, was die bürgerlichen Parteien leisten und was im Gegensatz zu ihnen die Sozialdemokratie leistet. Deshalb — von vielen anderen schon erwähnten Gründen abgesehen — sind wir heute Gegner der Obstruktion.

Ich bin nicht geneigt, in den Ton zu verfallen, der von manchen Genossen gegen Peterssilka und Beer angeschlagen wurde. Wir sind ihnen für das, was sie sagten, sehr dankbar. Es handelt sich in der Debatte über einen solchen Bericht nicht nur darum, kluge Argumente vorzubringen, in geistreichen Deduktionen zu glänzen. Für uns ist ebenso wichtig, zu hören — sei die Rede mehr oder minder glücklich gefaßt — welche Auffassungen und Stimmungen draußen bestehen. Von diesem Gesichtspunkt aus sind wir auch diesen Genossen für ihre Bemerkungen und für ihre Kritik sehr dankbar.

Werte Genossen! Ihre Aufgabe ist es, zu beurteilen, ob wir immer das rechte Mittel angewendet haben. Ich glaube, daß wir vor Ihrem Urteil bestehen können. Wenn wir so wenig erreicht haben, sind viele Umstände schuld. Im selben Maße, in dem wir an Macht zunehmen, also gefährlicher werden, wird unsere parlamentarische Arbeit von den Gegnern nach Kräften erschwert werden, aber trotzdem werden wir an Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung gewinnen. Wir glauben, wir haben unsere Pflicht getan, verdolmetschen Sie den Massen, was die Vertreter der Sozialdemokratie im Parlament im Gegensatze zu den bürgerlichen Parteien für die großen Massen des Volkes anstreben und leisten, und es wird uns gelingen, der Partei den Einfluß zu erobern, der ihrer ökonomischen und politischen Bedeutung entspricht. (Lebhafter Beifall.)

Die zu diesem Punkte vorliegenden Anträge bitte ich sämtliche anzunehmen, über die Berechtigung der Anträge auf das Vertrauensvotum maße ich mir selbstverständlich kein Urteil an. (Heiterkeit.)

Abgeordneter **Resel**: Ich soll das Schlußwort über die Tätigkeit in den Landtagen halten, aber mit meinem Bericht hat sich eigentlich niemand besonders beschäftigt. Es hat sich deshalb in der Debatte über unsere Tätigkeit in den Landtagen auch kein Mißverständnis ergeben. (Heiterkeit.) Ich fürchte deshalb fast Verständnislosigkeit. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß dieser Uebelstand im Laufe der Zeit schwindet (Rufe: Landeskonferenzen!) und daß sich auch Erfolge der Landtagstätigkeit einstellen werden.

Der Antrag Schäfer, der das allgemeine, gleiche Wahlrecht für den Landtag verlangt, ist sehr wichtig. Es ist zu wünschen, daß auch in den Ländern, wo schon „reformiert" wurde, der Kampf mit aller Energie geführt wird. Alle bisherigen Wahlreformen sind schändlich ausgefallen.

Den Antrag Salzburg über die Vorarbeiten zur Schaffung eines Programms für die Tätigkeit in den Landtagen bitte ich, anzunehmen. Wir Steirer, die in allem voraus sind (Heiterkeit), haben bereits ein Programm und haben seine Wirkung in zwei Wahlen praktisch erprobt. Die Erfolge beweisen, daß es gut ist. (Heiterkeit.) Wir wünschen eines, das uns eine Richtschnur gibt für unsere Tätigkeit. (Austerlitz: Ob ihr das wollt, bezweifle ich.) Ich bin doch nicht der Marxist, der den Marxismus benützt, um den Revisionismus zu begründen. (Lebhafte Heiterkeit.) Uns kann niemand einen prinzipiellen Verstoß vorwerfen. Ich wünsche ein Programm, das eine Richtschnur gibt.

Ueber die Landessteuern besteht noch sehr viel Unklarheit. Gerade diese Frage wird in der nächsten Zeit aktuell und wir müssen, bevor wir etwas Besonderes unternehmen, einig sein. (Zustimmung.)

Abgeordneter **Winarsky**: Mit der Tätigkeit der Gemeindevertreter hat sich in der Diskussion niemand beschäftigt außer Genosse Straßer, der

die Abstimmung, die über die Rosegger-Stiftung in Wiener-Neustadt, Linz und Wien vorgenommen wurde, getadelt hat. Sie steht aber in keiner Richtung im Widerspruch mit unserem Programm. Wie wir für das Recht jeder Nation auf Erhaltung von Schulen sind, so sind wir dafür, daß auch die deutschen Schulen für die in den Grenzgebieten versprengten Deutschen erhalten werden. Das ist der ursprüngliche Zweck des Deutschen Schulvereines und es ist zu betonen, daß durch die Rosegger-Stiftung ein besonderer Fonds geschaffen werden soll, der vom Schulverein nur verwaltet wird. Wir haben im Wiener Gemeinderat erklärt, daß wir mit dem heutigen Verhalten des Deutschen Schulvereines nicht einverstanden sind, da er sein Programm überschreitet, und daß wir wünschen, daß der Beitrag ausschließlich nur zu dem in der Stiftung vorgesehenen Zwecke verwendet wird. Damit haben wir unsere Pflicht als Sozialdemokraten und Mitglieder der deutschen Arbeiterklasse erfüllt und wir haben in Wien auch die Gelegenheit wahrgenommen, die Hetzereien der Leitung des Vereines in der Mariaschein Angelegenheit auf das entschiedenste zu verurteilen, so daß die Verhandlung im Wiener Gemeinderate von uns zu einer Demonstration gegen den Chauvinismus benützt wurde. Da sonst gegen meine Ausführungen keine Einwendung erhoben wurde, meine ich, sagen zu können, daß unsere Vertreter in den Gemeinden ihre Pflicht erfüllt haben, so wie die im Reichsrat und in den Landtagen.

Die Abstimmung.

Es werden einstimmig angenommen:

die Resolution Adler wegen Ausgestaltung des Brünner Programms;

die Anträge Nitschmann, Cermak-Hillebrand und ein Antrag Trübenecker auf das Vertrauensvotum für den Sozialdemokratischen Verband;

Anträge der Wiener Genossinnen, überall energisch das Frauenwahlrecht zu vertreten und für die Beseitigung des Verbotes zu wirken, das die Mitgliedschaft der Frauen in politischen Vereinen hindert;

der Antrag Schäfer auf Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht in den Landtagen;

Anträge Olmütz wegen Gleichstellung der Waffenübungen in der Landwehr und im Heere und wegen Verstaatlichung der Mineralquellen;

ein Antrag Altergrund wegen Aufhebung des Verbindungsverbotes der politischen Vereine;

ein Antrag Schiegl wegen Reform des Preßgesetzes;

ein Antrag Salzburgs wegen Wohnungsfürsorge für die Staatsangestellten!

der Antrag Nitschmann wegen der namentlichen Abstimmungen im Parlament;

der Antrag Salzburgs wegen des Landtagsprogramms.

Dritter Verhandlungstag. — 22. September.

Vormittagssitzung:

Den Vorsitz führt Schäfer.

Parteiorganisation.

Referent Abgeordneter Seliger: Der Ihnen vorliegende Entwurf eines neuen Organisationsstatuts ist nicht ein Entwurf an den Parteitag. Die Parteivertretung hat gelegentlich einer Besprechung über die Reform des Parteistatuts mir den Auftrag gegeben, als Grundlage der weiteren Erörterung dieser Frage innerhalb der Parteivertretung einen Entwurf auszuarbeiten. Auf diesen Umstand ist es zunächst zurückzuführen, daß diesem Entwurf eine Reihe — wie ich ohneweiters zugeben will — von Mängeln anhaften. Es sind einige Fragen, die meines Erachtens gar nicht von untergeordneter Bedeutung sind, in dem Entwurf gar nicht gelöst, denn man wollte diese Fragen zunächst einer Diskussion innerhalb der Parteivertretung unterziehen, bevor man sie in der paragraphierten Form des Statuts vor den Parteitag bringt. Nun werden Sie auch wissen wollen, wie es überhaupt zu der Vorlage dieses Entwurfes an den Parteitag gekommen ist. Das war so: In dem Augenblick, als sich die Parteivertretung an die Diskussion dieses Entwurfes machte, zeigte sich auch schon, daß so schwere Divergenzen in der Auffassung des Organisationsproblems innerhalb der Parteivertretung bestehen, daß es ausgeschlossen schien, daß bis zu dem Zeitpunkt, in dem nach dem alten Statut die Parteivertretung den neuen Entwurf in der „Arbeiter-Zeitung" zu veröffentlichen hatte, eine Einigung hätte zustande kommen können. Nun entstand die Frage: Was soll geschehen? Es wurde beschlossen, dem Parteitag den Antrag zu unterbreiten, er möge beschließen, eine Kommission einzusetzen, welche die Reform in Angriff nehmen und dem Parteitag einen Entwurf vorlegen solle. Nun war aber klar, daß dieser Kommission doch eine Grundlage für die Debatte gegeben sein müsse und daß also auch dieser Kommission ein Entwurf der Parteivertretung vorliegen müsse. Einen solchen Entwurf hatte aber die Parteivertretung nicht. Es war nur mein persönlicher Entwurf da und um nun der Diskussion auf dem Parteitag hier wie auch in der zu bestellenden Kommission eine Grundlage zu geben, wurde einfach beschlossen, es möge mein Entwurf an die Parteivertretung als mein persönlicher Entwurf auch dem Parteitag vorgelegt werden. Daraus erklärt es sich, daß Sie einen Entwurf vor sich haben, der meiner eigenen Ueberzeugung nach eigentlich vor dieses Forum noch nicht gehört.

Ich möchte noch eine Sache aufhellen, die vielleicht einigen Parteigenossen aufgefallen sein wird. Das ist nämlich die Frage, weshalb aus dem alten Statut der § 2 herausgenommen wurde, der lautet: „Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Berufsorganisation anzugehören. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Berufsorganisationen hingegen werden verpflichtet, der politischen Organisation der Partei anzugehören." Die Weglassung dieses Paragraphen in meinem Entwurf hat nun, wie mir mitgeteilt wurde, die Meinung entstehen lassen, als ob in dem Verhältnis zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation eine Aenderung eintreten sollte. Was mich veranlaßt hat, diese Bestimmung herauszunehmen, ist selbstverständlich etwas ganz anderes. Ich erachte das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft als ein aus der Entwicklung der gesamten Arbeiterbewegung in Oesterreich entstandenes, ein historisch gewordenes, ein Verhältnis, dessen ausdrückliche Konstatierung im Organisationsstatut ich für eine überflüssige Sache halte. Ich habe aber die Entfernung dieser Bestimmung aus dem Statut auch deshalb für eine nicht wichtige, aber vielleicht nützliche Taktik gehalten, weil wir vielfach die Erfahrung gemacht haben, daß draußen die Provinz unsere Vertrauensmänner, unsere in der politischen Organisation tätigen Genossen den Mangel an Werbearbeit

unter den gewerkschaftlich organisierten Genossen damit motivieren, daß es ja nach unserem Parteistatut ohnedies die Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Genossen ist, der Partei beizutreten, und daß es daher nicht notwendig ist, unter ihnen speziell für die politische Organisation zu werben. In der Fassung des § 2 hat also eine gewisse Irreführung der politischen Vertrauensmänner gelegen. Nun bin ich aber der festen Ueberzeugung, nach allen Erfahrungen und nach der ganzen Praxis unseres Parteilebens, daß die Stärke unserer Organisationen, die Zahl der politisch organisierten Parteigenossen nicht auf solchen im Statut niedergelegten Verpflichtungen, sondern auf dem Grade und der Intensität der Agitation beruht, die unsere politischen Vertrauensmänner leisten. Das ausschließlich war es, was mich geleitet hat, und um jeder Mißdeutung zu begegnen, habe ich mich verpflichtet gefühlt, das hier noch besonders auszusprechen.

Nun glaube ich sagen zu können, daß nach der Diskussion, die der Reform unserer Organisation in der Presse und im „Kampf", unserem wissenschaftlichen Organ, vorausgegangen ist, so ziemlich Einigkeit darüber herrscht, daß sie eines gründlichen Ausbaues, einer tiefgreifenden Umwandlung bedarf. Die Organisation der Partei wie die der Gewerkschaften ist ein Produkt der Entwicklung der Arbeiterbewegung. Als die Partei sich in Hainfeld konstituierte, war sie außerstande, sich schon ein festes Statut zu geben, aus dem einfachen Grunde, weil die Organisation, auch die politische anknüpfen und aufgebaut werden muß auf die vorhandene Kraft, auf die Intensität der Arbeiterbewegung, sich anpassen der Kraft der Arbeiterschaft im öffentlichen Leben überhaupt. Es unterliegt naturgemäß die Parteiorganisation der Einwirkung der Wandlungen, die sich vollziehen in der politischen Stellung der Arbeiterschaft, der Partei im öffentlichen Leben. Je stärker die Partei wird, je größer ihr Einfluß wird, je mehr ihre Macht und ihr Ansehen und je mehr die Zahl ihrer Anhänger wächst, desto enger wird der unter anderen Verhältnissen gegebene Rahmen der Parteiorganisation für das Zusammenwirken der Parteigenossen und es drängt vor allem das Wachstum der Partei nach Erweiterung des Rahmens, drängt dazu, Reformen und Umwandlungen zu vollziehen, die es ermöglichen, den neuen Bedingungen des inneren Parteilebens gerecht zu werden, aber auch gerecht zu werden den anderen und neuen Bedingungen, die der politische Kampf und die neuen Aufgaben der Arbeiterklasse an die Partei stellten. So ergibt sich aus dem allgemeinen politischen Fortschritt der Arbeiterklasse, aus dem Fortschritt der Partei ganz automatisch die Notwendigkeit, Reformen der Parteiorganisation vorzunehmen, die ja zugleich auch die politische Organisation des Proletariats ist, die nicht nur dazu da ist, die Partei nach innen zu organisieren, sondern auch das Proletariat, die klassenbewußten Arbeiter, zusammenzufassen zu einheitlich geführtem politischen Kampf. Den Bedingungen dieses Kampfes, die sich ändern, die Organisation anzupassen, ist eine Sache, auf die die Partei die größte Sorgfalt legen muß, denn es hängt damit zusammen die Schlagfertigkeit und Stoßkraft der Partei in den politischen Kämpfen. Wir haben seit den letzten Aenderungen des Organisationsstatuts, die, wie Sie wissen, nach einer sehr gründlichen Erwägung geschehen sind, eine Wandlung des politischen Lebens in Oesterreich durchgemacht, wie sie sich vorher noch nicht vollzogen hat; wir haben das allgemeine Wahlrecht erobert, die erste Wahlschlacht auf Grund dieses Wahlrechtes geschlagen und die Sozialdemokratie ist aus diesem Wahlkampf mit einem glänzenden Siege hervorgegangen, der nicht nur ihre Macht und ihren Einfluß ungemein gesteigert hat, der ihr auch ein Besitztum verschafft hat, dessen Verringerung auch eine Schmälerung der gewonnenen Macht bedeuten würde. Darum glaube ich, es sei die Pflicht der Partei, aus dieser Wandlung der Dinge, aus dieser Veränderung der Bedingungen des politischen Kampfes auch die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und sich nicht nur auf die Organisierung der Parteigenossen zum gemeinsamen Arbeiten innerhalb der Partei, zur Erledigung der Parteigeschäfte einzurichten, sondern auch auf die politische Organisierung des Proletariats, um dieses durch eine strammere, fester umfassende Organi-

sation in den Stand zu setzen, den politischen Besitzstand der Partei zu verteidigen und zu erweitern.

Unsere bisherige Organisation beruht auf der losen Zusammenkunft nach dem § 2 des Versammlungsgesetzes. Aber natürlich kann die politische Organisation der Arbeiterklasse nicht etwas sein, was nur in Erscheinung tritt zu bestimmten Stunden, nur dann, wenn die Genossen auf Grund des § 2 versammelt sind. Die Tätigkeit, das Leben der Partei dauert auch über die § 2-Versammlungen hinaus fort. Die Partei ist immer gegenwärtig, sie führt ein ununterbrochenes Dasein und ist genötigt, ihr Dasein im politischen Kampfe stets zum Ausdruck zu bringen. Sie ist trotz des losen § 2 heute schon ein fester Körper.

Worauf es nach meiner Ansicht ankommt, ist: Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es nicht bloß, die politischen Kämpfe für die Arbeiterklasse zu führen und diese in den Kampf zu führen, sondern vor allem anderen, das Proletariat politisch zu organisieren. So wie für die wirtschaftlichen Kämpfe in den Gewerkschaften, so muß das Proletariat für den politischen Kampf in der angemessenen Form in der politischen Organisation zusammengefaßt werden, in die wir die Gesamtheit der Arbeiterklasse einzufügen trachten müssen. Wir haben bei den letzten Wahlen eine halbe Million sozialdemokratischer Stimmen errungen und nach den Ausweisen unserer gewerkschaftlichen Organisation zählen diese etwa dreimalhunderttausend deutsche Arbeiter; jedoch nach dem letzten Ausweis unseres Parteistatuts gibt es insgesamt nur 180.000 Reichsparteibeitrag zahlende Genossen. Da sind alle inbegriffen, gleichgültig, in welcher Form der Beitrag geleistet wird. Es liegt nun die Antwort auf der Zunge: Da haben wir doch 180.000 politisch organisierte Sozialdemokraten und das ist eine ganz respektable Zahl im Verhältnis zur Zahl der Wähler und der gewerkschaftlich Organisierten.

Nach unseren heutigen Organisationseinrichtungen deckt sich der Begriff des politisch Organisiertseins mit der Parteibeitragsleistung nicht und nicht jeder, der Beitrag leistet, ist politisch organisiert. Das lehrt sofort ein Blick auf den Ausweis des Kassiers. Es sind auf Grund der an die Lokalorganisation abgelieferten Beiträge nur 112.538 Arbeiter politisch organisiert. Wir müssen also 70.000 Leute abrechnen, die Beiträge leisten, ohne in der politischen Organisation zu stehen, weil sie sie als gewerkschaftlich organisierte Genossen leisten. Ich will diesen Genossen durchaus nicht die Zugehörigkeit zur Partei, der sie nach ihrer Ueberzeugung angehören, bestreiten und will sie durchaus nicht geringer werten als die wirklich politisch Organisierten. Sie stehen nicht in der Lokalorganisation und leisten nur den Reichsparteibeitrag. Lokal-, Bezirks-, Kreis-, Landesparteibeitrag leistende Genossen sind sie nicht. In diesem Mißverhältnis liegt nicht nur ein schwerer Mangel an Kraft der politischen Organisation im allgemeinen, sondern vor allem auch ein schwerer Mangel für die unteren Staffeln unserer Organisation.

Außer diesen 70.000, die abzurechnen sind, sind auch abzurechnen diejenigen Wiener Genossen, die ihren Reichsparteibeitrag nicht in der klaren Form eines Beitrages, sondern durch die Bezahlung des Abonnements des niederösterreichischen Landesorganes, der „Volkstribüne", leisten. Wen man sonst Abnehmer des Parteiblattes nennt, den nennt man in Wien auf Grund einer besonderen Einrichtung politisch organisierten Genossen. Nun ist es klar, daß Abnahme einer Zeitung und Leistung eines Beitrages auf diesem Wege nicht dem Begriff des politisch Organisiertseins entsprechen kann. Daran ändert der Umstand nichts, daß aus dem Erträgnis des Blattes, aus den Abonnementsgeldern, nur ein bestimmter Teil vom Administrator als Abonnement qualifiziert wird, der andere als Bezirks-, Landes- oder Reichsparteibeitrag. (David: Was ist, wenn das Blatt obligatorisch eingeführt ist?) Das ist grundsätzlich anders, weil der Genosse nicht Abonnent ist, sondern einen Beitrag für die Organisation bezahlt, die ihm dafür die obligatorisch eingeführte Zeitung zustellt. Er leistet den Beitrag nicht als Abnehmer des Blattes, sondern als Parteimitglied, und es kommt ihm auch durch die Form zum Bewußt-

sein, daß er ihn als organisiertes Mitglied der Partei entrichtet, und darauf kommt es an.

Die erste Frage: Wie erfassen wir durch unsere politische Organisation diese 70.000 gewerkschaftlich Organisierten, die heute wohl Reichsparteibeitrag leisten, aber der politischen Organisation ihres Ortes nicht angehören? Wie erfassen wir zur regelmäßigen Abstattung ihrer Beiträge und vor allem zur kontinuierlichen Mitwirkung an der politischen Organisation die mehr als 200.000 gewerkschaftlich Organisierten, die weder Reichsparteibeitrag leisten noch irgendwie Anteil nehmen am Leben der politischen Organisation, die allerdings mittätig sind im politischen Klassenkampf, sich an Versammlungen, Demonstrationen und überall, wo das Proletariat seinen Willen manifestiert, beteiligen, die aber nicht eingereiht sind als Soldaten in die in einen Körper zusammengefaßte Sozialdemokratie? Wie gewinnen wir die Massen derer, die außerhalb jeder Organisation stehen und die wir schlechthin als indifferent bezeichnen?

Ich glaube, es wäre der Rahmen der politischen Organisation des Proletariats viel zu eng gefaßt, wenn wir ihn beschränken wollten auf Parteigenossen, die Ueberzeugung und innerer Drang zur Mitwirkung am inneren Parteileben führt. Es handelt sich nicht allein darum, die Genossen jeden Ortes, wie das alte Statut sagt, zusammenzufassen, zur Lokalorganisation, sondern darum, das Proletariat in Oesterreich politisch zu organisieren, was meines Erachtens die entscheidende Frage ist.

Wie die Dinge stehen, glaube ich, daß wir heute nicht dazu kommen, diese Frage endgültig und restlos zu lösen. Aber ich glaube, sie wird uns noch sehr viel beschäftigen, und wir werden erkennen, daß wir aus unserer alten Vorstellung, die Tradition geworden ist, herauskommen müssen: Wie organisieren wir unsere intimsten, engsten Genossen? Wir werden uns beschäftigen müssen mit der Frage: Wie organisieren wir die Masse? Unsere Gewerkschaften organisieren nicht bloß diejenigen, die sich schon zum gewerkschaftlichen Bewußtsein durchgerungen haben, sondern sie gehen an die Arbeiter schlechtweg heran, weil es nichts nützen würde, bloß den Teil zu organisieren, der von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes schon überzeugt ist. Indem sie werben, klären sie auch auf, verbreiten sie die Erkenntnis von der Notwendigkeit ihrer Organisationsform und innerhalb der Organisation erziehen sie sie erst zum gewerkschaftlichen Denken. Nicht anders werden wir es machen müssen, wenn wir es zu einer politischen Organisation der österreichischen Arbeiterklasse bringen wollen. Die große Frage ist, eine politische Organisation zu schaffen, die befähigt ist, die Masse der Arbeiter zu erfassen und zugleich die Tätigkeit zu vollbringen, die der heutigen sehr eng gezogenen Parteiorganisation überwiesen ist.

Das ist das Problem. Ich verkenne nicht seine Schwierigkeiten und gebe zu, daß ich fehlgegriffen haben kann in dem Mittel, das ich vorschlage. Aber ich habe kein anderes finden können als das Mittel der politischen Vereinsorganisation, der wir diesen Namen ausdrücklich geben wollen, weil er einen weiteren Rahmen bezeichnet als wenn wir sagen: Parteiorganisation. Wir können nach meiner Ueberzeugung die Massen, um die es sich handelt, nur erfassen, wenn wir in sie eindringen, vor sie hintreten und in der gleichen Weise und mit ähnlichen Methoden wie unsere gewerkschaftlichen Vertrauensmänner für sie werben, wenn wir sie über die Notwendigkeit und Bedeutung dieser Organisation im proletarischen Befreiungskampf aufklären, wenn wir die Sache so anfangen, wie es die Gewerkschaften mit denselben Arbeitern machen.

Da meine ich nun, daß wir nicht so sehr die Großstädte im Auge haben dürfen, und wenn Sie meinen Entwurf gelesen haben, werden Sie gefunden haben, daß ich in Bezug auf den Aufbau der Parteiorganisation in den Städten, wo bestimmte Voraussetzungen bestehen, auch eine andere Form zulasse. Allerdings im Einvernehmen mit der Parteivertretung. Es ist das der § 5. Ich habe diese Fassung gewählt, ohne auf ihre Stilisierung Gewicht zu

legen und ohne darauf Bedacht zu nehmen, ob sie alles ausspricht, was auszusprechen ist. Denn ich dachte mir, daß wir darüber in der Parteivertretung reden werden, wo ich auch Anschauungen der Wiener Genossen hören werde. Ich kenne ja die internen Verhältnisse der Wiener Organisation zu wenig, um mir darüber ein abschließendes Urteil gestatten zu können und dieses Urteil in Paragraphenform zu kleiden. Ich dachte mir, das werde erst das Ergebnis der Diskussion in der Parteivertretung sein. Ich sehe also vorläufig von den Städten ab. Aber schauen Sie sich einmal den Kassenbericht an.

Dort sind etwa 800 Lokalorganisationen ausgewiesen, gewiß eine erhebliche Zahl, die anzeigt, daß wir in 800 Orten ununterbrochen tätig sein müssen, darunter auch in zahlreichen Orten, wo die Bedingungen der politischen Organisation wie des lokalen politischen Lebens ganz anders sind als in den Städten. Aber diese 800 Organisationen sind nur ein bescheidener Bruchteil der wirklichen Lokalorganisationen. Wir haben in Böhmen allein deren 650 und daß im übrigen Oesterreich nicht mehr als 200 Lokalorganisationen wären, ist doch offenkundig nicht richtig. Im Kassenausweis fehlen eben viele Hunderte von Lokalorganisationen, die keine Beiträge leisten und die in gar keiner Beziehung zur Parteivertretung stehen. Und so sage ich, daß der große Teil unserer politischen Arbeiten im kleinen sich auf Tausende von Ortschaften erstreckt, auf Tausende von kleinen Dörfern, daß also das Fundament unserer Partei nicht in den Städten ruht, sondern eben in diesen zahllosen kleinen Orten. Ich will durchaus nicht die Bedeutung der Städte verkleinern, aber das ist eben das Ergebnis der ganzen wirtschaftlichen Struktur unseres Staates. Unsere tschechischen Genossen haben auf ihrem letzten Parteitage 2462 Lokalorganisationen ausgewiesen. Wir haben gewiß nicht weniger und auch bei uns erstreckt sich das Parteigetriebe auf so viele Tausende Ortschaften, wo die Möglichkeiten, die Voraussetzungen des politischen Organisierens ganz andere sind als in Wien, Graz u. s. w. Das besagt aber, daß dort die Organisation ganz anders eingerichtet werden muß. Das hat mir zunächst vor Augen geschwebt und ich habe mich gefragt, wo es möglich wäre, diese Hunderttausende von Arbeitern zusammenzufassen, die in soundso vielen Tausenden Ortschaften verstreut wohnen. Unser Parteistatut sagt: in der Lokalorganisation; aber diese Antwort reicht für diese Orte nicht aus. Wir werden da immer nur diejenigen Arbeiter erfassen, die zu den überzeugtesten Genossen gehören. Aber die Tätigkeit einer solchen Lokalorganisation mit ihrem beschränkten Wirkungskreis, wie er durch die Beschränktheit der ganzen Verhältnisse gegeben ist, ist so gering, daß sie diejenigen nicht dauernd fesseln kann, die nicht von einem inneren Drange nach Mitbetätigung am Parteileben erfüllt sind. Sie müssen die Verhältnisse in diesen Ortschaften verstehen, um zu begreifen, daß ein solch hohes Interesse zur ständigen und ununterbrochenen Betätigung in der Lokalorganisation nur bei einem Teil der Genossen besteht, namentlich da hier ein reges und ein anregendes Parteileben einfach nicht hervorzubringen ist. Politik kann man eben in diesen Dörfern nicht machen und was die Organisation dort lokal zu vollbringen hat, das ist rasch geschehen. Da ist es meine Ueberzeugung, daß wir diese Hunderttausende von Genossen nur zusammenfassen können in einer Vereinigung, die durchaus den Charakter einer solchen ständigen Organisation hat, wie es die Gewerkschaften, wie es alle anderen Vereine sind. Darum geht mein Vorschlag dahin, die Vereinsorganisation zur Grundlage unserer politischen Organisation zu machen.

Ein schweres Gebrechen unserer Parteiorganisation ist es, daß es nach unseren heutigen Einrichtungen eine Parteimitgliedschaft überhaupt nicht gibt. Es gibt nur eine Mitgliedschaft bei der Lokalorganisation und diese wechselt von Land zu Land, häufig von Bezirk zu Bezirk. Darunter leidet schwer die Einheitlichkeit unserer Parteiorganisation. Es muß doch denjenigen, die in unsere Reihen eintreten, bewußt werden, daß sie nicht nur Mitglieder der Lokalorganisation werden, sondern Mitglieder der ganzen österreichischen Sozialdemokratie. Das in das Bewußtsein jedes Genossen zu versenken, ist nur möglich, wenn wir die Bedingungen des Eintretens in die

Partei und des Verbleibens in ihr, und die Formen, in denen das ausgedrückt wird, gleichartig für das ganze Reich gestalten. Das können wir nur, wenn wir die einheitlichen Legitimationen einführen. Wie ist es aber heute? In Böhmen haben wir die politischen Vereinigungen. In Wien ist der Begriff der Parteimitgliedschaft nicht wie bei uns in der Parteilegitimation fixiert und ich weiß nicht, was geschieht, wenn so ein deutschböhmischer Genosse nach Wien kommt und sich dort mit unserer Vereinslegitimation ausweist. Noch ärger ist es, wenn ein Genosse aus Wien nach Deutschböhmen kommt. Denn seine Parteizugehörigkeit drückt er nicht durch eine Mitgliedskarte aus, sondern durch das Abonnement der „Volkstribüne". Es ist, glaube ich, von der größten Wichtigkeit für die Partei, daß das äußere Kennzeichen der Parteizugehörigkeit im ganzen Reiche gleichgestaltet werde, und zwar so, daß jeder Parteigenosse sich als Mitglied der großen Gemeinschaft der deutschen Sozialdemokratie des ganzen Reiches fühlt. Das soll nach meinem Vorschlag durch eine einheitliche Legitimation geschehen und durch eine einheitliche Marke, durch die der Parteibeitrag in Reichenberg wie in Innsbruck oder Wien quittiert wird.

In der Einführung der gemeinsamen Parteimarke steckt aber auch eine andere Absicht. Sie wissen, mit welchen Schwierigkeiten wir immer bei der Aufbringung der für die Partei notwendigen Mittel zu kämpfen hatten. Der Bericht des Parteikassiers zeigt uns nun, daß viele Tausende von Parteigenossen die Pflicht, die durch die Parteitage beschlossenen Parteibeiträge abzuführen, nur sehr lax erfüllen, daß immer größere Rückstände anwachsen. Sie können dort auch erfahren, daß wir ganz beträchtliche Lokalorganisationen haben, die seit Jahren überhaupt nichts mehr leisten; das Finanzwesen der Partei muß endlich auf eine solide Grundlage gestellt werden. Bei dem heutigen System der Beitragsleistung ist die Parteivertretung niemals sicher, ob sie die ihr gebührenden Beiträge auch erhält. Dem kann nur abgeholfen werden, wenn die Landesorganisationen verpflichtet werden, die zur Quittierung der Parteibeiträge nötigen Marken der Parteivertretung, sobald sie sie beziehen, sofort zu bezahlen. Die Marken müssen der Parteivertretung bar abgekauft werden. Die Landesorganisationen können sich wieder schützen, indem sie dasselbe System gegenüber den Kreisen, diese wieder gegenüber den Bezirken und die Bezirke endlich gegenüber den Lokalorganisationen einführen. So würde das Finanzwesen der Partei gesunden, was sich vor allem darin äußern würde, daß alle Parteiinstanzen die ihnen gebührenden Parteibeiträge wirklich erhalten würden. Mehr können wir schließlich ja nicht wollen. Daß wir die Zahl der Beitragleistenden erweitern, das kann nicht Sache des Beschlusses sein, sondern nur Sache der Agitation. Wenn ich die Vereinsorganisation nun als diejenige Form der Parteiorganisation erkläre, die augenblicklich geeignet ist, die Massen der Arbeiter, die Massen der Gewerkschafter für die politische Organisation zu erfassen und auch unter den indifferenten Arbeitern für die Parteiorganisation zu werben, so will ich damit durchaus nicht sagen, daß wir nicht einmal über das, was ich jetzt vorschlage, hinausgehen werden. Aber im Augenblick sehe ich keine andere Form der Organisation, die zu dem Ziele führt, die Massen unseren Kampfreihen einzugliedern und sie aufzuklären. Die heutige Lokalorganisation hat wesentlich in ihren Aufgabenkreis die Führung der inneren Parteigeschäfte und die Führung des lokalen politischen Kampfes genommen. Damit ist ihr Arbeitsfeld umgrenzt. Aber damit kommen wir heute nicht mehr aus. Wir alle sind uns einig darüber, daß unsere erste Aufgabe darin besteht, die Massen nicht nur zur Erkenntnis ihrer Klassenlage zu erwecken, sondern auch sie zu überzeugten Sozialdemokraten zu erziehen. Diese Aufgabe zu vollbringen ist die Lokalorganisation nach ihrer ganzen heutigen Einrichtung nicht geeignet. Erinnern wir uns doch nur, wie wir zur Partei gekommen sind. Wir sind in die Partei nicht eingetreten, weil wir alles, was die Partei will und was sie ist, klar erkannt hätten, sondern wir sind zu ihr gekommen, weil die Kunde zu uns gedrungen ist, daß die Sozialdemokratie die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Banden der kapitalistischen Knechtschaft anstrebt. Das hat Begeisterung und Leidenschaft in

uns geweckt, aber zu überzeugten Sozialdemokraten sind wir erst in der Partei geworden. Es geht heute nicht anders und unsere Aufgabe ist es also, diese Begeisterung und diese Leidenschaften in den Herzen der heranwachsenden Proletarier auszulösen. Da genügt es nicht, daß wir diese vielfach so trockene Parteiarbeit verrichten, da genügt es nicht, daß wir uns lediglich mit den politischen Kämpfen des Tages befassen, sondern wir müssen in erhöhtem Maße, weit mehr als das in der letzten Zeit geschehen ist und geschehen konnte, auf die prinzipielle Ausbildung der Parteigenossen Bedacht nehmen. Nicht nur für den Kampf um mehr Lohn und mehr Freiheit in der heutigen Gesellschaft wollen wir die Arbeiter organisieren, sondern zur Erkenntnis des Wesens der heutigen Gesellschaft und dazu, daß sie den Weg aus dieser Gesellschaft der Unterdrückung hinaus finden. (Lebhafter Beifall.) Und dazu müssen wir die entsprechende Organisation haben und diese kann nach meiner Ueberzeugung nur die Vereinsorganisation sein.

Nun haben Sie die vorbereitende Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, dem Parteitag Grundsätze vorzulegen, nach denen die Reform der Organisation vorgenommen werden soll. Die Kommission hat sich an diese Aufgabe gehalten. Sie hat bei ihren Beratungen die gegensätzlichen Meinungen, die bereits in der öffentlichen Diskussion zum Ausdruck gekommen sind, in Rechnung gezogen und schlägt Ihnen daher für die fernere Diskussion hier auf dem Parteitag folgende Grundsätze vor: An die Spitze tritt der Satz: „Mitglied der Partei ist nur, wer der politischen Organisation seines Wohnortes angehört." Damit ist sozusagen die Parteimitgliedschaft konstituiert. In Bezug auf die Parteimarken hat sich die Kommission die §§ 19 und 20 meines Entwurfes zu eigen gemacht.

Die vorgeschlagenen Grundsätze lauten:

1. Mitglied der Partei ist nur, wer der politischen Organisation seines Wohnortes angehört. Als Grundlage der politischen Organisation ist überall der politische Verein anzustreben. Wo und insolange die Umwandlung der Vereinsorganisation nicht vollzogen ist, gilt an Stelle dieser die bisherige Form der Organisation als Grundlage.

2. Für Mitglieder, die nach dem Gesetz oder aus anderen wichtigen Gründen nicht Mitglieder des politischen Vereines sein können, ist die Zugehörigkeit und Beitragsleistung zur Parteiorganisation nach gleichen Grundsätzen zu regeln.

3. Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Reiche geltende Parteimitgliedskarte. Die Leistung der Parteimitgliedsbeiträge ist auf dieser Parteimitgliedskarte mittelst einheitlicher Marken zu fixieren.

4. Die Quittungsmarken und Legitimationen werden durch die Landesorganisation von der Reichsparteivertretung bezogen und an die ihr unterstehenden Organisationen abgegeben.

5. Die Aufteilung des Parteibeitrages unter die verschiedenen Parteiinstanzen erfolgt auf Grund der von den Bezirks-, Reichs- und Landeskonferenzen und vom Parteitag gefaßten Beschlüsse über die Höhe der Beitragsleistung.

6. Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarke von der Reichsparteivertretung gegen Erlegung des Reichsparteibeitrages der Landesorganisation, von dieser wieder um den Betrag des Reichs- und Landesbeitrages an die Kreisorganisation, von dieser um den Kreis-, Landes und Reichsbeitrag an die Bezirksorganisation und von dieser endlich um denjenigen Betrag, den Bezirks-, Kreis-, Landes- und Reichsparteileitung zusammen erheben, an die Lokalorganisationen abzugeben ist.

Das sind die Grundzüge, die Ihnen die Kommission vorschlägt als Grundlage für die heutige Debatte, und Sie können daraus ersehen, daß wir den Genossen in jenen Bestimmungen, die in der Diskussion in der Presse heiß bestritten wurden, in weitestem Maße entgegengekommen sind, insofern sie die Vereinsorganisation im gegenwärtigen Moment noch als eine Unmöglichkeit erklärt haben. Ich bitte Sie also, diese Grundsätze zur Grundlage der Diskussion zu nehmen, und ich bin fest überzeugt, wenn Sie die Notwendigkeiten für den politischen Kampf und für die Erstarkung der Partei entsprechend würdigen, so wird aus der Debatte ein Statut hervorgehen, das der Partei in der

Zukunft neue Fortschritte und dem Proletariat in Oesterreich neue Siege bringen wird. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Tomschik teilt mit, daß Abgeordneter Riese seine Anträge mit Rücksicht auf die Vorschläge der vorbereitenden Kommission zurückzieht. (Beifall.)

Die Debatte.

Abgeordneter David (Wien): Der Parteitag ist im Begriff, in seiner geschichtlichen Entwicklung wieder einen Markstein zu setzen, der Zeugnis geben soll von der Kraft und der Entwicklung der Partei. Wenn man bedenkt, von welcher tief einschneidenden Bedeutung diese Angelegenheit für die Partei ist, so kann ich es nicht unterlassen, von dieser Stelle aus den schweren Vorwurf gegen die Parteileitung zu erheben, daß sie dieses Organisationsstatut nur so kurze Zeit zur öffentlichen Diskussion gestellt hat. Das entspricht auch nicht der Würde der Partei. Vielmehr meine ich, daß für eine so wichtige Diskussion den Genossen mindestens ein Jahr Zeit hätte gegeben werden müssen, damit volle Klarheit geschaffen werde. Das Organisationsstatut schaut auch danach aus. Und wenn Sie den ersten Entwurf, der in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht wurde, sich vor Augen halten und dazu die heutigen Ausführungen des Referenten, dann müssen Sie wohl sagen, daß man dem Genossen eine schwere Aufgabe zugewiesen hat. In der Frage der Organisation stehen sich wirklich die Meinungen scharf gegenüber. Während die einen die politischen Vereine für das einzig Mögliche erklären, gibt es auf der anderen Seite solche, die meinen, daß die jetzige Organisationsform denn doch noch die richtige ist. Ich spreche jetzt von einem Bezirk, der sicherlich einer der besten ist und in dem die freie Organisation besteht. Wir sind der Meinung, daß wir nicht so ohneweiters zur Form der politischen Vereine übergehen können. Wir verkennen nicht die Vorzüge der politischen Vereine. Aber die Anschauungen, daß das Leben im politischen Verein reger pulsieren werde, daß die Erziehung der Arbeiter zum Klassenbewußtsein in den politischen Vereinen besser erzielt werden könne als in unseren sogenannten losen Organisationen, halten wir für falsch. Es hindert Sie ja niemand, dieselben Methoden in unseren losen Organisationen durchzuführen. Was würden Sie für ein Aufhebens damit machen, wenn Sie in einem politischen Verein so viele Mitglieder hätten wie die Genossen in Floridsdorf, nämlich 4500, oder 6500 wie die Genossen in Favoriten, oder 8400 wie wir in Ottakring! Und nun kommen Sie und sagen, das ist keine Parteiorganisation. Ja haben wir nicht bei allen Kämpfen mit dieser Organisation uns jene Stellung errungen, die wir heute haben? Haben wir nicht im Anfang der Neunzigerjahre auch politische Vereine gehabt und haben wir uns nicht angestrengt, sie zu vertiefen, und es ist uns nicht gelungen! Man kann in einer losen Organisation genau dasselbe durchsetzen wie in einem Verein. Man muß eben arbeiten. Wenn eine Reihe von Genossen sagt, daß ihnen nicht die Möglichkeit geboten sei, sich in der losen Organisation betätigen zu können, so steht auf der anderen Seite der Gegenbeweis, daß es eine ganze Reihe von Wahlkreisen gibt, die auf der Grundlage der losen Organisation große Erfolge errungen haben. Wir haben nicht Lust, der politischen Behörde eine Proskriptionsliste unserer Parteiangehörigen zu geben. Wir sind nicht ausgesprochene Gegner der politischen Vereine und wir werden für sie sein, wenn die Fraktion im Reichsrat eine Aenderung der Vereinsgesetze durchgeführt haben wird. Aber unter den heutigen Umständen bieten die politischen Vereine große Gefahren, die wir nicht übersehen dürfen.

Es hat mich gewundert, als ich das Organisationsstatut zum erstenmal las, daß gleich im § 1 der Satz gestrichen war, daß jeder politisch organisierte Genosse der Gewerkschaft anzugehören hat. Ich habe mich gewundert, daß sich Genosse Hueber nicht rührt. Bei der Feinfühligkeit des Genossen Hueber, der sofort, wenn das leiseste Beben durch die Partei geht, wie ein seismographischer Apparat in die lebhafteste Bewegung gerät (Heiterkeit), hat mich das sehr befremdet. . . . (Dem Redner wird eine Verlänge-

rung der Redezeit bewilligt.) Privat hat er mir allerdings gesagt, daß das Statut zu kurze Zeit bekannt sei, als daß er schon seine Entschließungen definitiv hätte fassen können. Es hat mich aber um so mehr gewundert, als ja auf einem Gewerkschaftskongreß der Partei eine gewisse Kompensation dadurch geboten wurde, daß jeder gewerkschaftlich organisierte Parteigenosse verpflichtet wurde, auch der politischen Organisation anzugehören. Ich begreife ja die Stellung des Genossen Hueber. Er will, daß die politische Partei nicht für immerwährende Zeiten die Kostgängerin der Gewerkschaften sei. Und darum hat er sofort dieser Aenderung zugestimmt. Wenn als guter Politiker derjenige angesehen wird, der es versteht, den anderen übers Ohr zu hauen (Heiterkeit), dann muß ich sagen, daß Hueber der bessere Politiker ist als die Politiker. (Heiterkeit.) Es wird gesagt, wir leben in einem guten Verhältnis mit der gewerkschaftlichen Organisation, und ich gebe zu, sogar in einem ausgezeichneten Verhältnis. Aber das Verhältnis zwischen gewerkschaftlicher und politischer Organisation scheint mir doch nur eine Zivilehe zu sein (Adler: Das ist doch das Höchste! — Heiterkeit), und ich bin überzeugt, daß das Fräulein Politiker nicht um einen Tag länger die Unterhaltskosten erhalten wird, als bis es dem Gewerkschafter über die Hutschnur geht. Wenn sich Genosse Hueber auf den Standpunkt stellt, die Parteiorganisation müsse auf eigenen Füßen stehen .... (Adler: Das meine ich auch!) Ich auch, glauben Sie es mir. Aber wenn Genosse Hueber dieses Ziel verfolgt, muß uns ein gewisses Uebergangsstadium gewährt werden. (Hueber: Bitte!) Man kann nicht, wenn man eine neue Organisation schaffen will, alles Alte niederreißen. (Adler: Das fällt uns gar nicht ein!) Wenn Sie es bei dem ersten Entwurf gelassen hätten, so wäre es uns schwer gewesen, mitzutun. Und deshalb begrüße ich es auch, daß das vorbereitende Komitee die neue Organisationsform nicht sofort und nicht in einer bestimmten Zeit einführen will, sondern daß es uns empfiehlt, die politische Organisation aus der losen Form, wie Sie es nennen, in die Form der festen Organisation hinüberzuführen.

Gegen die allgemeine Abquittierung, gegen die einheitlichen Karten haben auch wir von vornherein nichts gehabt. Nun ist es eine schwierige Sache bei uns, die Beitragsleistungen festzulegen. Nichtsdestoweniger sind wir uns darüber klar, daß Sie uns einen Rahmen angeben müssen, innerhalb dessen wir die Beiträge einzuheben haben. Genosse Seliger hat offen zugegeben, daß er die Verhältnisse in Wien zu wenig kennt. Das hat aber die Folge, daß er zu falschen Schlüssen gekommen ist. Er hat sich vorgestellt, der Administrator der „Volkstribüne" sei der Kassier der Parteibeiträge. Der Administrator der „Volkstribüne" kennt aber in Wirklichkeit die Abnehmer gar nicht, die kennen nur die Bezirke, die die Steuer einheben, die Steuer, nicht das Abonnement, die die Wahlkarte abnehmen und dafür die „Volkstribüne" übergeben. Es ist in der Vorbesprechung der Niederösterreicher auch über den bestimmten Beitrag gesprochen worden; ob zwei oder drei Heller Reichsparteibeitrag bezahlt werden, das muß hier festgestellt werden, weil es sich um die Aufhebung der zehnprozentigen Steuer handelt. Ich bitte Sie, wenn Sie jene Vorschläge, denen auch wir im allgemeinen zustimmen, annehmen, auf die gewiß ganz ausnahmsweise Stellung, die wir in Wien haben, Rücksicht zu nehmen. (Beifall.)

Abgeordneter **Hackenberg** (Gmünd): In der Diskussion um das neue Statut handelt es sich hauptsächlich um die Feststellung der Parteimitgliedschaft, dann um die Form der Organisation, um die Form der Beitragsleistung und um die Aufteilung der Beiträge. Es wird wohl kaum einen Genossen auf dem Parteitag geben, der nicht anerkennen wird, daß unserer heutigen Organisationsform zahlreiche Mängel anhaften und daß es notwendig ist, eine Einheitlichkeit in der Organisation zu schaffen. Selbst jene Genossen, die Gegner dessen sind, daß unsere politische Organisation auf die politischen Vereine aufgebaut werde, müssen zugeben, daß es schön und nützlich wäre, wenn wir sie auf dieser Grundlage aufbauen könnten. Aber wenn wir uns unser Vereinsgesetz anschauen, müssen wir erkennen, daß es eben

heute noch nicht möglich ist, von dieser besten Organisationsform Gebrauch zu machen. Es gibt Genossen, die sagen, es ginge schon, es fehlt nur an dem nötigen Willen. Wir haben in vielen Bezirken den besten Willen gehabt und sind mit aller Energie ins Zeug gegangen, aber wir mußten zur freien Organisation zurückkehren, und wenn Sie die Verhältnisse in Wien kennen, werden Sie den Standpunkt der Wiener Genossen begreifen. Denken Sie nur an die Wiener Wählerlisten! Wie leicht wird sich der Magistrat das Verzeichnis der sozialdemokratischen Vereinsmitglieder verschaffen, damit er sie aus der Wählerliste auslasse. Es gibt auch zahlreiche und tüchtige Genossen, die sich scheuen, den politischen Vereinen beizutreten, weil sie eine Maßregelung, eine Drangsalierung fürchten. Wir haben eine Verfassung, die jeden ermächtigt, einem Verein anzugehören. Trotzdem ist in der Dienstpragmatik der Eisenbahner die Bestimmung enthalten, daß sie politischen Vereinen als Mitglieder nicht angehören dürfen. Da werden Sie begreifen, daß die Eisenbahner sich scheuen, den politischen Vereinen beizutreten, weil sie nicht wollen, daß ihre Namen der Bezirkshauptmannschaft mitgeteilt werden. (Abgeordneter Tuppy: Als Förderer!) Als solche auch haben wir sie in der politischen Organisation. Uns hat es sich aber vornehmlich darum gehandelt, daß in das Statut nicht die strenge Bestimmung des Entwurfes aufgenommen werde. Es soll dort, wo es möglich ist, gewiß darauf gedrängt werden, daß der politische Verein die Grundlage der Organisation bilde; dort, wo es aber nicht möglich ist, muß es den Genossen freigestellt werden, es anders einzurichten. Wenn ich auf dem Standpunkt stehe, daß die einheitliche Organisation leider nicht durchgeführt werden kann, wie es wünschenswert wäre, so bin ich wieder dafür, daß unter allen Umständen eine einheitliche Beitragsleistung geschaffen werde, und wir begrüßen es, wenn auch die Wiener Genossen in der Vorbesprechung und Genosse David auch hier sich damit einverstanden erklärten. Etwas anderes ist es mit der Aufteilung der Beiträge. Man hat sich im Komitee noch nicht über die Höhe des Beitrages geeinigt, der der Parteivertretung zufließen soll. Ich bin der Meinung, die allerdings nur meine persönliche Meinung ist, daß es besser ist, 3 H. zu zahlen, als es noch weiter bei den zehnprozentigen Beiträgen der Bezirksorganisationen zu belassen. Wenn schon eine einheitliche Regelung, dann nicht nur eine einheitliche Form, sondern auch die einheitliche Höhe des Beitrages an die Parteivertretung. Die zehn Prozent bedingen eine größere Belastung gerade jener Bezirke, die viele Ausgaben, also auch größere Einnahmen haben, also der guten Organisationen. Das ist ein Unrecht, das wir nicht weiter belassen können. Wenn die Parteivertretung mit 2 H. nicht das Auskommen finden kann, dann bin ich für die 3 H., aber auf jeden Fall bin ich für die Abschaffung der zehnprozentigen Steuer.

Hecker (Rumburg): Genosse David hat darauf verwiesen, daß wir an einen Meilenstein unserer Entwicklung stoßen. Aber ich meine, bei diesem Meilenstein sollten wir schon lange eigentlich vorüber sein. Sie wissen, daß schon auf dem letzten Parteitag beschlossen wurde, es seien nach Möglichkeit politische Vereine zu gründen, und Sie wissen, daß diese Organisationsform auch in vielen Gegenden eingeführt wurde. Aber heute kommen uns die Genossen noch immer damit, daß sie prinzipiell wohl dafür seien, aber daß es praktisch bei ihnen nicht gehe. Wie wir da zu einer einheitlichen Organisationsform kommen sollen, das verstehe ich nicht. Es mag ja sein, daß die speziellen Wiener Verhältnisse es nicht erlauben. Wir sind da nicht so gut eingeweiht, aber so viel scheint uns doch, daß es in Wien eine eigentliche Parteiorganisation, wie wir sie uns vorstellen, überhaupt nicht gibt. Nun mag es sein, daß die neue Organisationsform in Wien eine gewisse Erschütterung herbeiführen könnte; aber damit ist noch lange nicht der Beweis geliefert, daß wir deswegen nicht in den meisten Orten die neue Organisationsform einführen sollen. Es wird gesagt, es sei schädlich, der politischen Behörde unsere Mitglieder zu denunzieren. Da scheint mir doch ein bißchen Furcht darin zu sein. Gar so große Angst brauchen wir doch nicht mehr zu haben.

Ich kann Ihnen auf Grund unserer zweijährigen Erfahrung nur sagen, daß wir die allerbesten Erfahrungen mit den politischen Vereinen gemacht haben. Wir haben ja früher auch politische Vereine gehabt, die überhaupt kein politisches Leben geführt haben. Es kommt eben nur darauf an, wie man die Sache anfängt, und heute haben wir solche Vereine, die wirklich das ganze Organisationsgetriebe umfassen. Es ist nicht richtig, daß die Staatsbeamten, die Frauen, die Jugendlichen diesen Vereinen nicht so angegliedert werden können, wie es nützlich wäre. Man muß nur die Lokalorganisationen und die Bezirksorganisationen nicht aufheben. Der Verein soll nur der äußere Rahmen der ganzen Organisation sein, das übrige Getriebe ist genau so wie bei den losen Organisationen, ohne daß wir deshalb zwei Organisationen haben. Da kann sogar eine Frau oder ein Jugendlicher Vertrauensperson sein, denn der geschäftliche Verkehr muß doch nicht durch die Funktionäre des politischen Vereines erfolgen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die neue Organisationsform die beste ist, und wir hoffen, daß der Parteitag in diesem Sinne beschließen wird, damit diese einheitliche Organisationsform durchgeführt werde.

Vorsitzender **Tomschik**: Es ist der Abgeordnete Genosse Dr. Leo Winter auf unserem Parteitag erschienen, ich begrüße ihn auf das herzlichste. (Beifall.)

Abgeordneter **Skaret**: Es scheint fast, daß ich auf diesem Parteitag mit Genossen Seliger der einzige bin, der mit den Grundsätzen, die das vorbereitende Komitee ausgearbeitet hat, und soweit sie die politischen Vereine betreffen, nicht einverstanden ist. Ich sage das, obwohl ich mit in dem Komitee gesessen bin, weil ich durch eine jahrzehntelange Erfahrung im Parteisekretariat zu der Ueberzeugung gekommen bin, daß unsere politische Organisation eine genau so festgeschlossene und gegliederte Organisation sein muß, wenn sie etwas bedeuten soll, wie es heute die Gewerkschaftsorganisation ist. Solange diese mit Lokalvereinen und Landesverbänden zu tun hatte, wollte es mit ihr absolut nicht vorwärtsgehen, und erst in dem Moment, wo die beruflichen Organisationen sich zu einheitlichen Verbänden über das ganze Reich geeinigt haben, von der Zeit an können wir die Stabilität in unseren Berufsorganisationen, den großen Aufschwung in ihnen konstatieren. Nun muß die Frage auftauchen, ob nicht dieselbe Strammheit und dieselben Grundsätze auch in der politischen Bewegung von Vorteil wären. Von diesem Gesichtspunkt aus bedaure ich es, daß wir auf diesem Parteitag noch nicht zu jener einheitlich geschlossenen Organisationsform kommen. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die nach dieser Richtung hin vorherrschend sind, aber jene Länder, in denen wir in diesen zwei Jahren die neue Organisation mit den politischen Vereinen durchgeführt haben, sind mir ein Beweis dafür, daß die hier bekundete übertriebene Aengstlichkeit nicht am Platze ist und daß wir doch vorwärtskommen werden. Trotz aller Mängel, die diesem Organisationsstatut noch anhaften, hoffe ich dennoch, daß uns der nächste deutsche Parteitag wieder um einen Schritt weiterbringen wird.

Es wurde gestern im vorbereitenden Komitee darüber gesprochen, ob neben der einheitlichen Quittungsmarke, die immer von der höheren Parteiinstanz an die untere gegen Erlag des Betrages abgegeben wird, auch die zehnprozentige Beitragsleistung für die Bezirksorganisationen weiterbestehen soll. Die Parteivertretung muß auf dem Standpunkt stehen, daß, solange kein genügender Ersatz für den Entgang der zehn Prozent geschaffen ist, wir unmöglich unsere Zustimmung für das Fallenlassen dieser zehn Prozent geben können. Wir können den Verlust in den Einnahmen nicht ertragen. Sind doch unsere Einnahmen so niedrig wie in keinem anderen Lande Europas. In Deutschland beträgt der Mindestbeitrag 30 Pf., wovon 20 Prozent, das sind mindestens 6 Pf., in die Zentralkasse fließen, und wir sollen mit 2 M. auskommen und sollen allen den riesigen Anforderungen Genüge leisten, die gerade immer aus den schwächsten und leistungsunfähigsten Bezirken an uns gestellt werden. Ich habe gar nichts dagegen, daß man die Grundsätze des vorbereitenden Komitees als Uebergangsstadium be-

schließe. Aber wenn Sie von der Zentralstelle verlangen, daß sie leistungsfähiger werde, als sie es gewesen ist, verlangen, daß sie die zweifellos sehr berechtigten Wünsche der Provinz erfülle, muß ich Sie gleichzeitig bitten, an Stelle der bisherigen 2 H. 3 H. zu setzen — damit kein Mißverständnis geschehe, allerdings nur für die in der politischen Parteiorganisation stehenden Parteimitglieder. (Pölzer: Die zehn Prozent müssen entfallen!) Ja, aber nur dann, wenn die 3 H. hier zum Beschluß erhoben werden. Ich bitte Sie, die Einwendungen, die wir gestern gehört haben, daß es nicht möglich sei, diese Beiträge im vorhinein einzuheben, nicht allzu tragisch zu nehmen. Das ist nur eine Frage der Einrichtung und ich möchte sagen, der ersten Einrichtung für den ersten Bezug der Marken. (Beifall.)

Abgeordneter **Bretschneider**: Ich muß mich dem Bedauern, das schon Genosse David darüber geäußert hat, daß unser Vorstand mit der Aenderung unserer Organisationsbestimmungen eigentlich erst acht Tage vor Stattfinden des Parteitages hervorgetreten ist, anschließen und ich muß sagen, daß dadurch gerade eine große Organisation, die schon heute gute Einrichtungen hat, von denen im Falle einer Aenderung sehr vieles auf dem Spiele stünde, die Wiener Organisation, aber auch manche Provinzbezirke Niederösterreichs in eine peinliche Lage versetzt wurden. Die Behandlung der Sache wird auch dadurch erschwert, daß unser Parteivorstand über das, was Seliger vorschlägt, gar keine Meinung ausgesprochen hat. Der Vorstand wünscht eine Aenderung, er hat sich aber dann wohlweislich zurückgezogen und hat Seliger allein vorangehen lassen, er versteckt sich sozusagen hinter Seliger — es soll keine Unhöflichkeit damit ausgesprochen sein — um abzuwarten, wie sich die Stimmung des Parteitages gegenüber diesem Entwurf gestalten wird.

In Wien bestehen zwanzig Bezirksorganisationen, von denen sich viele zu den Provinzorganisationen so verhalten wie ein halbes Kronland gegenüber einer Provinzorganisation. Die Wiener Organisationen haben wohl acht Tage vor dem Parteitag eine Besprechung abgehalten, aber das Resultat war, daß erklärt wurde, es sei derzeit unmöglich, die Parteiorganisation einzig und allein auf politische Vereine aufzubauen. Die Folge davon ist, daß der liebe Genosse Seliger sehr viel Wasser in seinen Wein geschüttet hat. Wir haben es also nicht mehr mit seinem Vorschlag zu tun, die politische Organisation einzig und allein auf politische Vereine zu stützen. Ich begreife wirklich nicht, daß die Genossen nicht selbst so viel Voraussicht hatten, daß man tief einschneidende Veränderungen eines Parteistatuts, das wir vor zwei Jahren so gründlich erörtert haben, schon lange vorher in Angriff zu nehmen hat. Es wäre möglich gewesen, es so einzurichten, daß alle Organisationen mindestens einige Monate Zeit zur Vorberatung haben. Daß das nicht der Fall war, hat zur Folge, daß die großen Organisationen nicht einer Aenderung zustimmen können, die nicht durchgeführt werden könnte, ohne das Bestehende preiszugeben.

Ich sehe es nicht gerne, daß der breitesten Oeffentlichkeit, also auch vor den Gegnern und den Behörden, die Mängel unserer politischen Organisation auseinandergesetzt werden. Aber wir müssen es jetzt tun, weil in den Vertrauensmännerberatungen die Aenderungen nicht durchbesprochen werden konnten. Es hätte so sein sollen, wie es vor dem Parteitag im Jahre 1907 geübt wurde und wie vor den Landeskonferenzen den Organisationen Zeit gegeben wurde, ihre Statuten nach dem Rahmengesetz einzurichten. Es war Zeit genug, daß wir uns gegenseitig aussprechen hätten können, und es wäre dann eine ganz glatte Abwicklung erfolgt.

Ich verstehe auch etwas davon, wie eine politische Organisation aussehen soll und unter welchen Schwierigkeiten und Mühseligkeiten sie zustande gebracht und erhalten werden kann. Aber daß das, was uns schon so große Erfolge gebracht hat, die freie Organisation, die sich auf den § 2 aufbaut, nichts mehr wert sein soll, werde ich schwer begreifen. Wie ein roter Faden zieht sich durch den Entwurf und die Grundzüge der Kommission nicht die Sorge um die Einheitlichkeit der Organisation, sondern die Frage: Wer ist Parteigenosse und wie dokumentiert er das? Das Hauptgewicht wird

darauf gelegt, daß er einem politischen Verein angehört, daß bestimmte Beiträge festgesetzt werden, einheitliche Quittierungsmittel und einheitliche Legitimation. Das ist so ziemlich das Um und Auf dessen, was der Parteitag beschließen soll. Und nun singt man ein Loblied auf die politischen Vereine, denn nur die seien etwas wert.

Ich will in aller Kürze darlegen, warum ein Widerwille der Parteigenossen Wiens und der Provinz gegen diese Vorschläge besteht. Erstens weil wir ein vollständig reaktionäres Gesetz haben, das das Verbindungsverbot der politischen Vereine enthält. Freilich läßt sich auch da ein Ausweg finden. Zweitens besteht aber auch die Anzeigepflicht, die Verpflichtung des Vorstandes, jedes Mitglied des politischen Vereines der Behörde anzuzeigen. Die Genossen sagen, das lasse sich auch anders regeln, jeder politische Verein könne Gäste und Förderer haben. Aber dann mangelt es schon an der Einheitlichkeit der Organisation. Wir hätten dann nämlich vollwertige Mitglieder des politischen Vereines und ich möchte sagen, nebenher befindliche, die eigentlich nur im Kataster der freien Organisation eingetragen sind. Mit der Einheitlichkeit der Organisation ist es also dann vorbei. Drittens sind aber die politischen Vereine so unbeliebt, besonders in der Provinz, weil die Genossen befürchten, dem Fabrikanten denunziert zu werden. (Der Vorsitzende läutet.) Ich rede sehr wenig auf Parteitagen und deshalb können Sie mir das Recht einräumen, daß ich noch einige Worte spreche. Das Auftauchen der gelben Gewerkschaften, brutale Unternehmerwillkür haben es zuwege gebracht, daß die Genossen nicht mehr in die politischen Vereine zu bekommen sind. Wir können sie aber ohne Gefahr für sie in die freie Organisation führen. Wenn ein Mißverhältnis zwischen der Zahl der gewerkschaftlich und der politisch Organisierten besteht, so ist das selbstverständlich. Die Gewerkschaft bietet persönliche Vorteile, aber die politische Organisation kann nichts weiter tun als sagen: Du mußt deine Pflicht erfüllen und mußt Geld opfern. Unter diesen Umständen ist das schreiende Mißverhältnis erklärt.

Es besteht aber auch noch ein anderer Grund dafür, daß ich bei dem gegenwärtigen Vereinsgesetz nicht so leichten Herzens einzig und allein der politischen Vereinsorganisation zustimmen kann. Ich will nicht, daß die Parteiorganisation der behördlichen Kontrolle unterstellt sein soll. Solange die Anzeigepflicht und das Verbindungsverbot bestehen, werden wir kein bedeutendes politisches Vereinsleben zustande bringen, werden wir nicht erreichen, daß ein erklecklicher Teil der Parteigenossen den Vereinen beitritt. Deshalb begrüße ich es, daß man die Zugehörigkeit zum politischen Verein nicht jetzt schon als einziges Merkmal der Parteizugehörigkeit feststellen und den Beitritt nicht obligatorisch machen will. Hoffen wir, daß wir bald ein besseres Gesetz bekommen und daß wir in zwei Jahren wieder weiter sind. Wir wünschen aber auch, daß man, wenn wieder einschneidende Veränderungen vorgenommen werden, die Organisationen vorher befragt und ihnen Zeit gibt, von den geplanten Bestimmungen rechtzeitig Kenntnis zu nehmen und sich gründlich darüber auszusprechen.

Pirkebner (Wien): Es wurde schon mit Recht hervorgehoben, daß das Statut, das Seliger ausgearbeitet hat, viel früher hätte veröffentlicht werden sollen, damit es auch faktisch zur Diskussion gestellt sei. Man hatte nirgends Zeit, sich über diese Vorschläge auszusprechen, und die Delegierten können nicht eine irgendwie gefestete Ansicht mitbringen. Die Grundlinie des Entwurfes Seliger ist, daß die politische Organisation in eine Vereinsorganisation umgewandelt wird. Wir haben diesem Gedanken bisher nicht sonderlich angehangen, sondern standen auf dem Standpunkt, daß die freie politische Organisation eine ausgezeichnete Form ist und bestimmte Einnahmen sichert. Wenn sich Seliger so abfällig über die Geringfügigkeit der Einnahmen der Landesorganisation äußert, will ich darauf verweisen, daß diese Organisation es ermöglicht, daß Wien an zehnprozentiger Steuer nicht weniger als 8373 Kr. ablieferte, während die Kronländer zusammen nur 5299 Kr. abliefern konnten. Die etwas abfällige Behandlung der Einhebungsweise für unsere Bezirks-

wahlsteuer ist also nicht berechtigt. Seliger meint, wir haben nichts als Austräger und Kolporteure des Landesorgans. Das ist nicht richtig; diese Genossen leisten noch ganz andere Arbeit. Sie haben zum großen Teil den Kontakt herzustellen zwischen der Organisation und den uns noch Fernstehenden und ihre Arbeit ist bei den Wahlen unerläßlich. Das wissen Sie zur Genüge aus der aufsehenerregenden Interpellation des Verbandes über die letzten Wiener Landtagswahlen. Sie werden aus ihr ersehen haben, welche ungeheure Plage wir bei der Zusammensetzung des Wahlkatasters und mit dem Reklamationsverfahren haben.

Auch an Reichsparteisteuer bringt Wien das Doppelte auf wie die gesamten Kronländer. (Rufe: Das ist nicht richtig, weil die zentral abgeführten Beiträge dabei sind!) Jedenfalls bringt Wien bedeutend mehr auf als die Provinz. (Seliger: Ist auch nicht richtig!) Was die Aufgaben des politischen Vereines sein sollen, wurde uns ausführlich auseinandergesetzt. Wir haben das aber bisher durch die Wahlvereine ebenso gemacht. Der Name ist gleichgültig; ob man sagt Bezirksverein oder Wahlverein, ändert nichts an der Sache. Wir haben uns bestrebt, alle Parteigenossen in diese Vereine zu bringen und das Parteiwissen zu vertiefen durch wöchentliche oder mindestens vierzehntägige Vorträge und Versammlungen. Richtig ist, daß das in der Provinz nicht überall geschieht, weil nicht überall diese Vereine bestehen. Deshalb ist es gut, daß verlangt wird, daß politische Vereine gegründet werden sollen.

Anders steht es um die einheitliche Legitimation. Sie würde abermals eine Belastung erheischen und wir müssen uns fragen, ob es angeht, neue Belastungen vorzunehmen in einer Zeit, wo die Genossen mit Zahlungen so belastet sind, daß sie dem Gedanken nicht leicht zugänglich gemacht werden können. Verhehlen wir es nicht, daß jede neue Steuer auf gewisse Widerstände stößt und nicht dazu beiträgt, die nötige Agitationskraft und Agitationslust auszulösen. Besonders bei den Gewerkschaftsmitgliedern macht man diese Erfahrung, und gerade sie sind doch das Reservoir für die politische Organisation. Wenn verlangt wird, daß die Parteimitgliedschaft einheitlich dokumentiert werde durch die gleiche Karte, so kann im Prinzip nichts dagegen eingewendet werden. Es handelt sich nur um die Höhe des Beitrages und ob wir mit Rücksicht darauf auch einen finanziellen Erfolg erreichen. Es ist gewiß befremdend, daß ein Genosse, der in die Provinz kommt, sich als politisch Organisierter dadurch legitimiert, daß er Abnehmer der „Volkstribüne" ist. Aber wenn man diese Einrichtung kennt und versteht, ist es gleichgültig, ob das auf der Karte steht oder anderes. (Ruf: Das steht gar nicht darauf!) Also noch besser. Wichtig ist doch nur, daß er seiner Verpflichtung nachgekommen ist und sich darüber ausweist. Nun könnte man sagen, ihr müßt also jedem Abnehmer eine Legitimation über die Parteimitgliedschaft ausstellen. Das ist nicht richtig, denn es ist selbstverständlich, daß man das nicht ohneweiters kann, sondern die Legitimation nur dem gibt, den man kennt. Es ist nötig, daß wir die heutigen Einnahmen nicht aus der Hand geben. Der Spatz in der Hand ist uns lieber als die Taube auf dem Dache. Wir sind nicht konservativ, sondern wir wollen Zeit haben, um mit den Bestrebungen, die Taube zu erwischen, auch Erfolg zu haben.

Vierter Verhandlungstag — 23. September.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender: Pernerstorfer.

Debatte über die Parteiorganisation.

Abgeordneter Winarsky: Ich halte den Punkt, über den wir jetzt verhandeln, für den wichtigsten, mit dem sich der Parteitag zu beschäftigen hat, weil es von der Art seiner Erledigung abhängt, auf welche Grundlagen die

Organisation in Hinkunft gestellt werden wird. Die Vorschläge des vorbereitenden Komitees haben uns sehr wertvolle Fingerzeige zur Erledigung dieser Angelegenheit gegeben. Und in der Debatte treten eigentliche Meinungsverschiedenheiten jetzt nur zutage zwischen den Anhängern der politischen Vereine und denen der freien Organisation. Ich persönlich habe bereits in früherer Zeit meine Meinung dahin ausgesprochen, daß ich es für unbedingt notwendig halte, daß die politische Organisation auf eine festere Grundlage gestellt werden muß als bisher. Ich glaube, daß sich die Entwicklung der Organisation nur in der Richtung auf den politischen Verein vollziehen kann. Wenn das Komitee nun den Vorschlag macht, auch weiterhin den politischen Verein nicht obligatorisch zu machen, so bin ich damit einverstanden, weil ich meine, daß heute in der Mehrzahl der Kronländer noch nicht die Vorbedingungen dafür vorhanden sind. Allerdings muß ich sagen, daß ich mich im Widerspruch zu einer großen Anzahl Wiener Delegierten befinde, wenn diese immer wieder erklären, daß im Interesse der Wiener Parteiorganisation die Durchführung der politischen Vereine ausgeschlossen erscheint. Wenn den Parteitag etwas bestimmen kann, die politischen Vereine nicht zum Obligatorium zu machen, so kann es nur die Rücksicht auf die Provinz sein, denn alle Argumente, die bis jetzt gegen die politischen Vereine vorgebracht wurden, treffen nicht die Möglichkeiten der Wiener Organisation. Genosse David hat hier zum Beispiel gesagt, daß wir doch nicht eine Proskriptionsliste unserer Organisation den Behörden übergeben können. Das gilt natürlich für einen kleinen und ebenso auch vielleicht für einen mittleren Ort, wo eine Fabrik das ganze wirtschaftliche Leben beherrscht und wo demnach die intimsten Beziehungen zwischen den politischen Behörden und dem Fabrikanten und den Fabriksbeamten existieren. Für Wien aber stimmt das nicht, denn in Wien ist der einzelne Fabrikant vor der Behörde durchaus keine so bedeutende Persönlichkeit. Und eine Kontrolle darüber, wo die Arbeiter dieser und jener Fabrik wohnen, ist eine so schwierige Sache, daß auch für den, der es genau feststellen könnte, das nur mit einem großen technischen Apparat möglich wäre. Es ist ganz ausgeschlossen, daß durch die polizeiliche Anzeige der Mitgliederlisten eine Schädigung der Parteiorganisation in Wien entstehen könnte. Ebenso unrichtig ist aber, was Genosse Hackenberg gestern gesagt hat, daß wir Schaden haben könnten, weil der Magistrat bei seinen Beziehungen zur Polizei leicht unsere Liste bekommen und unsere Mitglieder aus der Wählerliste ausschließen könnte. (Schuhmeier: Das ist allein Grund genug!) Nein, das ist kein Grund, denn die Leute, die in den politischen Vereinen sind, wird uns der Magistrat am wenigsten ausschließen. So wie die Polizei die Liste hat, haben auch wir sie, und diese Leute können wir am leichtesten hineinreklamieren, während die Gefahr des Auslassens aus der Liste gerade bei jenen Leuten vorhanden ist, die nicht in unseren politischen Vereinen sind. Diese Argumente sind also gerade bei der Wiener Organisation nicht stichhaltig. Und wenn ich auch der Ueberzeugung bin, daß der Parteitag die politischen Vereine nicht obligatorisch beschließen soll, so sage ich doch, daß es die wichtigste Aufgabe der Wiener Genossen, die die Partei auf eine feste Grundlage stellen wollen, wird sein müssen, dafür zu sorgen, daß der Landesparteitag und die Wiener Lokalorganisation die entsprechenden Beschlüsse für die Durchführung der politischen Vereine fassen. Ich bin überzeugt, daß wir damit nur die besten Erfahrungen machen werden und daß die Entwicklung der politischen Vereine sich auch in den Leistungen der Organisationen ausdrücken wird.

Was wir aber auf diesem Parteitag machen können und werden, ist die Feststellung der Parteimitgliedschaft. Auch auf Grundlage der freien Organisation können wir hier einen bedeutenden Fortschritt nach vorwärts machen. Bis heute ist es unmöglich, daß die Leute, die unserer Partei angehören, sich darüber ausweisen, ob sie Parteimitglieder sind oder nicht. Ueberall ist das Kriterium anders: hier ist es die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft, dort die Steuerleistung zur Lokalorganisation, anderswo die Mitgliedschaft beim politischen Verein. Die Mannigfaltigkeit macht es unmöglich,

einheitlich die Mitgliedschaft zu konstatieren. Darum wird die Reichsmarke einen großen Fortschritt bedeuten, und ich halte es für nötig, daß die Verpflichtung zur Abführung von drei Hellern für sie an die Parteivertretung im Organisationsstatut niedergelegt wird. Das soll nicht an der Stelle geschehen, wo von den zwei Hellern der bisherigen Reichsparteisteuer gesprochen wird, sondern an einer anderen Stelle. Sie zu bestimmen, wird Sache der endgültigen Redaktion der vorliegenden Anträge sein. Ich meine, daß die Bestimmung dorthin gehört, wo in den Vorschlägen Seligers die Bestimmungen über die Abführungen der Beträge der Bezirke an die Länder u. s. w. stehen, und daß hier die Verpflichtung zur Leistung der drei Heller festgelegt wird. Dann ist jede Verquickung mit den zwei Hellern der bisherigen Reichsparteisteuer unmöglich und jede Verwechslung ausgeschlossen.

Wenn ich für die Fortentwicklung der Organisation und ihre Fundamentierung durch politische Vereine eintrete, möchte ich auch jeden Zweifel darüber verscheuchen, als ob ich die Tätigkeit der heutigen politischen Organisation in Wien nicht für wertvoll und nutzbringend hielte. Es war nicht richtig, wenn Seliger meinte, die Abnahme der „Volkstribüne" sei in Wien dasselbe wie die Abnahme der „Freiheit" in Teplitz oder des „Freigeist" in Reichenberg. Wäre das der Fall, so würde die gegenwärtige Organisation in Wien nicht nur nicht entsprechen, sondern es würde in Wien überhaupt keine existieren. (Heiterkeit und Zustimmung.) So liegen die Dinge nicht. Auch der Unterschied in den Leistungen besteht. Was nämlich die „Freiheit" und der „Freigeist" für ihre Orte bilden, das ist für Wien die „Arbeiter-Zeitung"; sie ist das Parteiorgan und wer die „Volkstribüne" abnimmt, hat eine Mehrleistung entrichtet. Er entrichtet damit seinen Beitrag für die politische Organisation, der mit der „Volkstribüne" quittiert wird; außer den 2 Kronen 20 Hellern monatlich für die „Arbeiter-Zeitung" zahlt er separat acht Heller wöchentlich für die politische Organisation. Das ist etwas anderes als das, was Seliger angeführt hat, denn in den anderen Ländern und Bezirken zahlt eben der Genosse nur ein Abonnement. So ein Vergleich ist ganz ausgeschlossen und man muß damit zu falschen Resultaten kommen. Ich bin überzeugt, daß wir auf Grund der bisherigen Vorarbeiten in Zukunft eine bessere Organisation haben werden, die geeignet sein wird, die Schlagfertigkeit der Partei zu erhöhen, unsere Stellung nicht nur zu behaupten, sondern auch immer mehr zu stärken.

Landtagsabgeordneter **Sever** (Wien): Die bisherige Debatte erweckt den Anschein, als ob viele Genossen meinten, daß wir in Wien überhaupt keine politische Organisation haben, daß wir nur davon reden, aber nichts dahinter stecke. Wir haben aber dieser Organisation die Erfolge und Siege, die wir davongetragen haben, zuzuschreiben. Seliger spricht davon, daß wir nur Abonnenten haben. Es wäre gut, wenn er sich in Wien umsehen würde, wie diese Abonnenten aussehen, und dann könnte er beurteilen, ob das Abonnenten oder Steuerzahler sind. In Ottakring wird die Steuer von 8500 Personen entrichtet. Hoch gerechnet, können wir davon 200 Beiträge abziehen, die als Abonnements von Wirten oder von Förderern anzusehen sind. Die übrigen 8300 übernehmen aber die „Volkstribüne" nur als Quittungsmarke. Es sind die ärmsten Bewohner des Bezirkes und die opferwilligsten, die diese Steuer auf sich genommen haben, um der Partei zu nützen. 400 Genossen arbeiten das ganze Jahr ununterbrochen in diesem Bezirk auf Grund der sogenannten losen Organisation. Nicht nur in unserem Bezirk ist das so, sondern auch in allen Wiener Bezirken. Ungeheuer ist die Aufopferung dieser Vertrauensmänner, die Sie hier als Austräger hinstellen wollen. Sie kennen sich besser in den Häusern aus als der Hausbesitzer oder der Hausmeister. (Sehr richtig!) Ob das bei der vorgeschlagenen neuen Organisation so wäre, müßte sich erst zeigen. Genosse Seliger sagt auch, wir haben Abonnementsscheine und keine Legitimationen, das ist unrichtig. Jeder Parteigenosse, der Steuerzahler ist, hat auch seine regelrechte Parteilegitimation.

Auch finanziell steht die Sache anders, als man gesagt hat. Diese lose Organisation, die nichts zu bedeuten habe, leistet für die gesamte Partei mehr

als ganze Kronländer. Aus dem Bericht ersehen Sie, daß unser Bezirk mehr abgeliefert hat als acht Kronländer zusammen. Diese haben nur 1791 Kr. geschickt, während Ottakring mit seiner losen Organisation und seinen „bloß" Abonnenten 1892 Kr. abgeliefert hat. Nun werden Sie mir erwidern, daß auch eine Anzahl von Wiener Bezirken für die neue Organisationsform sei. Fragen wir, warum? Es gibt Wiener Bezirke, die noch nicht die bisherige Organisationsform durchgeführt haben, die das nicht können, weil ihnen die arbeitsfreudigen Genossen fehlen, und diese versprechen sich deshalb weiß Gott was von der neuen Organisation. Sie werden aber auch damit nichts erreichen, wenn sie nicht neue opferwillige Teilnehmer für die Organisation finden. Was nützt die schönste Form, wenn man nicht die Leute hat, sie durchzuführen? So steht es mit den Wiener Bezirken, die vielleicht glauben, die neue Form wäre ein Messias, oder die sich einbilden, dann hätten sie weniger Arbeit, dann wäre weniger herumzulaufen, weil Kassiere angestellt würden, die das machen. Wir versprechen uns aber nichts und können sie nicht unterstützen, weil wir mit der bisherigen Form Erfolge errungen und viele Arbeiter zur Parteimitgliedschaft herangezogen haben. Wenn ein Genosse Woche für Woche in ein Haus kommt, glauben Sie nicht, daß dadurch Leser für alle Arten Parteiliteratur gewonnen werden? Früher hatten wir das Blocksystem und wir waren froh, daß es abgeschafft wurde. Heute haben wir den Vorteil, etwas für die Steuer zu bieten, indem wir die „Volkstribüne" abgeben, und nun sagt man: „Ihr seid wohl um eine Nasenlänge in den Finanzen voraus, aber sonst steht ihr weiter zurück!" Lassen Sie die Wiener Genossen selig werden nach ihrer Fasson. (Ruf: Das geht denn doch nicht!) Wir haben gearbeitet und bewiesen, daß unsere Arbeit Früchte trägt. Die neue Form würde sie auch nicht bringen dort, wo nicht die nötige Zahl Genossen vorhanden ist. Genosse Adler hat die Arbeiterschaft unseres Bezirkes einmal das Hausregiment der Partei genannt; ich bitte Sie, zwingen Sie uns nicht, die neue Uniform anzulegen, sonst müßte das Hausregiment meutern, meutern zum Nutzen der Partei und ihrer Finanzen. (Heiterkeit.)

Abgeordneter **Schrammel** (Wien): Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Partei eine festere Organisation nötig hat und daß diese feste Organisation in der Zukunft keine andere sein kann, als die von Seliger vorgeschlagene. Wir müssen uns daran gewöhnen, die Organisation auf die politischen Vereine aufzubauen. Aber in absehbarer Zeit sind wir nicht in der Lage, das zu tun, aus den Gründen, die schon angeführt wurden und noch aus einem anderen. Es wird in der Diskussion viel zu wenig Wert auf die Lokalorganisation gelegt, die die wichtigste Grundlage unserer Organisation sein muß. Bei den früheren Punkten haben die Genossen auseinandergesetzt, daß wir unsere Idee in den breiten Massen verbreiten und unsere Vertrauensmänner schulen müssen, damit sie die Massen aufklären können. Wenn wir die Lokalorganisation vernachlässigen, werden wir diese Aufgabe nicht erfüllen können. Ich bin überzeugt, daß es eine Reihe von Bezirken gibt, wo politische Vereine bestehen, daß aber ein großer Teil von Genossen und Vertrauensmännern trotzdem nicht die nötige Aufklärung empfängt. Wenn ein neues Statut geschaffen wird, muß der Lokalorganisation die richtige Bedeutung gegeben werden. Wir müssen die Parteigenossen für die politische Tätigkeit schulen; ohne Aenderung des Vereinsgesetzes können wir der Partei eine feste Grundlage nicht geben. Wenn wir auch mit vielen Schwierigkeiten des Gesetzes fertig würden, so würde bei dieser Form die Stärke der Partei nicht den richtigen Ausdruck finden. Wir müssen der Lokalorganisation mehr Beachtung schenken und trachten, die Leute zu Parteigenossen zu erziehen. Die Genossen, die zu den früheren Punkten gesprochen und die Tätigkeit der Fraktion getadelt haben, haben gesagt, daß ihr Tadel nicht ihre Meinung sei, sondern die der Genossen ihrer Bezirke. Das zeigt uns, daß die Vertrauensmänner nicht genug informiert sind und darum die Masse über die parlamentarische Tätigkeit nicht aufklären konnten. Das ist die Folge davon, weil unsere Lokalorganisation große Mängel aufweist. Ich spreche da nicht nur von Wien, sondern auch von den Bezirken außerhalb Wiens. Es gibt

Wahlbezirke mit 50 bis 70 Orten, aber nur in 10 bis 12 besteht eine Lokalorganisation. Deshalb bitte ich Sie, bei der Festsetzung des neuen Statuts der Lokalorganisation besondere Bedeutung beizulegen; ich bitte Sie auch, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen und darauf hinzuarbeiten, daß unsere politische Organisation so gestaltet wird, damit wir den Kampf tüchtig führen können für die Aenderung des Vereins- und Preßgesetzes, deren Verbesserung auch den Kampf um die Befreiung des Proletariats erleichtern wird. (Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Adler**: Wir haben, glaube ich, als einstimmige widerspruchslose Ansicht des Parteitages schon jetzt zu verzeichnen, daß ein entscheidender Schritt nach vorwärts gemacht werden muß. Die Arbeit der vorbereitenden Kommission hat schon jetzt die Grundlinien, ich möchte sagen: die Grenzen bestimmt, innerhalb welcher sich dieser Fortschritt gegenwärtig bewegen kann. Wir müssen unterscheiden zwischen dem, was wir für notwendig halten und dem, was wir schon heute durchführen können. Ich konstatiere mit viel Freude, daß eine große Anzahl von Parteigenossen, die gemeint haben, es werde nicht möglich sein, schon auf diesem Parteitag etwas Konkretes, Wirkliches zu schaffen, die geglaubt haben, man werde hier nur reden und einem nächsten Parteitag erst die wirkliche Reform überlassen, heute schon alle darüber einig sind, daß *sofort etwas geschehen müsse*, und zwar nach zwei Richtungen. Erstens ist es notwendig, die Einheit in der Parteimitgliedschaft soweit herbeizuführen, als sie derzeit herbeigeführt werden kann. Wir wissen jeder, was wir unter einem Parteigenossen verstehen. Wir wissen aber nicht, was die Genossen an den einzelnen Orten *unter einem Parteigenossen verstehen*. Wir brauchen aber diese Einheitlichkeit in der Definierung. Die Mitgliedschaft muß die Grundlage der Organisation sein. Das zweite ist, daß ein Rahmen geschaffen werden muß für die Erziehungsarbeit der Partei, die ja der Zweck der Organisation ist. Wir brauchen die Organisation nicht nur zur Aktion nach außen, wir brauchen sie auch zur Aktion nach innen. Wir zehren, was die sozialistische Erziehung anlangt, vielfach von der Vergangenheit. Das soll kein Vorwurf gegen einzelne Genossen, noch ein Vorwurf gegen die Gesamtheit der Partei sein. Heute noch ist die Arbeit von früher die Grundlage dessen, wovon wir geistig in der Partei leben. Wir sind in den zehn und zwanzig Jahren nicht nachgekommen infolge der schnellen Ausdehnung der Partei; infolge der Notwendigkeit der fortwährenden Aktionen sind wir zur intensiven Bearbeitung nicht mehr in dem Maße gekommen, wie in der Zeit der Ruhe und der Unterdrückung. Dem kann aber am besten abgeholfen werden durch die Wiederbelebung der Diskussion, nicht nur in der Gesamtheit der Partei, sondern vor allem in kleinen Kreisen. Eine solche Diskussion hat aber gewisse äußere Bedingungen. Eine Diskussion kann nicht erfolgen in der Volksversammlung, weil wir da immer mit der Front nach außen stehen; sie kann nicht erfolgen in der Lokalorganisationsversammlung — die ja in der Provinz übrigens etwas anderes bedeutet als in Wien — weil da die administrativen, die eigentlichen organisatorischen Geschäfte überwiegen, Geschäfte, die andererseits durchaus notwendig sind. Die Diskussion kann aber auch in diesem durchaus vertraulichen Kreise von Parteigenossen nicht gemacht werden, weil da die Zeit nicht dafür vorhanden ist. Darum ist notwendig für uns ein Drittes: die *Versammlung der Parteimitglieder*, die Parteiversammlung, die ist aber nur zu erzielen in politischen Vereinen. Das ist unsere feste Ueberzeugung.

Wir brauchen den politischen Verein und wir brauchen ihn auch in Wien. Wenn Genosse *Sever* „wir" sagt, so meint er nicht Wien, sondern meint Ottakring, und für Wien handelt es sich nicht um Hunderte, sondern um Tausende von Genossen, die Woche für Woche und Tag für Tag organisatorisch arbeiten. Aber wenn auch niemand die opferfrohe und wirklich bedeutungsvolle Arbeit dieser Genossen leugnet, und wenn wir die Resultate dieser Arbeit anerkennen, so läßt sich doch nicht leugnen, daß es nicht überall in Wien gleich gut aussieht. Die Genossen von Ottakring und von Favoriten werden mir zugeben, daß trotz ihrer aufopfernden Arbeit, die sich nicht allein

im Austragen der „Volkstribüne" ausdrückt, sondern in Hunderten und Aberhunderten von Sektionsversammlungen, wo auch politische und sonstige Parteiangelegenheiten besprochen werden, diese Arbeit doch nicht den Charakter hat, den ich hier meine. Es bleibt noch ein Rest, den wir als Parteigenossen brauchen, dazu müssen wir die politischen Vereine wieder beleben. Dazu werden wir auch in Wien kommen. Wir haben einen kolossalen Bedarf an Kräften und der Mangel an diesen tritt uns bei jeder Gelegenheit entgegen, das ist wahr; aber sicher ist, daß, wenn erst die Arbeit, die geleistet werden soll, klar abgegrenzt und bestimmt ist, sich auch immer der Mann findet, den wir brauchen.

Darum kann man sich nicht darauf ausreden, daß man für diese Organisation nicht die Leute habe. Wenn man das sagt, so kommt es erfahrungsgemäß nie zu etwas. Wenn man aber sagt, daß etwas geschehen muß, dann kann es auch immer geschehen. Wir haben in der Partei *für geistige Arbeit unbegrenzte Möglichkeiten*. Das ist meine feste Ueberzeugung, und deshalb wird es uns auch gelingen, unsere Organisation so aufzubauen, wie wir sie brauchen. Wir werden den Wienern und wo sonst eine lebensfähige Organisation besteht, nichts nehmen von dem, was sie besitzen, aber wir werden von ihnen verlangen, daß sie ihre lebensfähige und lebenstüchtige Organisation erstens den allgemeinen Vorschriften, die wir heute aufstellen, einordnen, und daß sie zweitens die Aufgaben der politischen Tätigkeit im politischen Verein mit dazu übernehmen und nach und nach auf jene Zeit vorzubereiten trachten, wo wir unsere Organisation vollständig auf die politischen Vereine aufbauen können; und als Drittes sage ich, gehört es zu unserer Aufgabe, im Parlament nicht nur die *Preßreform*, sondern auch die *Reform des Vereinsrechtes* durchzusetzen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter **Tuppy**: Wenn irgend ein Kronland von den Grundzügen, die uns gestern vorgelegt wurden, nicht befriedigt ist, so sind es wir in Schlesien, weil wir der Ansicht sind, daß der Parteitag wieder nur auf halbem Wege stehen bleibt und eigentlich das nicht durchführt, was durchzuführen längst schon notwendig gewesen wäre. Wir sind in Schlesien nach dem letzten Parteitag zu dem Schluß gekommen, daß nun, wo der *politische Kampf ganz neue Formen annimmt, auch unsere Organisation eine andere werden muß* und daß die Zukunft der politischen Organisation nur auf den politischen Vereinen begründet werden kann. Im Laufe der letzten zwei Jahre haben wir denn auch in Schlesien diese Organisation aufgebaut und wir sind also heute in der Lage, ein kompetentes Urteil darüber abzugeben. Es wird behauptet, daß wir durch die politischen Vereine unsere Parteigenossen den politischen Behörden ausliefern. Nun gibt es wohl in keinem anderen Lande einen so gehässigen Kampf gegen unsere Partei wie gerade in Schlesien, und doch hat uns das nicht im mindesten gehindert. Ein weiteres: Wir hatten in Schlesien vor zwei Jahren Parteibeiträge von 4 bis 10 H. monatlich und es wurde prophezeit, daß, wenn wir zur Vereinsorganisation übergehen, die einen Mindestbetrag von 20 H. vorsieht, sofort ein Mitgliederschwund zu verzeichnen sein werde. Das gerade Gegenteil davon ist eingetreten. Unsere Organisation ist vermöge der erhöhten Beiträge nicht nur kräftiger, widerstandsfähiger und leistungsfähiger geworden, sondern es hat auch die Zahl der Mitglieder zugenommen, wie es eigentlich selbstverständlich ist, wenn man an die Stelle eines losen einen festen Körper setzt. Andere Genossen wieder sagen: Ja, wenn wir das reaktionäre Vereinsgesetz nicht hätten!

Ich meine, wenn wir uns immer an den Buchstaben des Gesetzes gehalten hätten und nicht das Gesetz nach unseren Bedürfnissen gedehnt hätten, so wären wohl heute keine 88 Sozialdemokraten im Parlament. Nur unsere Kunst, uns zwischen den Maschen des Gesetzes immer durchzuwinden, hat uns unsere heutige Stärke gebracht. Nun sind wir ja, wie die Diskussion gezeigt hat, im allgemeinen ziemlich einig. Die Grundzüge finden allseits Anerkennung. Trotzdem scheint mir ein großes Mißverständnis bei einzelnen Genossen zu bestehen, die meinen, daß in dem Augenblick, wo der Wahlverein

gegründet wird, unsere Lokal- und Bezirksorganisationen aufgelöst werden müssen. Das ist aber nicht der Fall.

Der Wahlverein soll nichts sein als der Rahmen für unsere Organisation. Die Lokalorganisation und die Bezirksorganisation bleiben bestehen, und genau so, wie sie bisher gearbeitet haben, werden sie auch in Zukunft arbeiten. Gewiß ist, daß wir nach dem reaktionären Vereinsgesetz keine Ortsgruppen gründen können und daß die politischen Vereine nicht in Verkehr miteinander treten können. Aber das tun wir nicht als Wahlverein, sondern als Bezirksorganisation. In dem Orte, wo die Bezirksorganisation ihren Sitz hat, hat auch selbstverständlich der Wahlverein seinen Sitz. Nach unseren Statuten kann der Wahlverein in jedem Orte Bevollmächtigte bestimmen, die die Aufgabe haben, Mitglieder aufzunehmen, Beiträge einzuheben, die Vereinsversammlungen zu leiten. Bei allen unseren Aktionen in der letzten Zeit, bei Reichsrats- und Landtagswahlen haben wir Gelegenheit gehabt, diese Organisationsform zu erproben. Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß es keine bessere Form der politischen Organisation gibt (Beifall), und ich hätte nur den Wunsch, daß sie auch in anderen Ländern eingeführt werde, da wir nur auf diese Weise unsere Erfolge der letzten Jahre zu festigen vermögen. Das bedeutet natürlich nicht, wie die Wiener Genossen befürchten, daß sie in Wien Abstand nehmen sollen von der Kolportage der „Volkstribüne". Nicht ein einziges Exemplar der „Volkstribüne" brauchen Sie dadurch einzubüßen. Zum Schluß will ich nur noch darauf hinweisen, daß auch wir in Schlesien es besonders begrüßen würden, wenn an Stelle der 10prozentigen Bezirksabgabe eine andere Form gesucht würde, und die könnte ganz gut darin gefunden werden, daß die Parteivertretung 3 K. statt 2 K. erhält.

Abgeordneter Resel: Es wäre gewiß verlockend, auf die Ausführungen des Genossen Tuppy einiges zu erwidern. Aber nach den leitenden Gesichtspunkten, die von der Kommission aufgestellt wurden, ist es unnütz, uns darüber in einen weiteren Streit einzulassen, ob die politischen Vereine die einzige Grundlage der Organisation sein sollen oder nicht. Nach den Grundsätzen der Kommission soll es ja jeder Organisation freistehen, dieselbe Form beizubehalten wie bisher, wenn sie meint, daß diese gut funktioniert hat. Ich glaube, daß wir schon einen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen haben, wenn der Parteitag beschließt, daß die einheitliche Legitimationskarte und die einheitliche Quittungsmarke in ganz Oesterreich eingeführt werden. Ich weiß sehr wohl, daß die Anwerbung von Parteimitgliedern den Vertrauensmännern oft leichter ist, wenn sie für einen Verein Mitglieder werben. Ich wende mich auch nicht gegen die politischen Vereine; ich habe mich lediglich dagegen gewendet, daß die politischen Vereine die ausschließliche Grundlage der Organisation sein sollen, wie es der Organisationsentwurf des Genossen Seliger verlangte. Nachdem dieser Grundsatz gefallen ist, haben wir gar keine Ursache, uns gegen die Vorschläge der Kommission zu wenden. Im Gegenteil, ich kann erklären, daß Steiermark und Kärnten mit den Vorschlägen vollständig einverstanden sind. (Beifall.) Nun kommt es nicht auf den bloßen Titel an und die Leute kommen nicht freiwillig zu uns, sondern das Wesen der Organisation besteht darin, daß wir alles tun, um die Mitglieder zu erhalten. Wenn wir auch einen politischen Verein haben und für ihn so agitieren, wie wir früher für die allgemeinen Bildungsvereine agitiert haben, so werden wir damit nicht weit kommen. Vielleicht werden wir im Anfang, weil es eben etwas Neues ist, mehr Mitglieder bekommen als wir jetzt haben, aber die Frage ist: Wie erhalte ich diese und wie bekomme ich neue Mitglieder? Wie bringe ich es zuwege, daß mir die Mitglieder nicht abfallen, die ich durch die Agitation aufgerüttelt habe?

Die Möglichkeit, mit den Leuten in ständiger Fühlung zu bleiben, die Möglichkeit, von ihnen den Mitgliedsbeitrag zu erhalten, ist durch die Straßenorganisation gegeben. Es wurde mir allerdings entgegnet, daß in ganz kleinen Orten diese Straßenorganisation nicht durchführbar ist. Aber das sind doch nur Ausnahmen. In der Regel handelt es sich uns doch um die Industrieorte,

wo die Leute nicht zerstreut, sondern in größerer Zahl zusammenwohnen. In der Volksversammlung erscheint immer eine große Zahl von Leuten; wenn man sie fragt, ob sie zur Partei gehören, sagen sie ja. Aber sie leisten keinen Parteibeitrag. Sie kommen mit der Partei außer Fühlung und werden erst wieder für die Partei gewonnen, wenn wieder einmal eine große Aktion ins Werk gesetzt wird, wie zum Beispiel bei Wahlen. Nur die Straßenorganisation kann sie zusammenhalten. Ich will mich in eine Erörterung der Beschaffenheit der Straßenorganisation nicht einlassen, weil das zu weit führen würde. Aber ich sage, daß sie die beste und idealste Form der Organisation ist, daß aber die Bedingung, sie durchzuführen, nicht im politischen Verein liegt, daß dieser allerdings auch nichts schadet. Wir zum Beispiel haben ein vollständiges Anmelde- und Abmeldesystem. Wenn einer aus dem Bezirk auszieht, wird seine Evidenzkarte in den anderen Bezirk hinübergegeben. Zieht einer in einen anderen Ort, so überschicken wir die Evidenzkarte dahin, damit die Genossen dort mit ihm in Fühlung bleiben. Wenn ich warte, wer mir die Beiträge bringt, werde ich mit der Parteiorganisation, welchen Namen sie auch hat, nur schlechte Erfahrungen machen. Ich muß selbst zu den Leuten gehen, das ist die Hauptsache. Nun hat Genosse Adler gesagt, daß heute die Parteigenossen weniger ausgebildet sind als seinerzeit, wo die Partei noch unter Verfolgungen zu leiden hatte. Das ist allerdings richtig. Ich weiß, daß die Kenntnis des Sozialismus sich nicht so ausgebreitet hat, wie sich die Partei ausgebreitet hat, sondern daß die Arbeiter mehr aus Klasseninstinkt als aus Klassenbewußtsein zu uns kommen. Das hat aber mit dem politischen Verein als der Grundlage der Organisation gar nichts zu tun. Ich kann die Versammlungen und Diskussionen auch durch die Straßenorganisation veranstalten lassen und kann damit alles, was Genosse Adler will, durchführen. Aber die Parteigenossen, die sich zur Arbeit hergeben, werden bei uns furchtbar überlastet. Die Frage ist, wie unsere Parteiorganisation einrichten, daß wir eine größere Zahl von Kräften bekommen. Ich glaube, das geht nur auf Grund der Straßenorganisation, indem wir alle Genossen wirklich zur Parteitätigkeit heranziehen. Im übrigen besteht ja im allgemeinen kein Streit, ob wir die leitenden Grundsätze, die uns die Kommission vorgelegt hat, annehmen sollen, sondern wir alle sind einig darüber. Sache der Parteigenossen wird es sein, diesen Grundsätzen wirkliches Leben zu geben.

Genossin **Boschek** (Wien): Uns Frauen ist der Antrag der Kommission durchaus sympathisch, nur haben wir einige Abänderungen in der Form vorzuschlagen. Für uns ist die Frage der Organisationsform noch viel schwieriger als für die Genossen, weil das reaktionäre Vereinsgesetz uns gar nicht die Möglichkeit gibt, die Frauen in politischen Vereinen zu organisieren. Solange wir keinen politischen Verein gründen können, wollen wir die freie Organisation beibehalten, welche sich in diesen Jahren durchaus erprobt hat und bei der, weil sie zentralisiert ist, auch die Erfolge jetzt größer sind als früher. Das Schwierige ist, daß die Zugehörigkeit zu zwei Organisationen für manche Schichten der Frauen kaum durchführbar ist. Infolgedessen müssen wir die Genossen um das größte Entgegenkommen in materieller Beziehung ersuchen. Wir haben beim Aufbau der politischen Organisation mehr als Sie auf die gewerkschaftliche Organisation Rücksicht zu nehmen. Die gewerkschaftliche Organisation bedeutet für die Frauen im vorhinein nicht dasselbe, was sie unbedingt für den männlichen Arbeiter bedeutet. Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung kommen für die Frauen von vornherein weniger in Betracht als für die Männer. So kommt es, daß für viele Frauen, namentlich für die jungen Frauen, die Zwecke, welche die Gewerkschaftsorganisation verfolgt, weniger Interesse erwecken als bei den Männern. Die gewerkschaftliche Organisation ist aber für die Frauen ebenso notwendig. Auf der anderen Seite sind der politischen Organisation zahlreiche Arbeiterinnen, insbesondere der Großindustrie leichter zugänglich. Dort sind die Frauen unter sich und sie können ihre Angelegenheiten allein ordnen. Die politische Organisation muß ja für die gewerkschaftliche Organisation

agitieren und wir können in der politischen Frauenorganisation nicht anders als darauf hinweisen, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterinnen nur bessern können, wenn sie Mitglieder ihrer Gewerkschaften sind. Aber die Bedingung ist, daß die Beiträge in der politischen Organisation möglichst niedrige seien, daß sie sich den Lohnverhältnissen der Arbeiterinnen anpassen, daß es den Arbeiterinnen ermöglicht wird, beiden Organisationen anzugehören. Wir wollen in das Statut, in die Gesamtorganisation fest eingefügt sein, wir wollen, daß die Frauenorganisation von der ganzen Organisation anerkannt werde, und daß es jedem Vertrauensmann bekannt werde, daß die Tätigkeit für die Frauenorganisation ebenso zu seinen Pflichten gehört, wie die Tätigkeit für die allgemeine Organisation. Die Parteivertretung will ja den Frauen für die Agitation möglichst breiten Spielraum lassen. Aber wir müssen doch damit rechnen, daß wir nicht nur mit der Parteivertretung zu tun haben, nicht immer nur mit jenen Genossen, die unsere Notwendigkeiten richtig begreifen, sondern daß wir es auch draußen mit den einzelnen Vertrauensmännern zu tun haben, die oft ganz anders darüber denken.

Deshalb stellen wir folgenden Antrag:

1. Die Frauenorganisation ist ein Glied der Gesamtorganisation. Die Mitgliedschaft bei einer auf Grund der Beschlüsse der Reichkonferenzen der Genossinnen gegründeten Frauenorganisation begründet auch die Zugehörigkeit zur Partei.

Das Organisationsstatut der politischen Frauenorganisation ist den im Parteistatut festgesetzten Bestimmungen anpassen. Jede Aenderung des Statuts kann nur im Einvernehmen mit der Reichspartei und den Landesvertretungen auf einer Reichsfrauenkonferenz vorgenommen werden.

In allen Vorständen der Parteiorganisationen haben die Frauenorganisationen, respektive deren Vertrauenspersonen gleiches Vertretungsrecht.

Die Adressen der Vertrauenspersonen für die Frauenorganisation sind von den Bezirksvertrauensmännern sowohl dem Parteisekretariat als auch dem Reichsfrauenkomitee mitzuteilen, das sie mit Rat und Tat zu unterstützen hat.

Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die jedesmal im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, gewählt.

Die Beitragsleistung der Parteigenossinnen zur Parteiorganisation eines jeden Bezirkes ist im Einvernehmen mit der Frauenorganisation den lokalen Bedürfnissen entsprechend zu regeln.

2. Die weiblichen Delegierten des Parteitages beantragen, bei der Bestimmung über die Höhe der Parteibeiträge für die Frauenorganisation darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Beiträge an das Land nicht höher seien als für das Reich, da die Frauenorganisation auch Beiträge an das Frauenreichskomitee zu leisten hat.

Der zweite Antrag bezieht sich auf die Leistungen. Die Genossinnen wollen keine Ausnahme haben, sondern alles will die einheitliche Form der Beitragsleistung. Nur müssen wir einen Teil unserer Organisation trotz des Gesamtstatuts auf unsere Kosten tragen. Es ist nicht möglich, daß die ganze Agitation von der Gesamtorganisation bestritten werde. Wir haben auch die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu unterstützen. Wir haben Vertrauenspersonen draußen und infolge aller dieser Umstände haben wir schon jetzt bestimmte Leistungen, die uns allein zufallen. Mit dem Reichs- und dem Landeskassier sind wir schon ausgekommen. Ihnen haben wir schon begreiflich gemacht, daß wir Extraausgaben haben. Hier ist kein Kampf notwendig, höchstens bekommen wir einen Brummer (Heiterkeit), was uns weiter nicht berührt. Schließlich gelingt es uns meist doch, den Kassier zu überzeugen. Anders aber ist es draußen mit unseren Vertrauensmännern, mit den Parteigenossinnen, die eben erst gewählt wurden, und mit den Bezirkskassieren, die selbst nur wenig in ihrer Kasse haben. Diesen Kassieren unsere Notwendigkeiten begreiflich zu machen und zugleich den Genossinnen den nötigen Mut zu verleihen, das ist sehr schwer. Dem wollen wir abhelfen, indem wir den Genossinnen einen bestimmten Betrag zur eigenen Verwaltung geben. Das hat noch einen anderen Wert; es wird nämlich gleichzeitig die Genossinnen anspornen, eine regere Agitation zu entfalten. Je mehr Mitglieder sie dann bekommen, um so mehr Mittel werden sie haben. Im engeren Komitee wurde schon die finanzielle Seite dieser Frage

besprochen und es wurde uns die Zustimmung dazu gegeben, daß die Quittungsmarke für die Frauenorganisation billiger sei, daß die Landes- und auch die Reichspartei die gleichen Beträge einheben werden. Die Reichsparteivertretung hat uns versprochen, die Marke um einen Heller abzugeben. Wir wünschen dasselbe auch von der Landesorganisation. Mit der Bezirks- und Lokalorganisation werden wir es, wie es im Statut vorgeschlagen ist, selbstverständlich regeln.

Grassinger (Wien): Es ist niemand in diesem Saale, der nicht die Kreierung einer festen Parteimitgliedschaft und die einheitliche Quittungsmarke begrüßen würde. Auch wir Wiener sind damit einverstanden, weil wir darin die Möglichkeit ersehen, in Kreise einzudringen, die uns beim heutigen System nicht zugänglich wären. Aber wenn wir uns gegen die obligatorische Einführung der Wahlvereine als Grundlage der Partei erklären, so geschieht das nicht, weil wir auf dem Instamentstandpunkt stehen, sondern es geschieht im Interesse der Gesamtpartei, weil wir das System, das in vielen Bezirken sich so glänzend bewährt hat, nicht erschüttern lassen wollen. Nicht nur finanzielle Gründe bewegen uns, auch agitatorische. Seliger hat bedauert, daß die Presse noch nicht die wünschenswerte Verbreitung hat. Wenn wir in das heutige System eine Bresche legen lassen, bedeutet das, daß wir Zehntausende von Lesern der Parteipresse, und wenn es auch bloß die „Volkstribüne" anlangen würde, verlieren könnten. Wenn man sagt, daß durch die Vereine zur Erziehung der Genossen mehr getan werden solle, so haben wir das heute schon mit den Wahlvereinen gemacht. Wenn die Erziehungsarbeit nicht so intensiv ist wie früher, so hat das seinen Grund in den Kämpfen, die wir bis in die letzte Zeit führen mußten. Wir machen die Diskussion in den Wahlvereinen nicht nur den Mitgliedern zugänglich, sondern agitieren in weiteren Kreisen, und gerade die „Volkstribüne" bietet die Möglichkeit dieser Agitation. Wir begrüßen es deshalb, daß das vorbereitende Komitee uns so weit entgegengekommen ist und die Erschütterung des Bestehenden nicht will. Ich bitte Sie, dem Kommissionsantrag Ihre Zustimmung zu geben und uns Wienern es zu ermöglichen, friedlich an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten.

Nitschmann (Neutitschein): Ich meine, daß mit Ausnahme einiger Delegierten alle wollen, daß die Organisation auf eine feste Grundlage gestellt werde, die der Bedeutung der Partei entspricht. Wir kommen Ihnen, weil Sie die Notwendigkeit der heutigen Form behaupten, entgegen. Sie sagen, wir seien nicht leistungsfähig. Aber wir wollen es werden. Heute ist hauptsächlich der Mangel an Kräften daran schuld. In Wien haben Sie viele Bildungsmittel und Kräfte, in der Provinz können wir aber oft keine Versammlung abhalten, da Vertrauensmänner fehlen, die sich öffentlich betätigen könnten. Wir müssen eben die Organisation auf eine Grundlage stellen, daß sie etwas leisten kann. Mit der freien politischen Organisation geht es nicht. Was über die Frauen und Eisenbahner gesagt wurde, ist alles überwundener Standpunkt. Die Häuser- und Straßenorganisation kann auch innerhalb des Vereines bestehen. Ich wünsche ebenfalls einen Uebergang, denn wir haben viele Drucksorten und Marken machen lassen und wollen jetzt nicht alles vernichten. Ich bitte Sie, die Vorschläge der Kommission anzunehmen, die ohnehin schon durch Zugeständnisse verbessert wurden.

Arbeitel (Bielitz): Man darf die Aenderungen, die die Kommission vorgenommen hat, nicht so auslegen wie Resel: Wo es uns gefällt, möchten wir die Vereine gründen, wo nicht, alles beim alten lassen! Ueberall hat man die Empfindung, daß wir einer kompakteren Form bedürfen. Die politische Organisation ohne Häuserorganisation ist eine leere Form. (Pölzer: Wir haben in zwei Jahren einen besseren Verein als ihr!) Die Genossen aus der Provinz haben das Bedürfnis nach Festigung der politischen Organisation. Bisher wurde die politische Arbeit nur als Nebenarbeit von den Gewerkschaftsvertrauensmännern besorgt. Die Organisationen sind aber gewachsen, die Arbeit in den Gewerkschaften häuft sich und auch die politische stellt höhere Anforderungen, als dies zur Zeit des Kurienparlaments geschah. Darum sollen die politischen Organisationen so systematisch gepflegt werden

wie die gewerkschaftlichen und nichts ist naheliegender, als ihnen dieselbe Form zu geben. Wenn auch die Verhältnisse politische Vereine nicht gestatten, so kann doch die Einheitlichkeit der Steuer und der Marke festgelegt werden. Wir dürfen nicht bei der in der Luft hängenden Organisation bleiben. Die Sache ist ernster, als sich Resel denkt. Da die Nebenarbeit der Gewerkschafter aber nicht ausreicht, so müssen wir daran denken, Genossen nur für die politische Arbeit anzustellen. Das ist aber nur möglich bei der Organisation durch Vereine. Nehmen Sie die Sache ernst und wir werden am nächsten Parteitag bis zur obligatorischen Grundlage durchgedrungen sein.

Schiegl (Wien): Als Gewerkschafter und Mitglied der vorberatenden Kommission unterstütze ich natürlich die Richtlinien des Kommissionsvorschlages. In der Plenarversammlung der Gewerkschaften in Wien wurde einmütig ausgesprochen, daß die politische Partei auf eigene Füße gestellt werden muß. Wenn wir heute die Sache wieder auf die lange Bank schieben würden und erst auf dem nächsten Parteitag eine Entscheidung herbeiführen wollten, wäre die bisherige Arbeit vollständig unnütz. Die Gewerkschafter können heute nicht mehr so intensiv für die Partei tätig sein wie bisher und darum müssen wir eine Form finden, die das Parteileben stärkt. Es ist begreiflich, daß die bisherige Organisationsform den Genossen lieb geworden ist. Aber wir dürfen nicht in den Fehler verfallen wie David und sagen: „Weil es so war, muß es so bleiben." Wenn David sagt: „Trotz der losen Organisation bleiben wir eine mächtige Partei", so ist das richtig; aber ich glaube trotzdem nicht, daß sich David die Zeit zurückwünschen wird, wo von sogenannten Rauchklubs die Parteitätigkeit ausgegangen ist. War es möglich, die Organisation so weit vorwärts zu bringen, wie sie heute ist, so müssen wir versuchen, sie noch weiter vorwärts zu bringen.

Als Mitglied der Kommission will ich aussprechen, daß, weil wir Ausnahmen zugelassen haben, die Genossen, die nicht wollen, es nicht einfach bleiben lassen dürfen. Wir haben festgestellt, daß die neue Form eingeführt werden soll und nur dort unterbleiben kann, wo sie vollständig unmöglich ist: zum Beispiel dort, wo ein mächtiger Kapitalist es verhindert, daß auch nur die wenigen Personen für den Vorstand gefunden werden können. Dort soll die bisherige Form bleiben, aber mit der Parteikarte und der einheitlichen Marke. In Wien sind solche Schwierigkeiten völlig ausgeschlossen. Hier ist es möglich, in jedem Bezirk einen politischen Verein zu gründen. Darum muß der Parteitag aussprechen, daß für Wien eine solche Ausnahme nicht zulässig ist. (David: Sie kämpfen gegen Windmühlen. In jedem Bezirk ist ein politischer Verein!) Das ist mir bekannt, aber heute ist die Sachlage die, daß die Vereine mehr oder weniger nur dem Namen nach bestehen. (David: Sind Sie Mitglied eines politischen Vereines?) Ja! (David: In welchem?) Am Neubau, wo ich wohne. (David: Also Primagenosse! — Hueber: Ich möchte auch nicht das Gewerkschaftsbuch jedes einzelnen kontrollieren!) Ich muß gegen die verletzende Form, in der Genosse David fragt, Verwahrung einlegen. (Zustimmung.) Genossen Sever möchte ich bitten, daß er seine Bemerkung, das Hausregiment würde frondieren müssen, für nicht gesprochen erkläre. Das ist keine sachliche Diskussion. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß festgelegt werden soll, daß die Genossen, die einer politischen Organisation angehören können, ihr unbedingt angehören müssen. Auch manche Parteigenossen wissen nicht immer ihre Pflicht gegen die Gewerkschaften zu erfüllen, darum ersuche ich Sie, die Bestimmung in das neue Organisationsstatut aufzunehmen, daß jedes Parteimitglied verpflichtet ist, seiner Berufsorganisation anzugehören. Ich bitte Sie, den Grundlinien zuzustimmen, und bitte die Wiener Genossen, nicht in der schroffen Weise aufzutreten, wie es Sever getan hat. (Schuhmeier: Warum schroff?)

Hueber: Es wäre verlockend, eine eigentliche Debatte über Organisation abzuführen. Die bisherige war es nur in geringem Maße. Dem Genossen Seliger sind wir sehr dankbar dafür, daß er eine Form vorgeschlagen hat, die nicht nur einen Wert für die politische, sondern auch für die gewerkschaftliche

Organisation besitzt. Die Gleichheit der Form im ganzen Reiche ist der wesentliche Inhalt seines Vorschlages, weshalb er uns als Gewerkschafter sehr erwünscht kommt. Wir haben allerdings schon in den Neunzigerjahren politische Vereine gegründet, in einer Zeit, wo wir ganz andere Arbeiten zu besorgen hatten, als die wir heute neu zu verrichten haben. In der Zeit der Straße, die wir bis zu den letzten Wahlen hatten, konnten wir die politischen Vereine als Organisation gar nicht brauchen. Heute obliegt uns eine bedeutend schwerere Arbeit. Früher war es eine gefährliche, aber jetzt kommt die schwierige: die Masse zu einer klug denkenden Macht zu erheben. Wir waren auch im Anfang der gewerkschaftlichen Organisation unter dem Ausnahmezustand gezwungen, freie gewerkschaftliche Organisationen zu gründen. Als er aufgehoben wurde, sind wir sofort zur Gründung von Vereinen geschritten. Wir werden uns um die Form nicht streiten, die wir immer pflichtbewußt gewesen sind. Aber wie es die Masse empfindet, das ist die Frage. Wenn man der Organisation nicht die Form gibt, die Solidität und Sicherheit den Arbeitern gewährleistet, hat sie nicht das Gefühl, warum sie sich zur Organisation schlagen muß. Gewiß wird nach dem Entwurf der Kommission nicht verlangt, daß Sie alles schon morgen machen müssen. Wir bitten Sie nur, daß Sie dabei helfen. Die Befürchtungen des Genossen David, daß die Gewerkschaften sich von nun an ganz abseits stellen werden, sind ganz unbegründet. Die Gewerkschaften in Oesterreich haben jederzeit bewiesen, daß sie volles Verständnis für politische Notwendigkeiten besitzen, und so wird es auch hoffentlich in Zukunft sein. Die Gemeinsamkeit, das Interesse der Gewerkschaft daran liegt nicht in dem Beitrag, sondern in viel Höherem, das uns verbindet und nicht trennen darf: der Klassenkampf, ob politisch oder gewerkschaftlich, verschärft sich und in den entscheidenden Kämpfen, wie wir gegenwärtig in Schweden einen sehen, brauchen wir nicht nur die politische Organisation des Landes, sondern die Arbeiterschaft der ganzen Welt zur Unterstützung. (Sehr richtig!) Ich habe nur wenig gesprochen, weil ich die Absicht hatte, Schluß der Debatte zu beantragen. (Heiterkeit.) Wir werden uns in diesen Dingen finden. Wir haben uns immer gefunden und werden das Werkel so einrichten, daß alle zufrieden sein werden. So wird es im ganzen Reiche sein. Aber halten Sie an dem Gedanken fest, der im Entwurf Seligers liegt. Untersuchen wir nicht, wer mehr geleistet hat, wir haben alle nur unsere heilige religiöse Pflicht gegen das Proletariat erfüllt. So wie wir in der Gewerkschaft trotz aller Hindernisse zur starken Zentralisation gekommen sind, so brauchen wir diese auf politischem Gebiet, damit der Ausgleich der Kräfte herbeigeführt werden kann. Durch diese Form wird es möglich sein, den schwachen Bezirken zu helfen. Nachdem ein ernstlicher, sachlicher Widerstand gegen die Vorschläge der Kommission nicht erhoben worden ist — alles war gut, was wir gemacht haben, aber es soll noch besser werden — könnten wir jetzt ein Redaktionskomitee wählen, welches dem Parteitag ein endgültiges Statut zu unterbreiten hat. (Lebhafter Beifall.)

Witternigg (Salzburg): Wenn gesagt wurde, die Niederösterreicher leisten mehr als acht Kronländer zusammen, so darf man nicht übersehen, daß dort auch mehr Menschen wohnen als in einigen Kronländern zusammen. Selbstverständlich kann man dort auch mehr einnehmen. Die zwanzig Heller müssen auch in Niederösterreich als ein Minimum eingehoben werden. Wenn eine Landesorganisation damit nicht auskommt, kann sie sich mehr verschaffen. Wir empfinden es als ein Unrecht, daß der Holzschläger oder Bauhilfsarbeiter in einem Gebirgsdorf, der anderthalb Kronen täglich verdient, ebensoviel zahlen soll als der Buchdrucker mit fünf Kronen Tagesverdienst. Es sollte eine höhere Besteuerung für Bessergestellte eintreten. Gerade die ärmsten Parteigenossen bringen heute nicht nur die meisten Opfer, sondern leisten auch die meiste Arbeit. Ferner brauchen wir in der Provinz dringend Kräfte. Da soll ein Mann die politische, die gewerkschaftliche und die Konsumvereinsbewegung fördern. Und wo nimmt er die Zeit her, zu studieren; da soll er Redakteur sein, soll das ganze Land bearbeiten und woraus soll er schöpfen? Er fällt ja auch nicht als Gelehrter vom Himmel. Die Klerikalen,

die in jedem Orte einen Pius-verein schaffen, haben in jedem Dorfe den Pfarrer, der der Intellektuelle ist und die administrativen Arbeiten erledigen kann. Unsere Leute auf dem Lande haben diese Fertigkeit nicht. Die politischen Vereine müssen uns da helfen. Aber was soll man mit 20 H. anfangen? Vier Organisationen wollen davon leben. Der Verein kann nichts bieten; denn was hat der Mann, der jenseits des Hochkönigs wohnt, wenn in Salzburg Rechtsschutz und Auskünfte erteilt werden? Man muß doch auch für das Geld etwas leisten. Darum müssen wir Leute anstellen können, die in vielen Fällen als Berater und Helfer zur Hand sind und welche die agitatorische und organisatorische Arbeit in den Wahlkreisen machen. Man kann doch nicht ganze Kronländer einzelnen Personen allein zur Bearbeitung überlassen. Die Arbeit ist zuviel. Wenn man ferner für die politische Organisation wirbt, so soll der Agitator die Möglichkeit haben, zu sagen, daß die politische Organisation ihm das und jenes bietet. Mit den idealen Versprechungen allein ist das Werben ungemein schwer. Wir in Salzburg haben die politischen Vereine schon zwei Jahre und können daher Ihnen die höheren Aufgaben, die diese Vereine an die Partei stellen, bereits mitteilen. Obwohl man uns Salzburger als Provinzler für rückständiger erachtet, so liefern wir Ihnen damit den Beweis, daß die „Stierwascher" schon bedeutend weiter vorgeschritten sind als die Städter. Wir haben nur einen Kummer, der ist: wie bekommen und erhalten wir die Vertrauensmänner, die uns allmonatlich die Beiträge für den Verein einkassieren? Das ist eine Frage, die wir schon lange zu lösen versuchen; haben wir diese Frage beseitigt, dann erhoffen wir uns von der politischen Organisation sehr viel. Hierzu gehört nichts als Pulver. Schaffen Sie daher heute das Geleise, auf dem die sozialistische Bewegung vorwärts rollt, geben Sie ihr die Kohle zur Beheizung, dann, Genossen, erreichen wir das, nach dem sich unser Herz sehnt: die Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer ökonomischen und politischen Unterdrückung. (Zustimmung.)

Landtagsabgeordneter **Pölzer**: Wir müssen alle den Genossen Hueber sowie allen Sekretären der Zentralverbände der gewerkschaftlichen Organisation bitten, uns dadurch bei dem Ausbau der politischen Organisation zu unterstützen, daß es jedem Gewerkschafter zur Pflicht gemacht wird, der politischen Organisation anzugehören. Weiter muß getrachtet werden, aus den Reihen der gewerkschaftlichen Organisationen Funktionäre für die politische Organisation zu bekommen, denn jeder wird zugestehen, daß ein Mangel an Kräften besteht. Einige Worte an die Genossen der Provinz. Sie sagen, die Wiener wollen das nicht machen. Das ist nicht wahr. Die Wiener haben eine politische Organisation geschaffen, und wenn wir auch in einigen Bezirken schwach sind, so haben wir doch große Erfolge erreicht. Wir sind auch bereit, die Organisation in die neue Form hinüberzuführen. Wir brauchen nur ein Uebergangsstadium. Das Wichtigste ist die Häuser- und die Straßenorganisation; auch in der Provinz tut sie not. Ich weiß es, weil ich bei den Gemeinderatswahlen hinauskomme und sehe, daß zur Bearbeitung bestimmter Häuser niemand da ist, weil sich vorher niemand um diese Häuser gekümmert hat. Es wurde von Flugblättern gesprochen. Wir könnten dreißigtausend in einer Stunde verbreiten. Mit den Vereinen wird aber die Arbeit nicht kleiner werden; wir werden ebenso einkassieren gehen müssen wie bisher. In die Gewerkschaft kommen die Leute freiwillig zahlen, weil sie sagen, wenn sie nicht zahlen, kommen sie außer Genuß. Das hat der Arbeiter bei der politischen Organisation nicht zu befürchten. Deshalb müssen wir zu ihm kommen und nicht bloß als Nehmende. Heute kommen wir mit der „Volkstribüne" als Gebende. Sie müssen halt trachten, den Apparat so gut als möglich auszubauen, damit wir allen Aktionen ruhig entgegengehen können. Ich bitte Sie, sehen Sie vor allem auf die Häuserorganisation. (Beifall.)

Seliger (Schlußwort): Zunächst muß ich gegenüber verschiedenen Einwendungen erklären, daß das vorbereitende Komitee sich auch mit jener Bestimmung des alten Statuts beschäftigt hat, in welcher die Verpflichtung zum

Beitritt zu der gewerkschaftlichen Organisation ausgesprochen ist. Und da schlage ich Ihnen vor, nachstehenden Passus in unsere Vorschläge aufzunehmen:

Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, seiner Berufsorganisation anzugehören, sowie die Mitglieder der Berufsorganisation die Verpflichtung haben, Mitglieder der Parteiorganisation zu sein.

Skaret hat gemeint, daß er und meine Wenigkeit die einzigen Unzufriedenen mit den Vorschlägen seien. Wenn er meint, daß das Komitee nicht das von uns gewünschte Prinzip zur vollen Geltung gebracht hat, hat er vollkommen recht; aber ich muß sagen, das Resultat der Debatte, die wir eben abgeführt haben, befriedigt mich im vollsten Maße. Denn das Resultat dieser Debatte ist, daß der Gedanke, den ich meinem Organisationsentwurf zugrunde gelegt habe, auf siegreichem Vormarsch ist, und ich hoffe, daß wir von diesem Parteitag aus im raschesten Tempo der Vereinsorganisation, als der allgemeinen Grundlage der Partei im ganzen Reiche, zustreben werden.

Nun muß ich aber auch noch auf einige Ausführungen zurückkommen, die in dieser Debatte gemacht worden sind. Da freut mich insbesondere die Stellung des Genossen David, der als erster mit dem schwersten Geschütz gegen meinen Entwurf aufgetreten ist und der sagt: Ja, wenn das Vereinsgesetz reformiert wird, so wäre gegen die Vereinsorganisation als solche nichts einzuwenden. Auch er, als schärfster Gegner meines Entwurfes, anerkennt das Prinzip und das befriedigt mich im vollsten Maße. Ich setze nur hinzu: Eine Schwierigkeit, eine scheinbare Unmöglichkeit darf uns nicht abschrecken, etwas durchzuführen, was wir als praktisch, als richtig, als notwendig anerkannt haben. Im Lexikon der österreichischen Sozialdemokratie — das beweist unsere Geschichte — kommt das Wort „unmöglich" nicht vor. (Lebhafter Beifall.) Darum bin ich auch fest überzeugt, es wird die Zeit kommen, wo die Wiener Genossen die beste politische Vereinsorganisation haben werden. Ich bin überzeugt, daß nun, da ich nicht nur die Kraft und die Energie der Wiener Genossen, die jeden Tag aufs neue lebendig wird und ihren Einfluß auf das Parteileben des gesamten Reiches zu würdigen weiß, sondern auch weiß, von welch einschneidendem Einfluß und von welcher gewaltigen Wirkung die Energie und die Entschlossenheit und die Kraft der Wiener sozialdemokratischen Arbeiter gewesen ist für alle Aktionen und vor allem auch für alle siegreichen Vorstöße der Partei, daß die Wiener Genossen das Prinzip anerkennen. Ich bin überzeugt, Sie werden bei eingehender Betrachtung und Würdigung aller Gründe, die dafür vorgebracht worden sind, seine praktische Bedeutung und Wichtigkeit anerkennen, und dann werden Sie darangehen, den Willen des Parteitages in die Tat umzusetzen, und es wird ein Parteitag kommen, wo wir sagen können: Der Gedanke einer straffen, zentralen, festgegliederten, auf einer tatsächlichen Mitgliedschaft beruhenden Organisation der Parteigenossen im ganzen Reiche ist zur Tat geworden. (Stürmischer Beifall.)

Nun lassen Sie mich aber, Parteigenossen von Wien, noch folgendes sagen: Haben Sie denn wirklich geglaubt, daß die Genossen, die den Gedanken propagieren, so unerfahren im Parteileben und so einfältig sind, daß sie die Absicht hätten, jetzt müsse das in Wien mit einem Schlage so werden, wie wir es haben wollen, daß bei allen diesen Genossen der Gedanke aufgekommen wäre, daß das, was die Wiener Genossen erworben haben in langer, schwerer und mühevoller Arbeit, niedergerissen werden kann? Ich verstehe nicht, Genossen, wie ein solcher Gedanke aufkommen konnte. Niemandem ist das eingefallen. Was in meinem Entwurf an die Parteivertretung — ich wiederhole: nicht an den Parteitag — enthalten war, war nur ein Prinzip, und für Wien habe ich mir gedacht, ist das nicht meine Sache, sondern Sache der Parteivertretung, den Weg zu bezeichnen, auf dem wir zur praktischen Durchführung dieses Prinzips kommen können. Wenn ich gesagt habe, ich kenne die Wiener Verhältnisse zu wenig, so sagte ich das in Bezug darauf, daß ich mir nicht anmaßen konnte, in meinem Entwurf auszusprechen, so müsse es sein. Ich hätte ja leicht Bestimmungen aufnehmen können. Da hätte ich mich einfach mit einigen Wiener Parteigenossen ins Einvernehmen gesetzt, wie sie sich die

Durchführung der Sache für Wien vorstellen. Aber das war nicht meine Sache. Ich hatte nur der Parteileitung zu referieren und sagte mir: dort sitzt der Schuhmeier, dort sitzt der Höger, dort sitzen in der Organisation so erfahrene Leute, die werden schon sagen, was man für Wien machen soll.

Aber das Prinzip, das ich aufstelle und das zur Geltung kommen soll auch in der Wiener Organisation, das schließt von alledem, was Sie haben, gar nichts aus. Es wäre auch Wahnsinn, zu verlangen, daß eine mustergültige Einrichtung, daß die glänzenden Einrichtungen, die Sie haben — ich möchte nur wünschen, daß sie bis in das kleinste Dorf durchgeführt werden — beseitigt werden. Und ich will ausdrücklich konstatieren, daß es keinem Provinzgenossen eingefallen ist, an den Einrichtungen der Wiener Genossen Kritik zu üben. Aber wir wissen, in Wien gibt es 46.000 beitragleistende Parteigenossen. Das ist schön, das ist ausgezeichnet, das sichert der Partei eine Fülle von Macht, nicht nur in Wien, sondern im ganzen Reich, zu der wir uns nur gratulieren können. Aber für mich liegt die Frage so: Wie erfassen wir diese 46.000 Parteigenossen zu kontinuierlichen, für die Aktion wichtigen Parteiarbeiten? Und wie sind die Einrichtungen, die wir brauchen, um diese 46.000 Genossen nicht nur zu Parteibeiträgen zu bringen, sondern sie zu bewußten, in sich klaren Mitkämpfern unserer Partei zu erziehen? Wenn ich zu dieser Frage gekommen bin, so will ich offen und ehrlich gestehen, ich kam dazu aus eigener Betrachtung der Wiener Verhältnisse durch meine Teilnahme an großen Vertrauensmännerversammlungen der Wiener Parteigenossen. Und da komme ich auf eine Bemerkung des Genossen Pölzer zurück, der ganz richtig gesagt hat: Ja, es ist etwas ganz anderes bei der gewerkschaftlichen Organisation, dort wissen die Mitglieder, daß ihnen für ihre Beiträge die Organisation Ungeheures bietet, nicht nur Arbeitslosenunterstützung, nicht nur Reise- und Krankenunterstützung, das sind nebensächliche Dinge. Aber die Organisation garantiert ihnen die Erhaltung ihrer Lohnhöhe, die Erhaltung ihrer Existenzhöhe, das ist das Entscheidende, das weiß jeder Gewerkschafter. Nun sagt Pölzer: Das ist bei der politischen Organisation nicht so. Es ist wahr, daß die politische Organisation sicherlich nicht ausgeprägt in dem Statut die unmittelbaren Vorteile für jeden einzelnen Genossen hat. Um diese Vorteile in ihrer unmittelbaren Wirksamkeit für das tägliche Leben eines Arbeiters zu erkennen, dazu bedarf es einer gewissen geistigen Höhe und einer politischen Reife, und um diese politische Reife der Zehntausende von Vertrauensmännern zur allgemeinen Reife der Arbeiterschaft zu machen, das ist das Problem, das uns gestellt ist, gestellt auch für Wien.

Nun hat Resel ganz zutreffend ausgeführt: Der Name und die Form der Organisation allein tun es nicht, der Inhalt ist entscheidend. Zweifellos brauchen wir eine Straßen- und Häuserorganisation, aber wir behaupten, daß die Straßenorganisation nicht die Grundlage der Organisation sein kann, sondern nur ein Behelf, mit dem sich die Organisation bei allen Aktionen im politischen Leben durchsetzt. Ich möchte gegenüber Resel, der ausschließlich für die Straßenorganisation eintritt, auf die Auffassung eines in derselben Organisation wie Genosse Resel gleichfalls sehr tätigen Genossen verweisen, auf die des Genossen Schacherl, der in ausgezeichneter und sehr zutreffender Weise im „Kampf" die Mängel und die Grenzen der Straßenorganisation aufgezeigt hat. Die ganze Diskussion hat ergeben, daß wir im Prinzip einig sind. Und wenn von gewisser Seite ein Gefühl, nicht ein Argument, in die Wagschale geworfen wurde, das Gefühl der Furcht, daß wir die Organisation gewissen Gefahren aussetzen könnten, so meine ich, darüber läßt sich nicht streiten. Ich kann ihre Furcht nicht bannen, ich kann aber sagen, daß wir in Böhmen trotz der Verfolgung, trotz der Gehässigkeiten der Gegner, trotzdem unsere böhmischen Bezirkshauptleute noch immer „böhmische Bezirkshauptleute" sind, diese Organisation durchgesetzt haben, ohne daß die von ihnen befürchteten Folgen sich eingestellt hätten. Denn die Form unserer Organisation besteht in voller Gesetzlichkeit. Was den Antrag Boschek betrifft, so würden wir es selbstverständlich nur begrüßen, wenn die Frauenorganisation fest verknüpft würde mit der politischen Organisation, solange

die Bedingungen nicht dafür gegeben sind, sie in eins aufgehen zu lassen. Wir in Böhmen haben, was möglich ist, in dieser Beziehung getan. Wir sind im Laufe der Jahre in wirtschaftlicher und politischer Beziehung stärker geworden. Aber unsere Stärke wird zu einer in jedem Augenblick sich vergegenständlichenden, immer gegenwärtigen und sich immer steigenden Gefahr für den politischen und ökonomischen Machtbesitz der herrschenden Klassen im Staate. Das ist es, was bei jenen Klassen gegen uns nicht nur größeren und tieferen Haß, erbittertere Leidenschaft hervorruft, sondern vor allem das Bestreben und die Lust, uns um jeden Preis niederzuringen. Darum werden die Kämpfe der Zukunft schärfer werden und wir müssen also dafür sorgen, daß wir diesen Kämpfen alle Zeit und in jedem Fall gewachsen sind. Dafür ist meines Erachtens eine gute, stramme, leistungsfähige Organisation die beste Bürgschaft. Darum bitte ich Sie, die vom Komitee vorgeschlagenen Grundsätze anzunehmen.

Zur tatsächlichen Berichtigung:

Schiegl: Während meiner Rede ist mir ironisch zugerufen worden: „Primagenosse". Ich erblicke darin eine Herabsetzung meiner Tätigkeit in der Partei und muß deshalb wohl darauf hinweisen, daß ich stets meine Pflicht für die Partei nach Kräften erfüllt habe und glauben darf, einen Vorwurf nicht verdient zu haben.

David: Ich gestehe, den Zwischenruf gemacht zu haben. Genosse Schiegl hat aber keinen Grund sich aufzuhalten, denn die Bemerkung war gar nicht ironisch gemeint. Ich wollte damit nur sagen, daß die Argumente, die Schiegl für die politische Vereinsorganisation anführte, wohl für ihn zutreffend seien, aber nicht für die Masse der Genossen.

Es wird nun ein engeres Redaktionskomitee, bestehend aus den Genossen Dr. Czech, Hackenberg, Hueber, Seliger, Skaret und der Genossin Boschek gewählt.

Nachmittagssitzung.

Parteipresse.

Referent **Austerlitz**: Die Berichterstattung über das wichtige und umfängliche Kapitel „Presse" hat sich auf den bisherigen Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie im wesentlichen auf den Bericht über die wirtschaftlichen Verhältnisse der der Parteivertretung unterstehenden und vom Parteitag zu kontrollierenden Zeitungen und Schriften beschränkt, womit gewohnheitsmäßig die Klage über zu geringe Ausbreitung der Parteipresse verbunden war und woran die Mahnung geknüpft wurde, für die Verbreitung umfassender wirksam zu sein. Den Bericht über die wirtschaftlichen Verhältnisse wird dem Parteitag Genosse Emmerling vorlegen und er wird gewiß nicht verabsäumen, die alte Klage auch heute nachdrücklich zu erheben. Aber ich meine, daß es nützlich ist, wenn die Klage von zwei verantwortlichen Personen der Parteipresse vorgetragen wird. Und ich glaube, daß die Presse ein so wichtiges Element im Gesamtgefüge der Partei ist, daß wir die Gelegenheit nicht verabsäumen sollen, über die Mängel und über die Notwendigkeiten der Ausgestaltung unserer Presse ausführlicher zu sprechen.

Die Aufgaben der Parteipresse wachsen in dem Maße wie die Partei. In den Anfängen der Bewegung ist sie vorzüglich Erweckerin des proletarischen Bewußtseins, pflügt sie vorwiegend das Erdreich um, in das die Saat der proletarischen Ueberzeugung gesenkt wird. Wenn die Partei groß und eine wirkende Kraft geworden ist, hat ihre Presse die Aufgabe, das Besitztum zu erhalten und zu mehren. Mit der Größe der Partei schwindet die Möglichkeit, zu unseren Genossen anders als durch die Presse zu sprechen. Auch von der größten Versammlung wird nur ein geringer Bruchteil der Partei ergriffen und immer leiser erschallt das Wort, das die Genossen erfaßt. Wenn die Partei wirkt in den Gewerkschaften, im Parlament, im Landtag und in den Gemeinden, kann die Kunde von ihrer Wirksamkeit, die so geeignet ist, die Ueberzeugung der Genossen zu festigen und der Partei neue Elemente zuzuführen, nur durch die Presse gegeben werden. Worin besteht nun die Kraft

der Partei? In dem, was wir mit einem der Sache würdigen und den Begriff sachgemäß ausdrückenden Worte die Vertrauensmänner nennen. Sie sind die wahren Stützen der Partei, die das Feuer der Begeisterung immer wach erhalten, die Ideen von Mann zu Mann tragen: in der Werkstätte, am Wirtshaustisch, bei zufälligem Zusammentreffen. Und deshalb konzentriert sich unsere Sorge darauf, diese Kreise der Partei, die ihr mit Leib und Seele, mit Herz und Hirn ergeben sind, immer umfänglicher zu gestalten, die Stützpunkte immer tiefer zu verankern und die schwachen Seiten der Peripherie der Partei gegen Rückfälle in das nichtsozialistische Bewußtsein, Denken und Empfinden widerstandsfähiger zu machen. Die naturgemäßen Vertrauensmänner der Partei sind nur diejenigen, die das Parteiblatt immer lesen, die das sozialdemokratische Bewußtsein nicht bloß am Tage der Wahl, auch nicht am Tage der Einzahlung in den politischen Verein zum Ausdruck bringen, sondern die sich dem Sozialismus so vermählt fühlen, daß ihr ganzes Denken und Wirken Sozialismus ist. Denn was erzeugt unser Bedürfnis, daß die außerparlamentarische Tätigkeit der Partei nicht verabsäumt und gegenüber der parlamentarischen Arbeit nicht hintangesetzt werde? Im Wesen nichts anderes als die Erkenntnis, daß die Kunde von der Tätigkeit unserer Abgeordneten, die Kunde von der Tätigkeit der Gesamtpartei nicht den ganzen Kreis, ja nicht einmal den Kern der Partei ergreift und daß wir daher nebst einer vergleichsweise viel zu geringen Anzahl von bewußten, klardenkenden und niemals schwankenden Parteigenossen in der Partei eigentlich eine amorphe Masse haben, die wir bei jeder neuen Aktion, bei jeder neuen Unternehmung von frischem erobern müssen. Die wahre Aufgabe der sozialistischen Agitation ist darum die, daß die Partei in jedem Augenblick vollständig mobilisiert sei: daß sie immer gerüstet ist. Das kann aber nur dadurch geschehen, daß das sozialistische Denken, das im Gehirn der Menschen so lebt, daß es daraus nicht mehr verschwinden kann, in einen viel größeren Kreis eindringt, als es derzeit der Fall ist, daß mit einem Worte die Sozialdemokratie nicht bestehe aus einer Anzahl von Organisierten und aus einer großen Anzahl von bloß Zugehörigen, die bei jeder Aktion von neuem zu Sozialisten erzogen werden müssen, vielmehr es so werde, wie es das Ideal der sozialistischen Agitation ist: daß aus jedem zufälligen Wähler, aus jedem, der, einem augenblicklichen Impuls folgend, zur Partei kommt, ein bewußter Sozialdemokrat oder, wie wir das mit unserem alten guten Worte bezeichnen, ein Genosse wird. Das kann im Grunde genommen nur durch die Presse geschehen, und so wird das Problem, warum unsere Parteipresse und insbesondere unser Zentralorgan, die „Arbeiter-Zeitung", nicht in dem Maße, in dem sie an Einfluß und an Gewicht, in dem ihr Wort an Intensität gewinnt, auch an Verbreitung gewinnt und an unmittelbarer Zugehörigkeit der Parteigenossen, zum Problem unserer Organisation. Damit will ich nicht sagen, daß sich die „Arbeiter-Zeitung" auf absteigendem Aste befinde; Genosse Emmerling wird Ihnen vielmehr über ein Fortschreiten der „Arbeiter-Zeitung" berichten können. Aber wir müssen doch die Frage aufwerfen, warum die „Arbeiter-Zeitung" nicht in jenem Maße verbreitet wird, wie es dem Bedürfnis der Partei entsprechen würde und wie es dem langjährigen Bestand des Zentralorgans gemäß wäre. Hier muß man zuerst die Frage aufwerfen, ob das Zentralorgan den Notwendigkeiten, den Bedürfnissen und Wünschen der Parteigenossen in einem Maße und einem Umfang entspricht, daß die Parteigenossen sie als das ihnen eigene Organ erkennen. Dabei ist Verschiedenes zu beachten. Erstens ist Wien, insonderheit sein Proletariat, mit einer großen Anzahl Nichtdeutscher durchsetzt. Wien ist wohl die einzige Stadt der Partei, in der es zwei täglich erscheinende sozialdemokratische Zeitungen gibt, und dabei ist es natürlich so, daß das tschechische Parteiblatt einen Teil der Leserschaft und auch einen Teil der Arbeit übernehmen muß und an sich gezogen hat, der in einem ganz deutschen Gemeinwesen dem deutschen Parteiblatt zufallen würde. Zweitens aber ist bei der Beurteilung österreichischer Verhältnisse festzuhalten, daß in Oesterreich die löbliche Gewohnheit, die Zeitung, die man liest, zu kaufen, eine nicht sehr verbreitete ist. Wir können

Ihnen lediglich eine Statistik unserer Abnehmer geben, eine Statistik unserer Leser würde aber ein ganz anderes, überraschendes Bild bieten. Es muß immer in Anschlag gebracht werden, daß eine große Anzahl Exemplare, die wir verkaufen, nicht bloß von den Käufern, sondern von einer weit größeren Anzahl von Menschen gelesen wird. Ueberhaupt glaube ich, daß in Wien wenigstens die Hälfte aller Leser ihr Bedürfnis nach Zeitungslektüre außerhalb der Gewohnheit, eine Zeitung zu kaufen, befriedigt. Das hängt damit zusammen, daß ein großer Teil der Leser in dieser Stadt so ziemlich alle Zeitungen liest, das heißt der Leser „stochert" in allen Zeitungen herum, und nachdem er sich mehr oder weniger die Rosinen herausgeklaubt hat, findet er, daß in der Zeitung eigentlich „nichts stehe". Der dritte Grund, warum Zeitungen in Wien nicht recht gedeihen, ist der, daß diese Stadt, die von einem Kreis bestimmter Literaten, die man schon eine Clique nennen könnte, Europa als Musterbild deutscher und alter Kultur angepriesen wird, ein geringes Bedürfnis nach dem hat, was man Reflexion nennt. Das primitive Gefühl, mit dem man zur Zeitungslektüre geht, ist das der Neugier; und die Entwicklung der Kultur, die Entwicklung des Geschmacks geht von der bloßen Neugier zur Reflexion. Die eigentliche Neigung der breiten Massen der Wiener ist die bloß stoffliche Neugier, und es ist das Ziel aller auf Hebung der Kultur gerichteten Arbeit, das bloß stoffliche Interesse in jenes tiefere Interesse zu verwandeln, das einem Vorgang kritisch und betrachtend gegenüberzutreten vermag. Nun hat jede Großstadt ein Blatt, das der bloß stofflichen Neugier der Leser dient. Berlin hat seinen „Lokalanzeiger", Paris sein „Petit Journal", London seine „Daily Mail". Aber die „Kronenzeitung" und die „Neue Zeitung" hat Wien allein; das heißt, die Veredlung des Geschmacks — von Prinzip und Ueberzeugung gar nicht zu sprechen — ist in Wien erst so im Anfang begriffen, daß der durchschnittliche Wiener Zeitungsleser — und wir nehmen eine beträchtliche Masse von Arbeitern hier nicht aus, sondern schließen sie vielmehr als die eigentlichen Träger dieser verderblichen Presse direkt ein — in der Zeitungslektüre nur die Befriedigung einer Sensationsgier erkennt und alles das, was geeignet wäre, ihn darin zu stören, ihn zur Betrachtung, zur kritischen Ueberprüfung zu bringen, nur als eine lästige Störung und als eine Beeinträchtigung seines gemeinen Neugierinteresses auffaßt. Man kann als Charakteristikon der Zeitungen, die in Wien über den kleinen Kreis der sogenannten Intellektuellen hinaus geschrieben werden, wohl sagen, daß die Zeitung in Wien die verbreiterste ist, die die schlechteste ist, und daß die Emanzipation von den gemeinen Bedürfnissen der Neugier nur eine Erschwerung der Verbreitung einer Zeitung ist.

Nun begreifen Sie, Parteigenossen, was das für unsere Partei, von allen politischen Augenblicksinteressen abgesehen, bedeuten muß. Ich spreche gar nicht davon, daß diese Zeitungen mehr oder weniger Organe unserer Feinde sind, nicht immer vielleicht bewußte und bezahlte Organe, aber immer Organe, die im Wesen bürgerlichen Interessen dienen und dadurch in Gegensatz zu den Interessen der proletarischen Klassen treten müssen. Aber von den augenblicklichen politischen und agitatorischen, rein parteimäßigen Erwägungen abgesehen, begreifen Sie wohl, daß, wenn der Intellekt, wenn das Empfinden, der Geschmack, wenn der geistige Gehalt des Arbeiters von dieser täglichen Lektüre bedrängt wird, es unmöglich ist, den Arbeiter nicht bloß auf der Höhe der proletarischen Erkenntnis und des proletarischen Bewußtseins zu erhalten, in dem er sich befindet, sondern daß es unmöglich wird, sein geistiges Bewußtsein auf jene Höhe zu bringen, auf die eine Partei nicht verzichten kann, die sich die Befreiung der Arbeiterklasse zum Ziele gesetzt hat. Sie begreifen, daß, wenn ein Arbeiter diese Presse ständig liest, die doch ein reines Geschäftsunternehmen ist — wie ein anderer Leder und Baumwolle, so machen diese Händler die stoffliche Neugier zum Objekt ihres Geschäftes — daß diese Presse das geistige Bewußtsein des Arbeiters aushöhlen muß, daß sie ihn in die tiefen und verächtlichen Sphären des Indifferentismus, der geistigen Gleichgültigkeit herabziehen muß, und wenn dieser Arbeiter auch nicht gehindert erscheint, sozialdemokratisch zu stimmen, und wenn es auch möglich ist, ihn in

der sozialdemokratischen Organisation zu erhalten, was aber immer dadurch außerordentlich erschwert wird, so ist doch sicher, daß wir an ihm den geistigen Mitkämpfer verlieren, daß wir die Möglichkeit schwinden sehen, aus diesen breiten Massen immer neue Mitkämpfer für unsere eigentliche Arbeit zu gewinnen, mit einem Wort, daß sich der geistige Gehalt der Partei so immer senken muß, wenn wir die Massen der Arbeiter der geistigen Abtötung, der geistigen Versumpfung und Versimpelung durch diese Schmutz und Bildpresse ausliefern. Mit Lesern dieser Zeitungen können wir wahrlich keine Revolution machen — nicht etwa die Revolution für augenblickliche Bedürfnisse, sondern jene Revolution, die wir ununterbrochen machen und die darin besteht, die bürgerliche Denkweise im Arbeiter geistig zu überwinden und ihn mit dem Bewußtsein einer neuen Gesellschaftsordnung, neuer Ideale zu erfüllen. Die Frage der Presse ist also nicht bloß etwa eine Steuerfrage, sondern in der Frage der Bedeutung der Parteipresse steckt alles, was in unserer Arbeit immer das leitende Motiv ist: die Frage, ob wir mit ihr in die individuelle Tiefe des Arbeiters greifen können, ob wir vermögen, ihm die Verachtung für jene Preßprodukte einzuimpfen. Denn mit der bloßen Mahnung, nur sozialdemokratische Zeitungen zu lesen, wäre natürlich nicht alles getan. Mit der Zeitung steht es beim Arbeiter doch wesentlich anders als etwa mit dem Konsumverein, mit der gewerkschaftlichen und selbst mit der politischen Organisation. Diese bewegen sein individuelles Leben nicht, sie sind höchstens materielle Opfer, die er, um sich von seinen Arbeitsgenossen nicht zu unterscheiden, wohl bringt, die aber noch immer nicht sein geistiges Bewußtsein ergreifen. Wenn Sie von einem Arbeiter aber verlangen, daß er die sozialdemokratische Zeitung lese, verlangen Sie von ihm vor allem, daß er eine nichtsozialdemokratische Zeitung nicht lese, daß er also das, was er in einer Zeitung sucht, in der sozialdemokratischen Zeitung zu finden sich gewöhne. Deshalb handelt es sich bei einer Zeitung vor allem darum, sie dem Arbeiter, um es so zu sagen, angenehm zu machen. Sie darf kein Fremdkörper in der Arbeiterfamilie sein, sondern der Arbeiter muß sich in der Zeitung heimisch fühlen. Eine Zeitung ist eben nicht ausschließlich vom agitatorischen und pädagogischen Gesichtspunkt zu beurteilen, sondern eine Zeitung ist für den Arbeiter, dessen Vergnügungen so karg sind, auch ein Element der Unterhaltung, ein Element der Erbauung, des Vergnügens. Wir können also vom Arbeiter nicht verlangen, daß er die Zeitung bloß lese, um einer Parteipflicht zu genügen, sondern wir müssen ihm eine Zeitung bieten, die seinen berechtigten Ansprüchen auf geistige Unterhaltung ebenso Rechnung trägt wie seinen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ueberzeugungen. Nun ist das Problem natürlich nicht so, daß wir hinabsteigen werden, wo die schlechten Instinkte des Arbeiters leben, daß wir ihn in den Schwächen und Lastern, die ihm von seiner Unterdrückung noch anhaften mögen, erhalten, sondern das Problem ist, daß die Zeitung von dem Arbeiter ausgehe, aber daß der Arbeiter mit der Zeitung wachse. Deswegen bleibt das Problem einer sozialdemokratischen Zeitung das Problem der ganzen sozialistischen Organisation: wir müssen den Arbeiter zu jener geistigen Höhe und vor allem auch zu jenem Geschmack führen, daß er für jene kapitalistischen Zeitungen und insbesondere für den Abfall aus der Hexenküche des Kapitalismus, den man ihm als „Volksblätter" vorsetzt, nur absolute Geringschätzung und Abneigung empfinde, daß er diese „geistige" Nahrung so ablehne, wie sein Magen verdorbene Nahrung ablehnt. Mit der Zeitung, in der Zeitung wollen wir mit ihm gemeinsam wandeln, bis er in der sozialdemokratischen Zeitung, in ihrer Form und in ihrem Gehalt die einzige ihm gemäße Auffassung des öffentlichen und des individuellen Lebens erkennt. (Beifall.)

Nun kann die Frage entstehen, ob sich das Zentralorgan der Partei, die „Arbeiter-Zeitung", ständig in der Richtlinie dieser Auffassungen hält. Wenn man die Leistung, die in den vierzehn Jahrgängen des Tagblattes der Partei niedergelegt ist, vorurteilslos und unbefangen mustert, wird man vor allem finden, daß die „Arbeiter-Zeitung" jene Aufgabe zu lösen sich vorgenommen

hat und sie auch gelöst hat, die in der Erkämpfung des politischen Staatsbürgerrechtes der Arbeiterklasse besteht. Die Arbeiterklasse in Oesterreich war gezwungen, durch eine lange Periode ihre geistige Kraft, ihre ganze politische Agitationskraft auf das Ziel der Eroberung des Wahlrechtes zu wenden. Man kann das als Zwang oder auch als einen Vorteil für die Partei ansehen, aber immerhin war es dessen Folge, daß ihre politische Tätigkeit die Partei gewisse Aufgaben vernachlässigen ließ. Das mag vielleicht auch der „Arbeiter-Zeitung" anhaften. Nun haben wir gehofft, daß mit der Erkämpfung des Wahlrechtes die Politik in andere Bahnen gelenkt werden wird, in Bahnen, wo man in normaler, ruhiger, nüchterner Weise Werktagspolitik führt und die „Arbeiter-Zeitung", nicht bedrängt durch große Probleme der staatlichen Entwicklung, sich mehr der Vertiefung der Partei widmen können wird. Das erscheint nun wieder in Frage gestellt, aber trotzdem bleibt es selbstverständlich Aufgabe des Zentralorganes, jene innere Vertiefung und jene innere Konzentration der Partei, die dann durch unzählige Organe weiter fortgeführt wird, immer von neuem anzufangen und in dieser Beziehung anfeuernd und belebend voranzugehen. Natürlich ist es nicht so, daß man mit der sozialdemokratischen Betrachtung, wie es Renner in einer geistreichen Wendung meinte, immer von Anfang an beginnen kann, denn eine Zeitung ist, wenn sie auch jeden Tag von vorn anfängt, doch eine Kontinuität, und es ist nicht möglich, in jedem gegebenen Moment mit der Pädagogik von vorn anzufangen. Ich glaube auch nicht, daß das die richtige Methode wäre; wohl aber ist es das Erziehungswerk, das das Zentralorgan vollbringen soll, die ungeheure Mannigfaltigkeit des geistigen Lebens immer zu benützen, um die Klassengegensätze unserer Gesellschaft aufzuzeigen und aus dem aktuellen Vorgang, der sich in der Politik, im Gerichtssaal, auf der Straße abspielt, aus der Fülle der Ereignisse immer die Grundtendenz herauszuschälen, die sich im Klassenkampf darstellt: an dieser Fülle der Ereignisse die sozialdemokratische Erziehung der Leser weiterzuleiten, in neuen Formen die alten Gedanken zu reproduzieren. Das wird, glaube ich, kein vorurteilsloser Leser bestreiten, daß gerade die „Arbeiter-Zeitung" diese richtige Art der Erziehung, diese Aufzeigung des Sozialismus, diese Demonstrierung des Kapitalismus und seiner Tendenzen immer, und das ohne jenen pedantischen Nebengeschmack, der sie vielleicht dem Leser weniger willkommen machen würde, ununterbrochen vollzieht, und daß vielleicht ihr eigenster Wert darin besteht, in dem Kleinsten das Große zu erkennen und in dem Größten wieder das kleinste Detail zu sehen, die bürgerliche Denkweise, die bürgerliche Welt in jedem Augenblick zu kontrollieren und dem Leser zu zeigen, daß in allen Dingen, die wir in so verwirrender Mannigfaltigkeit vor uns sehen, dasselbe Grundgesetz waltet: die kapitalistische Produktionsweise, die der Gegensatz der Besitzenden und der Besitzlosen gebiert. Nun fragen wir: Ist es nicht möglich, diese Erkenntnis, die die Erkenntnis aller denkenden Elemente in der Partei ist, auch in der Partei wirkend zu machen? Ist es nicht möglich, daß der Strom, der vielleicht manchmal recht träge dahinfließt, sich verbreitere, und daß die „Arbeiter-Zeitung", die doch schon recht lange Jahre besteht und für die die große Masse der Parteigenossen immer nur Anerkennung und Freundschaft, Liebe und Vertrauen gehabt hat, doch so verbreitet werde, daß die Partei wenigstens die Sicherheit habe, daß der Kern der Partei von ihr ergriffen werde? Das Problem ist sicher nicht unlösbar und es ist mit einigem guten Willen auch zu bewältigen. Man ist recht duldsam in der Partei in Beziehung auf die Zeitung. Wir würden jeden diffamierend aus der Partei ausschließen, der an bürgerlichen Veranstaltungen teilnehmen würde, der bürgerlichen Kreisen angehörte; es ist eine selbstverständliche Voraussetzung, daß die Sozialdemokraten nur in der Sozialdemokratie heimisch sein können. Wir können nicht weit genug gehen in der Wahrung der Reinheit unserer Gesamtanschauung und ich bin durchaus nicht der Meinung, daß da irgendwelche Lauheit — das Leben bedrängt uns ohnedies genug mit Verführungen — nutzbringend wäre. Aber duldsam, außerordentlich duldsam, allzu duldsam sind wir in Bezug auf die Zeitungslektüre. Es er-

scheint keiner deswegen als ein schlechter Genosse, weil er bürgerliche Zeitungen hält, auch solche bürgerliche Zeitungen, die, ganz unabhängig von der Parteistellung, zu lesen eigentlich eine Selbsttäuschung der menschlichen Würde darstellt. Selbst wenn ich einen Nichtsozialdemokraten ein solches Blatt lesen sehe, habe ich das Gefühl, den Leser als Menschen geringer einschätzen zu müssen, weil ich daraus mit Recht folgere, daß dieser Mensch an Geist, Vernunft und Geschmack außerordentlich bescheidene Ansprüche stellt. Aber wenn ich ununterbrochen wahrnehme, daß Arbeiter, bewußte Sozialdemokraten und oft sogar Männer des Vertrauens unserer Partei, ganz gleichgültig dagegen, wie die Partei darüber denkt, Käufer dieser Zeitungen sind, Verbreiter dieses Giftes — denn jeder Arbeiter, der eine solche Zeitung liest, der braucht sie nicht erst zu empfehlen, denn sein Beispiel ist es, das verwüstend und vergiftend wirkt —, wenn ich wahrnehme, daß Proletarier mit mannhaftem Herzen, mit tapferer Gesinnung, mit klarem Sinne diese verdorbenen, diese verderbenden und wirklich nur von infamen Spekulanten auf Profit hergestellten Zeitungen ununterbrochen konsumieren: dann muß man, bei aller Duldsamkeit, die man dem individuellen Geschmack oder Ungeschmack der Parteigenossen zubilligt, wohl sagen, daß es der Partei schon anstehen würde, mit dieser Toleranz endlich zu brechen, und daß es die Vertrauensmänner in der Partei durchsetzen sollten, daß derjenige, der eine solche Zeitung kauft und dadurch zu ihrer Verbreitung mit den Anstoß gibt, eine Schädigung der Partei verbricht, die eines aufrechten Sozialdemokraten schlechthin unwürdig ist. Ich bin überzeugt, daß die „Arbeiter-Zeitung", welche Mängel sie auch aufzuweisen haben möge, doch in ihrer jetzigen Gestalt durchaus ein Blatt ist, in dem der Arbeiter alles das, was er kraft der Art seines Geschmacks und der Art seiner geistigen Bedürfnisse von einer Zeitung erwarten kann, vollständig findet. Und ich bin überzeugt, daß selbst der indifferenteste Arbeiter, der jene zweifelhafte Presse zu sich zu nehmen gewöhnt ist, wenn er nur einige Zeit die „Arbeiter-Zeitung" liest, aus ihr eine viel größere Summe von Belehrung, von Erbauung, Unterhaltung und Vergnügen schöpfen würde als aus jenen Zeitungen, die ihn füttern mit einer Kost, die schlechterdings ungenießbar ist. Nun ist es bei uns so, daß zu den Eigenschaften unserer Energie, unserer Initiative, die uns in der europäischen Sozialdemokratie einen so verdienten Ruhm verschafft haben, nicht gerade die Ausdauer gehört. Und das, was die Reichsdeutschen so auszeichnet, jener Ordnungssinn — sie haben das Gefühl, um es trivial zu sagen, daß etwas nicht in Ordnung ist, wenn von den drei Millionen Wählern auch nur einer eine andere Zeitung als eine sozialdemokratische liest — daß dieser ordnende, aufbauende, schaffende Sinn es ist, der uns gebricht. Denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß wir nach jenem ungeheuren weltgeschichtlichen Aufschwung der Partei, den wir während der Wahlreform und bei den ersten Wahlen erlebt haben, einer politischen Hochflut, wie sie in dieser Glückhaftigkeit einer Partei nur selten beschieden ist, nicht mehr dafür gesorgt haben, unsere Presse weiter zu verbreiten und sie zum unauflöslichen Besitz der Arbeiter zu machen. Vergleichen Sie einmal unsere Parteiverhältnisse mit den deutschen, so werden Sie finden, daß wir von Parteiangelegenheiten fast gar nie sprechen. Es wäre natürlich töricht, wenn wir Parteidiskussionen etwa deshalb anfangen würden, um das Parteileben lebhafter zu machen; aber ob man das für die Partei als nützlich oder schädlich hält, so ist es doch so, daß die Summe von Diskussionen in der deutschen Partei selbst von Streitigkeiten — weil die Leute schon so geartet sind, daß sie auch an Streitigkeiten Vergnügen haben — eine ungeheure Kraft des Interesses für die Partei erzeugt, und wenn wir auch oft geglaubt haben, daß diese Zwistigkeiten der Partei schaden müssen, so bin ich doch davon überzeugt, daß ein beträchtlicher Teil des Interesses an der Partei in dem gesteigerten Parteileben seinen Ursprung nimmt. Nun steht es mit uns so, daß wir jene Unterscheidungen glücklicherweise nicht haben, die anderswo zu Rufnamen geworden sind. Wir schimpfen uns zwar manchmal so, aber hier ist alles zu einer solchen untrennbaren Einheit des Empfindens und Denkens geworden, daß das wirklich nur jene individuellen

Abschattierungen ausspricht, die in einer Partei wie der Sozialdemokratie — der man mit Unrecht nachsagt, daß sie den Individualismus töte, während sie ihn vielmehr entwickelt — die Persönlichkeit selbst erzeugt, ohne daß sie sich jemals zu politischen Differenzen verdichtet hätten. Das einzige, was uns beschäftigt, die nationale Frage, eignet sich natürlich nicht, zu einer Beute der Leidenschaften zu werden, und so kommt es, daß wir eigentlich immer nur nach außen leben, daß sich das innere Leben der Partei eigentlich nur an den hohen Feiertagen eines Parteitages vor uns abwickelt. Aber wenn wir ein stärkeres Parteileben hätten, hätten wir ein stärkeres Parteiinteresse, hätten wir eine stärkere Zusammenflechtung, Verknotung, Verknüpfung der einzelnen Genossen mit der Partei, denn es ist zweifellos, daß die Parteipresse in Deutschland einen Teil des brennenden Interesses, das ihr die Parteigenossen entgegenbringen, auch dem immer stärker gewordenen Parteileben in Deutschland verdankt.

Das Ihnen über die „Arbeiter-Zeitung" zu sagen, war notwendig, und ich erwarte auch, daß die Debatte über diesen Punkt recht ausführlich wird. Wir wollen in unserer altbewährten österreichischen Art, die darin besteht, alles, was man auf dem Herzen hat, aufrichtig und ehrlich zu sagen, ohne in Gehässigkeiten zu verfallen, und die davon ausgeht, daß jede Kritik, jeder Tadel und jede Rüge doch nur wegen des Interesses an der Sache und nicht um der Kränkung willen gesagt wird, wir wollen in dieser erprobten Art über die „Arbeiter-Zeitung" sprechen und je umfassender Ihre Kritik sein wird, desto mehr wird das ein Zeichen sein, daß die „Arbeiter-Zeitung" im Bewußtsein der Partei fürder nicht das Aschenbrödel sein wird, das sie leider bis jetzt war. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich nun zu der wissenschaftlichen Revue unserer Partei komme, so würde ich einen Mangel darin sehen, wenn wir nicht unserer außerordentlichen Freude und Genugtuung Ausdruck geben würden, die wir über die Schaffung des „Kampf" empfunden haben. Zweifellos ist unsere Revue eine der stärksten geistigen Leistungen der letzten zwei Jahre unserer Partei und wir können Ihnen mit Stolz melden, daß die Anerkennung, die sich diese junge Zeitschrift in der ganzen Internationale erworben hat, eine ungemein große ist. Der „Kampf" hat alle Vorteile der Jugend für sich, vor allem, daß er unbelastet von Vorurteilen ins Leben trat und so wurde in dieser Zeitschrift wirklich eines der wichtigsten Erziehungsmittel unserer Partei geschaffen, und ich kann mir gar nicht vorstellen, wie ein Parteigenosse, der in der Partei wo immer wirken will, diese Revue entbehren kann, die eine ungeheure Summe von Aufklärung über so viele Parteiprobleme gebracht hat und die sich zum Ziele gesetzt hat, das sozialistische Denken in Oesterreich zu befruchten und fruchtbar zu machen. Es ist daher keine leere Phrase, wenn ich erkläre: Ich hoffe, aus dem Herzen des Parteitages zu sprechen, wenn ich den Männern, denen die Gründung der Zeitschrift, die Bezwingung aller technischen Schwierigkeiten und die Ausreifung und Ausprägung eines so guten Gedankens zu danken ist, den Genossen Braun, Bauer und Renner, den Dank des Parteitages ausspreche. (Lebhafter Beifall.) Geteiltes Leid ist in Parteiangelegenheiten nicht halbes Leid, sondern doppeltes Leid, und so können wir uns über den langsamen Aufstieg der „Arbeiter-Zeitung" nicht damit trösten, daß auch der „Kampf", der nicht nur ein unentbehrliches Hilfsmittel unseres Denkens und Wirkens geworden ist, sondern ohne den man sich unsere Politik überhaupt nicht mehr vorstellen könnte — denn der „Kampf" hat zur Klarstellung der nationalen Probleme in den zwei Jahren so viel beigetragen, als die ganze bürgerliche Presse in dreißig Jahren — daß auch die Auflage des „Kampf" zurückgegangen ist. Es ist, ich kann es nicht anders sagen, eine Schande für die Partei; es ist wahrhaft unbegreiflich, daß in der Partei, die in solcher Größe vor uns steht, die wissenschaftliche Revue nicht so verbreitet ist, wie es die Partei — nicht der „Kampf" — braucht. Es handelt sich nicht um den „Kampf" (Adler: Der hat noch immer Ueberschüsse!), sondern um die Parteigenossen, die diese Zeit-

schrift entbehren und denen über ihre Selbstschädigung die Augen zu öffnen wahrlich eine Pflicht des Parteitages wäre. (Lebhafter Beifall.)

Was die „Arbeiterinnen-Zeitung" betrifft, die das dritte Organ ist, das der Beurteilung des Parteitages untersteht, so zeigt ihr ununterbrochenes Wachsen, daß sie ihre Aufgaben vollständig richtig erfüllt. Ich will in diesem Zusammenhang auf den Antrag der Bezirksorganisation von Lienz zu sprechen kommen, der nach meiner Ansicht auf einer vollständigen Verkennung der Aufgaben der „Arbeiterinnen-Zeitung" beruht. Sie will ein Organ sein, das die indifferenten Arbeiterinnen zu Sozialdemokratinnen machen will, aber ein Familienblatt wollen wir aus ihr nicht machen und für Haus und Küche vorzusorgen kann niemals ihre Bestimmung sein.

Eine Frage, die wir nicht übergehen wollen, ist die der „Glühlichter". Es ist unzweifelhaft, daß das Bild eine außerordentlich große Wirkung hat, namentlich auf Menschen, die so anschaulich und so plastisch zu denken gewohnt sind wie der Arbeiter. Wir sehen auch überall ein wirkliches Aufblühen der Witzblätter, die sich von den Witzblättern der liberalen Epoche nicht nur in der Form und technischen Ausgestaltung, sondern vor allem in der geistigen Auffassung vollständig unterscheiden. Diese geistige Entwicklung geht leider an den Witzblättern unserer Partei — und hier schließe ich unsere reichsdeutschen Genossen mit ein — spurlos vorüber. Und wenn auch das Witzblatt der deutschen Genossen — ein Witzblatt ist nicht immer ein witziges Blatt (Heiterkeit) — eine wahrhaft niederschmetternde Auflage hat im Verhältnis zu unseren „Glühlichtern", so habe ich wahrgenommen, daß die Klagen über den „Wahren Jakob" so ziemlich Gemeingut aller deutschen Parteitage sind. Die „Glühlichter" hatten schon einmal eine Auflage von 30.000 Exemplaren. Sie sind aber heute fast um die Hälfte gefallen. Wenn das darin seinen Grund hätte, daß die Arbeiter nach Witz nicht lüstern seien, daß sie die Ironie verschworen haben, daß ihnen die Verspottung der Gegner unangenehm geworden sei, daß sie sich zu Sanftmut und Milde bekehrt haben (Lebhafte Heiterkeit), so wäre darüber nichts zu sagen, als daß es dem Witzblatt nicht gelungen ist, gegen den Strom zu schwimmen. Aber es gibt wenige Klassen, die so viel Bedürfnis nach Witz und Spott haben wie die Arbeiter. Von der Entwicklung des Witzes und Humors in unserer Partei sind allerdings die Witzblätter nicht recht ergriffen worden. (Heiterkeit.) Ich glaube aber, daß wir auf ein wichtiges Mittel der Partei verzichten würden, wenn wir davon absehen sollten, hierin Wandel zu schaffen, und ich möchte glauben, daß unsere Parteiinstanzen daran nicht vorübergehen sollten. Bahnbrechend sollte da eigentlich die Volksbuchhandlung vorangehen, denn die Witzblätter sind nützlich für die Agitation, aber sie sind vor allem auch ein gutes Geschäft. Ich bin überzeugt, daß die Arbeiter sehr viele Witzblätter lesen, und es ist unvernünftig, daß sie den Witz lesen sollen, der nicht gegen die Gegner geht, und daß das ganze große Feld der sozialistischen Verspottung, der sozialistischen Ironie und der Verhöhnung dieser bürgerlichen Welt eigentlich brach liegt. Es ist schwer, über ein Witzblatt ernst zu reden (Heiterkeit) und ich könnte leicht von den Genossen dabei ertappt werden, daß ich dieses Parteiorgan nicht so genau und regelmäßig lese. (Heiterkeit.) Aber ich glaube schon, daß unser Witzblatt einigermaßen stagniert und daß mit den Kräften, die wir zur Verfügung haben, die Stagnation unschwer überwunden werden könnte. Man müßte wahrscheinlich das Ganze technisch umgestalten. Für diese Bilder, wo ein Mann aufgezeichnet ist, den niemand erkennt und der durch die Zufügung des Wortes „Kapitalismus" oder „Sozialismus" als Symbol erklärt wird (Heiterkeit), für solche Bilder ist die Partei schon eigentlich zu modern. Dann würde sich auch ein größeres Interesse der Genossen an dem Witzblatt herausstellen. Ich erinnere mich, daß die „Neuen Glühlichter" seinerzeit einen großen Aufschwung nahmen. Das Interesse ist also vorhanden, es schlummert nur und könnte unschwer wieder geweckt werden, und ich empfehle daher der Parteivertretung und insbesondere der Volksbuchhandlung, die hier eigentlich das wirkende Organ der Partei ist, an dieser Frage nicht achtlos vorüberzugehen.

Eine Frage, die uns auf diesem Parteitag beschäftigen muß, ist die Frage der Ausgestaltung unserer böhmischen Parteipresse. Sie wissen, daß auf der Landeskonferenz der deutschböhmischen Genossen ein Antrag angenommen wurde, in Böhmen ein Tagblatt zu gründen. Ich bin der letzte, der sich der eigentümlichen Schwierigkeiten nicht bewußt wäre, die die Schaffung dieses Tagblattes mit sich bringt. Deutschböhmen ist höchstens eine ethnographische, aber es ist keine geographische Einheit; es fehlt ihm ein überragendes städtisches Zentrum, das die räumlichen Entfernungen besiegen könnte und das so überragend wäre, daß sich ihm die anderen Städte freiwillig unterordnen würden. Abgesehen davon, daß es schwer wäre, irgend eine Stadt in Deutschböhmen durch Ernennung zum Zentrum zu erheben, sind es vor allem die Verkehrsverhältnisse, die es erschweren würden, das Tagblatt irgendwo in Deutschböhmen erscheinen zu lassen. Sie wissen, Oesterreich ist nur groß in den Entfernungen (Heiterkeit) und ein Blatt, das in Reichenberg erscheint, würde wahrscheinlich irgendwohin nach Südböhmen am raschesten über Wien oder Prag expediert werden. Diese eigentümlichen Schwierigkeiten haben den Gedanken hervorgebracht, dieses Tagblatt für Deutschböhmen in Prag erscheinen zu lassen, was aber wieder ganz besondere Schwierigkeiten hat. Denn Prag ist eine tschechische Stadt und ein Blatt ist auch ein Produkt der Umwelt. Dieser Zusammenhang des Blattes mit den Lesern und Parteigenossen würde nun dem Blatte in Prag entzogen sein; ich aber würde es als eine arge geistige Vereinsamung empfinden, wenn ich ein Blatt schreiben müßte fern von den bedeutsamen und mannigfaltigen Anregungen, die aus dem direkten Verkehr mit Parteigenossen entspringen. Prag ist aber wieder keine rein tschechische, sondern auch eine deutsche Stadt; aber hier wieder nur eine deutsch bürgerliche, die Interessen dieses Prager Deutschtums berühren aber die deutschen Sozialdemokraten wenig. Doch sind diese Schwierigkeiten nur technische Schwierigkeiten und die Aufgabe ist nicht unlöslich, in Prag ein deutschböhmisches Blatt zu machen, das nur zufällig in Prag gesetzt und gedruckt wird, das aber mit allen seinen Fasern im proletarischen Deutschböhmen wurzelt. Ich habe Ihnen nun im Auftrag des Genossen Seliger zu melden, der der Anreger und tatkräftigste Förderer dieser Idee ist, daß der Gedanke keineswegs vertagt ist und daß, sobald die schwere wirtschaftliche Krise geschwunden sein wird, wofür schon Anzeichen wahrzunehmen sind, mit einer energischen Sammlung für den Betriebsfonds in allen Organisationen begonnen werden wird. (Beifall.)

Durch einen Antrag der Teplitzer Genossen wird weiter eine Korrespondenz urgiert, von der behauptet wird, daß sie auf dem letzten Parteitag beschlossen wurde. Das ist nur mit einer gewissen Beschränkung richtig; in Wirklichkeit haben nach dem Parteitag die dort anwesenden Parteijournalisten über eine solche Korrespondenz beraten, die sich vornehmlich auf den Parlamentsbericht beziehen sollte. Wir haben damals gemeint, daß es möglich sein werde, das im Rahmen der „Arbeiter-Zeitung" besorgen zu lassen. Es hat sich aber bei näherer Prüfung gezeigt, daß die politischen Redakteure der „Arbeiter-Zeitung" doch zu sehr mit Arbeit überhäuft sind, um diese Arbeit leisten zu können. Ich glaube übrigens, daß mit der Schaffung des Tagblattes das Bedürfnis nach dieser Korrespondenz einigermaßen geringer würde.

Gestatten Sie noch, daß ich auf eine sehr beachtenswerte Anregung des Genossen Schiegl zurückkomme, die durch einen Beschluß des Parteitages bereits bekräftigt worden ist. Nämlich für eine Aktion zur Reform unseres Preßgesetzes. In der Frage dieser Reform ist die ganze politische Misere dieses Oesterreich faßlich zu erkennen. Die Reform des Preßgesetzes war vor etwa zehn Jahren eine wahre Volksforderung und in der Thronrede des Jahres 1901 erscheint sie geradezu an erster Stelle, denn bis tief in die Kreise des Bürgertums war der Gedanke lebendig, das alte Preßgesetz sei unerträglich und seine Reform sei unumgänglich notwendig. Nach der Eröffnung des Reichsrates ist dieses neue Preßgesetz vorgelegt worden, aber seit der Zeit hat es keinen Fortschritt mehr gemacht, sondern die traurige Wahrheit ist, daß wir von der Reform weiter entfernt sind denn je. Im neuen Parlament

hat es die Regierung gar nicht mehr eingebracht und es ist nur lebendig geworden, weil der Obmann des Ausschusses, der Abgeordnete Sylvester, den seinerzeitigen Beschluß des Preßausschusses als Initiativantrag eingebracht hat. Seitdem hat der Ausschuß die Beratungen wiederholt angehoben, aber immer hat eine Schließung der Session seine Arbeit zunichte gemacht. Nun leugne ich nicht, daß die Frage der Preßreform eines der schwierigsten Probleme unseres Strafrechtes einschließt, nämlich die Frage der Preßehrenbeleidigungen. Und es ist nur allzu leicht möglich, daß wir aus dem Regen des objektiven Verfahrens in die Traufe der Ehrenbeleidigungsprozesse kommen. Auch dürfen wir nicht übersehen, daß sich die Gefühle der bürgerlichen Welt gegenüber der Preßfreiheit ganz außerordentlich verändert haben. Die Preßfreiheit hat früher das Bürgertum als eine Gunst empfunden; heute trägt es sie als eine Last. Aber davon ganz abgesehen, ist auch die Reform des Preßgesetzes wieder die bittere Frage nach der Arbeitsfähigkeit des Parlaments, und auch hier offenbart es sich, daß wir ohne Behebung des politischen Elends zur Reformarbeit auf keinem Gebiet kommen können.

Die Währinger Bezirksorganisation hat einen Antrag vorgelegt, der nichts weniger als ein Mißtrauensvotum gegen die „Arbeiter-Zeitung" ist. Es ist mir nicht bekannt, auf welche Tatsachen die Währinger Organisation ihre Vermutung aufbaut, daß die „Arbeiter-Zeitung" die „sozialistische Schreibweise" aufgegeben habe. Ich weiß auch nicht, ob es dem Genossen, der den Antrag zu vertreten haben wird, gelingen wird, dem Parteitag irgend einen Beweis für seine Behauptungen zu erbringen. Die „Arbeiter-Zeitung" mag Mängel haben und Fehler machen; aber daß sie jemals des Sozialismus vergessen hätte, ist eine Behauptung, der wir unseren schärfsten Protest entgegensetzen. Auch daß die Gewerkschaftsbewegung in der „Arbeiter-Zeitung" nicht genügende Beachtung gefunden habe, ist eine Behauptung, von der das Gegenteil richtig ist. Ich muß also die Begründung des Währinger Delegierten abwarten, bevor ich über den Antrag ausführlich spreche. Ich habe übrigens der Bezirksorganisation Währing mein Bedürfnis ausgedrückt, mit ihr in einer Bezirksorganisationssitzung die Sache ausführlich zu besprechen und denke deshalb, daß die Genossen von Währing auf eine ausdrückliche Beschlußfassung über ihren Antrag verzichten werden.

Und nun zum Schlusse. Wir nehmen in Oesterreich eine Zusammenfassung und Zusammenballung aller bürgerlichen Elemente gegen die Sozialdemokratie wahr. Wenn es auch nicht möglich ist, eine Fraktion, die mit so viel Klugheit und so viel Scharfsinn und mit — warum es nicht sagen? — solcher nie versagenden List geführt wird, zu überrumpeln oder gar einzukreisen — so zeitlich wie unsere Genossen können die anderen gar nicht aufstehen — so ist in der österreichischen Politik dennoch ein Abflauen und Verschwinden aller Unterschiede unter den bürgerlichen Parteien und eine Verschmelzung der bürgerlichen Parteien in eine bürgerlich-nationale Partei zu bemerken, in der unter der nationalen Maske der scharfmacherische Geist unschwer zu erkennen ist. Wir müssen mit der Entwicklung rechnen, daß zur Sozialdemokratie allmählich nichts gehören wird als die Arbeiter, und daß sich alle Bemühungen, die ökonomischen Gegensätze in der politischen Ausprägung aufzuhalten, als vergeblich erweisen werden. Die bürgerlichen Parteien geben ihre politischen Unterscheidungen immer mehr auf, die Fortschrittlichen werden immer mehr deutschradikal und die Deutschradikalen immer mehr fortschrittlich, das heißt die gewisse Solidität der altbürgerlichen Parteien, die gewisse Rücksicht auf politische Anständigkeit schwindet auch bei diesen alten historischen Parteien des Bürgertums immer mehr und jene Tugend und jene Mannhaftigkeit, die einmal die Deutschnationalen auszeichnete, verflüchtigt sich gründlich. Die Deutschnationalen werden gerade so volksfeindlich wie die Liberalen und die Liberalen so unanständig wie die Nationalen. (Lebhafter Beifall.) Das nationale Interesse wird zu einem Vorwand, um die ökonomischen, wirtschaftlichen und politischen Unterschiede auszumerzen. Sie sind keine Schutzzöllner und keine Freihändler, keine Industriellen und keine Kleingewerbler, keine Agrarier und keine Städter, sie sind nichts anderes

als ein bürgerlicher Kuddelmuddel, dessen ganzer Lebensinhalt nur noch der Haß gegen die Arbeiterklasse ist. Diese Entwicklung unseres politischen Lebens wird uns in eine wesentlich ungünstigere Stellung bringen, als sie einer Sozialdemokratie in Europa beschieden ist. Was die bürgerlichen Parteien von einander unterscheidet, sind nur noch alte Marken. Man meint, der Wolf sei noch immer der Wolf, weil sein Name derselbe ist, aber wir, die wir gewohnt sind, hinter den Erscheinungen den Kern herauszufinden, wir wissen genau, daß alle Unterscheidungen in nichts zerstieben, daß alle diese bürgerlichen Parteien eine einheitliche Masse werden, die geschlossen und bewußt gegen die Sozialdemokratie wirken will. Das bedeutet praktisch etwa, daß wir vielleicht in keinem deutschböhmischen Wahlkreis mehr zu einer Stichwahl kommen werden, weil sich das ganze Bürgertum zu einer Front gegen die Sozialdemokratie formiert. Deswegen gibt es für die Sozialdemokratie Oesterreichs kein anderes Problem als das, jeden Arbeiter zu einem Sozialdemokraten zu machen, und es gibt so viel Arbeiter in Oesterreich, namentlich in Deutschböhmen, daß wenn wir die Arbeiter zu Sozialdemokraten machen, wir so stark sein werden, um dem gesammelten Heerbann aller bürgerlichen Klassen ein Paroli bieten zu können. (Stürmischer Beifall.) Alles das spiegelt sich auch in der Presse wider. Sie sehen die bürgerliche Presse ununterbrochen an der Arbeit, um die Arbeiter zu schwächen, sie zu entzweien, sie zu spalten. Feinde im Rücken, Feinde auf allen Seiten! Dagegen gibt es nur eine Wehr: wenn wir überall zu der Quelle unserer Kraft zurückkehren, wenn wir die Organisationen ausbauen, alle unsere Waffen schärfen und da vornehmlich unsere Presse mächtig machen, damit sie den vereinigten Feinden sich gewachsen zeige und sie überwinde. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Referent **Emmerling**: Lassen Sie mich davon sprechen, daß die Waffe, die Genosse Austerlitz gerühmt hat, auch Scharten hat. Wenn wir über die Unzulänglichkeit des Absatzes unserer Parteipresse sprechen, müssen wir erkennen, welche ungeheure Arbeit uns noch bevorsteht. Wir haben der Parteipresse und ihrer Verbreitung noch viel zu wenig Aufmerksamkeit zugewendet. Die Presse hatte in den letzten Jahren eine große Aufgabe: den Boden urbar zu machen, auf dem wir zu kämpfen haben, den Kampf ums Wahlrecht zu leiten. Dieser Kampf ist vorbei und wir müssen uns fragen: Was liest jetzt diese halbe Million deutscher Wähler und wie bekommt sie Kenntnis von der Tätigkeit unserer Abgeordneten? Da sieht es geradezu trostlos aus. Die höchste Absatzziffer aller deutschen Parteiblätter ist 200.000. Wo Wahlpflicht ist, hat aber jeder Wahlberechtigte sogar die Pflicht, am Wahltag eine Meinung zu haben. Wenn nun die Arbeiter nicht in der Lage sind, sich über die Tätigkeit der Abgeordneten und der Partei zu informieren, werden wir bei jeder Wahl übermenschliche Arbeit haben, um den Besitzstand zu erhalten, geschweige denn, ihn zu erweitern. Wir müssen darum in die weitesten Kreise die Kenntnis von der Tätigkeit der Partei tragen. Man kann das nicht plötzlich tun; man muß systematisch und ununterbrochen hierfür sorgen. Eines der wirksamsten Mittel, die Genossen zu ständigen Lesern der Parteipresse zu machen, sind die Flugblätter. Die große Masse hört vielleicht noch, daß die Fraktion das oder jenes beantragt hat, aber sie weiß nicht, welche schwierigen Umstände es verhinderten, daß diese Anträge eine günstige Erledigung fanden; sie wissen überhaupt nicht, ob sie erledigt oder nicht erledigt wurden, weil sie bürgerliche Blätter lesen und diese kein Interesse haben, die Tätigkeit der Sozialdemokratie besonders hervorzuheben. Aus dieser Uninformiertheit entsteht Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Fraktion. Die Flugblattverteilung wird durch den § 23 des Preßgesetzes behindert und hoffentlich schafft die Fraktion auch hier Wandel. Wir brauchen dringend eine systematische, durch keine gesetzliche Fessel behinderte Flugblattverbreitung, um die Parteigenossen über die wichtigsten Vorkommnisse aufzuklären. Wir lesen mit Neid von Zeit zu Zeit im Berliner „Vorwärts": „Die Genossen treffen sich dort und dort zur Flugblattverteilung." Wenn die deutschen Parteiblätter ungleich höhere Auflagen haben, so ist dies nicht zum

geringsten Teile auf die Agitation durch Flugblätter zurückzuführen. In den bürgerlichen Blättern finden die Wähler Verleumdung unserer Partei über Verleumdung, Verdächtigung über Verdächtigung. Auf hunderttausend Exemplare bürgerlicher Blätter, in denen sie hinausgehen, entfallen zehntausend Parteiblätter mit Richtigstellungen.

Wenn man die Auflage der bürgerlichen Blätter in den großen Städten mit der Bewohnerzahl dieser Städte vergleicht, kommt man darauf, daß fast jeder Mann eine Zeitung hält. Wir haben nach zwei Seiten zu kämpfen. Es gibt Indifferente, die überhaupt nicht lesen, dann die Leser der Schmutz- und Schandblätter. Die großen Reden unserer Genossen im Parlament werden von den „kleinen Zeitungen" nicht mit einer Zeile erwähnt. Das unterbleibt nicht wegen technischer Undurchführbarkeit. Wenn sie schreiben würden, was ein Sozialdemokrat gesagt hat, würde der Leser sehen, daß diese Blätter ihn schlecht bedienen, nicht die Zeitung sind, die er braucht. Er würde Interesse finden an der sozialdemokratischen Presse und deshalb verschweigen sie die Tätigkeit der Sozialdemokraten in allen Vertretungskörpern. Man verspürt diese kleine Presse jetzt auch in der Provinz, an einzelnen Orten wird sie massenhaft verbreitet. Wer sie ständig liest, wird systematisch verblödet. Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß diese Presse aus den Wohnungen der Arbeiter verschwinde, daß gegen sie ein ständiger Kampf geführt werde, der nicht mit einigen Versammlungen oder mit einer einzigen Aktion beendet sein kann, sondern geführt werden muß, bis diese Presse aus dem Heim des Arbeiters verschwunden ist. Auch die klerikale Partei hat nach Schaffung der Wahlreform sofort gewußt, wo sie den Hebel ansetzen muß. Kaum waren die Kurien aufgehoben, haben die Klerikalen durch den zu diesem Zwecke besonders gegründeten Piusverein ihre Presse ausgestaltet. Daß sie wissen, daß die klerikale Agitation unsympathisch aufgenommen wird, geht daraus hervor, daß sie in einem Regulativ für die Agitation sagen: „Bei deinem Besuch berufe dich nicht auf den Piusverein, weil er nur Anreger ist!" Sie wissen, daß es, wenn die Sache so gemacht wird, daß der Freund zum Freunde kommt, wirkungsvoller ist, als wenn die klerikale Agitation offen auf den Plan tritt. Die Klerikalen haben ein großes Kapital dafür verwendet und wir haben einen Kampf zu führen gegen sie und ihre jüngste Presse, die die Masse zu Käufern machen will durch blöde Sensationshascherei.

Wir hatten in den letzten Jahren große Kämpfe erfolgreich durchgeführt. Ueberall haben wir Feinde. Wir haben aber nicht verstanden, die Begeisterung, die wir erweckten, für die Presse und die innere Organisation nutzbringend zu verwenden. Eines, was uns vom Arbeiter in Deutschland unterscheidet und was von großer Bedeutung für die Presse ist, ist das, daß uns der Parteistolz, der Haß und der Ingrimm fehlt, der den Arbeiter draußen zu sich sagen läßt: „Du bist ein Verräter an deiner Sache, wenn du das Blatt unterstützt, das ein Werkzeug deiner Feinde zu deiner Unterdrückung ist!" (Lebhafte Zustimmung.)

Ich muß der Parteivertretung und den berufenen Genossen einen Vorwurf machen: Wir sprechen in unseren Versammlungen über alles, was die Partei interessiert, über alle Fragen des öffentlichen Lebens. Wir haben es aber verabsäumt, in besonderen Versammlungen oder Zusammenkünften auf die Notwendigkeit der Presse gebührend hinzuweisen. Es mag das in der Provinz nicht so zutreffen wie in Wien. Es wäre auch gut gewesen, wenn in den großen von Begeisterung für die sozialdemokratische Sache erfüllten Versammlungen über die Presse gesprochen worden wäre. Die glänzenden Redner, die so viel Einfluß auf die Zuhörer haben, hätten die ideale Begeisterung auch der Presse nutzbar machen können.

Der Bericht über den Stand der Blätter, die der Parteivertretung und dem Parteitag unterstehen, ist in Ihren Händen. Die Rechnungsabschlüsse unterscheiden sich zu unserer Freude vorteilhaft von früheren; aber noch immer ist viel zu tun. Wir haben verschiedene Aktionen zur Vergrößerung des Absatzes unternommen. Sie erinnern sich des roten Sonntags, der uns

einen großen Erfolg gebracht hat. Jetzt haben wir eine neue Aktion für die „Arbeiter-Zeitung" begonnen, ich würde sie auch den Provinzblättern empfehlen. Wir führen das Betriebsabonnement ein. Wir glauben, daß, wenn man von dem Arbeiter verlangt, er möge die Zeitung dort abonnieren, wo er mit anderen Arbeitern beisammen ist, er sich seiner Pflicht nicht entziehen wird. Wir erlangen dadurch auch Kenntnis, was die Arbeiter lesen, und das Wichtigste, wir schaffen uns dadurch auch eine Kontrolle.

Sie finden im Bericht eine Statistik über die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" in den einzelnen Ländern. Ich kann nicht sagen, inwieweit hier die Pflicht, das Zentralorgan zu halten, erfüllt oder vernachlässigt wird. Sie sollten Sorge tragen, daß wenigstens die Vertrauensmänner, die leitenden Funktionäre, sich auf dem Laufenden erhalten, indem sie die „Arbeiter-Zeitung" lesen. Wenn der Vertrauensmann Abonnent ist, wissen Sie, daß er über alle Vorgänge im politischen Leben informiert ist, für die Schlagfertigkeit der Partei keine unwichtige Sache. Man sollte ihn verpflichten, neben dem Kreisparteiblatt auch die „Arbeiter-Zeitung" zu lesen. Wir glauben, es wäre eine geringe, aber sehr nützliche Ausgabe der Bezirks- oder Lokalorganisation, für den Vertrauensmann die „Arbeiter-Zeitung" zu abonnieren.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat einen sprunghaften Aufschwung zu verzeichnen. Trotzdem in der Textilindustrie eine stark empfindliche Krise war, die erst jetzt abflaut, hat sich die Abnehmerzahl um mehr als zweitausend erhöht. Das ist auf die Ausgestaltung des Blattes durch die Zufügung der Jugendbeilage und auf die Tätigkeit der Frauenorganisation zurückzuführen. Ich hoffe, daß sich die Genossen auch weiterhin so kräftig für das Blatt einsetzen werden, und ich möchte die Bitte an sie richten, daß sie bei Verbreitung von Aufklärung bei der eigenen Frau anfangen sollen. Was lesen die Frauen der Genossen? Die acht Heller alle 14 Tage für die „Arbeiterinnen-Zeitung", für die Aufklärung und Bildung der Frau, sind doch die geringste Ausgabe. Leichter und billiger kann man sich wohl kaum dieser Pflicht entledigen. Nur möchten wir nicht, daß dieser Betrag der Frau vom Wirtschaftsgeld abgezogen wird. (Heiterkeit.) Eine weitere Ausgestaltung der „Arbeiterinnen-Zeitung" wird schon seit längerer Zeit erwogen. Entweder soll die Jugendbeilage zweimal monatlich erscheinen oder einmal eine Art Familienblatt beigegeben werden. Ich bin nicht der Ansicht des Genossen Austerlitz, der meint, daß man das nicht tun solle. Wenn Sie die „Arbeiterinnen-Zeitung" genau lesen, finden Sie, daß sie eine Rubrik hat „Für Haus und Küche", in der sehr nützliche Anregungen für einen Proletarierhausstand zu finden sind. Auch die junge Arbeiterfrau muß sich erst über viele Dinge im Hauswesen Rat holen. Unterstützen Sie auch dieses Organ durch regste Agitation und sorgen Sie dafür, daß die Frauen der Parteigenossen Leserinnen der „Arbeiterinnen-Zeitung" werden.

Auch der „Kampf" berichtet in einer Tabelle sehr ausführlich über seine Verbreitung in den Wiener Bezirken und in den einzelnen Ländern. Sie wissen also, wo der Hebel anzusetzen ist, und ich bitte Sie, wo es geht, für dieses Blatt zu agitieren und vor allem auf die Bibliotheken Einfluß zu nehmen. Wir haben 4000 Bibliotheken, und wenn ich die 1500 ganz kleinen ausschalte, so bleiben 2500, die sich die geringe und sehr nützliche Ausgabe von jährlich sechs Kronen leisten könnten. Aber bloß einige hundert Bibliotheken haben den „Kampf" abonniert. Wir sind bereit, damit die Bibliotheken alle Jahrgänge haben, die schon erschienenen zu billigerem Preise nachzuliefern. Daß noch viel getan werden kann, beweist Teplitz, wo der „Kampf" von allen Provinzstädten die stärkste Verbreitung hat. Was hier geht, geht auch anderswo.

Ich bitte Sie auch, die Karten, die wir Ihnen zur Agitation für die Parteiblätter übergeben haben, recht eifrig zur Gewinnung neuer Abonnenten zu verwenden.

Mit dem Erträgnis der Parteidruckerei „Vorwärts" können wir immer mehr zufrieden sein. Die Wahlen haben uns viel Beschäftigung

gebracht. Sie irren aber, wenn Sie glauben, daß wir an den Wahldrucksorten verdienen. Ihre Herstellung ist teurer, weil sie sehr rasch erfolgen muß. Wenn nur die Genossen auch bei der Bezahlung auf derartige Raschheit sehen würden! (Heiterkeit.) Sehr viel hängt vom Wahlresultat ab; kommt man nach der Wahl einkassieren und sind wir durchgefallen, hört man: „Zu allem Unglück das auch noch!" (Lebhafte Heiterkeit.)

Von den Anträgen bitte ich den der Bezirksorganisation Alsergrund auf Verbilligung des Abonnements der „Arbeiter-Zeitung" abzulehnen. Unser Wochenabonnement kostet 50 H. Würden wir es um 1 H. täglich verbilligen, also auf 43 H. herabsetzen, so betrüge der Ausfall 126.000 Kr. jährlich. So groß ist unser Reingewinn leider nicht und wir müßten 50.000 neue Abonnenten gewinnen, um den Entgang gutzumachen und das ist eine Aufgabe, die Sie sich kaum zutrauen werden. Nun ist doch unsere Zeitung nicht so teuer, wie man oft klagen hört. Die Schundblatteln kosten 28 bis 30 H. wöchentlich. Die Differenz sind 20 H. und dafür haben Sie in unserer Zeitung mindestens dreimal so viel Inhalt und einen tausendmal besseren. Es ist nicht der Preis, der vom Abonnement abhält, sondern die Indolenz. (Sehr richtig!) Und diese muß überwunden werden.

Auch in glücklicheren Ländern wird immer auf die Wichtigkeit der Presse hingewiesen. Genosse Singer hat den Parteitag in Leipzig mit einer kräftigen Rede für die Presse geschlossen. Organisation und Presse sind die schärfsten Waffen im Befreiungskampf des Proletariats. Ich hoffe, daß wir werden sagen können: Von Reichenberg an neuer Aufschwung! (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Skaret: Infolge Abwesenheit des Genossen Brand habe ich die Pflicht, über den derzeitigen Stand der Volksbuchhandlung zu berichten. Den Umfang des Geschäftes erkennen Sie aus dem gedruckten Bericht. Im Frühjahr 1908 wurde die bisherige Form des Eigentumsverhältnisses umgewandelt und es besteht jetzt eine Gesellschaftsfirma, deren Gesellschafter die Genossen Brand, Dr. Adler und ich sind. Die Buchhandlung ist nun ganz Eigentum der Partei. Bei dieser Gelegenheit teile ich mit, daß sich Genosse Brand mit Rücksicht auf sein vorgeschrittenes Alter genötigt gesehen hat, uns anzukündigen, daß er sich von der geschäftlichen Tätigkeit der Buchhandlung zurückziehen will. Genosse Brand leitet die Buchhandlung seit ihrer Gründung im Jahre 1894; immer war er unermüdlich eifrig für sie bemüht. Ich glaube der Zustimmung des ganzen Parteitages sicher zu sein, wenn ich ihm im Namen des Parteitages den besten Dank und vollste Anerkennung für sein mehr als 15jähriges unermüdliches Wirken im Dienste der Partei ausspreche. (Lebhafter Beifall.) Die interne Geschäftsführung wird nun an Genossen Heydtmann übergehen, der seit zirka einem Jahre als Prokurist in der Buchhandlung tätig ist. Der Name der Firma und alles andere bleibt unverändert wie bisher.

Was die Stellung der Parteigenossen zu der Buchhandlung betrifft, so ist sie von selbst gegeben. Dessenungeachtet sehe ich mich verpflichtet, Sie zu bitten, den ganzen Bedarf an Literatur bei der Parteibuchhandlung zu decken und nicht vielleicht aus Verstimmung über manche Unebenheit, die im Verkehr mit einzelnen von Ihnen vorgekommen sein mag, Privatgeschäften den Vorzug zu geben. Die Parteivertretung hat im Einvernehmen mit Genossen Brand eine Reihe von Reformen in Aussicht genommen. Wir beabsichtigen eine Ausgestaltung der „Glühlichter" bezüglich der Illustrationen sowie des textlichen Teiles vorzunehmen und werden trachten, alle berechtigte Wünsche zu befriedigen. Im letzten Jahre haben sich die Beschwerden erfreulicherweise vermindert. Tun auch Sie alles, daß wir das Parteiunternehmen noch weiter vorwärts bringen und daß endlich die letzte Beschwerde gegen die Buchhandlung von unserem Parteitag verschwinde. (Beifall.)

Kütt: Die Wiener Preßkontrollkommission hat die Geschäftsführung der „Arbeiter-Zeitung", der „Arbeiterinnen-Zeitung" und des „Kampf"

geprüft und in voller Ordnung befunden. Sie beantragt deshalb die Erteilung des Absolutoriums.

Die Debatte.

Straas (Wien): Wenn wir die Umstände betrachten, die die Verbreitung unserer Presse behindern, stoßen wir auf das reaktionäre Preßgesetz mit dem Kolportageverbot. Von den vielen Wünschen, die wir haben, steht die Reform des Preßgesetzes voran. Die Referenten haben den Wunsch nach Kritik ausgesprochen. Ich kann nur sagen: Unsere Presse soll so inhaltsreich und vielseitig als möglich sein.

Schiegl (Wien): Die „Arbeiter-Zeitung" ist ein sehr gutes Blatt, aber trotzdem habe ich einige Beschwerden vorzubringen. Die Parlamentsberichte sind stark zusammengestrichen und es ist, wenn man ein vollständiges Bild der Verhandlungen haben will, schwer zu vermeiden, daß man auch ein anderes Blatt liest. Es wäre interessanter, die Ausführungen der Gegner genauer kennen zu lernen als die vielen Zwischenrufe, die oft eine halbe Spalte in Anspruch nehmen. Da die „Arbeiter-Zeitung" finanziell günstig steht, wäre es möglich, das Blatt während der Parlamentstagung in stärkerem Umfang erscheinen zu lassen.

Auch über das Feuilleton habe ich eine Klage. Ich bin nicht prüde; aber manches, wie zum Beispiel die Erzählung „Aida" des verstorbenen, von mir sonst geschätzten Schaumann, die in einem Buche sehr wertvoll ist, war zu erotisch, da man nicht übersehen darf, daß auch die jugendlichen Familienmitglieder das Blatt lesen.

Es wurde lange Zeit versucht, die Fremdwörter auszumerzen oder in der Klammer sie zu erklären. Als Buchdrucker weiß ich, wie schwer es ist, sie zu vermeiden, und daß aus Ungarn immer neue kommen. Ich bitte, sie aber doch zu vermeiden, denn die „Arbeiter-Zeitung" muß mit dem Bildungsniveau der Masse rechnen. Jeder hat nicht ein Fremdwörterbuch. Viele müssen, wenn sie einen Artikel gelesen haben, erst fragen, welche Bedeutung viele Fremdwörter haben. Die „Arbeiter-Zeitung" ist auch in einem zu hohen Tone geschrieben.

Ich habe zu beklagen, daß die „Arbeiter-Zeitung" sehr spät in die Hände der Abnehmer kommt. Ich kenne die Schwierigkeiten. Es ist klar, daß bei besonders wichtigen politischen Ereignissen sehr lange am Blatte gearbeitet werden muß. Aber man muß trachten, das Blatt ziemlich früh hinauszubringen, denn wenn es der Arbeiter nicht vor dem Weggehen hat, kann er es oft erst am Abend in die Hand bekommen.

Allen unseren Kreisparteiblättern sind Unterhaltungsbeilagen beigegeben, die in der Schweiz hergestellt werden. Man könnte aber viel Besseres in Oesterreich, wo wir eine große Parteidruckerei haben, herstellen. Ich hoffe, daß die Sache, wenn sie der Parteivertretung zugewiesen wird, ernst in Angriff genommen wird.

Bernstein (Gablonz): Besonders treffend waren die Ausführungen des Genossen Austerlitz über den Mangel an Ausdauer der Oesterreicher. Das fällt besonders ins Gewicht bei der Frage des deutschböhmischen Tagblattes. Auf vielen Parteitagen ist diese Frage schon erörtert worden. Es ist noch kein Fortschritt zu verzeichnen und erst heute hat man erfahren, daß wieder etwas geschehen soll, daß, wenn die wirtschaftliche Krise aufgehört hat, neuerliche Sammlungen eingeleitet werden sollen. Die große Frage ist das Verhältnis der Parteikreisblätter zu dem deutschböhmischen Tagblatt. Man sagt, es würde ihnen die Erziehungsarbeit zufallen. Diese ist eine unbedingte Notwendigkeit. Sie müßten sich dann sogar darauf beschränken zum Nutzen des Tagblattes, das doch nicht ein Lokalblatt für ganz Deutschböhmen sein kann. Wenn man die Wahl hätte zwischen einem nur politischen und nicht lokalen Charakter tragenden Blatte und einem Lokalblatt, würde man sich für dieses entscheiden. Ich zweifle allerdings, daß es zur Gründung des Blattes in Prag kommen wird. (Rufe: Ist schon da!

der Landeskonferenz beschlossen!) Aber nicht ausgeführt! Wir haben heute Blätter, für die die journalistische Notwendigkeit fehlt. Es ist nicht nötig, daß mannigfach fast in jeder zweiten Bezirkshauptmannschaft ein eigenes Blatt erscheint. Das bringt auch die Gefahr des Sichverlierens in lokalen Kämpfen in den Städten mit sich, wo die Arbeiter in Böhmen meistens nicht wohnen; sie wohnen meistens auf dem Lande. Außerdem müssen die Parteijournalisten Arbeit machen, die ganz überflüssig ist, da dieselbe Arbeit an verschiedenen Orten zugleich gemacht wird. Wenn diese Kräfte als Sekretäre verwendet würden, wäre das viel besser für die Agitation und Organisation. Ich bin der Meinung, daß es zu einem Tagblatt für größere Gebiete kommen wird, das aber nicht in Prag erscheinen wird.

Genossin **Popp**: Der Antrag Lienz auf Herausgabe eines zweiten Frauenblattes ist unannehmbar, da wir nicht noch einer zweiten Zeitung Eingang verschaffen könnten. Wenn Sie die „Arbeiterinnen-Zeitung" durch mehrere Nummern verfolgen, werden Sie finden, daß wir vorsorgen, daß auch die nicht erwerbstätigen Frauen anregenden Inhalt finden. Wenn wir auch noch entweder die Jugendbeilage mit jeder Nummer erscheinen lassen oder einmal im Monat eine Feuilletonbeilage geben, werden wir dem Bedürfnis der Frauen nach mehr Belletristik Rechnung tragen. Damit werden wir den Genossen Hilfe bieten bei der Agitation. Wir haben für die Parteibewegung wichtige Orte, wo man die „Arbeiterinnen-Zeitung" noch gar nicht kennt. Es ist also nötig, daß die Genossen die Frauen auf sie aufmerksam machen. Ebenso ist es mit den für die Frauen geschriebenen Broschüren. Die Broschüre der Genossin Schlesinger: „Was will die Frau in der Politik?" ist viel zu wenig verbreitet. Die Parteikolporteure sollten sich die Literatur, die für Frauen bestimmt ist, schicken lassen, um damit Propaganda zu machen. Ueber die Korrespondenz, die das Frauenreichskomitee für die Partei- und Fachblätter herausgibt, habe ich zu berichten, daß sie von den Redaktionen eifrig benützt wird, doch bitten wir, uns Wünsche und Beschwerden mitzuteilen, damit die Redaktion weiß, was als notwendig empfunden wird.

Trübenecker (Mardorf): Fehler müssen geschehen, weil man es nicht jedem recht machen kann. Aber der Antrag Währing ist ganz unberechtigt. Ich lese die „Arbeiter-Zeitung" seit ihrem Bestand und achte sehr auf Befolgung der Prinzipien, kann aber sagen, daß sie jederzeit ein Kampforgan ist, das es meisterhaft verstanden hat, alte Anschauungen in eine neue Form zu kleiden. Auch ich kann mich nicht mit dem Erscheinen eines Tagblattes in Prag befreunden. Wenn eine gute Unterhaltungsbeilage geschaffen wird, werden wir den gegnerischen Blättern viele Leser abgewinnen.

Schleifer (Wien): Ich habe mich deshalb zum Worte gemeldet, weil die Begründung unseres Antrages, welche wir der Parteivertretung bekanntgegeben haben, dem Parteitag nicht zur Kenntnis gebracht wurde. Es ist eine alte Klage der Genossen, daß das Abonnement der „Arbeiter-Zeitung" zu teuer und es aus diesem Grunde ungemein schwer sei, Abonnenten für das Blatt zu gewinnen, weil sehr häufig darauf verwiesen wird, die meisten anderen Blätter seien billiger. Nun ist es wohl richtig, daß die „Arbeiter-Zeitung" nicht die Einnahmsquellen hat, welche den bürgerlichen Blättern zugänglich sind. Für uns kommt aber in Betracht, daß die Presse — und das ist am Parteitag wiederholt betont worden — das wichtigste Agitationsmittel ist, mit welchem wir unsere Ideen in der Arbeiterschaft verbreiten können. In die Arbeiterschaft können wir aber mit der „Arbeiter-Zeitung" nur dann eindringen, wenn sie so billig ist, daß sie auch jeder Arbeiter kaufen kann. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der „Arbeiter-Zeitung" als Agitationsmittel muß die Partei, selbst wenn das Reinerträgnis anfänglich gekürzt werden würde, das Opfer der Verbilligung bringen. Aus dem Mehrabsatz dürfte aber in absehbarer Zeit der Ausfall am Erträgnis wieder hereingebracht werden. Ich glaube nicht, daß die Rechnung, die Genosse Emmerling gegen den Antrag auf Verbilligung vorgebracht hat, stimmt. Es fehlt heute an Zeit, sie zu überprüfen. Es muß etwas getan werden, der „Arbeiter-

Zeitung" größere Verbreitung zu sichern und mit der Agitation für das Blatt allein kommen wir nicht vorwärts. Genosse Dr. Renner hat ganz richtig gesagt, die „Arbeiter-Zeitung" werde nur von einer dünnen Schichte gelesen, in den breiten Massen der Arbeiter findet man sie nicht. Es muß da irgendwo ein Fehler sein. Wir glauben, daß der Preis das Hindernis der Verbreitung ist. Wenn gefragt wurde, ob wir nichts anderes zu tun haben, als solche Anträge zu stellen, muß ich sagen: der Antrag ist von Gewerkschaften gestellt und vom Bezirk angenommen worden. Ich bitte, ihn nicht abzulehnen, sondern der Parteivertretung zuzuweisen. An die Volksbuchhandlung muß ich die Beschwerde richten, daß die Adressen der Arbeitervereine im Arbeiterkalender falsch sind. Sie sind schon seit zehn Jahren nicht geändert. (Heiterkeit. Resel: Jedes Jahr wird an die Vereine geschrieben, sie sollen die richtigen Adressen einschicken.) Die Volksbuchhandlung soll alljährlich bei der Gewerkschaftskommission anfragen.

Petersilka (Wien): Einige Genossen haben es vorgestern für gut befunden, die Kritik der parlamentarischen Taktik mit Aeußerungen zu bedenken, die kaum am Platze waren. Ich überlasse das Urteil darüber der Parteiöffentlichkeit. Aber gegen Cermak, der sagte, diese Genossen hätten ein Manko an Verständnis, will ich sagen, daß er ein Manko an Takt hat. (Zustimmung.)

Ich bin beauftragt, den vom Bezirk Währing nach vielstündiger Debatte beschlossenen Antrag zu vertreten. Genosse Austerlitz irrt, wenn er meint, der Antrag enthalte ein Mißtrauensvotum. Nichts ist uns ferner gelegen. Der Antrag ist nur beschlossen worden, weil die Bezirkskonferenz die Pflicht fühlte, die „Arbeiter-Zeitung" auf Mängel aufmerksam zu machen, die die Agitation für sie erschweren.

Wir meinen, daß sie die Verlotterung des Parlaments durch die bürgerlichen Parteien, die das Parlament in seinen Aufgaben hindern, nicht in jener scharfen Art, mit jener Wucht, die wir von ihr und dem Genossen Austerlitz gewohnt waren, aufgedeckt hat. Die Genossen meinen, daß sie nicht den Ton gefunden und die Kritik geübt hat, die die Genossen gern sehen würden.

Ueber das Feuilleton hat schon Genosse Schiegl gesprochen. Oftmals sind Abhandlungen in der „Arbeiter-Zeitung", die ich für ganz gut halte, aber — ich habe die Anschauung der Genossen kundzugeben — der „Arbeiter-Zeitung" Platz wegnehmen. (Rufe: Beispiele!) Beispiele werden wir dem Genossen Austerlitz in der Konferenz geben. Haben Sie Vertrauen, daß wir das machen werden. (Heiterkeit.) Wir haben im Antrag gesagt, daß die „Arbeiter-Zeitung" in neuerer Zeit nicht die notwendige Haltung in den gewerkschaftlichen Kämpfen einnimmt. Mehrere Tischler haben auf der Konferenz erklärt, daß die „Arbeiter-Zeitung" diesem monatelangen Kampfe viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. (Rufe: Ganze Spalten!) Ich kann nicht Tschechisch, aber manche Genossen sagen, daß die „Dělnické Listy" darüber mehr gebracht haben. Genosse Skaret hat mir gesagt, nicht die „Arbeiter-Zeitung" sei schuld, sondern der Gehilfenausschuß, der nicht das Material zur Verfügung gestellt habe. (Ruf: Dann gehen Sie zum Gehilfenausschuß!) Ich bin beauftragt, das hier zu sagen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß unser Zentralorgan frei sein soll von allen Anfechtungen der Gegner und der Genossen, die alle Ausreden benützen, um das Nichtabonnieren zu begründen.

Auf Antrag Lasers (Mährisch-Schönberg) wird Schluß der Debatte angenommen.

Abgeordneter **Widholz** (zur tatsächlichen Berichtigung): Es scheint eigentümlich, daß ein Genosse, der nicht Tischler ist, in einer Frage dieser Branche gesprochen hat. Wir sind während der ganzen Dauer des Kampfes in ständigem Kontakt mit der „Arbeiter-Zeitung" gewesen. Ich habe keine Ursache, zu verheimlichen, daß die Tischler mit den Berichten der „Arbeiter-Zeitung" unzufrieden waren; aber es ist erklärlich, daß die Genossen, die im Kampfe stehen, eine andere Auffassung haben als die Redaktion, und es ist natürlich, daß sie nicht jeden Tag so ausführlich berichten kann, wie die Genossen es

wünschen. Mir gegenüber wurde diese Beschwerde häufig ausgesprochen; ich habe es der Redaktion zur Kenntnis gebracht und damit war sie erledigt. Ich habe aber erst am Parteitag gehört, daß die Genossen von Währing die Sache hier zur Sprache bringen wollen. Die tägliche Berichterstattung der „Dělnické Listy", welche von einem eigenst hiezu bestellten Genossen veranlaßt wurde, der selbst die kleinsten Vorkommnisse zur Sprache brachte, dürfte die Ursache dieser Mißstimmung sein.

Austerlitz (Schlußwort): Ich will mich vor allem den sachkundigen Ausführungen des Genossen Schiegl zuwenden, der sich über mancherlei Dinge in der „Arbeiter-Zeitung" beschwert hat. Er meinte, daß die Parlamentsberichte in der „Arbeiter-Zeitung" zu stark gekürzt werden. Das ist im allgemeinen richtig. Aber ich wollte Ihnen ein einziges Protokoll der Verhandlungen des hohen Hauses vorlegen, damit Sie sehen, wie viel man von diesem kürzen muß, um zu einem möglichen Zeitungsbericht zu gelangen. Bei einer kurzen Sitzung, in der gar nichts Besonderes vorgeht, müßten Sie da schon mit zwölf Seiten rechnen. (Heiterkeit.) Das österreichische Parlament verhandelt nämlich in zweifacher Weise: einmal im Reden und dann, wie in der alten Zivilprozeßordnung, im schriftlichen Verfahren. Es werden täglich so viele Interpellationen eingebracht, daß sie bloß vorzulesen sechs bis acht Stunden erfordern würde. Ein komplettes Protokoll mit Anträgen und Interpellationen füllt oft 250 bis 300 Seiten. (Resel: Jeden Tag ein dickes Buch!) Wenn man nur das für die Partei Wichtigste herausgreift, kommt man zu einem Umfang, der die normalen Verhältnisse jeder Zeitung sprengt. Ich mache mich aber anheischig, nachzuweisen, daß der Bericht der „Arbeiter-Zeitung" auch an Umfang den fast aller bürgerlichen Blätter übertrifft und vornehmlich und sehr der Blätter übertrifft, die zum Ersatz der „Arbeiter-Zeitung" gekauft werden. (Sehr richtig!) Nun ist es richtig, daß wir die Reden der Abgeordneten der gegnerischen Parteien kürzen. Das macht jedes Parteiblatt und muß ein sozialdemokratisches Blatt machen, daß vor allem verpflichtet ist, die Reden der Vertreter der eigenen Partei zu bringen. Wobei ich auch meine, daß der größte Teil der Reden der bürgerlichen Abgeordneten des Druckes gar nicht wert scheint. Damit soll nicht der Intellekt der bürgerlichen Abgeordneten unterschätzt werden; aber die meisten ihrer Redner sind in lokale Interessen gebannt, während sich die sozialdemokratischen Abgeordneten mit den allgemeinen Interessen beschäftigen. Genosse Schiegl meinte, es könnten die Zwischenrufe gekürzt werden; aber ich fürchte, die Leser werden seiner Meinung nicht sein. (Heiterkeit.) Denn es ist so, der Skandal interessiert am meisten. Einer der frechsten Skandalmacher im Parlament hat einmal gesagt: „Wenn ich eine Sache in die Zeitung bringen will, dann mache ich Skandal, da können die Zeitungen nicht daran vorübergehen." Es ist einmal in Oesterreich so, und davon ist leider niemand frei, daß das Nüchterne, Sachliche nicht so interessiert wie das Leidenschaftliche, Aufgeregte, Sensationelle. Eine Zeitung kann das bedauern, aber leider nicht ändern. Mit dem Wunsche des Genossen Schiegl, die Zeitung stärker erscheinen zu lassen, wäre ich freilich einverstanden. Das wird aber vor allem gehindert durch technische Schwierigkeiten; aber diese großen Schwierigkeiten sind noch unbedeutend gegenüber denen, die man mit dem Namen Administration oder Emmerling bezeichnen könnte. (Lebhafte Heiterkeit.) Die Genossen, die Journalisten sind, auch die im Ausland, wo weitherzigere Administratoren leben (Heiterkeit), werden alle wissen, daß es keinen größeren Kampf gibt als den zwischen Redaktionen und Administrationen um den Umfang des Blattes. Dessenungeachtet müssen Sie zugeben, daß die „Arbeiter-Zeitung" in dieser Richtung ununterbrochen fortschreitet. Erst hatten wir acht Seiten, nach der Aufhebung des Zeitungsstempels, und zwar zuerst zeitweilig und dann regelmäßig, zehn Seiten. Heute sind zwölf Seiten das Normale, wovon nur im Sommer eine kurze Ausnahme gemacht wird, wenn das Leserinteresse ohnedies abflaut. Berücksichtigen Sie aber auch, daß die Aufnahmsfähigkeit der Leser ihre Grenze hat. (Zustimmung.) Wenn die Leute, die das Blatt für zu dünn halten, es ganz durchlesen müßten, würden Sie wohl alle gestehen, daß das eine respektable

Leistung ist. Nun kann keine Zeitung erwarten, daß jeder Leser alles liest; aber die „Arbeiter-Zeitung" ist doch in einer Art geschrieben, daß wohl das meiste für alle lesenswert ist. Was wir an Knappheit des Blattes leiden, suchen wir durch Verdichtung des Inhalts hereinzubringen. Schlagen Sie ein bürgerliches Blatt auf. Was steht über die ungarische Krise alles im Morgenblatt und Abendblatt der „Neuen Freien Presse"? Sie brauchen eine Stunde, um zu erfahren, daß man nichts weiß! (Lebhafte Heiterkeit.) Aus der „Arbeiter-Zeitung" erfahren Sie das rascher. Die Begrenztheit des Raumes zu überwinden und den Stoff zu verdichten ist eine der größten journalistischen Schwierigkeiten und die Arbeit wäre viel leichter, wenn man alles, was einläuft, zum Drucke gäbe, als es in knapper, gefälliger und klarer Form vorzulegen.

Genosse Schiegl hat dann ein Feuilleton in der Zeitung beanstandet. Wo die Kunst anfängt, tritt der Geschmack in seine Rechte und es gibt in der Kunst keine allgemein gültigen Urteile. Ich bin in dieser Beziehung nur Leser, weil das Feuilleton natürlich einem Redakteur untersteht und es nicht Erwägung der Gesamtredaktion ist, ob ein Feuilleton in die Zeitung kommen soll. Im allgemeinen darf man wohl sagen, daß die Entwicklung unseres Feuilletons, das wir als erste in einer sozialdemokratischen Zeitung begründet haben, ganz bemerkenswert ist, daß den Lesern hier ein guter Unterhaltungsstoff geboten wird und daß es mit einzelnen Ausnahmen, die nicht zu vermeiden sind, schon ganz hohe Ansprüche befriedigt. Was das Feuilleton „Aida" betrifft, muß ich zu meiner Schande gestehen, daß mein Gefühl nicht dadurch beleidigt wurde. (Heiterkeit.) Das Feuilleton handelt von einem gefallenen Mädchen und schildert den Konflikt ihrer sozialen Lage und ihres Weibgefühls; der verstorbene, so begabte Schamann, dessen ganz eigenartige Begabung sich auch darin aussprach, hat es so hoch gestellt, daß es einer Sammlung von Erzählungen, die er kurz vor seinem Tode herausgegeben hat, vorangestellt und dem ganzen Buche darnach seinen Namen gegeben hat. Im allgemeinen wird sich auch unter den Genossen die Anschauung wohl bereits durchgesetzt haben, daß die Prostitution eine gesellschaftliche Einrichtung ist und daß man von ihr auch reden kann, ohne damit keusche Herzen zu verletzen.

Was die Fremdwörter betrifft, stimme ich der Anschauung des Genossen Schiegl vollinhaltlich zu und ich gehe eigentlich noch weiter. Ich bin der Meinung, daß der gute deutsche Stil und der schlechte deutsche Stil sich nicht zum wenigsten dadurch unterscheiden, ob jemand überflüssige Fremdwörter gebraucht oder vermeidet, und daß der Zeitungsschreiber, der sich bemüht, für seine Gedanken den erschöpfenden Ausdruck zu finden, die Masse von Fremdwörtern, die unsere herrliche Muttersprache verunzieren, wohl vermeiden kann. Man kann in der Strenge der Auffassung hier nicht weit genug gehen und mit gewissen Beschränkungen wird man für die meisten Fremdwörter auch den treffenden deutschen Ausdruck finden. Nur in der Politik ist das gerade nicht leicht. (Heiterkeit.) Die Sprache der Politik wird — und ich kann da ein Fremdwort nicht vermeiden — immer mehr ein Jargon, und unsere ist, wie es schon Genosse Schiegl angedeutet hat, zu einem großen Teil auch Einfuhr aus Magyarien. Wenn das Ex lex oder das Junktim epidemisch wird, erklären wir es ja wieder von neuem, aber übersetzen läßt sich dieses Küchenlatein eigentlich nicht. Junktim heißt etwa Zusammenhang. Aber das deutsche Wort wäre doch unzutreffend. Unter Zusammenhang versteht man ein natürliches Verknüpftsein von Dingen; Junktim ist aber ein künstlich hergestellter Zusammenhang, den die einen als Zwang empfinden und der von den anderen als Bedingung gestellt wird. Es liegt überhaupt in der Entwicklung des Journalismus, die bestimmten Begriffe auszuscheiden und unbestimmte an ihre Stelle zu setzen. Namentlich die Art der österreichischen Politik geht immer mehr ab von bestimmten, deutlichen, umgrenzten Begriffen. Zum Exempel wollte ich einmal schreiben: „Bienerth verhandelte mit den Parteien." Das erschien aber zu bestimmt, das Wort zu inhaltlich für die „Tätigkeit", die der Bienerth übte. (Heiterkeit.) Also habe ich mich

entschlossen, zu schreiben: „Bienerth konferiert mit den Parteien." (Lebhafte Heiterkeit.) Denn das war für Bienerth das richtige unbestimmte, verschwommene, inhaltslose Wort. Bienerth spricht nicht mit den Parteien, um ein Resultat herbeizuführen, sondern nur deshalb, weil er sich das Konferieren selbst zum Zwecke gesetzt hat. (Lebhafte Heiterkeit.) Aber soweit stimme ich mit dem Genossen Schiegl überein, wenn er den Gedanken ausdrückt, daß die „Arbeiter-Zeitung" in einer Sprache geschrieben sein muß, die jedem Arbeiter verständlich ist. Populäre Schreibweise setzt in Wahrheit eine größere Kunst voraus als die unpopuläre, literarische. Um über eine Sache verständlich zu schreiben, muß man sie zuerst selbst verstehen (Heiterkeit), muß jede faule Stelle vermeiden. Populäre Schreibweise schließt künstlerische Form nicht aus, sondern bedingt sie geradezu, und darum begreifen Sie, daß wir dem Wunsche Schiegls nur voll zustimmen können, er für uns nur ausdrückt, was wir selbst wollen.

Nun komme ich zu einer der ältesten Beschwerden: dem späten Erscheinen. Sie können überzeugt sein, daß wir da unbarmherzige Kritiker schon an den Organisationen haben. Aber die Genossen, die die Dinge kennen, werden doch zugeben, daß wir die Beschwerde nie leichtfertig behandelt haben und daß ernstlich daran gearbeitet wird, ihr abzuhelfen und daß die Dinge auch immer besser werden. Ich verstehe es sehr wohl, daß den Abonnenten eine gewisse Verdrossenheit ergreift, wenn er das Blatt nicht zur rechten Zeit bekommt, und ich versichere Ihnen, daß wir das immer mehr im Auge behalten werden. Nur möchte ich, nicht als mildernde Umstände, sondern als ein Moment, das Ihnen nicht entgehen darf, folgendes anführen: Erstens ist die „Arbeiter-Zeitung" technisch mit gewissen Mängeln behaftet, mit deren Bewältigung ein gewisser Zeitverlust verbunden ist. Sie werden vielleicht einwenden, man könne auch früher zu schreiben beginnen. Aber das ist nur bedingt richtig. Jede Zeitung braucht für die letzte Arbeit eine gewisse Zeit, aber gerade die letzten Minuten dürfen nicht geschmälert werden von technischen Schwierigkeiten. Das wird sich in dem neuen Hause, an dem wir, wie ich Ihnen mitteilen kann, bereits arbeiten, wohl ändern. Die zweite Ursache ist die eigentümliche Gestaltung der österreichischen Politik, die die Ereignisse immer erst später erscheinen läßt. (Heiterkeit.) Das ist nicht unverständlich. Die ganze österreichische Politik ist ja darauf eingerichtet, verspätet zu werden. (Lebhafte Heiterkeit.) Macht man hier im Jänner, was man im Februar braucht? (Rufe: Im März!) Dann die Ausartungen des politischen Lebens! In Berlin weiß man, wenn Stadtverordnetensitzung ist, wie viel Raum man brauchen wird. Man kennt die Tagesordnung und kann abschätzen, was vorkommen wird. Um fünf Uhr beginnt in Wien die Gemeinderatssitzung; man meint, es werde gar nichts los sein. Plötzlich bricht ein Riesenskandal aus und alle Berechnungen sind hinfällig. Man hat nie eine Ahnung, was im Parlament sein wird; es kann eine ganz ruhige Sitzung gewesen sein, der Präsident kann daran sein, sie schon zu schließen, anderswo wird sie auch so geschlossen; aber bei uns meldet sich unvermutet einer zu einer sogenannten Anfrage zu Wort und es kann noch ein stundenlanger Skandal herauskommen. Nirgends grassiert auch das Ausschußwesen so wie bei uns. Die Plenarsitzungen dauern bis in den Abend. Dann kommt der Ausschuß, dann die berühmte Erklärung des Ministerpräsidenten, dann die Zusammentretung der politischen Parteien und erst um elf Uhr nachts erfährt der arme Journalist, wie die augenblickliche politische Lage aussieht. (Heiterkeit.) Uebrigens sind Sie viel verwöhnter als Sozialdemokraten anderer Orte, wo die Genossen auch sagen würden: „Es macht nichts, wir werden das morgen lesen." Was würden Sie aber sagen, wenn Sie bei uns nicht finden, was Sie in bürgerlichen Blättern finden? Die Anforderungen an die „Arbeiter-Zeitung" sind außerordentlich gewachsen und man verlangt von unserem Blatte nicht weniger als das Bürgertum von seinen großen kapitalistischen Blättern. Nun haben wir nur bescheidene Mittel; wir können nicht einen eigenen Draht nach Berlin oder Budapest belegen. Wir müssen länger warten, bis die Nachrichten kommen und dadurch entsteht eine natürliche Verspätung. Es scheint

Genossen zu geben, die meinen, daß ich kein anderes Ideal habe, als bis zum Morgengrauen zu arbeiten (Heiterkeit und Zustimmung), aber auch ich habe das Bedürfnis, um zwei Uhr nachts, wie alle anständigen Leute, nach Hause zu kommen. (Ist gar nicht wahr! — Lebhafte Heiterkeit.) Aber ich wiederhole, daß wir uns der Berechtigung der Forderung, das Blatt rechtzeitig zu erhalten, nicht verschließen, sie anerkennen und nichts unterlassen wollen, ihr Rechnung zu tragen. (Beifall.)

Genosse Petersilka, der die, wie es den Anschein hat, von ihm selbst als undankbar empfundene Aufgabe bekommen hat, den Währinger Antrag zu begründen, meinte und bestätigte, daß dieser durchaus nicht den Zweck verfolge, ein Tadelsvotum gegen uns auszusprechen. Ich glaube schon, daß das die Währinger Genossen nicht wollten, aber dieser Antrag bleibt dennoch eine heftige Anklage. Wenn eine sozialdemokratische Zeitung einen solchen Pflichtenkreis wie die Behandlung der gewerkschaftlichen Kämpfe vernachlässigen und sich nicht der sozialistischen Schreibweise bedienen würde, so würde sie mit schweren Versäumnissen belastet sein. Genosse Petersilka wollte nun seinen Vorwurf damit erhärten, daß es die „Arbeiter-Zeitung" unterlassen habe, die Tätigkeit der bürgerlichen Obstruktionisten nach Gebühr zu geißeln. Ich begreife nicht, wie er dazu kommt, einen solchen Vorwurf zu erheben. Was soll uns abhalten, eine bürgerliche Partei, die das Parlament ruiniert, mit der von Petersilka uns zuerkannten Wucht zu brandmarken? Die Genossen von Währing unterscheiden aber vielleicht nicht genau. Es ist zu unterscheiden zwischen der durch die Obstruktion herbeigeführten Schädigung oder, wie er sagte, Verlotterung des Parlaments und dem Parlament *selbst*. Ich werde mich hüten, in das Horn zu blasen, in das die Volksfeinde blasen. Auf das Parlament schimpfen, das können die, die sagen, daß das allgemeine Wahlrecht eine Illusion gewesen. Aber die Aufgabe der sozialdemokratischen Zeitung ist es nicht, das aus dem Volkswillen geborene Parlament, seiner Schwächen und Mängel ungeachtet, in den Abgrund zu werfen, in dem unsere Hoffnungen ruhen. Nun hat Petersilka geglaubt, daß er seine Position verbessert, wenn er sich an Schiegl anlehnt und hat auch vom Feuilleton gesprochen. (*Petersilka*: Ich hätte es auch sonst getan!) Aber es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß die Währinger Genossen, als sie über den Mangel sozialistischer Schreibweise klagten, just an ein mehr oder minder erotisches Feuilleton gedacht haben dürften. (Heiterkeit.) Sie können auch nicht so weit gehen, das Urteil der Währinger Genossen zu übernehmen, weil Genosse Petersilka versprochen hat, die Gründe in einer späteren Sitzung der Währinger Organisation bekanntzugeben. (Heiterkeit.) Wenn er Sie angerufen hat, Vertrauen zu den Währinger Genossen zu haben, bitte ich Sie, auch das Vertrauen zur „Arbeiter-Zeitung" nicht außer acht zu lassen. (Rufe: Sehr gut!) Was die Tischleraussperrung betrifft, war Genosse Widholz so einsichtig, zu unterscheiden zwischen der Ungeduld der Genossen, denen der Kampf unmittelbar Lasten und Opfer auferlegt, und dem notwendigen Maß der journalistischen Beobachtung des Streiks. Sie begreifen, daß, je länger ein Streik dauert, er eigentlich desto weniger zur journalistischen Behandlung geeignet wird. Er hat einen Anfang, seinen Höhepunkt, seine tragische Entwicklung; aber es kommt auch ein Augenblick, wo er *stille steht*; er ist zwar in jedem Augenblick eine wichtige gewerkschaftliche Frage, aber nicht auch in jedem Augenblick eine journalistische. Aber es ist gar nicht richtig, daß wir ihn auch nur einen Tag unbeachtet gelassen hätten. Wir wissen sehr wohl, daß bei Streikenden das psychologische Bedürfnis besteht, daß der Streik nicht im Schweigen versinke, daß die Kämpfenden gestärkt werden müssen. Es ist auch kein Tag vergangen, wo wir nichts geschrieben haben; aber selbst Genosse Widholz würde manchmal, wenn man ihn gefragt hätte und ihn gefragt hat: „Was ist heute vorgegangen?" geantwortet haben und antwortete auch: „Nichts!" Es ist aber selbstverständlich, daß wir dem Kampfe immer mit dem gesteigerten Interesse gefolgt sind, das einem so großen Ereignis zugewendet werden muß. Wovon hängt der Erfolg in einem solchen gewerkschaftlichen Kampfe ab? Im Grunde genommen von der Teilnahme, die die Gesamtheit der Arbeiterschaft an ihm

nimmt. Das erzweckt man aber nicht, indem man einer formellen Pflicht genügt, sondern nur dadurch, daß man im richtigen Augenblick mit voller Wucht einsetzt. Nicht die Quantität, die Qualität ist das Entscheidende. Den Antrag Währing muß ich Ihrem Urteil überlassen. Aber mit der üblichen Ausflucht, ihn der Parteivertretung zuzuweisen, geht es hier nicht, denn das wäre ein schöner Parteivorstand, der geduldet hätte, daß das Zentralorgan nicht sozialistisch schreibt! Wie könnte eine Parteivertretung, die mitschuldig wäre, die Sache bessern? Die Zuweisung wäre also ein Widerspruch in sich. Da Sie aber die „Arbeiter-Zeitung" selbst kritisch verfolgen, wird Ihnen die Beantwortung der Währinger Frage nicht schwer fallen. Sie werden der „Arbeiter-Zeitung" das Vertrauen nicht verweigern. (Lebhafter Beifall.)

Emmerling (Schlußwort): Vor allem möchte ich mit Genugtuung konstatieren, daß es Genossen Austerlitz so viel Freude machen wird, wenn die „Arbeiter-Zeitung" rechtzeitig erscheint. (Heiterkeit.) Was die Unterhaltungsbeilage anlangt, zu deren Herstellung wir alle Vorbereitungen getroffen haben, so daß wir demnächst an die Genossen werden herantreten können, so muß ich sagen, daß Sie eine bedeutend bessere Beilage bekommen werden; aber nicht zu einem Preise, wie Sie sie aus Zürich beziehen. Das, was Sie von dort bekommen, wollen Sie nicht und was Sie wollen, kann man nicht mit den geringen Mitteln herstellen. Genosse Schleifer hat die Zuweisung seines Antrages gewünscht. Das ist unmöglich. Denn wenn der Parteitag beschließen würde, ein Komitee einzusetzen, das über die Verbilligung beraten soll, dann würde man bei allen Aktionen für die Verbreitung dieses Argument vorführen und die Aktion erschweren. Ich verweise Sie darauf, daß die „Arbeiter-Zeitung" schon eine kleine Ausgabe hatte. Es haben nun Genossen, die das Geld haben, die große Ausgabe zu kaufen, die kleine gekauft, und nicht diejenigen, von denen man es geglaubt hat, daß nur der Preis das Hindernis sei. Als wir nun die kleine Ausgabe aufließen, haben wir nach ein paar Wochen genau so viele Abonnenten mehr gehabt als das neue Blatt Abnehmer. Die Blätter, die billiger sind, haben keine Ausgaben für Redaktionskosten. Der Kern dieser Zeitungen ist mit der Schere gemacht und die wirklichen Nachrichten kommen oft einen Tag später. Eine derart hergestellte „Arbeiter-Zeitung" würden die Genossen nicht kaufen und deshalb, weil bei uns mit Hirn und Verstand und nicht mit Kleister und Schere gearbeitet werden muß, ist eine Verbilligung ausgeschlossen. Ich habe auch nicht gesagt, daß die Genossen auf dem Alsergrund nichts anderes machen, als die Verbilligung des Blattes zu verlangen, sondern ich habe gesagt, daß sie die Zeit, die sie darauf verwenden, anders und erfolgbringender für das Blatt verwenden könnten.

Abstimmung.

Der Antrag Wörgl auf Herausgabe einer wöchentlich erscheinenden Unterhaltungsbeilage wird der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Wörgl, den Partei- und Arbeitersekretariaten die „Arbeiter-Zeitung" unentgeltlich zuzusenden, wird angenommen.

Der Antrag Kratzau-Grottau, ein Organ für Kommunalpolitik zu schaffen, wird der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Lienz auf Herausgabe einer zweiten Frauenzeitung wird abgelehnt.

Der Antrag der Bezirksorganisation Währing, der die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" tadelt, wird einstimmig abgelehnt.

Der Antrag der Bezirksorganisation Olmütz, daß die Fraktion auf die Durchführung der Preßreform und die Beseitigung des Kolportageverbotes dringen soll, wird angenommen.

Der Antrag der Kreisorganisation Teplitz-Saaz, daß die Parteivertretung die Herausgabe einer sozialdemokratischen Parteikorrespondenz veranlasse, wird der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag Gröbner-Grassinger, Broschüren unentgeltlich zu verbreiten, wird abgelehnt.

Die Anträge auf Anerkennung der „Bildungsarbeit", der Bielitzer „Volksstimme" und der in Brünn erscheinenden „Vorwärts" und „Landesbote" wird angenommen.

Der Antrag der Bezirksorganisation Alsergrund auf Verbilligung der „Arbeiter-Zeitung" wird abgelehnt.

Der Antrag Patzelt auf Abgabe von Agitationsbroschüren zu einem möglichst billigen Preise wird angenommen.

Der Antrag der Preßkommission auf Erteilung des Absolutoriums an die „Arbeiter-Zeitung" wird angenommen.

Beschwerde gegen eine Ausschließung.

Referent Dr. Bauer: Die Kommission hat Genossen Pölzer zum Obmann und mich zum Referenten gewählt und erstattet folgenden Bericht: Die Bezirksorganisation Karlsbad hat den Antrag auf Ausschließung der Genossen Tanzer, Kilian, Altschul, Pfützner und Sandner gestellt. Das auf Grund des § 27 des Organisationsstatuts gebildete Schiedsgericht hat folgendes Urteil gefällt:

Urteil

des Schiedsgerichtes in Sachen der Bezirksorganisation Karlsbad gegen die Genossen Tanzer, Kilian, Altschul, Pfützner und Sandner auf Ausschluß aus der Partei.

Das Schiedsgericht setzte sich zusammen aus dem von der Parteileitung als Vorsitzenden bestimmten Genossen Seitz, aus den von den Beschuldigten nominierten Genossen Braun, Elderfch, Skaret, aus den von den Anklägern nominierten Genossen Beer, Nader und Rieger. Von den Beschuldigten sind erschienen die Genossen Kilian, Altschul, Pfützner und Tanzer. Der Genosse Sandner teilt mit, daß ihm die Mittel zur Reise nach Wien fehlen und daß er um die schriftliche Bekanntgabe der Beschuldigungen ersuche. Erschienen sind ferner die Genossen Löw und Hillebrand aus Karlsbad. Zum Schriftführer wurde Genosse Braun bestimmt. Die Organisationsstatuten der Partei wurden verteilt, vom Vorsitzenden wurde auf die §§ 3, 4 und 27 des Statuts verwiesen.

Genosse Sandner hat auf die Anklageschrift schriftlich geantwortet. Seine Verteidigung war Gegenstand einer zweiten Sitzung des Schiedsgerichtes; in einer dritten Sitzung wurde das nachfolgende Urteil gesprochen:

Die Genossen Kilian, Altschul und Tanzer werden aus der Partei ausgeschlossen, den Genossen Sandner und Pfützner wird ein strenger Tadel ausgesprochen und den Parteiorganisationen der Rat erteilt, diesen Genossen verantwortungsvolle Parteiämter nicht anzuvertrauen.

Dieses Urteil wird in nachstehender Weise begründet:

Im Bunde mit ausgesprochenen Arbeiterfeinden und enragierten politischen und wirtschaftlichen Gegnern der Arbeiterbewegung haben die Angeschuldigten in Karlsbad eine Jubiläumsausstellung organisiert. Hierdurch haben sie sich der Verletzung einer Bestimmung des § 3 des Parteistatuts („grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms") und einer Verletzung der Bestimmung des § 4 des Parteistatuts („Tätigkeit für eine andere politische Partei") schuldig gemacht. Als erschwerend mußte angenommen werden, daß sie durch ihr Vorgehen berechtigte Empfindungen vieler Parteigenossen verletzt und den Gegnern Anlaß zu Verhöhnungen, Verdächtigungen und Herabsetzungen der Partei gegeben haben.

Demgemäß wären eigentlich alle fünf Beschuldigten auszuschließen gewesen. Da aber das Schiedsgericht zu der Ueberzeugung gekommen war, daß die Beteiligung der einzelnen Beschuldigten an dem ganzen Unternehmen und an einzelnen Veranstaltungen sehr verschieden war, die Verantwortung für das Geschehene einzelne Beschuldigte nur in geringerem Maße trifft und nicht bei allen Beschuldigten erwiesen ist, daß sie sich ganz der peinlichen Folgen ihrer Handlungsweise für die Partei bewußt waren, schien ein ganz gleiches Einschreiten gegen alle fünf Beschuldigten nicht geboten.

Die Träger des Unternehmens und die Leiter der Veranstaltungen waren Tanzer, Kilian und Altschul. Sie trifft fast ausschließlich die Verantwortung, sie konnten auch nicht bestreiten, daß sie sich aller schädlichen Folgen ihres Vorgehens für die Partei ganz bewußt waren und trotzdem nicht davon abstanden. Ueber Tanzer, Kilian und Altschul mußte also der Ausschluß aus der Partei ausgesprochen werden.

Anders war es bei den Genossen Sandner und Pfützner, denen bei der Veranstaltung, Leitung und Durchführung der Ausstellung nur eine untergeordnete Rolle zukam und die aus diesem und anderen Gründen eine geringere Verantwortung trifft. Aber auch sie haben sich schuldig gemacht, indem sie bei der Anlegung des ganzen Veranstaltungsplanes und bei der Durchführung der Ausstellung jenen Takt vermissen ließen, den man von jedem Parteigenossen in jeder öffentlichen Stellung verlangen muß. Der Mangel des notwendigen Verantwortlichkeitsgefühles als Mitglieder des Ausstellungskomitees und der erforderlichen Energie gegenüber dem die Partei schädigenden Vorgehen der genannten wirklichen Leiter des Unternehmens läßt vermuten, daß sie auch im Falle einer Berufung auf verantwortungsvolle und leitende Stellen innerhalb der politischen Organisation versagen würden. Wenn also das Schiedsgericht aus den mehrerwähnten Gründen gegen Sandner und Pfützner nicht mit einem Ausschluß vorging, sondern bloß mit einem scharfen Tadel, so mußte doch auch eine Verfügung getroffen werden, die die Partei für spätere Zeit vor den Konsequenzen ihrer intensiveren Anteilnahme an der Parteiarbeit schützt, insbesondere sie von leitenden Stellen fernhält.

Gegen dieses Urteil steht den Betroffenenen im Sinne des § 27, Absatz 4, die beim Parteisekretariat einzubringende Berufung an den Parteitag zu.

Wien, 5. Dezember 1908.

Der Obmann:
K. Seitz.

Ludwig Altschul hat nun gegen das Urteil die Berufung ergriffen, während es gegen die anderen Beschuldigten rechtskräftig wurde. Er beruft sich in seiner Beschwerdeschrift auf Tatsachen, die mit der Sache gar nichts zu tun haben, und bespricht Vorkommnisse, die im Urteil gar nicht erwähnt sind und nicht den Gegenstand unserer Entscheidung bilden können, denn er wurde nur wegen der Veranstaltung und Geschäftsführung der Ausstellung ausgeschlossen. Darüber enthält nun seine Berufungsschrift folgendes:

Als dieselbe beschlossen wurde, war nur die Rede von einer Ausstellung in der Form, wie eine solche seinerzeit die Prager Genossen veranstaltet haben. Wir, das sind Sandner und ich, haben, da wir unserem Beruf nachgehen mußten, uns um die weitere Durchführung nicht gekümmert. Als wir Kataloge in die Hand bekamen, war die Ausstellung bereits eröffnet. Die Ausstellung haben die bekannten Wiener Ausstellungsmacher gemacht und vielleicht mit Ausnahme des Tanzer und Kilian alle anderen hinters Licht geführt. Ich bekenne mich zu dem einzigen Fehler, daß ich nicht sofort, wie ich dieses „Ehrenpräsidium" gedruckt gesehen habe, öffentlich erklärt habe, daß ich da hintergangen worden bin. Vielleicht war es falsche Scham, mehr aber noch, daß ich von den Gegnern sowieso wirtschaftlich ununterbrochen geschädigt werde und durch jede weitere Namensnennung im „Badeblatt" noch mehr geschädigt werde.

Sie sehen aus der Anklageschrift, daß mein Name nur einmal, und zwar beim Delikt Ausstellung genannt ist und daß mir sonst in keiner Weise die Vernachlässigung meiner Parteipflichten vorgeworfen werden kann. Wenn diese Dummheit eine jahrelange Parteiarbeit aufwiegt, dann beschließen Sie meinen Ausschluß, wenn nicht, dann fällen Sie einen Freispruch.

Aber um etwas bitte ich Sie. Entweder sprechen Sie mich ganz frei und anerkennen mich als ganzen Parteigenossen ohne Einschränkung, oder aber schließen Sie mich aus. Denn als Parteigenosse zweiter oder dritter Güte will ich nicht gelten.

Etwas will ich noch erwähnen: Als vom Schiedsgericht die Ausschließung des Tanzer, Kilian und Altschul beschlossen und uns zugeschickt wurde, waren es gerade Tanzer, Kilian und Pfützner, die unter Gelächter überall erklärten: Wenn einer unschuldig ausgeschlossen wurde, so ist es der Altschul und Pfützner bleibt dagegen Parteigenosse!!!

Ich bitte noch die Genossen Dominik Löw, Oswald Hillebrand und Eugen de Witte, die beim Parteitag anwesend sind, einzuvernehmen, bitte mich von Ihrem Beschluß sofort zu verständigen und begrüße Sie

Hochachtend

Ludwig Altschul
Andreasgasse, „Haus Achensee".

Daß durch die ganze Art, wie diese Ausstellung inszeniert wurde und durch die Art ihrer Geschäftsführung die Parteigrundsätze in gröbster Weise verletzt wurden, bestreitet Altschul nicht. Diese Frage haben wir also gar nicht zu erörtern und wir brauchen die Geschichte dieser Ausstellung nicht zu

erzählen. Wir haben uns nur darauf zu beschränken, ob für das Geschehene, das eine grobe Verletzung der Parteigrundsätze beinhaltet, Altschul verantwortlich ist. Auf die Beantwortung dieser Frage haben wir unsere Tätigkeit richten müssen. Vorgelegen sind uns die Protokolle des Schiedsgerichtes und außerdem haben wir Genossen Seitz als Obmann des Schiedsgerichtes und die von Altschul zur Einvernehmung beantragten Zeugen einvernommen. So ist die Kommission zur Feststellung folgender Tatsachen gekommen: Altschul war erster Schriftführer des Direktionskomitees der Ausstellung. Aus den Zeugenaussagen der Genossen de Witte, Hillebrand und Löw und aus den Protokollen der Verhandlungen des Schiedsgerichtes hat die Kommission die Ueberzeugung gewonnen, daß Altschul ein sehr geschäftskundiger Mann ist, der als erster Schriftführer des Direktionskomitees wissen mußte, was vorgeht und es zweifellos gewußt hat, da die Geschäftsführung sehr offenkundig war. Aus dem Kataloge, in dem die entschiedensten Gegner der Arbeiterklasse als Ehrenpräsidium angeführt sind, und aus den Veranstaltungen in der Ausstellung, durch die die Parteigrundsätze in offenbarer Weise verletzt wurden, ist zu ersehen, daß er es gewußt hat, und trotzdem ist er nicht einmal nachträglich zurückgetreten. Er beruft sich darauf, daß er sich geschämt und daß er wirtschaftliche Schädigung befürchtet hat. Diese Gründe hat die Kommission für unzureichend befunden. Daß Sandner und Pfützner nicht ausgeschlossen und nur mit einem sehr harten Tadel bedacht wurden, kann nicht Gegenstand unserer Erörterung sein, weil eine Berufung gegen diesen Teil des Urteils nicht vorliegt. Wir hatten nur zu untersuchen, ob Altschul verantwortlich ist für Verletzung der Parteigrundsätze. Die Kommission hat das gefunden und stellt guten Gewissens folgenden Antrag:

Die Berufung des Ludwig Altschul gegen das Urteil des Schiedsgerichtes vom 1. Dezember 1908, Ludwig Altschul werde aus der Partei ausgeschlossen, wird abgewiesen und das Urteil des Schiedsgerichtes aus dessen Gründen bestätigt.

Gegen dieses Urteil des Parteitages ist auf Grund des § 27 des Organisationsstatuts keine weitere Berufung zulässig.

Der Antrag der Kommission wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Fünfter Verhandlungstag. — 24. September.

Vormittagssitzung.

Den Vorsitz führt **Tomschik**.

Tomschik: Wir haben uns, um eine bessere Ausnützung der zur Verfügung stehenden Zeit zu gewinnen, entschlossen, Ihnen den Vorschlag zu machen, vorerst das Referat über die Lebensmittelteuerung entgegenzunehmen. Da keine Einwendung erhoben wird, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind.

Indirekte Steuern und Lebensmittelteuerung.

Referent Abgeordneter Dr. **Renner**: Parteigenossen! Die Stimmung der Volksmassen über die herrschende Teuerung bloß Unzufriedenheit zu nennen, wäre falsch; sie bewirkt selbst in den Kreisen des Mittelstandes schwere Sorge, in den Massen der Arbeiterschaft vorläufig stumme Verzweiflung, unter einzelnen Schichten aber, wie etwa unter den nordmährischen und böhmischen Webern, das nackte Elend. Kein Wunder, daß über die Untätigkeit des Parlaments die Empörung wächst. Es ist für uns sozialdemokratische Abgeordnete ein schwacher Trost, ja nicht einmal ein Trost, daß wenigstens wir unsere Pflicht getan haben.

Wir haben, sobald das neue Volkshaus einmal im Gang war, sofort durch die Dringlichkeitsanträge Schrammel-Renner im November 1907 die Teuerungsfrage zur Verhandlung gestellt; wir haben, nachdem die bürgerliche

Mehrheit diese Anträge niedergestimmt hatte, bei der Ausgleichsberatung im Dezember 1907 Anträge auf Aufhebung der Zölle auf Brotfrucht eingebracht, wir haben in zahllosen Budgetreden immer wieder gemahnt und gewarnt. Endlich hat der Verband unserer Abgeordneten durch seinen Schriftführer Seitz am 23. Juni 1909 eine Resolution zum Handelsbudget gestellt, unsere Regierung möge mit der ungarischen behufs Aufhebung der Getreidezölle bis 31. Juli 1910 in Verhandlung treten. Leider wurde auf Antrag des deutschvölkischen Abgeordneten Steinwender dieser Antrag durch die Stimmen der nationalen und christlichsozialen Parteien im Ausschuß begraben.

Wir sind immer niedergestimmt worden. Dieses Niederstimmen drückt aber lange noch nicht den ganzen Jammer aus. Unsere Klagen über die Teuerung wurden von den bürgerlichen Parteien kaum angehört. Diese Herren haben kein Interesse für das Entbehren und Hungern der Volksmassen. Sie haben andere Sorgen. Wenn wir von der Arbeitslosigkeit der vielen Tausende redeten, interessierten sie sich mehr für den Bummel einiger hundert Studenten — was ja gewiß auch eine wichtige Frage ist, aber sicherlich nicht die wichtigste! Sprachen wir von der Heimatflucht, von dem Notstand, von dem Hunger der Hunderttausende, so ließ ihnen für diese Dinge die leidenschaftliche Diskussion der Postverordnungen, der Gerichtssprache keine Zeit über! Forderten wir für die Million Greise die raschestе Durchführung der Altersversicherung, so hatten sie es mit den Anstellungsverhältnissen der Beamten viel eiliger. Ohne Zweifel sind auch diese nationalen Fragen interessant und wichtig, aber das Dringendste sind sie nicht. (So ist es!)

Das ist die große Schmach unseres politischen Lebens, die Herzlosigkeit der bürgerlichen Parteien angesichts der offenkundigen wirtschaftlichen Bedrängnis der Bevölkerung, selbst der kleinbäuerlichen und kleinbürgerlichen Bevölkerung. Jedermann hat bei den Wahlen wirtschaftlichsoziale Arbeit erhofft, die großen Hoffnungen auf das Volkshaus haben die bürgerlichen Parteien schmählich betrogen! Sie haben aus dem Kurienparlament ihre Laster, ihre Herzlosigkeit mit hinübergeschleppt in das Volkshaus. Daran ist nicht das Wahlrecht selbst, sondern die schlechte Wahl der Schichte des kleinen Mannes schuld. Solange diese innerlich frivolen Kurienparteien nicht durch das Sieb des allgemeinen Wahlrechtes durchgereutert sind, so lange werden wir Sozialdemokraten allein den sozialen Notstand im Parlament bekämpfen. Das allgemeine Wahlrecht wird seinen Segen erst durch wiederholte Neuwahlen üben. Wir müssen Gelegenheit bekommen, dem Volke selbst die Frage der Teuerung vorzulegen.

Daß diese Teuerung eine Tatsache ist, steht ziffermäßig fest. Der Preis für 50 Kilogramm Banater Weizen ist seit 1896 von Kr. 7·82 über 8 Kr. bis Jänner 1907, seither aber rapid auf 16 bis 17 Kr. im Hochsommer dieses Jahres gestiegen und heute notiert er auf rund 15 Kr. Das Weizenmehl kostet per 50 Kilogramm en gros im Jänner 1907 Kr. 13·70, im Juli 1907 Kr. 16·80, im Oktober Kr. 19·30, im Dezember 1907 Kr. 19·90, im Juli 1908 bereits 20, im Juli 1909 sogar 25 Kr. Das sind offenbar Notstandspreise!

Nicht anders steht es natürlich mit den Weiß- und Schwarzbrotpreisen. Bei diesen Artikeln äußert sich die Teuerung zum Teil in der Gewichtsverminderung des Brotes. Sie ergibt sich aus folgender Uebersicht:

Kaiserfemmel per Stück (Mindestgewicht):

März 1907 . . . . . 3·8 Dekagramm
Dezember 1908 . . . . . 3·3 „

Preiserhöhung (Gewichtsabnahme) 14 Prozent.

Mundfemmel per Stück (Mindestgewicht)

März 1907 . . . . . 5·4 Dekagramm
Dezember 1908 . . . . . 4·2 „

Preiserhöhung (Gewichtsabnahme) 27 Prozent.

Gemischtes Brot per Kilogramm:

März 1907 . . . . . 18·6 H.
Dezember 1908 . . . . . 24·6 „

Preiserhöhung (Gewichtsabnahme) 30 Prozent.

Schwarzbrot per Kilogramm:

März 1907 . . . . . 19·2 H.
Dezember 1908 . . . . . 28·8 „

Preiserhöhung (Gewichtsabnahme) 10 Prozent.

Man beachte die Progression: Das Brot der Armen steigt natürlich auch hier rascher im Preise! Schließen wir an diese Angaben noch eine Uebersicht über die Preise der wichtigsten anderen Lebensmittel in Hellern für das Kilogramm:

	1. Jänner 1907	Mitte Juli 1909 en gros	Steigerung
Schweinefett	160	188	28
Rindsfett	160	172	12
Mehl	28	50	22
Kartoffeln	7·5	9·2	2
Grieß	31	50	19
Brot, gemischtes	28	38	10
„ schwarzes	20	28·5	8·5
Erbsen	38	54	26

Dazu kommen die mit geringen Schwankungen ständig hohen Fleischpreise, dazu kommen die Versuche der großen Milchproduzenten und Milchhändler, der Industriebevölkerung höhere Milchpreise zu oktroyieren, dazu kommen die Preissteigerungen in allen sonstigen Bedarfsartikeln des Haushaltes — das ist wahrlich mehr, als die Bevölkerung ertragen kann, ohne sich zu wehren. Aber die bürgerlichen Parteien des Parlaments nehmen von diesen Lasten gar nicht Notiz, sie interessieren sich dafür nicht.

Wenn große Arbeiterschichten über das Versagen des Volksparlaments empört sind, so muß sich diese Empörung an die Adresse dieser Parteien richten. Falsch wäre es, dem Parlament selbst die Fähigkeit zur Abhilfe ganz abzusprechen, ebenso falsch, wie zu übertriebene Hoffnungen auf das Parlament zu setzen. Es soll meine Aufgabe sein, abzustecken, was das Parlament kann und was es nicht kann.

Die Ursachen der Teuerung sind zweifacher Art: erstens solche, die auf unser Wirtschaftssystem schlechtweg zurückgehen und nur mit diesem System selbst gestürzt werden können, und zweitens solche der Politik, der staatlichen Gesetzgebung, die im Parlament gemacht wird und im Parlament fallen kann. Die wirtschaftlichen und die politischen Teuerungsursachen sind also wohl zu unterscheiden.

Die wirtschaftlichen Teuerungsursachen liegen zum Teile in der inneren kapitalistischen Organisation der Erzeugung und des Handels, der jedes Stück Brot mit der Rente des Grundbesitzers, mit dem Profit des Unternehmers und dem Zwischenprofit des Zwischenhändlers belastet, zum größeren Teile aber in der kapitalistischen Entwicklung des Weltmarktes.

In den Jahrzehnten 1870 bis 1890 steht Europa unter dem erschreckenden Eindruck der amerikanischen Konkurrenz: Europa wird von den Vereinigten Staaten mit Getreide und Fleisch überschwemmt, die Lebensmittelpreise sinken, der große und mittlere Grundbesitz ganz Europas glaubt vor dem Zusammenbruch zu stehen. Der konservative Sozialpolitiker Dr. Rudolf Meyer befürchtet in seinem Buche: „Das Sinken der Grundrente und seine möglichen politischen und sozialen Folgen" geradezu den Untergang der Junker! Sie schreien nach dem Schutze des bedrängten Landwirtes durch Zölle, nach der Erhaltung eines vom Weltmarkt unabhängigen „nationalen Getreidepreises". Sie setzen den Schutzzoll auch durch, den Zoll

zur Rettung der Schwachen, ja sie träumen sogar von einer Verstaatlichung des Getreidehandels!

Wohin sind jene Zeiten sinkender Lebensmittelpreise verflogen!

Die kapitalistische Umwälzung hat den ganzen Weltmarkt umgestaltet, die Folgen der imperialistischen Wirtschaftspolitik kündigen sich an. Die Mehrwerte, die der europäischen Arbeiterklasse abgepreßt worden sind, hat die Kapitalistenklasse als werbende Kapitalien in die Kolonien exportiert und sie kapitalistisch revolutioniert. Die Vereinigten Staaten — die Brotkammer Europas von ehedem — sind ein großer Industriestaat geworden, der immer mehr sein Brot selbst konsumiert, dafür aber Europa mit Industrieprodukten überschwemmt. Heute ist diese Ueberschwemmung die neue amerikanische Gefahr! Und das muß im letzten Erfolg das Ende dieses Imperialismus werden. Die Kolonien stillen nicht mehr unseren Hunger durch Brot, sie erzeugen neuen Hunger, indem sie uns auch industriell schlagen, sie verbinden vermehrte Arbeitslosigkeit mit steigender Lebensmittelteuerung. An diesem Ende halten wir freilich lange noch nicht, aber dieses Ende bedeutet den gewissen Zusammenbruch des imperialistischen Kapitalismus.

Diese kapitalistische Wirtschaftsordnung der Welt wird durch Parlamentsbeschlüsse eines Landes nicht aufgehoben werden. Aber deshalb fehlt es uns nicht an Kampfmitteln. Sie liegen in dem außerparlamentarischen Kampfe der Sozialdemokratie! Was wollen unsere Gewerkschaften anderes, als den erhöhten Preisen auch höhere Löhne entgegenzusetzen? Unsere Konsumgenossenschaften dienen dazu, die Preise niederzuhalten, unsere Aufklärungsarbeit soll die Massen zum allgemeinen Kampfe gegen den Kapitalismus aufrufen. Unsere internationale Kampfgemeinschaft führt den Kampf gegen den Kapitalismus in allen Staaten der Welt zugleich. Davon, Genossen, müssen Sie die Arbeiter, die über die Teuerung verzweifeln wollen, überzeugen: daß unsere ganze Partei in Politik, Gewerkschaft und Genossenschaft, unsere ganze Internationale, berufen ist, auf dem wirtschaftlichen Boden, also dort, wohin die Gesetzgebung heute in diesen Fragen noch nicht vordringt, den Kapitalismus auch in seiner Folgeerscheinung der Teuerung zu bekämpfen und zu besiegen.

Der kapitalistische Weltmarkt diktiert in erster Linie die Preise der Lebensmittel. Aber dieser Weltmarkt ist heute noch nicht so geartet, daß er diese Teuerung rechtfertigen könnte. Noch sind wir mit Lebensmitteln reichlich versorgt, selbst auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung. Das zeigt uns eine Uebersicht der

Weltweizenernte.

	In Millionen Quartern (nach amerikanischen Schätzungen)
1904	393
1905	415
1906	432
1907	395
1908	398
1909	421

Die geringere Ernte der Jahre 1907 und 1908 wäre durch die Vorräte aus dem Jahre 1906 ausgeglichen; im Jahre 1909 ist die Welternte um 20 Millionen Meterzentner größer als der Weltbedarf. Und somit liegt im Weltmarkt, bis heute wenigstens, die Hauptursache der Teuerung nicht.

So bleiben für sie vorwiegend politische Ursachen, Gründe der Gesetzgebung, die wohl abzuschaffen wären. Solange der Weltmarkt versorgt ist, müssen wir im Inland nicht leiden, auch wenn wir nicht genug Weizen bauen. Oesterreich-Ungarn ist ein Industrieland geworden, das seit einigen Jahren seine Lebensmittel selbst nicht mehr in vollem Bedarf baut. Wir müssen importieren.

Man schätzt den Weizenbedarf Oesterreichs auf 60 bis 61 Millionen Meterzentner. Wir bauten im Jahre 1908 nur 57 Millionen, im Jahre 1909

nur etwa 50 bis 51 Millionen. Es bleiben 10 Millionen Meterzentner, die wir einführen müssen und aus dem Osten und Argentinien einführen können.

Dadurch stellt sich der Getreidepreis anders als vordem, wo er, vom Weltmarkt unabhängig, ein nationaler Getreidepreis war. Nun gestaltet sich die Rechnung so:

Zehn Millionen Zentner werden eingeführt. Sie haben den Weltmarktpreis draußen, jeder Zentner zahlt an der Grenze Kr. 6·30 Zoll und trägt die Fracht bis zu jenem Punkte des Inlandes, wo er konsumiert wird. Diese 10 Millionen Meterzentner haben einen Preis, der gleich ist Weltmarktpreis + Zoll + Fracht.

Die restlichen inländischen 50 Millionen Meterzentner haben weder Zoll noch Fracht zu tragen, aber dennoch werden sie zum gleichen Preise verkauft; den Zollbetrag und die Fracht steckt der Getreideproduzent ein. Das sind bei 50 Millionen Meterzentner Weizen allein mehr als 300 Millionen Kronen Extraprofit für etwa zehntausend Großgrundbesitzerfamilien! Das ist künstliche, ist politisch verursachte Teuerung, sie ist im Parlament durch Aufhebung der Zölle zu werfen. Das haben wir redlich versucht, das haben die bürgerlichen Parteien verhindert, das haben die Wähler an ihnen zu ahnden!

Der Zoll hat sich in sein Gegenteil verkehrt, auch bei fast allen anderen Artikeln. Er ist aus Schutzzoll *Ausbeutungszoll* geworden. Die bürgerlichen Parteien haben 1904 den Zolltarif beschlossen, nicht ohne von den Sozialdemokraten gewarnt zu werden. Vorläufig binden uns die Zölle bis 1917, das Volk muß die kapitalistische Politik der bürgerlichen Parteien teuer bezahlen. Aber dennoch gibt es ein politisches Mittel, die Last zu erleichtern. Das sind *gute Handelsverträge* mit den Nachbarstaaten. Was soll ein Handelsvertrag mit Serbien, Rumänien, mit den Orientstaaten? Durch ihn werden die Zollsätze vertragsmäßig von zwei Staaten herabgesetzt und der Handelsverkehr erleichtert. Er soll uns einerseits Arbeitsgelegenheit, mehr und höheren Lohn sichern, indem wir unseren Waren den Absatz sichern, er soll uns andererseits billige Lebensmittelzufuhren verschaffen. Handelsverträge sind heute das wichtigste Mittel im politischen Kampfe gegen die *Teuerung*. Unermüdlich haben wir Sozialdemokraten den Abschluß freihändlerischer Handelsverträge mit den Oststaaten und den überseeischen Ländern gefordert. Aber das ist der verhängnisvolle Umstand unserer Politik: Unsere bürgerlichen Städtevertreter sind feige vor den Agrariern zurückgewichen, ja sie verbünden sich in dem Augenblick — die Nationalität gibt auch hier wieder einen billigen Vorwand — mit den Brotwucherern, wo Oesterreichs Zukunftsinteressen gebieterisch den einmütigen Krieg des ganzen Industrie- und Gewerbevolkes gegen die Agrarier fordern! Der Handelsminister Weiskirchner knickt zaghaft vor dem Stirnrunzeln der Agrarier zusammen und gibt sein eigenes Ermächtigungsgesetz preis! Geradezu ein Verhängnis für Oesterreichs Völker ist der Verrat der städtisch-industriellen Interessen durch die christlichsozialen Vertreter der Reichshauptstadt Wien! (Sehr richtig!) Sie wissen nicht mehr, wie sie ihren Volksverrat bemänteln sollen. So macht Dr. Lueger im Wiener Gemeinderat (Antrag Angeli, Sitzung vom 19. Juni 1909) den Magyaren(!) zum Vorwurf: „Die geehrten Herren in Ungarn denken an alles mögliche, an eine eigene *Bank*, an ich weiß nicht welche Konzessionen in *Militärsachen*, aber an das Wichtigste, an das Brot für die Allgemeinheit, denken sie nicht.“ Lueger fährt fort: „Das muß allgemein bekanntgegeben und festgenagelt werden!“

Ja, das muß festgenagelt werden, daß die Christlichsozialen an die Sperrung der Freien Schule, an Professor Wahrmund und ich weiß nicht an welche klerikalen Maßregeln denken, aber an den Vorkampf der Wiener Vertreter für freie Handelsverträge denken sie nicht! Wir müssen wider alle bürgerlichen Städtevertreter die schwere Anklage der vollen Vernachlässigung der vitalsten Lebensinteressen der industriellen und gewerblichen Bevölkerung erheben. Wir werden diese Anklage vor den Wählern zu vertreten wissen und sind auf die Verteidigung der Herren neugierig.

„Handelspolitik gegen Hungerpolitik“ ist nicht das einzige *politische* Mittel gegen die Teuerung. Ebensosehr wie durch die Zölle werden alle Le-

bens- und Bedarfsmittel durch die indirekten Steuern verteuert. Seit dem Bestand einer deutschen Sozialdemokratie, seit Ferdinand Lassalles Auftreten steht die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die indirekten Steuern. Die neuen Steuervorlagen der Regierung Bilinski habe ich in einer Broschüre erörtert und unterbreite diese Arbeit an Stelle eines Berichtes dem Parteitag.

Ein unerhörtes Attentat auf die Taschen des Volkes ist diese Steuerreform. Für die politische Reife, für den Ernst unserer bürgerlichen Parteien und ihrer Presse ist charakteristisch, daß sie diesen drohenden Steuerlasten nicht einmal so viel Interesse entgegenbringen wie dem harmlosen Ausflug eines Touristenvereines nach Melk. Man vergleiche nur einmal mit uns Deutschland und England, wo dieselben Fragen der Steuerreform das ganze Volk erregen, Ministerien zum Sturze und Parlamente vielleicht zur Auflösung treiben. Unsere bürgerlichen Parteien reden kaum über die Steuerentwürfe. Diese Interesselosigkeit ist nicht bloß ein öffentlicher Skandal, sie zeigt die gleiche Herzlosigkeit der bürgerlichen Parteien gegenüber allen wirklichen Volksinteressen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden in dem Kampfe gegen Bilinskis Raubzugspläne ihren Mann zu stellen wissen! (Bravo!)

Parteigenossen! Zölle und Steuern, das sind die vornehmsten p o l i t i s c h e n Ursachen der Teuerung. Es ist also nicht richtig, daß parlamentarisch gegen die Teuerung nichts auszurichten wäre. Was getan werden konnte, hat die sozialdemokratische Fraktion getan, haben die bürgerlichen Parteien verhindert. Das Urteil darüber steht den Wählern zu, sie sollen auch das Wort zum Urteilsspruch bekommen.

So kämpft die Sozialdemokratie i m Parlament denselben Kampf wie außerhalb desselben. Die gesamte Arbeiterbewegung hat doch dieses eine Hauptziel: die Befreiung von aller Ausbeutung, die gemeinsame Fürsorge aller für alle, die Erringung aller Lebens- und Kulturmittel für die arbeitende Volksgesamtheit. Die Mittel des Lebens im allerumfassendsten Sinne den Massen zu erringen ist unsere Aufgabe: dazu die Arbeit im Parlament, in den Gewerkschaften und den Genossenschaften. Und wenn unsere Gegner von der Aufhebung der politischen Teuerungsgründe nicht hören, von Zöllen und Steuern nicht reden wollen, dann rufen wir ihnen zu: Das Maß ist voll! Nicht länger soll der Boden, der alle nähren soll, in den Händen Privater ein Mittel zur Massenausplünderung sein! Dann zwingen sie uns selbst die Forderung auf, welche die englischen Gewerkschafter so oft beschlossen haben: die N a t i o n a l i s i e r u n g d e s G r u n d u n d B o d e n s! Nicht für den Profit weniger großer Grundherren, für Arbeit und Brot der Massen sei die Erde da! Wenn der oben geschilderte Imperialismus die ganze Welt aufgewühlt und seine Widersprüche zur Gänze entfaltet haben wird, dann wird den bedrängten Volksmassen nichts übrig bleiben, als die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchzuführen und den Sozialismus zur Wahrheit zu machen, dann werden wir das Wort des Dichters Heine erst erfüllen:

Es wächst auf Erden Brot genug
Für alle Menschenkinder!

(Lebhafter Beifall.)

Ich kann von der Stellung einer Resolution absehen und empfehle den Genossen die Annahme der Resolution der Bezirksorganisation Aussig, welche meinen Auffassungen entspricht. Sie lautet:

R e s o l u t i o n z u r L e b e n s m i t t e l t e u e r u n g.

Die bisherigen Bestrebungen, den systematischen Lebensmittelwucher der Agrarier einzudämmen, sind trotz der sehr anerkennenswerten Kämpfe gegen diesen durch die sozialdemokratische Fraktion im Parlament noch nicht von jenem Erfolg gekrönt, wie ihn das arbeitende Volk ersehnt und braucht. Hauptschuldig, diesen unerträglichen Zustand verlängert und verschärft zu haben, sind die bürgerlichen Parteien, vor allem die Agrarier und die Christlichsozialen. Die Abstimmung am 28. November 1907 hat ergeben, daß der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments die A n t r ä g e d e r S o z i a l d e m o k r a t e n, die einzig und allein geeignet waren, in der Teuerung s o f o r t i g e A b h i l f e zu schaffen, nicht dringlich waren. Die christlichsozialen und

die agrarischen Abgeordneten haben sich durch die Ablehnung dieser Anträge als Schutzgarde des Lebensmittelwuchers erwiesen. Ein sofort wirkendes Programm zum Schutze und zur Förderung der Landwirtschaft, zur Ausschließung des wucherischen Zwischenhandels, Aufhebung der Fleischsteuer auf dem offenen Lande und der Linienverzehrungssteuer in den Städten, die Herabsetzung der Bier-, Branntwein-, Petroleumsteuer, vor allem der Zuckersteuer, enthielt der Antrag Renner und Genossen. Der Antrag Schrammel hatte wohl die einfache, aber nicht die Zweidrittelmehrheit. Es geschah also gegen den Lebensmittelwucher infolge des Volksverrates der bürgerlichen Parteien nichts. Der Kampf gegen den agrarischen Lebensmittelwucher wurde dessenungeachtet von der sozialdemokratischen Fraktion unermüdlich fortgesetzt. Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten brachte in der letzten Session durch Genossen Seitz neuerdings den Antrag ein, die Getreidezölle bis zum 31. Juli 1910 herabzusetzen. Aber auch dieser Antrag, dessen Annahme für das arbeitende Volk billiges Brot bedeutet hätte, wurde vertagt. Gegen billiges Brot, gegen billiges Fleisch für die Arbeiter, aber für billiges Futter für das Vieh, das war die Parole der bürgerlichen Volks- und Arbeiterfeinde bei der Abstimmung über den Antrag am 23. Juni 1909. Schon die Abstimmung am 28. November 1907, wo der Antrag Schrammel die Mehrheit erlangte, hat bewiesen, daß es möglich ist, den Uebermut der Agrarier zu brechen. Die gesamte arbeitende Bevölkerung hat nun die Pflicht, den Kampf gegen die agrarische Lebensmittelwucherpolitik neben dem Kampfe unserer Genossen im Parlament auch außerhalb desselben energischer wie bisher aufzunehmen und rücksichtslos durchzuführen. Die arbeitende Bevölkerung ist gezwungen, wenn die Volksvertretung nichts gegen den steigenden Lebensmittelwucher mit seiner steigenden Wohnungsnot und Volksverelendung zu tun gewillt ist, zur Selbsthilfe zu greifen. Wir fordern vom Parlament im Verein mit der Regierung eine großzügige, dem Volke Brot, Arbeit und Bildung sichernde Wirtschaftspolitik und stellen daher den Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die Parteileitung hat alles zu veranlassen, damit sobald als tunlich in der ihr am geeignetsten erscheinenden Zeit von der Arbeiterschaft aller Nationen nicht nur durch Ausdruck des einheitlichen Willens gegen die heutige Agrarpolitik protestiert und demonstriert, sondern mit allen zweckdienlichen Mitteln von einem gewissen Zeitpunkt an neben den gleichen Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion im Parlament gegen den unerhörten Lebensmittelwucher ein neuerlicher energischer Kampf eingeleitet wird. Die Aktion ist durch die Parteipresse aller Nationen und Flugschriften in allen Sprachen entsprechend vorzubereiten und durchzuführen.

Die Debatte.

Laser (Mährisch-Schönberg): Wir haben uns schon früher mit der Frage beschäftigt, warum in der Masse eine Mißstimmung Platz gegriffen hat, die sich auch gegen die Tätigkeit der Fraktion wendet. Gerade seit der Geltung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes hat die Lebensmittelteuerung eine ungeheure Höhe erreicht. Bei uns in Nordmähren ist die Erregung sehr groß und wenn es noch nicht zu Hungerkrawallen gekommen ist, sind sie nicht unterblieben, weil die Masse nicht ungeduldig wäre, sondern weil wir die Bevölkerung an Disziplin gewöhnt und die Erkenntnis verbreitet haben, daß durch Hungerkrawalle nichts erreicht werden kann. Aber das Maß ist voll und wir fürchten, daß bei jeder sich darbietenden Gelegenheit, etwa einer Steuererhöhung, es zu Hungerkrawallen kommen wird. Ich brauche nicht zu erwähnen, daß in Nordmähren Familien froh sind, wenn Mann Frau und Kind zusammen 10 Kr. wöchentlich verdienen. Wir haben die Hundekontumaz und in Hannsdorf haben Textilarbeiter einen verscharrten Hund ausgescharrt, um sich Fleischkost zu verschaffen. (Hört! Hört!) Es sieht aus, als hätte man es darauf abgesehen, das Volk zur Empörung zu treiben. Alles stürzt sich auf das Volk: Staat, Lebensmittelproduzenten, Milchhändler, Fleischhauer und wer sie alle sind. Gerade in dem Umstand, daß das in einer Zeit vor sich geht, wo das Parlament des gleichen Wahlrechtes wirksam ist, liegt die Enttäuschung. Wir müssen aufklären darüber, daß nicht das Wahlrecht die Schuld trägt, sondern die bürgerlichen Parteien, denen so viele Besitzlose zu Mandaten verholfen haben. Ich meine, daß wir die Aktion am besten betreiben, wenn wir sie einheitlich durchführen. In Versammlungen kommen nicht alle. Wir brauchen Flugblätter, die bis ins

letzte Dorf getragen werden können. Gerade diejenigen müssen wir aufklären, die sich von den Agrariern einfangen ließen, aber keine Agrarier sind. Ich halte es für nützlich, daß diese Sache heute zur Sprache kommt, weil die Arbeiterschaft sehnsüchtig darauf wartet, was der Parteitag sagen wird. Tausende und Tausende werden nicht mehr in den Fehler verfallen, schlecht zu wählen. Sie wissen, wie bitter es sich gerächt hat, daß sie Leute à la Chiari zu Mandaten verholfen haben. Deshalb wird man auch das Parlament nicht auflösen, denn man fürchtet sich vor dem Volke. Wir müssen erklären, daß wir die Verantwortung für alles, was dieser Aushungerungspolitik folgen muß, ablehnen. Wir werden durch unsere Aktion vielleicht auch das Gewissen der bürgerlichen Abgeordneten schärfen, denn schließlich sind es ja auch ihre Wähler, die ausgehungert werden.

Abgeordneter **Schloßnikel**: Da der Vorredner schon geschildert hat, wie sich der Unmut über die Lebensmittelteuerung in Nordmähren geäußert hat, beschränke ich mich darauf, zu erklären, was mich bewogen hat, folgenden Antrag zu stellen:

Die Parteivertretung wird aufgefordert, eine Flugschrift herauszugeben, in welcher die Bevölkerung in populärer Weise über die Ursachen der Teuerung aufgeklärt wird, Mittel und Wege angegeben werden, wie man dieser Teuerung am wirksamsten entgegenarbeiten kann.

Die Bevölkerung bringt die Lebensmittelteuerung mit dem Parlament in Zusammenhang. Wenn man in Versammlungen hungernder Weber kommt oder in Versammlungen ganz kleiner Bauern, heißt es immer: „Jetzt sind achtundachtzig Sozialdemokraten im Parlament und es wird doch nichts billiger!“ Die Leute glauben, ein energischer Vorstoß würde es ermöglichen, die Teuerung aus der Welt zu schaffen. In Versammlungen können wir es nicht allen Leuten mitteilen, daß die Fraktion die Teuerung nicht aufzuhalten vermag. (Resel: Wir kommen gar nicht zu einem Beschluß infolge der Obstruktion!) Es ist deshalb nötig, der Masse der Bevölkerung die Ursachen der Teuerung zu erklären und zu sagen, welche Wege einzuschlagen sind, um ihr wirksam zu begegnen und ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Genossin **Pölzer** (Wien): Am drückendsten ist die Milchteuerung; wir sehen, daß die Bevölkerung gegen sie an vielen Orten den Krieg durch Boykott aufnimmt, trotzdem er weit schwerer durchzuführen ist als jeder andere Boykott. Die erwachsene Bevölkerung kann sich Entbehrungen auferlegen. Aber das Furchtbarste ist es, den Kindern die Milch zu entziehen. Deshalb sollten die Gemeindevertreter alles daransetzen, um den Milchverkauf in eigene Regie zu nehmen. In der Organisation der Männer wird dadurch sehr viel vernachlässigt, daß die Frauen zu wenig aufgeklärt werden. Wäre die Aufklärung darüber verbreiteter, daß die Konsumentenorganisation behilflich sein kann, die Lebensmittelteuerung zu verringern, wären wir viel weiter. Ich stelle folgenden Antrag:

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden aufgefordert, Verteuerungen von Milch und Molkereiprodukten dadurch entgegenzutreten, daß sie in den Gemeindevertretungen fordern, diese sollen entweder die Versorgung der Bewohner mit diesem wichtigen Lebensmittel in eigener Regie durchführen oder auf Grund des § 51 der Gewerbeordnung auf die Preisbildung dieser Produkte Einfluß nehmen.

Abgeordneter Dr. **Renner** (Schlußwort): Ich empfehle Ihnen den Antrag Schloßnikel, wie er vorliegt, zur Annahme.

Den Antrag des Genossen Anton Kohl (Wien):

Im Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung sind die Konsumgenossenschaften ein unentbehrliches Mittel. Um den vielen Genossen, die in den Genossenschaften tätig sind, ihre Arbeit zu erleichtern und sie ständig zu informieren, sollen in der „Arbeiter-Zeitung“ die Marktpreise der wichtigen Lebensmittel mindestens zweimal veröffentlicht werden.

bitte ich der Parteivertretung zuzuweisen.

Den Antrag Aussig empfehle ich zur Annahme, jedoch mit Hinweglassung des Passus, daß die Kundgebungen im ganzen Reiche zu einer Stunde

stattfinden. Sie können sich darauf verlassen, daß die Parteivertretung gewiß die wirksamste Form wählen wird, wenn Gelegenheit dazu gegeben ist. Aktuell ist die Frage erst, wenn wir im Parlament Gelegenheit haben werden, die Sache zur Sprache zu bringen. Das wird der Fall sein, wenn sie auf die Tagesordnung kommt. Wann das ist, kann aber niemand voraussehen, deshalb kann man auch nicht die Protestkundgebung auf einen bestimmten Tag festlegen.

Mit dem Antrag Aussig fast identisch ist der Antrag der Bezirksorganisation Mürzzuschlag. Man kann durch die Abstimmung über den Antrag Aussig den Antrag Mürzzuschlag für erledigt erklären. Er will auch für einen bestimmten Tag Protestversammlungen im ganzen Reiche. Mit Hinweglassung dieser Stelle lautet er und in dieser Fassung empfehle ich ihn zur Annahme:

Mit Rücksicht auf die immer schwieriger werdenden Lebensverhältnisse, die eine geradezu unheimlich schnell fortschreitende geistige und physische Degeneration der arbeitenden Bevölkerung zur Folge haben müssen, sowie in der Erwägung, daß die Agrarschutzzollpolitik, wie sie in Oesterreich gehandhabt wird, geradezu eine Gefahr für die zukünftige Entwicklung unserer Industrie, respektive für die Erwerbsmöglichkeit des arbeitenden Volkes bildet, beschließt der Parteitag:

Die Reichsparteivertretung wird beauftragt, im Einvernehmen mit der Fraktion und den Landesorganisationen eine einheitliche Aktion für das ganze Reich zu organisieren und neue Protestversammlungen zu veranlassen, deren Beschlüsse in schärfster Form die zeitweise Aufhebung der Getreidezölle beinhalten. Des weiteren beschließt der Parteitag: Die Fraktion wird beauftragt, mit allem Nachdruck den endlichen Abschluß der Handelsverträge zu betreiben.

Bei der Abstimmung werden die Anträge Pölzer, Schloßnikel, Aussig und Mürzzuschlag angenommen, der Antrag Kohl der Parteivertretung zugewiesen.

Wahl der Parteivertretung.

Abgeordneter **Schloßnikel**: Mir wurde der ehrende Auftrag zuteil, für die Kommission zu referieren, die Vorschläge über die Wahl der neuen Parteivertretung erstatten soll. Große Aenderungen wurden nicht vorgenommen. Genosse Höger hat gebeten, nicht mehr gewählt zu werden. Außerdem ist eine Aenderung eingetreten, weil die Wiener Kontrollmitglieder, die ausscheiden, nicht mehr wiedergewählt werden dürfen. Wir mußten deshalb andere Genossen vorschlagen. Neu tritt ein Genosse Widholz. Ich habe ferner an das Uebereinkommen zu erinnern, das vor zwei Jahren bei der Wahl der Kontrollore beschlossen wurde, nämlich, daß diesmal statt eines Kärntners ein Tiroler gewählt werde.

Die Kommission wünscht, daß die Bestimmung, die eine Wiederwahl der Wiener Kontrolle ausschließt, gestrichen werde. In dem Vorschlag des Komitees, das das Organisationsstatut endgültig redigiert hat, ist diesem Vorschlag Rechnung getragen worden. Da in der Kontrolle mehrere Länder nicht vertreten sind, weil dazu die Zahl der Kontrollore gar nicht ausreicht, hat die Kommission den Wunsch geäußert, daß jedes Kronland mindestens durch einen Delegierten vertreten sei.

Vorsitzender **Schäfer**: Da niemand das Wort wünscht, ersuche ich die Wahlkommission, zugleich als Skrutinierungskommission zu fungieren und die Zetteln einzusammeln.

Das Skrutinium ergibt folgendes Resultat:

Parteivertretung:

Dr. Adler Viktor	159 Stimmen
Dr. Ellenbogen Wilhelm . . .	159 „
Pernerstorfer Engelbert . . .	159 „
Popp Adelheid	159 „
Reumann Jakob	159 „

Schrammel Anton	159	Stimmen
Schuhmeier Franz	158	„
Skaret Ferdinand	159	„
Seitz Karl	159	„
Tomschik Josef	158	„

Kontrolle:

Beer Heinrich (Wien)	159	„
Widholz Laurenz (Wien)	158	„
Dr. Czech Ludwig	159	„
Elderisch Matthias	159	„
Preußler Robert	159	„
Resel Hans	159	„
Schäfer Anton	158	„
Seliger Josef	158	„
Abram Simon	159	„
Spielmann J.	157	„

7 Stimmen waren zersplittert.

Parteiorganisation.

Referent Abgeordneter **Seliger**: Das Redaktionskomitee legt Ihnen nur das Resultat seiner Arbeit vor. Wir haben zur Grundlage der Arbeit das alte Statut genommen und uns darauf beschränkt, die vom Parteitag beschlossenen Grundsätze in das neue Statut aufzunehmen, und an den nicht in Frage gestellten Bestimmungen nur das zu ändern, was infolge der Aenderung der Grundsätze sinn- und sachgemäß geändert werden mußte.

Für den § 1 über die Parteiangehörigkeit schlägt das Komitee eine neue Fassung vor, die sich völlig an die bereits beschlossenen Grundsätze hält, aber eine schärfere Fassung des Wesens der Parteizugehörigkeit darstellt. Es wird die Parteimitgliedschaft zur Bedingung der Parteiangehörigkeit gesetzt. Wir haben das getan, um das Wesen der Parteiangehörigkeit in der schärfsten und klarsten Form zum Ausdruck zu bringen. So ist es gekommen, daß wir auch die Bestimmungen der §§ 3 und 4, die die Umstände festsetzen, die die Parteiangehörigkeit ausschließen, nun in den § 2 aufgenommen haben. Ebenso mußten wir, um die Einheitlichkeit auszudrücken, im § 3 die Bestimmung aufnehmen, daß jedes Parteimitglied als Legitimation die im ganzen Reiche und überall geltende Parteimitgliedskarte erhält. Es wird auch im ganzen Statut durchwegs von Parteimitgliedern gesprochen, und andere Worte, die im gegenwärtigen Parteistatut vorkommen, sind vermieden.

Im § 5 wird als Grundlage der politischen Organisation für jede Bezirksorganisation der politische Verein, der anzustreben ist, festgesetzt. Für Parteiangehörige, welche aus wichtigen Gründen nicht Mitglieder des politischen Vereines sein können, ist die Zugehörigkeit und Beitragsleistung zur Parteiorganisation nach gleichen Grundsätzen zu regeln. Zu den wichtigen Gründen zählen auch die gesetzlichen Ausschließungsgründe, also Minderjährigkeit und weibliches Geschlecht.

Ausdrücklich wird im § 6, wo die verschiedenen Instanzen der Organisation aufgezählt sind, auch erklärt, daß die Frauenorganisation einen Bestandteil der Lokalorganisation bildet.

In dem § 8 wurde, damit nicht Streitigkeiten über die Abgrenzung der Bezirksorganisationen entstehen können, die Landeskonferenz als das Organ festgesetzt, das diese Abgrenzung vornimmt.

Die §§ 11 bis 17 enthalten die wesentlichste Umänderung. In den Grundsätzen heißt es, daß alle Beiträge zusammengefaßt und vereinheitlicht werden sollen. Als Reichsparteitag haben wir nun gegenüber dem bisherigen Beitrag von 2 H. einen Beitrag von 3 H. festgesetzt. Da aber das Frauenreichskomitee bisher 2 H. von jeder Parteigenossin vereinnahmte, so folgt die Bestimmung,

daß von jedem Beitrag, den jetzt die Reichsparteivertretung von den Frauen bekommt, sie 2 M. dem Frauenreichskomitee abführt. Würde diese Bestimmung nicht im Statut enthalten sein, so hätte das Frauenreichskomitee keine Einnahmen mehr. Die §§ 11 bis 17 enthalten alles, was sich auf die Parteibeiträge, auf die einheitlichen Quittungsmarken und Legitimationen und auf die Art des Vertriebes und der Verrechnung bezieht.

Der § 18 über die Vertrauenspersonen enthält die wichtige Aenderung, daß der Bezirksvertrauensmann in seinem jährlichen Bericht an die Parteivertretung auch über die Art des Ausbaues der Organisation, nämlich darüber, ob sie auf Grund des politischen Vereines erfolgt, berichten muß.

Völlig umstilisiert wurden die Paragraphen über die Frauenorganisation, wo auch, um den Kontakt der Gesamtorganisation mit der Frauenorganisation immer rege zu halten, festgestellt wurde, daß das Organisationsstatut der politischen Frauenorganisation dem Parteistatut anzupassen und jede Aenderung von einer Frauenreichskonferenz nur im Einvernehmen mit der Parteivertretung vorgenommen werden kann. Weiter sagt ein bezüglicher Paragraph, daß die Frauenorganisation ein selbständiges Vertretungsrecht in den leitenden Körperschaften und auf den Konferenzen der Parteiorganisation erhält und daß die Adressen der weiblichen Lokalvertrauenspersonen, ebenso wie dem Frauenreichskomitee auch dem Parteisekretariat mitzuteilen sind. Ebenso bestimmt das Parteistatut selbst schon, daß die Frauenreichskonferenz mindestens in jedem zweiten Jahre in Anschluß an den Parteitag stattfindet.

Der § 24 über die Jugendorganisation enthält eine Aenderung, die bewirkt, daß nicht planlos an die Gründung von Jugendorganisationen geschritten werden soll. Wir haben aber, da heute die Organisation der jugendlichen Arbeiter schon sehr kräftig ist, es für ein dringendes Gebot gehalten, ihr die Möglichkeit zu geben, bei der Gründung von Jugendorganisationen planmäßig und methodisch mitzuwirken.

In § 25 werden mehrere Aenderungen vorgeschlagen, die sich auf die Zusammensetzung des Parteitages beziehen. Es wird vorgesorgt, daß zwei Delegierte des Frauenreichskomitees an ihm teilnehmen, sowie daß die Redakteure, die bisher nur beratende Stimme haben, beschließende Stimme bekommen, sowie daß die von sozialdemokratischen Reichskonferenzen, wenn es auch nicht Konferenzen auf Grund des Organisationsstatutes sind, eingesetzten Korporationen sowie die von den Parteivertretungen zum Parteitag berufenen Referenten vollberechtigte Teilnehmer am Parteitag werden. Bisher war die Einberufung des Parteitages für jedes zweite Jahr als Regel normiert, jetzt soll sie als Erfordernis, von dem nicht abgegangen werden kann, gelten, so daß auch öfter Parteitage stattfinden können.

Das bisherige Statut enthält in § 20 die Bestimmung, daß die beiden Genossen Parteikontrollore, die am Sitze des engeren Ausschusses wohnen, für die nächste Periode in dieser Eigenschaft nicht wieder wählbar sind. Da aber kein Grund für diese Bestimmung vorliegt, schlägt das Komitee die Streichung dieses Passus vor.

Es hat sich auch der Mangel fühlbar gemacht, daß wir bisher keine Norm dafür hatten, wie man vorgehen soll, wenn ein einmal aus der Partei Ausgeschlossener wieder in die Partei aufgenommen werden will. Deshalb wird beantragt, dem Parteistatut eine Wiederaufnahmsbestimmung beizufügen. Selbstverständlich ist, daß der Parteitag über die Aufnahme beschließen muß, denn es ist ja möglich, daß die Ausschließung infolge Berufung des Ausgeschlossenen von einem Parteitag bestätigt wurde und es ist nicht angängig, daß der Beschluß des Parteitages von einer anderen Korporation aufgehoben wird. Selbstverständlich ist es, daß ein solcher Antrag vorberaten und vorbereitet werden muß und deshalb soll nur auf Antrag der Reichsparteivertretung die Entscheidung gefällt werden können.

Ich habe nun die Aenderungen erörtert. Das Redaktionskomitee hat sich streng an die vom Parteitag beschlossenen Grundsätze gehalten und nur das geändert, was demzufolge modifiziert werden muß. Eine große Debatte ist deshalb nicht mehr nötig, weil eben über die neuen Grundsätze die Debatte

schon sehr ausführlich geführt wurde. Es erübrigt mir nur noch, Ihnen einen Anhang zum Statut zu empfehlen, der folgendermaßen lauten soll:

Für die beruflich organisierten Genossen bleibt der Beschluß des Linzer Parteitages insolange aufrecht, als sie nicht ihre Mitgliedschaft bei der politischen Organisation mittels der Parteimitgliedskarte ausweisen können.

Die Leistung dieser Genossen kann nämlich erst dann aufhören, wenn sie den Beitrag leisten, von dem der Parteivertretung monatlich 3 H. zufließen. Insolange das nicht geschieht, kann von den 2 H., die für diese Genossen gemäß dem § 8 des gegenwärtigen Statuts vorgeschrieben sind und die für sie nicht erhöht werden, nicht abgegangen werden, denn sonst entstünde die Gefahr einer plötzlichen Benachteiligung der Partei, die die Genossen, die bisher die 2 H. gezahlt haben, gewiß nicht verursachen wollen.

Ich habe Ihnen auch noch den Antrag Skaret zur Annahme zu empfehlen, der folgendermaßen lautet:

Das neue Organisationsstatut mit den Bestimmungen über einheitliche Legitimationskarten sowie die Quittungsmarken und die erhöhte Beitragsleistung für die Mitglieder der politischen Parteiorganisation tritt mit 1. Jänner 1910 in Kraft.

Ferner empfehle ich Ihnen folgenden Antrag Dietl-Cermak-Hillebrand:

Das neue Parteistatut soll durch die Parteivertretung der Provinzpresse als Beilage eventuell gegen Vergütung beigestellt werden.

Ich bitte Sie nun, den Entwurf samt diesen Anträgen anzunehmen.

de Witte (Karlsbad): Die große Aufgabe, das industrielle Proletariat zu organisieren, es mit unserem Geist zu erfüllen, hat unsere ganze Kraft in Anspruch genommen. Reich und schön sind aber auch die Erfolge, die wir erzielten. Aber es wäre doch nur halbe Arbeit, wenn wir nicht auch trachten würden, die andere Hälfte der Bevölkerung, soweit sie proletarischen Charakter trägt, für uns zu gewinnen.

Die großen Massen landwirtschaftlicher Arbeiter sowohl als auch die Kleinbauern und Häusler wären für die sozialdemokratische Bewegung zu gewinnen, wenn mit einer entsprechenden Agitationsarbeit in den ländlichen Bezirken eingesetzt würde. Wir stellen daher folgenden Antrag:

Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, die Frage der Organisation des landwirtschaftlichen Proletariats zu studieren und sich zu diesem Zwecke mit den bereits bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen, zum Beispiel mit dem Zentralverband der Häusler und der Kleinbauern in Kosolup und dem Verband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in Gablonz ins Einvernehmen zu setzen. Dem nächsten Parteitag, auf dessen Tagesordnung diese Angelegenheit zu setzen ist, sind bereits positive Vorschläge darüber zu erstatten, in welcher Weise eine großzügige Agitations- und Organisationsarbeit auf dem Lande zu betreiben ist.

Wir haben uns früher darüber den Kopf zerbrochen, wie wir das landwirtschaftliche Proletariat für uns bekommen könnten. Heute haben wir bereits Abgesandte aus landwirtschaftlichen Distrikten am Parteitag. Freilich können wir nicht die Besitzer großer Wirtschaften für uns gewinnen. Diese sind, selbst wenn sie nur als Schuldknechte auf ihrem Hofe sitzen und ihre eigenen Kinder im industriellen Proletariat versinken sehen, nicht für uns zu haben. Aber es gibt in Oesterreich zwei Millionen Unselbständige in der Landwirtschaft. Diese müssen uns gewonnen werden. Und nicht nur diese. In Böhmen sind über die Hälfte (54 Prozent) der „Bauern" Zwergbesitzer mit nur je 1 Hektar Grund, 80 Prozent besitzen weniger als 5 Hektar. Noch schlimmer ist das Verhältnis in Mähren, wo 85 Prozent der „Grundbesitzer" weniger als fünf Hektar Grund ihr eigen nennen. Das sind Leute, die wohl lange die agrarische Politik unterstützt haben, aber heute einsehen, daß sie durch die Erfolge der Agrarier geschädigt sind, weil sie Frucht nicht verkaufen, sondern kaufen. Sie

suchen einen Anwalt ihrer Interessen. Sie appellieren an uns, weil sie in unserer Partei ihre natürliche Vertretung suchen. Stoßen wir diese Leute von uns, so fallen sie den verschiedenen bürgerlichen Parteien zu, von denen sie dann ebenso betrogen werden wie zuvor von den Agrariern, nur nach einer anderen Methode. Ich bitte den Parteitag also, den Antrag anzunehmen. Wir sind es dem landwirtschaftlichen Proletariat schuldig ebenso wie dem industriellen, daß wir unsere Macht vergrößern und das ganze werktätige Volk für unsere Ziele begeistern. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Resel: Es ist möglich, daß die Aenderungen, die zu dem vom Redaktionskomitee vorgelegten Entwurf gelegen sind, normiert werden, weitere Aenderungen nach sich ziehen, die bisher vorzunehmen in der kurzen Zeit übersehen wurden. So kann sich durch die Ummmerierung der Paragraphen die Notwendigkeit ergeben, die Paragraphenhinweise zu ändern, und auch andere stilistische Unebenheiten können bewirkt worden sein. Wie in allen Landtagen nach Fertigstellung größerer Gesetze der Landesausschuß beauftragt wird, derartige stilistische Aenderungen vorzunehmen, so sollen auch wir der Parteivertretung eine solche Ermächtigung geben, und ich stelle daher den Antrag:

Die Parteivertretung wird ermächtigt, falls sich stilistische Aenderungen als notwendig erweisen, die den Sinn nicht verändern, diese vor der Drucklegung des Parteiorganisationsstatuts vorzunehmen.

Bei der Abstimmung wird der vom Redaktionskomitee vorgelegte Entwurf samt den vom Referenten empfohlenen Anträgen und den Anträgen de Witte und Resel einstimmig angenommen.

Nachmittagssitzung.

Aeußere Politik und Rüstungen.

Referent Dr. Adler (Wien): Die Sozialdemokratie in Oesterreich hat bisher verhältnismäßig wenig Anlaß gehabt, sich mit der Frage der auswärtigen Politik zu beschäftigen; wenig Anlaß, weil sie mit den Fragen der inneren Politik genug zu tun hatte, und dann auch darum, weil Oesterreich eine Schonzeit gehabt hat. Unsere Diplomaten und Staatsmänner haben eine Zeitlang unser Land mit ihrer Politik verschont und wir haben so gut wie keine auswärtige Politik gehabt. Diese ruhigen Zeiten sind nun jäh unterbrochen worden. Wir haben — und Sie erinnern sich gewiß alle daran — eine Zeit furchtbarster Aufregung und ernsthaftester Besorgnis hinter uns, jene Zeit, wo jeder Mensch in Oesterreich gezittert hat und zittern mußte vor dem Gedanken, daß unsere jungen Leute auf das Schlachtfeld geführt werden, um zu bluten für eine Sache, die sie wahrhaftig nichts angeht; die Zeit, wo man vor einer Ungeheuerlichkeit, die zu denken noch vor kurzem unmöglich war, zittern mußte, die Zeit größter Kriegsgefahr. Heute ist die äußere Politik in Oesterreich eine ernste und sehr aktuelle Sache geworden. Freilich ist es schwer, über auswärtige Politik in Oesterreich zu sprechen, weil sich für den Oesterreicher zuerst die Frage aufwirft: „Wo fängt sie an?" Wir müssen uns eigentlich erst fragen: „Wo fängt für den Oesterreicher das Ausland an?" Das Ausland fängt für uns eigentlich bei der Leitha an, und dieser Teil unserer auswärtigen Politik, unser Verhältnis zu Ungarn, ist der Gegenstand der schwersten Sorgen und Gegenstand einer Verwirrung, die ja bis heute noch nicht gelöst ist. Also wenn wir von auswärtiger Politik sprechen, so müssen wir notgedrungen von jener Politik reden, die für Oesterreich Ungarn gemacht wird, ohne daß die Völker Oesterreichs etwas dazu zu sagen haben, die gemacht wird ohne sie; ja man darf beinahe sagen: gegen sie. Wir haben seit Jahresfrist einen Aufschwung des österreichischen Militarismus zu verzeichnen, einen Aufschwung des österreichischen Machtbewußtseins, einen Aufschwung des Wunsches nach „Prestige". Wir erleben in allen Schichten mit Ausnahme der großen Massen eine Renaissance des Nationalismus

marsches. Sie wissen, daß der Entschluß des Baron Aehrenthal (Zwischenruf: Graf Aehrenthal!) — als er sich entschlossen hatte, war er noch Baron — daß also der Entschluß, Bosnien und die Herzegowina zu annektieren, der Ausgangspunkt jener furchtbaren Krise waren, die uns vor die Kriegsgefahr gestellt hat, zugleich aber der Ausgangspunkt einer Stimmungsmacherei, herbeigeführt durch zahllose offiziöse Federn, einer Stimmungsmacherei, die den Oesterreicher hineintreiben sollte in eine Begeisterung für die Machtpolitik, für eine ausgreifende Weltpolitik Oesterreichs. Wir haben Bosnien annektiert und sind dadurch in einen Konflikt gekommen nicht nur mit dem kleinen Serbien, sondern auch mit halb Europa und sind hart vor dem Krieg gestanden. Wir haben unsere Position auf dem Balkan unten völlig unsicher gemacht, insofern unser wirtschaftlicher Verkehr in Betracht kommt. Wir haben praktisch eigentlich nichts getan, als den alten Besitz, der früher Okkupation hieß, nunmehr Annexion zu nennen. Wir haben Hunderte von Millionen geopfert für die Mobilisierung, wir haben das Vielfache davon geopfert dadurch, daß unsere ganze Wirtschaft zerrüttet wurde. Und nun fragen wir: Was haben wir davon? Warum ist das alles geschehen? Darauf gibt es keine vernünftige Antwort. Denn die Tatsache, daß überall der Kapitalismus zum Imperialismus führt, überall der Imperialismus zu einer Kolonialpolitik in allen ihren Formen, diese Tatsache bewirkt nicht logisch, daß auch Oesterreich-Ungarn zu einer imperialistischen Politik übergehen mußte. Denn Oesterreich-Ungarn ist ein Staat ganz besonderer Art, und wenn der Imperialismus für andere Staaten ein Verbrechen des Kapitalismus ist, so ist er in Oesterreich nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine Absurdität, eine Lächerlichkeit. Ein Staat, der nicht imstande war, sich bis heute auch nur fest zu konstituieren; ein Staat, der bis heute nicht in der Lage war, eine feste Grundlage für das Zusammenleben seiner Völker zu finden, ein solcher Staat hat es wirklich nicht notwendig, nach außen zu greifen.

Was haben wir politisch von der Annexion? Politisch ist die Annexion nichts anderes als eine staatsrechtliche Verlegenheit mehr für Oesterreich-Ungarn. Man hat Bosnien genommen, aber man weiß noch nicht, in welche Tasche man es stecken kann und darf. Es ist sehr leicht, daß die Herrschergewalt des Kaisers von Oesterreich und Königs von Ungarn erstreckt wird über Bosnien und die Herzegowina. Dazu gehört nur das Papier des Amtsblattes. Aber die Einverleibung von Bosnien und der Herzegowina in das Reichsganze, das ist ein Akt, der sich nicht nur auf dem Papier vollziehen kann, sondern der die allergrößten Schwierigkeiten für unsere innere Politik heute schon macht und in Zukunft noch unendlich mehr machen wird. Wenn der Imperialismus für andere Länder eine Folgeerscheinung der Entwicklung des Kapitalismus ist, so ist dies für uns ein Raubzug, ein Raubzug einer Gewalt, die sich übermäßig entwickelt, deren Kraftfülle so groß ist, daß sie ausgreifen muß. Was aber haben wir Oesterreicher von diesem Aufstreben des Kapitalismus? Haben wir hier eine wirtschaftliche Entwicklung, die die Kraft hätte, wirklich imperialistische Politik zu treiben? Der Imperialismus ist in Oesterreich ein Verbrechen wie anderswo, aber in Oesterreich ein Verbrechen mit untauglichen Mitteln. Wo die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt wird auf Schritt und Tritt, wir, die wir nicht vorwärts kommen, die nicht einmal ihren Kapitalismus in die Höhe treiben können, der bei uns verkümmert und nur seine ausbeuterischen Kräfte zeigt, aber nicht diejenigen, die die Zukunft bereiten, wir sind auch wirtschaftlich nicht berufen, imperialistische und Kolonialpolitik zu treiben.

Und ein Drittes. Wenn man Imperialismus treibt und hinausgreift ins Ausland, so tut man es in allen anderen Staaten, weil man einen Absatz für seine Industrie sucht. In Oesterreich aber wird in demselben Moment, in dem man den Balkan durch die Annexion besetzt und die Machtsphäre über den Balkan ausdehnen will, eine Handelspolitik gemacht, die jede Erweiterung dieser Machtsphäre unterbindet, und die unmittelbare und weitere Folge unserer lächerlichen Nachäffung des

Imperialismus war, daß wir den türkischen Boykott auf uns nehmen mußten, der unsere Industrie so schwer getroffen hat, daß sie dahinsiecht, schwer getroffen gerade durch diese auswärtige Politik. Und wenn man fragt: „Wozu war bei uns die Annexion?“ dann mögen die Tausende und Zehntausende von Textilarbeitern Antwort geben, die infolge der Annexion nicht nur für den Moment ihre Arbeit verloren haben, sondern denen die ganze Entwicklungsfähigkeit durch unsere Handelspolitik eingeschränkt wurde. Und fragen Sie die Glasarbeiter im Isergebirge, die werden Ihnen sagen, was die Annexionspolitik für uns bedeutet; die Glasarbeiter, die eine Krise über sich ergehen lassen müssen wesentlich infolge dieser Politik, wie sie ärger und schwerer niemals da war. Die Annexionspolitik hat trotzdem alle Instinkte des alten Oesterreichertums ausgelöst; denn wenn man schon lange nichts gehabt hat, wenn man schon lange keine Siege verzeichnen kann, so nimmt man mit einer Mobilisierung vorlieb und es ist sehr bezeichnend, daß auch jene bürgerlichen Parteien, die sich Volksparteien nennen, es zuwege gebracht haben, sich diesem Schwindel anzuschließen, der mit dem wachsenden Prestige Oesterreichs und mit dem Wiederaufleben einer österreichischen Machtpolitik betrieben wurde. Es ist das ein sicheres Anzeichen dafür, wessen wir uns zu versehen haben von der Haltung dieser Parteien, wenn die schweren Fragen zur Entscheidung kommen, vor denen wir stehen; denn der Krieg wurde vermieden, wir können Bosnien und die Herzegowina nun endgültig behalten, *aber nach dem Essen kommt das Zahlen* — die Franzosen nennen das die schmerzhafteste Viertelstunde. Die Rechnung muß nun bezahlt werden, politisch und vor allem finanziell.

Und wie stehen wir heute politisch da? Ist unser Verhältnis zu den anderen Mächten, ist unsere Stellung in Europa eine sicherere, gefestigtere, als sie vor der Annexion war? Wir haben *das feste Bündnis mit dem Deutschen Reiche* und es wäre sehr zu wünschen, daß dieses Bündnis nicht nur dazu benützt würde, um auf Oesterreich einen Teil der Kosten zu überwälzen, die der deutsche Imperialismus für notwendig hält in seinem Wettkampf mit dem englischen Imperialismus. Der Vorteil, den wir davon haben, ist, daß wir die deutsche Reichspolitik unterstützen sollen, indem wir nun auch schwere Kriegsschiffe bauen. Auf dem Balkan ist sicher auch unsere Situation nur um so viel besser geworden, als die österreichischen Bajonette unsere Politik dort etwa mehr schützen als früher; *beliebter sind wir auf dem Balkan nicht geworden*, moralische Eroberungen haben wir durch die Annexion nicht gemacht, und wenn man sich vor Augen hält, daß der Anlaß zur Annexion eigentlich die türkische Revolution war, was mit anderen Worten doch nichts anderes sagen will, als daß dort Oesterreich die Konkurrenz der neu erwachenden türkischen Demokratie nicht aushalten konnte; wenn man sich überlegt, daß der Vorwand für die Annexion eine Verfassung für Bosnien war und daß die Türken schon lange eine Verfassung haben und die Bosnier als Türken heute schon eine Verfassung hätten, während sie sie in Oesterreich noch nicht haben, dann kann man sich wohl vorstellen, daß die moralischen Eroberungen, die wir dort gemacht haben, recht bescheidener Natur sind. Und wenn man moralische Eroberungen vielleicht nicht auf dem Balkan, aber doch bei den Völkern, die Oesterreich schon einverleibt sind, voraussetzen sollte, so brauchen wir nur auf den so frivolen wie lächerlichen Prozeß zu verweisen, den man in Prag geführt hat wegen der angeblichen antimilitarischen Umtriebe, wo man mit Kanonen nach Spatzen geschossen hat, wobei die Spatzen genau so lächerlich waren wie die Polizeikanonen, die man dabei verwendet hat, und man braucht nur auf das schauderhafte Drama von einer grotesken Furchtbarkeit zu blicken, das sich da in Agram unten abspielt (Lebhafter Beifall); *grotesk, weil es ein Hohn und ein Spott auf jede Justiz ist, ein Tendenzprozeß, der die einfachsten Formen nicht mehr respektiert*, und ein Tendenzprozeß für eine Tendenz, die an sich absurd ist. So weit sollte man in Oesterreich doch schon sein, zu wissen, daß sich die Liebe zu Oesterreich nicht erwürgeln läßt und mit dem Galgen nicht beigebracht werden kann; so weit sollte man

doch schon sein, um zu wissen, daß wenn das Furchtbare geschieht, daß bei diesem Agramer Prozeß ernste Verurteilungen, etwa sogar zur Todesstrafe, erfolgen würden, daß das nicht nur ein schändliches Verbrechen wäre an dem Volke da unten, sondern ein Verbrechen an Oesterreich selbst, ein Verbrechen, das wir alle zu büßen hätten. Ja und wenn wir bei den Südslaven nicht viel gewonnen haben durch die Annexion, hat sie uns vielleicht sonst in der äußeren Politik Nutzen gebracht?

Unsere äußere Politik ist beherrscht worden von dem Dreibund so lange Zeit, das heißt im einzelnen eigentlich durch die feindselige Freundschaft oder durch die freundschaftliche Feindseligkeit zu Italien. Dieses Verhältnis zu Italien ist eigentlich der ganze Ursprung und Vorwand aller dieser furchtbaren Rüstungen sowohl in Oesterreich als in Italien selbst. Nun, ist in dem Verhältnis zu Italien etwas besser geworden seit der Annexion? Nein! Ich muß zwar sagen, daß ich von jeher, wenn ich die Feindseligkeiten in Italien gegen Oesterreich und die Aufgeregtheiten, die man hier gegenüber Italien zur Schau trägt, betrachte, immer den Verdacht gehabt habe, daß sie eine abgekartete Komödie der beiden Kriegsminister sind, die sie ausführen, um ihre Rüstungskredite zu bekommen. Es ist weniger die Feindseligkeit zwischen Oesterreich und Italien, die die Rüstungen notwendig macht, sondern die Appetite des Militarismus werden dadurch unterstützt, daß man gewaltsam und provokatorisch irredentistische Demonstrationen züchtet und ihre Verfolgung in Oesterreich ins Lächerliche und Absurde übertreibt, um die nötige Begeisterung zu bekommen, mit der man Kononen und Schiffe bewilligt. Aber unzweifelhaft ist, daß sich auch unser Verhältnis zu Italien durch diese neueste Politik nicht verbessert hat. Und was haben wir sonst von der Annexion gehabt? Wir haben davon eine Schwächung unserer Industrie in dem Moment, wo eine Weltkrise sich doppelt empfindlich gemacht hat; wir haben davon weiter eine augenblickliche Belastung unseres Budgets mit annähernd 400 Millionen Kronen, die zum Teil — bis weit über die Hälfte — ausgegeben sind für die Mobilisierung und die in Verbindung damit vorgenommene Reorganisierung der Armee; wir haben davon, daß wir 54 Millionen an Tribut an die Türkei zahlen mußten, und wir haben davon, was das Schlimmste ist, eine dauernde Belastung unseres Budgets mit einer Ziffer von Millionen, die man heute noch gar nicht deutlich auszusprechen wagt; wir haben aber weiter nicht etwa eine Entbindung der Kräfte, die der Industrie förderlich wären, und eine Zurückdrängung der agrarischen Hungerpolitik, sondern im Gegenteil: Weil die Regierung diese Millionen dem Parlament abzwingen will, gibt sie sich blind und widerstandslos in die Hände der Agrarier und in demselben Moment, wo man uns Hunderte von Millionen abzapfen will, in demselben Moment wird uns zur Ader gelassen, wird die ganze Ernährung des Volkes auf das schwerste geschädigt durch den agrarischen Uebermut, wie er in dieser krassen Form bisher noch nicht gesehen wurde.

Dieser ganze Zusammenhang führt nun weiter dazu, daß jeder Schritt auf dem Wege der äußeren Politik für die Zukunft erschwert wird. Oesterreich ist angewiesen auf den wirtschaftlichen Verkehr mit dem Balkan. Das ist eine Lebensbedingung für unsere Industrie und diese Lebensbedingung wird doppelt eingeschränkt durch die Annexionspolitik: durch die Machtgelüste Oesterreichs auf dem Balkan und durch unsere Handelspolitik, die den Balkanvölkern ebenso schädlich ist wie den Völkern Oesterreichs. Wir sind nicht prinzipielle Freihändler, aber wenn irgendwo eine Politik des freien Verkehrs eine lebensnotwendige Sache ist, muß es der freie Verkehr zwischen Oesterreich und dem Balkan sein. Den Balkanstaaten, die uns Nahrungsmittel bringen, die Türe zu sperren und andererseits dadurch zu bewirken, das uns die Türe gesperrt wird für unsere Industrieprodukte, daß ist eine selbstmörderische, eine absurde Politik, ist eine Politik, die wir im Parlament bei der Verhandlung der Handelsverträge als eine direkt vaterlandsverräterische gekennzeichnet haben. In demselben Moment, wo unsere Diplomatie sich bemühen mußte, den Balkan zu beruhigen, in demselben

Moment hat man im österreichischen Parlament den Faden der Unterhandlungen über die Handelsverträge geradezu frivol durchgeschnitten, bloß um die Schweine von unseren Grenzen fernzuhalten, bloß um jenes Fleisch von uns fernzuhalten, das wir so notwendig hätten, zu derselben Zeit, wo die Fleischteuerung in Oesterreich geradezu zu einer Gefährdung der Ernährung weiter Schichten geworden ist.

Und all das ist schlimm genug, aber das Schlimmste ist, daß diese neue Politik Oesterreich-Ungarn zwingt, in einem weit höheren Maße als bisher militärische Lasten auf sich zu nehmen. Es handelt sich nicht nur um die einmalige Ausgabe, um diese angeblichen 400 Millionen Kronen — denn die genaue Ziffer weiß man noch nicht — um diese angeblichen 175 Millionen für die Mobilisierung, 90 Millionen für dauernde Einrichtungen für das Heer und 54 Millionen für den türkischen Tribut. Viel schlimmer ist, daß man eine Reorganisation unseres ganzen Armeewesens und unserer Marine vor hat, die nicht etwa in der Abkürzung der Dienstzeit besteht, die dringend notwendig wäre, sondern in einer neuen Belastung der ganzen österreichischen Bevölkerung. Man hört ferner, daß man nicht nur die bereits bewilligten Schiffe in schnellerem Tempo bauen will, sondern daß man vier Dreadnoughts bauen will, von denen jedes 58 Millionen Kronen kostet. 58 Millionen für jedes dieser Schiffe in demselben Staate, wo man nicht nur die Witwen- und Waisenversicherung nicht machen kann, weil sie zu kostspielig ist, sondern wo man auch die Alters- und Invaliditätsversicherung, die eine alte Forderung und ein altes Versprechen ist, auszuführen zögert, weil man noch ein Jahr und noch ein Jahr gewinnen will, während die ganze Belastung für den Staat, der dieser Versicherung ausweicht, im Maximum so viel kosten wird, wie ein solches Kriegsschiff. Diese Entwicklung, dieses dauernde Fortschreiten Oesterreichs zu einem Militärstaat, das ist das Schlimmste! Da müssen wir fragen: Mit welchem Recht ist die Regierung dazugekommen, diese Hunderte von Millionen auszugeben? Denn es handelt sich um bereits ausgegebene Millionen. Wie ist sie dazugekommen, ohne das Parlament zu befragen, ohne von der Volksvertretung die Genehmigung zu erwirken? Darauf müssen wir sagen: In Oesterreich fragt man die Volksvertretung nicht, in Oesterreich beschließt über die auswärtige Politik und das Militär und die Marine nicht das Parlament, sondern die Karikatur des Parlaments, die Delegationen. Aber diese Delegationen spielen heute eine ganz andere Rolle als früher. Man wird sich in Oesterreich sehr wundern, wenn man glaubt, daß neben dem Hause des allgemeinen Wahlrechts die Delegationen noch die alte Rolle spielen können, und es wird dafür gesorgt werden, daß auch im Parlament die Frage der Verantwortung für das, was schon ausgegeben wurde, zum Teil auch mit formellem Bruch der verfassungsmäßigen Bestimmungen ausgegeben wurde, besprochen und die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden. Vor allem aber werden wir in Oesterreich nun weit mehr als bisher den Kampf gegen den Militarismus und den Marinismus zu führen haben. Wir werden in Oesterreich diesen Kampf mit doppelter Wucht führen müssen, weil er in einem Moment kommt, wo die Regierung ratlos vor der Frage steht, wie auch nur die laufenden Ausgaben des Staates gedeckt werden sollen. In einem Moment, wo die einfachsten Forderungen für die Arbeiter des Staates, ein paar Kreuzer für die Eisenbahnangestellten, ein paar Kreuzer für die Postbediensteten, ein Bettel von ein paar tausend Gulden für den Ausbau der Gewerbeinspektion auf einen unüberwindlichen Widerstand stoßen, weil Oesterreich angeblich zu arm ist, in einem Moment, wo die Wirtschaft des Staates und der Länder sich in einer offenen Krise befindet, wo der Finanzminister nicht imstande ist, einen Finanzplan vorzulegen, der auch nur seinen Allergetreuesten akzeptabel wäre, in einem solchen Moment tritt man vor die Völker mit solchen Forderungen! Wir werden also einen schweren Kampf zu führen haben, die Sozialdemokratie wird im Parlament erweisen müssen, daß sie diesem Kampf gewachsen ist.

Wir müssen aber auch damit rechnen, wie sich die bürgerlichen Parteien verhalten werden. Da möchte ich Sie im vorhinein darauf aufmerksam machen, daß diese Fragen der äußeren Politik und der Rüstungen eine wichtige Rolle in unserer gesamten inneren Politik spielen. Unsere bürgerlichen Parteien haben das eifrige Bestreben, ihre Loyalität, ihren Byzantinismus nach oben zu verbinden mit der Demagogie nach unten. Sie möchten bewilligen, weil sie gute Oesterreicher sind und weil ihnen für den Kaiser und die Soldaten des Kaisers nichts zu teuer ist; sie müssen aber verweigern, weil sie fürchten, nicht wiedergewählt zu werden. Unter solchen Umständen ist nichts unangenehmer, als ja oder nein sagen zu müssen; unter solchen Umständen ist es am besten, wenn derartige Rüstungskredite und derartige Belastungen des Volkes nicht vom Parlament bewilligt werden müssen, sondern, wenn sie auferlegt werden von einer unüberwindlichen Gewalt, gegen die man nichts ausrichten kann. Wir haben begründeten Verdacht, daß den bürgerlichen Parteien nichts lieber wäre, als sich der Verantwortung zu entziehen und eine solche Abstimmung zu vermeiden; sie wollen dem Parlament eine Pause auferlegen, es durch die Obstruktion lähmen, weil sie sich zu ihren Taten nicht bekennen wollen. (Lebhafter Beifall.) Sie wollen den Militarismus, sie wollen getreue Untertanen sein, sie wollen zeigen, daß sie auch mit dem Radetzkymarsch marschieren können, was heute so modern ist. Aber sie getrauen sich nicht, vor ihren Wählern die Rechnung zu bezahlen. Darum, Genossen, wenn sie hören, daß aufgeregte Stimmung im Hause ist und daß das Haus wieder in Gefahr ist, dann seien Sie sicher, die Gefahr kommt nicht von den Himmelsstürmern, die im Interesse des Volkes gegen die Autorität des Staates anstürmen, sie kommt wesentlich von den Feiglingen, von denen, die der Verantwortung ausweichen wollen. (Sehr richtig!) Die Obstruktion ist bei uns keine revolutionäre Methode, die Obstruktion ist bei uns im Gegenteil sehr häufig das Feigenblatt des Byzantinismus. (Lebhafter Beifall.)

Die Politik der Sozialdemokratie ist eine einfache. Die äußere Politik der Sozialdemokratie wünscht den Frieden vor allem. Die Arbeiterschaft hat keinen Grund zu Streitigkeiten, hat keinen Grund zum Kampfe mit den Staaten und Nationen des Auslandes. Aber wir wissen, daß mit so frommen Wünschen allein sehr wenig getan ist. Wir wissen, daß die Bande und das Bewußtsein des Internationalismus, der Gemeinsamkeit der Interessen, die sich in unserer internationalen Organisation kundgeben, in das Bewußtsein der Arbeiter allmählich eindringen und ihre gute Wirkung tun. Aber dies allein genügt nicht, genügt vor allem nicht für Oesterreich; in Oesterreich ist die Politik des äußeren Friedens bedingt vor allem durch die Politik des inneren Friedens. Wenn wir in Oesterreich für den Frieden wirken wollen und zugleich eine wirkliche Politik für die österreichischen Völker machen wollen, eine Politik, die diesen Staat, der die Völker mit oder gegen ihren Willen umfaßt, stärker und lebensfähiger macht, dann müssen wir vor allem diesen Völkern in Oesterreich Freiheit und Selbständigkeit und Lebensmöglichkeit verschaffen. (Lebhafter Beifall.) Dann müssen wir aus Oesterreich und aus der Wohlfahrt der Völker einen Anziehungspunkt machen für jene Völker draußen, mit denen wir in Oesterreich in ganz anderer Weise verknüpft sind, als die Völker in jedem anderen Staate. Bei uns ist nicht so wie in anderen Ländern die eigene Wohlfahrt und die eigene Freiheit unser Gut allein, sondern jede Nation in Oesterreich hat ihr auswärtiges Departement. Ihre Wohlfahrt ist verknüpft mit der Wohlfahrt desselben Volkes jenseits der Grenzen und der Friede kann nur aufrecht erhalten werden, wenn Oesterreich selbst endlich seinen Völkern gibt, was die Völker brauchen.

Den Balkan hätten wir billiger zu einer Einflußsphäre Oesterreichs machen können als mit Hunderten von Millionen, Bosnien und die Herzegowina hätten wir nicht mit Bajonetten spicken müssen, um uns die Herzen dort zu gewinnen; wenn wir nur so viele Millionen in die Hand genommen hätten, als wir heute Hunderte von Millionen brauchen, wenn wir damit den armen bosnischen Bauern die Grundentlastung gebracht

hätten, die die armen Serben draußen ihm schon gegeben haben: dann würde das eine friedlichere, eine nützlichere und eine bleibendere Annexion von Bosnien gewesen sein. Wir haben nach Bosnien angeblich westliche Kultur importiert, aber außer den paar kapitalistischen Unternehmungen, die wir dort angesiedelt haben, und den paar Straßen, die wir dort gebaut haben, leider — das müssen wir zu unserer Schande gestehen — viel weniger Schullehrer, dafür um so mehr Pfaffen und noch viel mehr Polizisten. Wir haben eine Kultur importiert, aber die österreichische, altösterreichische Spielart der Polizeikultur; die Arbeiter Bosniens können davon erzählen, daß dort die österreichischen Polizisten gewissermaßen von der Pike auf dienen müssen und nur langsam zur Vernunft erzogen werden. Denn sie machen dieselben Lumpereien und dieselben Dummheiten, die wir ihnen in Oesterreich schon längst abgewöhnt haben. So macht man weder wirtschaftliche noch politische und noch weniger kulturelle Kolonialpolitik. So zeigt man nur wieder, daß Oesterreich zwar eine neue Lackierung bekommen hat, *aber der alte Polizeistaat* geblieben ist.

Was *Italien* anlangt, da brauchen wir auch weniger Kanonen und weniger Schiffe. Eine Rechtsfakultät in Triest, wohin sie gehört und wofür die Sozialdemokratie immer eingetreten ist, eine Befriedigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten für die ganze Bevölkerung an der Adria, das würde genügen, um die ganze Irredenta, die lächerlich genug heute schon ist und am meisten von unseren italienischen Parteigenossen in ihrer Nichtigkeit aufgezeigt wird, völlig verschwinden zu machen. Man mache doch eine Politik, die bewirkt, daß die Völker in Oesterreich sich wohl fühlen. Freilich, wenn man eine gute Friedenspolitik nach außen machen will, dann müssen wir nationale Friedenspolitik im Innern machen wollen und vor allem eine demokratische Politik. Wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen und sind bereits dafür eingetreten und werden selbstverständlich auch fernerhin dafür eintreten, daß auch in den neuen Teilen, die uns zugewachsen sind, das Mindestmaß von sozialpolitischer Gesetzgebung, das wir in Oesterreich haben, und vor allem demokratische und freiheitliche Einrichtungen geschaffen werden. Wir haben dort unten — und ich muß das hier feststellen — eine kleine sozialdemokratische Partei, die aber bereits eine Geschichte hinter sich hat, und wir können sagen: Wie sich die Herrschergewalt des Kaisers von Oesterreich im Gehirn der Bevölkerung von Bosnien ausnimmt, das wissen wir nicht, das wird sich erst zeigen; *die Solidarität der Sozialdemokratie, die brüderliche Sympathie und der feste Zusammenhang zwischen uns und unseren Brüdern in Bosnien ist heute schon hergestellt und wird so bleiben.* (Großer Beifall.) Wir wissen, daß die Politik, die wir nun zu machen haben, im wesentlichen beherrscht sein wird von den militärischen Forderungen, und wir wissen, daß wir einen langen schwierigen Kampf zu führen haben werden. Der Kampf kann aber nicht allein im Parlament geführt werden. Wir werden das unsere tun. Wir werden gleich unseren Genossen in Deutschland, die einen wirklich bewundernswerten Kampf führen, jede militärische Forderung bekämpfen und werden alles tun, was in unseren Kräften steht. Aber gerade in diesem Punkte ist wichtig, daß nicht nur die parlamentarische Aktion, *sondern auch die außerparlamentarische in ihr Recht trete, auch die breite Masse muß sagen, was sie über diese Politik denkt.* Es muß endlich klar werden, daß es eine Lüge und Verleumdung ist, daß die Völker Oesterreichs ganz entzückt sind von dieser neuen Politik Aehrenthals; es muß endlich klar werden, daß die Völker Oesterreichs nicht so blöde sind, sich die Augen verschmieren zu lassen und das Hirn verkleben zu lassen mit diesen albernen Phrasen von einem Großösterreich, das nicht leben kann, das lahm ist an allen seinen Extremitäten, das sich nicht rühren kann, das in der europäischen Welt sich aufspielt, aber innerlich krank ist in jedem Gliede; es muß klar werden, daß die Völker Oesterreichs nicht gesonnen sind, ihre ganze Lebenshaltung, ihre physische Entwicklung, ihren geistigen und kulturellen Fortschritt preiszugeben, damit unsere Diplomatie und unsere

Generale mit einer schönen Armee prunken können und mit Kriegsschiffen, die sie in gleichen Rang setzen mit anderen Staaten; es muß klar werden, daß, wenn man militärische Forderungen durchsetzen will, das nur geschieht gegen den Willen und gegen den Widerstand der großen Masse des Volkes, und man soll sich auch in den Parteien unserer Gegner darüber klar werden. Wenn sie jetzt diese wichtigste Lebensfrage des Volkes übertönen durch ihren lächerlichen Streit um ernste Dinge, für die sie in den lächerlichsten Formen einen Kampf führen, der die lächerlichste Zuspitzung bekommen hat, während das nationale Problem dadurch nicht um einen Schritt weiter gekommen ist, sondern immer mehr verwirrt wird; es muß klar werden, daß unsere Gegner die wichtigste Frage durch nationalistischen Lärm übertönen wollen. Mögen unsere Gegner Rechenschaft geben den Völkern, wie sie ihre Mandate gebraucht haben, wenn sie diese Hungerpolitik, diese Rüstungspolitik, die in Oesterreich mehr als ein Verbrechen, direkt ein Wahnsinn ist, über unsere Köpfe verhängen wollen. (Stürmischer Beifall.)

Adler beantragt hierauf folgende Resolution:

Die von der Annexion ausgehende ausgreifende Politik Aehrenthals hat den Völkern Oesterreichs keinen Vorteil gebracht, sie aber schwer geschädigt durch die Gefährdung des Friedens, die Zerrüttung unserer Volkswirtschaft, die großen Opfer der Mobilisierung und die Bedrohung mit einer ungeheuerlich wachsenden Steigerung unserer Ausgaben für Rüstungszwecke. Diese Politik erscheint doppelt widersinnig, weil sie einhergeht mit einer Handelspolitik, die vom Uebermut der ungarischen und der österreichischen Agrarier diktiert wird, die wirtschaftliche Entwicklung verkennt und über die breiten Massen der Bevölkerung Aushungerung verhängt und dem Hasse der Balkanvölker gegen Oesterreich stete Nahrung gibt. Die äußere Politik Oesterreichs muß vor allem eine Politik des Friedens sein und seine Machtstellung sowie seine Zukunft haben zur notwendigen Voraussetzung den inneren Frieden, die ungehemmte Entwicklung und die Wohlfahrt der Völker Oesterreichs selbst, die nur gegründet werden kann auf die nationale Autonomie, geschützt durch demokratische Einrichtungen nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Ungarn und den neu annektierten Ländern. Der Parteitag protestiert gegen die Politik der Abenteuer, die unternommen wurde, ohne das Parlament zu befragen. Er protestiert dagegen, daß den Völkern schwere Opfer auferlegt, daß Hunderte von Millionen ausgegeben werden, ohne um die verfassungsmäßige Genehmigung die Volksvertretung anzugehen. Er protestiert dagegen, daß die Entscheidung über die wichtigsten Lebensfragen der Völker den Delegationen überlassen werde, die ein Scheinparlament sind, das vollkommen absurd ist und dessen Existenzberechtigung hinfällig geworden ist, seitdem es in Oesterreich eine wirkliche Volksvertretung gibt. Der Parteitag erwartet von den sozialdemokratischen Abgeordneten, daß sie der Methode, das Parlament vor vollendete Tatsachen zu stellen, energisch entgegentreten, daß sie rücksichtslos Rechenschaft verlangen werden für die ohne Genehmigung des Parlaments verwendeten Millionen und daß sie sich mit aller Kraft den wahnsinnig ausschweifenden Plänen des Militarismus und Marinismus widersetzen werden, die den durch die Lebensmittelteuerung und die Arbeitslosigkeit schwer betroffenen Völkern ungeheuerlich vermehrte Lasten auferlegen wollen. Der Parteitag macht die bürgerlichen Parteien im vorhinein verantwortlich gegenüber den militärischen Forderungen und warnt sie davor, sich auch diesmal wie von jeher dem Machtgebot zu fügen, gleichgültig, ob dieser Volksverrat begangen wird durch offene Zustimmung oder dadurch, daß eine frivole Obstruktion das Parlament vergewaltigt und der feige Versuch unternommen wird, die Verantwortung abzuwälzen, um so dem Urteil der Völker zu entgehen. Der Parteitag fordert schließlich die Arbeiterschaft im ganzen Reiche auf, ihren Protest gegen die Hunger- und Beutepolitik des Militarismus und Agrarismus durch deutliche Kundgebungen zum Ausdruck zu bringen.

Hueber: Anläßlich der internationalen Konferenz der Gewerkschaftssekretäre in Paris haben unsere deutschen Genossen einen Antrag eingebracht, es mögen alle sozialdemokratischen Fraktionen des Auslandes ihre Regierungen auffordern, beim deutschen Reichskanzler dahin zu wirken, daß der schmachvolle und brutale Erlaß der preußischen Regierung gegen ausländische Arbeiter endlich einmal aufgehoben werde. Wir Oesterreicher sind an dieser

Aktion besonders interessiert. Unsere polnischen, ruthenischen und anderen Sachsengänger haben unter dieser Maßregel der deutschen Regierung schwer zu leiden. Die Arbeiter sind auf Grund des Legitimationszwanges den Unternehmern vollständig ausgeliefert und sie sind dadurch dazu verdammt, gegen unsere gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands Streikbrecherdienste zu leisten. Gegen dieses Vorgehen, welches mit unserem Bündnis mit Deutschland und mit den Handelsverträgen im Widerspruch steht, müssen wir auch auf diesem Parteitag entschieden Stellung nehmen, und wir müssen unsere Fraktion auffordern, alle Mittel anzuwenden, um unseren Grafen Aehrenthal zu zwingen, endlich zu erklären, welche Stellung er zu dieser Maßregel der preußischen Regierung einnimmt. Ich beantrage deshalb folgende Resolution:

Der Parteitag protestiert energisch gegen die brutale Behandlung der österreichischen Arbeiter im Deutschen Reiche, insbesondere in Preußen und in Sachsen, die dort nicht nur zu ihrem Schaden, sondern auch zum Schaden der reichsdeutschen Arbeiterklasse ihres Koalitionsrechtes beraubt und auf Wunsch der preußischen Junker und Scharfmacher dem Legitimationssystem der preußischen Feldarbeiterzentrale unterworfen werden, das im schroffen Widerspruch zu dem Handelsvertrag und dem Bündnisverhältnis der beiden Reiche steht. Der Parteitag erkennt die Bemühungen der reichsdeutschen Bruderpartei und der reichsdeutschen Gewerkschaftsorganisation, den österreichischen Arbeitern auf deutschem Boden ihr Recht zu sichern, dankbar an, er fordert aber auch die Vertreter der Sozialdemokratie in der Delegation und im Reichsrat auf, die gemeinsame Regierung mit allem Nachdruck dazu zu verhalten, daß sie von den verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches die Einhaltung des Handelsvertrages und die Sicherung der Rechte der österreichischen Staatsbürger im Reiche verlangen.

Dr. **Adler**: Ich will vor allem dem Genossen Hueber meinen Dank dafür abstatten, daß er etwas gutgemacht hat, was ich in der Hitze des Gefechtes übersehen habe. Es ist wahr, wir haben merkwürdige Verbündete: Mit Italien sind wir außerordentlich liiert, aber der wichtigste Fremdenverkehr gegenseitig ist der von Militärspionen (Heiterkeit), wirklichen und angeblichen Militärspionen, und Deutschland, speziell Preußen, betrachtet Oesterreich als den Lieferanten für billige Arbeiter, die, da sie Ausländer sind, einfach wie Sklaven behandelt werden. Es ist nicht genug, daß in Preußen der ungeheure Druck der landwirtschaftlichen Vereine — es handelt sich da meist um landwirtschaftliche Arbeiter —, daß der Druck dieser landwirtschaftlichen Vereine und ihrer beinahe mit offizieller Macht ausgestatteten Befugnisse auf dem Arbeiter lastet, sondern der Staat Preußen selbst liefert die österreichischen Arbeiter diesen schlimmsten Ausbeutern aus, und wer dort nicht fronden will unter jeder Bedingung, nicht am liebsten als Streikbrecher fronden will, der wird zurückgeliefert nach Oesterreich, um womöglich unseren Agrariern als billige Arbeitskraft zur Verfügung gestellt zu werden. Selbstverständlich ist, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in dieser Beziehung wiederholt gesprochen haben; vor allem hat in den Delegationen Genosse Seliger in einer sehr ausführlichen Weise die Sache zur Sprache gebracht. Die Antwort waren verlegene Redensarten. Im österreichischen Abgeordnetenhause aber haben wir eine Interpellation durch unseren Parteigenossen Dötsch eingebracht. Daß wir eine Antwort nicht bekommen haben, erklärt sich durch den Schluß des Reichsrates. Aber wir werden eine Antwort zu erzwingen wissen und es versteht sich von selbst, daß wir alles tun werden, um unserer Verpflichtung, die nicht nur eine internationale Verpflichtung, sondern eine Verpflichtung gegenüber unseren allerengsten Landsleuten ist, zu genügen. Wenn Oesterreich eine Großmacht sein will und wenn es im Bunde mit Deutschland Politik machen will, soll es auch dafür sorgen, daß österreichische Arbeiter in Deutschland dieser Willkür nicht mehr preisgegeben werden. Wir werden versuchen, zu tun, was die Resolution Huebers von uns verlangt. (Lebhafter Beifall.)

Die Anträge Adler und Hueber werden einstimmig angenommen.

Sozialversicherung.

Referent Abgeordneter Neumann: Als der Inhalt der Beckschen Vorlage über die Sozialversicherung bekannt wurde, haben die Vorstände der Wiener Krankenkassen in einer Konferenz vom 11. November 1908 zu deren Inhalt Stellung genommen und die Beseitigung der größten Mängel der Vorlage gefordert. Am 23. November, also wenige Tage später, brachte die Regierung die Vorlage im Parlament ein und der vom 7. bis 9. Jänner 1909 in Wien abgehaltene Krankenkassentag, der eine Massenbeschickung aufwies, übte eine eingehende und scharfe Kritik an ihr. Die Fehler, die der Vorlage anhaften, sind auch sehr schwerwiegender Natur. Obwohl der Umfang der Versicherungspflicht gegenüber dem Koerberschen Programm erweitert wurde, gibt es doch noch zahlreiche Ausnahmen, die eine große Zahl arbeitender Personen der Versicherung nicht teilhaftig werden lassen. Die Enthebung der im Betriebe beschäftigten Familienangehörigen von der Versicherungspflicht, die Ausschaltung der im Monats- oder Jahresgehalt stehenden Personen, deren Bezüge jährlich 2400 Kr. übersteigen, besonders aber die Nichteinbeziehung der bei der Seeschifffahrt und der Seefischerei beschäftigten Personen, die der Versicherung bisher entbehrten und auch jetzt auf die Zukunft vertröstet werden, sind schwere Unterlassungen, die behoben werden müssen.

Die organisierte Arbeiterschaft hat, als das Krankenversicherungsgesetz in Wirksamkeit trat, seine Mängel erkannt und wiederholt die Reform der Versicherungsgesetze gefordert. Sie hat die Alters- und Invaliditäts-, die Witwen- und Waisenversorgung immer dringender verlangt. Sie wollte ein Gesetz, das die Leistungsfähigkeit der Versicherungsinstitute zu erhöhen geeignet ist und sie forderte daher, daß die verschiedenartigsten Kassenkategorien beseitigt werden, daß sie der Einheitskasse Platz machen. Insofern aber an die Schaffung der Einheitskasse nicht gedacht wurde, sollten alle Krankenkassen, die weniger als fünfhundert Mitglieder zählen, aufgelöst werden. Von den 2945 bestehenden Krankenkassen sind 571 Bezirkskrankenkassen, 1258 Betriebskrankenkassen, 31 Bau- und 880 Genossenschafts- und 205 Vereinskrankenkassen. Davon weisen 1863 Krankenkassen weniger als 500 Mitglieder auf. Es ist selbstverständlich, daß die Leistungsfähigkeit einer Kasse sinkt, je geringer ihre Mitgliederzahl ist. Die Arbeiterschaft wehrt sich entschieden gegen die Beibehaltung leistungsunfähiger Kassen.

Ganz energisch wendet sich aber die Arbeiterschaft gegen den Versuch, durch die Krankenkassen die passiven Spitalfonds sanieren zu lassen, indem künftig die Verpflegstaxe nicht wie bisher für vier Wochen, sondern für die ganze Verpflegszeit zu entrichten ist. Dadurch würde aber nicht nur eine schwere Schädigung der Krankenkassen erfolgen, es werden auch die Angehörigen der Versicherten arg benachteiligt, da sie nach vier Wochen nicht das ganze Krankengeld, sondern während der ganzen Dauer der Spitalsverpflegung bloß das halbe Krankengeld erhalten. Energische Verwahrung muß auch gegen die Sanierung der passiven Unfallversicherungsanstalten auf Kosten der Krankenkassen erhoben werden. Daß die Krankenkassen die Kosten des Heilverfahrens statt wie bisher durch vier Wochen dreizehn Wochen tragen sollen, bedeutet eine unerträgliche Belastung, die eine erhebliche Beschränkung der Kassenleistungen herbeiführen müßte, die gewiß nicht im Interesse der Versicherten gelegen ist. Die weitgehende Berücksichtigung der Unternehmer, die Einteilung gefährlicher Betriebe in unverhältnismäßig niedrige Gefahrenklassen und niedrige Gefahrenprozente, der Mangel des erst in der letzten Zeit gesetzlich eingeführten Lohnlistenzwanges, der skrupellosen Unternehmern die Beitragshinterziehung leicht machte, wirkten zusammen, um die Anstalten passiv zu machen. Nun sollen nicht nur die Krankenkassen für die Unfallversicherungsanstalten bluten, sondern es sollen auch die Arbeiterkrüppel für die Passiven aufkommen. Die Unfallsrenten, an denen schon bisher in verwerflicher Weise herumgefeilscht wurde, die immer karg genug bemessen waren, sollen eine weitere Kürzung erfahren und die niedrigen Renten ganz eingestellt werden. Statt einer Verbesserung birgt

die Vorlage in diesem wichtigen Belange eine bedeutende Verschlechterung, über die man sich nicht mit der übrigens sehr mäßigen Erweiterung des Kreises der Versicherten trösten könne. Die von den Arbeitern stets geforderte Erweiterung des Begriffes „Betriebsunfall" ist unterblieben, ebenso die Qualifikation der Berufskrankheiten zu Betriebsunfällen. Schwer werden die Eisenbahner geschädigt, wenn nicht das Parlament eine Aenderung der Vorlage beschließt. Sie verlieren die durch Einzahlungen erworbenen Ansprüche auf Provisionen oder die Unfallsrenten. Sie sollen künftig nur noch eine Rente im Betrage des angerechneten Arbeitsverdienstes erhalten, was eine bedeutende Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes, wo die Unfallsrente gewährt wird ohne Rücksicht auf die Pension oder Provision, bedeutet.

Die Unzulänglichkeit der Invaliden- und Altersrenten war schon nach dem Koerberschen Programm der Gegenstand scharfer Kritik durch die Arbeiterschaft. Der Beckschе Entwurf verringerte die Renten bedeutend, erhöhte aber die Beitragsleistung. Es ist kein Zweifel, daß die Arbeiter mit einem Teil der Selbständigenversicherung belastet werden und darauf diese Verschlechterung der Rentenbemessung zurückzuführen ist. Geradezu verwerflich ist aber die Kapitalsabfertigung für die Hinterbliebenen an Stelle der Witwen- und Waisenrenten. Nach wie vor sollen die Proletarierfrauen und -Kinder, wenn der Mann stirbt, der Armenversorgung der Gemeinden mit allen ihren traurigen Begleiterscheinungen unterworfen werden. Die geringe Kapitalsabfertigung ist nicht geeignet, die armen Hinterbliebenen vor Not zu schützen. Die Forderung nach Witwen- und Waisenrenten muß daher im Parlament mit allem Nachdruck erhoben werden.

Neben den vielen Mängeln, welche die Vorlage enthält, ist aber am meisten der Versuch zu bekämpfen, den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht zu rauben. Die organisierten Arbeiter haben sich als tüchtige Kassenverwalter gezeigt. Gerade die von den organisierten Arbeitern verwalteten Kassengebilde weisen bedeutende Leistungen auf, die weit über die gesetzlich festgesetzten Kassenleistungen hinausreichen. Trotzdem soll der Wirkungskreis der Kassenverwaltungen durch die Einschiebung der neuen Verwaltungsstelle — der Bezirksstellen — erheblich eingeschränkt werden. Diese sollen bureaukratisch verwaltet werden, indem den versicherten Arbeitern bloß ein Drittel der Mandate in der Verwaltung eingeräumt wird. Selbstverständlich würde die Verwaltung der Bezirksstellen einen enormen Beamtenkörper erfordern, wodurch eine bedeutende Steigerung der Verwaltungskosten unausbleiblich ist. Aber auch in der Unfallversicherung soll der Einfluß der Versicherten auf die Verwaltung beseitigt werden, indem den Unternehmern zwei Drittteile der Vorstandsmandate zugewiesen werden. Wenn noch hinzugefügt wird, daß es ganz unbegreiflich ist, daß die Bergarbeiter nach wie vor der Versicherung in den Bruderladen unterworfen bleiben, daß all die heißen Wünsche dieser Arbeiterschaft, die auf zahlreichen Kongressen erhoben wurden, keine Berücksichtigung fanden, wenn ferner die verworrene Art der Rechtsinstanzen, die der Entwurf über die Sozialversicherung schafft, hervorgehoben wird, so ist gezeigt, welche bedenklichen Mängel zu beseitigen sind.

Am meisten ist die Arbeiterschaft aber empört über die stete Verzögerung der Fertigstellung des Gesetzes. Die Arbeiterschaft fordert, daß durch fruchtbare legislative Arbeit der Gesetzentwurf rasch seiner Finalisierung zugeführt wird, und sie macht alle diejenigen, die an der Lahmlegung des Parlaments schuld sind, für diese Verzögerung verantwortlich.

Referentin **Popp**: Werte Genossen und Genossinnen! Im Motivenbericht zur Sozialversicherung sagt die Regierung, daß sie in ihrem Vorschlag zur Wöchnerinnenunterstützung eine Annäherung an den viel besprochenen Mutterschutz sieht. Diese Berufung können wir entschieden nicht gelten lassen, denn was schlägt die Regierung vor? Die Gewährung des anderthalbfachen Krankengeldes bis vier Wochen nach der Niederkunft. Das einzig Neue ist also die Erhöhung des Krankengeldes von den bisherigen 60 Prozent des ortsüblichen Taglohnes auf das Anderthalbfache.

Das akzeptieren wir, denn die 60 Prozent sind gerade für die Wöchnerin, die nicht nur für sich, sondern auch für ihr Kind zu sorgen hat, absolut ungenügend. Wir verlangen aber, daß auch die Schutzfrist ausgedehnt werde auf mindestens sechs Wochen nach der Niederkunft, und daß außerdem ein obligatorisches Arbeitsverbot für Schwangere von mindestens zwei Wochen vor der voraussichtlichen Niederkunft gesetzlich festgelegt werde. Während dieser ganzen Schutzdauer von acht Wochen soll das anderthalbfache Krankengeld bezahlt werden. Die Regierung will den Schutz der Schwangeren dem freien Ermessen der Krankenkassen und ihrer Mitglieder überlassen. Sie meint, daß sie weder den Krankenkassen noch den Versicherten die Lasten für den obligatorischen Schwangerenschutz aufbürden kann. Dieselbe Regierung, die nie zögert, wenn sie ihre Einnahmen vergrößern will, dem Volke erhöhte Lasten, vermehrte Steuern aufzubürden, dieselbe Regierung wird plötzlich rücksichtsvoll, da es sich um Arbeiterinnen-, um Mutter- und Säuglingsschutz handelt. Dadurch lassen wir uns aber nicht beirren, denn zahllos sind die schweren Erkrankungen der Frauen, die nur daraus entstehen, daß die Frauen unter Entbehrungen bis zur letzten Minute vor der Niederkunft gewerbliche Arbeit verrichten und daß sie zu frühzeitig die Arbeit wieder aufnehmen müssen. (Sehr richtig!) Wenn wir fordern, zwei Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft, so ist das nicht unser Ideal, es ist nicht unser Programm, es ist nicht das Maximum, das zu einem wirklichen Mutterschutz gefordert werden muß. Es ist das Wenigste, das Minimum, das wir fordern. Dafür aber mit allem Nachdruck einzutreten, soll der Parteitag als Pflicht der sozialdemokratischen Abgeordneten erklären. (Lebhafte Zustimmung.)

Dann die Karenzfrist. Es ist einfach ungeheuerlich, was da die Regierung vorschlägt. Nur solche Frauen, die nicht weniger als sechs Monate vor der Niederkunft in einem Betrieb gearbeitet haben, sollen die Wöchnerinnenunterstützung erhalten. Weil sonst Mißbrauch getrieben werden könnte, meint die Regierung. Es könnten sich Frauen nur deshalb in einem Betrieb aufnehmen lassen, um die Wöchnerinnenunterstützung zu erhalten. Selbst wenn es so wäre, wenn dieser „Mißbrauch" getrieben würde, kann man da wirklich von Mißbrauch reden? Ist es denkbar, daß eine Frau, eine schwangere Frau, in einen Betrieb eintritt, ohne daß die Not sie dazu zwingt? Man denke nur an die Dienstboten! Wenn ein Dienstmädchen das in diesem Falle fragwürdige Glück vor sich sieht, Mutter zu werden, ist es da nicht üblich, daß es, wenn die „Herrschaft" den veränderten Zustand merkt, entlassen wird? Welche „Herrschaft", um diese Bezeichnung anzuwenden, behält ein solches Mädchen? Fürchtet es denn nicht die vielleicht verminderte Arbeitsfähigkeit? Was soll aber nun das in diesem Zustand entlassene Dienstmädchen beginnen? Es sucht Arbeit. Vielleicht erst im letzten Stadium der Schwangerschaft. Kann man da von einem Mißbrauch reden? Wenn dagegen eine sechsmonatliche Karenzfrist vorsehen soll, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß eine solche Karenzfrist unannehmbar ist und eine schwere Schädigung von Frauen bedeuten würde, die durch das Gesetz gerade Schutz finden sollen. Fort mit jeder Karenzfrist ist unsere Forderung. (Lebhafte Zustimmung.) Wer weiß nicht, wie sich heute schon Betriebskrankenkassen und die Wiener Bezirkskrankenkasse der schwangeren Frauen zu entledigen suchen, die dann um die ihnen zukommende Unterstützung gebracht werden? Wir fordern daher auch eine Bestimmung im Gesetz, daß Arbeiterinnen, die während der Schwangerschaft arbeitslos werden, dennoch Anspruch auf die Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung haben. Diese Mutterschutzforderungen sind nicht nur notwendig zum Schutze der Frauen, sie sind auch notwendig zum Schutze der Kinder, der Säuglinge. (Sehr richtig.) Oesterreich genießt den traurigen Ruhm, in Bezug auf Säuglingssterblichkeit an der Spitze zu stehen. Professor Escherich, einer der hervorragendsten

Fachmänner auf diesem Gebiete, sagt in einer seiner Publikationen: „Oesterreich genießt unter den Kulturstaaten den traurigen Vorzug, hinter Rußland, die höchste Säuglingssterblichkeit aufzuweisen."

Nach dem Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches für das Jahr 1908 starben von 100 Kindern im ersten Lebensjahre in: Schweden 8.1, England 11.8, Frankreich 14.3, Italien 16.6, Deutschland 18.5, Ungarn 20.5, Oesterreich 21.5, Europäisches Rußland 27.0.

Selbst Ungarn, das doch wahrlich nicht stolz sein darf auf seine Gesetze zum Schutze der arbeitenden Klassen, hat eine geringere Kindersterblichkeit als Oesterreich. Trotz dem großen Geschrei, das bei uns mit den Aktionen zum Schutze für das Kind gemacht wird, werden wir tatsächlich nur von dem unter steter Hungersnot leidenden Rußland übertroffen. Auf einem Kongreß für Säuglingsfürsorge, der in diesem Sommer in Dresden getagt hat, wurde von einem Arzt gesagt, daß von den 150.000 Kindern, die in Deutschland in jedem Jahre sterben, 115.000 bei entsprechenden Schutzmaßregeln für Mutter und Kind gerettet werden könnten. Und in Oesterreich, das an Größe Deutschland nicht gleichkommt, sterben jedes Jahr 200.000 Kinder im ersten Lebensjahre. Wo bleiben aber bei uns die Schutzmaßnahmen? Daß von dieser großen Säuglingssterblichkeit nur die arbeitenden Klassen getroffen werden, lehrt uns die Statistik über die Sterblichkeit nach Bezirken: So starben im 10. Bezirk von Wien 26.2 Prozent im ersten Lebensjahre; im 16. Bezirk 23.8, im 12., 14. und 17. Bezirk 23.5 Prozent, im 19. Bezirk aber nur mehr 17 Prozent, im 9. Bezirk 16 Prozent, im 2., 6. und 7. Bezirk 13 Prozent, im 4. Bezirk 12 und im 1. Bezirk 8 Prozent. Je ärmer die Bevölkerung ist, um so größer ist auch die Kindersterblichkeit. Denn es wirken verschiedene Ursachen zusammen. Zu der Ueberarbeit und Unterernährung der werdenden Mütter kommen die ungesunden Wohnungen und die ungesunde Säuglingsernährung. Die Mutter, die nach vier Wochen arbeiten geht, macht fast nie den Versuch, das Kind zu stillen. Sie kauft die billigste gewöhnliche Kuhmilch, die der Säugling in nicht entsprechender Zubereitung bekommt. Denn alles muß billig sein und darf nicht viel Zeit erfordern. Professor Escherich hebt hervor, daß die Sterblichkeit der Säuglinge am größten im ersten Lebensmonat ist. Da sterben 25 von 100 Kindern, während im zweiten Monat 16 von 100 sterben. Daraus kann man ersehen, wie notwendig die Ausdehnung der Wöchnerinnenschutzfrist auf mindestens sechs Wochen ist. Je länger sich die Mutter ihrem Kinde widmen kann, um so eher wird sie sich entschließen, es zu stillen. Damit die Frauen über die Wichtigkeit des Stillens in den ersten Lebenswochen unterrichtet werden, fordern wir die Errichtung von Mütterberatungsstellen, wo die Frauen schon vor der Geburt des Kindes ärztlichen Rat erhalten, wie sie sich auf die Stillung vorzubereiten haben. Denn es ist eine Tatsache, daß durch das wiederholte Nichtsäugen und durch das ungesunde Einwirken manches Berufes auf den Organismus der Frauen die Fähigkeit zu stillen verloren geht. Will die Regierung und wollen alle Kompetenzen die Kindersterblichkeit wirklich bekämpfen, dann sollen sie die Forderungen der Arbeiterinnen erfüllen. (Sehr richtig!) In den Mütterberatungsstellen sollen sachkundige Aerzte auch darüber Belehrungen erteilen, wie die arbeitenden Mütter im Falle absoluter Säugungsunfähigkeit ihre Kinder zweckentsprechend ernähren sollen. Die Arbeiterfrau wird aber selten in der Lage sein, sterilisierte Kindermilch zu kaufen, selbst zu sterilisieren fehlt ihr die Zeit. Da wenden wir uns an die Gemeinden und wollen ihr Gewissen, das bis heute so kräftig schlummert, erwecken. Was in Deutschland möglich ist, muß auch in Oesterreich möglich sein. Wenn Berlin im Jahre 1907 80.000 Mark auf Prämien für stillende Mütter ausgegeben hat, wenn Berlin und andere deutsche Städte unentgeltlich Säuglingsmilch verabfolgen, so muß dies auch die Millionenstadt Wien können. Die übrigen Städte

Oesterreichs, die heute schon zum Teil auf diesem Gebiete mehr tun als Wien, werden durch das Beispiel Wiens günstig beeinflußt werden können.

Um den arbeitenden Müttern die Stillung ihrer Kinder auch nach Ablauf der gesetzlichen Schutzfrist zu ermöglichen, fordern wir, daß in den Fabriken, wo Arbeiterinnen beschäftigt sind, Stillräume beigestellt werden und daß den Frauen ermöglicht wird, zu bestimmten Pausen ihre Kinder zur Säugung bringen zu lassen. Einwendungen, die dagegen erhoben werden, können nicht maßgebend sein, denn zwei Länder, Spanien und Italien, haben heute schon die Stillpausen eingeführt. Der Hinweis, daß die Frauen durch eine zu häufige Unterbrechung der Arbeit als minderleistungsfähige Arbeitskräfte qualifiziert werden könnten, trifft nicht zu. Denn wie ist es heute? Wer, der die Verhältnisse in den Fabriken mit weiblicher Arbeiterschaft kennt, weiß nicht, daß die Mütter weit öfter als andere Arbeiterinnen einen halben oder einen ganzen Arbeitstag müssen ausfallen lassen, weil das Kind erkrankt ist und weil sie es in die Spitalordination tragen müssen? Wie oft kommt auch heute die Arbeiterin, die Mutter ist, müde und geschwächt zur Fabrik, weil sie die Nacht ohne Schlaf mit dem unruhigen Kinde zugebracht hat! Was also durch Stillpausen an Arbeit verloren geht, würde reichlich wettgemacht, daß das Kind durch die zweckmäßigere Ernährung gesünder wäre. (So ist es!) Auch hier möchte ich wieder Professor Escherich zitieren. Im Anschluß an die Zahlen über die Säuglingssterblichkeit sagt der Gelehrte in einer Publikation in der Zeitschrift „Das österreichische Sanitätswesen“: „Jedenfalls geht aus diesen Zahlen hervor, daß dieses Massensterben im ersten Lebensjahre ein unnatürliches, nicht in einem unabänderlichen Naturgesetz begründetes ist, und daß unter günstigeren Verhältnissen mindestens die Hälfte der im Säuglingsalter vorkommenden Todesfälle vermieden werden könnte. Der durch Arbeitsentgang, direkte Auslagen u. s. w. bedingte Kapitalswert für ein Kind zu 100 Kr. angenommen, bedeutet die exzessive Säuglingssterblichkeit bei zirka 950.000 Geburten und rund 200.000 Säuglingstodesfällen per Jahr in Oesterreich einen jährlichen Verlust von 47 Millionen Kronen des Nationalvermögens. Dazu kommt noch der weitere Aufwand für Krankenbehandlung und Armenunterstützung, der noch viel zahlreicheren nicht tödlich endenden Erkrankungen, die nicht selten dauernde Schwäche und dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben.“

Das ist eine Sprache, die einer wirklich auf das Allgemeinwohl bedachten Regierung zu denken geben müßte. Helfen kann nur Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz in mindestens dem von uns verlangten Ausmaß, und da gesunde Kinder gesunde Eltern zur Voraussetzung haben, die gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden im Tag. (Lebhafter Beifall.) Für die Arbeiterinnen, die Mütter werden, ist der Achtstundentag eine der dringendsten Notwendigkeiten.

Eine weitere Forderung zum Schutze der Mütter ist, daß es zur Pflicht gemacht werde, daß jede versicherte Wöchnerin während der ersten neun Tage nach der Niederkunft vom Arzt besucht wird, um späteren Erkrankungen, durch unrichtiges Verhalten im Wochenbett, vorzubeugen. Hier muß auch gesagt werden, unter welch erschreckenden Verhältnissen die Arbeiterin gar oft ihre Kinder zur Welt bringt. Hier können nur Entbindungsanstalten und Wöchnerinnenheime helfen. Was hat Oesterreich auf diesem Gebiete? Gar nichts. Nicht einmal die Stadt Wien hat bis jetzt auf diesem Gebiete etwas geschaffen. Die Stadt Berlin hat für 300 Gebärende Betten. Wien hat nichts als die der Privatwohltätigkeit entspringende „Lucina“ mit etwa 25 Betten. Aber wie auf so vielen anderen Gebieten, wirken auch hier die Arbeiter vorbildlich.

Die von Arbeitern verwalteten Genossenschaftskrankenkassen und die Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse in Wien haben ein Entbindungs-

heim erbaut, das in Oesterreich einzig dasteht. Mögen sich es die Beherrscher von Staat, Stadt und Land ansehen und daraus lernen, wie man Fürsorge für Arbeiter ausübt. Das Frauenhospiz der Krankenkassen soll den versicherten Arbeiterinnen ihre schwere Stunde leichter machen. Wer sorgt aber für die vielen Tausende Arbeiterfrauen, die keinen Beruf ausüben, die nicht gegen Krankheit versichert sind? Wo sind die öffentlichen Entbindungsanstalten für die in luft-, licht- und sonnenlosen Wohnungen lebenden Frauen, für die Frauen der Arbeiter, die so arm sind, daß sie auch keine Pflegerin bezahlen können? Da erinnern wir Staat und Land an ihre Pflicht. Wir fordern, daß die Krankenversicherung auch auf die Angehörigen der Kassenmitglieder ausgedehnt werde; daß von den Gemeinden und den Ländern angestellte Hebammen und Aerzte unentgeltliche Geburtshilfe leisten und daß für unentgeltliche Hauspflege gesorgt wird. Für die in ungesunden, engen Wohnungen wohnenden Frauen fordern wir Entbindungsanstalten. Alle diese Maßnahmen sollen durch Säuglingsheime ergänzt werden, wo arbeitende Mütter ihre Säuglinge in guter, gewissenhafter Pflege haben können.

Nur so kann das frühzeitige Siechtum zahlloser Frauen bekämpft werden, nur so kann die Sterblichkeit der Säuglinge herabgemindert werden. Die Frauen appellieren an den Parteitag, an Sie alle, Parteigenossen, für diese Forderungen überall einzutreten: im Parlament, in den Landtagen und in den Gemeinden!

Nun, Parteigenossen und Genossinnen, noch ein Wort zur Witwen- und Waisenversorgung. Die Regierung hat für diese notwendigen Dinge kein Geld, die Witwen und Waisen sollen mit einer Abfertigungssumme abgetan werden. Dagegen protestieren wir, Genossen und Genossinnen! Die Abfertigung ist ungenügend. (Sehr richtig!) Sie mindert nicht das Elend der verwitweten Frauen, der halbverwaisten Kinder. Die Regierung ist nie verlegen, Geld zu beschaffen, wenn Staatsnotwendigkeiten oder dynastische Bedürfnisse in Betracht kommen, ebenso muß auch das Geld verschafft werden können, wenn es sich um die Versorgung der Witwen und Waisen der auf dem Schlachtfeld der Industrie gefallenen Arbeiter handelt. Parteigenossen, nehmen Sie unsere Resolution an und helfen Sie uns, für ihre Durchführung zu kämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Die Resolution lautet:

In Kenntnis der Tatsache, daß die immer erschreckendere Häufung von Frauenkrankheiten auf Ueberanstrengung und Unterernährung im Zustand der Schwangerschaft und auf zu frühzeitige Aufnahme der Arbeit nach der Niederkunft zurückzuführen ist, und in weiterer Kenntnis, daß die furchtbare Säuglingssterblichkeit mit den genannten Ursachen im innigsten Zusammenhang steht, beauftragt der sozialdemokratische Parteitag die sozialdemokratische Fraktion im Reichsrat, bei der Beratung des Gesetzes zur Sozialversicherung zu beantragen, daß ein obligatorisches Arbeitsverbot für Schwangere von mindestens zwei Wochen vor der voraussichtlichen Niederkunft gesetzlich festgesetzt werde. Für Wöchnerinnen ist das Arbeitsverbot auf mindestens sechs Wochen auszudehnen. Für die ganze Dauer dieser Schutzfrist ist das anderthalbfache Krankengeld zu gewähren. Das VI. Hauptstück der Gewerbeordnung ist dementsprechend abzuändern.

Die vorgesehene Karenzfrist zum Bezug der Wöchnerinnenunterstützung ist unter allen Umständen zu beseitigen, da jede Karenzfrist eine schwere Schädigung der Frauen im hilfebedürftigsten Zustande bedeuten würde, die Frauen, deren Arbeitsverhältnis stark fluktuierend ist, der Wöchnerinnenunterstützung beraubt würden, weil gewissenlose, nicht von Arbeitern verwaltete Krankenkassen eine Handhabe hätten, Arbeiterinnen mit ihrem Anspruch auf Wöchnerinnenunterstützung unter dem Vorwand der nicht erreichten Karenzfrist abzuweisen. Wir fordern ferner die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Angehörigen der Versicherten, da nur dadurch ein wirklicher Mutterschutz durchgeführt werden kann. Weiters fordern wir die Gewährung unentgeltlicher Geburtshilfe durch von Krankenkassen und Kommunen angestellte Hebammen und Aerzte, und um

schweren Frauenleiden vorzubeugen, die Pflicht der obligatorischen ärztlichen Kontrolle während der ersten neun Tage des Wochenbettes.

Weiters verlangen wir die Einführung von ärztlichen Mutterberatungsstellen, wo die Frauen über die Nützlichkeit der Stillung aufzuklären sind und wo sie im Falle absoluter Stillungsunmöglichkeit über die für ihre Kinder entsprechende Nahrung aufgeklärt werden.

Gesetzlich ist vorzusorgen, daß in den Betrieben, wo Frauen beschäftigt sind, hygienisch einwandfreie Räume vorhanden sein müssen, wo die stillenden Mütter ihre Kinder in bestimmten Pausen nähren können.

Durch die Kommunen ist anzustreben, daß arbeitenden Müttern zu einem minimalen Preis und erwerbslosen Müttern vollständig unentgeltlich sterilisierte Kindermilch verabfolgt werde.

Eine weitere Notwendigkeit ist die Errichtung von Entbindungs-, Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen. Staat, Land und Gemeinde sollen die Mittel dazu in ihr Budget stellen.

Die Debatte.

Genossin **Freundlich** (Mährisch-Schönberg): Bei diesen wichtigen Fragen der Sozialversicherung, namentlich der Krankenversicherung, spielt auch die Vertretung in den verschiedenen Verwaltungskörpern eine bedeutende Rolle. Es ist namentlich für die Frauen wichtig, endlich in diesen Krankenkassenausschüssen vertreten zu sein. Namentlich nun, wo wir im Interesse der Wöchnerinnen verlangen müssen, daß Hebammen angestellt werden, wo die Errichtung von Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen immer dringender wird, können Frauen in den Ausschüssen der Krankenkassen vorzügliches leisten. Es sei hier nur auf die Erfahrungen hingewiesen, die die Organisation der Tabakarbeiterinnen mit den Krankenkassenausschüssen gemacht hat. Eine ganze Reihe von Genossinnen ist hier in ganz hervorragender Weise tätig. Ich verweise nur auf Sternberg und Klagenfurt. Gerade diese Krankenkassenausschüsse in den k. k. Tabakfabriken haben sich aber einen Einfluß auf das Institut erst erkämpfen müssen und viele müssen auch heute noch um diesen Einfluß kämpfen. Man unterschätzte den Wert dieser Mitarbeit vor allem nicht, wenn nun die Frage eines Schwangerenschutzes aktuell wird. Wie können Männer beurteilen, ob die Aerzte bei eventuellen Streitfällen auch immer eine gerechte Entscheidung fällen. Es ist das besondere Verdienst der Wiener Genossinnen, daß sie als erste zu dieser Frage einer weiblichen Vertretung in den Krankenkassenausschüssen Stellung genommen haben und es ist nur zu bedauern, daß sie noch immer keinen Erfolg zu verzeichnen hatten. Leider ist das Interesse der Arbeiterinnen an den Krankenkassen noch immer ein sehr geringes. Es ist dringend notwendig, daß überall, wo Krankenkassenwahlen stattfinden, besondere Frauenversammlungen veranstaltet werden, um die Arbeiterinnen über die Wichtigkeit der Krankenversicherung und die einer verständnisvollen Leitung durch Genossen und Genossinnen aufzuklären. Um diese Aufklärungsarbeit zu fördern, hat das Frauenreichskomitee beschlossen, den Antrag zu stellen, es möge das Referat der Genossin Popp als Lichtstrahlenbroschüre erscheinen. Die politischen Frauenorganisationen werden die Pflicht haben, im Verein mit den Gewerkschaften in diesem Sinne an der Ausbildung der Arbeiterinnen zu arbeiten, damit wir auch bei eventuellen Kandidaturen die Genossinnen haben, die unsere Interessen in den Krankenkassenausschüssen vertreten können.

Die Errichtung von Wöchnerinnen- und Säuglingsheimen kann heute nur von den großen Krankenkassen in Angriff genommen werden. Aber alle Krankenkassen können in ihrem eigenen Interesse immer wieder an die Gemeinden und Länder herantreten, damit diese sich reger mit dieser Frage beschäftigen. Ich möchte hier auf die ganz außerordentlich fruchtbare Tätigkeit der Brünner Bezirkskrankenkasse hinweisen, die im Verein mit unseren sozialdemokratischen Gemeindevertretern immer wieder neues Material über die krasse Kindersterblichkeit in Brünn der Oeffentlichkeit übergeben hat, so daß die Gemeinde nun endlich beschlossen hat, eine Mutterberatungsstelle zu schaffen. Gerade für die Krankenkassen, die heute oft wochenlang an Frauen Krankengeld

auszahlen müssen, weil diese keine Pflege im Wochenbett hatten, ist die Frage von Wichtigkeit. Die Krankenkassen müßten durch statistische Aufnahmen, durch Broschüren und Vorträge immer wieder auf diese wichtige Frage hinweisen, denn von der Gesundheit der Mütter und der Gesundheit der Kinder hängt die Gesundheit und die Lebenskraft der Gesellschaft ab. Gerade die Tätigkeit, die von unseren Genossinnen in den Krankenkassenausschüssen der k. k. Tabakfabriken entfaltet wurde, hat in dieser Hinsicht sehr viel genützt. Es beschäftigt sich die Generaldirektion der Tabakregie immer eingehender mit der Errichtung von Wöchnerinnenheimen und auch die Errichtung der Kinderkrippen ist endlich einer Verwirklichung nahe gekommen. Es sollen im nächsten Jahr vorläufig zwei Kinderheime errichtet werden. Auch eine Schutzfrist der Schwangeren wurde festgelegt, doch wird sie nur auf Grund einer ärztlichen Untersuchung gewährt. Dadurch ist der Protektionswirtschaft Tür und Tor geöffnet.

In der Frage der Witwen- und Waisenversorgung hat die Organisation der Tabakarbeiterinnen eine neue und sehr wichtige Forderung an die Generaldirektion gestellt. Es sollen nicht nur vaterlose Waisen und Witwen, sondern auch mutterlose Waisen und Witwer eine Unterstützung erhalten. Wenn heute bei der zunehmenden Erwerbsarbeit, namentlich der verheirateten Frau, die Mutter stirbt, so bedeutet das nicht nur, daß ein Teil des Einkommens aufhört, sondern es stirbt auch eine billige, häusliche Arbeitskraft, die allein eine schuldenfreie Existenz der Arbeiterfamilie ermöglicht. Es ist heute der Tod der Mutter meist ein unersetzlicherer Verlust in materieller Beziehung als der Tod des Vaters. Wenn wir eine derartige Versorgung der Arbeiterkinder auch nicht durchsetzen werden, es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, wie notwendig es ist. Wenn das bürgerliche Gesetzbuch auch nur eine Unterhaltungspflicht des Vaters kennt, so ist dies heute nicht mehr maßgebend und mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmend. Wir müssen aber für die nun so aktuelle Frage der Witwen- und Waisenversorgung, des Wöchnerinnen- und Säuglingsschutzes unter den Frauen ein erhöhtes Interesse erwecken und deshalb bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen.

Schleifer: Ich möchte nur ganz kurz die Fraktion wie auch die Parteivertretung ersuchen, ihr Augenmerk dem Medikamentenwucher zuzuwenden. Wenn ein Antrag im Parlament in dieser Angelegenheit eingebracht wird, möge ihn die Fraktion unterstützen.

Neumann: Demgegenüber will ich nur darauf verweisen, daß auf dem Krankenkassentag ein solcher Beschluß gefaßt wurde. Es ist selbstverständlich, daß die Fraktion einen solchen Antrag auf das wärmste unterstützen, eventuell ihn selbst einbringen wird.

Die Anträge Wörgl, Neumann, Popp und Freundlich werden angenommen.

Es folgt der Punkt

Eventuelles.

Abgeordneter **Skaret**: Im nächsten Jahre wird in Kopenhagen der Internationale Sozialistenkongreß stattfinden. Die Oesterreicher stellen nun, was die Stärke der Vertretung im Parlament betrifft, eine der stärksten Organisationen in der Internationale dar. Wir haben deshalb die Pflicht, entsprechend unserer Stärke vertreten zu sein, und ich bitte die Genossen darum, daß sie ihre Vorbereitungen zu möglichst zahlreicher Beschickung treffen. Daß wir keine unbedeutende Rolle in der Internationalen spielen, beweist das Schreiben des Sekretärs des Internationalen Bureaus, des Genossen Huysmans, der mit Rücksicht auf unsere rasche Entwicklung schrieb, daß sie nunmehr österreichisch reden werden, in Erinnerung daran, daß wir unter der Gefahr, dafür eingesperrt zu werden, in den Neunzigerjahren gesagt haben, daß wir belgisch reden werden.

Ich bitte Sie, folgenden Antrag anzunehmen:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich empfiehlt den Organisationen, den Internationalen Kongreß in Kopenhagen 1910 so zahlreich als möglich zu beschicken.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Den Antrag der Bezirksorganisation Olmütz:

Der Parteitag wolle die Herausgabe einer Reichswahlfondsmarke, deren Erträgnis an den Reichswahlfonds abzuführen wäre, beschließen und mit der Durchführung die Reichsparteivertretung betrauen.

bitte ich der Parteivertretung zuzuweisen. (Geschieht.)

Den Antrag der Bezirksorganisation Wörgl:

Der Parteitag beauftragt den Sozialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhaus, eine den modernen Rechtsanschauungen entsprechende Gesetzvorlage über das Dienstverhältnis einzubringen. In dieser Gesetzvorlage sollen alle aus dem Dienstvertrag entspringenden Streitigkeiten der Judikatur der politischen Behörden entzogen und den ordentlichen Gerichten zugewiesen werden.

bitte ich der Fraktion zuzuweisen.

Der Antrag wird der Fraktion zugewiesen.

Abgeordneter Skaret: Den Antrag der Bezirksorganisation Lienz:

Wie bekannt, soll sich die Regierung mit der Einführung des Impfzwanges in Oesterreich befassen und einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Parlament unterbreiten. In dieser Angelegenheit wünscht die obige Organisation, daß der Sozialdemokratische Verband nicht für ein solches Gesetz stimmen soll, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens würde ein solches Gesetz eine bedeutende Einschränkung der persönlichen Freiheit des Elternrechtes bedeuten, zweitens sind die Ansichten und Urteile über die Wirkung des Impfens mindestens sehr geteilte. Ein großer Teil der Bevölkerung und selbst viele hervorragende ärztliche Autoritäten haben den Kampf gegen den Impfzwang schon aufgenommen.

kann ich nicht zur Annahme empfehlen, denn über den Impfzwang ist auch die Wissenschaft nicht einig. Wir könnten höchstens beschließen, den Antrag der Fraktion zuzuweisen.

Genossin Schlesinger (Wien): Ich glaube, wir sollen über den Antrag zur Tagesordnung übergehen, nicht bloß weil die Wissenschaft nicht einig ist, sondern weil der Antrag von einem Eingriff in das Elternrecht spricht. Wir sind aber nicht dafür, daß die Eltern mit den Kindern machen können, was sie wollen. Wenn die Aerzte etwas für gut halten, können die Eltern nichts dagegen sagen.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Abgeordneter Skaret: Den Antrag Macoun (Reichenberg):

In Anschauung des Umstandes, daß der Parteitag durch Annahme des Antrages de Witte-Leibl die Notwendigkeit einer planmäßigen Agitation unter den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern für die Partei anberaumt hat, stellen die Gefertigten den Antrag: Die Vertrauensmänner der Partei werden verpflichtet, keine Gelegenheit verstreichen zu lassen, diese Arbeiter den zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen.

bitte ich anzunehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Der nächste Parteitag.

Abgeordneter Skaret: Nach § 17 des alten Parteistatuts hat der Parteitag den Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen. Es liegt ein Antrag der Bezirksorganisation Mürzzuschlag vor, daß die Parteitage nur in Wien abgehalten werden sollen.

Außerdem liegt folgender Antrag von Witternigg vor:

Der nächste Parteitag findet in Innsbruck statt

(Widerspruch). Es ist nicht möglich, den Wünschen der Genossen heute schon Rechnung zu tragen. Ich beantrage die Zuweisung der Anträge an die Parteivertretung.

Abgeordneter Dr. Adler: Nicht nur die Tiroler Genossen, auch die Parteivertretung hat für den nächsten Parteitag Innsbruck in Aussicht ge-

nommen. So angenehm es uns wäre, nach Innsbruck zu gehen, in die sozialistische Zentrale von Tirol, die zwei sozialdemokratische Abgeordnete gewählt hat, möchte ich Sie doch bitten, einen definitiven Beschluß nicht zu fassen. Wir wissen nicht, unter welchen Umständen der Parteitag stattfinden wird. Sie können überzeugt sein, wir werden, wenn es möglich ist, dem Zuge unseres Herzens folgen und nach Innsbruck gehen. (Bravo! Bravo!) Für den Fall, als aber Hindernisse eintreten, soll der Parteitag der Parteivertretung die Freiheit lassen, einen anderen Ort zu wählen. Ich bitte Sie, den Antrag der Parteivertretung zuzuweisen, mit dem Vertrauen, daß, wenn es möglich ist, wir Abram und den Tirolern sehr gerne den Gefallen tun werden.

Abgeordneter **Abram**: Es wurde Widerspruch erhoben, daß der nächste Parteitag in Innsbruck sein soll. Der größte Teil der Delegierten hat nach Innsbruck nicht weiter als nach Reichenberg, die deutschböhmischen Genossen ausgenommen. Es wird aber auch Ihnen nicht schaden, wenn Sie einmal nach Tirol kommen. (Heiterkeit.) Für die Innsbrucker Genossen kann ich versichern, daß wir, wenn wir auch nur einige Bataillone der großen Armee stellen, Sie herzlich empfangen und Ihnen den Aufenthalt in jeder Beziehung bequem machen würden. Ich bitte, den Antrag nicht schlechthin abzulehnen. Wir haben in Tirol einen sehr schweren Stand und haben den Beweis geliefert, daß wir unsere Pflicht erfüllen. Wir leben in einem Lande, wo nicht nur die Bevölkerung hungert, sondern wo sich auch die Kräfte regen. Der Kampf gegen den Klerikalismus ist in stetem Wachsen. Wenn wir nun die redegewandten Genossen in unsere Stadt bekommen, können wir einen konzentrischen Angriff gegen den Klerikalismus machen. Wir hätten gute Erfolge und ich bitte Sie darum, den Antrag anzunehmen.

Austerlitz: Ich möchte gegen den Antrag Mürzzuschlag sprechen. In Wien sind die Parteitage wohl am bequemsten und wie der Parteikassier meint, am billigsten. Ein Parteitag sammelt aber immer agitatorische Kraft und Wirksamkeit für die betreffende Stadt und ihren Umkreis, in der er abgehalten wird, was sich aber am wenigsten in Wien äußert. Er kann in Wien die besondere Wirksamkeit nicht entfalten, weil die „Zugpferde", wie man sie nennt, ohnedies immer in Wien sind. Es wäre schädlich, uns festzulegen, wie es die Mürzzuschlager wollen, weil wir nicht auf die Wirksamkeit der Parteitage verzichten können. Im allgemeinen ist Innsbruck ein Ort, der den Mitgliedern des Parteitages sehr angenehm sein könnte. In Innsbruck und in Tirol ist nicht nur eine blühende Bewegung, die Alpenländer haben auch viele Parteitage außerhalb Innsbrucks beschicken müssen, so daß es den nordböhmischen Genossen nicht schwer fallen könnte, nach Innsbruck zu gehen. Innsbruck ist eine schöne Stadt und wird jedem Genossen sympathisch sein. Ich bitte die Parteivertretung, den Vorschlag Innsbruck, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen, anzunehmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Mürzzuschlag abgelehnt, der Antrag Wittenigg dem Parteivorstand zugewiesen.

Es werden nun Begrüßungstelegramme verlesen, darunter aus Wiener-Neustadt und von den Rekonvaleszenten aus Zeillern und ein Begrüßungsschreiben des Arbeiterzweigvereines „Die Flamme".

Schiller (Reichenberg): Ich fühle mich verpflichtet, Ihnen im Namen der nordböhmischen Genossen dafür, daß Sie den Parteitag in Reichenberg abgehalten haben, den wärmsten Dank auszusprechen. Ich glaube, nicht erst versichern zu müssen, daß wir bestrebt sein werden, in dem Sinne, wie der Parteitag seine Beschlüsse gefaßt hat, auch weiter wirken werden. Wir danken Ihnen, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind, und hoffen, daß Ihnen der Aufenthalt in Reichenberg angenehm war.

Abgeordneter **Schuhmeier**: Werte Genossen! Der Reichenberger Parteitag wird zweifellos zu unseren schönsten Erinnerungen im ferneren Parteileben gezählt werden. Wir können mit großer Befriedigung auf unsere Arbeit zurückblicken, die von hohem Ernste getragen ward und mit seltener Ruhe und Ausdauer zu Ende geführt wurde. Von kleinen und wirklich nebensächlichen

Zwischenfällen abgesehen, kann das Bureau mit uns sehr zufrieden sein. Ich mute dem Bureau aber nicht zu, daß es uns für unsere Aufmerksamkeit und Zurückhaltung danken wird. (Heiterkeit.) Aber wir sind verpflichtet, unserem Bureau den herzlichsten Dank dafür auszusprechen, daß es die Verhandlungen mit solcher Umsicht und Objektivität geleitet hat. Das wirkte wohl mit, daß der Parteitag sich bis zum Schluß auf seiner Höhe befunden hat. Sie sind wohl alle damit einverstanden, daß ich sage, wir sprechen dem Bureau unseren Dank aus. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Pernerstorfer: Wir stehen am Ende. Gestatten Sie mir, daß ich zuerst noch einmal den Dank des Parteitages und aller hier anwesenden Genossen und Genossinnen und denen des Landes ausspreche unseren Gästen. Wir haben mit großer Freude die Vertreter der großen deutschen Sozialdemokratie wieder in unserer Mitte gesehen (Lebhafte Zustimmung), jener Partei, der wir uns innig verbunden fühlen, die wir als unsere Mutter ansehen dürfen. Wir waren unzertrennlich mit ihr zusammen in der Vergangenheit; wie wir in der Vergangenheit zusammengeführt wurden und zusammen gedacht haben, so wird es in aller Zukunft bleiben. (Lebhafter Beifall.) Nicht minder danken wir dem Vertreter der ungarischen Bruderpartei und den Vertretern unserer Bruderparteien im Lande, daß sie zu uns gekommen sind und bewiesen haben, daß der internationale Geist der österreichischen Sozialdemokratie so fest steht wie je, und daß die Vertreter des Proletariats aller Nationen fest entschlossen sind, im Interesse des Proletariats beisammen zu bleiben, komme, was wolle.

Wir danken besonders den Reichenbergern. (Erneuerter Beifall.) Nicht allein für das wirklich schöne Vergnügen, das Sie uns bereiteten, als Sie uns auf Ihren Jeschken geführt haben, wir danken Ihnen für die Herzlichkeit, mit der Sie uns empfangen, daß sie alles so gut und praktisch eingerichtet haben, wir danken Ihnen auch für Ihre ganze große Vergangenheit. (Stürmischer Beifall.) Wenn im Laufe dieses Parteitages Reichenberg und Nordböhmen als das klassische Land der österreichischen Sozialdemokratie bezeichnet wurde, weiß jeder, der die Geschichte unserer Partei kennt, wie sehr das den Tatsachen entspricht. Viele von uns, die schon vor Jahren in Versammlungen in diesem Teil des Landes gearbeitet haben, können sich nur mit Rührung an die steinalten Genossen erinnern, die den Geist, den sie vor 40 Jahren übernommen, nicht nur weitergeführt, sondern auch bei den Jungen erweckt haben, so daß dieser Boden immer als sozialdemokratischer Boden anerkannt werden muß.

Wir richten unseren Dank ferner an die einzelnen Personen, die mit uns gewirkt haben, an die Redner auf dem Parteitag, an die Hilfskräfte, die, von uns im Saale abgeschnitten, nicht imstande waren, den Verhandlungen zu folgen, die die ganze Zeit über ihre Maschinen bearbeitet haben, alles vorbereitet haben und die von dem Parteitag nichts hatten als schwere Mühe und Arbeit. Wir danken den Angestellten der Post, die sich in unserem Hause heimisch gemacht haben, wir danken auch dem Personal des Hauses, das mit uns beschäftigt war. Sollte ich eine einzelne Kategorie vergessen haben, so ist es nicht absichtlich. Wir danken allen, denen der Parteitag zu tun gegeben hat. Es ist selbstverständlich, daß wir eine neue Saite anschlagen müssen, wenn wir von unserer Parteipresse reden, besonders der „Arbeiter-Zeitung". Gerade von der „Arbeiter-Zeitung" ist ein Beispiel gegeben worden, was an Arbeit geleistet werden kann. Das muß deshalb besonders hervorgehoben werden, weil die dabei beschäftigten Personen nur eine relativ kleine Anzahl darstellen. Sie haben Tag für Tag gearbeitet und haben es zustande gebracht, daß wir in die Lage gekommen sind, einen ausführlichen, umfänglichen Bericht über die Verhandlungen des Parteitages rasch zu erlangen. (Lebhafte Zustimmung.)

Schuhmeier hat gemeint, er müsse dem Bureau danken; das Bureau habe aber keine Veranlassung, dem Parteitag zu danken. Falsch! Wir fühlen die Pflicht, diesen Dank dem gesamten Parteitag auszudrücken.

So viel Ernst, so viel Gründlichkeit und bei aller Differenz so viel Brüderlichkeit und Gemeinsinn, wie hier geherrscht hat, trifft man selten bei so großen Veranstaltungen. Wir sind nicht immer die Höflichsten gegeneinander, und wenn wir etwas zu sagen haben, sagen wir es manchmal mit ungefügen Worten. Aber das wissen wir: Wenn einem die Zunge durchgeht, ist es nur ein Aeußerliches, im Innern sind wir gleich wieder beisammen und wenn wir uns auch kräftig gestritten haben, sitzen wir bald wieder friedlich beisammen. So können wir, ohne unbescheiden zu sein, behaupten, daß die Verhandlungen geführt wurden mit Besonnenheit und Ruhe, mit dem ganzen Gefühl der Verantwortlichkeit, die auf der Partei lastet. Der Parteitag hat aber auch gezeigt, daß wir keiner der großen Fragen, die das Land bewegen, aus dem Wege gehen. Wir haben wieder bekundet, daß über uns die allgemeine Strömung der Hurrapatrioten, dieser schwarz-gelbe Taumel, der über das Land gekommen ist, keine Macht hatte, daß wir an dem alten kühnen Wort festhalten: „*Aussprechen, was ist!*“ Wir haben das auch hier getan und uns nicht gescheut, mit aller Freiheit über die Frage zu reden, die, wie man sagt, die Kardinalfrage dieses Staates ist: *die nationale*! Wir haben aber auch gezeigt, daß diese Frage, die wir weder leugnen noch mit Worten aus der Welt schaffen wollen, bei uns einen anderen durch eine ganze Welt geschiedenen Sinn hat als bei den bürgerlichen Parteien.

In wenigen Wochen werden es hundertfünfzig Jahre sein, daß Friedrich *Schiller* geboren wurde. Vor bald hundertzwanzig Jahren hat Schiller in einem seiner herrlichen Briefe an den Herzog von Augustenburg mit seinem seherisch genialen Blicke ausgesprochen, daß *jeder Weg zur Kultur und Entwicklung als notwendige Grundlage das physische Wohlbefinden* des Volkes voraushaben muß. Das hat ein Mann gesprochen, den man oft auch im verächtlichen Sinne des Wortes einen Idealisten genannt hat. Dieser „verstiegene Dichter“ hat gezeigt, daß er einen weit klareren Blick für die Welt hatte als viele Männer der Wissenschaft seiner Zeit. Die physische Lage des Volkes muß erst gebessert werden, hat er mit ausdrücklichen Worten gesagt, das Volk muß seine Wohnung, das Volk muß seine Nahrung, das Volk muß überhaupt, wie wir in unserer Terminologie sagen, ein menschenwürdiges Dasein haben, bevor an geistige und kulturelle Entwicklung gedacht werden kann. Und so ist, wenn wir von unserem Volke sprechen, immer der Gedanke der bestimmende, daß wir das Wohl unseres Volkes wollen, und mit diesem Wohl das *Wohl aller Völker des Reiches*. Im Parlament und außerhalb des Parlaments, in der Presse und wir auf diesem Parteitag haben uns mit dieser allerwichtigsten Grundlage der Frage des nationalen Wohlbefindens beschäftigt. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben aber auch eine für die Partei außerordentlich wichtige Frage erledigt. Seit vielen Jahren haben wir in unserer *Parteiorganisation* Mängel gefühlt, wir haben gesucht, sie zu beheben, und der Parteitag dieses Jahres in Reichenberg wird gewiß einer der wichtigsten auch deshalb genannt werden müssen, weil er uns eine neue Form der Parteiorganisation gegeben hat, und es wird nun unsere Aufgabe sein, diese neue Parteiorganisation und ihre Bestimmungen ins Leben überzuführen und zu zeigen, daß wir durch diesen Beschluß einer neuen Organisation einen Schritt nach vorwärts gemacht haben. So ist dieser Parteitag in der großen Frage der Weltpolitik, in der Frage der *inneren Politik* Oesterreichs und endlich in der Frage unserer *Parteipolitik* ein wichtiger Tag gewesen.

Als ich Montag die Ehre hatte, im Namen des Bureaus den Parteitag zu eröffnen, begann ich damit, daß ich sagte, wir befinden uns *in Oesterreich in kritischer Lage*. Es wäre höchst sonderbar, wenn sich in den fünf Tagen das geändert haben sollte. Wir sind ja an diese Krise gewöhnt seit vielen Jahren; aber die innere Lage möge sein wie immer, so trostlos sein, daß die Philister allerorten davonlaufen und ihre Köpfe in den Sand stecken; für uns Sozialdemokraten ist das keine Lebensbetätigung. Es möge noch so schlimm aussehen, die Sozialdemokraten stehen auf diesem Boden,

arbeiten auf diesem Boden und wir sind gesonnen, solange wir noch Kraft haben, unsere positiven Arbeiten fortzusetzen.

Aber, Parteigenossen, wir sind, wie allgemein bekannt, keine Patrioten. Der Staat, in dem wir arbeiten, ist für uns eine Realität, wir müssen uns mit ihm abfinden, in ihm leben, in ihm arbeiten, aber weit über den Staat hinaus gehen unsere Ziele und weit über den Staat und über die gegenwärtigen Formen des politischen Lebens geht unser Sinnen und Denken. Wenn wir heute an diesen Staat gekettet sind, so müßten wir wirklich zugrunde gehen, wenn wir bloß denken und fühlen könnten wie die bürgerlichen Patrioten. Weil wir aber unendlich weit über die gegenwärtige Gestaltung hinaus fühlen und denken und uns weit hinaus sehnen, deshalb lebt in uns die unzerstörbare Kraft, die nach vorwärts, immer nach vorwärts strebt!

Wenn die Herrschenden die Zeichen der Zeit nicht verstehen und von Tag zu Tag mehr eine Politik machen, die rettungslos in den Sumpf führt — es macht uns das wahrlich keine Freude, aber wenn es sein muß, macht es uns auch nicht unglücklich. Wenn wir im Scherzlied singen, aber ernsthaft meinen: „Mag aller Staat zum Teufel gehen, das Volk wird doch bestehen!“ (Lebhafter Beifall), so leben wir in diesem Sinne für die Zukunft, für die ganze Zukunft. Das Volk wird immer bestehen. Mögen die heutigen Formen des staatlichen Lebens dahinsein, das Volk wird immer bestehen. Und es wird sich zurückerinnern an uns, an unsere Arbeit. (Brausender Beifall.) Es lebe die internationale, die revolutionäre Sozialdemokratie! (Immer wieder anhebender Beifall.)

Den herzlichen Worten Pernerstorfers folgten brausende Hochrufe auf die Sozialdemokratie! Hingerissen erhob sich die Versammlung und dann brauste das Lied der Arbeit durch den Saal. Als es verklungen war, sprach Pernerstorfer:

„Ich erkläre den Parteitag für geschlossen!“

Ergebnis der Abstimmungen.

Angenommene Anträge:

6 (Frauenwahlrecht), **7** (Waffenübungen), **8** (Verstaatlichung der Mineralwasserquellen), **9** (Statutenkommission), **16 b** (Sekretariatsexemplare „Arbeiter-Zeitung"), **21** (Preßgesetzreform), **22** (Lebensmittelteuerung), **24** (Schwangerschaftsunterstützung), **28** (Kommissionswahl), **29** (Vereinsgesetz), **30, 31, 32** (Absolutorium), **33** (Preßgesetzreform), **34** (Wohnungsfürsorge), **35** (Namentliche Parlamentsabstimmungen), **36** (Nationalitätenprogramm), **37** (Landtagswahlrecht), **38** (Landtagsprogramm), **39** (Kommissionswahl), **40** (Landwirtschaftliche Arbeiter), **44** (Organisationsstatut), **45** (Redaktionskomitee, Organisationsstatut), **47** (Statutenverbreitung), **50** (Parteiorgan), **51** (Broschüren), **53, 54** (Parteiorgan), **55** (Aeußere Politik), **56** (Oesterreicher in Deutschland), **57** (Lebensmittelteuerung), **58** (Milchteuerung), **59** (Lebensmittelteuerung), **60** (Teuerungsflugschrift), **62, 63** (Sozialversicherung), **64** (Broschüre Sozialversicherung), **65** (Internationaler Kongreß), **66** (Landwirtschaftliche Arbeiter), **68** (Arbeiter-Gesangvereine), **69** (Ausweisung Burianek).]

Durch Annahme anderer Anträge erledigt:

10 (Organisationsentwurf), **12, 13, 14, 15** (Aenderungen des Organisationsstatuts), **41** (Reichsparteibeitrag), **42, 43** (Frauenorganisation), **46, 48** (Organisation).

Zurückgezogen vom Antragsteller:

11 (Organisationsstatut).

Dem Verband der Abgeordneten zugewiesen:

23 (Lebensmittelteuerung), **26** (Dienstverhältnis).

Der Parteivertretung zugewiesen:

5 (Bildungswesen), **16 a** (Unterhaltungsbeilage), **17** (Monatsorgan für Kommunalpolitik), **19** (Reichsratskorrespondenz), **25** (Reichswahlfondsmarke), **61** (Marktpreisinformation), **70** (Ort des Parteitags).

Abgelehnte Anträge:

1, 2, 3, 4 (Aenderung der Tagesordnung), **18** (Frauenzeitung), **20** („Arbeiter-Zeitung"), **27** (Impfzwang), **49** („Arbeiter-Zeitung"), **52** (Broschüren), **67** (Ort des Parteitages).

Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Vom Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel:

Ich bitte den Parteitag im Namen unseres Bureaus herzlich zu grüßen und ihm zu danken für die liebenswürdige Einladung. Euch neuerlich Glück zu wünschen, ist ja ganz überflüssig. Eure Gesamtpartei hat uns seit einigen Jahren an allerlei Erfolge gewöhnt. Die politische Organisation hat ein Heer von Abgeordneten, eure Gewerkschaften gehen prächtig vorwärts. Und nun übertrefft ihr die Belgier auch noch in genossenschaftlicher Hinsicht, wie in der letzten Zeit erzählt wurde. Es bleibt uns nur übrig, in allem österreichisch zu reden.

Euer Huysmans.

Wir schicken brüderlichen Gruß den in Reichenberg versammelten Genossen und wünschen den Arbeiten des Parteitages besten Erfolg.

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Zentralbureau ausländischer Gruppen der
Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Glückwünsche und herzlichste Grüße der deutschösterreichischen Sozialdemokratie sendet im Namen der Polnischen sozialistischen Partei Russisch-Polens

Das auswärtige Komitee des P. P. S.

Den Beratungen der deutschen Sozialdemokratie wünschen wir besten Erfolg und übersenden brüderliche Grüße.

Vorstand der ukrainischen Sozialdemokratie.

Vom Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Partei Kroatien-Slawoniens:

Es tut uns aufrichtig leid, daß wir an Ihren Beratungen durch Delegierte nicht teilnehmen können, um so mehr, als wir ein lebhaftes Interesse an der Entwicklung der Bruderpartei in Oesterreich haben, die uns stets ein Vorbild in unseren Kämpfen und Handeln gewesen ist.

Da es uns unmöglich ist, durch einen eigenen Vertreter an den Beratungen teilzunehmen, so senden wir Ihnen auf diesem Wege die besten Grüße, mit der Hoffnung, daß das, was Sie beschließen, zum Wohle der Arbeiterschaft Oesterreichs und der ganzen sozialistischen Internationale dienen wird.

Mit Parteigruß

Eugen Dèmetrović.

Von der Parteileitung der Bosnischen Sozialdemokratie:

Begrüßen den Parteitag brüderlich. Mit dem Wunsche, seine Arbeiten erfolgreich zu verrichten, arbeiten wir mit Euch an der Schaffung einer Gesellschaft der Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit.

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Sreten, Jakšić.

Vom Landesausschuß der Deutschen und österreichisch-ungarländischen Sozialdemokraten in der Schweiz:

Für die Einladung unserer Organisation bestens dankend, bedauern wir an Ihrer diesmaligen Tagung nicht durch einen Delegierten vertreten sein zu können. Wir hoffen, daß sich unter den reichen Ergebnissen, die dieser Parteitag zeitigen wird, auch die Schaffung einer einheitlichen Legitimation der Parteimitgliedschaft befinden wird, deren Mangel von vielen österreichischen Genossen, wenn sie ins Ausland übersiedelten, bitter empfunden wurde.

Ihren Beratungen ein herzliches „Glück auf!" zurufend, mit sozialdemokratischem Gruß

Fritz Platten, Sekretär.

Es langten ferner Begrüßungen ein von:

Sozialdemokratischer Verein Görlitz; Redaktion „Dělnické Listy"; Lokal- und Bezirksorganisation Mürzzuschlag; Lokalorganisation Teplitz-Schönau; Lokalorganisation Pristan und Straden; Organisierte Genossen Wiener-Neustadts; Organisierte Genossen von Suczawa; Organisation deutschsprechender Sozialdemokraten in Triest; Redaktion „Nordböhmischer Volksbote"; Rekonvaleszenten in Zeilern-Königstetten; Arbeiterzweigverein „Die Flamme"; Hoffmann, Köln; Josef Frank, Mariendorf; Abgeordneter Barth, Abgeordneter Holzhammer; Josef Kern, Königsberg.

Präsenzliste.

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Abram Simon	Innsbruck	Landesorganisation Tirol
Adler Viktor, Dr.	Wien	Parteivertretung
Arbeitel Moritz	Bielitz	Bezirksorganisation Bielitz
Auer Franz	Wien	Red. „Verb.=Ztg." d. chem. Ind. Oest.
Augsten Josef	Haindorf	Bezirksorganisation Friedland
Augsten Josef	Kratzau	Bezirksorganis. Kratzau=Grottau
Austerlitz Friedrich	Wien	„Arbeiter=Zeitung"
Barth Josef	Saaz	Bezirksorganisation Saaz
Bauer Alois	Wien	Bezirksorganisation Wien XI
Bauer Otto, Dr.	Wien	Redaktion „Kampf"
Beer Heinrich	Wien	Parteivertretung
Beer Rudolf	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Bernstein Richard	Gablonz a. N.	Redaktion „Gebirgsbote"
Beutel Franz	Aussig	Reichsratsabgeordneter
Blum Julius	Wien	Zentralv. d. Kaufm. Angest. Oesterr.
Böhm Adolf	Niemes	Bezirksorganisation Niemes
Bösmüller Wenzel	Grünwald a. N.	Reichsratsabgeordneter
Boschek Anna	Wien	Zentralverein d. Heimarbeiterinnen
Bräuer Franz Josef	Böhmisch=Leipa	Bezirksorganisation Böhm.=Leipa
Breitenfelder Josef	Salzburg	Bezirksorganisation Salzburg II
Bretschneider Ludwig	Wien	Landesorganisation Nied.=Oesterr.
Čermak Karl	Teplitz	Kreisorganisation Teplitz=Saaz
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	Parteikontrolle
Danneberg Robert, Dr.	Wien	Red. „Bildungsarb." u. „Jug. Arb."
David Anton	Wien	Reichsratsabgeordneter
Deistler Anton	Klinghart	Verband der Tonarbeiter
Deutsch Julius, Dr.	Wien	Redaktion „Abstinent"
Dietl Anton	Saaz	Bezirksorganisation Saaz
Dietl Heinrich	Aussig	Kreisorganisation Aussig
Dötsch Albin	Fischern b. Karlsbad	Reichsratsabgeordneter
Domes Franz	Wien	Red. d. „Oesterreich. Metallarbeiter"
Dubitzky Josef	Aussig	Bezirksorganisation Aussig
Eldersch Matthias	Brünn	Parteikontrolle, Reichsratsabg.
Ellenbogen W., Dr.	Wien	Parteivertretung, Reichsratsabg.
Emmerling Georg	Wien	Administration „Arbeiter=Zeitung"
Ertl Eduard	Dornbirn	Landesorganisation Vorarlberg
Exner Ludwig	Wien	Verband der Metallarbeiter
Finsterle Josef	Landskron	Bezirksorganisation Landskron
Forstner August	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Frankl Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Fraß Hans	Wiener=Neudorf	Bezirksorganisation Mödling
Freundlich Emmy	Mährisch=Schönberg	Kreisorganisation M.=Schönberg
Freundlich Leo	Mährisch=Schönberg	Reichsratsabgeordneter
Friedrich Wilhelm	Graz	Landesorganisation Steiermark
Fuchs Bertold	Wien	Bezirksorganisation Wien II
Gehorsam Hugo	Prag	Bezirksorganisation Prag
Gerdinitsch Ferdinand	St. Pölten	Bezirksorganisation St. Pölten
Gion Johann	Wien	Verband der Schneider
Glöckel Otto	Wien	Reichsratsabgeordneter
Göpfhart Franz	Schwechat	Bezirksorganisation Schwechat

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Görgner Fanny	Schwora	Bezirksorganisation Böhmisch-Leipa
Goth Josef	Warnsdorf	Kreisorganisation Warnsdorf
Grassinger Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XV
Gries Wilhelm	Neustadt a. T.	Bezirksorganisation Neustadt a. T.
Grigorovici Georg	Czernowitz	Reichsratsabgeordneter
Gröbner Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII
Gröger Florian	Aussig	Redaktion „Volksrecht"
Gruber Josef	Linz a. D.	Landesorganisation Oberösterreich
Grübl Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien XXI
Grünwald Julius	Wien	Redaktion „Einigkeit"
Hackenberg Th.	Gmünd	Reichsratsabgeordneter
Häckel Anton	Tannwald	Bezirksorganisation Tannwald
Hänsel Karl	Reichenberg	Kreisorganisation Reichenberg
Haidl Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Hannich Josef	Wien	Reichsratsabgeordneter
Hannsch Ferdinand	Wien	Union der Textilarbeiter Oesterreichs
Hecker August	Rumburg	Bezirksorganisation Rumburg
Heydtmann Arthur	Wien	Wiener Volksbuchhandlung
Hiebsch Franz	Aussig	Bezirksorganisation Aussig-Land
Hillebrand Oswald	Karlsbad	Kreisorganisation Karlsbad-Eger
Hirsch Ernst	Teplitz-Schönau	Red. „Der Oesterr. Handelsangestellte"
Hladik Hermann	Gablonz	Bezirksorganisation Gablonz a. N.
Höger Karl	Wien	Parteivertretung
Hruschka Ambros	Wien	Handels- u. Transportarbeiterverb.
Hübel Ernst	Wien	Redaktion „Textilarbeiter"
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission
Hummel Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien V
Istock Vinzenz	Schönbach b. Asch	Bezirksorganisation Asch
Janeček Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien XX
Jansky Marie	Wien	Frauenreichskomitee
Jokl Hans	Jägerndorf	Redakt. d. „Schlesischen Volkspresse"
Josefsberg Josef	Leoben	Bezirksorganisation Leoben
Kelbel Anton	Steinschönau	Bezirksorganisation Böhm.-Kamnitz
Kiesewetter Wilhelm	Trautenau	Bezirksorganisation Trautenau
Kleindienst Johann	Judenburg	Bezirksorganisation Judenburg
Klinger Anton	Warnsdorf	Bezirksorganisation Warnsdorf
Köllner Alois	Mödling	Bezirksorganisation Mödling
Kohl Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Kohn Heinrich, Dr.	Brünn	Landesorganisation Mähren
Kollinger Rupert	Linz	Bezirksorganisation Linz a. D.
Kreibich Karl	Rosenthal b. R.	Redaktion „Freigeist", Reichenberg
Kremser Heinrich	Teplitz	Bezirksorganisation Teplitz
Krombholz Franz	Bensen	Bezirksorganisation Bensen
Kühnel Anton	Bilin	Bezirksorganisation Dux-Bilin
Kütt Philipp	Wien	Wiener Preßkommission
Langer Alexander	Wien	Bezirksorganisation Wien VI
Laser Adolf	Mährisch-Schönberg	Gauorganisation Mähr.-Schönberg
Leibl Dominik	Hradzen b. Staab	Bezirksorganisation Staab
Lenz Hans	Gmünd	Bezirksorganisation Gmünd (N.-Oe.)
Löw Dominik	Drahowitz	Reichsratsabgeordneter
Lukas Julius	Klagenfurt	Landesorganisation Kärnten
Maar Josef	Wien	Verb. d. Maler, Anstreicher u. Lackierer
Maconn Franz	Reichenberg	Kreisorganisation Reichenberg
Maier Anna	Sternberg	Bezirksorganisation Sternberg (M.)
Matzig Josef	Friedland	Bezirksorganisation Friedland i. B.
Menges Franz	Wien	Verb. d. Hand.- u. Transportarb. Oe.
Möller Heinrich	Wien	Verein der Schuhmacher Oesterr.
Möser Fritz	Leitmeritz	Bezirksorganisation Leitmeritz
Mrkwička Thomas	Wien	Verband d. Holzarb. Oesterreichs
Muchitsch Vinzenz	Graz	Reichsratsabgeordneter
Müller Rudolf	Wien	Zentrale d. Eisenbahnerorganis.
Neumann Fanni	Aussig	Bezirksorganisation Aussig

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Nießner Wilhelm	Brünn	Landesorg. Mähr. u. Red. „Volksfr."
Nitschmann Heinrich	Neutitschein	Kreisorganisation Neutitschein
Ofenböck Anton	Wiener-Neustadt	Bezirksorganis. Wiener-Neustadt
Palme Franz	Fischern b. Karlsbad	Verb. d. Porzell.-Arb. u. B.-O. Platten
Patzelt Johann	Freiwaldau	Bezirksorganisation Freiwaldau
Pernerstorfer E.	Wien	Parteivertretung, Reichsratsabg.
Perthen Anna	Bodenbach	Bezirksorganis. Tetschen-Bodenbach
Petersilka Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII
Pipal Edmund	Brünn	Bezirksorg. Brünn, Landesorg. Mähr.
Pirkebner Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XII
Pölzer Amalie	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Pölzer Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Pohl Adolf	Falkenau an der Eger	Bezirksorganisation Falkenau
Polke Emil	Wien	Bezirksorganisation Wien XIII
Poplnschnik Adolf	Morchenstern	Verband der Oesterr. Glasarbeiter
Popp Adelheid	Wien	Parteivertretung
Prenner Josef	Veitsau	Bezirksorg. Triestingthal (N.-Oe.)
Pretsch Josef	Witkowitz	Bezirksorganisation Mähr.-Ostrau
Prenßler Robert	Salzburg	Parteikontrolle
Přihoda Franz	Höflitz	Bezirksorganisation Riemes
Proft Gabriele	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Pühringer Franz	Saaz	Verband der Brauereiarbeiter Oest.
Ranscher Albert	Karbitz	Bezirksorg. Aussig-Karbitz (Land)
Reitzner Adolf	Bodenbach	Bezirksorganisation Tetschen
Renner Karl, Dr.	Wien	Reichsratsabgeordneter
Resel Hans	Graz	Bezirksorg. Marburg u. Parteikontr.
Ressel Heinrich	Grottau	Bezirksorganisation Kratzau-Grottau
Neumann Jakob	Wien	Parteivertretung
Richter Karl	Wien	Redaktion des „Holzarbeiter"
Richter Paul	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Rieger Eduard	Wien	Kreisorganisation Bodenbach
Riese Arnold	Klagenfurt	Landesorganisation Kärnten
Rösch Eduard	Stockerau	Bezirksorganisation Stockerau
Roscher Anton	Zwickau	Bezirksorganisation Zwickau
Rücker Johann	Oberleutensdorf	Bezirksorganisation Oberleutensdorf
Schäfer Anton	Reichenberg	Parteikontrolle
Schatzmayr Johann	Villach	Bezirksorganisation Villach
Scheibel Josef	Odrau	Bezirksorganisation Odrau
Schiegl Wilhelm	Wien	Verband der Vereine der Buchdrucker
Schiller Karl	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Schleifer Friedrich	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Schlemmer Ferdinand	Neunkirchen	Bezirksorg. Neunkirchen (N.-Oest.)
Schlesinger Therese	Wien	Bezirksorganisation Wien III
Schlinger Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XXI
Schloßnikel Hieron.	Sternberg	III. mährischer Agitationsgau
Schober Robert	Stockerau	Bezirksorganisation Stockerau
Schrammel Anton	Wien	Verb. d. Arb. d. chem. Ind., Parteikontr.
Schüller Karl	Fischern	Redaktion „Der Porzellanarbeiter"
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung, Reichsratsabg.
Schuller Marie	Floridsdorf	Bezirksorganisation Wien XXI
Seidel Josef	Krumau	Bezirksorganisation Krumau
Seitz Karl	Wien	Parteivertretung, Reichsratsabg.
Seliger Josef	Teplitz-Schönau	Parteikontrolle
Sever Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Sigl August	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Silberer Franz	Wien	Reichsorg. der Bäcker und Fachblatt
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung
Smitka Johann	Wien	Bezirksorganisation Ebreichsdorf
Spielmann Julius	Linz	Parteikontr., Redaktion „Wahrheit"
Sponer Marie	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Stark Franz Karl	Elbogen	Bezirksorganisation Elbogen
Straas Eduard	Wien	Gewerkschaftsblatt „Vorwärts"

Kongreßteilnehmer	Aus	Vertritt
Strasser Josef	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Taub Siegfried	Brünn	Bezirksorganisation Brünn
Thum Eduard	Wernstadt	Bezirksorganisation Wernstadt
Tobola Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien VII
Tomschik Josef	Wien	Bezirksorganisation Liesing
Triebrunner Franz	Steyr	Bezirksorganisation Steyr
Trübenecker Raimund	Mardorf	Bezirksorganisation Gablonz
Tuller Ludwig	Leoben	Reichsratsabgeordneter
Tuppy Antonia	Jägerndorf	Bezirksorganisation Jägerndorf
Tuppy Josef	Jägerndorf	Landesorganisation Schlesien
Vietze Wilhelm	Pankratz	Bezirksorganisation Deutsch-Gabel
Volkert Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Waberšich Wenzel	Reichenberg	Zentralverband der Maurer Oesterr.
Wagner Josef	Gablonz	Kreisorganisation Gablonz
Wallner Adolf	Hohenberg	Bezirksorganisation Lilienfeld
Wasner Ludwig	Wien	Zentralver. d. Gießereiarb. Oesterr.
Weber Anton	Krumau	Kreisorganisation Südböhmen
Weber Franz	Schluckenau	Bezirksorganisation Schluckenau
Weigung Anton	Linz	Reichsratsabgeordneter
Widholz Laurenz	Wien	Reichsratsabgeordneter
Winarsky Leopold	Wien	Landesorganisation Niederösterreich
de Witte Eugen	Karlsbad	Redaktion „Volkswille“
Witternigg Josef	Salzburg	Landesorganisation Salzburg
Wondřejz Adolf	Arnsdorf bei Haida	Bezirksorganisation Haida
Wutschel Ludwig	Wien	Reichsratsabgeordneter
Zich Wilhelm	Gmünd	Bezirksorganisation Horn
Zörer Karl	Wien	„Oesterr. Arbeiter-Sängerzeitung“
Zwanzger Johann	Leoben	Bezirksorganisation Leoben

Gäste.

Für die Sozialdemokratie Deutschlands:
Fritz Ebert und Luise Zietz, Berlin.

Für den jüdischen Arbeiterbund Rußlands:
Adele Schönberg.

Für die ungarländische Sozialdemokratie:
E. Buchinger, Budapest.

Für die bosnisch-herzegowinische Sozialdemokratie:
Franz Rauscher, Sarajevo.

Für die tschechoslawische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Anton Nemec, Dr. Franz Soukup, Anton Bruha, Prag.

Für die polnische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Ignaz Daszynski, Krakau,

Für die italienische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Raimund Scabar, Triest.

Für die südslawische Sozialdemokratie in Oesterreich:
Etbin Kristan, Laibach.

Sprechregister

für die Verhandlungen des Parteitages.

Seite

Abram 283
Adler, Dr. 104, 123, 124, 125, 143, 171, 218, 265, 273, 282
Arbeitel 223
Austerlitz 192, 229, 246, 283

Bauer, Dr. 134, 183, 251
Beer Rudolf 172
Bernstein 139, 243
Boschek 221
Bretschneider 212
Buchinger 114

Czech, Dr. 133
Czermak 124, 126, 137, 186

Danneberg 138
Daszynski 152
David 208, 229

Eberl 112
Elderfch 121
Ellenbogen, Dr. 132, 191
Emmerling 239, 250

Freundlich Emmy 280

Grassinger 223
Grigorovici 149

Hackenberg 209
Hecker 182, 210
Hillebrand 126, 140, 196
Hueber 125, 224, 272

Jansky 126
Josefsberg 197

Kristan 117
Kütt 242

Laser 245, 259

Machitsch 151

Nemec 148
Nitschmann 189, 223

Ofenböck 190

Seite

Patzelt 148
Pernerstorfer 111, 120, 124, 125, 136, 140, 178, 284
Petersilka 168, 245
Pirkebner 213
Pölzer Johann 226
Pölzer Amalie 260
Popp 185, 244, 275
Pretsch 146
Prost 145

Rauscher 120
Renner, Dr. 142, 187, 253, 260
Resel 161, 199, 220, 265
Reumann 141, 274, 281

Seabar 119
Schäfer 103, 110, 190, 261
Schiegl . . 125, 126, 182, 224, 229, 243
Schiller 283
Schleifer 177, 244, 281
Schlesinger 180, 282
Schloßnikl 260, 261
Schönberg 114
Schrammel 217
Schuhmeier 126, 283
Seitz 154, 197
Seliger . . . 125, 149, 201, 226, 262
Sever 216
Skaret 110, 110, 124, 126, 127, 150, 151, 152, 152, 211, 242, 281, 282, 282
Soukup, Dr. 116
Straas 243
Straßer 111, 169

Tobola 139
Trübenecker 244
Tomschik . . . 152, 172, 208, 211, 253
Tuppy 219

Widholz 245
Winarsky 122, 167, 199, 214
Witte de 264
Witternigg 225

Zietz 113
Zörer 147

Sachregister.

Seite

Absolutorium der Parteivertretung: Antrag 133
Debatte 134
Abstimmung 151
des parlamentarischen Verbandes: Antrag 93
Debatte 138
Abstimmung 200

Abstimmung über Absolutorium 151, 200
„ Anträge zum Parteivertretungsbericht 151
„ „ „ parlamentarischen Bericht 200
„ „ „ Landtagsbericht 200
„ „ „ Punkt „Parteiorganisation" 126, 229, 265
„ „ „ „ „Parteipresse" 259
„ „ „ „ „Aeußere Politik und Rüstungen" 273
„ „ „ „ „Indirekte Steuern und Lebensmittelteuerung" 261
„ „ „ „ „Sozialversicherung" 281
„ „ „ „ „Eventuelles" 282
„ „ zur Tagesordnung 111
„ „ „ Wahl der Parteivertretung 151, 261

Agitation, Bericht 24

Anträge zum Bericht der Parteivertretung 83, 93
„ „ über die Parlamentstätigkeit 83, 93
„ „ „ „ Landtagstätigkeit 94
„ Punkt „Parteiorganisation" 84, 95
„ „ „Parteipresse" 91, 97
„ „ „Aeußere Politik und Rüstungen" 97
„ „ „Indirekte Steuern und Lebensmittelteuerung" 92, 98
„ „ „Sozialversicherung" 93, 100
„ „ „Eventuelles" 93, 102
zur Abänderung der Tagesordnung 83
vor den Verhandlungen gestellte 83
während der Verhandlungen gestellte 93

Ausschluß aus der Partei 93, 152, 251

Begrüßungen 103, 152, 288

Bericht des Frauenreichskomitees 58, 115
der Mandatsprüfungskommission 151
des Parteikassiers 35, 132
der Parteikontrolle 133
der Parteivertretung 13, 127, 134
„ „ nach Ländern: Böhmen 61
„ „ „ „ Bukowina 69
„ „ „ „ Kärnten 69
„ „ „ „ Mähren 71
„ „ „ „ Niederösterreich 77
„ „ „ „ Oberösterreich 76
„ „ „ „ Salzburg 37
„ „ „ „ Schlesien 78
„ „ „ „ Steiermark 79
„ „ „ „ Tirol 81
„ „ „ „ Vorarlberg 81

Bildungswesen, Bericht 31, 138
Anträge 83, 151

Bureau des Parteitages 2
Wahl 110

Seite

Dienstverhältnis, Antrag 93, 282
Einberufen des Parteitages 2
Eventuelles, Anträge 93, 102
Debatte 281
Abstimmung 282
Frauenorganisation, Antrag 95
Frauenreichskomitee, Bericht 58, 145
Frauenwahlrecht, Antrag 84, 200
Frauenzeitung, Antrag 91, 250
Gemeinden, Bericht über die sozialdemokratische Tätigkeit 167, 199
Gemeindewahlen, Bericht 22
Gemeindevertreterorgan, Antrag 91, 251
Genossenschaftsbewegung, Bericht 30
Gesangvereine, Antrag 102, 147, 151
Geschäftsordnung des Parteitages 82
Gewerkschaftsbewegung, Bericht 29
Hammerbrotwerke, Bericht 29
Impfzwang, Antrag 93, 282
Internationale Beziehungen, Bericht 32
Internationaler Kongreß, Antrag 102, 281
Jugendliche Arbeiter, Bericht 31
Landtage, Bericht über die sozialdemokratische Tätigkeit 161, 199
Anträge 94, 200
Landtagsprogramm, Antrag 95, 200
Landtagswahlen, Bericht 21
Landwirtschaftliche Arbeiter 95, 102, 264, 282
Lebensmittelteuerung, Bericht 19
Anträge 92, 98
Referat 253
Debatte 259
Abstimmung 261
Maifeier, Bericht 25
Mandatsprüfungskommission 2
Bericht 151
Mineralwasserquellen, Antrag 84, 200
Nationalitätenfrage, Antrag 83, 94
Debatte 111, 170, 174, 179, 184, 187, 190, 194, 200
Organisation der Partei, Bericht 22
Anträge 84, 95
Kommissionswahl 124, 127, 229
Referat 201
Debatte 208
Schlußreferate 226, 262
Abstimmung 265
Parlamentstätigkeit, Anträge 83, 94
Referat 154
Debatte 168
Schlußwort 197
Abstimmung 200
Parteikassier, Bericht 35, 132
Parteikontrolle, Bericht 133
Parteitag, Ort, Antrag 102, 102
Debatte 282
Abstimmung 283
Parteivertretung, Bericht 13, 127
Anträge zum Bericht 83, 93
Debatte über den Bericht 134
Abstimmung 151
Wahl 151, 152, 261
Presse, Bericht 26
Anträge 91, 97
Referate 229, 239
Kontrolle 242
Debatte 243
Abstimmung 251

Seite

Preßgesetz, Anträge 91, 94, 200, 250
Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei 3
Reichsparteisteuer, Bericht 36
Tabellarische Uebersicht 38
Reichsratskorrespondenz, Antrag 91, 250
Reichsratswahlen, Bericht 20
Reichswahlfondsmarke, Antrag 93, 282
Rüstungen und auswärtige Politik, Anträge 97, 98
Referat 265
Debatte 272
Abstimmung 273
Schlußreden 283
Sozialversicherung, Anträge 93, 100
Referate 274, 275
Debatte 280
Abstimmung 281
Sympathiekundgebungen für die schwedischen Arbeiter 121
„ das spanische Proletariat 122
„ „ russische Proletariat 123
Tagesordnung 2
Anträge 83
Debatte 110
Abstimmung 111
Tod von Parteigenossen 34, 120
Vereinsgesetz, Anträge 83, 93, 200, 200
Verfolgungen, politische, Bericht 25
„ Ausweisung 139, 141, 151
Volksbuchhandlung, Bericht 27, 242
Vorlagen an den Parteitag 13
Waffenübungen, Antrag 84, 200
Wahlen in den Reichsrat, Bericht 20
„ „ die Landtage, Bericht 21
„ „ „ Gemeinden, Bericht 22
Wahlrechtskampf für die Landtage, Bericht 13
Wahlrechtsreform, Anträge 84, 94, 200, 200
Wohnungsfrage, Antrag 94, 200
Zehnprozentige Beiträge der Bezirksorganisationen, Bericht 36
Tabellarischer Ausweis 53
Antrag 95, 265

Adressentafel der österreichischen Arbeitersekretariate.

Reichsparteisekretariat
Gewerkschaftskommission
Sozialdemokratisches Frauenreichskomitee } Wien, VI., Mariahilferstraße 89 A.
Zentralstelle für das Bildungswesen
Zentralverband österreichischer Konsumvereine, Wien, V 1, Wienstraße 59.

Ort	Name des Sekretärs	Adresse
Böhmen.		
Teplitz (Landessekretariat)	Josef Seliger	Theresiengasse 18
Aberthan	J. Weikert	Aberthan 103
Asch	Vinzenz Istock	Angergasse 773
Aussig	Heinrich Dietl	Pockauerstraße 27/29
Bodenbach	Adolf Reitzner	Volkshalle
Böhmisch-Leipa	Franz Bräuer	Töpferstraße 648
Braunau	Cölestin Merkl	Sirtiggasse 17
Gablonz an der Neiße	Josef Wagner	Grünwalderstraße 21
Graslitz	Michael Schmidkunz	Graslitz 1171
Karlsbad	Oswald Hillebrand	Arnemannstraße
Krumau	Anton Weber	Linzerstraße 42
Leitmeritz	Fritz Möser	Dominikanergasse 18
Oberleutensdorf	Johann Rücker	Badegasse 472
Reichenberg	Anton Schäfer	Windgasse 14
Tachau	Karl Fleischmann	Am Sand 607
Trautenau	Daniel Kaulfuß	Kreuzplatz 2
Bukowina.		
Czernowitz (Landessekret.)	Jakob Pistiner	Fleischergasse 8
Kärnten.		
Klagenfurt (Landessekret.)	Arnold Riese	Bismarckring 7
Villach	Leopold Pölzl	Kaiser Josefsplatz 4
Mähren.		
Brünn (Landessekretariat)	Dr. Heinrich Kohn	Franz Josefsstraße 24/26
Mährisch-Schönberg	Adolf Laser	Arbeiterheim
Sternberg	Hieron. Schloßnikel	Arbeiterheim
Zittau	Adolf Sponer	Arbeiterheim 466
Niederösterreich.		
Wien (Landessekretariat)	L. A. Bretschneider	VII., Kaiserstraße 96
Liesing	Soziald. Bez.-Aussch.	Wienerstr. 25 (6—9 Uhr abd.)
Wien II	„ „	Gr. Mohreng. 42 (6—½10 Uhr abends)
„ III	„ „	Hainburgerstr. 60 (6—9 Uhr abends)
„ V	„ „	Kohlgasse 27 (8—9 Uhr abd.)
„ VII	„ „	Kandlgasse 12 (tägl. bis 6 Uhr abends)
„ VIII	„ „	Lerchenq. 13 (7—9 Uhr abd.)
„ IX	„ „	Binderg. 2 (6—9 Uhr abd.)

Ort	Name des Sekretärs	Adresse
Wien X	Soziald. Bez.-Ausch.	Laxenburgerstr. 10, Arbeiterheim
„ XI	„ „	Drischützgasse 4 (6—9 Uhr abd.)
„ XII	„ „	Ignazgasse 12 (6—9 Uhr abd.)
„ XIII	„ „	Zehetnerg. 20 (6—9 Uhr abd.)
„ XIV	„ „	Tossgasse 4 (6—9 Uhr abends)
„ XV	„ „	Mariahilferstraße 202
„ XVI	„ „	Klausgasse 30, Arbeiterheim
„ XVII	„ „	Pezzlgasse 63 (6—8 Uhr abd.)
„ XVIII	„ „	Schulgasse 61 (Mont,. Dienst., Mittw. 8—9 Uhr abends)
„ XX	„ „	Othmarg. 46 (6—9 Uhr abd.)
„ XXI (Floridsdorf)	„ „	Angererstr. 18 (6—8 Uhr abd.)
„ XXI (Stadlau)	„ „	Schanzstr. 166 (6—9 Uhr abd.)
Wiener-Neustadt	Anton Ofenböck	Baumkirchnerring 6, Arbeiterheim
Oberösterreich.		
Linz (Landessekretariat)	Rupert Kollinger	Klammstraße 1
Schwertberg	Sebastian Hager	Schwertberg 91
Steyr	Josef Wokral	Sierningerstraße 34
Salzburg.		
Salzburg (Landessekretariat)	Robert Preußler	Badergasse 1
Hallein	Franz Kloitschnigg	Hallein 283
Schlesien.		
Jägerndorf (Landessekretar.)	Josef Tuppy	Jägerndorf, Arbeiterheim
Bielitz	Moriz Arbeitel	Bleichplatz 2
Troppau	Stephan Tietz	Jaktarstr., Gasth. z., roten Kreuz,
Steiermark.		
Graz (Landessekretariat)	Wilhelm Friedrich	Auenbruggerstraße 35
Knittelfeld	Anton Regner	Lobmingerstraße 31
Leoben	Josef Josefsberg	Kaiserfeldgasse 10
Marburg	Adolf Topf	Bergstraße 6
Mürzzuschlag	Rudolf Schlager	Alleegasse 291
Stainach bei Irdning	Hans Hammerstorfer	Stainach 35
Tirol.		
Innsbruck (Landessekretariat)	Johann Orszag	Maximilianstraße 7
Bozen	Johann Pittacco	Gummergasse 7
Wörgl	Johann Müllner	Bahnhofstraße
Vorarlberg.		
Dornbirn (Landessekretariat)	Eduard Ertl	Rauchgasse 30

Protokoll

der

Ersten Reichskonferenz

sozialdemokratischer Gemeindevertreter

Abgehalten am 25. September 1909 im Schützenhause zu Reichenberg

Bericht

über die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen.

Zum erstenmal wird diesmal dem Parteitag ein zusammenfassender Bericht über die Zahl und die Tätigkeit der Genossen, die in den Gemeindevertretungen gewählt sind, vorgelegt. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Teilnahme der Parteigenossen an der Gemeindeverwaltung erst in der jüngsten Zeit zu konstatieren wäre. Aus den eingelaufenen Berichten ist zu ersehen, daß in Deutschböhmen schon im Jahre 1884, also in einer Zeit, wo die Partei im allgemeinen eine der schwersten Krisen durchzumachen hatte, in zwei Gemeinden sozialdemokratische Vertreter gewählt wurden. Allerdings war das damals noch eine vereinzelte Erscheinung. Aber nach der Neukonstituierung der Partei in Hainfeld und der ersten Maifeier, die überall so befruchtend auf das Parteileben eingewirkt hat, zeigte sich auch eine regere Teilnahme der Genossen für die Gemeindeverwaltung. Die Partei beteiligte sich in vielen Orten an den Gemeindewahlen und wenn auch vorerst der Erfolg noch nicht besonders groß war, so wurden doch die Genossen durch die Wahlkämpfe zu weiteren Anstrengungen geschult und in Deutschböhmen finden wir vom Jahre 1892 an schon eine ganze Reihe von Orten, in deren Vertretung Sozialdemokraten sitzen. Einen neuen Anlauf zur Eroberung des der Arbeiterklasse gebührenden Anteils an der Gemeindeverwaltung können wir nach dem Inkrafttreten der Personaleinkommensteuergesetze, die viele Arbeiter auch in den größeren Städten wahlberechtigt machten, und nach der Gesetzwerdung der Badenischen Wahlreform beobachten. Die Arbeiterschaft, die zum erstenmal ein wenn auch verfälschtes Wahlrecht für den Reichsrat ausüben konnte, versuchte naturgemäß auch in dem kleinsten Verwaltungskörper, in der Gemeinde, die in so vieler Hinsicht das Interesse der Arbeiter noch viel unmittelbarer berührt als die Reichsverwaltung, ihren Einfluß zur Geltung zu bringen.

Im Jahre 1899 gelang es unseren steirischen Parteigenossen, in den Grazer Gemeinderat einzudringen und so wurde Graz zur ersten Landeshauptstadt in Oesterreich, in deren Vertretung Sozialdemokraten saßen. In Wien hatte die Partei sich schon im Jahre 1896 an den Gemeinderatswahlen zum erstenmal beteiligt und seit dieser Zeit war das Interesse an den Vorgängen im Gemeinderat immer stärker geworden. Immer lauter wurde von den christlichsozialen Demagogen, die vor der Eroberung der Gemeindeherrschaft sich als die reinsten Demokraten gebärdet hatten, die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes für den Gemeinderat gefordert. Die Christlichsozialen waren aber nicht gesonnen, ihre neu errungene Macht mit dem Volke zu teilen und so wurde anfangs 1900 eine „Wahlreform" zurechtgemacht, die den Arbeitern das durch die Personaleinkommensteuerzahlung erworbene Wahlrecht im dritten Wahlkörper eskamotierte — der berüchtigte Wiener Wahlrechtsraub — und einen vierten Wahlkörper neu schuf, der gegenüber den drei ersten Wahlkörpern, denen je 16 Mandate zugewiesen wurden, mit bloß 20 Mandaten

ausgestattet worden ist. Dazu erhielten, so wie in der fünften Kurie für den Reichsrat, alle Wähler der drei ersten Wahlkörper auch noch neben den neuen Wählern des vierten Wahlkörpers, der überdies durch das Erfordernis der dreijährigen Seßhaftigkeit gegen viele Arbeiter abgesperrt wurde, ein besonderes Wahlrecht, also eine zweite Stimme. So wurde das Urbild des vierten Wahlkörpers geschaffen, das dann noch in verschiedenen Städten nachgeahmt, aber an Niedertracht nirgends übertroffen worden ist.

Trotz dieser ungünstigen Bedingungen traten die Wiener Genossen in den Wahlkampf ein und brachten im Mai 1900 die ersten zwei Sozialdemokraten in den Wiener Gemeinderat.

Die nächste Landeshauptstadt, in deren Vertretung Sozialdemokraten eindrängen, war Linz im Jahre 1905. Dann folgte im Jahre 1906 Brünn. Auch in den kleinen Gemeinden faßten wir nach dem Jahre 1905 immer mehr festen Fuß und die endliche Eroberung des gleichen Wahlrechtes für das Parlament sowie der große Wahlsieg von 1907 wirkten auch wieder für die Vermehrung unseres Einflusses in den Gemeindestuben.

Gegenwärtig gibt es überhaupt nur zwei Länder in dem Teile Oesterreichs, der zum Gebiete der deutschen Organisation gehört, in denen wir keine sozialdemokratischen Gemeindevertreter besitzen. Es sind dies Vorarlberg und die Bukowina, der äußerste Westen und der äußerste Osten von Oesterreich. In beiden Ländern erklären die politischen und industriellen Verhältnisse diese Tatsache zur Genüge.

Nach den Berichten, die für den Parteitag eingelaufen sind, verteilen sich die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in folgender Weise auf die einzelnen Kronländer:

Land	Anzahl der Gemeinden mit sozialdemokratischen Vertretern	Davon aus dem Wahlkörper				Zusammen	Sozialdemokratische Gemeindevorsteher
		I	II	III	IV		
Böhmen	221	27	85	724	—	836	13
Bukowina . . .	—	—	—	—	—	—	—
Kärnten	1	—	—	1	—	1	—
Mähren	30	1	1	70	4	76	2
Niederösterreich .	63	1	—	34	113	148	—
Oberösterreich . .	12	—	1	28	13	42	—
Salzburg	2	—	4	12	—	16	1
Schlesien	21	—	2	44	—	46	1
Steiermark . . .	24	1	4	98	—	103	—
Tirol	5	—	1	6	—	7	—
Vorarlberg . . .	—	—	—	—	—	—	—
Summe	379	30	98	1017	130	1275	17

Böhmen ist also das Land, in welchem wir die weitaus größte Zahl von Gemeindevertretern besitzen. Es sind aber vorwiegend die kleineren und zum Teil kleinsten Orte — die Fabriksdörfer — in denen wir unsere Vertreter haben. Dort beherrschen wir vielfach die ganze Gemeindevertretung, denn wir haben nicht nur den dritten, sondern auch den zweiten und manchmal sogar den ersten Wahlkörper in unserer Hand. Aus diesen Orten kommen auch die dreizehn Gemeindevorsteher, die unsere Partei in Böhmen für sich zählt. Die Wähler unserer Partei sind dort zumeist Arbeiter, die ein kleines Häuschen oder einen Fetzen Grund in ihrem Eigentum haben und so zur Wahlberechtigung gelangen. Es gibt aber zweifellos noch sehr viele Kleingewerbetreibende und Kleingrundbesitzer in den Dörfern und Kleinstädten, die für uns stimmen und der Mandatsbeitz

der Partei in den Gemeinden gibt ihr eine nicht zu unterschätzende Machtstellung. Interessant ist, daß wir im Gegensatz zu den kleinen und Mittelgemeinden in Deutschböhmen keine einzige größere Stadt anführen können, in deren Gemeinden wir Vertreter hätten. Weder Reichenberg, noch Aussig, noch Teplitz ist uns bisher zugänglich geworden. Das erklärt sich daraus, daß dort die Arbeiter zum großen Teile außerhalb der Gemeindegrenzen wohnen und daß natürlich in diesen Städten viel weniger Arbeiter mit eigenem Grundbesitz existieren, als in den kleinen Gemeinden.

Erweiterungen des Wahlrechtes, freilich nur in der verfälschten Form des vierten Wahlkörpers, sind außer Wien und dem Lande Niederösterreich noch in Linz, Brünn und Steyr vorgenommen worden. In Wiener-Neustadt wurde erst in den letzten Wochen ein darauf abzielender Beschluß gefaßt. Alle anderen Städte und Länder haben es bisher überhaupt nicht für nötig gehalten, sich mit dem Wahlrechte der Arbeiter zu befassen und es wird eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterschaft sein, sich in der nächsten Zukunft den Zutritt zu den kommunalen Parlamenten zu erzwingen.

Sind in den Zahlen, die wir oben angeführt haben, schon gewiß nicht alle Orte inbegriffen, in denen wir sozialdemokratische Gemeindevertreter finden können, so ist es noch weniger möglich gewesen, von allen sozialdemokratischen Gemeindefraktionen Berichte über ihre Tätigkeit zu erhalten. 379 Gemeinden mit zusammen 1275 sozialdemokratischen Gemeindevertretern zählt unsere Zusammenstellung auf, aber direkte Berichte erhielten wir nur von 156 Gemeinden mit 706 sozialdemokratischen Gemeindevertretern. Es haben also weit weniger als die Hälfte der Gemeindefraktionen, deren Existenz uns bekannt ist, berichtet und die eingelaufenen Berichte umfassen nicht viel mehr als die Hälfte der von uns ausgewiesenen Gemeindevertreter. Bei der nächsten Berichterstattung wird es notwendig sein, daß die beteiligten Genossen der Sache etwas mehr Aufmerksamkeit schenken.

Immerhin kann aber angenommen werden, daß der agilste Teil unserer Gemeindevertreter an der Berichterstattung beteiligt ist. Die größeren Orte sind beinahe vollständig dabei und so ist es wohl möglich, auch aus den mangelhaften Berichten die allgemeinen Richtlinien der von unseren Genossen befolgten Gemeindepolitik zu erkennen.

Wir können sagen, daß unsere Genossen in den Gemeindevertretungen im großen und ganzen überall nicht nur bemüht waren, das Interesse der Arbeiterklasse in der Gemeinde zu wahren, sondern, daß sie ebenso eifrig als Verwalter auch für die Interessen der von ihnen mit verwalteten Gemeinden tätig waren. In den Berichten aller unserer Fraktionen kehren neben den Anträgen, die Lage der Gemeindeangestellten und Arbeiter zu verbessern, ihre Arbeitszeit zu verkürzen, regelmäßig auch die Verlangen nach Trinkwasserzufuhr, Beleuchtung, Regelung der Wohnungsfrage, Kanalisierung und nach Straßenbauten wieder. Unsere Genossen sind es also, die überall die Pioniere der zeitgemäßen Umgestaltung der Gemeinwesen waren. Ja vielfach ist erst mit dem Eindringen der Sozialdemokraten in den Gemeindeausschuß eine geregelte Buchführung und Rechnungslegung und eine entsprechende Organisation der Arbeiten für die Gemeindeverwaltung ermöglicht worden. Besonders viel Raum in unserer Gemeindetätigkeit nahmen die Arbeiten für die Verbesserung des Schulwesens ein. Es gibt wohl keine Gemeinde in Oesterreich, die auch nur einen sozialdemokratischen Gemeindeausschuß besitzt, in welcher nicht von sozialdemokratischer Seite ein Antrag auf Verbesserung des Unterrichts gestellt worden wäre. Unsere Genossen haben sehr wohl erkannt, welchen Wert gute Schulen für die Kinder der Arbeiterklasse besitzen und so haben sie nach allen Kräften die Sache der Schule gefördert. Sie haben auch nach Möglichkeit getrachtet, Schulaufsichtsposten aus ihren Reihen zu besetzen und so finden wir in den 156 Gemeinden, aus denen wir Berichte haben, 39 Orts-

schulräte, 3 Ortsschulinspektoren und 1 Bezirksschulratsmitglied. In vielen Gemeinden haben unsere Genossen den Beitritt zur „Freien Schule" angeregt und häufig wurden ihre Anträge auch angenommen. Sie kämpften überall gegen die klerikalen Uebergriffe und die ungerechtfertigte Verwendung von Steuergeldern zu Kultuszwecken. Sie wendeten sich aber ebenso gegen die häufigen Versuche, die Gemeindeeinnahmen für nationale oder anderweitige Parteizwecke zu verschleudern.

Die Genossen in den Gemeindevertretungen widmeten sich nicht allein mit Eifer ihren besonderen Aufgaben in den Gemeinden, sondern viele von ihnen erinnerten sich auch in der Gemeinde ihres Zusammenhanges mit der allgemeinen Parteiarbeit und stellten Anträge, die geeignet waren, die Arbeit der Gesamtpartei zu erleichtern. So wurden zur Zeit des Petitionssturmes für die Alters- und Invaliditätsversicherung in vielen Gemeinden Anträge für die Einbringung der von der Partei vorbereiteten Petitionen gestellt und zumeist auch angenommen. Im Wahlrechtskampf für Reich und Land beantragten häufig die Genossen Zustimmungserklärungen für das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Sie stellten zur Zeit der Lebensmittelteuerung Anträge auf Aufhebung der Lebensmittelzölle und Oeffnung der Grenzen und beantragten auch gegenüber den letzten Steuerplänen Bilinskis Resolutionen und Petitionen, in denen die Gemeinden sich gegen die neuen Lasten und besonders die Biersteuererhöhung aussprachen. Es wäre sehr zu wünschen, daß ähnliche, die allgemeine Aktion der Partei fördernde Anträge künftig noch öfter und in allen von uns mit verwalteten Gemeinden gestellt würden.

Wenn unsere Gemeindevertreter nicht überall auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden sind, wenn sie manchmal nicht den richtigen Standpunkt der Kritik gegenüber den Machenschaften der bürgerlichen Mehrheiten einnahmen, wenn sie in manchen Fällen sogar für die Erhöhung der diversen Umlagen gestimmt haben, so darf nicht übersehen werden, welche Schwierigkeiten der Arbeit unserer Genossen besonders in den kleinen Gemeinden entgegenstehen. Dort finden sich oft nicht einmal die geeigneten Kandidaten. Die Vertrauensmänner haben kein Wahlrecht. Da werden häufig genug Leute als Parteikandidaten aufgestellt, die mit uns bloß „sympathisieren" und die natürlich in der Gemeindevertretung dann auch nicht wirkliche Sozialdemokraten sind. Aber auch sonst sind der Hemmungen sehr viele. Viele brave Genossen machen in der Gemeindestube Feierabendarbeit. Sie haben keine Gelegenheit, sich theoretisch über ihre Aufgaben zu orientieren, denn sie haben keine Zeit, um zu lernen. Auch die Genossen, die über mehr Zeit verfügen, haben es nicht leicht. Es gibt noch immer kein allgemeines sozialdemokratisches Kommunalprogramm. Seitdem der Versuch, der auf dem Grazer Parteitag gemacht worden war, diesen Uebelstand zu beseitigen, mißglückt ist, wurde er nicht mehr wiederholt. Die Adaptierungen des Wiener Programms, mit denen in der Provinz operiert wird, sind nur ein kümmerlicher Notbehelf. Es gibt auch keine entsprechende Broschürenliteratur für Oesterreich, wie sie unsere reichsdeutschen Genossen so zahlreich besitzen. So sind die Hunderte von sozialdemokratischen Gemeindevertretern beinahe immer isoliert, ohne Zusammenhang mit ihren in gleicher Funktion arbeitenden Genossen und da wäre es ein Wunder zu nennen, wenn nicht Divergenzen vorkommen.

Dazu kommt der wirtschaftliche Druck, der das ohnehin kärglich vorhandene politische Recht wieder illusorisch macht. In mehreren Berichten wurde mitgeteilt, daß im Gemeindeausschuß der betreffenden Orte Chefs oder Beamte der größten Fabrik sitzen und den maßgebenden Einfluß ausüben. Chefs und Beamte derselben Fabrik, in der die sozialdemokratischen Gemeindevertreter des Ortes als Arbeiter beschäftigt sind. Kann man da von einer freien Ausübung des Mandats reden?

Alles in allem ergibt sich aus den Tätigkeitsberichten unserer Ge-

nossen wieder die altbekannte Wahrheit, daß in den Gemeindevertretungen überall heute noch ein vollkommen plutokratisch zugeschnittenes Wahlrecht existiert. Die kleine Minderheit der Leute, die im ersten und zweiten Wahlkörper wahlberechtigt sind, beherrscht die Orte und die Masse der Bevölkerung, deren Angehörige entweder gar nicht oder nur im dritten, und wo die famosen Wahlreformen nach Luegers Muster gemacht wurden, im vierten Wahlkörper wahlberechtigt sind, können ihren Willen in der Gemeindeverwaltung nicht durchsetzen. Darunter leiden nicht nur die Arbeiter, nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung, sondern angesichts der totalen Verständnislosigkeit der besitzenden Klüngel, gleichgültig, ob sie sich sonst national oder klerikal drapieren, stagnieren die Gemeinden in ihrer Entwicklung und werden die wichtigsten und dringendsten Aufgaben der kommunalen Gemeinwesen nicht gelöst. Darum ist die wichtigste Forderung der kommunalen Sozialpolitik die Beseitigung des Wahlkörpersystems und die Erteilung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes an alle Gemeindebewohner.

Wir lassen nun, soweit Daten geliefert wurden, Berichte über die einzelnen Länder folgen. Natürlich können wir uns dabei nicht in Details aus den einzelnen Gemeinden einlassen. Denn erstens würden dabei bei den gleichartigen Aufgaben viele Wiederholungen vorkommen und zweitens würde dies den Raum, der zur Verfügung steht, weit überschreiten. Die regelmäßige Berichterstattung über die Arbeit in jeder einzelnen Gemeinde könnte nur im Rahmen eines kommunalen Jahrbuches oder einer Zeitschrift besorgt werden.

Böhmen.

Aus Böhmen liegen Berichte aus folgenden 89 Gemeinden vor: Albrechtsdorf, Algersdorf, Altrohlau, Alt-Schiedel, Altsattl, Arnsdorf bei Haida, Blankersdorf, Biela, Braunsdorf, Brenntenberg, Bullendorf, Christofsgrund, Tittersbächel, Dobern, Dönis, Doglasgrün, Dreihunken, Eibenberg, Enlau, Falkenau-Kittlitz, Franzenthal bei Bensen, Görsdorf, Graupen, Großhirndorf, Güntersdorf bei Bensen, Haan, Höflitz, Hohenstein, Hostomitz an der Biela, Hradzen, Hunschgrün, Ketten, Kleingrün, Kleinschochau, Krischwitz, Krzemusch, Langendorf, Lusdorf, Machendorf, Nendörfel, Neundorf, Neu-Oblisch, Neurohlau, Neustadt an der Tafelfichte, Neuwelt-Harrachsdorf, Oberberzdorf, Oberdorf, Oberhanichen, Oberkratzau, Pankraz, Parchen-Schelten, Pihl, Pirkenhammer, Planschnitz, Pömmerle, Politz bei Tetschen, Postitz, Proschwitz an der Neiße, Pulet schnei, Pyhanken, Rad, Ratsch, Ratschendorf, Reichenau, Reindlitz, Ringelhain, Rosendorf, Roßbach, Rumburg, Schaiba, Schönbach, Schönwald bei Friedland, Schönwald bei Karbitz, Schwabitz, Schwaden, Sirmitz, Sittmesgrün, Spittelgrund, Steinichönau, Steinsdorf, Stimmersdorf, Suchenthal, Tyssa, Ullersdorf, Voigtsbach, Weißkirchen bei Kratzau, Wellnitz, Wernstadt und Zeche.

In ihnen sitzen 2 Genossen im ersten, 26 im zweiten und 332 im dritten Wahlkörper, also zusammen 360 Genossen. Außerdem zählen wir noch 79 Ersatzausschüsse. Diese Zahl ist aber, wie wir ein für allemal bemerken, nicht komplett, denn die Genossen haben, wie es scheint, nirgends viel Gewicht auf die Feststellung der Ersatzausschüsse gelegt. In fünf der Gemeinden, aus denen die Berichte vorliegen, amtieren auch sozialdemokratische Gemeindevorsteher. Es sind dies Brenntenberg mit 571, Görsdorf mit 2312, Höflitz mit 542, Nendörfel mit 228 und Oberhanichen mit 1130 Einwohnern. Wie man sieht, also lauter

kleinere Gemeinden. Wir haben aber nicht nur dort großen Einfluß, wo der Gemeindevorsteher sozialdemokratisch ist, sondern wir zählen auch verhältnismäßig viele Orte, in denen im engeren Ausschuß, dem Gemeinde- oder Stadtrat, unsere Genossen sitzen. In den 89 berichtenden Gemeinden haben wir 42 Stadt- und Gemeinderäte, 30 Ortsschulratsmitglieder, 3 Ortsschulinspektoren und 1 Bezirksschulratsmitglied zeugen von dem Interesse, das unsere Genossen an den Schulfragen nehmen. Auch in den verschiedenen Sektionen, in die sich die Gemeindeausschüsse teilen, sind unsere Genossen zumeist vertreten. Allerdings gibt es eine Anzahl von Orten, in denen die Gegner direkt verhindern, daß Sozialdemokraten zur engeren Mitarbeit herangezogen werden. Doch bilden sie nicht die Mehrheit. Im Gegenteil können wir gerade in Deutschböhmen noch öfter als sonst den Geist des Kompromisses in den Gemeinden walten sehen. Unsere Genossen bewilligen in der Regel das Gemeindebudget und sind mitunter auch für Umlagenerhöhungen gewesen. Daraus haben sich in einzelnen Orten auch Reibungen mit den Lokalorganisationen ergeben, die mit der von den Gemeindevertretern eingehaltenen Taktik nicht einverstanden waren.

Besonders hervorzuheben ist für Deutschböhmen der Kampf für die Abschaffung des Schulgeldes, der auch zu manchen Erfolgen geführt hat, und der Kampf gegen die Ausnützung der Gemeindegelder für die Subventionierung von deutschnationalen Parteivereinen, die von den bürgerlichen Mehrheiten ungeniert praktiziert wird. Unverkennbar ist, daß in den letzten Jahren der Klassengegensatz auch in den kleinen Gemeinden immer schärfer hervortritt und so unsere Genossen immer mehr zur reinen Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse gedrängt werden.

Mähren.

Aus Mähren haben bloß die folgenden zehn Gemeindefraktionen berichtet: Altendorf bei Römerstadt, Bergstadt, Brünn, Deutschhause, Deutsch-Lieban, Hangenstein, Hombok, Johnsdorf, Paulowitz und Reschen bei Römerstadt. Die ersten sozialdemokratischen Vertreter wurden nach diesen Berichten im Jahre 1894 in Hangenstein gewählt. In den zehn Gemeinden verfügen wir über 28 Vertreter aus dem dritten und 4 Vertreter aus dem vierten Wahlkörper. Außerdem werden noch 5 Ersatzausschüsse angeführt. Sozialdemokratische Gemeindevorsteher gibt es in den angeführten Orten nicht, aber immerhin zählen wir 3 Gemeinderäte, also Mitglieder der engeren Verwaltung. Aus den zwei Gemeinden, in denen sozialdemokratische Vorsteher amtieren, liegt kein Bericht vor.

Der interessanteste und wichtigste Bericht ist derjenige der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von Brünn. Unsere Genossen wurden dort zum erstenmal in dem neugeschaffenen vierten Wahlkörper im Dezember 1906 gewählt. Von neun Mandaten erhielt unsere Partei fünf, die bis heute in unserem Besitz sind. Ein Mandat ist derzeit durch den Tod des verdienten Genossen Glaser unbesetzt. In der ersten Wahlperiode von 1906 bis 1909 arbeiteten die Genossen in allen Sektionen und beteiligten sich auch an der Verwaltung der Gemeindeunternehmungen. Die deutschbürgerliche Mehrheit hatte auch die Gleichwertigkeit der sozialdemokratischen Fraktion dadurch anerkannt, daß sie ihr ein Stadtratsmandat einräumte. Die Parteigenossen nützten ihre Funktionen in ausgezeichneter Weise für die Interessen des Proletariats aus. Sie setzten erhebliche Verbesserungen der Lage der städtischen Arbeiter und Bediensteten durch, wirkten für die Lösung der Wohnungsfrage und erzielten eine bessere Säuglingsfürsorge.

Besonders hervorzuheben ist, daß dank der Initiative unserer Genossen Brünn die erste Stadt in Oesterreich war, welche die Einhebung einer Wertzuwachssteuer und einer Bauplatzsteuer beschloß.

Der Beschluß wurde zwar durch den Widerstand der Regierung nicht durchgeführt, hat aber doch die allgemeine Aufmerksamkeit auf dieses wichtige Problem der städtischen Verwaltung gelenkt. Durch diese zielbewußte Arbeit wurden unsere Genossen der herrschenden Clique sehr unangenehm und so wurde aus Rache bei der im vergangenen Jahre erfolgten Nachwahl das bisher sozialdemokratische Stadtratsmandat einem Bürgerlichen zugeschanzt. Zum Protest gegen diesen Gewaltakt legten unsere Genossen daraufhin alle ihre Funktionen in den Ausschüssen und Sektionen nieder und beschränkten sich auf die Kritik der Machthaber im Plenum des Gemeinderats.

Auch in den mährischen Gemeinden wurde, wie in Böhmen, besonders gegen das Schulgeld angekämpft und es wurde darin mancher Erfolg erzielt.

Niederösterreich.

Berichte sind aus folgenden 22 Gemeinden eingelaufen:

Atzgersdorf, Augenthal, Ebenfurth, Gloggnitz, Göblasbruck, Gumpoldskirchen, Hainburg, Hohenberg, Leobersdorf, Liesing, Lilienfeld, Perchtoldsdorf, Pottendorf, Pottschach, St. Aegyd am Neuwald, St. Veit an der Gölsen, Traiskirchen, Traismauer, Wien, Wiener-Neudorf, Wiener-Neustadt und Wilhelmsburg.

In ihnen besitzen wir 1 Vertreter aus dem ersten, 15 Vertreter aus dem dritten und 53 Vertreter aus dem vierten Wahlkörper, also zusammen 69 Genossen. In der engeren Gemeindeverwaltung zählen wir in diesen 22 Orten 10 Gemeinderäte. Ja, es gibt in den angeführten Gemeinden trotz des entschiedenen Klerikalismus, der in Niederösterreich unter dem Pseudonym der Christlichsozialen herrscht, sogar vier sozialdemokratische Ortsschulräte. Außerdem weisen die Berichte fünf Ersatzausschüsse aus.

Von allen niederösterreichischen Gemeindeberichten nimmt naturgemäß derjenige von Wien das meiste Interesse in Anspruch. Als Lueger nach langem Kampfe im Begriffe war, das Ziel seiner Sehnsucht, die Herrschaft über Wien zu erreichen, der Gemeinderat aufgelöst und der Bezirkshauptmann Friebeis zum provisorischen Verweser Wiens geworden war, als Christlichsoziale wie Liberale zum letzten Entscheidungskampfe rüsteten, da beschlossen die Wiener Genossen zum erstenmal, in die Gemeinderatswahlen einzugreifen. Sie wollten gegenüber dem Spießerinteresse, das von den Christlichsozialen verfochten wurde, und dem kapitalistischen Interesse, das die Liberalen vertraten, die Fahne des Arbeiterinteresses aufpflanzen. Um das zu können, mußten sie sich erst den Kampfboden bereiten. Und so schufen sie sich das Wiener Kommunalprogramm, das am 2. Februar 1896 in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht wurde und in ausgezeichneter Weise die erste Zusammenfassung der sozialdemokratischen Forderungen an die Gemeinde in Oesterreich darstellte. Die Proklamation des Wiener Programms bedeutet einen Markstein in der Geschichte des Ringens der österreichischen Arbeiterklasse um die Gemeinde. Dieses Programm gab dem Streben unserer Genossen erst einen präzisen Inhalt und es ist mustergültig geworden für die Gemeindewahlproklamationen unserer Genossen in ganz Oesterreich. Ein positiver Erfolg wurde bei der Wahl, die am 27. Februar 1896 stattfand, freilich noch nicht errungen. 1087 Stimmen im dritten, 318 Stimmen im zweiten und 3 Stimmen im ersten Wahlkörper war das ganze Resultat. Aber nicht in den Stimmen, in der propagandistischen Wirkung, lag die Bedeutung dieser Wahlbeteiligung. Von dieser Zeit an vergaßen die Wiener Arbeiter, die im Kampfe für das Reichsratswahlrecht ebenso engagiert waren wie alle anderen Genossen, niemals daran, bei jeder Gelegenheit das „Kind des Volkes", Dr. Lueger, an seine alten Versprechungen für die Erweiterung des Wahlrechtes zu mahnen. Endlich mußte diesem Drängen nachgegeben werden, aber nicht die Erfüllung der

Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrechte, sondern der freche Schwindel des vierten Wahlkörpers war die Gabe der Christlichsozialen an die Arbeiterschaft. Sie befestigten durch alle möglichen Kniffe ihre Stellung in den drei ersten Wahlkörpern, in welchen zusammen 138 Gemeinderäte zu wählen waren, und gaben dem vierten Wahlkörper 20 Mandate. Dazu die dreijährige Seßhaftigkeit und das Stimmrecht aller Wähler der drei ersten Wahlkörper auch im vierten. Und zu alledem noch der weithin berüchtigte und von Wahl zu Wahl unverschämter geübte Schwindel. So hatten die Herren ihre Position gesichert. Doch die Arbeiter ließen sich nicht abschrecken. Sie zogen in den Wahlkampf und eroberten am 31. Mai 1900 die ersten zwei Mandate im Wiener Gemeinderat. Bei der Wahl wurden in ganz Wien 77.608 christlichsoziale und 56.306 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Christlichsozialen hatten also keine sehr imponierende Mehrheit. Trotzdem erhielten sie dank des famosen Wahlrechtes im vierten Wahlkörper 18, die Sozialdemokraten bloß 2 Mandate. Aber die zwei Männer — Reumann und Schuhmeier — wurden zu einer Geißel für sie. Sie nahmen tapfer den Kampf gegen die ungeheure Mehrheit auf und das Proletariat Wiens lernte ihre Arbeit schätzen. Nach der Einverleibung Floridsdorfs wurde am 11. Mai 1905 von diesem Arbeiterbezirk der dritte Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt und bei den allgemeinen Neuwahlen des nächsten Jahres, am 9. Mai 1906, eroberten die Parteigenossen noch weitere vier Sitze, so daß jetzt sieben Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat sitzen. Die Stimmenzahl der Sozialdemokraten betrug bei dieser Wahl 97.094, die der Christlichsozialen 110.750, so daß die Majorität, die sie in Wien hatten, immer problematischer wurde.

Auch die sieben Mann bedeuten natürlich der Zahl nach in einer Versammlung von 165 Mitgliedern nicht viel. Aber trotzdem konnte von jetzt an der Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse systematischer durchgeführt werden. Kein wichtiger Gegenstand wurde erledigt, ohne daß die Sozialdemokraten ihr Votum darüber abgaben. Besonders aber die Budgetdebatten, die unter der Zeit der Luegerei zu einer öden Farce geworden waren, wurden durch unsere Genossen wieder auf ein höheres Niveau gebracht. Sie gaben ihnen Gelegenheit zu einer umfassenden Behandlung aller Probleme der Kommunalpolitik. Sie zeigten besonders den lügnerischen Pseudokommunalsozialismus der Luegerei, der in Wirklichkeit der ödeste Fiskalismus, verbunden mit einer unerhörten Belastung der Bevölkerung ist, in seiner ganzen Hohlheit auf. Sie stellten aber auch in jeder Budgetdebatte eine große Anzahl von Anträgen — ihre Anführung würde zu weit führen — deren Annahme die Verwirklichung der wichtigsten Teile des Kommunalprogramms bedeuten würde. Die Christlichsozialen konnten sich trotz aller Feindseligkeit nicht ganz der Wirkung dieser Propaganda entziehen und mancher Antrag der Genossen wurde in veränderter Form später von ihnen aufgenommen — und verpfuscht. Wir erinnern nur an das Beispiel der kommunalen Leichenbestattung. Aengstlich hüteten sich die christlichsozialen Machthaber, unsere Genossen in das Innere ihrer Verwaltung Einblick nehmen zu lassen. Von den vielen Dutzenden von Ausschüssen hat nur der Kohlen- und der Approvisionierungsausschuß ein sozialdemokratisches Mitglied. Der Zugang zum Stadtrat, der eigentlichen Verwaltungskörperschaft, wurde ihnen hermetisch verschlossen.

Da unsere Genossen unbeirrt davon desto eifriger im Plenum ihre Kritik an der Verwaltung der Stadt übten und oft genug imstande waren, deren Arbeiterfeindlichkeit und Unfähigkeit nachzuweisen, stieg der Haß der Christlichsozialen gegen die unbequemen Kritiker noch mehr und bei der letzten Budgetdebatte machte sich ihre ohnmächtige Wut in wüsten Beschimpfungen Luft. Wegen des Widerspruchs dagegen wurden drei Genossen in einer Sitzung ausgeschlossen. Die Fraktion ließ sich aber dadurch nicht einschüchtern und begann mit der technischen Obstruktion gegen das

Budget. Sie hatte den Erfolg, daß Lueger, trotz der unbeschränkten Herrschaft über die Mehrheit, das Jahr mit einem zweifelhaften Provisorium abschließen mußte und erst im Februar, als unsere Genossen aus Rücksicht auf eine für die ganze Bevölkerung hochwichtige Sache — die Kasernentransaktion — die Obstruktion einstellten, erhielt Lueger sein Budget. Das Ansehen der Genossen ist dadurch nur gestiegen. Man weiß, daß man mit ihnen nicht spielen kann.

Auch in den anderen Gemeinden Niederösterreichs haben unsere Genossen ihre Pflicht vollauf erfüllt. Sie sind insoferne glücklicher als die Wiener, weil sie zumeist in den verschiedenen Sektionen positive Mitarbeit leisten können. Eine besonders wichtige Stellung haben unsere Genossen in Hainburg inne, wo sie längere Zeit nicht nur den vierten, sondern auch den dritten Wahlkörper ganz beherrschten und viele für die Bevölkerung segensreiche Verbesserungen der Verwaltung durchsetzten. Niederösterreich ist das einzige Land, das auch in den mittleren und kleinen Gemeinden den vierten Wahlkörper kennt. So schlecht diese Wahlbedingungen sind, so gut haben sich doch unsere Genossen damit abzufinden verstanden und sie haben mit ihren vereinzelten Mandaten häufig einen über ihre Zahl weit hinausreichenden Einfluß. In der zweiten Stadt des Landes, Wiener-Neustadt, sitzen seit diesem Jahre nach längerer Pause (1899 bis 1905) zum erstenmal wieder zwei Sozialdemokraten in der Gemeindestube und sie haben, wie schon oben erwähnt wurde, auch bereits einen nicht unbedeutenden Erfolg bei der neuen Gemeindewahlreform errungen.

Oberösterreich.

Nur aus fünf von den zwölf Gemeinden, die nach den Parteitagsberichten sozialdemokratische Vertreter haben, liegen Berichte vor, und zwar aus Goisern, Hallstatt, Kleinmünchen, Linz und Steyr.

In diesen Gemeinden besitzen wir 14 Vertreter des dritten und 13 Vertreter des vierten Wahlkörpers. Weiter zählen wir in ihnen zwei sozialdemokratische Mitglieder des engeren Ausschusses, zwei Ortsschulräte und drei Ersatzmänner.

In Linz und Steyr besteht auch ein vierter Wahlkörper nach Wiener Muster, aber doch nicht ganz so schlecht. Besonders interessant ist seit der letzten Reform das Wahlrecht in Linz. Alle vier Wahlkörper wählen je zwölf Gemeinderäte und im dritten Wahlkörper ist der Proporz durchgeführt. Das ist ein in ganz Oesterreich einzigartiger Fall. Der Proporz kam im Jahre 1907 zum erstenmal zur Anwendung und bewährte sich ganz gut. Vor allem hat er eine reinliche Scheidung der Parteien ermöglicht. Man kämpft nicht mehr um Personen, sondern um Programme. Das Niveau des Wahlkampfes ist dadurch zweifellos gehoben.

Zum erstenmal wurden in Linz sozialdemokratische Vertreter im Jahre 1905 gewählt. Gegenwärtig zählt die Fraktion neun Mann aus dem vierten und durch den Proporz einen Mann aus dem dritten Wahlkörper.

Unsere Genossen verrichteten ihre Arbeit auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung. Sie sind in allen Sektionen und Komitees vertreten. Besonders rege Fürsorge widmeten sie den Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiter, der Arbeitsvermittlung, dem Wohnungswesen und der Ausgestaltung der städtischen Schulen, und es gelang ihnen auch auf diesen Gebieten beträchtliche Erfolge zu erzielen.

Auch in den anderen Gemeinden erfüllten die Genossen ihre Pflicht.

Am längsten ist die Partei in Hallstatt vertreten. Dort haben wir schon seit 1900 sozialdemokratische Gemeindeausschüsse.

In Steyr drangen unsere Genossen im Jahre 1906 in den Gemeinderat ein. Sie besitzen alle Mandate des vierten Wahlkörpers und haben sich besondere Verdienste bei der Förderung des Schulwesens und mit

ihren Bestrebungen zur Lösung der Wohnungsfrage erworben. Auf ihr Betreiben wird jetzt eine Wohnungsstatistik ausgearbeitet.

Salzburg.

Es liegt nur ein Bericht, und zwar derjenige der Genossen in der Gemeinde Gnigl bei Salzburg vor. Dort sind unsere Genossen seit dem Dezember 1906 im Gemeindeausschuß. Sie besitzen den dritten Wahlkörper mit sechs Mandaten. Ihre Wahl war in dem schwarzen Salzburg ein solches Ereignis, daß man es zuerst nicht glauben wollte und es mit einem Protest versuchte, der aber erfolglos war. Die Genossen haben auch das Amt eines Schulhausverwalters inne und sind in verschiedenen Sektionen vertreten. In den Gemeinderat ließ man sie aber nicht hinein.

Aus dem zweiten Orte Salzburgs, der sogar einen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher hat, dem 495 Einwohner zählenden Bergarbeiterdorfe Dienten ist kein Bericht gekommen.

Schlesien.

Von den 21 Gemeinden, in denen nach den für den Parteitag bestimmten Berichten sozialdemokratische Gemeindevertreter sitzen, liegen nur aus zwei Berichte vor. Das deutet auf eine so arge Teilnahmslosigkeit, daß wir nicht ohne Rüge an dieser Tatsache vorübergehen konnten. Die zwei Berichte können uns natürlich kein Bild von der ganzen Arbeit geben, die in den schlesischen Gemeinden von der Partei verrichtet wird. Der Ort, in dem wir einen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher haben, ist auch nicht darunter. Die beiden Berichte stammen von Freudenthal und Wigstadtl-Oberdorf. In beiden Gemeinden zusammen haben wir sechs Vertreter des dritten Wahlkörpers und unsere Genossen sind schon seit 1897 an der Gemeindeverwaltung beteiligt.

Es wäre zu wünschen, daß bei einer nächsten Berichterstattung von Schlesien mehr angeführt werden könnte.

Steiermark.

Steiermark ist das einzige Land, aus dem ein zusammenfassender Bericht über alle Gemeindevertretungen vorliegt, in welchen Parteigenossen tätig sind. In folgenden 24 Gemeinden besitzen wir sozialdemokratische Vertreter: Brunndorf, Donawitz, Eggenberg, Fohnsdorf, Frauendorf bei Unzmarkt, Gösting, Gradenberg, Graz, Grundlsee, Judenburg, Kindberg-Dörfl, Köflach, Krumpitz, Landschach, Laufowitz, Neuberg an der Mürz, Pichling, Rothwein bei Marburg, Rottenmann, St. Lambrecht, St. Peter-Freienstein, Selzthal, Spital am Semmering und Uebelbach. In diesen 24 Gemeinden zählen wir für uns 1 Erwählten des ersten, 4 des zweiten und 98 des dritten Wahlkörpers, also zusammen 103 Gemeindevertreter. Wir besitzen ferner 8 Mitglieder der engeren Ausschüsse, darunter 2 Stadträte in Graz, 3 Ortsschulratsmitglieder und, so weit zu ersehen — hier ist auch dieser Bericht ungenau — 15 Ersatzmänner.

Die erste Gemeinde Steiermarks, in der Sozialdemokraten gewählt wurden, war Frauendorf im Jahre 1897. Das Jahr darnach folgte Eggenberg, wo wir mit einem Schlage alle zehn Mandate des dritten Wahlkörpers errangen und bis heute behaupteten. Dort wurden auch zwei Sozialdemokraten in die Bezirksvertretung gewählt.

Im Herbste 1899 gelang es bereits, in den dritten Wahlkörper von Graz eine Bresche zu schlagen. Damals wurden die ersten zwei Sozial

demokraten gewählt und ununterbrochen seit nunmehr zehn Jahren wurde im Rathaussaale der steierischen Landeshauptstadt zielbewußte Arbeit für die Arbeiterklasse geleistet. Graz hat den Ruhm für sich, die erste größere Stadt in ganz Oesterreich zu sein, in der Sozialdemokraten gewählt wurden. Die Zahl der Sozialdemokraten im dritten Wahlkörper von Graz vermehrte sich von 1899 an bei jeder Nachwahl, bis endlich im Jahre 1905 der ganze dritte Wahlkörper — 16 Mann — sozialdemokratisch war. Im Herbste 1908 trat allerdings ein kleiner Rückschlag ein. Bei einer Nachwahl gingen vier Mandate verloren, so daß jetzt nur 12 Genossen Mitglieder des Gemeinderates sind. Das Siegesgeschrei der Gegner über diesen Verlust ist aber etwas verfrüht. Da die Hauptschuld an der Schlappe in der Lässigkeit vieler Genossen zu suchen ist, läßt sich der Verlust leicht wieder wett machen.

Unsere Grazer Gemeinderäte sind in allen Sektionen und Ausschüssen vertreten und haben besonders in Vertretung der Arbeiterinteressen und für die Verbesserung des Schulwesens eine äußerst fruchtbare Tätigkeit entfaltet.

Sie sind darin vorbildlich für das ganze Land geworden und besonders seit am 10. Dezember 1907 auf Grund der Anträge unserer Genossen im Landtage die bis dahin bei Gemeindewahlen geltende öffentliche Stimmenabgabe abgeschafft wurde, zeigte sich der Aufschwung unserer Partei auch bei den Gemeindewahlen.

Tirol.

Berichte über die Tätigkeit der Parteigenossen in den Gemeinden liegen nur aus den drei Orten Absam, Kufstein und Meran vor. In jeder dieser drei Gemeinden haben wir je einen Vertreter, und zwar in Absam und Kufstein aus dem dritten, in Meran aus dem zweiten Wahlkörper. Das Kufsteiner und das Meraner Mandat sind die Frucht von Kompromissen, denn aus eigener Kraft wäre die Partei dort noch nicht imstande, sich den Zugang zur Gemeinde zu erzwingen. So weit die Genossen unter diesen Umständen dazu in der Lage waren, haben sie ihre Pflicht erfüllt und besonders in Meran, wo unser Vertreter schon seit dem Jahre 1902 in der Kommunalverwaltung mitarbeitet, sind viele nützliche Anregungen auf ihn zurückzuführen.

Protokoll

der ersten Reichskonferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter.

Die erste Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Oesterreichs wurde im Saale des Parteitages am 25. September 1909 abgehalten. Namens der Wiener sozialdemokratischen Gemeinderäte, die als Einberufer fungieren, eröffnet Abgeordneter Reumann die Konferenz. Er sagt: Diese Konferenz kann nur eine vorbereitende Arbeit für die Zukunft leisten. Es soll darüber beraten werden, ob es nicht notwendig sein wird, eine Zentralstelle für die sozialdemokratische Gemeindepolitik zu schaffen und publizistisch auf die Tätigkeit unserer Gemeindevertreter einzuwirken. Es sind 109 Gemeindevertreter aus 56 Gemeinden erschienen. (Beifall.) Reumann begrüßt hierauf den Abgeordneten Nemec, der ebenfalls als Vertreter der tschechischen Bruderpartei erschienen ist.

Zu Vorsitzenden werden gewählt: Reumann (Wien) und Pfeiffer (Machendorf), zu Schriftführern Nießner (Brünn), Zwanzger (Donawitz) und Ofenböck (Wiener-Neustadt).

Auf der Tagesordnung steht bloß ein Punkt:

Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter.

Referent Abgeordneter Winarsky:

Es wird schon lange das Bedürfnis empfunden, daß eine Fühlung zwischen den sozialdemokratischen Gemeindevertretern ermöglicht werde. Die heutige Konferenz ist ein Anfang, und wir glauben, daß von ihr Anregungen gegeben werden, die dahin führen werden, die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in steter Verbindung zu erhalten. Heute können wir nach der Sachlage nur eine Vorberatung durchführen und es wird sich wahrscheinlich herausstellen, daß später eine größere Konferenz nötig sein wird. Der Zweck der Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter ist in erster Linie, die Macht und den Einfluß der Arbeiter und der Partei in der Gemeinde zu stärken. Die Gemeinde gibt viele Möglichkeiten dazu, denn von den Gemeindeeinrichtungen wird das tägliche Leben der Arbeiterfamilie am meisten beeinflußt. Wir sind schon lange bestrebt, auch in der Gemeinde zum Wort zu kommen, und schon im Jahre 1883 wurden in Böhmen zum erstenmal in einer Gemeinde Sozialdemokraten gewählt. Wir sind dann immer weiter vorgedrungen, aber wir fanden immer kräftigere Widerstände, weil man einsah, daß die Gemeindevertretungen nichts für die Arbeiterklasse tun, und daher befürchtete, daß der Einfluß der kapitalistischen Kreise zurückgedrängt werden könnte. Nun gibt es kein schlechteres Wahlrecht als das zur Gemeindevertretung; auf allen Gebieten kommt man aber leichter vorwärts wie hier. Die Gemeinden sind die festen Burgen, in denen die Gegner unumschränkt herrschen. So viel Wahlreformen in den letzten Jahren in Oesterreich gemacht wurden, für die Gemeindevertretungen wurde nur ein vierter Wahlkörper erreicht und auch der nur in einigen großen Städten und in den Landgemeinden Niederösterreichs. Daß die Gegner ihre Macht in jeder Beziehung gegen uns mißbrauchen, ist bekannt. Wie es die Luegerei in Wien treibt, so treiben es die anderen Gegner auch in der Provinz. Die Gemeindevorstehungen erlassen Aufrufe bei den Wahlen für die bürgerlichen Kandidaten, der Gemeindediener und Gemeindepolizist trägt sie aus, während er die Sozialdemokraten, wenn sie das gleiche für ihre Kandidaten tun, dem Gericht überliefert. Aus den öffentlichen Mitteln bewilligen sie ihren Parteivereinen hohe Subven-

tionen, die Deutschnationalen ihren nationalen Kampfvereinen, die Klerikalen den ihrigen. Ueberall sind die Gegner bestrebt, die Gemeindemittel für ihre Parteizwecke zu mißbrauchen.

Die Arbeit in der Gemeinde gibt auch Gelegenheit, für unsere allgemeinen Kampfziele Propaganda zu machen. Während des Wahlrechtskampfes sind auf Antrag unserer Genossen viele Kundgebungen der Gemeinden zustande gekommen und vielleicht auch nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Zufolge sozialdemokratischer Anträge haben sich auch viele Gemeinden gegen die Aussaugerung durch Zölle ausgesprochen, und in der letzten Zeit haben sich auch viele Gemeinden an dem Kampf gegen die Steueranschläge Bilinskis beteiligt. Erinnern Sie sich weiter an den Petitionssturm für die Alters- und Invaliditätsversicherung, wo unsere Vertreter ebenfalls die Gemeindevertretungen dem Interesse der Arbeiterklasse nutzbar gemacht haben. Es ist zu wünschen, daß die Genossen in den Gemeindevertretungen bei solchen Gelegenheiten noch mehr als bisher sich bemühen, in den Gemeinden für unsere Kampfforderungen Propaganda zu machen, damit Beschlüsse zustande kommen, die auf die ganze Oeffentlichkeit wirken können.

Nun hat die Arbeit in den Gemeinden große Schwierigkeiten, die nicht leicht zu überwinden sind. Vielfach sind nicht die Personen da, die geeignet wären, in unserem Sinne zu wirken. Man hat deshalb oft Leute als Kandidaten aufgestellt, die bloß mit uns sympathisieren, ohne Genossen zu sein, oder man hat Kompromisse geschlossen.

Daß die Leute, die von uns gewählt werden, ohne Genossen zu sein, dann in der Gemeindevertretung nicht im sozialdemokratischen Sinne wirken können, ist selbstverständlich. Die Partei hat daher dann oft keine Freude an den Wahlsiegen erlebt, die in solcher Weise errungen wurden, und Konflikte in den Lokalorganisationen waren nicht selten ihre Folge. Daher muß es unsere Verpflichtung sein, bei Gemeindewahlen nur Kandidaten aufzustellen, die erprobte Parteigenossen sind. (Zustimmung.)

Die beste Gelegenheit zur Erörterung unserer Grundsätze ist die Budgetdebatte. Die Zustimmung zum Budget ist aber immer als Vertrauensvotum aufzufassen, und es ist ein Fehler, wenn die Genossen für das Budget gestimmt haben, weil sie meinten, daß darin auch Ausgaben vorgesehen sind, die der Arbeiterklasse nützlich sind. Es ist selbstverständlich, daß in jedem Budget solche Posten vorkommen, aber nicht das ist das Entscheidende, sondern der Geist, von dem das Budget durchdrungen ist und welcher Absicht es entspringt. Und die große Mehrzahl der Budgets, die unsere Gegner aufstellen, ist nicht von dem Geiste diktiert, der Arbeiterklasse zu nützen. In vielen Gemeinden haben Sozialdemokraten auch für Erhöhung der Umlagen und sogar der Bierumlagen gestimmt. Das ist gewiß nicht richtig, da wir gegen das ganze Steuersystem sind, das heute besteht. Freilich gibt es Ausnahmen, wie zum Beispiel in Donawitz, wo die Herabsetzung der Umlagen bloß im Interesse der Alpinen Montangesellschaft liegt, die 90 Prozent der direkten Steuern zahlt. In einzelnen Bergarbeiterdörfern in Westböhmen ist es genau so. Aber das sind nur seltene Ausnahmen.

In der Regel müssen wir in den Gemeindevertretungen den bürgerlichen Mehrheiten das Budget ebenso verweigern, wie die Zustimmung zum Ausbau des heutigen Steuer- und Umlagensystems, das den Interessen der Arbeiterklasse direkt zuwiderläuft.

Wir machen aber den Genossen, die nicht immer die richtige Linie fanden, keinen Vorwurf. Sie haben keinerlei Anhaltspunkte für ihr Vorgehen außer ihrem guten Willen, denn bisher haben wir es noch nicht einmal zu einem Kommunalprogramm gebracht. Die Wiener Genossen haben wohl eines geschaffen, als sie 1896 in den Gemeindewahlkampf eintraten, aber das eignet sich nur für die Großstadtverhältnisse. Auf dem Parteitag

in Graz im Jahre 1900 legte Genosse Schuhmeier einen Entwurf vor, über den man sich aber nicht einigen konnte. Wir können allerdings nach meiner Meinung schwer ein vollkommen einheitliches Programm schaffen. Dazu sind die Verhältnisse in den verschiedenen Gemeinden zu sehr differenziert, aber wir müssen für das ganze Reich einheitliche Grundsätze, nach denen wir in den Gemeinden zu arbeiten haben, feststellen und besondere Forderungen für die kleinen, für die mittleren und für die großen Gemeinden formulieren. Ein Katechismus, den der einzelne Gemeindevertreter nur aufzuschlagen braucht, um sofort in jedem einzelnen Falle alles nötige zu wissen, wird natürlich das Programm nicht sein können, aber die Genossen werden dann doch viel leichter die richtigen Grenzlinien für ihre Tätigkeit finden als heute. Von dieser Konferenz muß die Anregung zur Schaffung eines Kommunalprogramms ausgehen und ich stelle daher folgenden Antrag:

In Erwägung der Tatsache, daß ein kommunales Programm, das die Richtlinie der sozialdemokratischen Gemeindepolitik feststellt, immer mehr zu einer dringenden Notwendigkeit für alle an der kommunalen Verwaltung beteiligten Genossen wird, beschließt die Reichskonferenz, eine Kommission von neun Mitgliedern einzusetzen, die ihren Sitz in Wien hat und bis zur nächsten Reichskonferenz den Entwurf eines Kommunalprogramms auszuarbeiten hat.

Es fehlt uns in Oesterreich auch vollständig an einer parteigenössischen Literatur für die Kommunalpolitik. In Deutschland erscheint überaus viel davon, aber sie ist für uns schwer zu verwenden, weil sie sich auf die deutschen Gesetze beziehen muß. Wir haben heute nicht einmal eine zentrale Auskunftsstelle für Gemeindeangelegenheiten und es kann nicht wundernehmen, daß die isoliert arbeitenden Genossen nicht zum richtigen Ziele kommen; wir müssen uns freuen, daß diese Genossen, denen jedes Hilfsmittel fehlt, in den meisten Fällen doch, durch ihren gesunden Klasseninstinkt geführt, die Interessen der Arbeiter in wirksamer Weise vertreten. Unsere wichtigste Aufgabe ist somit, ein Bindemittel für alle sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu schaffen. Hätten wir eine Zeitung für Kommunalpolitik, würden viele Anregungen gegeben werden können, die von großem Nutzen wären. Die Genossen könnten darin ihre Erfahrungen austauschen und einer vom anderen dadurch profitieren.

Auf dem Parteitag ist ein Antrag zur Gründung einer Monatsschrift für Gemeindeinteressen der Parteivertretung zugewiesen worden. Wir müssen diesen Antrag begrüßen und uns für die Herausgabe eines Blattes für die Arbeiten in der Gemeinde aussprechen. Ich bitte Sie daher, den folgenden Antrag anzunehmen:

Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Oesterreichs spricht sich für die Herausgabe einer Monatsschrift aus, welche für die Interessen der in der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen wirken soll. Die Vorarbeiten hierfür werden der Programmkommission zugewiesen.

Ich glaube, daß wir damit unserem Ziel, die Macht der Arbeiterklasse auch in der Gemeinde zu steigern, immer näher kommen werden. Auch für die Gemeindeverwaltung muß für uns die Losung gelten, die Genosse Adler auf dem Parteitag ausgesprochen hat: Vorwärts! So wird auch die Gemeinde immer mehr zu einem Emporium der Arbeiterklasse werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte.

Abgeordneter **Schuhmeier**:

Es ist selbstverständlich, daß man in die erste Konferenz keine überspannten Erwartungen setzen darf. Sie kann bloß die Aufgabe haben, einen Ueberblick über die Verhältnisse zu geben. Da ist es interessant, die Ver-

teilung der sozialdemokratischen Gemeinderäte auf die einzelnen Wahlkörper zu beobachten. Von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern sind 30 im ersten, 89 im zweiten, 1017 im dritten und nur 130 im vierten Wahlkörper, der sogenannten Arbeiterkurie, gewählt. Man sieht also, welche Art Vertretung den Arbeitern diese Arbeiterkurie, dort, wo sie besteht, ermöglicht. Die große Mehrzahl der 379 Gemeinden, in denen wir vertreten sind, sind Landgemeinden. Die Ziffern erklären aber das Verlangen nach einem Gemeindeprogramm. Die ersten, die sich ein solches gegeben haben, waren in Oesterreich unsere tschechischen Genossen, und das hat uns auch veranlaßt, dem Grazer Parteitag einen Programmentwurf vorzulegen. Von einem allgemeinen Programm kann nicht die Rede sein, denn dazu sind die Verhältnisse zu verschiedenartig.

Die Kanalisation ist zum Beispiel in der Stadt eine der ersten Notwendigkeiten, denn es würde übel aussehen, wenn da nichts weggeschwemmt würde. Aber was da in der Stadt eine große sanitäre Gefahr ist, ist auf dem Lande sehr wertvoll und nützlich, weil es als Dünger verwendet wird. (Lebhafte Heiterkeit.) Wir würden uns also blamieren, wenn wir für das Dorf eine solche Kanalisation verlangen würden, wie für die Großstadt. Wichtig ist für das Dorf die Gemeindeweide. Es gibt da immer Streit mit den Großen der Gemeinde, die aus der Tatsache, daß sie ihr Vieh immer hingeschickt haben, schließen, daß sie das Recht auf den Boden ersessen haben und die Ziege des Kleinhäuslers von der Weide wegweisen.

Es lassen sich natürlich auch allgemeine Gesichtspunkte aufstellen. So für die Schule. Daß die Gemeinden große Lasten für die Schulen zu tragen haben, läßt sich nicht bestreiten. Man kann auch nicht allgemein sagen, daß die Bauern schulfeindlich sind; sie sind nur gegen die Schule, weil sie eine Erhöhung der Umlagen bedeutet. Deshalb verlangen wir, daß die Schullasten vom Staate übernommen werden. Wenn wir in allen 379 Gemeinden, in denen wir vertreten sind, einmal recht antauchen, so könnte das schon eine schöne Demonstration für diese Forderung ergeben. Auch der Sanitätsdienst ist sehr im argen, besonders auf dem Lande, wo man oft keinen Wagen hat, um den Kranken ins Spital zu schaffen. Auch in Niederösterreich wird oft ein Kranker auf einem Schiebkarren befördert, geradeso wie oft ein Totenwagen fehlt. Ueberaus belastet sind die Gemeinden durch das Konskriptionswesen. Die Gemeinde muß sogar die Drucksorten dafür zahlen, trotzdem das eine Sache ist, die nur das Militär angeht. Ungeheuer wertvoll wäre es, wenn wir die Zentralstelle hätten und ihr etwa alle Vierteljahre über die Tätigkeit in den Gemeinden berichtet würde. Wir könnten da insbesondere die einzelnen Budgets der einzelnen Gemeinden miteinander vergleichen. Werden die Vorsätze, mit denen wir hergekommen sind, verwirklicht, so würde sich die geistige Ueberlegenheit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter gegenüber den anderen so steigern, daß wir sehr viel Einfluß gewinnen würden. Bei den Wahlen ist allerdings Rücksicht darauf zu nehmen, daß nicht bloß mit uns sympathisierende Leute, sondern Parteigenossen aufgestellt werden. Wo man nicht Leute hat, die die Kandidatur wagen können, soll man lieber der Wahl fernbleiben. (Beifall.)

Abgeordneter Resel:

Die Gemeinde Graz ist die Landeshauptstadt, die am längsten sozialdemokratische Gemeinderäte hat, bei der aber der eigentümliche Fall besteht, daß wir den ganzen dritten Wahlkörper hatten und nun noch zum größten Teil haben — trotz des Zensuswahlrechtes. Die Aufgabe der heutigen Konferenz besteht darin, Richtlinien zu schaffen, damit sich unsere Tätigkeit in den Gemeinden organisch an unsere Tätigkeit in anderen Vertretungskörpern anschließe, weil gerade unsere Tätigkeit in den Gemeinden ganz besonders von unseren Gegnern verfolgt wurde und einzelne Mißgriffe immer wieder der Partei vorgeworfen werden. Es handelt sich vornehmlich um folgende fünf Punkte: Gemeindewahlrecht, Budgetbewilligung, Steuern, soziale Einrichtungen und Schulen. Bezüglich des Wahlrechtes ist es selbstverständlich, daß unser Grundsatz

das allgemeine Wahlrecht ist. Allerdings wird namentlich in den Städten mit eigenem Statut, wenn das allgemeine, gleiche Wahlrecht nicht zu erreichen ist, getrachtet werden müssen, wenigstens ein besseres als das bestehende Wahlrecht durchzusetzen, damit wir unseren programmatischen Grundsätzen nichts vergeben. Festzuhalten ist, daß wir uns gegen die Anhängung eines vierten Wahlkörpers energisch wehren und daß wir durchzusetzen trachten müssen, daß die bisherigen Nichtwähler wenigstens in die bestehenden Wahlkörper eingereiht werden. Auch in den anderen Gemeinden würde es die Gemeindewahlreform fördern, wenn die Genossen, wo sie Einfluß haben, darauf wirken, daß die Gemeinden an die Landtage Eingaben wegen Aenderung des Gemeindewahlrechtes richten. Genosse Winarsky hat bezüglich des Budgets den Standpunkt vertreten, daß wir im allgemeinen die Budgets abzulehnen haben, weil wir sonst den Gemeindemachthabern das Vertrauen aussprechen. Aber in den meisten Gemeinden wird gar nicht über das Gesamtbudget abgestimmt, sondern nur über die einzelnen Kapitel; da meine ich schon, daß wir für die einzelnen Kapitel stimmen können, wenn sie so beschaffen sind, daß sie für uns Vorteile bringen. Oft werden wir gezwungen sein, für einzelne Kapitel zu stimmen, wenn wir eine bestimmte Sache durchsetzen wollen, auch wenn der Gesamtcharakter des Budgets nicht unseren Wünschen entspricht. Wir in Graz haben ganz ruhig für solche Kapitel gestimmt. Es gibt sogar Gemeinden, wo wir die Mehrheit haben. Da können wir doch das Budget nicht ablehnen. Da kommt die Frage des Vertrauens nicht in Betracht, sondern die Frage ist: Wie ist das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben? Nun ist doch bekannt, daß die Gemeinde ihr Steuerwesen sich gestalten kann, wie sie will. Vielfach muß sie doch sogar die Bewilligung des Landtages einholen. Es ist doch dort nicht die Frage, daß nur direkte Steuern eingehoben werden, sondern nur, daß die Ausgaben vornehmlich den arbeitenden Klassen zugute kommen, die Einnahmen diese möglichst wenig belasten. Da mag sich schon ergeben, daß mitunter eine indirekte Steuer gerechter erscheint als eine Besitzsteuer. Allerdings muß auch in solchen Gemeinden darauf gesehen werden, daß nur wirkliche Genossen gewählt werden, und ich glaube, daß die Tätigkeit unserer Gemeindevertreter möglichst in Einklang mit unseren allgemeinen Grundsätzen gebracht und jede Abweichung gründlichst überlegt werde. Genosse Schuhmeier hat die Frage des übertragenen Wirkungskreises angeschnitten. Die kleinen Gemeinden leiden sehr darunter, die großen brechen unter der Last fast zusammen. Es handelt sich dabei aber auch um die Autonomie der Gemeinden. Die Gemeinden sind da nur die Vollstrecker der Aufträge der politischen Behörden, die sie einfach ausführen müssen, ob sie wollen oder nicht. Genosse Schuhmeier hat auch die Frage der Erhaltung des Gemeindebesitzes aufgeworfen. Da tritt immer mehr das Bestreben hervor, den Gemeindebesitz in den Besitz einzelner bestimmter Kasten übergehen zu lassen; an Waldgenossenschaften zum Beispiel. So ist es vorgekommen, daß Gemeinden, die infolge ihres großen Besitzes früher gar keine Umlagen hatten, durch die Ueberführung ihres Besitzes auf einzelne plötzlich in finanzielle Notlage gerieten.

Eine der wichtigsten Fragen ist das Wohnungswesen. Die miserabelsten Wohnungen sind nicht in den Großstädten, sondern in den kleinen Gemeinden und es werden dort oft Löcher vermietet, in die man einen Hund nicht einsperren würde. Auch da müssen unsere Genossen dahin wirken, daß die Wohnungsnot durch die Gemeinde gemildert werde.

Es sind also wichtige Aufgaben, die unseren Gemeindevertretern obliegen, und es ist dann notwendig, bei der Auswahl unserer Kandidaten die größte Vorsicht walten zu lassen — namentlich auch bei Kompromissen mit anderen Parteien, und ich meine, es sollen über den Eintritt in den Wahlkampf nicht die Genossen am Ort allein entscheiden, sondern, wie es bei uns in der Steiermark ist, die Bezirksvertretung und vielleicht auch die Kreis- und Landesvertretung mitzureden haben. (Beifall.) Ein Programm zu schaffen wird nicht leicht möglich sein, in der Hauptsache wird es aber den Genossen überlassen werden müssen, wie sie sich zu der einzelnen Frage stellen.

Abgeordneter **Nießner** (Brünn):

Daß bei uns das Interesse für die Kommunalpolitik nicht so weit verbreitet ist wie in Deutschland hat seinen Grund darin, daß wir zwar in 379 Gemeinden unsere Vertreter haben, daß aber, von vier Gemeinden abgesehen, die meisten nur kleine Gemeinden sind, in denen für eine sozialdemokratische Betätigung wenig Gelegenheit ist.

Die bürgerlichen Parteien haben sich in den Gemeindevertretungen feste Zwingburgen errichtet und sie sind sich der Bedeutung dieser Position wohl bewußt. Die liberale Partei, die in ganz Oesterreich längst abgekracht ist, hält in einigen Gemeinden, wie in Brünn, nur durch den Einfluß, den sie durch die Gemeinde ausübt, ihre Herrschaft aufrecht. Namentlich die Subventionsmißwirtschaft hilft ihnen dabei. Daß diese bürgerlichen Parteien den Einzug der Sozialdemokraten mit aller Macht zu verhindern suchen, versteht sich von selbst, um so mehr muß es unser Bestreben sein, Bresche in diese Zwingburgen zu legen. Unsere Gegner werfen uns immer vor, daß wir nur negative Kritik üben, aber keine positive Arbeit leisten. Aber gerade unsere positive Arbeit begegnet dem Hasse der bürgerlichen Machthaber am meisten. In Brünn hat man anfangs die Taktik eingeschlagen, unsere Anträge anzunehmen, sie aber dann nicht durchzuführen. Als das nichts nützte, ist man darangegangen, uns aus dem Stadtrat, wo unsere positive Arbeit sich am meisten zeigte, hinauszubringen, obwohl unsere Tätigkeit allgemein anerkannt wurde. Wenn unsere Genossen in den kleinen Gemeinden oft nicht viel leisten können, hat seinen Grund darin, daß der Staat den Gemeinden die Mittel versagt, die sie brauchen. Wir zum Beispiel haben durchgesetzt, daß die Gemeindevertretung die Einführung einer Bauplatzabgabe und einer Wertzuwachssteuer beschlossen hat. Das wurde aber von der Regierung nicht bewilligt. Aufgabe unserer Genossen im Reichsrat wird es sein, da eine Aenderung durchzusetzen. Es wurde von der Frage der Budgetbewilligung gesprochen. Wir üben es so in Brünn: In der Generaldebatte sprechen wir unser Mißtrauen gegen die Gemeindevertretung aus. In der Spezialdebatte können wir dann wohl für einzelne Kapitel stimmen.

Zum Schluß wünscht der Redner, daß die Parteipresse, besonders die „Arbeiter-Zeitung", sich ausführlich mit der Frage der Kommunalpolitik beschäftige.

Zwanzger (Leoben)

schildert die Vorfälle in Donawitz, wo die Alpine Montangesellschaft sich darum bemüht hat, die Umlagen, die sie ja zum größten Teil treffen, herabzusetzen. Die Vertreter der Alpinen Montangesellschaft haben uns vorgeworfen, daß wir mit der Forderung nach höheren Umlagen die Industrie zugrunde richten wollen, aber wir wollten nur, daß die Industrie, die so viel von der Gemeinde hat, auch ihren Anteil leistet und durch höhere Einnahmen der Gemeinde entsprechende Vorsorge für die Armenunterstützung getroffen wird. Aber wir wurden leider von den bürgerlichen Vertretern im Stiche gelassen.

Uhlik (Graupen):

Es war höchste Zeit, daß man daranging, eine solche Konferenz einzuberufen. Daß man uns aber so lange planlos und führerlos ließ, das ist ein Fehler, der kaum gutzumachen ist. Gerade das Gebiet der Kommunalpolitik in den kleinen Gemeinden hätte verdient, daß die Partei dem mehr Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Gerade Gemeindeangelegenheiten erregen weit mehr das Interesse der Bevölkerung als politische Angelegenheiten. Es ist ja schön, wenn man Dummheiten, die einzelne von uns gemacht haben, nicht sehr übel nimmt. Aber daß Dummheiten gemacht wurden, ist eine Anklage gegen Sie, nicht gegen uns, weil Sie sich nie bisher um uns gekümmert haben.

Wir gestehen offen zu, daß die Politik unserer Gemeindevertreter oft nichts weniger als proletarische Politik ist, sondern meist nur bürgerliche Fortschrittspolitik. Wir müssen uns begnügen, Anpeitscher zu sein, um die

anderen vorwärts zu treiben, zu Zeiten aber auch die Bremser, wenn das Pferd sich anschickt, Dummheiten zu machen. Die Genossen in den großen Städten haben zwar die größeren Probleme, aber wir haben die größeren Schwierigkeiten. Was haben wir zum Beispiel davon, wenn wir zehnmal bei den Wahlen unterliegen; während wir durch ein ehrliches Kompromiß in die Gemeindestube eindringen können. Selbstverständlich müssen diese Kompromisse in einer Form gemacht werden, daß dabei die Partei keinen Schaden nimmt.

Dr. Czech:

Ich kann mich nicht der Auffassung anschließen, daß es uns nicht gelingen wird, ein brauchbares Kommunalprogramm zu schaffen. Wenn das Programm ein Konversationslexikon sein sollte, wo man nur nachzuschlagen braucht und alles findet, so wird es allerdings nicht möglich sein. Aber leitende Grundsätze werden wir in großen Zügen aufstellen können. Eine wichtige Voraussetzung der Tätigkeit in den Gemeinden ist die Schaffung eines Reichskommunalabgabegesetzes, das erst die Möglichkeit schaffen wird, eine Kommunalpolitik zu machen. Auch in den kleinen Gemeinden will man gute Wohnungen, gute Kanalisation, es sind nur die Mittel nicht da. Was die Zentralstelle betrifft, so soll sie sofort erschlossen werden. Ich denke mir diese Zentralstelle als eine Abteilung des Parteisekretariats, wo das Material gesammelt wird, wo den Gemeindevertretern Auskünfte gegeben werden u. s. w. Die Bereitwilligkeit der Parteivertretung können wir wohl voraussetzen. Ich habe weiters beantragt, es möge das Protokoll dieser Konferenz in Druck gelegt werden. Es wird uns gute Dienste leisten, und ich bin überzeugt, daß, so unvorbereitet diese Konferenz sein mag, die Verhandlungen ein wertvoller Behelf für die Agitation sein werden. In einer Frage sind wir uns schon jetzt einig, in der Frage des allgemeinen Wahlrechtes. Die Gemeinden sind heute die Domäne der Hausbesitzer, Grundbesitzer und Fabrikanten. Ich glaube, daß das erste Wort der ersten Gemeindevertreterkonferenz der Protest gegen das Privilegienwahlrecht sein muß. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner stellt folgende Anträge:

Die Konferenz der deutschen sozialdemokratischen Gemeindevertreter Oesterreichs beschließt die Einsetzung einer zentralen Stelle für Gemeindeangelegenheiten, welche an das sozialdemokratische Parteisekretariat anzugliedern ist. Aufgabe dieser Stelle ist: 1. Material zu sammeln, welches geeignet ist, die Tätigkeit unserer in den Gemeindekörperschaften wirkenden Genossen zu unterstützen; 2. den sozialdemokratischen Gemeindevertretern auf Ersuchen über spezielle praktische und prinzipielle Fragen auf dem Gebiete des kommunalen Lebens Auskünfte zu erteilen.

Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter protestiert auf das entschiedenste gegen das Privilegienwahlrecht, das heute für die Gemeindevertretung ganz Oesterreichs noch immer in unbeschränktem Maße gilt. Sie brandmarkt dieses System als den Ausdruck der Herrschaft der kapitalistischen Klassen und Kreise und verlangt als Vorbedingung jedes wirklichen Fortschrittes jeder Gemeindeverwaltung die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für alle Gemeindebewohner.

Die Konferenz beschließt:

Die Reichsparteivertretung wird um Drucklegung des Protokolls der Gemeindevertreterkonferenz ersucht.

Schlinger (Wien):

In den großen Städten ist es leichter, die allgemeinen Gesichtspunkte der Partei hervorzuheben. In Wien können wir wieder keine positiven Leistungen hervorbringen, weil wir nicht im Stadtrate sind, wenn wir auch hie und da die Beleuchtung einer Gasse oder einen Kanal durchsetzten. Ich war früher Gemeinderat eines Dorfes. (Heiterkeit.) Floridsdorf war damals nichts anderes. In offener Sitzung, für die sich die ganze Stadt interessiert, konnten wir nichts durchbringen, aber manches Nützliche in den Sektionen, wo die Bürgerlichen glaubten, sich nichts zu vergeben, wenn sie für unsere Anträge stimmten. Die Genossen sollten immer Gewicht darauf legen, in den engeren Körperschaften vertreten zu sein. Besonders nützlich kann man in der Gemeinde

wirken, wenn man darauf achtet, daß das Heimatsgesetz nicht malträtiert werde. Man kann den Gemeindepaschas schon Gesetzlichkeit beibringen. Niemals, und das ist überall wichtig, darf ein Gemeinderat glauben, daß er über der Organisation steht. (Lebhafte Zustimmung.)

Ofenböck (Wiener-Neustadt):

An die Wahl von ein paar Sozialdemokraten werden gewöhnlich zweierlei Erwartungen geknüpft. Die einen meinen, daß die Gemeinderäte in ein paar Tagen alles mögliche durchsetzen, die anderen, daß sie nur Krawall machen und alles verhindern werden. Jede dieser Erwartungen wird natürlich enttäuscht. Wir haben auch für Schulden zu nützlichen Zwecken gestimmt. Eine Anzahl von Genossen hat sich darüber entrüstet; aber wenn wir eine Wasserleitung und Arbeiterwohnungen wollen, geht das nicht anders.

Bei der Anlegung des großen Pumpes von $7\frac{1}{2}$ Millionen haben wir auch etwas für Arbeiterwohnungen herausgeschlagen. Es sind nur 140.000 Kr., da sie aber gemeinsam mit der Zentralstelle für Wohnungsreform verwendet werden, so werden 300.000 bis 400.000 Kr. in Betracht kommen. Man muß trachten, zu verhindern, daß Großkapitalisten den freien Boden aufkaufen und so die Ausbreitung der Städte und die Verbesserung des Wohnungswesens verhindern.

Gemeindevorsteher Langer (Höflitz bei Niemes)

bespricht die Gemeinheiten, die viele Gemeinden begehen, um das Heimatsgesetz unwirksam zu machen. Arbeiter und Witwen werden wider Recht und Gesetz nicht aufgenommen, aber den Minister Schreiner nimmt man als Ehrenbürger in die Gemeinde auf. Ungeheure Ungerechtigkeiten werden auch bei Bemessung der Hausklassensteuer begangen. Der Wohnraum der Armen wird viel höher besteuert als der der Reichen.

Abgeordneter Neumann (Wien):

Wir hatten viel Mühe, die Orte zu erfahren, wo es sozialdemokratische Gemeindevertreter gibt, und ich glaube, daß ihrer noch immer mehr sind, als wir wissen. Nicht im Mangel der Zentralstelle liegt es, daß Fehler begangen werden, sondern darin, daß sich die einzelnen zu wenig bemühen, sich zur Klarheit durchzuringen. Ein Programm, das für alle Fälle gerüstet macht, können wir nicht erlassen. Aus der Literatur, die in Deutschland erscheint, kann man auch vieles für Oesterreich lernen. Ein Programm, das für alle Fälle rüstet, ist natürlich unmöglich. Was das Budget betrifft, so muß man beachten, daß es in den kleinen Gemeinden keine Gesamtabstimmung gibt. Man darf aber auch, wenn man in der Detailabstimmung für Ausgaben stimmt, nicht unterlassen, zu betonen, daß man den Gegnern kein Vertrauensvotum ausstellen kann. (Beifall.)

Leibl (Hrazden)

spricht über die Notwendigkeit der Organisation der Kleinbauern und Kleinhäusler und verweist auf die in Kosolup in Westböhmen gegründete Organisation der Kleinhäusler.

Thürmer (Oberdorf bei Komotau):

Wir sind auch infolge eines Kompromisses in den Gemeinderat gelangt. Es war unglaublich, wie die Großen der Gemeinde alles vernachlässigt haben, und deshalb haben wir uns mit einer Gegenpartei vereinigt und wir haben keine schlechte Erfahrung gemacht, denn es sind sehr anständige Leute. Wir haben vier Mandate bekommen, Ersatzmännerstellen, je eine Stelle im Ortsschulrat und im Revisionsausschuß. Durch den regen Fleiß, den wir bekundet haben, haben wir es dahin gebracht, daß eine Schule mit modernen Einrichtungen, mit Dampfheizung und Schulbad erbaut wurde, wofür wir 360.000 Kr. aufnehmen mußten. Da eine Aenderung des Steuersystems leider lange nicht zu erwarten ist, können wir nicht bei jeder Abstimmung

unser Prinzip zur Geltung bringen, denn wir haben ja nicht dieses Steuersystem eingeführt, sondern wir müssen uns an den allgemeinen Satz halten, zu tun, was für die Arbeiter am nützlichsten ist. Besonders müssen wir den Kampf um das allgemeine Wahlrecht durchführen und trachten, daß das bisherige nicht geschmälert werde. In Altrohlau hat man Genossen das passive Wahlrecht aberkannt und auch bei uns hat man versucht, 120 Eisenbahnern das Wahlrecht zu nehmen, weil sie nicht Steuerzahler seien. Die Steuer wird aber von der Direktion bezahlt und jedem abgezogen.

Gemeindevorsteher **Seidel** (Görsdorf)

stimmt der Anschauung Schlingers zu, daß die sozialdemokratischen Gemeindevertreter immer mit der Lokalorganisation in Fühlung bleiben sollen. Gewöhnlich geschieht das nicht. Wenn unsere Kandidaten gewählt sind, überläßt man sie sich selbst und kümmert sich nicht mehr um sie. Nichts ist gefährlicher, als wenn man unsere Genossen über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter nicht immer genau informiert. Was die Umlagen betrifft, so kann es leicht vorkommen, daß auch Sozialdemokraten für Umlagen stimmen müssen. Das Geschäft des Herabdrückens der Umlagen besorgen die Bürgerlichen selbst. Sofern die Sozialdemokraten in die Gemeindestube einziehen, müssen sie Ordnung dort machen, und da ist es oft nicht anders möglich, als auch die nötigen Mittel zu bewilligen.

Domes (Wien):

Trotz der vielen neuen Gesichtspunkte, die die Konferenz zutage gefördert hat, glaube ich nicht, daß von nun an in der Gemeindestube schon die entsprechende Arbeit geleistet werden wird. Ich bin überzeugt, daß die Konferenz die Anträge auf Schaffung einer Zentralstelle annehmen wird. Aber das ist schon einmal beschlossen worden und wenn wir nicht einen Termin für die Arbeiten der Programmkommission bestimmen, so werden wir nicht weiterkommen. Ich möchte daher, daß die Kommission einen bestimmten Termin für ihre Arbeiten erhält, und habe einen solchen Antrag eingebracht.

Kleindienst (Judenburg):

Der Kampf gegen die Lebensmittelteuerung, der von vitalstem Interesse für die Arbeiter ist, kann von der Gemeinde geführt werden. In Judenburg habe ich den Antrag gestellt, an die Statthalterei das Ansuchen zu stellen, sie solle Maximalpreise für das Fleisch festsetzen. Die Statthalterei hat unseren Beschluß anderthalb Jahre liegen lassen, ohne eine Antwort zu geben. Ich glaube, wenn auch die anderen Gemeinden solche Eingaben gemacht hätten, hätte die Statthalterei nicht schweigen können.

Kollinger (Linz):

Es ist sehr bedauerlich, daß die gewählten Vertreter unserer Partei zu Parteiberatungen oft nicht eingeladen werden. Deshalb ist mir der Antrag Bretschneider-Winarsky sehr sympathisch. Das ist namentlich für die kleinen Gemeinden von Wichtigkeit. Dort werden Bericht eüber die Gemeinderatssitzungen nicht veröffentlicht, Zuhörer gibt es auch nicht und so erfahren die Genossen nie, was ihre Vertreter im Gemeinderat tun.

Nach dem Schlußwort des Referenten Abgeordneten Winarsky wird die

Abstimmung

vorgenommen.

Gemeindevorsteher **Langer** (Höflitz) regt an, eine Resolution über die Alters- und Invaliditätsversicherung zu beschließen, die Winarsky folgendermaßen formuliert:

Die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter Oesterreichs protestiert gegen die Verschleppung der Alters- und Invaliditäts-

tätsversicherung. Sie fordert die sofortige Einberufung des Parlaments und verlangt von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses die sofortige Erledigung dieser im Interesse der ganzen Bevölkerung und besonders der Arbeiterklasse Oesterreichs dringend notwendigen Angelegenheit.

Ferner liegen folgende Anträge vor:

Antrag der Lokalorganisation von Ruppersdorf:

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden aufgefordert, in allen Gemeindevertretungen gegen jede Anbettelung der Schulkinder in der Schule (Geldsammlungen, sei es zu was immer für einen Zweck) Stellung zu nehmen.

Antrag Bretschneider-Winarsky:

Den sozialdemokratischen Gemeindevertretern wird empfohlen, mit der Lokalorganisation ihres Ortes in stetem Kontakt zu bleiben.

Außerdem sollen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter auch zu den Bezirkskonferenzen eingeladen werden, um nötigenfalls über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten und ihre auf dem Gebiet der Gemeindepolitik gemachten Erfahrungen zur Kenntnis zu bringen.

Schließlich wird den Landesorganisationen die Abhaltung von Gemeindevertreterkonferenzen anempfohlen, an welchen alle diese Vertreter des Landes teilnehmen sollen.

Antrag Domes:

Der auf der Konferenz gewählten Kommission wird zur Aufgabe gemacht, den im Antrag Dr. Czech verlangten Entwurf eines Kommunalprogramms längstens bis zur Jahresmitte 1910 fertigzustellen und der unmittelbar darauffolgenden Konferenz der Gemeindevertreter, die in Wien zu tagen hat, vorzulegen.

Bei der Abstimmung werden sämtliche eingebrachten Anträge einstimmig angenommen. Der Antrag Czech auf Einsetzung der Zentralstelle für Gemeindeangelegenheiten mit der vom Referenten beantragten Abänderung, daß ihre Arbeiten vorläufig von den Wiener Mitgliedern der Programmkommission zu besorgen sind.

In die Programmkommission werden gewählt: Reumann, Schuhmeier, Winarsky (Wien), Resel (Graz), Dr. Czech (Brünn), Dametz (Linz), Ofenböck (Wiener-Neustadt), Scharnowell (Freudenthal) und Uhlik (Graupen).

In seinem Schlußwort ersucht der Vorsitzende Reumann, für rege Berichterstattung zur nächsten Konferenz zu sorgen. Nach mehr als fünfstündiger Dauer wird die Konferenz geschlossen. Die Delegierten singen begeistert das „Lied der Arbeit".

Sprechregister

für die erste Gemeindevertreterkonferenz.

	Seite
Czech, Dr.	319
Domes	321
Kleindienst	321
Kollinger	321
Langer	320, 321
Leibl	320
Rießner	318
Ofenböck	318
Resel	316
Neumann	313, 320
Schlinger	319
Schuhmeier	315
Seidel	321
Thürmer	320
Uhlik	318
Winarsky	313
Zwanzger	318

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Tagesordnung 2
Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich 3
Nationalitätenprogramm 4
Organisationsstatut 7

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht der Parteivertretung 13
Bericht des Parteikassiers 35
Uebersicht, tabellarische über die Reichsparteisteuer 38
Ausweis über den 10prozentigen Beitrag der Bezirksorganisationen 53
Bericht des Frauenreichskomitees 58
Bericht der Kronlandsorganisationen 61
Geschäftsordnung für den Parteitag 82
Anträge zum Parteitag 83

Verhandlungen des Parteitages.

Eröffnungsversammlung — 19. September 103
Erster Verhandlungstag — 20. September 111
Begrüßungsansprachen 103
Bericht der Parteivertretung 127
Zweiter Verhandlungstag — 21. September 152
Bericht über die Parlamentstätigkeit 154
Dritter Verhandlungstag — 22. September 201
Parteiorganisation 201
Vierter Verhandlungstag — 23. September 214
Parteiorganisation 214
Parteipresse 229
Fünfter Verhandlungstag — 24. September 253
Indirekte Steuern und Lebensmittelteuerung 253
Wahl der Parteivertretung 261
Parteiorganisation 262
Aeußere Politik und Rüstungen 265
Sozialversicherung 274
Eventuelles 281
Ergebnis der Abstimmungen 287
Begrüßungsschreiben und Telegramme 288
Präsenzliste 290
Sprechregister 294
Sachregister 295
Adreßtafel 298

Anhang:

Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen . 302
Protokoll der ersten Reichskonferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter . . . 313
Sprechregister für die erste Gemeindevertreterkonferenz 323

HX
256
S6
1909

Sozialdemokratische Arbeiter-
partei Deutschösterreichs
Protokoll des Sozialdemo-
kratischen Parteitages

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY